

**„Digitalisierung der Daseinsvorsorge einer ländlichen Region:  
Synergien und Verschränkungen bei der Aushandlung, Adoption und  
Diffusion digitaler Innovationen zwischen Politik, Wirtschaft, Drittem  
Sektor und Bürgergesellschaft am Beispiel des Sulinger Landes“**

**DISSERTATION**

zur Erlangung des Grades

Doktor der Philosophie

im Fach Geographie, Fakultät II – Natur- und Sozialwissenschaften

der Universität Vechta

Vorgelegt von

**Arne Ortland**

Kalkriese,

den 07.09.2021

inklusive Nachtrag vom 20.06.2022

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Abbildungsverzeichnis .....	5
Sprachliche Hinweise .....	13
1. Einleitung .....	1
1.1 Forschungsdesign: wissenschaftlicher Diskussionsstand, Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse.....	7
1.2 Methodendesign: Untersuchungsraum, Methodenauswahl.....	10
2. Digitalisierung: die Basisinnovation des frühen 21. Jahrhunderts .....	12
2.1 Ein multiperspektivisches Phänomen.....	12
2.2 Auf dem Weg in die digitale Wissensgesellschaft .....	14
2.2.1 Staat.....	14
2.2.2 Gesellschaft .....	18
2.2.3 Wirtschaft .....	21
2.2.4 Raum .....	26
2.3. Smart Country, Smart Regions.....	28
2.3.1 Von der Smart City zur Smart Region.....	28
2.3.2 Smart Country: Status Quo.....	31
2.4 „Smarte“ Versorgungsinfrastrukturen .....	36
2.4.1 Grund- und Nahversorgung.....	36
2.4.2 Mobilität .....	38
2.4.3 Gesundheit und Soziales.....	39
2.4.4 Freizeit und Kultur .....	40
2.4.5 Beispiele aus der Praxis.....	41
2.5 Zwischenfazit I: Digitalisierung als Schlüssel zur modernen Daseinsvorsorge? .....	42
3. Daseinsvorsorge: raumordnerische und planungspolitische Perspektiven auf den ländlichen Raum im Wandel der Zeit.....	43
3.1 Die Transformation des Ländlichen .....	43
3.1.1 Das Ländliche als Raumkategorie .....	43
3.1.2 Demographischer Wandel: Schrumpfung und ihre Auswirkungen.....	48
3.1.3 Sektoraler Wandel: vom Agrarraum zur multifunktionalen Konsumlandschaft .....	50
3.1.4 Soziokultureller Wandel: das globale Dorf .....	52
3.2 Raum- und gesellschaftswissenschaftliche Paradigmen im Wandel .....	53
3.2.1 Forsthoff: Rechtswissenschaftliche Ursprünge .....	53

3.2.2 Paradigmenwechsel: vom Wohlfahrts- zum Gewährleistungsstaat.....	55
3.2.3 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: Zentralörtlichkeit vs. territoriale, wirtschaftliche und soziale Kohäsion.....	57
3.3 Implikationen für eine zeitgemäße Daseinsvorsorge.....	60
3.3.1 Responsibilisierung: die Bürger in der Verantwortung.....	60
3.3.2 Lebensqualität: raumbezogene soziale Gerechtigkeit.....	63
3.4 Zwischenfazit I: Gleichwertigkeit durch Koproduktion und Selbststeuerung?.....	66
4. Rahmenbedingungen der Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen in der regionalen Daseinsvorsorge.....	67
4.1 Innovation: Aushandlung, Adoption und Diffusion.....	67
4.1.1 Der Innovationsbegriff.....	68
4.1.2 Entwicklungspfade der Innovationsforschung.....	69
4.1.3 Aushandlung, Macht und Institution.....	72
4.1.4 Adoption und Diffusion.....	75
4.2 Governance: ein Framework der Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen in der (regionalen) Daseinsvorsorge.....	79
4.2.1 Begriffsgenese.....	79
4.2.2 Governance und Bürgergesellschaft.....	83
4.2.3 Governance und Staat.....	85
4.2.4 Governance und Wirtschaft.....	87
4.2.5 Governance und Dritter Sektor.....	90
4.3 Innovation durch Governance im regionalen System.....	92
4.3.1 Der ländliche Raum als soziotechnisches System.....	92
4.3.2 Regionale Innovationssysteme.....	95
4.3.3 Regionalentwicklung und Governance.....	97
4.4 Zwischenfazit III: digitale Daseinsvorsorge zwischen kollektiver Responsibilität, Selbststeuerung und Individualisierung.....	99
5. Daseinsvorsorge im Sulinger Land.....	100
5.1 Lage im Raum.....	100
5.2 Demographie.....	102
5.3 Wirtschaftsstrukturen.....	104
5.4 Situation der Daseinsvorsorge.....	107
5.4.1 Grund- und Nahversorgung.....	108
5.4.2 Medizinische Versorgung.....	109
5.4.3 Bildung.....	110
5.4.4 Freizeit, Kultur, eingetragene Vereine.....	111

5.4.5 Mobilität, Erreichbarkeit .....	113
6. Methodisches Framework .....	117
6.1 Daseinsvorsorge als akteurszentrierter, multiperspektivischer Prozess .....	117
6.2 Die Perspektive der Bürgergesellschaft.....	119
6.2.1 Durchführung .....	119
6.2.2 Auswahl der Befragungsräume .....	120
6.2.3 Datenerfassung und -Auswertung .....	126
6.3 Die Perspektive von Politik, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft u. Drittem Sektor .....	129
6.3.1 Durchführung .....	129
6.3.2 Auswahl der Interviewpartner .....	131
6.3.3 Datenerfassung und -Auswertung .....	135
7. Auswertung der Haushaltsbefragung .....	138
7.1 Soziodemographische Daten der Befragten .....	138
7.2 Wahrnehmung und Nutzung von (infrastruktureller) Daseinsvorsorge .....	144
7.2.1 Assoziationen und Bezüge .....	144
7.2.2 Güter, Dienstleistungen und Freizeitgestaltung mit Alltagsrelevanz .....	147
7.2.3 Mobilität .....	155
7.3 Lebensqualität und Teilhabe.....	159
7.3.1 Bewertung des Angebots und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge .....	159
7.3.2 Wahrnehmung von Einschränkungen im Lebensalltag .....	165
7.3.3 Identifikation von Verbesserungsbedarfen .....	168
7.4 Digitalisierung und digitale Medien.....	170
7.4.1 Lebensweltliche Bezüge zu und Nutzungsverhalten von digitalen Medien.....	170
7.4.2 Digitalisierung in der Daseinsvorsorge .....	175
7.5 Rollen- und Verantwortungsverständnisse.....	179
7.5.1 Benennung von Verbesserungsvorschlägen .....	179
7.5.2 Identifikation von Verantwortung .....	181
7.6 Daseinsvorsorge und Digitalisierung aus der Perspektive einer gesellschaftlichen Randgruppe .....	184
7.6.1 Soziodemographische Charakteristika .....	184
7.6.2 Wahrnehmung und Nutzung von Daseinsvorsorge .....	186
7.6.3 Lebensqualität und Teilhabe.....	189
7.6.4 Bezüge zu Digitalisierung .....	191
7.6.5 Artikulation von Verantwortung .....	192
8. Auswertung der Experteninterviews .....	193

8.1 Soziodemographische Daten der Befragten .....	193
8.2 Daseinsvorsorge .....	198
8.2.1 Interesse am Thema und Gesprächsmotivation .....	198
8.2.2 Lebensweltliche Bezüge und Assoziationen .....	200
8.2.3 Einfluss, Entwicklungen, Herausforderungen .....	201
8.3 Digitalisierung .....	205
8.3.1 Lebensweltliche Bezüge und Assoziationen .....	205
8.3.2 Ausgestaltung digitaler Angebote .....	208
8.4 Digitalisierung in der Daseinsvorsorge .....	212
8.4.1 Digitale Daseinsvorsorge und Lebensqualität .....	212
8.4.2 Gestaltungsvorschläge .....	214
8.5 Verantwortung .....	215
8.5.1 Akteurale Motivationsformen .....	215
8.5.2 Eigen- und Fremdverantwortung .....	217
9. Rückkopplung mit empirischen (Vor-)Befunden .....	221
9.1 Perspektive der Bürgergesellschaft .....	221
9.1.1 Lebensweltliche Wissens- und Erfahrungsbestände .....	221
9.1.2 Problembewusstsein, Resilienz und Selbstwirksamkeitsüberzeugung .....	227
9.1.3 Individuelle und kollektive Anpassungsstrategien .....	231
9.1.4 Responsibilisierung und Digitalisierung: ein Konzept auf dem Prüfstand? .....	234
9.2 Die Perspektive von Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und Drittem Sektor .....	236
9.2.1 Lebensweltliche Wissens- und Erfahrungsbestände .....	236
9.2.2 Legitimation und Innovation .....	239
9.2.3 Wirtschaftlichkeit und Innovation .....	243
9.2.4 Gemeinwohlorientierung und Innovation .....	247
9.2.5 Neue Verantwortungsmodelle als Motor der ländlichen Entwicklung? .....	252
10. Zusammenfassende Betrachtung der Forschungsfragen und Ausblick .....	253
10.1 „Mit noch mehr Datenvolumen noch mehr unnütze Sachen bestellen“: Digitalisierung, Breitband, Konsum .....	253
10.2 „Ein Kind, was keiner so richtig haben will“: diffuse Verantwortungslogiken .....	256
10.3 „Tauben per Alexa mit Wasser versorgen“: die Rolle der Early Adopters .....	258
10.4 „Sich trauen, Dinge anzuschieben“: Handlungsempfehlungen für die Zukunft .....	260
10.5 Ausblick: „Kooperativ, innovativ & digital“ .....	264
11. Nachtrag: pandemiebedingte Innovationsschübe in der ländlichen Daseinsvorsorge .....	266
11.1 Katastrophe, Krise, Transformation .....	266

11.2 Beispiele pandemiebedingter Innovationsschübe.....	269
11.3 Neue Perspektiven der Regionalentwicklung.....	277
Quellenverzeichnis .....	279
Beiträge in Sammelwerken und Monographien.....	279
Zeitschriftenaufsätze .....	299
Graue Literatur .....	305
Internetquellen.....	305
Gesetzestexte.....	312
Qualitative Daten.....	313
Wissenschaftlicher Werdegang .....	320
Beruflicher Werdegang .....	321
Selbstständigkeitserklärung.....	323

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Raum- und Standorttypen der Wissensgesellschaft in ihrer räumlichen Verteilung, entnommen aus: Kujath, Stein 2009, 374 nach Kujath et al. 2008, 25.....	27
Abbildung 2: Übersicht der deutschen Smart Cities, entnommen aus: Bitkom 2019, 17 .....	29
Abbildung 3: Räumliche Verteilung der Cluster, entnommen aus: Wiechmann, Terfrüchte 2017, 25. 32	
Abbildung 4: Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt nach Größe der Kommune, entnommen aus: Hornbostel et al. 2019, 14 .....	33
Abbildung 5: Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt nach Bundesländern, entnommen aus: Hornbostel et al. 2019, 13 .....	33
Abbildung 6: Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Handlungsbereichen (Gesamtauswertung), entnommen aus: Hornbostel et al. 2019, 18 .....	35
Abbildung 7: Die Anwendungen BestellBar und LieferBar aus dem Projekt Digitale Dörfer vom Fraunhofer IESE, Quelle: Digitale Dörfer 2020.....	37
Abbildung 8: Die Anwendungen DorfNews und DorfFunk aus dem Projekt Digitale Dörfer vom Fraunhofer IESE, Quelle: Digitale Dörfer 2020.....	40
Abbildung 9: Die drei Dimensionen der Ländlichkeit, eigene Darstellung nach Halfacree 2006, 51 ..	45
Abbildung 10: Typen ländlicher Kreisregionen anhand der Dimensionen „Ländlichkeit“ und „sozio- ökonomische Lage“, entnommen aus: Küpper 2016, 26.....	47

Abbildung 11: Anteil der Fläche und Einwohner der Typen ländlicher und nicht-ländlicher Räume an der Gesamtfläche und –Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, eigene Darstellung nach Küpper 2016, 27 .....	47
Abbildung 12: Eigendynamik lokaler Schrumpfung, eigene Darstellung nach Hannemann 2003, 20 u. Mayer, Knox 2009, 209 (vereinfacht) .....	49
Abbildung 13: Archetypen neuer, ländlicher Ökonomien im Kontext der Globalisierung nach Woods 2013, 116ff. (vereinfacht).....	51
Abbildung 14: Modell der zentralen Orte, eigene Abbildung nach Christaller 1968, 30ff. (stark vereinfacht).....	58
Abbildung 15: Funktionen von Metropolen und daraus abgeleitete Merkmale, eigene Darstellung nach: Blotevogel, Danielzyk 2009, 25ff.; Küpper 2008, 348; Blotevogel 2002, 346 .....	59
Abbildung 16: Daseinsvorsorge als prozessuales Handlungsfeld unterschiedlicher Akteure, eigene Darstellung nach: Steinführer 2015, 14; Steinführer, Küpper, Tautz 2012, 153 (vereinfacht) .....	61
Abbildung 17: Teilhabe und Lebensqualität, eigene Darstellung nach Holz-Rau et al. 2010, 492; Harteisen, Eigner – Thiel 2017, 161f. ....	64
Abbildung 18: Kondratieffzyklen, eigene Darstellung nach: Nefiodow, Nefiodow 2014 (verändert) .	70
Abbildung 19: Das Modell des akteurszentrierten Institutionalismus, eigene Darstellung nach: Mayntz / Scharpf 1995B, 45 (vereinfacht) .....	73
Abbildung 20: Der Innovations-Entscheidungs-Prozess, entnommen aus: Karnowski, Kumpel 2016, 100 nach Rogers 2003, 170 .....	75
Abbildung 21: Kategorisierung der Adoptionstypen, entnommen aus: Rogers 2003, 281 .....	77
Abbildung 22: Sektoren der Governance, eigene Darstellung nach Roß 2017, 22 .....	81
Abbildung 23: Idealtypik spezifischer Systemstärken und –Schwächen der Sektoren in der Governance-Arena der Daseinsvorsorge, eigene Darstellung nach Roß 2017, 24.....	82
Abbildung 24: Interdependenz zwischen Technik und sozialem Handeln, eigene Darstellung nach: Jahnke 2006, 21 .....	92
Abbildung 25: Digitalisierung ländlicher Regionen als soziotechnisches System, eigene Darstellung in Anlehnung an: Hirsch-Kreinsen, ten Hompel 2017, 362; Barlösius, Spohr 2017, 248; Jahnke 2006, 38 8.....	94
Abbildung 26: Lage des Sulinger Lands im Raum, eigene Darstellung, Kartengrundlage: ArcMap 10.3 .....	100
Abbildung 27: Das Sulinger Land und seine nähere Umgebung, eigene Darstellung, Kartengrundlage: ArcMap 10.3.....	101

Abbildung 28: Bevölkerungsentwicklung des Sulinger Lands 1990 bis 2019, eigene Darstellung, Datenquelle: LSN Online 2020A - Daten der Bevölkerungsfortschreibung (Stichtag 30.09.2019) .....	102
Abbildung 29: Entwicklung der Altersgruppen im Sulinger Land (Stadt Sulingen, SG Kirchdorf, SG Schwaförden, SG Siedenburg zusammengefasst), Datenquelle: LSN Online 2020A – Daten der Bevölkerungsfortschreibung (Stichtag 31.12.2018).....	103
Abbildung 30: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Stadt Sulingen, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019) .....	104
Abbildung 31: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Samtgemeinde Kirchdorf, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019).....	104
Abbildung 32: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Samtgemeinde Schwaförden, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019).....	105
Abbildung 33: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Samtgemeinde Siedenburg, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019).....	105
Abbildung 34: Einpendler, Auspendler und Pendlersaldo der Stadt Sulingen und den Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden und Siedenburg, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020C - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohn- und Arbeitsort und Pendler über verschiedene Grenzen in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019) .....	106
Abbildung 35: Verteilung aller erfasster Standorte der Daseinsvorsorge, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	107
Abbildung 36: Verteilung der Einrichtungen der Grund- und Nahversorgung, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6..	108
Abbildung 37: Verteilung der Einrichtungen der medizinischen Versorgung, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6..	109
Abbildung 38: Verteilung der Bildungseinrichtungen, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6 .....	110
Abbildung 39: Verteilung der Einrichtungen im Bereich Freizeit und Kultur, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6..	111
Abbildung 40: Verteilung der eingetragenen Vereine, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6 .....	112



Abbildung 41: Erreichbarkeitsanalyse (PKW) aller Standorte der Daseinsvorsorge, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6 .....	113
Abbildung 42: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen im Stadtgebiet Sulingen, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	115
Abbildung 43: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen in der Samtgemeinde Kirchdorf, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	115
Abbildung 44: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen in der Samtgemeinde Schwaförden, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	116
Abbildung 45: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen in der Samtgemeinde Siedenburg, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	116
Abbildung 46: Akteure der Daseinsvorsorge und ihre institutionalisierte Interaktion, eigene Darstellung nach: Steinführer 2015, 14; Mötgen-Sicking, Winter 2019, 13; Mayntz, Scharpf 1995, 45 .....	117
Abbildung 47: Fünf Postulate qualitativen Denkens, eigene Darstellung nach Mayring 2016, 20ff. .	118
Abbildung 48: Übersicht über Befragungsräume und durchgeführte Interviews, eigene Darstellung	119
Abbildung 49: Übersicht der statistischen Eckdaten in den Befragungsräumen, eigene Darstellung.	120
Abbildung 50: Medizinische Versorgung in der Gemeinde Ehrenburg, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	120
Abbildung 51: Siedlungsstruktur des nördlichen Teils der Gemeinde Ehrenburg, Kartengrundlage: LGLN 2020 .....	121
Abbildung 52: Nahversorgung in der Gemeinde Staffhorst, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	122
Abbildung 53: Siedlungsstruktur des nördlichen Teils der Gemeinde Staffhorst, Kartengrundlage: LGLN 2020 .....	122
Abbildung 54: Medizinische Versorgung in der Gemeinde Freistatt, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6.....	123
Abbildung 55: Siedlungsstruktur des südlichen Teils der Gemeinde Freistatt, Quelle: LGLN 2020 .	124
Abbildung 56: Busverbindungen in der Ortschaft Groß Lessen und Umgebung, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6..	125

Abbildung 57: Siedlungsstruktur des nördlichen Teils der Ortschaft Groß Lessen, Quelle: LGLN 2020 .....	125
Abbildung 58: Ideensteckbriefe zum Themenfeld Bildung aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial .....	131
Abbildung 59: Ideensteckbrief zum Themenfeld Grund- und Nahversorgung aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial.	132
Abbildung 60: Ideensteckbrief zum Themenfeld Mobilität aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial .....	133
Abbildung 61: Ideensteckbriefe zum Themenfeld Medizinische Versorgung aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial.	133
Abbildung 62: Ideensteckbriefe zum Themenfeld Teilhabe am öffentlichen Leben aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial	134
Abbildung 63 (links): Geschlecht (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17..	139
Abbildung 64 (rechts): Alter (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17 .....	139
Abbildung 65 (links): Familienstand (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17..	139
Abbildung 66 (rechts): Kinder (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17 .....	139
Abbildung 67 (links): Haushaltsgröße (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17..	140
Abbildung 68 (rechts): Wohndauer vor Ort (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17 .....	140
Abbildung 69 (links): Bildungsabschluss (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17 .....	140

Abbildung 70 (rechts): Ausgeübter Beruf (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17.....	140
Abbildung 71 (links): Mobilität/Motorisierung (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen, Angaben in Doppelbefragungen wurden als stellvertretend für den ganzen Haushalt gewertet .....	142
Abbildung 72 (rechts): Zugriff auf digitale Medien (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen, Angaben in Doppelbefragungen wurden als stellvertretend für den ganzen Haushalt gewertet .....	142
Abbildung 73: Assoziationen / Bezüge zum Thema Daseinsvorsorge (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	144
Abbildung 74: Güter und Dienstleistungen mit Alltagsrelevanz (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	147
Abbildung 75: Räumliche Verortung der Güter und Dienstleistungen (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	150
Abbildung 76: Freizeitgestaltung mit Alltagsrelevanz (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	151
Abbildung 77: Räumliche Verortung der Freizeitgestaltung (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	153
Abbildung 78: Mobilitätsverhalten (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen.....	155
Abbildung 79: Bewertung des Angebots und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge (n=86), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 5, 62; ebd. 10, 39; ebd. 11, 66; Interview Staffhorst 25, 87; Interview Stocksdorf 8, 134; ebd. 14, 72; ebd. 17, 68.....	159
Abbildung 80 (links): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Freistatt (n=25), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 5, 62; ebd. 10, 39; ebd. 11, 66 .....	163
Abbildung 81 (rechts): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Groß Lessen (n=16).....	163
Abbildung 82 (links): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Staffhorst (n=27), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Staffhorst 25, 87 .....	163
Abbildung 83 (rechts): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Stocksdorf (n=18), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Stocksdorf 8, 68; ebd. 14, 72; ebd. 17, 68 .....	163

Abbildung 84: Wahrnehmung von Einschränkungen im Lebensalltag (n=86), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 1, 51; ebd. 4, 109; ebd. 7, 45; ebd.11, 68; Interview Stocksdorf 3, 194; ebd. 10, 97; ebd. 14, 74; das Interview Staffhorst 24 wurde aufgrund divergierendem Antwortverhalten der zwei Interviewpartner einmal als „überwiegend positiv“ und einmal als „überwiegend negativ“ bewertet .....	165
Abbildung 85: Korrelation Alter und Wahrnehmung von Einschränkungen (n=79), Anmerkungen: die Abweichung von der Grundgesamtheit ergibt sich, da nicht auswertbare Daten wurden nicht berücksichtigt wurden und bei Doppelbefragungen die soziodemographischen Daten beider Interviewpartner (soweit vorhanden) herangezogen wurden .....	166
Abbildung 86: Identifikation von Verbesserungsbedarfen (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen; Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 3, 55; ebd. 11, 69; ebd. 20, 110; ebd. 21, 124; Interview Stocksdorf 3, 205; ebd. 6, 134; ebd. 7, 154; ebd. 8, 136; ebd. 9, 107; ebd. 10, 98; ebd. 11, 78; ebd. 14, 75; ebd. 16, 58; Interview Staffhorst 2, 56; ebd. 17, 77; ebd. 18, 69; ebd. 25, 104 .....	168
Abbildung 87: Lebensweltlicher Bezug zu digitalen Hilfsmitteln (n=86), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in dem Interview Freistatt 11, 65 .....	171
Abbildung 88: Nutzungsverhalten digitaler Medien (n=45), Anmerkung: die abweichende Grundgesamtheit ergibt sich daraus, dass nur die Angaben der Interviewpartner mit aktivem Nutzungsverhalten (siehe Abbildung 89) berücksichtigt wurden; Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	172
Abbildung 89: Bedeutung digitaler Medien in der Daseinsvorsorge (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	175
Abbildung 90: Benennung von Verbesserungsvorschlägen (n=86), Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen; Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 1, 60; ebd. 2, 62; ebd. 4, 119; ebd. 11, 70; Interview Stocksdorf 7, 155; ebd. 8, 106; ebd. 15, 77; ebd. 16, 60; ebd. 18, 87; Interview Staffhorst 9, 73 .....	179
Abbildung 91: Identifikation von Verantwortung (n=86), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 3, 61; ebd. 7, 51; ebd. 9, 64; ebd. 10, 69; ebd. 11, 72; Interview Stocksdorf 7, 157; ebd. 8, 138; ebd. 10, 128; ebd. 14, 89; ebd. 15, 79; Interview Staffhorst 7, 148; ebd. 15, 89; ebd. 20, 77 .....	181
Abbildung 92: Räumliche Verortung der Güter und Dienstleistungen (n=11), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	187
Abbildung 93 (links): Fortbewegungsmittel (n=11), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	188
Abbildung 94 (rechts): Gemeinschaftliche Organisation (n=11) .....	188
Abbildung 95: Bewertung des Angebots der Daseinsvorsorge (n=11) .....	189
Abbildung 96: Wahrnehmung vom Einschränkungen im Lebensalltag (n=11) .....	190

Abbildung 97: Identifikation von Verantwortung (n=11) .....	192
Abbildung 98 (links): Geschlecht (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet .....	194
Abbildung 99 (rechts): Alter (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet .....	194
Abbildung 100 (links): Familienstand (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet .....	194
Abbildung 101 (rechts): Kinder (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet .....	194
Abbildung 102 (links): Haushaltsgröße (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet.....	196
Abbildung 103 (rechts): Wohndauer vor Ort (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet.....	196
Abbildung 104 (links): Bildungsabschluss (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet.....	196
Abbildung 105 (rechts): Ausgeübter Beruf (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet.....	196
Abbildung 106 (links): Mobilität / Motorisierung (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	197
Abbildung 107 (rechts): Zugriff auf digitale Medien (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	197
Abbildung 108: Interesse am Thema und Gesprächsmotivation (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	198
Abbildung 109: Bezüge und Assoziationen (n=18) .....	200
Abbildung 110: Beitrag zur Daseinsvorsorge (n=18) .....	202
Abbildung 111: Entwicklungen und Herausforderungen in der Daseinsvorsorge (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	203
Abbildung 112: Umsetzung Digitalisierungsmaßnahmen aktuell und in Zukunft (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	208
Abbildung 113: Lebensqualität durch den Einsatz digitaler Instrumente in der ländlichen Daseinsvorsorge (n=18) .....	212

Abbildung 114: Gestaltungsvorschläge für eine digitale Daseinsvorsorge (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	214
Abbildung 115: Akteurale Handlungsmotivation (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	215
Abbildung 116: Verantwortungslogiken (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen .....	217
Abbildung 117: Eigenverantwortung (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen.....	219
Abbildung 118: Nutzungsintensität Online-Shopping nach sozioökonomischem Status, eigene Darstellung nach Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 118 .....	224
Abbildung 119: Frühphase des Innovations-Entscheidungsprozesses, entnommen aus: Karnowski, Kümpel 2016, 100 nach Rogers 2003, 170 .....	268
Abbildung 120: Wahrnehmung der Entwicklung von Rahmenbedingungen in Unternehmen, entnommen aus: Feinstein et al. 2021, o.S. ....	269
Abbildung 121: Das Profil von Coworking-Nutzenden auf dem Land, entnommen aus: Bähr et al. 2020, 18.....	271
Abbildung 122: Schulabgänger ohne Abschluss 2019, verfügbar unter: Landatlas (www.landatlas.de). Ausgabe 10/06/2022.....	274
Abbildung 123: Hausärzte je 10.000 Einwohner auf Kreisebene 2019, verfügbar unter: Landatlas (www.landatlas.de). Ausgabe 10/06/2022.....	276

## **Sprachliche Hinweise**

Zugunsten eines möglichst barrierefreien Sprach- und Leseflusses wird im Folgenden auf die sprachliche Gleichsetzung weiblicher und männlicher Formen durch Gendering verzichtet. Um dennoch eine möglichst geschlechtergerechte Sprache zu erzielen, wurde stattdessen die Verwendung geschlechtsspezifischer Einzelformen (z.B. die Unternehmerin, der Politiker), Paarformen (z.B. Bürgerinnen und Bürger) und geschlechtsunspezifische Personenbezeichnungen (z.B. Akteur) bemüht. Insgesamt orientiert sich die Sprache am Leitfaden für geschlechtergerechtes Formulieren von Texten der Leibniz Universität Hannover (vgl. Gotzmann, Pannicke 2017). Sämtliche, dennoch im generischen Maskulin gehaltenen Personenbezeichnungen gelten selbstredend gleichermaßen für beide Geschlechter.

## 1. Einleitung

*„Natürlich kann eine sinnvolle Gestaltung der viel zitierten digitalen Transformation nicht ohne Berücksichtigung der Risiken und Ängsten vonstattengehen. Wichtig war und ist uns aber, vor allem die Chancen praxisorientiert im Sinne der Menschen in den Blick zu nehmen. Denn: Die Digitalisierung ist ein globaler Trend, der nicht umkehrbar ist. Sie nutzbringend zu gestalten, ist Aufgabe und Notwendigkeit zugleich – für staatliche Institutionen ebenso wie für die Wirtschaft und Zivilgesellschaft.“ (Wiechmann, Terfrüchte 2017, 6)*

*„Mit der Digitalisierung kommen auf die vorhandenen Strukturen der Daseinsvorsorge neue Anforderungen zu. Es gehen mit der Digitalisierung Deutschlands auch neue Möglichkeiten einher, die Lebensqualität zu steigern, Teilhabe sicherzustellen und die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu befördern.“ (Voigt et al. 2018, 2)*

*„Der Digitalisierung wird bei der Stärkung ländlicher Regionen im Kampf gegen ihre zentralen Herausforderungen wie Landflucht, die immer älter werdende Gesellschaft oder der Rückzug von Versorgungsangeboten aus der Fläche ein enormes Potential zugesprochen.“ (Williger, Wojtech 2018, 3)*

Die obigen Aussagen aus Studien der Quadriga Hochschule Berlin, der Bertelsmann Stiftung und des Fraunhofer Instituts stellen lediglich eine beispielhafte Auswahl aus einem breiten Kanon an kürzlich erschienenen Werken dar, die der Digitalisierung als solcher und dabei insbesondere im Kontext des ländlichen Raums eine essentielle Bedeutung beimessen. Die Digitalisierung wird dabei als eine Möglichkeit der Angleichung zwischen Stadt und Land in Bezug auf ihre Wirtschaftskraft, vor allem aber auch der Daseinsvorsorge gesehen. Gleichzeitig besteht Einigkeit darüber, dass mit der Digitalisierung große Herausforderungen und Risiken verbunden sind. Die Forderungen nach einer „richtigen“ Implementierung der Digitalisierung im ländlichen Raum verlieren sich jedoch nicht selten in einer von Modewörtern aufgeladenen Rhetorik. Zu Recht gilt es deshalb, in der aktuellen Debatte rund um die Wechselwirkungen zwischen Digitalisierung und ländlichem Raum einen nüchternen, wissenschaftlichen Blick zu wahren.

Von Bedeutung ist dies vor allem hinsichtlich der Digitalisierung der Daseinsvorsorge, denn hierbei geht es um nichts weniger als die Zukunft des Postulats der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Schon jetzt zeigt sich, dass digitale Innovationen wie App-gestütztes Car-Sharing, digitale Lieferdienste, Tele-Medizin etc. das Potential besitzen, viele der bekannten

Benachteiligungen des ländlichen Raums zu überwinden. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass die regionale Implementierung dieser Innovationen mit großen Unsicherheiten und Herausforderungen behaftet ist, die nicht alleine auf einer rein technischen Ebene erklärt werden können. An dieser Stelle möchte die vorliegende Arbeit ansetzen und die Frage nach dem „Weg“ der digitalen Innovationen in die Region aufwerfen. Ausgangspunkt hierfür ist die Bewusstwerdung, dass der Innovationscharakter solcher digitalen Lösungen eine stärkere Auseinandersetzung mit den ihnen zugrundeliegenden Aushandlungs-, Adoptions- und Diffusionsbedingungen im regionalen Kontext erfordert.

Zur Beantwortung dieses Sachverhalts ist zunächst eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den folgenden Fragen vonnöten: Welche Auswirkungen haben die Prozesse der Digitalisierung auf unser Verständnis ländlicher Infra- und Versorgungsstrukturen (Kapitel 2)? Welche Implikationen ergeben sich aus den aktuellen Diskursen rund um die Thematik der Daseinsvorsorge für den praktischen Umgang seitens Raumordnung und Regionalentwicklung (Kapitel 3)? In welche Handlungs- und Entscheidungslogiken sind die Aushandlung, Adoption und Diffusion digitaler Innovationen im regionalen, ländlichen Kontext eingebettet (Kapitel 4)? Welche Erkenntnisse lassen sich hieraus hinsichtlich der aktuellen Ausgestaltung zentraler Aspekte der ländlichen Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen kollektiver Verantwortlichkeit, Selbststeuerung und digitaler Innovation ableiten (Kapitel 4.4)?

Der ländliche Raum und das sich darin abspielende (dörfliche) Zusammenleben bestimmt den Alltag vieler Menschen in der Bundesrepublik (vgl. Henkel. 2004, 9ff.; ebd. 2012, 30ff.; Küpper 2016, 27). Demographische, ökonomische und soziokulturelle Transformationen haben in den vergangenen Jahrzehnten jedoch zu grundlegenden, konstitutionellen Veränderungen geführt (vgl. Woods 2005, 40ff., 72ff.; Storey 2009, 310f.). Hiermit einher ging auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Wahrnehmung und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Ländlichen als Raumkategorie. Kern dieses Paradigmenwechsels ist die Erkenntnis, dass das Ländliche nicht bloß Sammelbecken des Nicht-Städtischen sein kann, sondern vielmehr durch komplexe, überregionale Wechselwirkungen als eine multifunktionale Global Countryside agiert (vgl. Woods 2007, 486ff.; ebd. 2011, 7f.; ebd. 2013, 113f.).

Verbunden hiermit sind auch weitreichende Veränderungen in der planungspolitischen Auslegung des Konzeptes der Daseinsvorsorge, das von seinem Begründer Forsthoff selbst noch als eine Form der staatlichen Legitimation durch Bereithaltung zentraler Versorgungsstrukturen im Raum verstanden wurde (vgl. Krajewski 2011, 24; Schmidt 2018, 269; Forsthoff



1938). Heute hingegen hat sich ein bedarfsorientiertes und prozessuales Verständnis von Daseinsvorsorge durchgesetzt, das sich an einem teilhabe- und kohärenzorientierten Konzept von raumbezogener sozialer Gerechtigkeit orientiert (vgl. Kersten 2009; Neu 2009; Barlösius 2009; Danielzyk, Blotevogel 2009). Die Responsibilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure zur Ko-Produktion von Daseinsvorsorge wird dabei zunehmend als Substitution staatlicher Verantwortung forciert (vgl., Steinführer 2015; Harteisen 2016; Harteisen, Eigner – Thiel 2017; Nadler 2017, Dehne 2019). Die Frage, inwieweit dieses Paradigma mittelfristig einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten kann, lässt sich heute nicht mehr ohne den Einbezug der Digitalisierung beantworten.

Der Begriff der Digitalisierung hat inzwischen Eingang in alle zentralen gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatten gefunden und wird dabei mitunter terminologisch unscharf eingesetzt. Akteure aus Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft stellen unterschiedliche Ansprüche an die Digitalisierung und betrachten diese deshalb aus multiplen Perspektiven heraus (vgl. Wolf, Strohschen 2018, 56f.). Unbestreitbar ist, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) einen so fundamentalen Einfluss auf das gesellschaftliche Zusammenleben entfalten, dass sie allgemein hin als eigenständiger Kondratieffscher Zyklus angesehen werden (vgl. Neiberger 2020, 40f.; Nefiodow, Nefiodow 2014, 3). So wurde auch die Entwicklung hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft und Ökonomie maßgeblich durch die Diffusion der IuK begünstigt. Raumbilder wie „lernende Regionen“ oder „Smart Regions“ verdeutlichen, dass auch ländliche Regionen unlängst Teil dieser Entwicklung sind (vgl. Kujath, Stein 2009; Stein, Kujath 2013; Kaczorowski, Swarat 2018).

Aus dieser Tatsache heraus ergeben sich insbesondere im Kontext der Daseinsvorsorge neue Entwicklungspotentiale, aber auch Handlungsnotwendigkeiten. Einen Ausgangspunkt für ein grundsätzliches Verständnis der Funktionslogik ländlicher Räume im Kontext der Digitalisierung liefert das Konzept des soziotechnischen Systems (vgl. Jahnke 2006, 38). Überträgt man den Analyserahmen dieses ursprünglich urban gedachten systemtheoretischen Ansatzes auf den ländlichen Kontext, so wird schnell klar, dass auch hier aus dem Wechselspiel von Akteuren, Infrastrukturen und Institutionen (Regelsysteme) spezifische, soziotechnische Organisationsformen entstehen (vgl. Barlösius, Spohr 2017, 229ff., 247ff.). Hieraus lassen sich für die späteren Ausführungen zwei essentielle Erkenntnisse ableiten: 1) digitale Innovationen stehen in enger Wechselwirkung mit der gesellschaftlichen und infrastrukturellen Organisation ländlicher Räume, 2) der regionale Umgang mit Technik im weiteren Sinne und digitalen Innovationen im engeren Sinne ist in komplexere Wirkungsgefüge eingebettet.

Dieses soziotechnische Wirkungsgefüge gilt es auch beim Entstehen digitaler, ländlicher Regionen zu berücksichtigen. Seit mittlerweile mehr als drei Jahrzehnten ist das Konzept der „Smart City“, welches den Einsatz moderner IuK zur Ausgestaltung digital-vernetzter, bedarfsorientierter Versorgungsstrukturen forciert, in der wissenschaftlichen Diskussion präsent (vgl. Ingwersen, Serrano-Lopez 2018, 1206, 1211ff.). Immer deutlicher wird, dass die Übertragung dieses Smart-City-Ansatzes auf den ländlichen Raum nicht nur im Rahmen des technisch Möglichen liegt, sondern auch zahlreiche Chancen bietet, strukturelle Disparitäten zwischen Stadt und Land abzubauen. Vor diesem Hintergrund ist zu beobachten, wie ländliche Regionen sich beispielsweise als Smart Regions gesellschaftlich wie auch technologisch neu positionieren (vgl. Kaczorowski, Swarat 2018, 24). Dies bedeutet konkret, dass aktuell auch eine Neukonzeptionierung der ländlichen Daseinsvorsorge hinsichtlich ihrer Funktionalitätslogiken eingeleitet wird, bei der die Digitalisierung als ein neuartiges Scharnier zwischen Produktion und Konsum, Angebot und Nachfrage, Infrastruktur und Nutzer zum Tragen kommt (vgl. Barlösius et al. 2011, 147f.; Meier et al. 2019, 183).

Dieser Wandel hin zu einer „smarten“ Daseinsvorsorge verläuft räumlich jedoch nicht einheitlich und ist mitunter mit großen Herausforderungen verbunden. Die im Jahr 2017 von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichte Studie „Smart Country regional gedacht – Teilräumliche Analysen für digitale Strategien in Deutschland“ analysiert unter Hinzunahme verschiedener sozioökonomischer Indikatoren die strukturelle Ausgangslage aller Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland im Kontext der Digitalisierung. Das Ergebnis: 221 der 402 Kreise und kreisfreien Städte sind strukturell eher weniger gut dazu befähigt, den digitalen Wandel aus eigener Kraft heraus zu gestalten (vgl. Wiechmann, Terfrüchte 2017, 29-60). Eine Einschätzung des Status Quo der Digitalisierung aus der Perspektive der Kommunen selbst liefert der „Zukunftsradar Digitale Kommune“, welcher zuletzt 2019 vom Institut für Innovation und Technik (iit) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) herausgegeben wurde. Auch hier zeigt sich, dass der Umsetzungsstand der Digitalisierung in den Bereichen Bildung, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Infrastruktur, Handel, Gesundheit, Verkehr und Mobilität mehrheitlich nicht besser als „ausreichend“ bewertet wird (vgl. Hornbostel et al. 2019, 18).

Diese regionalen Disparitäten hinsichtlich der Implementierung der Digitalisierung sind nicht allein mit technologischen Rationalen zu erklären. Vielmehr gilt es, an dieser Stelle die Digitalisierung stärker hinsichtlich ihres Innovationscharakters in den Blick zu nehmen und nach den Rahmenbedingungen ihrer Aushandlung, Adoption und Diffusion zu fragen. Hierzu ist zunächst eine Auseinandersetzung mit dem Innovationsbegriff als solchem vonnöten. Dieser

weist im Kern drei Komponenten auf: 1) Innovationen können sich auf ein grundsätzlich neu auftretendes Phänomen oder aber auf die Weiterentwicklung von Bestehendem beziehen, 2) Innovationen sind nicht nur im Moment ihres initialen Erscheinens eine Neuerung, sondern auch wenn sie in einem spezifischen System (Unternehmen, gesellschaftliche Gruppe, etc.) erstmals implementiert werden, 3) Innovationen unterliegen sozialen Prozessen (vgl. Briken 2015, 34). Die Einbettung von Innovationen in regionale, soziotechnische Systeme hat zur Folge, dass ihre Übernahme und Verbreitung nicht mehr nur als bloße Marktdurchdringung verstanden werden kann, sondern in komplexen Handlungs- und Entscheidungsprozessen innerhalb von Akteursnetzwerken zu verorten ist (vgl. Blättel-Mink, Menez 2015, 142f.).

Die Aushandlung von Innovationen soll im Rahmen dieser Arbeit als ein kommunikativer Prozess interpretiert werden, der der eigentlichen Adoption und Diffusion vorausgeht und zunächst der Findung eines Konsenses im Umgang mit einer Innovation im regionalen System gilt. Kommunikative Handlungen sind in diesem Zusammenhang immer auch als Ausdruck von Macht und Legitimation zu werten, da es im Rahmen einer Aushandlung gilt, gegenüber anderen Akteuren mit divergierenden Interessen eine Deutungshoheit zu legitimieren (vgl. Giddens 1988, 65ff.; Werlen 2017, 182ff.). Gemäß HABERMAS (2011, 141ff.) kann Aushandlung hier als ein Prozess kommunikativen Handelns verstanden werden, in dem Akteure (Akteure) versuchen, ihre subjektiven Deutungsansprüche hinsichtlich einer Innovation argumentativ durchzusetzen. Diese Handlungen erfahren wiederum durch ihre Einbettung in institutionalisierte Kontexte gleichwohl Stimulation wie auch Restriktion und damit eine systeminhärente Strukturierung (vgl. Mayntz, Scharpf 1995B, 40; Scharpf 2000, 77; Schimank 2006, 15).

Aushandlungsprozesse von Innovationen auf regionaler Ebene sind häufig eingebettet in Arenen der Regionalentwicklung, die ihrerseits wiederum geprägt sind von zahlreichen Verschränkungen zwischen den Innovation und Konsens innewohnenden Logiken. FÜRST u. KNIELING (2004, 283) konstatieren, dass hieraus mitunter Verteilungskonflikte und Lock-In-Effekte hervorgehen, die dazu führen, dass die vermeintlichen Gewinner und Verlierer einer Innovation mit stark variierenden Deutungsansprüchen und Machtpositionen in Aushandlungsprozesse hineinwirken. Nach einem solchen Aushandlungsprozess muss gewährleistet werden, dass die entsprechenden Innovationen Eingang in das Handeln und Denken der regionalen Akteure finden. Die Ausbreitung einer Innovation innerhalb eines sozialen Systems wird in der Soziologie als Diffusion bezeichnet und mittels der durch Everett M. Rogers geprägten Adaptions- und Diffusionstheorie analysiert.

Der Vorteil dieser Theorie liegt in ihrer Verknüpfung der Mikro- und Makroebene, in dem sie die Adoption einer Innovation durch ein Individuum als Ausgangspunkt der Diffusion innerhalb eines sozialen Systems versteht. Als zentrale Faktoren hierfür werden sowohl Eigenschaften des Empfängers/Innovatoren als auch der Innovation selbst identifiziert. Zu den relevanten Empfänger-Eigenschaften werden unter anderem sozioökonomische Merkmale, Persönlichkeitsmerkmale und das Kommunikationsverhalten gezählt. Als Innovationsmerkmale werden ihre praktische Relevanz und die Kompatibilität mit bestehenden Erfahrungswerten der Empfänger identifiziert (vgl. Karnowski, Kümpel 2016, 99ff.; Rogers 2003, 172ff.).

Die Analyse der akteursbezogenen Handlungs- und Entscheidungslogiken der Aushandlung, Adoption und Diffusion digitaler Innovation in regionalen, ländlich geprägten Kontexten erfordert ein Framework, welches komplexe, nicht-hierarchische Steuerungsmechanismen zu erklären versucht: das Konzept der Governance. In der deutschsprachigen Politik- und Sozialwissenschaft hat sich ein Verständnis von Governance als Analyserahmen der Interdependenz zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren durchgesetzt, in dem die einstmalige klassische Unterscheidung in Steuerungsobjekt und -Subjekt an Bedeutung verliert (vgl. Benz et al. 2007, 9; Fürst 2007, 353ff.). Im Rahmen dieser Arbeit soll dabei besonderes Augenmerk auf Governance im regionalen Kontext (Regional Governance) gelegt werden, die die Kommune als Handlungs- und Interaktionsraum zivilgesellschaftlicher, privatwirtschaftlicher, gemeinnütziger und staatlicher Akteure fokussiert (vgl. Möltgen-Sicking 2019, 24ff.; Giessen 2010, 5f.). Für die ländliche Daseinsvorsorge bedeutet dies, dass sowohl ihre Produktion als auch Modifikation in eine solche Governance-Arena eingebettet ist (vgl. Roß 2017, 21; ebd. 2012, 312ff.).

Überträgt man diese Erkenntnisse auf die aktuelle Ausgestaltung der ländlichen Daseinsvorsorge, so zeigt sich, dass sich diese in einem komplexen Wirkungsgefüge von Wohlfahrtsstaatlichkeit, Markt, Maximen der Selbststeuerung und Auswirkungen der Digitalisierung befindet. Dies hat zur Folge, dass Aushandlungs-, Adoptions- und Diffusionsprozesse digitaler Innovationen im ländlichen Raum nach bisherigem Kenntnisstand sehr unterschiedlichen Dynamiken beziehungsweise Modes of Governance (vgl. Walter, Zimmer 2017, 65f.) unterliegen, die bisher keine nennenswerte wissenschaftliche Analyse erfahren haben.

Am Ende dieser Ausführung zeigt sich demnach zwar ein ungefähres Bild der rahmengebenden Faktoren der Digitalisierung ländlicher Daseinsvorsorge, wohl aber bleibt weiterhin offen, welchen Synergien und Verschränkungen digitale Innovationen im Rahmen ihrer Aushandlung, Adoption und Diffusion im regionalen, ländlich geprägten System begegnen.

### **1.1 Forschungsdesign: wissenschaftlicher Diskussionsstand, Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse**

An dieser Forschungslücke möchte die vorliegende Dissertation ansetzen. Hierzu soll an dieser Stelle zunächst der aktuelle wissenschaftliche Diskussionsstand hinsichtlich der Betrachtung digitaler Innovationen in Grundzügen wiedergegeben werden. Die digitale Transformation als solche erfährt in der Literatur eine große Aufmerksamkeit. Die Perspektiven, die dabei eingenommen werden, sind jedoch weit überwiegend technischer und betriebs- beziehungsweise volkswirtschaftlicher Natur. Informatik, Betriebsmanagement und Geschäftsmodellentwicklung sind dabei einige der häufig anzutreffenden Schlagwörter. Branchenspezifische Betrachtungen ermöglichen Einblicke in die Adoptions- und Diffusionsbedingungen digitaler Innovationen in konkreten Systemen und die Auswirkungen auf die soziotechnische Konstitution dieser. Eine Auswahl an relevanten Werken soll nachfolgend aufgelistet werden:

- VOGEL-HEUSER, BAUERNHANSL u. TEN HOMPEL (2017) beleuchten in ihrem mehrbändigen „Handbuch Industrie 4.0“ die verschiedenen Facetten der Industrie 4.0 in den Bereichen Produktion, Automatisierung und Logistik aus der Sicht der Wissenschaft und der Praxis.
- OSWALD u. KRUMHOLTZ (2018) liefern in „Digitale Transformation: Fallbeispiele und Branchenanalysen“ einschlägige Einblicke in den unternehmerischen Umgang mit der Digitalisierung an den Beispielen der Automobilindustrie, des Bankensektors und der Digital Concert Hall der Berliner Philharmoniker.
- STEMBER, EIXELBERGER u. SPICHIGER (2018A) zeigen in „Wirkungen von E-Government: Impulse für eine wirkungsgesteuerte und technikinduzierte Verwaltungsreform“ die komplexen Wechselwirkungen zwischen Digitalisierung und öffentlicher Verwaltung auf.
- MEIER, BEINKE u. TEUTEBERG (2019) präsentieren in „Digitale Transformation ländlicher Versorgungsstrukturen durch Partizipation der Bevölkerung“ neue Möglichkeiten der Digital Customer Experience zur kundenorientierten Neugestaltung der Lebensmittelversorgung.
- KÜNEMUND u. FACHINGER (2018) setzen sich in „Alter und Technik: Sozialwissenschaftliche Befunde und Perspektiven“ mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Gesundheitswesen auseinander und legen ihren Fokus dabei auf die Wechselwirkungen zwischen Alter und Technikakzeptanz sowie -Kompetenz.

Auch die branchenspezifischen Auseinandersetzungen mit digitalen Innovationen zeigen auf, dass technische und unternehmerische Blickwinkel überwiegen und der eigentliche Adoptions- und Diffusionsprozess wenig Aufmerksamkeit findet. Zudem zeigt sich, dass Systeme in diesem Zusammenhang als Unternehmen oder Branchen verstanden werden, nicht aber als Räume oder Regionen. Hinzu kommt, dass die Innovationsforschung selbst häufig Städte als Standort innovativer Akteure und technischer Lösungen forciert und dabei den Einbezug des ländlichen Raums vernachlässigt (vgl. von Lucke 2017; Löw, Sept 2020).

Diese Arbeit möchte es sich deshalb zum Ziel machen, den Aushandlungs-, Adoptions- und Diffusionsprozess von Innovationen im Kontext einer ländlich geprägten Region zu analysieren und dabei besonderen Augenmerk auf die dabei auftretenden Verschränkungen und Synergien zwischen zivilgesellschaftlichen, privatwirtschaftlichen, gemeinnützigen und staatlichen Akteuren zu richten. Anspruch dieser Arbeit ist es demnach auch, den ländlichen Raum hinsichtlich seiner Wechselwirkung mit digitalen Innovationen ganzheitlicher zu betrachten als zuvor geschehen, um so eine Kontextualisierung der anfangs aufgelisteten Aussagen hinsichtlich Chancen und Risiken der Digitalisierung für den ländlichen Raum und die zukünftige Ausgestaltung seiner Daseinsvorsorge zu ermöglichen.

Die Produktion und Modifikation von Daseinsvorsorge soll im Rahmen dieser Arbeit als ein multiperspektivischer, akteurszentrierter Prozess verstanden werden, der im regionalen Kontext eine Institutionalisierung durch formelle und informelle Regelsysteme erfährt. Das Forschungsdesign nimmt deshalb zivilgesellschaftliche, privatwirtschaftliche, gemeinnützige und staatliche Akteure gleichermaßen in den Blick und versucht, ihre Perspektiven auf Daseinsvorsorge und Digitalisierung zu verstehen.

*F0: Welches Verständnis von Daseinsvorsorge und Digitalisierung liegt den jeweiligen Akteursgruppen zugrunde?*

Ausgangspunkt einer tiefergehenden Analyse der Digitalisierung der Daseinsvorsorge muss es sein, das akteursbezogene Verständnis dieser zwei Begrifflichkeiten zu erfassen. Hier ist zunächst festzustellen, dass die bürgerliche Perspektive auf infrastrukturelle Daseinsvorsorge und die angemahnte Responsibilisierung als Substitution staatlicher Leistung nur wenig erforscht sind (vgl. Steinführer 2015, 9f.). Erst in jüngerer Vergangenheit wurde sich dieser Forschungslücke angenommen, ebenfalls anhand des Sulinger Landes (vgl. Schröder 2017, 191-233). An die hieraus abzuleitenden Aussagen hinsichtlich des Verständnisses infrastruktureller Daseinsvorsorge aus bürgerlicher Sicht soll angeknüpft werden, um diese gemeinsam mit

den hier gewonnenen Erkenntnissen in einen breiteren, multiperspektiven Kontext einzufügen. Die hieraus hervorgehende Frage lautet demnach: Kann die Digitalisierung der Daseinsvorsorge des Sulinger Landes auf ein gemeinsames, inhaltliches Verständnis der zivilgesellschaftlichen, privatwirtschaftlichen, gemeinnützigen und staatlichen Akteure aufbauen?

*F1: Welche Bedeutung wird der Digitalisierung als solcher und speziell im Kontext der ländlichen Daseinsvorsorge von den jeweiligen Akteursgruppen beigemessen? Auf welche Wissens- und Erfahrungswerte können die Akteure in der Region zurückgreifen?*

ROGERS (2003, 172f.) identifiziert Wissen (awareness-knowledge, how-to-knowledge) im Umgang mit einer Innovation als einen wesentlichen Faktor des Adoptionsprozesses. An dieser Stelle soll deshalb die These aufgestellt werden, dass das Vorhandensein von Erfahrung im alltagsrelevanten Umgang mit Aspekten der Digitalisierung mit der Haltung gegenüber dieser korreliert. Mit anderen Worten: Menschen, die im (beruflichen) Alltag regelmäßig mit Digitalisierung in Berührung kommen, messen ihr eine höhere Bedeutung bei. Diese grundsätzliche Korrelation lässt sich dabei genauso auf politische Entscheidungsträger sowie Unternehmens- und Vereinsvorstände übertragen. Nur wenn eine kritische Masse an Bürgerinnen und Bürgern sowie systemrelevanten Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft der Digitalisierung als Gesamtphänomen aufgeschlossen gegenübersteht, können letztlich auch digitale Innovationen in der Region verankert werden.

*F2: Welche Synergien und Verschränkungen zeigen sich bei der Formulierung von Verantwortlichkeiten im Rahmen der Aushandlung und Implementierung von digitalen Innovationen in der Daseinsvorsorge?*

Innovationsprozesse im regionalen Kontext sind geprägt von einem Spannungsfeld zwischen Innovation und Konsens (vgl. Fürst, Knieling 2004, 283). Komplexe Akteurskonstellationen mit teils synergetischen bis hin zu antagonistischen Interessenspositionen und Deutungsansprüchen wirken in die Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen hinein. Hieraus können sich Synergien und Verschränkungen in den dem Innovationsprozess zugrundeliegenden Verantwortungslogiken ergeben. So ist es nicht selten der Fall, dass Bürgerinnen und Bürger die Politik als umsetzungsverantwortlich identifizieren, während die Politik auf die mangelnde Akzeptanz oder Kooperationsbereitschaft seitens der Zivilbevölkerung verweist. An dieser Stelle sinnvoll ist deshalb auch eine Rückkopplung mit den Erkenntnissen in Bezug auf das multiperspektivische Verständnis von Daseinsvorsorge und Digitalisierung.

*F3: Wie lässt sich eine konsensgetragene Adoption und Diffusion digitaler Innovationen im Sinne einer selbstorganisierten, eigenverantwortlichen Koproduktion gewährleisten?*

Moderne Regionalentwicklung forciert die kollektive Verantwortung aller Stakeholder (vgl. Giessen 2010, 4; Dehne 2008, 7). Insbesondere wird die zeitgemäße Ausgestaltung ländlicher Daseinsvorsorge darüber hinaus auch an eine aktive Koproduktion seitens der Zivilgesellschaft geknüpft (vgl. Harteisen, Eigner-Thiel 2017, 159f.; Steinführer 2015, 6f.). Eine kollektive Verantwortungs- und Handlungskultur hinsichtlich der Implementierung digitaler Innovationen in der Daseinsvorsorge setzt demnach zunächst einen Konsens voraus. Aus Sicht der Regionalentwicklung drängt sich hier also folgende Frage auf: Wie kann die Adoption und Diffusion von digitalen Innovationen angesichts (möglicherweise) divergierender Interessenslagen der Stakeholder, Verteilungskonflikten und Lock-In-Effekten den Maximen einer selbstorganisierten, eigenverantwortlichen Koproduktion gerecht werden?

### **1.2 Methodendesign: Untersuchungsraum, Methodenauswahl**

Ausschlaggebend für die Wahl des Sulinger Landes als Gegenstand der wissenschaftlichen Betrachtungen (siehe Kapitel 5) dieser Arbeit war die Durchführung des drittmittelgeförderten Forschungsprojektes „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital – Untersuchungs- und Handlungskonzept für den Einsatz digitaler Innovationen im ländlichen Raum am Beispiel des Sulinger Lands“ im Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019. Das Projekt wurde gefördert durch das Förderprogramm „Regionale Entwicklungsimpulse in Niedersachsen“. Antragsteller war der Landkreis Diepholz, während die Stadt Sulingen, die Samtgemeinden Kirchdorf, Siedenburger und Schwaförden, sowie die Universität Vechta und das Regionalmanagement Mitte Niedersachsen (SWECO) als Projektpartner agierten.

Dem eigentlichen Projektstart ging ein längerfristiger Abstimmungsprozess zwischen den Kommunen des Sulinger Landes voraus, in dem Daseinsvorsorge und Digitalisierung als eng miteinander verwobene Gemeinschaftsaufgaben von höchster Priorität für die Region identifiziert wurden. Zielsetzung des Projektes bildete somit die Erarbeitung eines Untersuchungs- und Handlungskonzeptes für das Sulinger Land, das die Nutzungsmöglichkeit digitaler Innovationen in der Daseinsvorsorge unter Berücksichtigung der Bedarfe der Bevölkerung darstellt (vgl. Born, Ortland 2019A, B, C). Hierzu wurden im Rahmen von Haushaltsbefragungen und verschiedener Workshops Informationslücken aufgedeckt, sowie Bedarfe und Nachfragen in der Region nach innovativen und digitalen Angeboten in der Daseinsvorsorge identifiziert, um so letztlich innovative, digitale und kommunalvernetzte Handlungsansätze zu erarbeiten.



Dieses wissenschaftliche Fundament wird ergänzt um die Tatsache, dass bereits in jüngster Vergangenheit eine Erforschung der Region durch Frau Marit Schröder unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge stattfand. Im Rahmen ihrer Dissertation „Gleichwertigkeit jenseits von Angleichung – Rahmenbedingungen infrastruktureller Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen“ setzt sie sich tiefgehend mit dem „(...) Zusammenhang von infrastruktureller Daseinsvorsorge als räumliche wohlfahrtsstaatliche Ausprägung und sozialer Ungleichheit bzw. sozialer Gerechtigkeit (...)“ (Schröder 2017, 7) auseinander. Es zeigt sich demnach, dass es sich beim Sulinger Land um eine bereits sensibilisierte Region handelt, in der auf existierende Netzwerkstrukturen, die sich im Rahmen vergangener, wissenschaftlicher Auseinandersetzungen herausgebildet haben, zurückgegriffen werden kann.

Die Forschungsmethodik (siehe Kapitel 6) der vorliegenden Arbeit setzt sich zum Ziel, die bereits im Rahmen des Forschungsprojektes „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“ etablierten Akteursnetzwerke und wissenschaftlichen Erkenntnisse zu reaktivieren. Die Auswahl der Methoden folgt dabei insgesamt einem multiperspektivischen, akteurszentrierten Verständnis von Daseinsvorsorge und Innovation. Dies bedeutet für den Kontext dieser Arbeit, dass Methoden qualitativer Sozialforschung bedient werden, um so eine insgesamt subjektbezogene Analyse zu gewährleisten (vgl. Mayring 2016, 20ff.). Methodischer Ausgangspunkt der Arbeit bilden 97 im Zeitraum vom 11. bis zum 14. Juni 2019 im Rahmen einer Haushaltsbefragung durchgeführte, leitfadengestützte, qualitative Interviews (vgl. Born, Ortland 2019A, 67ff.). Es handelt sich hierbei um eine qualitative, mündliche Befragung mit hohem Standardisierungsgrad (vgl. Mattisek et al. 2013, 70ff.).

Diese Datengrundlage wird ergänzt um 18 Experteninterviews mit Akteuren aus Politik, öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und Drittem Sektor. Die hierbei angewandte Interviewführung orientiert sich an den von WITZEL (2000, 1ff.) postulierten Grundsätzen des problemzentrierten Interviews (PZI), um so eine offeneren Gesprächsatmosphäre zu gestalten, die die spezifisch ausgewählten Akteure in ihrer Rolle als Experten valorisiert. Die Auswertungsergebnisse der Haushaltsbefragung (siehe Kapitel 7) und der Experteninterviews (siehe Kapitel 8) sollen abschließend mit empirischen Befunden anderer Studien verglichen werden (siehe Kapitel 9), um so eine zielführende, kritische Reflexion zu ermöglichen. Am Ende der Arbeit sollen die Untersuchungsergebnisse entlang besonders prägnanter Aussagen der Interviewpartner mit den Forschungsfragen rückgekoppelt werden, um so gleichzeitig einen Ausblick zu ermöglichen (siehe Kapitel 10).

## 2. Digitalisierung: die Basisinnovation des frühen 21. Jahrhunderts

Eine zielführende Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Daseinsvorsorge erfordert es zunächst, ein grundlegendes Verständnis des Digitalisierungsbegriffs zu schaffen. Die Tatsache, dass dieser mittlerweile fester Bestandteil des Alltagsvokabulars geworden ist, lenkt schnell von seiner eigentlichen Komplexität und Tragweite ab (siehe Kapitel 2.1). Denn die Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) erwirken als Basisinnovation des frühen 21. Jahrhunderts aktuell nicht weniger als eine fundamentale Reorganisation aller Lebensbereiche. Sinnvoll erscheint es deshalb, sich der Digitalisierung inhaltlich anhand ihrer Auswirkungen auf die Organisation des Verhältnisses von Staatlichkeit, Wirtschaft, Gesellschaft und Raum im Zuge der Entwicklung hin zu einer digitalen Wissensgesellschaft zu nähern (siehe Kapitel 2.2). Schließlich sind im Kontext dieser Arbeit der Wandel hin zu einer Smart Nation durch Smart Regions (siehe Kapitel 2.3) und die damit implizierten „smarten“ Versorgungsinfrastrukturen (siehe Kapitel 2.4) von besonderer Bedeutung.

### 2.1 Ein multiperspektivisches Phänomen

*„Die Digitalisierung ist in vollem Gange. Sie betrifft uns alle – und sorgt für einen tiefgreifenden Wandel in jedem Lebensbereich. Die digitale Transformation eröffnet dabei große Chancen für mehr Lebensqualität, revolutionäre Geschäftsmodelle und effizienteres Wirtschaften“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2017).*

Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche. Es gilt, sie als Chance zu ergreifen. Diese oder vergleichbare Sätze sind in beinahe jeder bedeutenden Stellungnahme zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Digitalisierung zu finden. Gleichzeitig scheint eine große Unklarheit darüber zu herrschen, welches terminologische Verständnis diesem Phänomen zugrunde gelegt werden soll. Dies liegt mitunter allein schon an den variierenden Perspektiven, die hierbei angelegt werden. Die Politik beispielsweise positioniert sich gegenüber der Digitalisierung aus einer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise heraus. Mit öffentlichen Investitionen soll ein Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitbandausbau, etc.) vorangetrieben werden. Die Wirtschaft und ihre Akteure bewerten die Prozesse der Digitalisierung aus einem betriebswirtschaftlichen Standpunkt heraus und implementieren sie in ihre Unternehmensstrategien. Aus Bürgerperspektive spielen vor allem Aspekte des Sozialen und des Konsums eine alltagsrelevante Rolle. Versucht man, Digitalisierung im Sinne der ihr zugrundeliegenden Informations- und Kommunikationstechnologien zu betrachten, so geschieht dies wiederum meist aus einer überwiegend technischen Perspektive heraus (vgl. Wolf, Strohschen 2018, 56f.)

Fakt ist, dass die Digitalisierung einen so deutlichen Einfluss auf das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenspiel hat, dass die seit der Jahrhundertwende von der rapiden Diffusion der Informations- und Kommunikationstechnologien ausgelösten Innovationen allgemein hin als eigenständiger Kondratieffscher Zyklus anerkannt werden (vgl. Neiberger 2020, 40f.). Diesem Verständnis folgend können die IuK als ein grundlegender Reorganisationsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. Nefiodow, Nefiodow 2014, 3) verstanden werden. Tatsächlich hatten und haben die IuK einen zentralen Einfluss auf die Entwicklung Deutschlands‘ hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft. „Heute gebräuchliche Raumbilder wie „Technopole“, „Medienstadt“, „kreative Stadt“, „Wissensregion“, „Innovationsregion“ oder „lernende Region“ deuten auf die räumliche Dimension des wissensgesellschaftlichen Wandels“ (Kujath, Stein 2009, 369). Fundament einer Wissensgesellschaft bilden die Infrastrukturen (Breitband-Internetzugang, etc.), die den Transfer von Wissen und Daten vereinfachen und so Teilhabe an Informationsströmen ermöglichen.

Aufgrund der dargelegten Bandbreite an Perspektiven und Verständnissen, die an den Prozess der Digitalisierung angelegt werden, scheint es wenig realistisch, eine Formaldefinition zu finden, die allen ihrer Facetten gerecht wird. Deshalb soll an dieser Stelle der Fokus zunächst daraufgelegt werden, einen schematischen Überblick zu schaffen, der die Relevanz der Digitalisierung für die Dimensionen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Raum aufzeigt. Trotz aller Varianz ist allen Erklärungsansätzen gemein, dass von einer Form der Digitalisierung gesprochen wird „(...) wenn analoge Leistungserbringung durch Leistungserbringung in einem digitalen, computerhandhabbaren Modell ganz oder teilweise ersetzt wird“ (Wolf, Strohschen 2018, 58). Die Digitalisierung von Leistungserbringungen umfasst dabei im Wesentlichen die Darstellung, Speicherung und Kommunikationen von Informationen aber auch die digitale Modifikation von Instrumenten und Geräten.

Allerdings ist mit einem Erklärungsansatz, der sich auf das binäre Gegenüberstellen von analog und digital begrenzt „(...) der Prozesshaftigkeit der Digitalisierung als Geschehen noch nicht Genüge getan“ (Walach 2018, 81). Obwohl Digitalisierung im Kern ein rein technischer Prozess ist, ist er dennoch eingeflochten in ein Netz aus Systemen, die die ihnen zur Verfügung stehenden digitalen Ressourcen wiederkehrend adoptieren und ihren eigenen Logiken und Bedürfnissen entsprechend modifizieren. Die so entstehende, konstante Weiterentwicklung der digitalen Medien erfährt über ihre physischen Infrastrukturen und das raumbezogene Handeln ihrer Konsumenten und Produzenten in zweifacher Hinsicht einen Raumbezug.

## 2.2 Auf dem Weg in die digitale Wissensgesellschaft

Die von der Diffusion der Informations- und Kommunikationstechnologien getragene Entwicklung hin zu einer wissensbasierten, digitalen Gesellschaft geht mit einer Rekonfigurierung von Staatlichkeit, Gesellschaft, Wirtschaft und Raum einher (vgl. Kujath, Stein 2009). Wie sich diese im Einzelnen darstellt, soll nachfolgend umrissen werden. Um die Komplexität insgesamt zu reduzieren, sollen die jeweils prägnantesten Entwicklungen in Unterpunkten strukturiert wiedergegeben werden. Obwohl die nachfolgenden Ausführungen in ihrer Gesamtheit zweifelsohne auch radikale Veränderungen der Daseinsvorsorge implizieren, sollen diese zunächst noch weitestgehend ausgeklammert werden, um im nächsten Schritt in angemessener Tiefe aufzuzeigen, welche Veränderungen die Ausgestaltung ländlicher Versorgungsinfrastrukturen aktuell aufgrund digitaler Innovationen erfährt (siehe Kapitel 2.4).

### 2.2.1 Staat

#### *Open-Data*

Die Digitalisierung von Politik und Verwaltung lässt sich grundsätzlich in zwei Trends untergliedern. Maßnahmen, die auf eine Datentransparenz und –Verfügbarkeit abzielen, werden meist unter dem Schlagwort *Open-Data* subsumiert, während Maßnahmen, die eine Digitalisierung von Verwaltungsleistungen bezwecken wollen, dem Bereich des E-Government zugeordnet werden. Insgesamt tragen derzeit beide Entwicklungen zu tiefgreifenden Neukonzeptionen des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat bei (vgl. Bardmann 2019, 592f.).

„Erklärtes Ziel deutscher Politik und sämtlicher Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Deutschland ist es, für alle Bürger und Organisationen frei zugängliche Daten, die Auskunft über das politische System und die öffentliche Verwaltung geben, bereitzustellen“ (Bardmann 2019, 592). Ein wesentlicher Meilenstein hierzu bildete die Inbetriebnahme des Datenportals GOVDATA, welches Verwaltungsdaten auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene transparent, offen und frei nutzbar zur Verfügung stellt (vgl. GOVDATA 2020). Hierdurch soll die Transparenz von und die Akzeptanz gegenüber Regierungs- und Verwaltungshandeln gestärkt werden. Grundlage für diese Entwicklung bildete die Open-Data-Charta der G8-Staaten aus dem Jahr 2013, in der sich die Bundesrepublik zum Prinzip der Offenheit von Verwaltungsdaten bekannte. Im Jahr 2017 wurden schließlich durch das "Open-Data-Gesetz" (§ 12 a EGovG) auch die rechtlichen Weichen für eine datenschutzrechtliche Optimierung der Bereitstellung und Nutzung von Open Data gestellt (vgl. Bundesministerium des Innern 2020A).

### *E-Government*

Die Zielsetzungen von E-Government richten sich sowohl an interne als auch externe Prozesse. Intern stehen vor allem Effizienzsteigerungen durch den Abbau von Medienbrüchen und ein insgesamt besseres Management von Daten im Vordergrund. Nach außen gerichtete Ziele orientieren sich hingegen an der Maximierung der Dienstleistungsqualität gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Elektronische Rechnungen, Aktenführung, Amts- und Publikationsorgane sowie auch Bezahlungsfunktionen sind die prominentesten Elemente des E-Governments. Die Einführung der E-Rechnung bietet dabei eines der größten Planungs- und Entwicklungspotentiale für die Zukunft (vgl. Bardmann 2019, 592f.; Stember et al. 2018B, 3f.).

Hinsichtlich der Auswirkungen auf Bürokratie- und Verwaltungsporzesse gilt es anzumerken, dass E-Government ursprünglich als eine reine, digitale Ausgestaltung von bestehenden Verwaltungsdiensten über das Internet verstanden wurde. Heute setzt E-Government vielmehr am Prozess als solchen an und versucht, eine technologiebasierte Modernisierung zu erreichen. In diesen Kontext ist der mittlerweile geläufige Ausspruch "Wenn Sie einen schlechten Prozess digitalisieren, dann haben Sie einen schlechten digitalen Prozess" einzuordnen (vgl. Bernhart et al. 2018, 87). Ein Definitionsansatz, der diesem Verständnis von E-Government Rechnung trägt, könnte wie folgt lauten:

*„Unter ‚Intelligentem E-Government‘ verstehen wir die nachhaltige, ganzheitliche Einbettung aller relevanten Aspekte von E-Government in die jeweilige Ablauf- und Aufbauorganisation sowie technische Infrastruktur einer Verwaltung, um wirtschaftliche Qualitäts- und Effizienzgewinne synergetisch realisieren zu können.“ (Van Kempen, Hogrebe 2014, 26)*

Untersuchungen zum aktuellen Stand des E-Government in Deutschland zeigen jedoch auf, dass hinsichtlich der praktischen Implementierung der obigen Gütekriterien noch ein signifikanter Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht. Wesentliche Herausforderungen des E-Governments liegen in der Komplexität der deutschen Verwaltungslandschaft, die es dringend in einer transparenteren, nutzerfreundlicheren Struktur an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben gilt. Ein weiteres Problem, welches noch immer einer Intensivierung der Nutzung im Wege steht, sind Medienbrüche. „Auch wenn die Digitalisierung der Verwaltung vielfältige Formen angenommen hat – so lange die Leistungen nicht medienbruchfrei online abzurufen sind, bleibt die spürbare Bedeutung gering“ (Weber 2018, 160). Sollten diese Erwartungen an ein nutzerorientiertes E-Government mittelfristig nicht erfüllt werden, könnte dies nutzungshemmende Kreditibilitätsprobleme nach sich ziehen.

### *Online-Zugangsgesetz*

Vor dem Hintergrund der zuvor beschriebenen Schwierigkeiten bei der erfolgreichen Umsetzung eines E-Governments hat die Bundesregierung das Onlinezugangsgesetz (OZG) erlassen. Dieses verpflichtete Bund, Länder und Kommunen dazu, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 digital über entsprechende Portale anzubieten (vgl. Bundesministerium des Innern 2020B). Außerdem sollen gemäß des Once-Only-Prinzipes „(...) freiwillige „Nutzerkonten“ eingerichtet werden, die die Möglichkeit eröffnen, dass die Daten der Bürger nur ein einziges Mal erfasst und hiernach auf die Verwaltungsstellen verteilt werden, die sie zur Entscheidungsfindung benötigen.“ (Bardmann 2019, 593).

Die gesetzliche Forcierung des E-Governments ist ein notwendiger Schritt, setzt damit aber gleichzeitig insbesondere kleinere Kommunen unter Handlungsdruck. Während die urbanen Zentren Deutschlands und solche Regionen mit einer insgesamt höheren Bevölkerungs- und Infrastrukturdichte sich als sehr gut aufgestellt zeigen, sind es insbesondere die ländlichen Regionen ohne entsprechende Skalenvorteile, die Aufholbedarf hinsichtlich der Implementierung von E-Government-Instrumenten aufweisen (vgl. Weber 2018, 174ff.).

### *E-Participation / Open Government*

Neben der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen bieten die neuen IuK gleichzeitig die Möglichkeit, Bürger an Planungs- und Entscheidungsverfahren teilhaben zu lassen. Dieser Ansatz gewinnt in Zeiten von schwindendem Vertrauen in staatliche Lösungskompetenz und einer wachsenden Individualisierung der Bürgergesellschaft an Relevanz. „Daher wird zunehmend gefordert, Verfahren der öffentlichen Hand – insbesondere unter Rückgriff auf die neuen Möglichkeiten des Internets – transparenter und partizipativer zu gestalten und sie mehr als bisher zu öffnen“ (Brückner, Märker 2015, 112).

Hierdurch wird einerseits eine bessere Informationsgrundlage für Politikimplementierung und eine Legitimationsstärkung von Politik und Verwaltung erwartet. Andererseits können Individuen durch ihre kollektive Partizipation an Entscheidungsprozessen in ihrer Selbstwahrnehmung als Bürger gestärkt werden. Initiativen, die hierauf abzielen werden auch unter den Schlagworten Open Government oder E-Participation subsumiert (vgl. Brückner, Märker 2015, 112f.; Zobel, Weiß 2018, 207f.).

Im Zuge der datengestützten Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, etc. kommt es zur Herausbildung von neuen „(...) sozialen, technischen, ökonomischen und politischen Netzwerken (...)“ (Wolfram, Vogel 2012, 323). Diese Netzwerke setzen wiederum neuartige, institutionelle Verankerungen und infrastrukturelle Einbettungen voraus. Demnach sind die digital-gestützten Partizipationsinstrumente nicht bloß reine Informationskanäle, sondern entfalten in Form neuer sozio-technischer Systeme (siehe Kapitel 4.3.1) eine Raumwirkung (vgl. Wolfram, Vogel 2012, 326f.).

### *Staatlichkeit und Demokratie auf dem Prüfstand*

Einhergehend mit der Digitalisierung von Politik und Verwaltung kommt es auch zu einer Digitalisierung der Demokratie als solcher. Neben der Betonung der neuartigen Chancen im Kontext von Open-Data, E-Government und Online-Partizipation zur Realisierung einer direkteren Demokratie finden sich auch weit kritischere Standpunkte. Wiederkehrende Kritik erfährt beispielsweise die Gefahr eines Digital Divide; das heißt einer ungleichen Verteilung der Teilhabebefähigung an den digitalen Systemen in der Bevölkerung bedingt durch Alter, sozialer Zugehörigkeit oder Ausstattung mit Ressourcen und Wissen (vgl. Hidalgo 2019, 1f.). Außerdem entstehen im Zuge der Digitalisierung neue Manipulationsmöglichkeiten wie Fake News, Social Bots, Deepfakes etc. auf die die staatlichen Kontrollinstrumente bisweilen nicht immer zu reagieren wissen (vgl. Bardmann 2019, 594). Zuweilen wird gar die grundsätzliche Rolle und Notwendigkeit der heutigen, staatlich-bürokratischen Regulationsmechanismen in der digitalen Gesellschaft von morgen ambivalent diskutiert (vgl. Habel 2018, 152ff.).

Neben dem Staat sieht sich zwangsläufig auch das Individuum mit neuen, gleichermaßen praktischen wie auch ethischen Herausforderungen konfrontiert, durch die es sich als mündiger Bürger im staatlichen Kontext neu positionieren muss. Die digitale Durchdringung des Lebensalltags wirft die Frage nach der digitalen Souveränität oder Selbststimmung, also dem verantwortungsvollen Umgang mit der digitalen Welt, auf. Hierbei gilt es, individuell, gemäß den eigenen Bedürfnissen darüber zu entscheiden, zu welchem Grad man die eigene Verantwortung und damit auch Selbstbestimmung im Umgang mit Daten wahren möchte. Digitale Services erleichtern das Leben, sind jedoch unweigerlich an die Herausgabe von persönlichen Daten (Standortdaten, Vitaldaten, Cookies, Zahlungsinformationen etc.) gekoppelt. „Der Begriff „Digitale Souveränität“ beschreibt [demnach] einen Zustand im Spannungsfeld von Fremdbestimmtheit und Autarkie über Erhebung, Übertragung, Verarbeitung und Speicherung von Daten (...)“ (Lepping, Palzkill 2017, 17).

### 2.2.2 Gesellschaft

#### *Sprache, Schrift und Bild*

Die wohl offensichtlichste gesellschaftliche Veränderung im Zuge der Digitalisierung ist die ihrer Kultur. Aufgrund der Komplexität des kulturellen Diskurses sollen an dieser Stelle digital induzierte Veränderungen beispielhaft an den Bereichen Sprache, Schrift und Bild festgemacht werden, da sich diese Aspekte am deutlichsten im Lebensalltag der Menschen manifestieren.

Sprache und Schrift bilden seit jeher den Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie ermöglicht das Kommunizieren von Gefühlen, Ideen und Werten und schafft damit die Voraussetzungen für die Integration des Individuums in einen breiteren, sozialen Kontext. Mit Innovationen in Sprache und Schrift gingen deshalb auch immer gesellschaftliche Revolutionen einher. Als wesentliche Meilensteine in dieser dependenten Entwicklungsbeziehung sind die Erfindung der Schrift, des Buchdrucks und des Computers zu nennen. Der Computer wiederum bildete den technologischen Ausgangspunkt für die rapide gesellschaftliche Durchdringung mit modernen Kommunikationsmedien wie etwa dem Smartphone. Da die mit den IuK verbundene Veränderung der Gesellschaftsstruktur noch nicht abgeschlossen ist und daher nicht abschließend definiert werden kann, spricht man auch von der „nächsten Gesellschaft“. Fest steht: „Die „nächste Gesellschaft“ nutzt Computer und Internet als Verbreitungsmedien und entwickelt sich zur Netzwerkgesellschaft. Das Netzwerk ist die Strukturform, die Organisationen der nächsten Gesellschaft und auch Einzelmenschen (psychische Systeme) miteinander verbindet“ (Bardmann 2019, 562).

Mit der Digitalisierung von Sprache und Schrift verändert sich dabei auch ihr Medium. Kommunikation findet heute zunehmend in Chats und Social Media statt, wodurch insgesamt der Raum der elektronischen Sprache enorm zunimmt. Das Problem hierbei ist, dass Sprache nicht bloß eine Abfolge von Zeichen ist, die elektronisch in Binärcodes umgewandelt werden. Sie versucht dem Rezipienten über das Gesagte eine Bedeutung zu kommunizieren, die über die Aneinanderreihung der Buchstaben beziehungsweise der akustischen Signale hinausgeht. Um diesen Informationsverlust der elektronischen Sprache vorzubeugen, wurden die Formen des sprachlichen Ausdrucks bereits in verschiedener Art und Weise modifiziert. Emojis, Memes, Voicemails, Hashtags etc. sind nur einige Beispiele dafür, wie in der elektronischen Sprache zunehmend schriftliche, optische, akustische und emotionale Komponenten neu miteinander vermischt werden und so zur Entstehung einer neuen Sprachkultur beitragen, die es wiederum vermag, neue Botschaften zu transportieren (vgl. Becker 2013, 33ff.).



Neben den Auswirkungen auf Sprache und Schrift hat der digitale Wandel gleichzeitig zu weitreichenden Veränderungen in der Produktion, Distribution und Rezeption von Bildmedien geführt. Während früher die bildende Kunst, das Foto oder das Kino gesellschaftlich sinnstiftend waren (und dies zweifelsohne auch immer noch sind), werden Bilder heute in einer stetig wachsenden Quantität über digitale Endgeräte konsumiert. Neben dem Konsum von (bewegten) Bildern ist auch deren Produktion über Smartphones, Digitalkameras etc. in rasanter Weise angestiegen. Insgesamt haben sich Produktion und Konsum von Bildmedien zu einem signifikanten Aspekt des Lebensalltags entwickelt. Hinzu kommt, dass das Internet eine dynamische Plattform zur massenhaften Speicherung sowie zur Distribution von Bildmedien bietet. An dieser Stelle treten in den letzten Jahren neben Aspekten des Konsums und der Ethik zunehmend auch juristische Fragen hinsichtlich Urheberrecht und Datenschutz in den Vordergrund (vgl. Becker 2013, 53ff.).

### *Soziale Medien und Netzwerke*

Das Schlagwort Social Media hat sich zu einem gesellschaftlichen Leitthema des 21. Jahrhunderts entwickelt. Diskutiert werden in diesem Zusammenhang soziale, ökonomische, technologische und ethische Aspekte. Die Bandbreite der Diskurse liegt in der Bandbreite der Facetten des Social Media begründet. Hierunter sind solche digitalen Medien zu verstehen, die einen Austausch von Inhalten zwischen einer unbestimmten Menge an Nutzern ermöglicht. Ausgetauscht werden dabei nicht bloß Sprache und Bild, sondern vielmehr Meinungen, Alltagserfahrungen, aber auch Welt- und Wertanschauungen. Im Rahmen dieses multimedialen, simultanen Austauschs (Text, Bild, Audio, Video) verschwimmen die klassischen Grenzen zwischen Produzent und Konsument der kreierten Daten zunehmend (vgl. Scheffler 2014, 13f.).

„Aus den Daten können die Beteiligten (Menschen und/oder Maschinen) Informationen gewinnen, Wissen kreieren und mental in ihrem Bewusstsein speichern und/oder ein elektronisches Gedächtnis im Computer oder einer Cloud nutzen“ (Bardmann 2019, 575). Hieran zeigt sich bereits, dass sich durch Social Media in zweierlei Hinsicht auch Macht entfaltet – die Macht der Daten selbst sowie die Macht ihrer Nutzung. Zum einen werden in ungeahnter Geschwindigkeit Ideen und Meinungen kommuniziert und verbreitet, die schließlich gesamtgesellschaftliche Bedeutung entfalten. Zum anderen bieten die im virtuellen Raum entstehenden Daten gänzlich neue Handlungsmöglichkeiten aus wirtschaftlicher und politischer Perspektive. Über Nutzerdaten lassen sich deren räumliche Standorte, Konsumpräferenzen, politische Meinungen etc. bestimmen und gezielt nutzbar machen (vgl. Bardmann 2019, 575ff.).

Die sozialen Medien haben allerdings nicht bloß zu einem rapiden Anstieg des Austauschs im virtuellen Raum geführt. Vielmehr erfahren durch sie auch raumbezogene, soziale Organisations- und Handlungsformen eine spürbare Veränderung. Über digitale Medien werden unlängst auf individueller Ebene soziale Kontakte organisiert. Familien tauschen sich mithilfe dieser über räumliche Distanzen hinweg aus. Vereine, Verbände und Gesellschaften kommunizieren intern und extern über sie. Auch temporäre gesellschaftliche Phänomene wie Proteste profitieren immens von den sozialen Medien. Hieran lässt sich unschwer erkennen, dass soziale Aktivitäten, ehrenamtliches Engagement und kollektiv-bürgerschaftliche Meinungsäußerungen durch soziale Medien einen neuen Ausdruck in Form von digitalen Partizipationskulturen erfahren (vgl. Thimm 2017, 191ff.).

### *Haushalt und Konsum*

Im Zuge der Digitalisierung ist auch auf der Ebene der engsten sozialen Organisationsform – der Familie beziehungsweise des Haushalts – eine deutliche Technisierung, aber auch eine Veränderung des Konsumverhaltens zu beobachten. Neben der wachsenden, durchschnittlichen Ausstattung der Haushalte mit digitalen Endgeräten kommt es gleichzeitig zu einer zunehmenden Vernetzung dieser über sogenannte „Smart-Home“-Konzepte. „Ein wesentliches Element von Smart-Home-Konzepten besteht darin, Haustechnik und Hausgeräte über das Internet zu vernetzen. Dazu gehören Stromversorgung und Heizung, Hausgeräte wie Waschmaschine, Kühlschrank, Beleuchtung oder auch TV (...)“ (Brühl 2015, 98). Diese Vernetzungsmöglichkeiten werden unter dem Schlagwort des Ambient Assisted Living (AAL) zunehmend auch in gesundheitswissenschaftlichen Kontexten implementiert. AAL steht dabei für intelligent vernetzte, digitale (häusliche) Umgebungen, die proaktiv über Instrumente der Sensorik, Videoüberwachung, Vitaldatenerfassung etc. auf die situativen Bedürfnisse der Benutzer reagieren können (vgl. Fraunhofer 2020).

Hinzu kommen auch Veränderungen im Konsumverhalten auf individueller, häuslicher Ebene. Der an dieser Stelle wohl signifikanteste Aspekt ist die zunehmende Alltags- und Freizeitwirksamkeit von Sharing-Konzepten. „Grundsätzlich beschreibt der Begriff „Share Economy“ den Trend, nicht in jedem Fall Eigentümer eines Wirtschaftsguts sein zu müssen, sondern sich z. B. durch vertragliche Vereinbarungen die Nutzung bestimmter Güter zu sichern.“ (Brühl 2015, 141). Dieses Konzept ist grundsätzlich kein neues, erfährt aber derzeit durch digital operierende Sharing-Anbieter wie Netflix, Amazon, Spotify, Apple etc. einen enormen Markt- und Bedeutungszuwachs.

### 2.2.3 Wirtschaft

#### *Wissensökonomie*

Der mit der Digitalisierung verbundene Wandel hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft ging auch mit tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen einher. Die heutige Wirtschaft hat insgesamt eine klare Bedeutungsverlagerung von materiellem hin zu wissensbasiertem Input in Produktions- und Wertschöpfungsketten durchlaufen. KUJATH u. STEIN (2009, 370f.) beschreiben die ökonomischen Charakteristika einer solchen Wissensökonomie wie folgt:

*„Wissenschaftliche Innovationen, die Kompetenzen der Wissensarbeiter, die Fähigkeit, diese Kompetenzen systematisch in immaterielle und materielle Güter und Dienstleistungen zu transferieren, sowie der organisatorische Umbau der Wirtschaft zu stark vernetzten, enthierarchisierten Systemen der Wissensteilung machen das Neue der wissensbasierten Wirtschaft aus.“*

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass Wissen zu einem zentralen Faktor herangewachsen ist, an dem sich Volkswirtschaften gegenwärtig messen. Der wachsende Innovationswettbewerb in den Zukunftsmärkten der künstlichen Intelligenz, Robotik, autonomen Produktion oder des Supercomputing verdeutlicht, dass die Inwertsetzung von Wissen zum elementaren Kapital von Staaten im internationalen Wettbewerb geworden ist. Auch andere Wirtschaftszweige wie die industrielle Produktion („Industrie 4.0“), aber auch Handel, Handwerk und Landwirtschaft sind in ihrer Wettbewerbsfähigkeit mittlerweile abhängig von der digitalen Transformation. Die Förderung von Bildung und Forschung ist deshalb zu einem zentralen Paradigma moderner Volkswirtschaften geworden. Da die Distribution und Umsetzung von Wissen auf Kommunikation basieren, nehmen auch hier die IuK eine essentielle Rolle ein (vgl. Yaman et al. 2020, 1ff.; Kujath, Stein 2009, 370f.).

Von Bedeutung ist jedoch nicht allein die reine Kapazität, durch Wissen Innovationen zu generieren. Vielmehr geht es auch um die Fähigkeit von Volkswirtschaften, im Sinne eines Wissens- oder Innovationsmanagements die generierten Mehrwerte vorteilsbringend zu implementieren und dabei mögliche Risiken gering zu halten. Zentral ist deshalb auch die Einbettung einer Wissensökonomie in politische, soziale und rechtliche Systeme. Bereits jetzt ist zu erkennen, dass die Wahrung demokratischer Werte sowie von Bürger- und Persönlichkeitsrechten zu wichtigen, ethischen Faktoren heranwachsen, die den wissensbasierten Wettbewerb auf internationaler Bühne prägen (vgl. Yaman et al. 2020, 1ff.).

### *Industrie 4.0*

Wohl kaum ein anderer der „klassischen“ Wirtschaftszweige hat im Zuge des digitalen Wandels so fundamentale Veränderungen erfahren, wie die industrielle Produktion. Der in diesem Zusammenhang häufig verwendete Begriff Industrie 4.0 impliziert, dass heute nach der Einführung des mechanischen Webstuhls, des mechanischen Fließbands und elektronischer Speichermedien die vierte industrielle Revolution auf der Basis von Cyber-Physical-Systems (CPS) durchlaufen wird. Gemeint ist hiermit die Vernetzung von physisch-materiellen Produktionssystemen mit digitalen, datengestützten Systemen. „Vor allem ermöglicht die Vernetzung von Maschinen, Anlagen, Produkten und letztendlich auch mit dem Werker die Entstehung neuer datenbasierter Geschäftsmodelle, die oft nur noch indirekt etwas mit den realen Produkten und deren Basisfunktionalität zu tun haben“ (Klimant 2020, 158ff.).

Ein mögliches Beispiel für eine Industrie 4.0 könnten intelligente Fabriken sein, in denen Roboter Fertigungsprozesse automatisch koordinieren und autonome Transportfahrzeuge die Logistik erledigen. Im Kontext dieser Systeme wird der Faktor Mensch als Wissensträger und Problemlöser valorisiert (vgl. Bardmann 2019, 650f.; Klimant 2020, 161f.). Trotz der kognitiven Bedeutung menschlicher Arbeitskraft in automatisierten Systemen wird ambivalent darüber diskutiert, inwieweit es durch eine Ausbreitung von Industrie 4.0 zu einer kritischen Verdrängung von Arbeitsplätzen aus den Produktionsabläufen kommen könnte. So wird beispielsweise argumentiert, dass es im Zuge der Digitalisierung und Automatisierung der industriellen Produktion zu einer Rationalisierung von menschlichen Arbeitsschritten und damit zu einer weiteren Polarisierung der Arbeitsverhältnisse kommen müsse. Eine solche Entwicklung ist in Deutschland zumindest auf Makroebene allerdings noch nicht zu beobachten. Die Technologieführerschaft in vielen Branchen sowie das allgemeine Wirtschaftswachstum der letzten Jahre haben (bisher) zu einer konstanten Entwicklung der menschlichen Industriearbeit bei gleichzeitiger Zunahme des Technologieeinsatzes geführt (vgl. Fuchs et al. 2017, 89f.).

Die Analyse der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmen aus dem Bereich der Industrie 4.0 und damit verbundener Beschäftigungsverschiebungen stößt jedoch schnell an Grenzen, da sich bis heute kein statistisch abgedeckter und betriebs- oder volkswirtschaftlich anerkannter Begriff für eine entsprechende Branche herausgebildet hat. Stattdessen wird übergreifend gemäß des diffusen und noch in der Entwicklung begriffenen Charakters beispielsweise von sogenannten „Emerging Economies“ gesprochen (vgl. Hertwig 2020, 129ff.; Fuchs et al. 2017).

### *Digitalisierung „alter Branchen“*

Der Begriff der Industrie 4.0 verleitet zu der Annahme, dass ausschließlich oder zumindest hauptsächlich die industrielle Produktion einen Prozess der Digitalisierung durchläuft. Tatsächlich zeichnen sich alle Wirtschaftszweige - darunter auch vermeintlich „alte“ Wirtschaftszweige - durch die Implementierung digitaler Instrumente aus (vgl. Bardmann 2019, 643f.).

Die Einflüsse der Digitalisierung auf die Handelsbranche sind omnipräsent, viel diskutiert und grundsätzlich in zwei zusammenhängenden Trends zusammenzufassen: dem Rückzug des traditionellen, stationären Einzelhandels bei gleichzeitig rapidem Wachstum des Online-Versandhandels beziehungsweise E-Commerce (vgl. Bardmann 2019, 656ff.; Brühl 2015, 28f.). Gegenwärtig ist jedoch eine Vermischung von Online- und Offline-Verkaufskanälen in Form von hybriden Shopping-Modellen (Omni- oder Multichannel) auch im Bereich des stationären Einzelhandels zu beobachten (vgl. Stieninger et al. 2019, 46ff.). „Omnichannel-Handel bietet dem Kunden unterschiedliche, aufeinander abgestimmte Kanäle an, über die er mit Unternehmen in Verbindung treten kann. Solche Kanäle sind Filialen, Webseiten, [...] soziale Medien, Chatrooms, Telefon, Apps, usw.“ (Bardmann 2019, 657).

Auch traditionelle Handwerksunternehmen müssen sich zunehmend mittels digitaler Tools veränderten Kundenbedürfnissen anpassen. Kunden fordern zunehmend auch im Bereich des Handwerks digitale Dienstleistungen ein. Zu nennen sind hier beispielsweise die individuelle Produktzusammenstellung über Online-Konfiguratoren und 3-D-Produktvisualisierungen. Selbst Kleinunternehmen sehen sich spätestens durch die gesetzliche Forderung nach E-Rechnungen mit Digitalisierung konfrontiert. Angesichts der technologischen Durchdringung handwerklicher Dienstleistungen (Smart Home etc.) sind auch hier praktische Digitalkompetenzen gefragt (vgl. Bardmann 2019, 651f.; Bertram, Schaarschmidt 2019, 197ff.).

Selbst die Landwirtschaft als wohl „ältester“ Wirtschaftszweig wurde unlängst vom digitalen Wandel erfasst und teils grundlegend verändert. Sowohl die Landbewirtschaftung (Bodenbearbeitung, Aussaat, Pflanzenschutz, Ernte) als auch die Tierhaltung (Fütterung, Vitaldatenkontrolle, Medikamenteneinsatz) unterliegen Prozessen der Automatisierung und Technisierung. Jene Entwicklungen werden häufig unter den Schlagwörtern Smart Farming, Digital Farming oder Precision Farming subsumiert. Insgesamt findet auch hier, ähnlich wie in der Industrie 4.0, eine zunehmende Vernetzung von Maschinen, Daten, Mensch und Tier statt (vgl. Bardmann 2019, 652ff.; Lutz 2017, 429ff.).

### *Arbeit 4.0*

Die zuvor aufgezeigten Trends in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft werden in absehbarer Zeit zu deutlichen Umwälzungen in der Struktur des Arbeitsmarktes führen. „Die Automatisierung manueller Tätigkeiten und die Übernahme geistiger Routinetätigkeiten des Menschen durch Maschinen erfasst mit einem enormen Tempo die gesamte Berufsarbeit (...)“ (Bardmann 2019, 665). Viele Prognosen gehen in diesem Zusammenhang von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer damit verbundenen sozialen Polarisierung der Gesellschaft aus. Andere Zukunftsvisionen betonen hingegen das Potential der Digitalisierung, neue Arbeitsplätze in aufstrebenden Branchen zu schaffen. Losgelöst von der zukünftigen makroökonomischen Entwicklung sind bereits jetzt Veränderungen hinsichtlich der allgemeinen Arbeitsbedingungen festzustellen (vgl. Bardmann 2019, 665ff.; Kollmann, Schmidt 2016, 105ff.).

Hiermit gemeint ist die Entwicklung hin zur ortsunabhängigen, mobilen Arbeit. Möglich gemacht werden Homeoffice, Telearbeit etc. durch Cloud-Computing. „In der digitalen Cloud eingerichtete Speicher stellen sicher, dass zu jeder Zeit und an jedem Ort über gespeicherte Daten, Anwender-Software und Rechenleistung zur Bewältigung von Berufsarbeit verfügt werden kann“ (Bardmann 2019, 673). Ortsunabhängiges Arbeiten kann in Zukunft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die oft geforderte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern und die individuelle Lebensgestaltung und -Qualität zu erhöhen. Auch ergibt sich hieraus das Potential, strukturelle Disparitäten zwischen urbanen und ländlichen Räumen durch die stärkere Kopplung von Wohn- und Arbeitsort abzubauen. Mögliche negative Trends der mobilen Berufsarbeit sind Mehrbelastungen durch den Wegfall der räumlichen Barriere zwischen Beruf und Familie und der erhöhten Erreichbarkeit (vgl. Bardmann 2019, 674f.).

Eine wesentliche Entwicklung im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt und der Bedeutungszunahme der Sharing-Economy ist das Entstehen sogenannter Coworking-Spaces. Diese definieren sich „(...) durch das Angebot eines professionellen und eines sozialen Interaktionsraums, in dem die Mitglieder gegen die Zahlung einer Mitgliedschaftsgebühr Zugang zu Ressourcen und Infrastruktur wie Schreibtischen, Besprechungsräumen, Internet oder Druckern und gegebenenfalls Dienstleistungen wie Schulungen und Trainings erhalten“ (Reuschl, Bouncken 2017, 194). Der Mehrwert eines Coworking-Spaces gegenüber individuellem Homeoffice zeichnet sich durch seinen sozial-kreativen Interaktionsraum aus. Seit einigen Jahren erfahren Coworking-Spaces zunehmend auch als Kreativ- und Gründungszentren für die ländliche Wirtschaft Beachtung (vgl. Fuzi 2015, 461ff.).

### *Disruptive Trends im Ausblick: Big Data, Blockchain, Internet der Dinge*

Die Betrachtung der wirtschaftlichen Transformationsprozesse soll mit einem Ausblick hinsichtlich aktuell stattfindender, disruptiver Trends schließen, die das Potential besitzen, die Organisation des bekannten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems tiefgreifend zu verändern. Big Data, Blockchain und Internet der Dinge, beziehungsweise Internet of Things (IoT) sind dabei nur ausgewählte Beispiele der prominenten Schlagwörter, die die aktuellen Debatten hinsichtlich der Zukunft der Wirtschaftssysteme überlagern.

Der erste hier thematisierte Begriff der Big Data steht für Datenmengen, die zu komplex, zu groß oder zu schnelllebig sind, um sie mithilfe der aktuell verfügbaren Instrumente der Datenverarbeitung zu erfassen und auszuwerten. Ursache hierfür ist, dass der rapide Anstieg der breiten gesellschaftlichen Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu einem exponentiellen Wachstum des globalen Datenverkehrs geführt hat, der von der Fähigkeit der Internetpenetration der verfügbaren, digitalen Infrastrukturen nicht aufgefangen werden kann. Als Schlüsseltechnologie zur Lösung dieses Problems wird gegenwärtig das Supercomputing angesehen, also die Verarbeitung von Datenmengen im Zetabyte-Bereich durch die Zusammenschaltung einer Vielzahl an Hochleistungscomputern (vgl. Brühl 2015, 47ff., 52ff.).

Vom Internet der Dinge spricht man im Zusammenhang der datenbasierten Vernetzungen von Produkten, Maschinen und Menschen, wie sie beispielsweise im Bereich der Industrie 4.0 bereits erfolgt. Die zunehmende Vernetzung der physikalischen und virtuellen Welt hält das Potential, in naher Zukunft gänzlich neue Geschäftsmodelle entstehen zu lassen. Auch im Dienstleistungssektor sind entsprechende Modelle bereits im Bereich der Mobilität (Smart Mobility und Logistics) und im Gesundheitswesen (Smart Home, Ambient Assisted Living) zu beobachten (vgl. Brühl 2015, 64ff.). Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass digitale Transaktionen und Datenströme insgesamt komplexer und dezentraler werden. An dieser Stelle kommt die sogenannte Blockchain-Technologie zum Tragen, die es ermöglicht, eine beliebige Menge an Datensätzen (Blöcken) kryptographisch miteinander zu vernetzen. Blockchain kann somit „(...) als eine Datenstruktur für verteilte Buchhaltung aufgefasst werden, welche keine zentrale Kontrollinstanz benötigt und [...] die Integrität der Transaktionshistorie weltweit garantiert und dem Schutz des Eigentums Rechnung trägt“ (Meier 2018, 1133).

Durch Technologieführerschaft in den obigen Bereichen verspricht man sich derzeit eine Festigung der Kontrolle über die globalen Datenströme, was fundamentale ökonomische wie auch geopolitische Auswirkungen haben könnte.

### 2.2.4 Raum

Die oben beschriebenen Prozesse der Digitalisierung erfahren einerseits über ihr infrastrukturelles Fundament und andererseits über das raumbezogene Handeln der involvierten Akteure (Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik) eine Raumwirksamkeit. Hinsichtlich der wissenschaftlichen Bewertung dieser dominieren zwei gegensätzliche Einschätzungen. Technologische Argumentationen betonen die sinkenden Transport- und Transaktionskosten im Zuge der Digitalisierung und die damit verbundene räumliche Angleichung, auch in wissensökonomischer Perspektive. Wirtschaftliche und soziale Perspektiven hingegen weisen den Metropolen und urbanen Räumen im weiteren Sinne bedingt durch ihre Skaleneffekte in Bezug auf Infrastrukturen und Humankapital eine klare Dominanz im Kontext der Wissensökonomie bei unklarer Rolle der ländlichen Räume zu (vgl. Kujath, Stein 2009, 372).

Die Analyse der Raumstruktur der Bundesrepublik Deutschland bringt verschiedene Raum- und Standorttypen der Wissensgesellschaft zum Vorschein (siehe Abbildung 1). Prägend sind dabei die Knotenpunkte der Wissensgesellschaft in den urbanen Zentren. „Die Dynamik der Wissensgesellschaft hat als ein weiteres Phänomen ausgedehnte metropolitane Verflechtungsraume hervorgebracht (...). Agglomerationsräume wie München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Hannover-Braunschweig-Göttingen, Nürnberg und Stuttgart repräsentieren ein großes Spektrum wissensgesellschaftlicher Profile“ (Kujath, Stein 2009, 375). Hinzu kommt, dass sich zwischen den metropolitanen Zentren Entwicklungskorridore entwickelt haben, in denen auch eher ländlich geprägte Regionen eine funktionale Einbettung in die Wissensökonomie erfahren. Der restliche, zumeist ländliche geprägte Raum ist zwar nicht grundsätzlich von der Wissensökonomie abgekoppelt, aber dennoch meist nicht von signifikanter Bedeutung.

Trotz struktureller Standortnachteile gegenüber den Metropolen gelang jedoch auch in ländlichen Regionen „(...) der Anschluss an die wissensgesellschaftliche Entwicklung in der Regel mit Hilfe vor Ort vorhandener oder neu geschaffener Wissensbasen, vor allem in Hochschulen, führenden Unternehmen und Kultureinrichtungen“ (Stein, Kujath 2013, 159). Diese Entwicklung verdeutlicht, dass der Wettbewerb um digitale Infrastrukturen und die damit verbundene Teilhabe an Informationen und Innovationen keinesfalls allein zwischen den urbanen Zentren ausgetragen wird. Vielmehr positionieren sich auch ländliche Regionen immer selbstbewusster im digitalen Wettbewerb (vgl. Kaczorowski, Swarat 2018), sodass mittlerweile auch vermeintlich peripheren Region eine wichtige Rolle im Standortwettbewerb um innovationsbasierte, wissensintensive Wertschöpfung zukommt (vgl. Posselt, Bourayou 2020, 80ff.).



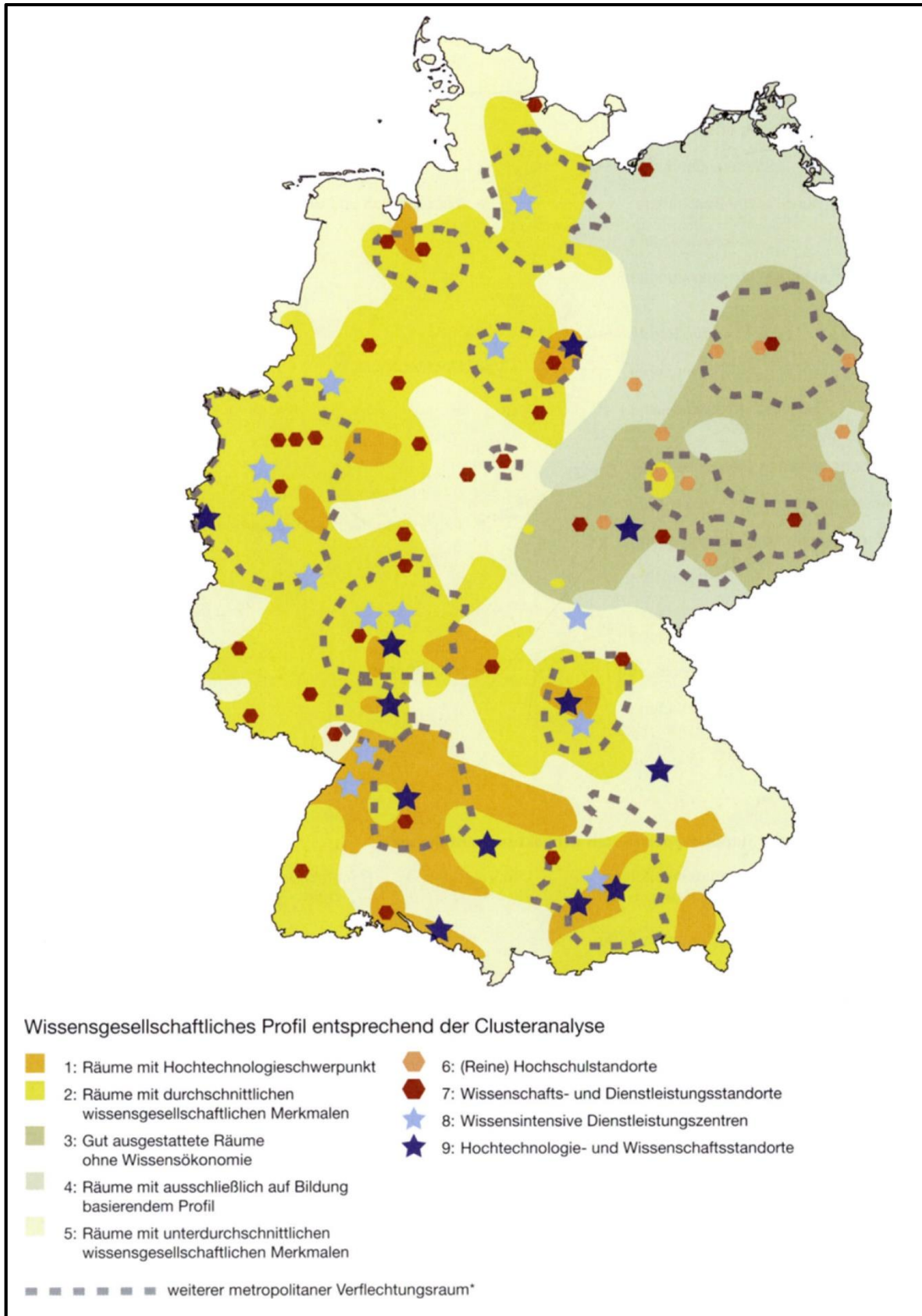


Abbildung 1: Raum- und Standorttypen der Wissensgesellschaft in ihrer räumlichen Verteilung, entnommen aus: Kujath, Stein 2009, 374 nach Kujath et al. 2008, 25

### **2.3. Smart Country, Smart Regions**

Ländliche Räume sind heute fester Bestandteil des digitalen Wettbewerbs. Hieraus ergeben sich neue Entwicklungspfade, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit einer proaktiven Positionierung, um mittelfristig in einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft Schritt halten zu können. Von besonderem Interesse muss es deshalb sein, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des ländlichen Raums in Deutschland zu einer „Smart Country“ zu bestimmen (siehe Kapitel 2.3.2), um so den aktuellen Bedeutungszuwachs von sogenannten Smart Regions als Gegenpol zur etablierten Smart City zu kontextualisieren (siehe Kapitel 2.3.1).

#### **2.3.1 Von der Smart City zur Smart Region**

Um den Einfluss der Digitalisierung auf den ländlichen Raum Deutschlands aufzeigen zu können, muss auch hier allerdings die Annäherung auf Grundlage eines urbanen Konzeptes beginnen. Seit nunmehr etwa drei Jahrzehnten werden in städtischen Räumen innovative, digitalbasierte Zukunftskonzepte unter dem Schlagwort „Smart City“ diskutiert und umgesetzt. Weder in raumwissenschaftlicher noch in technischer Perspektive hat sich bis jetzt eine einheitliche Formaldefinition durchgesetzt. Alternativ wird häufig mehr oder minder deckungsgleich auch von intelligent city, knowledge city, ubiquitous city, sustainable city, digital city etc. gesprochen. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurde die Bedeutung von smarten, urbanen Infrastrukturen im Kontext von erneuerbaren Energien oder Smart-Home-Technologien diskutiert. Der Diskussionsschwerpunkt verlagerte sich in der Folgezeit von einer rein technisch-distributiven Ebene hin zu digital-vernetzten, bedarfsorientierten Infrastrukturen (vgl. Ingwersen, Serrano-Lopez 2018, 1206, 1211ff.).

Auch in Deutschland sind Smart Cities unlängst Realität geworden. Beispielsweise wurde von der Bundesregierung im Jahr 2016 die Dialogplattform Smart Cities ins Leben gerufen, die es sich zum Ziel setzt, den Austausch über Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Stadtentwicklung zu fördern (vgl. Bundesministerium des Innern 2020C). Aktuell läuft die zweite Staffel der Modellprojekte Smart Cities unter dem Motto "Gemeinwohl und Netzwerkstadt/Stadtnetzwerk", bei der sich Städte, Kreise und Gemeinden jeder Größe für eine Förderung bewerben können, um so integrierte Smart-City-Ansätze zu erproben (vgl. Bundesministerium des Innern 2020D).

Der im Jahr 2019 von der Bitkom veröffentlichte Smart-City-Atlas liefert erstmals einen systematischen Überblick über die in den deutschen Städten verfolgten Strategien zur Umsetzung einer smarten Stadtentwicklung und listet insgesamt 50 digitale Vorreiter-Städte auf (siehe Abbildung 2). Demnach ist Digitalisierung in Form von intelligent vernetzten Infrastrukturen in nahezu allen deutschen Großstädten Alltagsrealität (vgl. Bitkom 2019, 9f.).

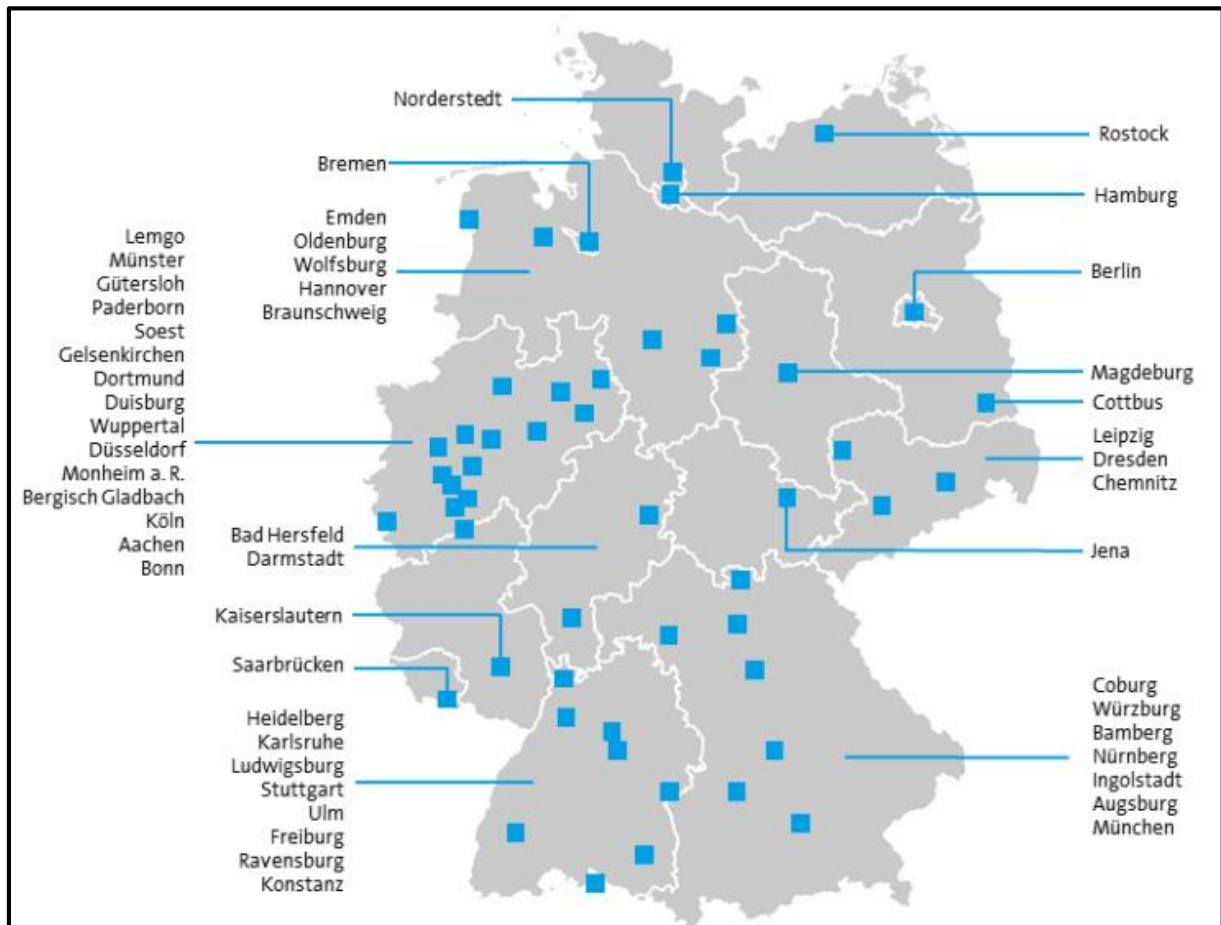


Abbildung 2: Übersicht der deutschen Smart Cities, entnommen aus: Bitkom 2019, 17

Seit einigen Jahren wird zunehmend erkannt, dass die Übertragung des Grundgedankens des integrierten Smart-City-Ansatzes – nämlich die intelligente Vernetzung von (Versorgungs-)Infrastrukturen – auf den ländlichen Raum nicht nur grundsätzlich möglich ist, sondern auch die Chance bietet, räumliche Disparitäten sukzessive abzubauen. Hierdurch könnte die Digitalisierung einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse leisten (vgl. Kaczorowski, Swarat 2018, 24; VKU 2018, 11). Zahlreiche, in den letzten Jahren erschienene Studien unterstreichen das Potential der Digitalisierung für den ländlichen Raum in besonderer Weise (vgl. Williger, Wojtech 2018; Lobeck 2017, Voigt et al. 2017).

Vor diesem Hintergrund hat jüngst die Transformation ländlicher Regionen in Smart Regions begonnen. Hiermit verbunden ist auch die Erkenntnis, dass Deutschland als Smart Nation im internationalen Wettbewerb um Innovationen und neue Märkte nur standhalten kann, wenn auch die ländlichen Teilräume abseits der Metropolen hierfür gerüstet sind. „Zentrale Gelingensbedingung ist ein Denken in Smart Regions. Im Mittelpunkt einer Smart Region steht der Bürger. Digitalisierung ermöglicht ihm ein selbstbestimmtes, auf Teilhabe bezogenes Leben, dessen Zugänglichkeit durch intelligente Systeme gesichert wird“ (Voigt et al. 2017, 29).

Auch die Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung digitaler, ländlicher Regionen aktiv mitzugestalten. So unterstützt beispielsweise das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft durch die Fördermaßnahme "Land.Digital: Chancen der Digitalisierung für ländliche Räume" bis März 2022 insgesamt 61 innovative Projekte, die die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im ländlichen Kontext erproben. Die Einsatzfelder umfassen dabei die sieben Themenbereiche "Wirtschaft und Arbeit", "Ehrenamt und Beteiligung", "Mobilität", "Bildung und Qualifizierung", "Gesundheit und Pflege", "Nahversorgung" sowie "Informations- und Kommunikationsplattformen". Aktuelle Projektbeispiele fokussieren sich unter anderem auf die Aspekte Co-Working, Mitfahr-Apps, Car-Sharing, E-Learning, Tele-Medizin, Bürgerplattformen, etc. (vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2019).

Zur effektiven Umsetzung der Digitalisierung in allen Teilräumen Deutschlands bedarf es jedoch mehr als einer nationalen Agenda. Vielmehr müssen den Kommunen und den regionalen Stakeholdern bewusst Verantwortung, Rollen und Aufgaben zugewiesen werden, um so die Region einschließlich ihrer Akteure gemäß einer integrierten ländlichen Entwicklung als Handlungsebene zu stärken. Gleichwohl können so die soziotechnischen Ausgangsbedingungen der Region in eine bedarfsgerechte Lösungsstrategie überführt werden. Diesem Verständnis folgend ließen sich die Charakteristika des Entstehungsprozesses einer Smart Region wie folgt beschreiben:

*„Die Schaffung einer smarten ländlichen Region ist ein politisch-strategisches Innovationsprogramm, das Politik, Unternehmen, Bürgerschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen fordert. Es ist viel mehr als ein Digitalprojekt. Eine digitale Region ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die einen Mentalitätswandel beinhaltet, der alle Akteure [gleichermaßen] fordert und miteinbezieht“ (Kaczorowski, Swarat 2018, 24).*

### 2.3.2 Smart Country: Status Quo

Die von der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2017 veröffentlichte Studie „Smart Country regional gedacht – teilträumliche Analysen für digitale Strategien in Deutschland“ analysiert die strukturelle Ausgangslage der Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland hinsichtlich ihrer endogenen Gestaltungsfähigkeit der Digitalisierung. Hierzu wurden etwa 60 Indikatoren aus den Dimensionen „Arbeitsmarkt und Wirtschaft“, „Beschäftigtenstruktur“, „Bevölkerungs- und Sozialstruktur“, „Bildung“ und „Breitbandversorgung“ herangezogen, um auf dieser Grundlage eine Clusteranalyse (siehe Abbildung 3) durchzuführen, in der Raumeinheiten hinsichtlich ihrer digitalen Entwicklungspotentiale zusammengefasst wurden (vgl. Wiechmann, Terfrüchte 2017, 21ff., 62ff.).

Hinsichtlich der Digitalisierungschancen des ländlichen Raums zeigt sich dabei ein klares Bild. Ostdeutsche Landkreise sind mit Ausnahme des Speckgürtels um Berlin von eher geringer Wirtschaftskraft, überdurchschnittlicher Alterung und einem unterdurchschnittlichen Breitbandausbau geprägt und daher im Kontext der Digitalisierung mit großen strukturellen Herausforderungen versehen. Demgegenüber sind wachsende, ländlich geprägte Landkreise mit guten Entwicklungschancen primär in Süddeutschland, punktuell aber auch in Nordwestdeutschland (Landkreise Vechta und Cloppenburg) anzutreffen. Ausschließlich die urbanen Zentren werden von der Studie als dynamische, prosperierende Treiber der Digitalisierung ausgewiesen. Der Handlungsdruck, der hinsichtlich der Digitalisierung in der breiten Fläche abseits der urbanen Zentren besteht, zeigt sich deutlich in der Tatsache, dass 221 der 402 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland laut Studie eher schlechte Digitalisierungschancen aufweisen (vgl. Wiechmann, Terfrüchte 2017, 29-60).

Ein Bild bezüglich des Stands der Digitalisierung aus der Perspektive der Kommunen selbst liefert der zuletzt im Jahr 2019 vom Institut für Innovation und Technik (iit) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) herausgegebene Zukunftsradar Digitale Kommune. Grundlage des Zukunftsradars bildet eine im Zeitraum vom 21. Dezember 2018 bis zum 8. März 2019 durchgeführte Online-Befragung aller deutschen Städte und Gemeinden. Die Gesamtzahl der vollständig ausgefüllten Fragebögen beträgt 538, was einer Rücklaufquote von 4,9 Prozent bei einer Gesamtzahl von 11.092 deutschen Kommunen entspricht. Aus den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie aus dem Freistaat Thüringen liegen keine Daten vor (vgl. Hornbostel et al. 2019, 10f.).

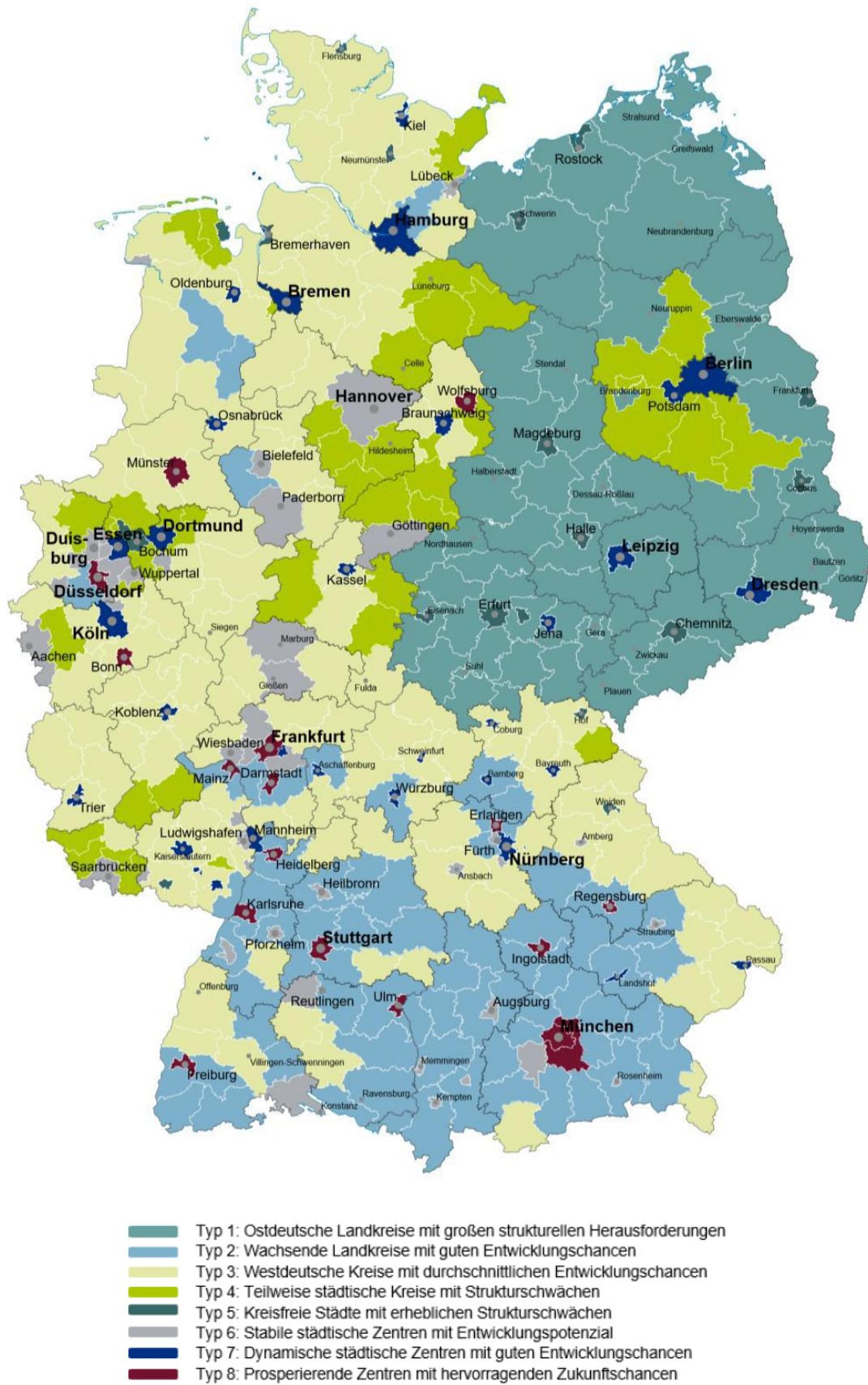


Abbildung 3: Räumliche Verteilung der Cluster, entnommen aus: Wiechmann, Terfrüchte 2017, 25

## 2. Digitalisierung: die Basisinnovation des frühen 21. Jahrhunderts

Das Antwortverhalten der Kommunen bezüglich der Einschätzung zum aktuellen Stand der Digitalisierung nach Größe der Kommune (siehe Abbildung 4) zeigt deutlich, dass bei den sehr kleinen (< 10.000 Einwohner) und kleinen bis mittleren (10.000 – 100.000 Einwohner) Kommunen der Stand der Digitalisierung weit überwiegend als „ausreichend“ oder gar als „schlecht“ eingeschätzt wird. Weniger als ein Fünftel der befragten Kommunen in den beiden Größenordnungen gaben an, ihren aktuellen Digitalisierungsstand als „gut“ zu bewerten. Bei den großen und sehr großen Kommunen (> 100.000 Einwohner) zeigt sich hingegen eine Polarisierung. Während mit einem Anteil von 43% eine große Gruppe an befragten Kommunen den Stand der Digitalisierung als „gut“ bewertet, schätzt ein genauso großer Anteil der Kommunen den Stand als „schlecht“ ein (vgl. Hornbostel 2019, 12ff.).

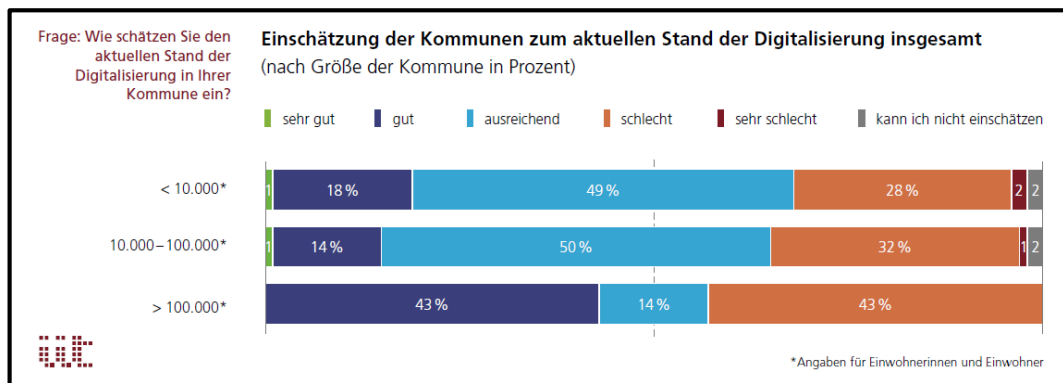


Abbildung 4: Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt nach Größe der Kommune, entnommen aus: Hornbostel et al. 2019, 14

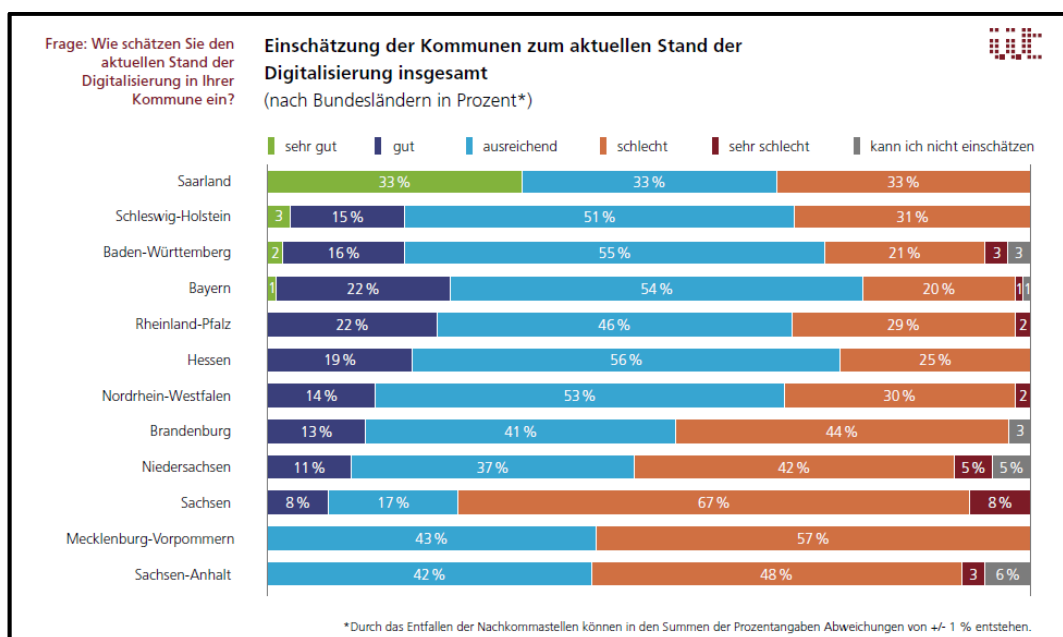


Abbildung 5: Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt nach Bundesländern, entnommen aus: Hornbostel et al. 2019, 13

Aufgrund der lückenhaften sowie räumlich ungleich gewichteten Datenbasis können nur bedingt räumliche Muster hinsichtlich der Bewertung des Stands der Digitalisierung abgeleitet werden (siehe Abbildung 5). So sind aus den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg 212 beziehungsweise 62 Fragebögen ausgewertet worden, während aus Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland nur 7 beziehungsweise 3 Fragebögen vorliegen. Allerdings lassen sich dennoch gewisse Auffälligkeiten feststellen. Während nahezu ein Viertel der befragten Kommunen aus Bayern ihren Status als „gut“ bis „sehr gut“ und nur 21 Prozent als „schlecht“ bewerten, kommen drei Viertel der Kommunen aus Sachsen zu der Einschätzung, dass ihr aktueller Stand als „schlecht“ zu werten sei (vgl. Hornbostel et al. 2019, 13). Diese hier in Ansätzen zu erkennenden Disparitäten zwischen den süd- und ostdeutschen Kommunen deutet auf eine Bestätigung der Ergebnisse der Clusteranalyse der Studie „Smart Country regional gedacht“ der Bertelsmann-Stiftung auch aus Sicht der Kommunen selbst hin.

Der Status der Digitalisierung hinsichtlich Breitbandausbau, technischer Ausstattung, fachlicher Expertise, Finanzmittel, IT-Sicherheit und Personalausstattung wird überwiegend als „ausreichend“ bewertet. Die kritischsten Bewertungen erhalten dabei die finanzielle und personelle Ausstattung. Hieran wird deutlich, dass aus Sicht der Kommunen die mittelfristige Finanzierung der technischen Ressourcen sowie auch die Bereitstellung von IT-Fachpersonal als zentrale Schwierigkeiten gesehen werden. Auch der Breitbandausbau wurde mehrheitlich nicht besser als „ausreichend“ oder gar als „schlecht“ eingeschätzt (vgl. Hornbostel 2019, 16f.).

Diese Einschätzungen legen deutlich zutage, dass die infrastrukturelle und technische Ausstattung aus kommunaler Sicht eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Gestaltung der Digitalisierung spielen. Der öffentliche Diskurs rund um die technische Dimension der Digitalisierung ist vor allem geprägt von vermeintlichen und tatsächlichen Defiziten in der Datenversorgung. „So hat die Bundesregierung das Ziel ihrer „Digitalen Agenda 2014-2017“ nicht erreicht, bis Ende 2018 eine flächendeckende Datenversorgung mit 50 Mbit/s im Download für alle Haushalte zu ermöglichen“ (Ilgmann 2019, 119). Obwohl die digitale Infrastruktur Deutschlands‘ gemessen an statistischen Parametern im internationalen Vergleich deutlich besser abschneidet als es die öffentliche Debatte suggeriert, so ist dennoch festzustellen, dass regionale Verzögerungen im Ausbau der Dateninfrastruktur strukturelle Disparitäten begünstigen und die digitale Transformation bremsen (vgl. Ortwein 2013, 25ff.).



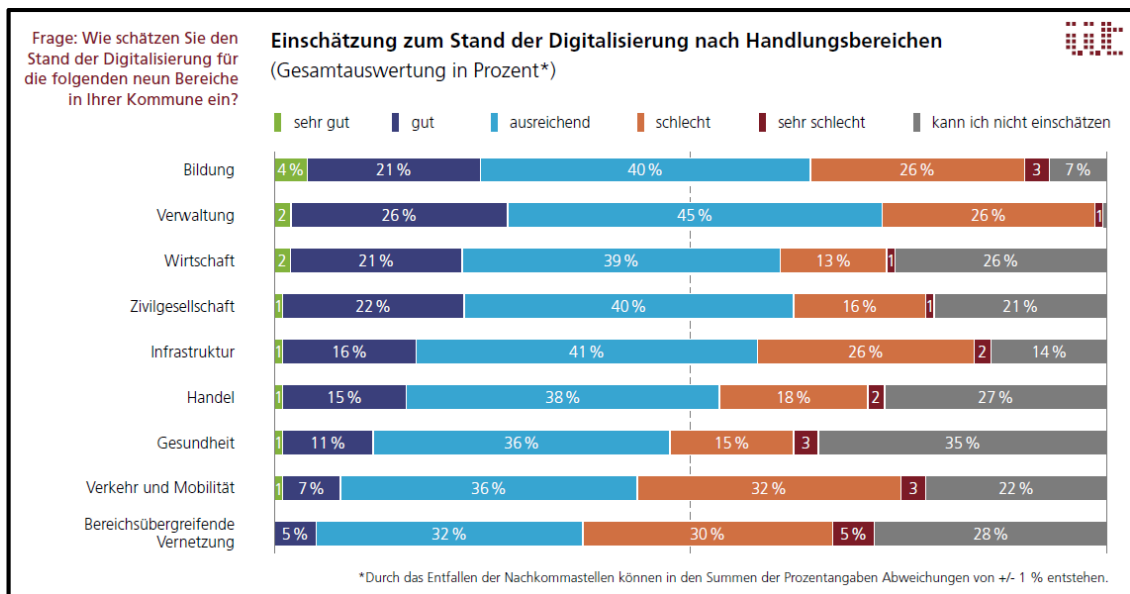


Abbildung 6: Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Handlungsbereichen (Gesamtauswertung), entnommen aus: Hornbostel et al. 2019, 18

Die Differenzierung der Bewertung des Digitalisierungsniveaus nach verschiedenen Handlungsfeldern (siehe Abbildung 6) zeigt, dass die Umsetzung der Digitalisierung in den Bereichen Bildung, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Infrastruktur, Handel, Gesundheit, Verkehr und Mobilität sowie der bereichsübergreifenden Vernetzung überwiegend als „ausreichend“ bewertet wird. Ein geringer Entwicklungs- beziehungsweise Umsetzungsstand wird vor allem in den Bereichen Mobilität und Bildung sowie in der digitalen Vernetzung der Bereiche untereinander festgestellt. Auffällig ist außerdem, dass viele Kommunen den Stand der Digitalisierung in den jeweiligen Handlungsfeldern nicht einschätzen können. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür ist, „(...) dass die Digitalisierung bislang kaum ganzheitlich gedacht wird und die Kommunalverwaltung ihre Handlungskompetenz vor allem im Bereich der [Verwaltung] sieht und ausübt“ (Hornbostel et al. 2019, 18).

Die Clusteranalyse der Bertelsmann-Stiftung und die im Zukunftsradar Digitale Kommune analysierte kommunale Perspektive zeigen zusammengenommen ein Bild, welches einerseits von der Projektion von Chancen in die Digitalisierung geprägt ist, aber gleichzeitig an vielen Stellen großen Handlungsdruck offenbart. Damit rückt die Vision eines smarten, ländlichen Raums, in dem Teilhabe und Entfaltung durch intelligente Vernetzung verschiedener Systeme ermöglicht wird, jedoch keinesfalls in die Sphäre der Utopie. Vielmehr verdeutlicht die Tatsache, dass sich immer mehr Smart Regions und digitale Dörfer proaktiv positionieren, dass die digitale Vernetzung von Infrastrukturen und Diensten trotz damit verbundener Herausforderungen vielerorts bereits Realität wird.

## **2.4 „Smarte“ Versorgungsinfrastrukturen**

Obwohl die flächendeckende Realisierung einer Smart Countryside noch nicht Realität ist, so ist bereits jetzt eine digital-gestützte Neukonzeptionierung von Infrastrukturen und Leistungen im ländlichen Raum zu beobachten. Dieser infrastrukturelle Wandel im Zuge der Digitalisierung ist häufig nicht bloß eine Neuausrichtung vorhandener Infrastrukturen, sondern vielmehr ein grundsätzliches Neudenken ihrer Funktionalität. Die gegenwärtige Situation der Infrastrukturen in vielen ländlichen Räumen ist geprägt von demographischen und ökonomischen Schrumpfungsprozessen (siehe Kapitel 3.1.2, 3.1.3). Dies führt dazu, dass Infrastrukturen häufig nicht mehr in Relation stehen zur ökonomischen Tragfähigkeit und zu den tatsächlichen, lebensalltäglichen Bedürfnissen. Dieses Größen- und Niveauprobem resultiert aus der geringen Anpassungsfähigkeit traditioneller, raumgebundener Infrastrukturen an sich verändernde, externe Faktoren (vgl. Barlösius et al. 2011, 147f.).

Die Instrumente der Digitalisierung besitzen das Potential, als ein neues Scharnier zwischen Infrastruktur und Verbraucher zu fungieren. Gleichzeitig können durch sie Bürger untereinander vernetzt und so zur eigenständigen Produktion von Gütern und/oder Dienstleistungen stimuliert werden. Insgesamt können durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien Angebot und Nachfrage flexibel miteinander gekoppelt werden. Die digitale Transformation der ländlichen Versorgung basiert demnach auf den Einsatz von Technologie auf Anbieter- und Verbraucherseite gleichermaßen, wodurch diese zunehmend verschwimmen (vgl. Meier et al. 2019, 183).

### **2.4.1 Grund- und Nahversorgung**

Der Versorgungsaspekt mit der größten Alltagsrelevanz ist die Grund- beziehungsweise Nahversorgung. „Unter Nahversorgung wird die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in fußläufiger Distanz verstanden“ (Küpper, Scheibe 2015, 46). Hieran äußert sich bereits der Kern der Problematik: Nahversorgung impliziert eine fußläufige Erreichbarkeit der zum Leben notwendigen Güter. Seit nunmehr fast drei Jahrzehnten ist jedoch eine kontinuierliche Standortverlagerung des Lebensmitteleinzelhandels und branchenspezifischer Nahversorgung weg von kleineren Ortschaften oder Innenstädten zu beobachten (vgl. Baumgarten, Zehner 2007, 225). „Besonders betroffen von diesen Entwicklungen sind ländliche Räume, in denen Lebensmittelläden, Bäcker, Fleischer und andere Geschäfte schließen, weil das Kundenpotenzial zum rentablen Betrieb nicht mehr ausreicht“ (Küpper, Scheibe 2015, 46).

Aus Sicht des Staates ist es deshalb vonnöten, planungsrechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize zu schaffen, die diesem Trend entgegenwirken und zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse beisteuern. So steuern in Deutschland die Raumordnungspläne über Vorranggebiete oder Standorteinschränkungen indirekt die Ansiedlung des großflächigen Einzelhandels. Neben planungsrechtlichen Vorgaben existiert in Deutschland auf der Ebene der Europäischen Union, des Bundes und der Länder ein komplexes System an Förderinstrumenten zur Entwicklung des Ländlichen Raums (z.B. LEADER) und zur Förderung ländlicher Nahversorgungsprojekte (vgl. Küpper, Scheibe 2015, 49ff.). Diese Formen der staatlichen Regulation konnten den grundsätzlichen Trend jedoch nur bedingt beeinflussen, sodass aktuell bürgerschaftlich getragene Versorgungsinitiativen zunehmend valorisiert werden (vgl. Zibell et al. 2015, 143f.). Hierbei stehen häufig Konzepte bürgerschaftlich organisierter Kleinläden („Dorfläden“ etc.) im Fokus (vgl. Jürgens 2017, 100).

Jedoch stehen auch Dorfläden in Zeiten sinkender Kaufkraft und wachsendem Preisdruck vor großen Herausforderungen. Hier zeichnet sich ab, dass „(...) verschiedene Technologien zur Realisierung einer Digital Customer Experience (...)“ (Meier et al. 2017, 672) gewinnbringend eingesetzt werden können. Das im Rahmen des Projektes „Digitale Dörfer“ vom Fraunhofer IESE entwickelte Tool BestellBar (siehe Abbildung 7) zeigt darüber hinaus bereits jetzt exemplarisch, wie regionale Händler ihre Produkte auf einem digitalen Marktplatz anbieten können. Die Anwendung LieferBar bietet in Ergänzung dazu die Möglichkeit, bestellte Ware im Sinne einer Mitmach-Logistik-Plattform für Familie, Freunde und Nachbarn abzuholen und ihnen zu bringen (vgl. Liggesmeyer, Spanier-Baro 2020, 24ff.).

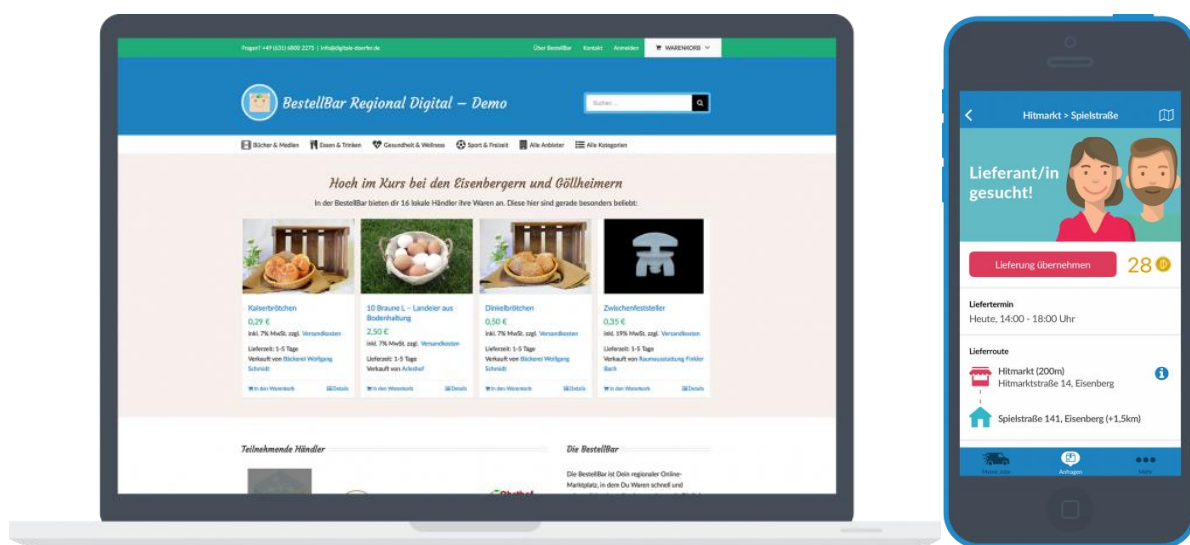


Abbildung 7: Die Anwendungen BestellBar und LieferBar aus dem Projekt Digitale Dörfer vom Fraunhofer IESE, Quelle: Digitale Dörfer 2020

### 2.4.2 Mobilität

Die obigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass Nahversorgung unmittelbar mit Mobilität zusammenhängt. Vielmehr steht das gesamte Konzept einer teilhabeorientierten Lebensqualität in Abhängigkeit zur Mobilität beziehungsweise Erreichbarkeit der Einrichtungen der Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 3.3.2). In diesem Zusammenhang gilt es, zwischen den Begriffen Mobilität und Verkehr zu unterscheiden, auch wenn diese häufig deckungsgleich verwendet werden. „Während Mobilität die grundsätzliche Fähigkeit zur Bewegung im Raum, also das Potenzial zur Realisierung von Aktivitäten ausdrückt, bezeichnet man mit Verkehr die [tatsächlich] realisierten Ortsveränderungen“ (Zeppenfeld 2012, 112).

Im städtischen wie auch im ländlichen Raum steht man vor der Herausforderung, die Verkehrsplanung an sich verändernde Mobilitätspraktiken der Bevölkerung anzupassen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten eine deutliche Verschiebung hin zu individuellen Mobilitätsformen abgespielt hat. Die häufig konstatierte Angewiesenheit auf den privaten PKW wird dabei von Bewohnern städtischer und ländlicher Siedlungen gleichermaßen als eine Reaktion auf ein mangelndes Angebot an vergleichbar flexiblen Mobilitätsalternativen, insbesondere im Bereich des ÖPNV, verstanden (vgl. Siedentop et al. 2013, 329f.). Die Verkehrsplanung ist heute demnach aufgefordert, sich an den hohen Mobilitätsanforderungen der Nutzer zu orientieren und dabei gleichwohl den energieintensiven Individualverkehr im Sinne einer Ressourcennachhaltigkeit umzuformen (vgl. Wilde 2015, 22).

Neben klassischen Formen der bürgerschaftlich getragenen Mobilitätsinitiativen wie Bürgerbussen verändern derzeit bereits auch im ländlichen Raum „neue Formen von Mobilität, Sharing-Systeme, Multimodalität, Smartphone-Anwendungen (...) die Praktiken der Mobilität“ (Wilde 2015, 22). Die digital gestützte, nachhaltige Erfüllung von Mobilitätsbedürfnissen im ländlichen Raum erfährt derzeit einen spürbaren Bedeutungszuwachs – sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als auch in der Planung selbst. So hat beispielsweise das an der Universität Oldenburg angesiedelte Projekt „NEMO – Mobilität“ eine multifunktionale Fahrkreis-App entwickelt, die es ermöglicht, flexibel Mitfahrgelegenheiten zu organisieren und sich sozial zu vernetzen (vgl. Schering et al. 2020, 107ff.). Auch automatisierten und vernetzten Verkehrskonzepten wird großes Potential in der zukünftigen Gestaltung der ländlichen Mobilität beigemessen. Hier dürften die nächsten Jahre darüber entscheiden, ob ein automatisierter Verkehr mittelfristig in der Fläche technisch umsetzbar ist und darüber hinaus die nötige Akzeptanz erfährt, um den Markt zu durchdringen (vgl. Dangschat 2020, 19f.).

### 2.4.3 Gesundheit und Soziales

Darüber hinaus bildet auch die Gesundheitsversorgung eine wesentliche Zieldimension der alltagsrelevanten Versorgung. „In der Gesundheitsversorgung bestehen heute Unterschiede zwischen den Regionen und es gibt Anzeichen dafür, dass diese Unterschiede künftig noch zunehmen werden“ (Ried 2016, 10). Betroffen sind insbesondere solche Regionen, die durch den demographischen Wandel eine deutliche Bevölkerungsregression und -Überalterung erfahren. Hierdurch steigt der Bedarf an Gesundheitsversorgung im Alter überproportional. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass angesichts der sinkenden Gesamtauslastung medizinischer Infrastrukturen, sich diese kontinuierlich aus dem ländlichen Raum zurückziehen (vgl. Ried 2016, 10f.). Viele staatliche Überlegungen zielen deshalb mittlerweile auf den Erhalt der wichtigsten Komponente des deutschen Gesundheitssystems, der ärztlichen Versorgung, ab. In den vergangenen Jahren haben sich so Gesundheitszentren als integrierte, multifunktionale Standortkonzepte medizinischer Dienstleistungen zunehmend durchgesetzt (vgl. Stinn, Knorre 2009, 120f.).

Auch in der Medizin werden neue Lösungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie gesucht. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass digitale Lösungen in Zukunft eine flexiblere und ortsungebundene Form der Kommunikation zwischen Patienten und Ärzten erzielen können. Außerdem entstehen im Kontext des Ambient Assisted Living derzeit neuartige Assistenz- und Präventionsmöglichkeiten mittels digitaler Instrumente. Der Einsatz von Roboter-Technologie wird in Deutschland aus ethischen Gesichtspunkten bisher abgelehnt. Bei der Implementierung solcher Innovationen im Gesundheitswesen gilt es, einen besonderen Fokus auf das wissenschaftlich bisher noch wenig erforschte Verhältnis zwischen Alter und Technikakzeptanz zu richten, um so die Gefahr eines „Digital Divide“ in der medizinischen Versorgung zu minimieren (vgl. Rienhoff 2015, 102ff.; Heinze 2018, 15f.).

Auch bei der Versorgung ländlicher Gebiete mit sozialen Dienstleistungen zeigen sich bereits jetzt erhebliche Herausforderungen. Insbesondere die Versorgung älterer Menschen kann angesichts der steigenden Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen einerseits und des anhaltenden Fachkräftemangels andererseits oftmals nicht mehr von einzelnen Dienstleistern gewährleistet werden (vgl. Evers, Knipperts 2016, 110). Deshalb gewinnen Versorgungsnetzwerke (Welfare-Mixes) an Bedeutung, in denen kommunale, privatwirtschaftliche und bürgerschaftliche Akteure abseits der traditionellen Entscheidungskanäle kooperieren. Durch diese netzwerkartige Kooperation können Probleme kooperativ gelöst und die vorhandenen Ressourcen nachfrageorientierter eingesetzt werden. (vgl. Roß 2017; Evers, Knipperts 2016; Stricker et al. 2015; Nullmeier 2011).

## 2.4.4 Freizeit und Kultur

Im Gegensatz zur Lebensmittel- und medizinischen Versorgung sind Freizeit und Kultur zwar nicht zum Überleben notwendig, leisten aber dennoch einen unentbehrlichen Beitrag zur Lebensqualität der allermeisten Menschen. Die Freizeitgestaltung im ländlichen Raum wird zu einem großen Teil von Vereinen getragen. Freiwilliges Engagement, durch das letztlich auch ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer regionalen Identität vermittelt wird, spielt hierbei eine zentrale Rolle (vgl. Wegner, Klie 2018, 547f.). Vereine sind deshalb von alters her ein bedeutendes Element der ländlichen Zivilgesellschaft „(...) und wirken als organisatorischer Rahmen für Aktivitäten und bürgerschaftliches Engagement ihrer Mitglieder, das sich vor allem auf kommunaler Ebene entfaltet“ (Suarsana 2016, 527).

Die soziale Kohäsion der ländlichen Zivilgesellschaft wird jedoch zunehmend durch Überalterung und Abwanderung insbesondere junger Menschen auf die Probe gestellt (vgl. Butzin, Gärtner 2017, 513f.). Hinzu kommt, dass sich das Freizeitverhalten vieler Menschen grundsätzlich verändert hat, da Zeit angesichts beruflicher und familiärer Verantwortung zu einer limitierten Ressource geworden ist. Digitale Lösungen, die eine Aktivierung des Gemeinschaftsgefühls und ehrenamtlichen Engagements im ländlichen Raum anstreben, sollten deshalb darauf bedacht sein, den Koordinierungsaufwand für ehrenamtliche Leistungen möglichst zu reduzieren und Mehrwerte transparent aufzuzeigen. Diese Ziele verfolgen auch die Anwendungen DorfFunk und DorfNews (siehe Abbildung 8) aus dem Projekt Digitale Dörfer (vgl. Liggesmeyer, Spanier-Baro 2020, 23f.).

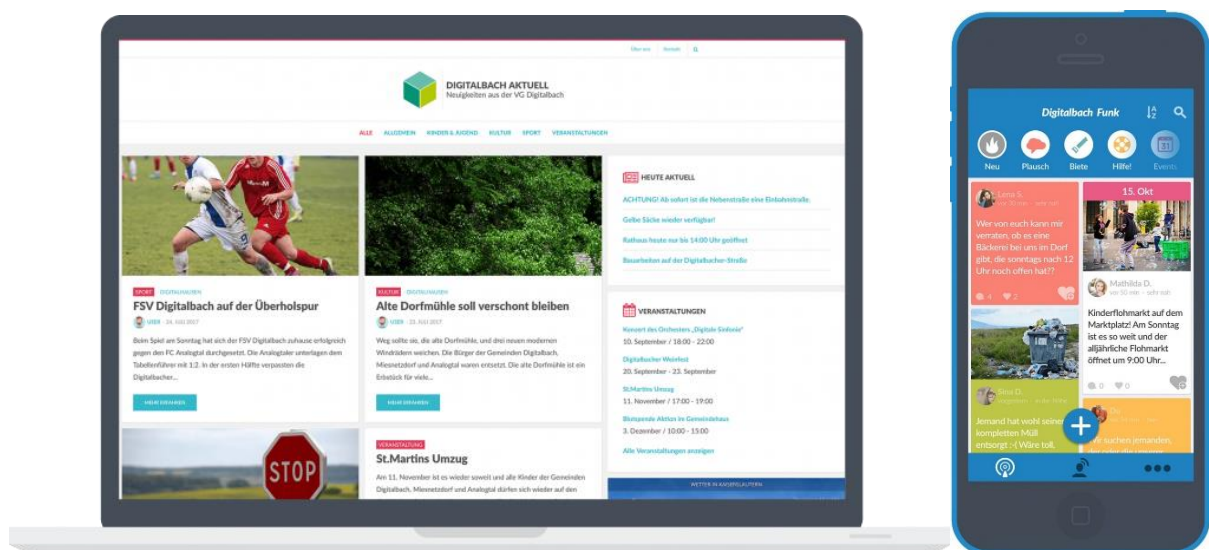


Abbildung 8: Die Anwendungen DorfNews und DorfFunk aus dem Projekt Digitale Dörfer vom Fraunhofer IESE, Quelle: Digitale Dörfer 2020

### 2.4.5 Beispiele aus der Praxis

Einen Eindruck davon, wie eine digitale Transformation der ländlichen Versorgungsinfrastrukturen in der Realität aussieht, vermittelt das zuvor erwähnte, im Jahr 2015 initiierte Projekt „Digitale Dörfer“ des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering IESE. Ursprünglich in Rheinland-Pfalz mit einigen Testgemeinden vertreten, bietet das Projekt mittlerweile für Dörfer aus dem gesamten Bundesgebiet eine digitale Plattform-Lösung zur smarten Neugestaltung ihrer Daseinsvorsorge an. Die angebotenen Tools, wie etwa DorfFunk, BestellBar oder Lieferbar fungieren dabei als reproduzierbare Toolkits, die für jede ländliche Region individuell umgestaltet werden können (vgl. Digitale Dörfer 2020).

Weitere praktische Eindrücke vermittelt das in den nordrhein-westfälischen Landkreisen Höxter und Lippe angesiedelte Projekt Smart Country Side. Gefördert wird es als eines von 10 Projekten des integrierten Handlungskonzeptes „OWL 4.0 - Industrie, Arbeit, Gesellschaft“ durch Mittel aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE). Innerhalb der dreijährigen Projektlaufzeit, die Ende 2019 endete, konnten in 16 Modelldörfern verschiedene digitale Tools mit positiver Resonanz erprobt werden. Neben der erfolgreichen Implementierung der zuvor beschriebenen App DorfFunk wurden außerdem beispielsweise eine Informations- und Kommunikationsplattform für Vereine, eine Kirchenplattform und eine ehrenamtliche Kümmerer-Plattform – ebenfalls auf der Grundlage von vom Fraunhofer-IESE entwickelten Tools - eingeführt. Die Einführung dieser Software-Applikationen wurde bewusst nicht mit Experten aus Politik und Wirtschaft ausgehandelt, sondern in einem Bottom-up-Ansatz im unmittelbaren Austausch mit der Bürgergesellschaft in den Modelldörfern selbst (vgl. Habighorst et al. 2019, 8, 14ff.; Kriszan, Maas 2019, 1f.).

Auch in unmittelbarer räumlicher Nähe des Sulinger Landes haben sich die Landkreise Vechta und Cloppenburg in Kooperation mit der Universität Vechta auf den Weg zur Smart Region gemacht. Im Zeitraum vom 1. März bis zum 31. Dezember 2019 wurden insgesamt 6 Innovationsworkshops zu verschiedenen Themenfeldern (Smart Health, Smart Learning, Smart Economy, Smart Mobility, Smart Living, Smart Government) durchgeführt, um im engen Austausch mit Bürgern und Experten innovative Projektideen auszuarbeiten, die wiederum in einen digitalen Masterplan gemündet sind. Auf dieser Grundlage möchten beide Landkreise gemeinsam als Oldenburger Münsterland in den kommenden Jahren die digitale Zukunft vor Ort gestalten (vgl. Homepage Universität Vechta 2020).

## **2.5 Zwischenfazit I: Digitalisierung als Schlüssel zur modernen Daseinsvorsorge?**

Die gesellschaftliche, politische und planerische Debatte rund um das Thema Digitalisierung ist vor allem durch die Hervorhebung ihrer Chancen geprägt. Gleichzeitig variiert das Verständnis dessen, was unter Digitalisierung schwerpunktmäßig verstanden werden soll, abhängig von der jeweiligen (staatlichen, ökonomischen, bürgerschaftlichen) Perspektive, aus der heraus sie betrachtet wird (siehe Kapitel 2.1). Unverkennbar ist allerdings, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien maßgeblich für die aktuell zu beobachtende Rekonfigurationen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Raum verantwortlich sind und damit tatsächlich alle Lebensbereiche erfassen (siehe Kapitel 2.2).

Immer deutlicher wird außerdem, dass der mit der Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft und -Ökonomie verbundene Wettbewerb um die Teilhabe an Informationen und Innovationen entgegen der lange überwiegenden Meinung kein rein urbanes Phänomen darstellt. Vielmehr kommt auch dem ländlichen Raum eine wachsende Bedeutung zu. Die Bewusstwerdung über diese Bedeutung äußert sich in einer zunehmend aktiven Positionierung ländlicher Regionen, wie etwa in Form von Smart Regions (siehe Kapitel 2.3.1).

Die Rahmenbedingungen der Digitalisierung des ländlichen Raums in seiner Gänze sind zwar nach wie vor von Handlungsdruck und Unsicherheiten geprägt (siehe Kapitel 2.3.2). Dennoch zeigen einige Leuchtturmprojekte bereits eindrucksvoll auf, dass smarte, digital-vernetzte Versorgungsstrukturen nicht mehr bloße Zukunftsvision sind, sondern vielerorts bereits praktisch umgesetzt werden (siehe Kapitel 2.4). Mit dieser Transformation der ländlichen Infrastrukturen gehen weitreichende Konsequenzen für das raumordnerische und planungspolitische Konzept der Daseinsvorsorge einher (siehe Kapitel 3).

„Vor dem Hintergrund aktueller wie zukünftiger [...] ökonomischer und technischer Entwicklungen stellt sich also die Frage, was aus heutiger Sicht unter Leistungen der Daseinsvorsorge subsumiert werden soll (...)“ (Rottmann et al. 2019, 794) und auch wie und durch wen diese Leistungen erbracht werden sollen. Um Antworten auf die damit verbundene, drängende Frage, wie das Postulat gleichwertiger Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse durch moderne (beziehungsweise digitale) Infrastrukturen im Raum erwirkt werden kann, zu finden, bedarf es deshalb zunächst einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Konzept der Daseinsvorsorge.



### **3. Daseinsvorsorge: raumordnerische und planungspolitische Perspektiven auf den ländlichen Raum im Wandel der Zeit**

Bereits die Kapitelüberschrift deutet einen Wandel an, den der ursprünglich von FORSTHOFF (1938) geprägte und zunächst in der Rechtswissenschaft angesiedelte Begriff der Daseinsvorsorge durchlaufen hat (siehe Kapitel 3.2). Um die vielfältigen Implikationen dieses Wandels im Sinne eines zeitgemäßen raumordnerischen Umgangs mit der ländlichen Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 3.3) aufzuzeigen, sollen zunächst die Transformationsprozesse des ländlichen Raums nachgezeichnet werden, die dahingehend eine ausschlaggebende Verantwortung hatten und haben (siehe Kapitel 3.1). Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in einem Zwischenfazit (siehe Kapitel 3.4) zusammengeführt und die Frage aufgeworfen werden, inwieweit Koproduktion und Selbststeuerung von Daseinsvorsorge zum Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse beitragen können.

#### **3.1 Die Transformation des Ländlichen**

Die digitale Transformation der ländlichen Versorgungsinfrastrukturen (siehe Kapitel 2.4) ist eingebettet in diverse Transformationsprozesse, welche den ländlichen Raum in seiner ganzen sozioökonomischen Konstitution tiefgreifend verändern. Die damit verbundenen Auswirkungen haben letztlich auch zu einer konstanten Neujustierung der Leitbilder und Instrumente geführt, die den raumordnerischen Umgang mit diesem prägen.

##### **3.1.1 Das Ländliche als Raumkategorie**

Obwohl die Mehrheit der Menschen klare Assoziationen mit den Begriffen Land und Stadt in Verbindung bringen, unterliegt das wissenschaftliche und gesellschaftliche Verständnis von Begriffen wie „ländlicher Raum“, „Ländlichkeit“ oder „Dorf“ bis in die Gegenwart hinein einem stetigen Wandel. Zu begründen ist dies damit, dass es sich beim ländlichen Raum um einen synthetischen Begriff handelt. Er hat „(...) eine Vielzahl von überregional gleichen, ähnlichen und auch sehr unterschiedlichen, und zugleich sich zeitlich wandelnden Merkmalen und Komplexen zusammenzufassen“ (Henkel 2004, 31). Die Schwierigkeit der Abgrenzung des ländlichen Raums liegt demnach einerseits in der Komplexität und Diversität dessen, was dieser zu umfassen versucht. Andererseits ist die Wahrnehmung und Abgrenzung dessen, was als „ländlicher“ Raum subsumiert wird, immer auch abhängig von der wandelbaren gesellschaftlichen Perspektive, die an ihn angelegt wird (vgl. Henkel 2004, 30ff.).

Lange Zeit war die Wahrnehmung des ländlichen Raums von seiner landwirtschaftlichen Funktion geprägt. Der lange geläufige Begriff des Agrarraums wurde erst im Zuge der Industrialisierung allmählich durch den Begriff des ländlichen Raums abgelöst. Diese begriffliche Verschiebung verdeutlicht den Wandel vom ehemals agrarisch dominierten Raum hin zu einer heterogenen und multifunktionalen Landschaft. Darüber hinaus veranschaulichen vergangene Definitionen, dass das Nicht-Vorhandensein urbaner Elemente ausschlaggebend dafür war, einen Raum als „ländlich“ zu titulieren, wodurch der ländliche Raum als solcher in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion in die Funktion einer Restkategorie gedrängt wurde. „Mit dieser Begriffsverlagerung sind die (...) wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Verluste im Stellenwert des ländlichen Raums – gegenüber dem städtischen Raum – gekennzeichnet“ (Henkel 2004, 31).

Die Definitionsbemühungen seit dem Zweiten Weltkrieg zeichnen sich tendenziell durch eine objektive Kennzeichnung der statistisch verifizierbaren Eigenmerkmale des ländlichen Raums aus. An diesem Verständnis änderte sich lange nichts, bis anlehnend an marxistische Theorien in den 1950er und 1960er Jahren die ersten Ansätze entstanden, die heute als Zentrum-Peripherie-Modelle bekannt sind (vgl. Aoyama et al. 2011, 115ff.). In diesen Theorien zur räumlichen Wirtschaftsentwicklung erfährt der ländliche Raum zwar nun vermehrt Aufmerksamkeit, aber noch immer als Kategorie der Peripherie. „In diesen Erklärungsansätzen wird vereinfacht zwischen einem reichen Zentrum mit industrieller Produktion [...] sowie einer verarmten, ausgebeuteten Peripherie mit Rohstoffabbau unterschieden“ (Bathelt, Glückler 2012, 317). Diesen Modellen folgend ist die Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie dadurch gekennzeichnet, dass das wirtschaftliche Wachstum des Zentrums auf Kosten der Peripherie erfolgt, wodurch Entwicklungsabhängigkeiten (Dependenzen) begünstigt werden (vgl. Bathelt, Glückler 2012, 317).

Spätestens durch eine Reihe von neomarxistisch geprägten Studien in den 1970er und 1980er Jahren wurden die Unzulänglichkeiten dieser Erklärungsansätze offengelegt. Erstmals wurden Forschungsobjekte wie die kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen der landwirtschaftlichen Produktion, die Rolle des wachsenden Dienstleistungssektors, sowie die Auswirkungen von Migrationsbewegungen und Bevölkerungsverschiebungen auf die ländlichen Sozialstrukturen untersucht. Dieser Paradigmenwechsel führte schon bald zu der essentiellen Erkenntnis, dass die Prozesse, die den ländlichen Raum prägen und gestalten keinesfalls von einseitigen Dependenzen geprägt und auf einen abgrenzbaren Raum fixiert sind (vgl. Woods 2011, 7f.).

Im Zuge dieser Erkenntnis verlor die wissenschaftliche Auseinandersetzung an konkreter Raumgebundenheit. Die Eingebundenheit des ländlichen Raums in lokale, regionale sowie auch globale Prozesse und Strukturen verdeutlicht, dass ländlicher und städtischer Raum nicht klar abzugrenzen sind. Vielmehr wird der ländliche Raum in der neueren Forschung zunehmend als ein sozial konstruiertes Phänomen wahrgenommen, welches sich aus unterschiedlichen Diskursen und Prozessen zusammensetzt, durch die ein Bild von Ländlichkeit produziert, reproduziert, angefochten und letztlich wiederkehrend modifiziert wird (vgl. Woods 2011, 9; Woods 2009, 429). Die soziale Konstruktion bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die sozialen, kulturellen, ästhetischen und ideologischen Attribute, die auf Räume, Objekte oder Praktiken projiziert werden (vgl. Woods 2005, 11; Woods 2009, 9). HALFACREE (2006, 47ff.) argumentiert in seinem Modell der drei Dimensionen der Ländlichkeit, dass ländliche Räume sich in ihrer Beschaffenheit gleichermaßen aus materiell-räumlichen Begebenheiten (rural locality), Handlungspraktiken sowie Lebensstilen (lives of the rural) und Imaginationen (representations of the rural) zusammensetzen:

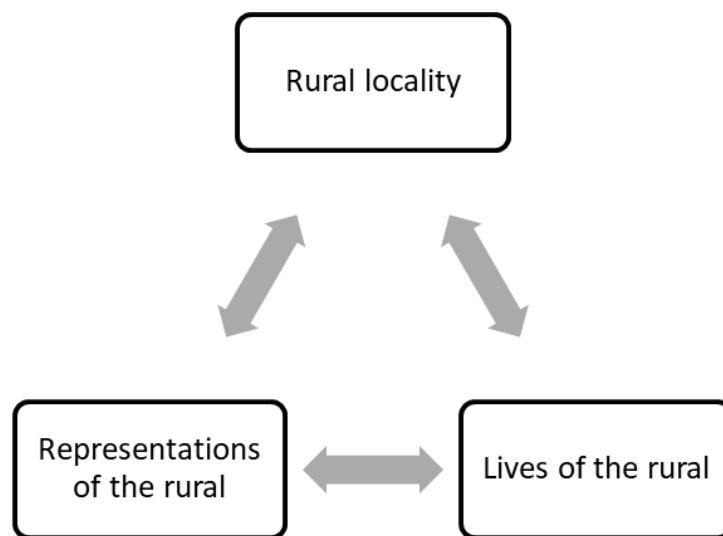


Abbildung 9: Die drei Dimensionen der Ländlichkeit, eigene Darstellung nach Halfacree 2006, 51

Trotz der sozialen Konstruierbarkeit des Ländlichen ist die Möglichkeit der Abgrenzung „ländlicher“ und „städtischer“ Räume aus raumwissenschaftlicher Sicht von großer Bedeutung. Aus diesem Grund hat das Thünen-Institut für ländliche Räume 2015 damit begonnen, ein systematisches Monitoring-System zur Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume aufzubauen. Das Novum hierbei ist, dass das System hinsichtlich seiner Methodik und theoretisch-konzeptionellen Grundlagen die zuvor beschriebenen wissenschaftlichen Diskurse berücksichtigt und deshalb Stadt und Land nicht mehr länger als Gegenpole, sondern als Kontinuum-Modell begreift (vgl. Küpper 2016, 1ff.).

Die Erstellung der Typisierung erfolgt auf der Grundlage zweier Dimensionen. „Zum einen wird Ländlichkeit genutzt, um die ländlichen Räume von nicht-ländlichen Räumen abzugrenzen und um innerhalb dieser Raumkategorie zwischen eher ländlichen und sehr ländlichen Räumen zu unterscheiden“ (Küpper 2016, 3). Wesentliche Indikatoren, die zur Bestimmung der Ländlichkeit eines Raumes herangezogen wurden, sind die Siedlungsdichte, der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Flächen an der Gesamtfläche, der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an allen Wohngebäuden, sowie die Erreichbarkeit der nächsten Oberzentren. Die Wahl der Indikatoren orientiert sich somit im Kern an der Kennzeichnung der statistisch verifizierbaren Eigenmerkmale des ländlichen Raums (vgl. Küpper 2016, 4ff.).

„Mit Hilfe der Dimension „sozioökonomische Lage“ sollen ländliche Räume zusätzlich dahingehend charakterisiert werden, ob relativ gute oder weniger gute soziale und wirtschaftliche Bedingungen für die dort lebenden Menschen bestehen“ (Küpper 2016, 12). Zur Abbildung der Lebensverhältnisse wurden Indikatoren aus den Bereichen Einkommen, Beschäftigung, Gesundheit, Bildung und Wohnen aus den einschlägigen amtlichen Statistiken herangezogen. Durch das Zusammenfassen der Dimensionen „Ländlichkeit“ und „sozioökonomische Lage“ wurden insgesamt vier Typen ländlicher Räume gebildet und auf die Kreise der Bundesrepublik Deutschland übertragen (siehe Abbildung 10):

1. Sehr ländlich / gute sozioökonomische Lage
2. Sehr ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage
3. Eher ländlich / gute sozioökonomische Lage
4. Eher ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage

„Zusammengefasst sind 267 der 361 Kreisregionen in Deutschland ländlich, was 306 der 402 Kreise entspricht. Hier leben 57,2 % der Einwohner auf 91,3 % der Fläche“ (Küpper 2016, 27). Diese Zahlen verdeutlichen eindrucksvoll die strukturelle Gesamtbedeutung des ländlichen Raums. Auffällig ist darüber hinaus, dass der Raumtyp „sehr ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage“ mit einem Flächenanteil von fast 40% am stärksten vertreten ist (siehe Abbildung 11). Hieran zeigt sich bereits die Notwendigkeit eines zeitgemäßen raumordnerischen Umgangs mit der ländlichen Daseinsvorsorge zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die für diese Herausforderung ursächlichen Entwicklungen des demographischen, sektoralen und soziokulturellen Wandels sollen nachfolgend dargestellt werden.

### 3. Daseinsvorsorge: raumordnerische und planungspolitische Perspektiven auf den ländlichen Raum im Wandel der Zeit

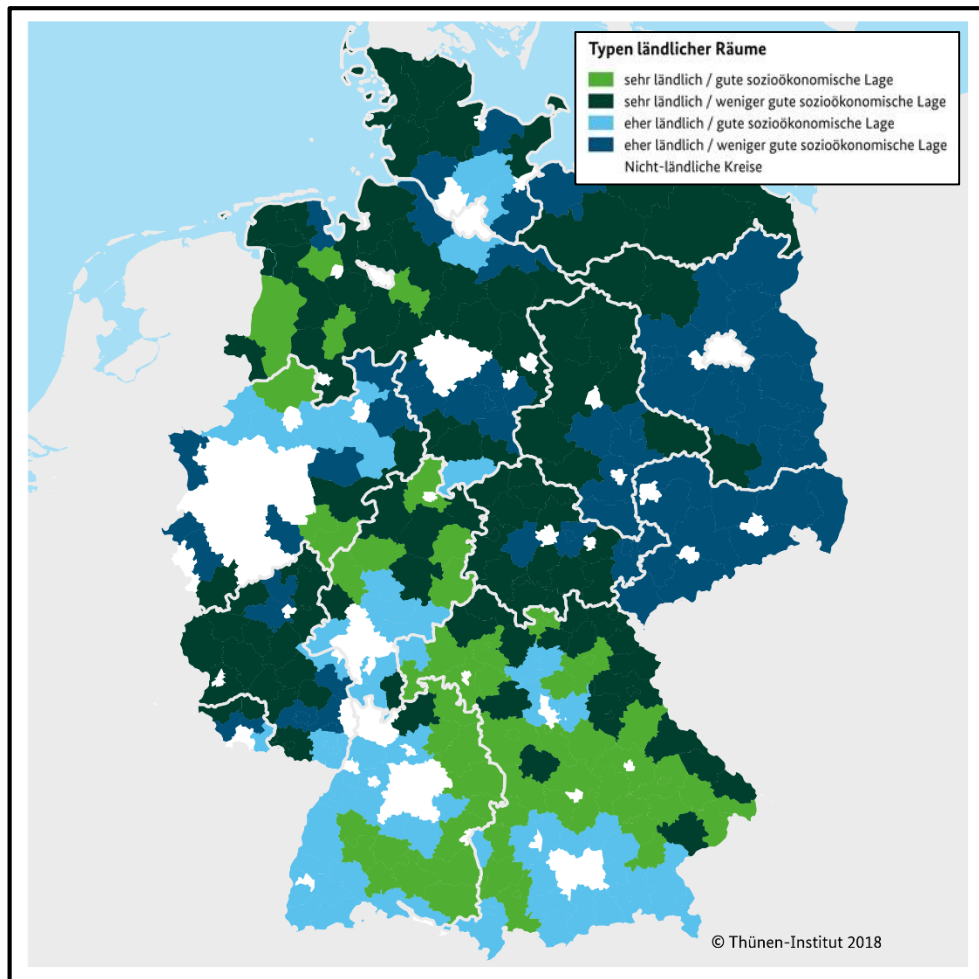


Abbildung 10: Typen ländlicher Kreisregionen anhand der Dimensionen „Ländlichkeit“ und „sozio-ökonomische Lage“, entnommen aus: Küpper 2016, 26

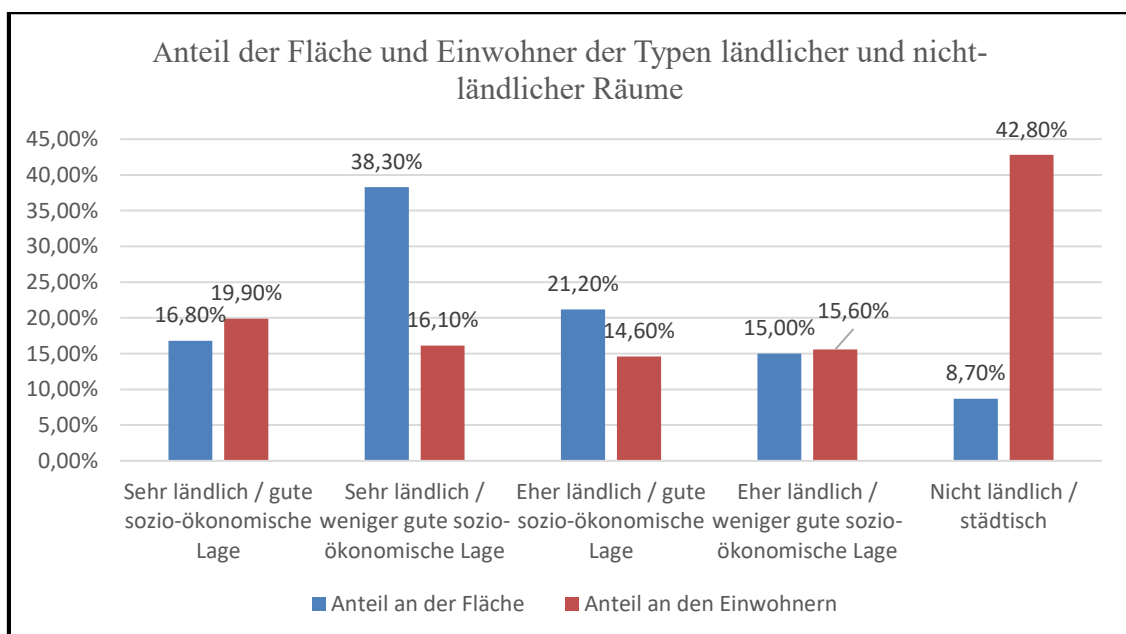


Abbildung 11: Anteil der Fläche und Einwohner der Typen ländlicher und nicht-ländlicher Räume an der Gesamtfläche und -Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, eigene Darstellung nach Küpper 2016, 27

### 3.1.2 Demographischer Wandel: Schrumpfung und ihre Auswirkungen

Der aktuell wohl am intensivsten und am vielseitigsten diskutierte Transformationsprozess des ländlichen Raums ist der demographische Wandel. Der Prozess als solcher ist jedoch keinesfalls neu. Bereits in den vergangenen zwei Jahrhunderten haben die ländlichen Räume in den heutigen Industrienationen massive Bevölkerungsverschiebungen erlebt. Ausgehend von einem konstanten Bevölkerungswachstum zu Beginn des 19. Jahrhunderts, verloren sie im Zuge der Urbanisierung einen Großteil ihrer ursprünglichen Bevölkerung an die schnell wachsenden Städte. Mit der seit den 1960er-Jahren zu beobachtenden Suburbanisierung wurde dieser Trend in Teilen umgekehrt und brachte vielen ländlichen Regionen in den Einzugsbereichen der Städte erneut signifikante Bevölkerungsgewinne. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen sich die demographischen Trends im ländlichen Raum jedoch deutlich komplexer und fragmentierter dar (vgl. Woods 2005, 72ff.).

Vergleichbare demographische Verschiebungen sind auch in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. „Die Bevölkerung Deutschlands erfährt durch den demographischen Wandel, der seit den 1970er Jahren eine schleichende, aber grundlegende Umgestaltung der Bevölkerungsstruktur initiiert hat, bedeutsame Veränderungen“ (Reichert-Schick 2010, 153). Dieser ist im Kern durch eine sinkende Geburtenrate, eine gleichzeitig steigende Lebenserwartung, sowie durch die Zunahme von regionalen, nationalen und internationalen Migrationsbewegungen gekennzeichnet (vgl. Kersten 2009, 22). Mittel- und langfristig resultieren diese Entwicklungen in einer Schrumpfung und Alterung, sowie aber auch in einer räumlichen Durchmischung der Bevölkerung (vgl. Heineberg 2007, 92; Swiaczny 2015, 407).

Die Prozesse des demographischen Wandels vollziehen sich jedoch räumlich sehr heterogen. Die Einzugsbereiche wachstumsstarker Metropolregionen stellen Anziehungspunkte für Binnenwanderung dar und zeigen sich deshalb nicht oder nur geringfügig von Bevölkerungsregression und -Alterung betroffen. Demgegenüber stehen periphere, ländliche Regionen, welche im Zuge der Binnenwanderungen insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen an die urbanen Zentren verlieren (vgl. Schlömer 2015, 25f.). Insgesamt ist auch für die Zukunft von einer wachsenden räumlichen Fragmentierung in demographische Wachstums- und Schrumpfungsräume auszugehen (vgl. Fidlschuster et al. 2016, Reichert-Schick 2010, Swiaczny 2015, Schlömer 2015). Die stetige Zunahme regionaler Disparitäten zwischen urbanen Aktivräumen und ländlich-peripheren Passivräumen droht, das Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vor eine Zerreisprobe zu stellen (siehe Kapitel 3.2.3).

Aufgrund der negativen Bevölkerungsdynamik vieler ländlicher Regionen entfalten sich die Auswirkungen des demographischen Wandels dort oftmals besonders deutlich. „Die Folge sind qualitative und quantitative Veränderungen der Bevölkerungs- und [Wirtschaftsstruktur]“ (Reichert-Schick 2010, 154). Diese Verschiebungen entwickeln, sofern sie einen kritischen Punkt überschreiten, eine kumulative Eigendynamik (siehe Abbildung 12), welche die Region mittel- und langfristig in ihrer Funktionalität und damit auch Selbstverwaltungsfähigkeit schwächt (vgl. Hannemann 2003, 20; Mayer / Knox 2009, 209). Ein Rückzug staatlicher Funktionen ist vor allem dort zu beobachten, wo die Kosten für öffentliche Leistungen aufgrund negativer demographischer Entwicklungen nicht mehr getragen werden können.

Bedingt durch die selektive Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen können Alterungsprozesse zusätzlich beschleunigt werden. Die mittelfristige Folge ist neben dem quantitativen Rückzug von Infrastrukturen ein rückläufiges Potential für Ehrenamt und eine Abnahme der sozialen Kohäsion, womit sich auch eine Regression auf qualitativer Ebene vollzieht (vgl. Butzin, Gärtner 2017, 514). Denn zurück bleiben Bevölkerungsgruppen, die sich aufgrund von vorangeschrittenem Alter und/oder sozioökonomischer Perspektivlosigkeit häufig nur noch bedingt in Gestaltungsprozesse einbringen. Dieses Phänomen wurde bereits von SCHENK u. SCHLIEPHAKE (1989, 175) als „Zufriedenheit der Zurückgebliebenen“ bezeichnet. „Die Resilienz der Gemeinden und ihre Fähigkeit, den demographischen Wandel [aus eigener Kraft] zu bewältigen, werden dadurch weiter beeinträchtigt“ (Swiaczny 2015, 409).

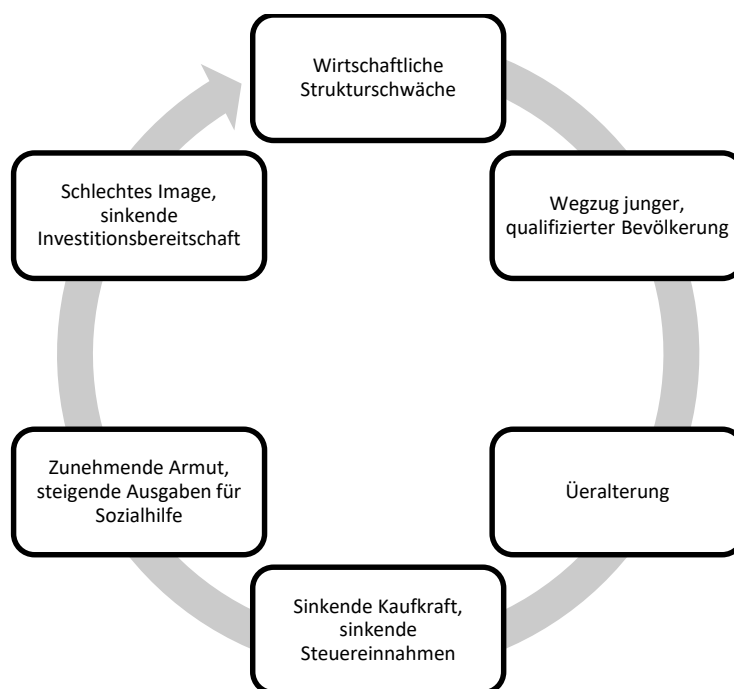


Abbildung 12: Eigendynamik lokaler Schrumpfung, eigene Darstellung nach Hannemann 2003, 20 u. Mayer, Knox 2009, 209 (vereinfacht)

### **3.1.3 Sektoraler Wandel: vom Agrarraum zur multifunktionalen Konsumlandschaft**

Die Landwirtschaft ist als „ländlicher Wirtschaftszweig“ schon seit jeher prägend für das natur- und kulturräumliche Erscheinungsbild sowie für die sozioökonomische Konstitution des ländlichen Raums und gilt deshalb nicht umsonst als ein Symbol des Ländlichen (vgl. Henkel 2004, 104; Woods 2005, 42). Dennoch ist heute nur noch ein Bruchteil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland beruflich von der Landwirtschaft abhängig. In der gesamten industrialisierten Welt erfährt die Landwirtschaft einen Bedeutungsverlust in makroökonomischer Perspektive. Zahlreiche Modernisierungsprozesse haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einer konstanten Erhöhung der durchschnittlichen Betriebsgröße, einer zunehmenden Mechanisierung der Produktion und damit einhergehend zu einem Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen geführt (vgl. Storey 2009, 310).

Diese Prozesse werden unter dem Schlagwort des landwirtschaftlichen Strukturwandels subsumiert (vgl. Klohn u. Voth 2009, 18ff.). Ausgelöst wird dieser Strukturwandel „(...) durch betriebsinterne und betriebsexterne (z.B. in den landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten) Organisationsinnovationen [sowie] sich verändernde Nachfragen (...)“ (Dannenbergs 2010, 79). Als Reaktion auf Preisschwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie steigende Kosten für Betriebsmittel und landwirtschaftliche Löhne kam es zu einem Größenwachstum und einer zunehmenden Mechanisierung der Betriebe. Die damit verbundene Kapitalisierung der Produktion führte zu einem Rückgang der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, welcher bis heute andauert (vgl. Klohn u. Voth 2009, 18ff.). Der Rückgang des Anteils der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtwirtschaftsleistung eines Staates bei gleichzeitigem Bedeutungszuwachs der nicht-landwirtschaftlichen Wirtschaftssektoren wird als sektoraler Wandel bezeichnet (vgl. Kulke 2010, 6).

Parallel zum Niedergang der landwirtschaftlichen Kerntätigkeiten kam es zu einer wachsenden Diversifizierung des ländlichen Arbeitsmarktes. Hierfür verantwortlich ist der Bedeutungszuwachs anderer, außerlandwirtschaftlicher Ökonomien im ländlichen Raum (vgl. Storey 2009, 310). Ausgelöst durch die Intensivierung internationaler, ökonomischer Wechselwirkungen sowie durch die Relativierung räumlicher Distanzen und politisch-administrativer Grenzen im Kontext der Globalisierung (vgl. Steger 2003, 13) agiert der ländliche Raum zunehmend als Standort nicht-agrarischer Wirtschaftszweige. Während lange Zeit das Bild einer agrarischen Produktionslandschaft der Wirklichkeit des ländlichen Raums entsprach, so wäre es heute treffender, von einer multifunktionalen Konsumlandschaft zu sprechen (vgl. Woods 2013, 2009, 2007, 2005).



Obwohl der Prozess der Globalisierung in der Wissenschaft lange Zeit als primär urbanes Phänomen wahrgenommen wurde (vgl. Hogan 2004, 22) und in der geographischen Forschung nur wenig Aufmerksamkeit fand (vgl. Dicken 2004, 5), ist deutlich zu beobachten, wie die Ressourcen und Märkte des ländlichen Raums zunehmend in globale Netzwerke eingebunden werden. Vor diesem Hintergrund hat WOODS (2007, 486ff.) sein Konzept der *global countryside* postuliert, welches den Ressourcen und Praktiken ländlicher Regionen eine globale Trag- bzw. Reichweite beimisst, um so die wachsende Interkonnektivität des ländlichen Raums über den gesamten Globus zu unterstreichen. Anlehnend an das Konzept der *global countryside* hat WOODS (2013) Archetypen neuer, ländlicher Ökonomien im Kontext der Globalisierung entwickelt:

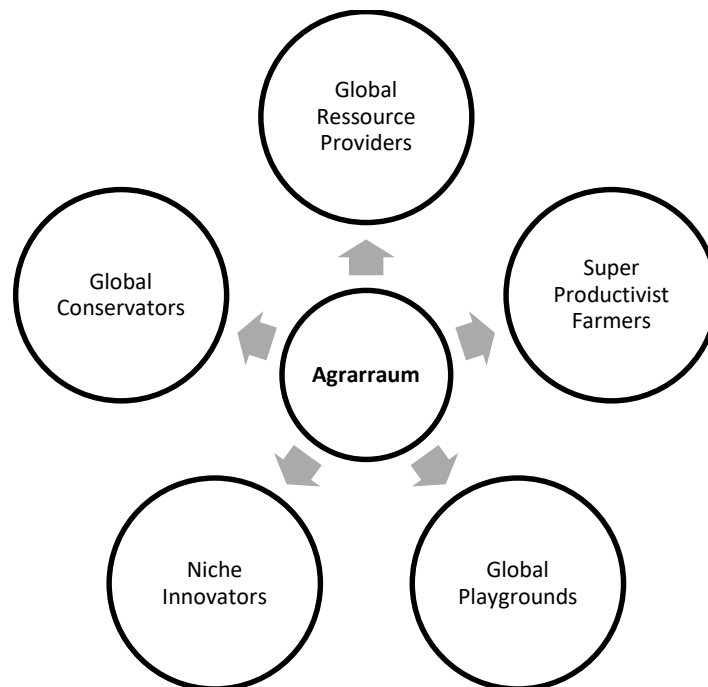


Abbildung 13: Archetypen neuer, ländlicher Ökonomien im Kontext der Globalisierung nach Woods 2013, 116ff. (vereinfacht)

Obwohl nicht jeder ländliche Raum gleichermaßen in globale Netzwerke eingebunden sein kann und die oben dargestellten Ökonomien eher als grob skizzierte Archetypen zu werten sind, zeigen sie dennoch die vielfältigen, neuen Entwicklungspfade ländlicher Wirtschaften auf. Denn die Einbindung ländlicher Räume in globale Tourismus-, Energie- und Agribusiness-Netzwerke (siehe Abbildung 13) ist unlängst Realität. Die Globalisierung des ländlichen Raums ist demnach keinesfalls eine reine Homogenisierung; schon allein, weil ländliche Lokalitäten unterschiedliche ökonomische, soziale, kulturelle und physisch-geographische Ausgangsbedingungen mitbringen und somit auf unterschiedliche Art und Weise von Globalisierungsprozessen beeinflusst werden und auf diese reagieren können (vgl. Woods 2013, 113f.).

### 3.1.4 Soziokultureller Wandel: das globale Dorf

Das Dorf ist die vorherrschende Siedlungseinheit im ländlichen Raum und prägt somit auch maßgeblich das ländliche Zusammenleben. HENKEL (2012, 9) zählt in seinem Standardwerk „Das Dorf“ insgesamt etwa 35.000 Dörfer in Deutschland und unterstreicht damit, dass das Dorf für viele Menschen im ländlichen Raum das Zentrum des Alltags und der sozialen Interaktionen darstellt. Die ökonomischen und sozialen Funktionen des Dorfs unterscheiden sich heute allerdings meist grundlegend von denen eines „traditionellen“ Dorfes, wie es noch bis in die 1950er Jahre in Deutschland typisch war. Dieser Wandel beschreibt im Kern den Verlust der einstmaligen Einheit von Arbeiten und Wohnen. „Während das ‚alte Dorf‘ vor allem durch Landwirtschaft (das Bauerndorf) und auch Handwerk geprägt war, sind Dörfer heute vor allem Wohn- und Lebensraum (...)“ (Harteisen / Eigner-Thiel 2017, 159).

Heute zeichnen sich der ländliche Raum und seine Dörfer durch eine hohe Ausdifferenzierung hinsichtlich Baukultur, Urbanisierungsgrad, Wirtschaftskraft, verkehrlicher Anbindung, etc. aus. Dies ist das Resultat eines Wandlungsprozesses, der „(...) vom komplexen Zusammenspiel unterschiedlicher externer und interner Faktoren und Prozessregler (...)“ (Born 2011, 10) ausgelöst wird. Im Laufe der Zeit unterlagen nicht nur die sozioökonomischen Rahmenbedingungen des dörflichen Zusammenlebens einem signifikanten Wandel. Während die wissenschaftliche Betrachtung des ländlichen Raums lange Zeit von der Analyse agrarwissenschaftlicher Fragestellungen dominiert war, gewannen spätestens ab den 1980er Jahren auch soziologisch geprägte Subdisziplinen an Bedeutung. So werden beispielsweise Geschlechter- und Machtverhältnisse erforscht, angefangen auf der Ebene des privaten Haushalts bis hin zur Ausgestaltung des dörflichen Zusammenlebens (vgl. Little 2009, 316). Auch die Rolle von stereotypischen Bildern von Männlich- und Weiblichkeit bei der gesellschaftlichen Konstruktion von Ländlichkeit wurden wiederkehrend analysiert (vgl. Brandth 1995, Little 2002).

Diese Untersuchungen sind jedoch keinesfalls als ein Indiz dafür zu werten, dass es sich beim ländlichen Raum um ein in der Zeit stehen gebliebenes Vakuum handelt, welches der Gegenwart nicht mehr angemessene Formen des Zusammenlebens konserviert. Vielmehr haben sich „in den letzten Jahrzehnten [...] im Zuge von Individualisierung und Pluralisierung [...] sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum vielfältige Lebensmodelle und Familienformen herausgebildet“ (Fidlschuster et al. 2016, 14). Die kulturellen und gesellschaftlichen Revolutionen, die im Dorf ebenso zu spüren sind wie in der Mega-City, wurden wesentlich begünstigt durch die technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Die Informations- und Kommunikationstechnologien sorgen dafür, dass neuartige Ideen und Praktiken selbst in

peripheren Region wahrnehmbar werden. Dieser Prozess der soziokulturellen Assimilation auf globaler Ebene wurde bereits 1962 vom Kanadier Marshall McLuhan in seinem medientheoretischen Buch „Die Gutenberg-Galaxis“ beschrieben und mit der berühmten Phrase „the global village“ beziehungsweise „das globale Dorf“ versehen (vgl. McLuhan 1962).

Die Begrifflichkeit des globalen Dorfes bringt wie kaum ein anderes Schlagwort zum Ausdruck, dass der ländliche Raum schon längst sowohl in Bezug auf seine Ressourcen und Märkte als auch seiner Lebensentwürfe in ein globales Netzwerk eingebunden ist. Doch ebenso wie im Fall der ländlichen Ökonomien würde es auch an dieser Stelle zu kurz greifen, das Bild einer Homogenisierung zu bedienen. Vielmehr sollten ländliche Räume und die darin befindlichen Dörfer und Städte als Arenen verstanden werden, in denen neue Ideen mit regionalen Eigenheiten verschmolzen und als neue Handlungspraktiken implementiert werden, um so Herausforderungen zu begegnen. Beispiele hierfür gibt es viele: neue Formen der landwirtschaftlichen Produktion, von der Gemeinschaft getragene Energieprojekte, Dorfläden, Bürgerbusse etc. (vgl. Marchner 2016, 57f.).

### **3.2 Raum- und gesellschaftswissenschaftliche Paradigmen im Wandel**

Einhergehend mit den zuvor beschriebenen Transformationsprozessen unterlag auch das Verständnis der rechtlichen Auslegung und des raumordnerischen Umgangs mit dem Begriff der Daseinsvorsorge einem stetigen Wandel. Dieser Wandel soll nachfolgend ausgehend von Forsthoffs‘ ursprünglich rechtswissenschaftlichen Ansätzen bis hin zu den gegenwärtig überwiegend raum- und gesellschaftswissenschaftlichen Diskussionen nachgezeichnet werden.

#### **3.2.1 Forsthoff: Rechtswissenschaftliche Ursprünge**

Der Begriff der Daseinsvorsorge ist in der deutschen Rechtswissenschaft erstmalig von Ernst Forsthoff geprägt worden. In seiner 1938 erschienenen Monografie „Die Verwaltung als Leistungsträger“ beschrieb er die Daseinsvorsorge als „die Darbietung von Leistungen, auf welche der in die modernen massentümlichen Lebensformen verwiesene Mensch notwendig angewiesen ist“ (Forsthoff 1938). Er prägte damit das Verständnis des fürsorgenden, starken Staates, der durch die Darbietung von öffentlich verfügbaren Leistungen die Bedürfnisse des Volkes befriedigt und somit letztlich auch seine Macht legitimiert (vgl. Schmidt 2018, 269). In diesem Sinne klassische Daseinsvorsorgeleistungen bilden die Versorgung mit Energie und Wasser sowie öffentliche Verkehrs- und Kommunikationsdienstleistungen (vgl. Krajewski 2011, 24).

In der späteren Monografie „Der Staat der Industriegesellschaft“ (1971) stellt Forsthoff zwar erneut fest, dass unter Daseinsvorsorge all das zu verstehen sei, was zur „Fristung der physischen Existenz“ notwendig sei. Gleichzeitig ergänzt er jedoch, dass auch jene Aspekte berücksichtigt werden müssten, „(...) die nach den technischen und finanziellen Möglichkeiten zur normalen Ausstattung des modernen Daseins [gehören], wie etwa der Fernseh-Empfang“ (Forsthoff 1971, 76f.). Es erfolgt somit erstmalig eine Differenzierung zwischen der Befriedigung von (lebens)notwendigen Bedürfnissen und dem Ermöglichen eines Lebensstandards, zu dem auch gehobene Güter, wie ein Fernseher, gehören. Hieran lässt sich bereits ablesen, dass selbst den Ausführungen von Forsthoff kein statisches Verständnis hinsichtlich des Umfangs von Daseinsvorsorge zugrunde liegt (vgl. Schmidt 2018, 275).

Den ursprünglichen Ausführungen Forsthoffs‘ folgend, würde sich die Daseinsvorsorge auf die Bereitstellung von Leistungen beschränken, die für Befriedigung elementarer, lebensnotwendiger Grundbedürfnisse notwendig sind. Erweitert man diesen Umfang, so ließen sich auch gehobene- und Luxusgüter aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich einbeziehen. Es erfolgt somit eine grundsätzliche Unterscheidung in notwendige, nützliche und Luxusleistungen (vgl. Schmidt 2018, 277ff.). Diese Unschärfe hinsichtlich Inhalt und Umfang von Daseinsvorsorge findet sich auch in dessen juristischer Auslegung wieder. Obwohl es sich bei der Daseinsvorsorge zunächst um einen deskriptiven, verwaltungswissenschaftlichen Begriff handelt, gewinnt dieser auch als normativer, rechtswissenschaftlicher Begriff Relevanz, sobald er in Gesetzen implementiert wird. Obwohl sich bis heute kein einheitliches Verständnis von Daseinsvorsorge als Rechtsbegriff (vgl. Ronellenfitsch 2003) herausgebildet hat, findet er dennoch im Bereich der Rechtsprechung Anwendung (vgl. Krajewski 2011, 32).

Zwar wird die Begrifflichkeit der Daseinsvorsorge nicht ausdrücklich im Grundgesetz (GG) erwähnt und somit auch nicht verfassungsrechtlich tangiert, so ergeben sich dennoch verschiedene Implikationen aus der im Art. 28 Abs. 2 GG verankerten kommunalen Selbstverwaltung. Diese räumt den Gemeinden das Recht ein, „(...) alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Klassische Anwendungsfelder der Daseinsvorsorge im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sind die Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft sowie die Trinkwasser- und Energieversorgung, welche als "pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben“ verstanden werden. Die Grenzziehung zwischen pflichtigen und freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben und das allgemeine Rollenverständnis des Staates im Kontext der Erbringung von Daseinsvorsorge werden infolge von Liberalisierung und Privatisierung fortwährend diskutiert (vgl. Krajewski 2011, 32ff.; Neu 2009, 9ff.).

### 3.2.2 Paradigmenwechsel: vom Wohlfahrts- zum Gewährleistungsstaat

Das im Art. 72 Abs. 2 des Grundgesetzes verankerte Postulat der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in allen Teilräumen des Bundesgebietes ist zweifelsohne eine der am häufigsten diskutierten Aufgaben von Raumordnung und Regionalpolitik (vgl. Terfrüchte 2019, 24). Anknüpfend an das Grundgesetz formuliert auch das Raumordnungsgesetz im § 2 Abs. 1, dass „im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen [...] ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben [...]“ sind. Dieser raumordnerische Grundsatz greift klar die Gedanken Forsthoffs‘ hinsichtlich der Bereitstellung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge auf und forciert die Rolle des Staates (und damit auch der Kommune) als Erbringer dieser Leistung.

Das Postulat „gleichwertiger Lebensbedingungen“ und der Grad der Verantwortung des Staates bei der Herstellung dieser wird angesichts tiefgreifender, sozioökonomischer Wandlungsprozesse allerdings zunehmend in Frage gestellt (vgl. Kersten et al. 2015A, 4ff.). Hierbei zeigt sich eine besondere Betroffenheit des ländlichen Raums (siehe Kapitel 3.1), die es den ländlichen Kommunen zunehmend erschwert, aus eigener Kraft ihren Selbstverwaltungsaufgaben im Sinne einer adäquaten Grundversorgung bzw. Daseinsvorsorge nachzukommen (vgl. Küpper u. Scheibe 2015, Rauber 2012, Weber 2006). Diese Entwicklung wird oft mit einem Rückzug des Staates aus dem Raum gleichgesetzt, der sich vor allem dort vollzieht, wo die Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgrund negativer Entwicklungen nicht mehr eigenständig getragen werden können. Dies ist eine Gefährdung der flächendeckenden Daseinsvorsorge, wie sie von Forsthoff erstmalig formuliert und heute im Grund- und Raumordnungsgesetz verankert ist (vgl. Kersten 2009, 22ff.).

Die Tragweite dieser Erkenntnis geht weit über die zuvor formulierten verwaltungs- und rechtswissenschaftlichen Implikationen hinaus, denn Daseinsvorsorge spielt nicht nur auf einer rein technischen Ebene eine Rolle, sondern ist untrennbar mit der sozialpolitischen Raumstruktur verbunden. „Das heißt, die Daseinsvorsorgenetze erfüllen in der Industriegesellschaft nicht nur eine technische Versorgungsfunktion, sondern sie strukturieren zugleich die gesellschaftliche Integration.“ (Kersten 2006, 246). Nur durch eine funktionierende Teilhabe am öffentlichen Leben kann das Individuum sich in die soziale Gemeinschaft integrieren und sich so als Bürger entfalten. Hierzu sind neben technisch-netzbasierten Infrastrukturen (Wasser- und Energieversorgung, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur) unbedingt auch Güter und Dienstleistungen aus den Bereichen der medizinischen Versorgung, der Bildung, sowie Freizeit und Kultur notwendig. Die Tatsache, dass diese Bereiche jedoch nicht als kommunale Pflichtaufgaben

gefasst, sondern vielmehr zu den freiwilligen Aufgaben gerechnet werden, sorgt für ein hohes Maß an Flexibilität hinsichtlich des Ob und des Wie der Aufgabenerfüllung von Seiten der Kommunen. Dieser Deutungsspielraum hinsichtlich Art und Maß der zu leistenden kommunalen Daseinsvorsorge und der Pflichtigkeit dieser stellen Raumordnung und Regionalpolitik vor Herausforderungen bei der Identifikation eines zeitgemäßen räumlichen Leitbilds (vgl. Terfrüchte 2019, 24; Kersten 2006, 246).

Für die Bundesrepublik Deutschland lässt sich hinsichtlich der Auslegung der Beziehung zwischen Staat und Daseinsvorsorge ein grundsätzlicher Wandel nachzeichnen. Spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts gelten die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge als fest in der Hand des Staates und der Kommunen. „Dies gilt nicht nur für das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, sondern insbesondere auf kommunaler Ebene für die örtliche Infrastruktur sowie Wasser-, Elektrizitäts- und auch für die Gesundheitsversorgung.“ (Kersten 2006, 252). Die Bereitstellung einer ubiquitären, flächendeckenden Daseinsvorsorge durch den Staat wird allgemein hin als Prinzip des „Wohlfahrtsstaates“ bezeichnet. Der Politik des Wohlfahrtsstaates kommt somit die Rolle zu, das System der Daseinsvorsorge so zu strukturieren, dass soziale und territoriale Ungleichheiten flächendeckend minimiert werden. „Das Prinzip der Sorge richtete sich auf die Minimierung sozialer Risiken und die Dämpfung sozialer und materieller Ungleichheiten durch staatliche Garantien der Statussicherung (...)“ (Vogel 2009, 70).

Die sozioökonomischen Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte haben zu einer Abkehr vom Prinzip des Wohlfahrtsstaates geführt, insofern als das nun nicht mehr allein der Staat als Erbringer von Daseinsvorsorge verstanden wird. Vielmehr sollen Staat und Gesellschaft bei der Bereitstellung von Daseinsvorsorge nach ihren eigenen Handlungslogiken zusammenarbeiten. „Idealtypisch bedeutet dies, dass die Daseinsvorsorge von privaten Akteuren im marktwirtschaftlichen Wettbewerb erbracht und dies durch [rechtliche Regulierungen] sichergestellt wird“ (Kersten 2006, 252). Diese Entwicklung ist jedoch nicht mit einer absoluten De-Regulierung gleichzusetzen, denn der marktwirtschaftliche Wettbewerb allein ist nur schwerlich dazu in der Lage, ein adäquates Maß an Gemeinwohl herstellen. Deshalb muss zu jedem Zeitpunkt eine umfassende rechtliche Regulierung von staatlicher Seite gegeben sein. Nichtsdestotrotz tritt das Prinzip der öffentlichen Vorleistung bei der Bereitstellung von zentralen Infrastrukturen und Leistungen zunehmend in den Hintergrund (vgl. Kersten 2006, 252; Canzler u. Knie 2009, 97ff.).

### **3.2.3 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: Zentralörtlichkeit vs. territoriale, wirtschaftliche und soziale Kohäsion**

Einhergehend mit dem Paradigmenwechsel hinsichtlich der staatlichen Rolle im Kontext der Bereitstellung von Daseinsvorsorge kam es gleichzeitig zu einem Wandel in Bezug auf das Verständnis der im Grund- und Raumordnungsgesetz formulierten „Gleichwertigkeit“ der Lebensverhältnisse. In klarem Kontrast zum Selbstverständnis des Wohlfahrtsstaates, wird nun zunehmend anerkannt, dass die gegebenen Differenzen zwischen den Teilräumen der Bundesrepublik als gleichberechtigte Ausgangslage verstanden werden müssen (vgl. Barlösius 2009, 27). Mit anderen Worten: „Gleichwertige Lebensverhältnisse kann es nur geben, wenn unterschiedliche Lebensverhältnisse den gleichen Wert haben können“ (Terfrüchte 2019, 24).

Dies darf jedoch nicht davon ablenken, dass angesichts von Industrialisierung, Globalisierung und Digitalisierung die Lebens- und Arbeitswelten jedes Einzelnen und damit auch das Gefüge zwischen dem Räumlichen und Sozialen einem fundamentalen Wandel unterliegen. Auch die Hoffnung, dass das neue Zeitalter der Informationstechnologien zu einer strukturellen Angleichung zwischen den ländlichen und städtischen Regionen führt, hat sich bisher nur bedingt bestätigt. „Neue Formen von globaler, regionaler und lokaler Raumüberwindung und Raumgebundenheit sind entstanden, doch die Verheißungen des Finanz- und Internet-Zeitalters, die benachteiligten ländlichen Regionen mit einem digitalen Sprung an die Hightech-Metropolen heranzuzoomen („leapfrogging“) sind nicht eingetreten“ (Kersten et al. 2015B, 9).

Trotz der Anerkennung der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensverhältnisse, muss also seitens der Raumordnung einer wachsenden Polarisierung durch ungleiche Entwicklungen entgegengewirkt werden. „Die Suche nach einem neuen Leitbild für die Gestaltung der Daseinsvorsorge lenkt den Blick auf die europäische Ebene, die politisch wie rechtlich mit einem Höchstmaß an regionalen Divergenzen [...] umgehen muss.“ (Kersten 2009, 27). Erstmals im Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) formuliert und im Vertrag von Lissabon (Art. 3, Abs. 3) übernommen findet sich das Leitbild des „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts“. Im Gegensatz zu vorherigen Ansätzen forciert dieses Leitbild nicht die subventionsorientierte Angleichung zwischen Zentrum und Peripherie, beziehungsweise Stadt und Land, sondern versucht, deren funktionale Verknüpfung zu fördern (vgl. Küpper 2008, 346ff.). „Ziel [...] ist es also nicht, die Differenzen zwischen [...] Zentren und Peripherien [...] auf hohem wohlfahrtsstaatlichem Niveau einzuebnen. Vielmehr sollen die Zentren und die Peripherien angemessen verbunden werden“ (Kersten 2009, 28), um so die territoriale, wirtschaftliche und soziale Integration beider zu fördern.

Dieses Neudenken der grundsätzlichen Organisation der Daseinsvorsorge zwischen urbanen Zentren und ländlichem Umland hat gleichzeitig Implikationen hinsichtlich des Umgangs mit dem Modell der zentralen Orte, welches bis heute das Grundgerüst der Raumordnungspolitik bildet. Das ursprünglich in den 1930er Jahren vom deutschen Geographen Walter Christaller entwickelte Modell hat sich trotz seines deskriptiven Charakters und der restriktiven Annahmen, die ihm zugrunde liegen, „(...) in ganz unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu einem weithin akzeptierten theoretischen und normativen Instrument der Wissenschaft und Planungspraxis (...)“ (Kegler 2015, 11) entwickelt (siehe Abbildung 14).

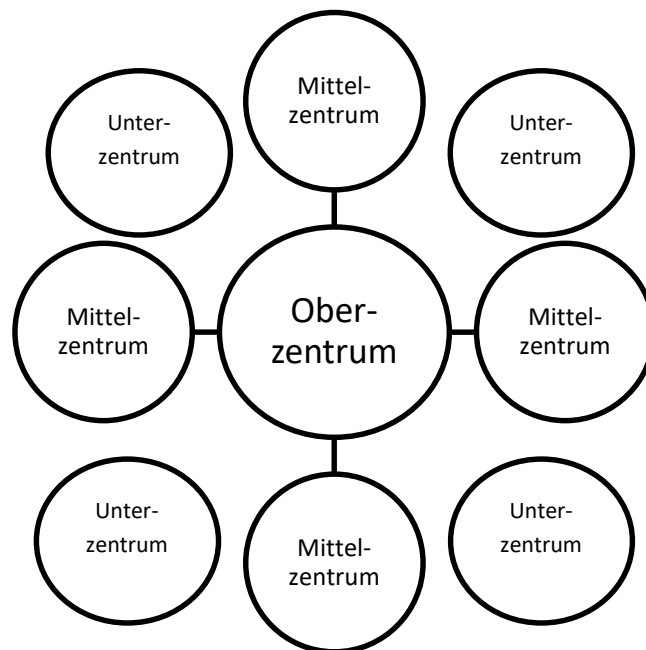


Abbildung 14: Modell der zentralen Orte, eigene Abbildung nach Christaller 1968, 30ff. (stark vereinfacht)

Übertragen auf die raumordnerische Konzeption der Daseinsvorsorge bedeutet dies, dass Zentrale Orte aufgrund ihres Bedeutungsüberschusses an Gütern und Dienstleistungen des höheren Bedarfs gegenüber ihrem Umland eine Versorgungsfunktion für dieses übernehmen (vgl. Terfrüchte et al. 2017, 473; Terfrüchte 2015, 98ff.; Christaller 1968). Die räumliche Organisation von Daseinsvorsorge in Kategorien von Zentrum und Peripherie entspricht heute allerdings nur noch bedingt der Realität. Stattdessen ist zu beobachten, wie sich städtische Zentren und ländliches Umland zunehmend funktional durchmischen – auch in Hinsicht auf ihre Versorgungsfunktionen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des Begriffsverständnisses und damit verbunden auch des Selbstverständnisses der Raumordnung (vgl. Terfrüchte et al. 2017, 480; Greiving et al. 2015, 290f.).



An diese, sich verändernden Rahmenbedingungen versucht das Konzept der territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion anzuknüpfen, in dem die funktionalen Verflechtungen zwischen Zentrum und Umland forciert werden. Bei der Erbringung dieser Kohäsion wird den europäischen Metropolen in der Raumordnungspolitik eine besondere Bedeutung beigemessen (vgl. Küpper 2008, 346; Fürst 2008, 219f.). In diesem Zusammenhang ist spätestens seit der Ministerkonferenz für Raumordnung im Jahr 2006 der Begriff der „Metropolregion“ in den „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ fest verankert. „Prominent in einem Leitbild verankert, sollten Metropolregionen stärker in den raumplanerischen und raumentwicklungspolitischen Fokus gerückt werden“ (Klee 2014, 1f.). Heute existieren insgesamt 11 Metropolregionen von europäischer Bedeutung in Deutschland und decken damit einen prominenten Teil der Landesfläche ab.

Der Begriff der Metropolregion mag im Kontext der Diskussion um die Sicherstellung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge widersprüchlich anmuten, da mit einer Metropole meist ein infrastrukturell und administrativ klar abgrenzbares, urbanes Zentrum assoziiert wird. Nicht aber ein ländlicher Raum. Der Terminus der Metropolregion versucht jedoch, in dem er die Begriffe der Metropole und der Region vereint, den zuvor beschriebenen funktionalen Verflechtungen zwischen urbanem Zentrum und ländlichem Umland Ausdruck zu verleihen. Insgesamt erfüllen diese Verflechtungen eine Reihe wichtiger, strategischer Funktionen im Kontext der Raumordnung und Daseinsvorsorgeentwicklung. Hierbei geht es nicht um Funktionszuweisungen „(...) im Sinne der klassischen Zentrale-Orte-Theorie. Wichtig ist vielmehr ihre großräumige Organisations- und Entwicklungsleistung sowie ihre symbolische Wirkung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene“ (Danielzyk, Blotevogel 2009, 23). Die in diesem Zusammenhang wichtigsten Funktionen der Metropole für ihr Umland sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

<b>Funktion:</b>	<b>Merkmale / Ausprägungen:</b>
<b>Innovations- und Wettbewerbsfunktion</b>	Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, Generierung u. Verbreitung von Wissen, sozialen und kulturellen Innovationen
<b>Entscheidungs- und Kontrollfunktion</b>	Standorte von bedeutenden wirtschaftlichen u. politischen Steuerungszentralen auf globaler, nationaler u. regionaler Ebene
<b>Gatewayfunktion</b>	Knotenpunkt der nationalen und globalen Verkehrs- und Kommunikationsnetze
<b>Symbolfunktion</b>	Zentren der symbolischen Produktion (Vorbilder, Trends, Normen, Identität)

Abbildung 15: Funktionen von Metropolen und daraus abgeleitete Merkmale, eigene Darstellung nach: Blotevogel, Danielzyk 2009, 25ff.; Küpper 2008, 348; Blotevogel 2002, 346

### **3.3 Implikationen für eine zeitgemäße Daseinsvorsorge**

Nachdem die zentralen Transformationsprozesse des ländlichen Raums und die damit verbundene Notwendigkeit einer wiederkehrenden Anpassung raumordnerischer Leitbilder an sich verändernde sozioökonomische Rahmenbedingungen aufgezeigt wurden, soll nun erläutert werden, welche handlungsorientierten Implikationen für eine zeitgemäße Ausgestaltung von ländlicher Daseinsvorsorge sich hieraus ergeben. Obwohl moderne Raum- und Regionalentwicklung untrennbar mit Logiken der Governance verbunden ist, soll die Betrachtung dieser in einem separaten Exkurs erfolgen (siehe Kapitel 4), um zunächst eine schwerpunktmäßige Auseinandersetzung unter den nachfolgenden zwei Gesichtspunkten zu ermöglichen.

#### **3.3.1 Responsibilisierung: die Bürger in der Verantwortung**

Die Betrachtung der dynamischen Wechselwirkungen zwischen demographischem Wandel, zivilgesellschaftlichem Engagement und staatlichem Selbstverständnis hat sich in den vergangenen Jahren in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der ländlichen Daseinsvorsorge zum Forschungsfokus entwickelt. Die Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen durch zivilgesellschaftliche Akteure wird dabei als notwendige Substitution des staatlichen Rückzugs forciert (vgl. Butzin, Gärtner 2017; Harteisen 2016; Harteisen, Eigner – Thiel 2017; Nadler 2017; Steinführer 2015, 2012).

Für strukturschwache, ländliche Regionen muss der Rückzug staatlicher Versorgungsleistungen nicht zwangsläufig in einer Abwärtsspirale der Schrumpfung (siehe Abbildung 12) resultieren. Die sich verändernden gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen einhergehend mit der terminologischen Unschärfe von Daseinsvorsorge auf planungspolitischer Ebene lassen vielmehr neue Handlungsräume entstehen. Trotz aller Risiken kann hierdurch eine Chance entstehen, sich von Abhängigkeiten staatlicher Subventionspolitik zu lösen und die Region als Handlungs- und Verantwortungsebene im Sinne einer integrierten ländlichen Entwicklung zu stärken. Definitiv kann man unter der Begrifflichkeit der integrierten ländlichen Entwicklung „(...) einen gebietsbezogenen und sektorübergreifenden Politikansatz [verstehen], der die endogenen Potenziale ländlicher Räume als zentralen Ausgangspunkt für deren [...] Entwicklung zugrunde legt“ (Giessen 2010, 4). Hiermit eng verbunden ist die Notwendigkeit der „(...) Verlagerung von Verantwortlichkeiten („Responsibilisierung“) für den Betrieb und die Aufrechterhaltung ländlicher Daseinsvorsorgeeinrichtungen an nichtstaatliche Akteure, insbesondere die Bevölkerung“ (Steinführer 2015, 6).

Konkret bedeutet dies, dass den Bürgern seitens des Staates mehr Verantwortung bei der Erbringung entsprechender Leistungen übertragen wird. Der Bürger ist demnach nicht mehr bloß in der Rolle des Konsumenten, sondern muss zunehmend auch als Produzent von Daseinsvorsorge eigenverantwortlich handeln (siehe Abbildung 16). „Neben der Fremd- ist also in ländlichen Räumen immer auch die Selbstresponsibilisierung von Bürgern für Leistungen der Daseinsvorsorge zu berücksichtigen“ (Steinführer 2015, 9). Identifikation und Inwertsetzung der zivilgesellschaftlichen Potentiale ländlicher Gemeinschaften bilden heute Grundpfeiler der Dorf- und Regionalentwicklung. Während über Jahrzehnte hinweg eine Angleichung des Ländlichen an urbane Standards erfolgt ist, werden heute die endogenen, bürgergesellschaftlichen Potentiale eines ländlichen Raums und deren Mobilisierung als Ausgangspunkt einer modernen Regionalentwicklung verstanden (vgl. Dehne 2019, Harteisen, Eigner-Thiel 2017, 159f.; Born 2009A, 58ff.; Steinführer 2015, 6f.).

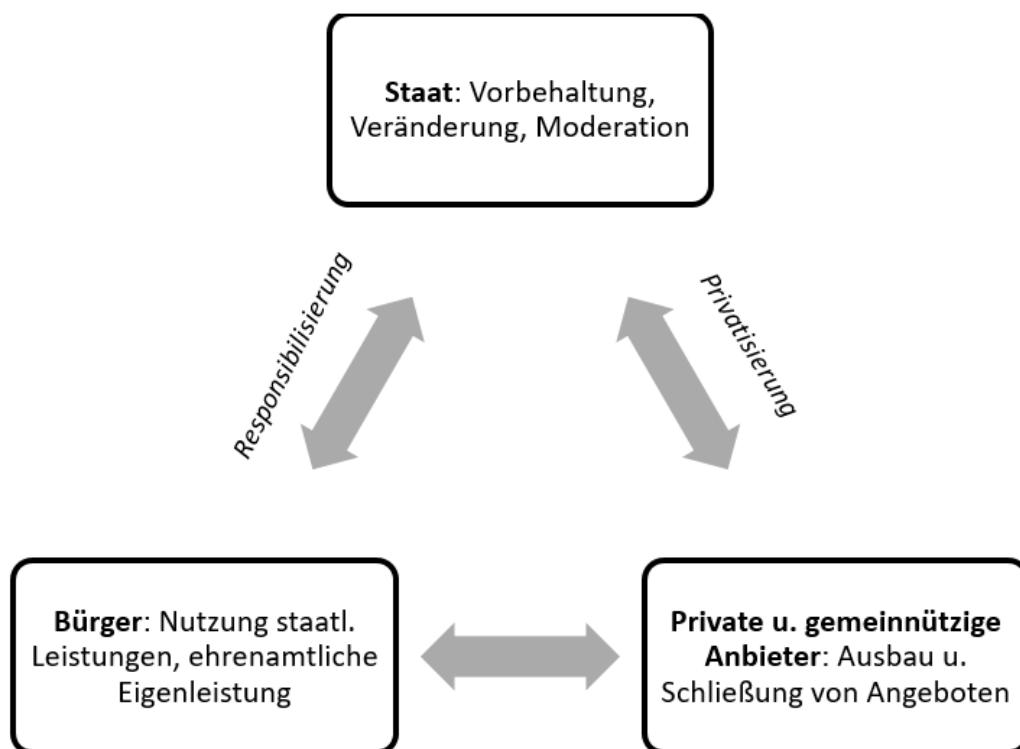


Abbildung 16: Daseinsvorsorge als prozessuales Handlungsfeld unterschiedlicher Akteure, eigene Darstellung nach: Steinführer 2015, 14; Steinführer, Küpper, Tautz 2012, 153 (vereinfacht)

Tatsächlich gilt die „Zusammenarbeit im Dorf [...] als ein wesentliches Strukturelement von Dörfern und wird auch bei kritischer Betrachtung als Rückbesinnung auf alte Werte positiv eingeschätzt“ (Born 2017, 31). Mit dieser Rückbesinnung auf das Lokale geht auch ein Perspektivwechsel in Wahrnehmung und Bewertung von Daseinsvorsorge einher. Eine streng kommunalwissenschaftliche Annäherung an den Begriff der Daseinsvorsorge, wie es lange Zeit

üblich war, hat zur Folge, dass die Einstufung der Güter und Leistungen der Daseinsvorsorge hinsichtlich ihres Bedarfs von einem kleinen Kreis politisch Verantwortlicher getroffen wird. Das hier implizierte Steuerungsverständnis priorisiert somit die Wertsetzungen der politischen Akteure gegenüber den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger. „Aus der Perspektive der Nutzer und Nachfrager aber steht Daseinsvorsorge für lokale Lebensqualität“ (Steinführer 2015, 6).

Aus der Nutzerperspektive heraus sind unter Daseinsvorsorge folglich primär solche Dienstleistungen und Güter relevant, die für die Gestaltung des Lebensalltags von besonderer Bedeutung sind (vgl. Steinführer 2015, 6f.). Die Valorisierung der lokalen Lebensqualität zeigt, dass sich der Umgang mit der Daseinsvorsorge von den bekannten, hierarchischen strukturierten Planungsmodellen zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der subjektiven Wahrnehmung der Nachfrager-Seite distanziert.

Neben neuen Handlungsspielräumen ergeben sich aus der Inwertsetzung des bürgerschaftlichen Engagements im Zuge der Koproduktion der Daseinsvorsorge auch (natürliche) Grenzen und Risiken. Ein erster, offensichtlicher Faktor, den es zu bedenken gilt, ist der Zusammenhang zwischen Schrumpfung und bürgerschaftlichem Engagement (siehe Kapitel 3.1.2). „Die Mehrzahl der Engagierten findet sich in eher gut situierten Regionen, die von einer staatlichen Förderung des Ehrenamts im Gegensatz zu strukturschwachen Regionen profitieren“ (Butzin, Gärtner 2017, 513).

Da bei der Erbringung von Daseinsvorsorge zunehmend auf die Eigenverantwortlichkeit der lokalen Bürgergesellschaften gesetzt wird, besteht die reelle Gefahr, dass sich die Standortnachteile der Regionen, die bereits in hohem Maße von demographischen Regressionen betroffen sind, weiter intensivieren (vgl. Butzin, Gärtner 2017, 513f.). Zusammengenommen mit der steigenden wirtschaftlichen Belastung der Kommunen ergeben sich somit für die Substitutionslogik drei Dilemmata aus räumlicher, politischer und motivationaler Perspektive, für die bis heute keine abschließende Lösung gefunden wurde (vgl. Nadler 2017, 505ff.).

Auch die Wahrnehmung der Verantwortungsverlagerungen aus der Sicht der Bevölkerung wurde bisher noch nicht aussagekräftig untersucht (vgl. Steinführer 2015, 9f.). Einen wesentlichen Beitrag zur Klärung dieser vernachlässigten Frage leistet SCHRÖDER (2017, 191-233) indem sie das Verständnis infrastruktureller Daseinsvorsorge aus bürgerlicher Sicht, die Ausgestaltung und Argumentationsmuster bürgerlicher Responsibilisierung und die damit Verantwortungszuweisungen analysiert.

### 3.3.2 Lebensqualität: raumbezogene soziale Gerechtigkeit

Die Abkehr von der normativ-geprägten, kommunalwissenschaftlichen Betrachtung von Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Valorisierung der Bürgerperspektive im Sinne von Lebensqualität und Chancengleichheit erfordert zwangsläufig das Heranziehen einer neuen, gleichermaßen raumbezogenen wie sozialen Bewertungsebene. Denn „der demographisch bedingte infrastrukturelle Rückzug zeigt sich nicht nur in Versorgungsproblemen, sondern zieht soziale Benachteiligungen mit sich, die als Gerechtigkeitsfrage zu diskutieren sind (...)“ (Schröder 2017, 89). Die Diskussion einer solchen Frage erfordert es, Diskurse von Räumlichkeit und sozialer Gerechtigkeit interdisziplinär neu zu denken (vgl. Wüthrich 2013, 4).

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit wird aktuell im politischen Diskurs stark bedient und bezieht sich dabei primär auf eine „gerechte“ Verteilung von Einkommen, Vermögen und Steuerlasten. Hierbei wird bereits deutlich, dass die Vorstellung einer sozialen Gerechtigkeit in hohem Maße vom jeweiligen Diskurs und vom subjektiven Standpunkt innerhalb eines solchen Diskurses abhängt. „Alle Redeweisen von sozialer Gerechtigkeit haben aber insofern etwas gemeinsam, als sie sich auf soziale Ordnungen, d. h. auf soziale Regeln, Institutionen und Verhältnisse beziehen und für diese die Geltung von Erfordernissen der distributiven Gerechtigkeit unterstellen“ (Koller 2016, 118).

Das Problem der distributiven Gerechtigkeit im Sinne einer gerechten Verteilung von Gütern und Dienstleistungen auf den Raum und die darin lebenden Menschen ist die ambivalente Perspektivität, der sie unterworfen ist. FRASER (2003, 15) benennt im Rahmen ihrer Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit zwei grundsätzliche Standpunkte, die von Akteuren vertreten werden: das Streben nach einer Umverteilung von Ressourcen und das Streben nach einer Anerkennung der jetzigen Verteilungssituation. Hinzu kommt, dass auch bei absoluter Gleichverteilung einer Ressource noch immer eine Ungleichheit zwischen den Akteuren hinsichtlich ihrer individuellen Nutzungsbefähigung besteht (vgl. Hinsch 2016, 80). Da demnach niemals ein Zustand der raum- und sozialwirksamen Gleichverteilung einer Ressource erreicht werden kann, kann ein solches, distributionsorientiertes Verständnis von raumbezogener sozialer Gerechtigkeit nicht im Sinne einer zeitgemäßen Ausgestaltung von Daseinsvorsorge sein.

In aktuellen Debatten hinsichtlich der raumordnerischen Implementierung staatlicher Gerechtigkeitskonzeptionen gewinnt deshalb der Gedanke der Teilhabegerechtigkeit an Bedeutung. Dieses Verständnis von Gerechtigkeit strebt an, den Bürgern einen angemessenen Zugriff auf die öffentlichen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Infrastrukturen zu ermöglichen.

Hierdurch soll das Individuum dazu befähigt werden, am öffentlichen Leben teilzuhaben und so von den Vorzügen der Gesellschaft zu profitieren. Als Maßstab wird also nicht die Ressource selbst, sondern die Handlungsbefähigung des Individuums, die eine gewinnbringende Nutzung dieser Ressource möglich macht, herangezogen. Ziel ist die Ermöglichung einer bedarfsorientierten Deckung der im Lebensalltag notwendigen Grundbedürfnisse (vgl. Dehne 2019, 60f.; Liebig, May 2009, 5ff.; Nolte 2005, 20).

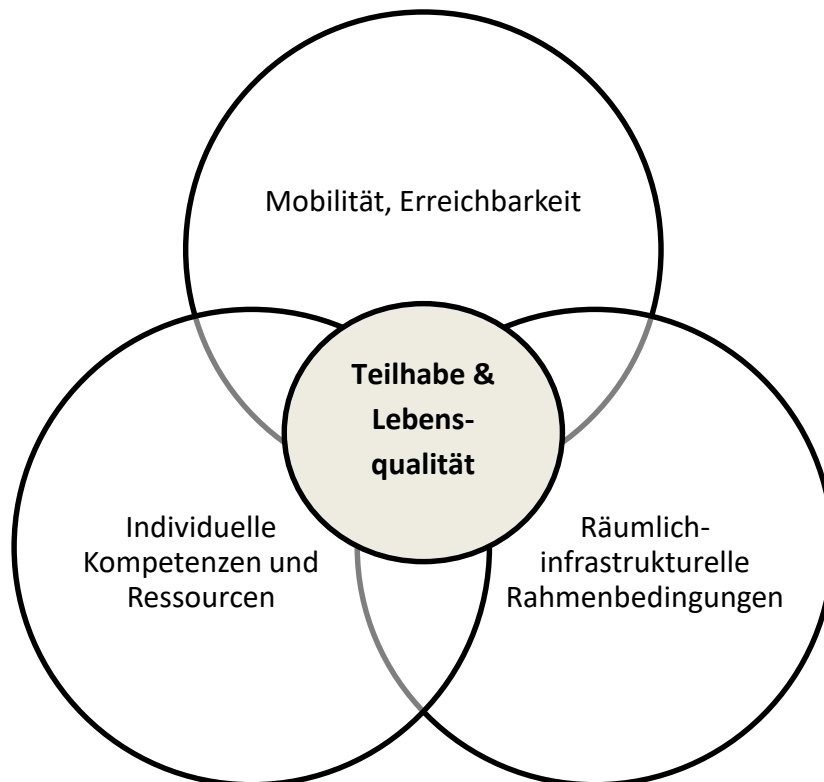


Abbildung 17: Teilhabe und Lebensqualität, eigene Darstellung nach Holz-Rau et al. 2010, 492; Harteisen, Eigner – Thiel 2017, 161f.

Eine qualitative Messbarkeit der daseinsvorsorgebezogenen Teilhabegerechtigkeit lässt sich demnach wie zuvor angerissen über die lokale Lebensqualität herstellen. Lebensqualität ist ein Konzept, welches aufgrund seiner psychologischen Komplexität nicht abschließend definiert werden kann und zu dem auch keine bindenden planungspolitischen Vorgaben existieren. Grundsätzlich aber versucht die Vorstellung von Lebensqualität sowohl „(...) das materielle, sozial-emotionale und ökologische Wohlergehen (...)“ (Gensicke 2005, 146) einzuschließen. Somit sind zum einen die faktischen, durch das Vorhandensein von Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Verkehrsinfrastruktur, Lebensmittelversorgung, medizinische Versorgung, Bildung, Kultur, etc.) bestimmten Lebensbedingungen ausschlaggebend. Zum anderen sind dies aber auch die individuellen Ressourcen der Bürger, wie zum Beispiel familiäre

Unterstützung, soziale Netzwerke und ihre kognitiven Fähigkeiten. Zu diesen mehrheitlich messbaren Aspekten der Daseinsvorsorge kommen subjektive Empfindungen hinzu: die Zufriedenheit mit oder Besorgnis über eine mögliche Verschlechterung der Lebenssituation, die Wahrnehmung von Einschränkungen, usw. Auch die Selbstwirksamkeitsüberzeugung, also die Überzeugung, mit dem eigenen Handeln Einfluss auf Entwicklungen nehmen und so eigene Vorstellungen implementieren zu können, ist Bestandteil der psychologischen Lebensqualität (vgl. Harteisen, Eigner – Thiel 2017, 161f.).

HOLZ-RAU et al. (2010, 492f.) ergänzen die Konzeption um Teilhabe und Lebensqualität um die Dimensionen der Mobilität bzw. der Erreichbarkeit (siehe Abbildung 17). Als Erreichbarkeit wird in diesem Kontext die Befähigung einer Person, Orte der Daseinsvorsorge und/oder sozialer Aktivitäten aufzusuchen, verstanden. „Sie basiert [also] einerseits auf der individuellen Mobilität (also Verkehrskompetenzen und -ressourcen) und den Verkehrsangeboten sowie andererseits auf der räumlichen Verteilung der Zielorte (zum Beispiel der Arbeitsplätze, der Geschäfte etc.)“ (Holz-Rau et al. 2010, 492). Erst durch das Zusammenspiel zwischen dem räumlichen Vorhandensein einer adäquaten Infrastruktur an Daseinsvorsorge und ihrer Erreichbarkeit durch die Nachfrager kann Teilhabe gewährleistet werden. Darüber hinaus ist „die Möglichkeit, ohne individuelle Unterstützung anderer Menschen verschiedene Orte aufsuchen zu können, (...) zentral für Selbstwert, Selbstständigkeit, Selbstverwirklichung und die Realisierung sozialer Kontakte (...)“ (Holz-Rau et al. 2010, 492).

Trotz der Komplexität, die eine Bewertung von Daseinsvorsorge auf der Basis der Vorstellungen von Teilhabegerechtigkeit und Lebensqualität mit sich bringt, kann nur durch ein tiefgehendes Verständnis dieser Facetten das raumordnerische und regionalpolitische Handeln wirklich bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Hierzu resümiert HUNECKE (2013, 56): „Nur wenn es gelingt, die subjektive Sichtweise der betroffenen Menschen mit zu erfassen, kann die Lebensqualität einer Stadt, einer Region oder auch von ganzen Nationen im Sinne einer Sozialberichterstattung angemessen beurteilt werden.“

Die Erforschung der empirischen Zusammenhänge zwischen der Ausprägung der zwei Faktoren „Daseinsvorsorge“ und „Lebensqualität“ bildet bis heute eine Forschungslücke. Zwar sind einige Studien erfolgt, die die beiden Aspekte integrativ betrachten. Allerdings lassen sich hieraus meist nur räumlich punktuell gültige und nicht auf alle Bereiche der Daseinsvorsorge übertragbare Schlussfolgerungen ableiten (vgl. Harteisen, Eigner – Thiel 2017, 161).

### **3.4 Zwischenfazit I: Gleichwertigkeit durch Koproduktion und Selbststeuerung?**

Das vorliegende Kapitel hat verdeutlicht, auf welcher vielschichtigen Art und Weise der ländliche Raum Transformationsprozesse in demographischer, ökonomischer und soziokultureller Hinsicht durchläuft (siehe Kapitel 3.1.2, 3.1.3, 3.1.4). Einhergehend mit dieser Transformation änderte sich auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Ländlichen als Raumkategorie wiederkehrend (siehe Kapitel 3.1.1).

Nicht länger abgeschlagen als ein Sammelbecken des Nicht-Städtischen gewann der ländliche Raum auch zunehmend an Gewichtung in der planungspolitischen und raumordnerischen Auseinandersetzung. Das ursprünglich im Bereich der Rechtswissenschaft verortete und von Forsthoff selbst als „nicht-politisch“ bezeichnetes Konzept der Daseinsvorsorge wird heute in zahlreichen raum- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen mitunter kontrovers diskutiert. Gleichzeitig hat sich der Begriff der Daseinsvorsorge zu einem tragenden Konzept der Raumordnung entwickelt und entfaltet somit auch eine politische und rechtliche Tragweite (siehe Kapitel 3.2.1).

Zahlreiche Paradigmenwechsel hinsichtlich des staatlichen Selbstverständnisses und der Auslegung des Postulats der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bringen handlungsorientierte Implikationen für eine zeitgemäße Ausgestaltung der Daseinsvorsorge mit sich. Die gegenwärtigen Maximen der ländlichen Entwicklung valorisieren eine bedarfsgerechte und prozessuale Entwicklung der Daseinsvorsorge unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft (siehe Kapitel 3.3.1) und orientieren sich dabei an einem teilhabeorientierten Verständnis von raumbezogener sozialer Gerechtigkeit (siehe Kapitel 3.3.2).

Die Valorisierung einer selbstgesteuerten, intersektoralen Koproduktion verdeutlicht, dass die Implementierung digitaler Innovationen in der Daseinsvorsorge nicht allein technischen Regeln folgen kann, sondern in komplexe Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteursgruppen und Institutionen vor Ort eingebettet ist. Für die Digitalisierung der Daseinsvorsorge bedeutet dies, dass sie sich zwangsläufig in einem Spannungsfeld „(...) zwischen dem Anspruch nach Innovationsorientierung und der Notwendigkeit, einen Konsens der regionalen Akteure zu suchen (...)“ (Fürst, Knieling 2004, 280), befindet.

Im Folgenden gilt es deshalb, die Rahmenbedingungen der Übernahme und Verbreitung digitaler Innovationen im regionalen Kontext zu hinterfragen (siehe Kapitel 4). Zentral ist hierbei die Auseinandersetzung mit den Begriffen der Governance und der Innovation.



#### **4. Rahmenbedingungen der Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen in der regionalen Daseinsvorsorge**

Die Bewusstwerdung, dass die Digitalisierung der ländlichen Daseinsvorsorge nicht bloß technischen Rationalen folgt, sondern einem Aushandlungs- und Implementierungsprozess unterliegt, verdeutlicht die Notwendigkeit eines Frameworks, das diese multiperspektivische Prozessualität angemessen kontextualisiert (siehe Kapitel 4.2). Zuvor muss jedoch eine inhaltliche Annäherung an den Bezugsrahmen der Innovation (siehe Kapitel 4.1) erfolgen. Abschließend werden die Wechselwirkungen des Governance- und Innovationsbegriffs im räumlichen Kontext analysiert (siehe Kapitel 4.3).

Im dritten und finalen Zwischenfazit soll schließlich reflektiert werden, welchen Einfluss die Logiken von Governance und die Eigendynamiken der Digitalisierung auf die gegenwärtige Ausgestaltung der ländlichen Daseinsvorsorge entfalten. Vor diesem Hintergrund gilt es, die für die Forschungsfragen dieser Promotion äußerst relevante Frage nach Verantwortungslogiken im Spannungsfeld von kollektiver Verantwortlichkeit, Selbststeuerung und digitaler Innovation aufzuwerfen.

##### **4.1 Innovation: Aushandlung, Adoption und Diffusion**

*„Der Erwartungsraum, der mit Innovation verbunden wird, zeichnet sich dadurch aus, dass in ihm Fortschritt und Leistungsfähigkeit eine symbiotische Verbindung eingehen. Der Begriff der Innovation ist (...) zu einem bedeutsamen Teil des modernen politischen, wirtschaftlichen wie auch wissenschaftlichen Vokabulars geworden.“ (Briken 2015, 21)*

Der Innovationsbegriff gehört heute zum Alltagsvokabular der modernen Wissensgesellschaft. Beim alltäglichen Gebrauch des Wortes wird allerdings häufig die Tatsache außer Acht gelassen, dass das Verständnis von Innovation einer Vielzahl variierender disziplinärer Perspektiven unterliegt (siehe Kapitel 4.1.1). Je nach Perspektive ergeben sich unterschiedliche Determinanten im Verhältnis zwischen Innovation, Gesellschaft, Wirtschaft und Technik (siehe Kapitel 4.1.2, 4.1.3). Im Kontext dieser Arbeit von besonderer Relevanz ist die Betrachtung der Veralltäglichung von (digitalen) Innovationen innerhalb von spezifischen Systemen im Sinne von Adaptation und Diffusion (siehe Kapitel 4.1.4).

### 4.1.1 Der Innovationsbegriff

Der etymologische Ursprung des Innovationsbegriffs liegt im lateinischen Verb *innovare* (erneuern). Rein semantisch ließe sich Innovation also zunächst einmal mit *Erneuerung* oder auch *Veränderung* gleichsetzen. Das Gabler Wirtschaftslexikon folgt diesem allgemeinen Verständnis im Sinne eines Erneuerungs- oder Veränderungsprozesses und beschreibt Innovation folgendermaßen:

*„Bezeichnung in den Wirtschaftswissenschaften für die mit technischem, sozialem und wirtschaftlichem Wandel einhergehenden (komplexen) Neuerungen. (...) Gemeinsam sind allen Definitionsversuchen die Merkmale: (1) Neuheit oder (Er-)Neuerung eines Objekts oder einer sozialen Handlungsweise, mind. für das betrachtete System und (2) Veränderung bzw. Wechsel durch die Innovation in und durch die Unternehmung, d.h. Innovation muss entdeckt/ erfunden, eingeführt, genutzt, angewandt und institutionalisiert werden.“ (Gabler Wirtschaftslexikon 2020)*

Trotz aller Allgemeinheit zeichnet sich an dieser Stelle bereits eine erste Differenzierung ab. Denn eine Innovation kann einerseits eine Neuheit sein im Sinne eines Phänomens, welches erstmalig auftritt. Andererseits kann sich eine Innovation auch auf die Erneuerung oder Verbesserung von Bestehendem beziehen. Eine weitere wichtige Determinante bei der Betrachtung von Innovationen ist ihre Reichweite. Innovationen sind nicht nur grundsätzlich im Moment ihrer Entstehung eine Neuheit, sondern auch wenn sie das erste Mal in einem spezifischen System (Unternehmen, gesellschaftliche Gruppe, etc.) implementiert werden. Unter Innovation kann folglich auch die Übertragung bestehenden Wissens oder Ressourcen von einem System auf ein anderes verstanden werden. Hierhinter verbergen sich wiederum Handlungs-, Entscheidungs- und Institutionalisierungsprozesse, die durch einzelne Akteure oder Akteursgruppen eine soziale Einbettung erfahren. Hiermit sind drei grundsätzliche Merkmale einer Innovation identifiziert (Briken 2015, 34):

1. „Innovationen können grundlegende Neuerungen sein oder Verbesserungen von Verfahren oder Strukturen,
2. Innovationen sind neu im radikalen Sinne des „zum ersten Mal in der Welt sein“, oder sie sind neu für das System, das diese Innovation einführt, und
3. Innovationen sind soziale Prozesse.“

### 4.1.2 Entwicklungspfade der Innovationsforschung

Ausgangspunkt der Innovationsforschung bildet zumeist die im Jahr 1911 von Schumpeter veröffentlichte *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. In seiner Theorie zeichnet Schumpeter die Wirtschaft und ihren Wandel als einen endogenen, aus eigener Kraft heraus geschehenden Prozess, der sich somit auch wirtschaftsinhärent begründen lässt. Er geht dabei von einer Volkswirtschaft aus, die ständig nach einem Zustand des sozioökonomischen Gleichgewichts strebt, diesen aber naturgegeben niemals erreichen kann. Als Ursachen hierfür nennt er sowohl soziale (z.B. sich wandelnde Lebensstile und Konsumverhalten) als auch wirtschaftliche Faktoren. Wobei wirtschaftlichen Entwicklungen, wie der Einführung neuer Konsumgüter, Produktions- und Transportationsmethoden oder aber der Erschließung neuer Märkte in Schumpeters‘ Augen eine ungemein größere Bedeutung bei der Rekonfigurierung einer Volkswirtschaft und damit auch der Gesellschaft zukommt (vgl. Blättel-Mink, Menez 2015, 67f.).

Schumpeter beschreibt den Prozess des wirtschaftlichen Aufschwungs als Resultat kapitalistischer Unternehmung oder Produktion, die die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen, Produktionsweisen und Märkte möglichst gewinnbringend miteinander kombiniert. Diese kapitalistische Neukombination führt ihrerseits laut Schumpeter zu einer dynamisch-disruptiven Neuorganisation der gesamten Volkswirtschaft im Sinne einer *schöpferischen beziehungsweise kreativen Zerstörung*. Schumpeter versteht Innovation demnach als einen Prozess, der in seiner Genese technisch-kapitalistischer Natur und in seinen Auswirkungen ökonomisch ist. Der Ablauf eines Innovationsprozesses wird von ihm in die Phasen der Invention, Innovation und Diffusion untergliedert. Für ihn interessant ist dabei vor allem der Prozess der Innovation selbst, während die Invention und Diffusion lediglich als logische Voraussetzung beziehungsweise Folge von Innovation betrachtet werden. Nachfolgende unternehmerische Aktivitäten sind Schumpeters‘ Verständnis nach als Innovationen zu werten (Blättel-Mink, Menez 2015, 69 nach Schumpeter 1964, 101):

- „Herstellung eines neuen (...) Gutes oder einer neuen Qualität eines Gutes,
- Einführung einer neuen, d. h. bislang unbekanntem Produktionsmethode,
- Erschließung eines neuen Absatzmarktes für den betreffenden Industriezweig (dieser Absatzmarkt kann schon vorher existiert haben, ohne dem betreffenden Industriezweig jedoch bekannt gewesen zu sein),
- Eroberung einer neuen Bezugsquelle von Rohstoffen oder von Halbfabrikaten,
- Durchführung einer Neuorganisation wie Schaffung einer Monopolstellung (...)“

Die mit dem Prozess der kreativen Zerstörung verbundenen, wiederkehrenden Phasen des wirtschaftlichen Auf- und Abschwungs werden allgemein hin als Konjunkturzyklen bezeichnet. Schumpeter stellte in seinen Untersuchungen Regelmäßigkeiten hinsichtlich des Verlaufs dieser makroökonomischen Konjunkturzyklen fest. Die längsten dieser Zyklen haben eine Dauer von rund 40 bis 60 Jahren und wurden von Schumpeter als *lange Wellen* oder *Kondratieff-Zyklen* bezeichnet. Bisher konnten fünf solcher Zyklen identifiziert werden, wobei die Informations- und Kommunikationstechnologien den aktuellen Konjunkturzyklus maßgeblich prägen (vgl. Blättel-Mink, Menez 2015, 71 nach Schumpeter 1961, siehe Abbildung 18).

Uneinigkeit besteht allerdings darüber, ob sich der Innovationszyklus der IuK im Aufschwung befindet oder bereits am Abflachen ist. Der Preisverfall von Hardware im Zuge der beinahe vollständigen gesellschaftlichen Durchdringung von Computern, Smartphones etc. wird mitunter als Indiz dafür herangezogen, dass sich die IuK bereits in einer Phase der Stagnation befinden (vgl. Henke 2015, 177). Einige Autoren bringen stattdessen die Gesundheitswirtschaft als mögliche neue Basisinnovation des 21. Jahrhunderts in die Diskussion (vgl. Otter, Granig 2016; Nefiodow, Nefiodow 2014; Nefiodow 2011). Die Tatsache, dass Informations- und Kommunikationstechnologien nach wie vor bedeutende ökonomische, verwaltungstechnische und soziokulturelle Innovationen induzieren, lässt allerdings zumindest daran zweifeln, dass die Innovationskraft der Digitalisierung bereits in einem Abwärtstrend begriffen ist.

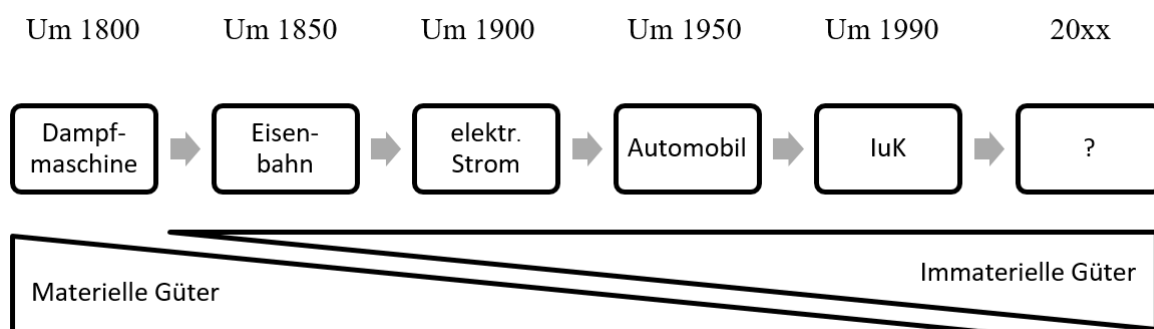


Abbildung 18: Kondratieffzyklen, eigene Darstellung nach: Nefiodow, Nefiodow 2014 (verändert)

Obwohl Schumpeters‘ Betrachtung von Innovationen im Sinne ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ihre grundsätzliche Gültigkeit nach wie vor nicht eingebüßt hat und auch heute noch entsprechende Konjunkturzyklen zu beobachten sind, so haben sich die disziplinären Annäherungen an den Innovationsbegriff heute zum Teil grundlegend verändert. Die Wirtschaftswissenschaften haben als Disziplin dabei die intensivsten Anknüpfungspunkte mit dem Aspekt

der Innovation und versuchen diesen im Wesentlichen aus einer volks- und einer betriebswirtschaftlichen Perspektive heraus zu analysieren. Die Volkswirtschaft fragt dabei primär nach den Rahmenbedingungen der Innovationsgenese und ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkungen, während die Betriebswirtschaft vornehmlich die Akteure der Innovationen und ihre Motivationen analysiert. Die Politikwissenschaften setzen ihren Betrachtungsschwerpunkt auf die Analyse der Steuerungsmechanismen von Innovationen. Hierbei entstehen vor allem Synergien mit der Soziologie hinsichtlich der Erforschung der Aushandlung von Innovationen in interorganisationalen Netzwerken jenseits von Markt und Hierarchie. „Eine Tendenz ist hier auszumachen vom regulierenden hin zum partizipativen Staat, zu einem Staat, der vor allem als Mediator die Interessen der unterschiedlichen Stakeholder zu vermitteln hat“ (Briken 2015, 39) und diese dabei in einen institutionalisierten Kontext einbettet (vgl. Mayntz, Scharpf 1995A). Auch die Wechselwirkungen zwischen technischen Innovationen und gesellschaftlicher Organisation werden beispielsweise von der Techniksoziologie analysiert (vgl. Briken 2015, 35-41).

Die geographische Auseinandersetzung mit Innovationen fokussiert hingegen ihre räumliche und gesellschaftliche Diffusion (siehe Kapitel 4.1.4), die wiederum eine akteursbezogene Adoption voraussetzt. Hierbei zeigt sich, dass auf personeller Ebene vor allem Verständnis und Akzeptanz eine entscheidende Rolle bei der Ausbreitung von Innovationen spielen (vgl. Briken 2015, 44f.). Die Betrachtung der obigen, disziplinären Annäherungen an den Innovationsbegriff zeigt, dass sich aufbauend auf den Ausführungen Schumpeters‘ zwei grundsätzliche Entwicklungspfade in der Innovationsforschung herausgebildet haben, die sich ihrerseits wiederum teils überlappen (Briken 2015, 65f.):

1. „Die Entwicklung von einem analytischen Verständnis von Innovation (...) hin zur Institutionalisierung oder Veralltäglicung von Innovationen,
2. Die Entwicklung von einem personenzentrierten Blick auf Innovation hin zu einem systemischen Verständnis des Innovationsgeschehens“

Im Rahmen dieser Arbeit sollen dabei im Kontext der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Innovationsbegriff insbesondere die Aushandlung von Innovationen in interorganisationalen, institutionalisierten Netzwerken (siehe Kapitel 4.1.3) sowie die Rahmenbedingungen ihrer Adoption und Diffusion (siehe Kapitel 4.1.4) in den Fokus gerückt werden, um so letztlich Aussagen zu den Rahmenbedingungen von Innovationen in regionalen Milieus treffen zu können.

### 4.1.3 Aushandlung, Macht und Institution

Innovationen sind soziale Prozesse. Dies bedeutet konkret, dass Innovationen komplexen Handlungs- und Entscheidungsprozessen unterliegen, die wiederum in Akteursnetzwerken ausgetragen werden. Solche Netzwerke werden dabei „(...) als eine Koordinierungsalternative zu Markt und Staat bzw. Organisation gesehen“ (Blättel-Mink, Menez 2015, 142). Der Erfolg von Innovationen ist heute deshalb nicht mehr an einzelne Experten gekoppelt, sondern an einen breiteren Kommunikationsprozess zwischen heterogenen, autonomen, aber interdependenten Akteuren. Dieser Kommunikationsprozess dient neben dem reinen Austausch von Wissen auch der Aushandlung von Innovationen hinsichtlich ihrer diskursiven Wertung.

Die Aushandlung von Innovationen ist insgesamt von einem Widerspruch in den inhärenten Logiken von Innovation und Konsens geprägt. Dies ist damit zu begründen, „(...) dass die sachliche Verflechtung der Akteure zugenommen hat, dass die steuernden Instanzen immer abhängiger werden von der Mitwirkung der Adressaten und dass es immer mehr Themen gibt, die Risiken und Kosten erzeugen, die einzelne Akteure nicht mehr tragen wollen oder können“ (Fürst, Knieling 2004, 281). Somit werden kommunikative Handlungen in diesem Kontext immer auch zu einem Ausdruck von Macht und Legitimation. Die Soziologie sieht die Fähigkeit, zu handeln und das Vermögen, Macht auszuüben als untrennbar miteinander verbunden. GIDDENS (1988, 65) fasst sein Verständnis von Macht folgendermaßen zusammen: „In der Lage zu sein, anders zu handeln, bedeutet, fähig zu sein, in die Welt einzugreifen bzw. einen solchen Eingriff zu unterlassen mit der Folge, einen spezifischen Prozess oder Zustand zu beeinflussen.“ Demnach handelt es sich bei Macht um die Fähigkeit eines Handelnden, Kausalkräfte zu entfalten, die der Beeinflussung bzw. Veränderung gegebener Verhältnisse dienen. Die Ausübung von Macht ist wesensmäßig nicht zwangsläufig an die Durchsetzung von individuellen, partikularen Interessen gebunden. Vielmehr bestimmt der Gebrauch von Macht jede Form des bewussten Handelns (vgl. Giddens 1988, 65ff., Weber 1972, 541ff.).

HABERMAS (2011, 141ff.) versteht in seinem Hauptwerk *Theorie des kommunikativen Handelns* Macht als das Vermögen von Akteuren (Aktoren), ihre subjektiven Geltungsansprüche hinsichtlich eines Diskurses argumentativ im Rahmen einer Aushandlung durchzusetzen. Weiterhin gilt es, diese Geltung gegenüber anderen Akteuren mit divergierenden Interessen zu legitimieren, um so einen Konsens zu erzielen (vgl. Werlen 2017, 182ff.). So entsteht durch Aushandlung letztlich eine Legitimation, die sich in einer bestimmten Wertung von oder einem konkreten Umgang mit einer Innovation äußern kann.

Einen Aushandlungsprozess allein über Kommunikation, Macht und Legitimation zu definieren, würde allerdings zu kurz greifen, da dieser immer auch in einen institutionellen Kontext eingebettet ist, der mitunter maßgeblich über die Distribution von Ressourcen, Macht und Zuständigkeiten in Akteursnetzwerken entscheidet. Die Rolle von Institutionen spielt in der soziologischen Betrachtung von akteursbezogenen Handlungs- und Entscheidungskontexten schon seit längerer Zeit eine große Bedeutung. „Der Begriff Institution wird (...) auf soziale Gebilde wie auf sozial normierte Verhaltensmuster angewandt“ (Mayntz / Scharpf 1995B, 40). Begrifflichen Annäherungen aus dem Bereich der Politikwissenschaft oder der Ökonomie an den Institutionsbegriff ist gemein, dass sie Regelungs- und Distributionsaspekte betonen.

Der von MAYNTZ u. SCHARPF (1995B, 43) propagierte Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus (AZI) versteht Institutionen sowohl als abhängige als auch als unabhängige Variablen und misst ihnen hinsichtlich des Einflusses auf akteursbezogene Handlungs- und Entscheidungsmuster eine beeinflussende, aber keine determinierende Wirkung bei. „Institutionelle Faktoren bilden vielmehr einen – stimulierenden, ermöglichenden oder auch restringierenden – Handlungskontext“ (Mayntz / Scharpf 1995B, 43). Folglich stellt der Ansatz den Akteur einschließlich der Art seiner Interaktion mit anderen Akteuren in gewissen Konstellationen oder Situationen in den Mittelpunkt der Betrachtung (siehe Abbildung 19). So wird gewährleistet, dass kleinteilige Handlungskontexte zwar in das Zentrum der wissenschaftlichen Analyse gerückt, aber gleichzeitig vor dem Hintergrund ihrer institutionellen Einbettung betrachtet werden (vgl. Mayntz / Scharpf 1995B, 45ff.).

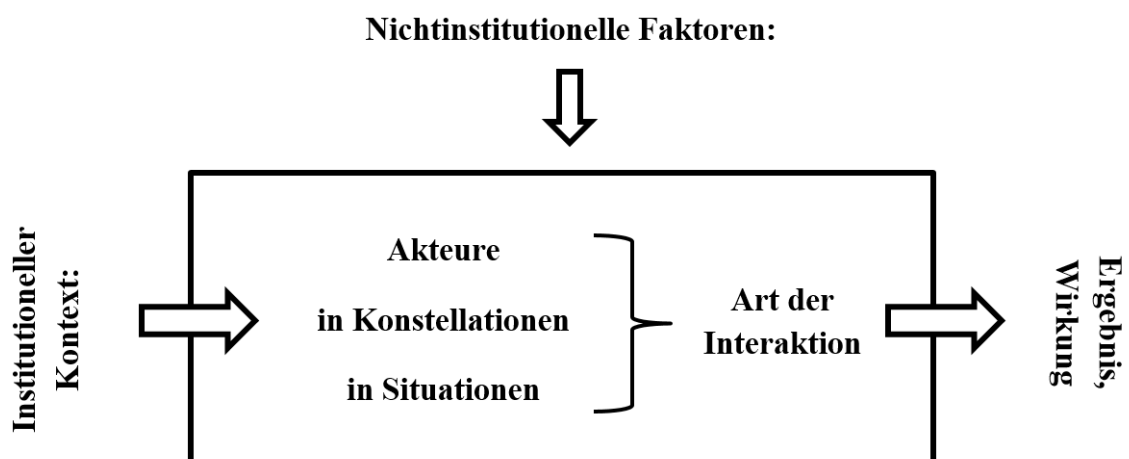


Abbildung 19: Das Modell des akteurszentrierten Institutionalismus, eigene Darstellung nach: Mayntz / Scharpf 1995B, 45 (vereinfacht)

Der akteurszentrierte Institutionalismus ist hinsichtlich seiner theoretischen Grundannahmen dem „Neo-Institutionalismus“ zuzuordnen. „Den theoretischen Ausgangspunkt des AZI bildet die Annahme, dass zur Erklärung von Policy-Entscheidungen sowohl Eigenschaften der beteiligten Akteure als auch Einflüsse des institutionellen Kontexts, in dem die Entscheidungsfindung stattfindet, herangezogen werden müssen“ (Treib 2015, 278). Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus hat nicht den Anspruch, konkrete Hypothesen hinsichtlich des Ablaufs oder der Ergebnisse eines Entscheidungsprozesses zu generieren. Vielmehr ist der AZI im Kern heuristischer Natur, indem er bestimmte Aspekte von akteurszentrierten Entscheidungsprozessen stärker beleuchten möchte (vgl. Treib 2015, 277f.).

Mayntz und Scharpf stellen dazu einen Analyserahmen auf, der die nachfolgenden, theoretischen Kernelemente beinhaltet: Akteure, Akteurskonstellationen, Interaktionsformen und Institutionen. Die Tatsache, dass es sich beim AZI um einen Analyserahmen von Policy-Entscheidungen handelt und somit Politikgestaltungsprozesse im Vordergrund der Betrachtung stehen, bringt es mit sich, dass Mayntz und Scharpf ihren Blick auf die Interaktionen zwischen korporativen Akteuren richten, die als handlungsfähige Organisationen verstanden werden (vgl. Mayntz, Scharpf 1995B, 43f.). Die Konstellation und Interaktion der Akteure wird vor dem Hintergrund ihrer gemeinsamen Zugehörigkeit zu abgrenzbaren, gesellschaftlichen Teilsystemen (z.B. Wirtschaft, Bildung, Politik) analysiert, die je von einer besonderen Handlungs- und Konstitutionslogik geprägt sind (vgl. Schimank 2006, 15). Hieran anknüpfend versteht der AZI unter Institutionen formelle wie auch informelle Regelsysteme, die grundsätzlich offene Handlungsabläufe innerhalb dieser gesellschaftlichen Teilsysteme durch rechtliche Regelungen oder soziale Normen beziehungsweise Sanktionen strukturieren (vgl. Scharpf 2000, 77).

Obwohl im Bereich der Policy-Forschung verortet, ist der AZI auch bedingt durch seine offene, heuristische Natur auf viele andere Kontexte grundsätzlich übertragbar – so auch auf den Prozess des Forschungsprojektes „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“. Die Analyse der Nutzungsmöglichkeit digitaler Innovation in der Daseinsvorsorge geschah auf der Grundlage von Haushaltsbefragungen, verschiedener Experten- und Bürgerworkshops und Austauschformaten zwischen den Projektträgern. Somit ließe sich auch hier von einem Aushandlungsprozess sprechen, der von machtkommunikativen Handlungs- und Entscheidungsdy namiken zwischen den involvierten Akteuren geprägt war. Die politisch-administrative Verankerung des Projektes und die vorgegebenen Beteiligungsformate bildeten dabei gleichzeitig den institutionellen Rahmen in Form eines Regelsystems, welches die Handlungsabläufe zwischen den Akteuren strukturierend geprägt hat.



#### 4.1.4 Adoption und Diffusion

In der soziologischen Forschung wird Diffusion allgemein hin als die Ausbreitung oder Durchdringung einer Innovation innerhalb eines sozialen Systems im Wirkungsgefüge dessen sozialer Interaktionen verstanden. „Ihr liegt die Differenzierung einer Population nach dem Grad bzw. der Schnelligkeit der Übernahme bzw. Durchsetzung von subjektiv wahrgenommenen Neuheiten (Produkte, Verfahren, Informationen, Ideen etc.) zugrunde“ (Blättel-Mink, Menez 2015, 91). Die Betrachtung des Diffusionsverlaufs einer Innovation orientiert sich demnach an zwei in Relation stehenden Variablen: der Zahl der Anwender und der Zeit, in der die Übernahme stattfindet.

Grundlage der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen der Diffusion von Innovationen bildet das erstmals 1962 erschienene Werk *Diffusion of innovations* von Everett M. Rogers. Der analytische Vorteil der sich daraus ableitenden Adoptions- und Diffusionstheorie liegt in der Verknüpfung der Mikro- und Makroebene. Denn Ausgangspunkt des Diffusionsprozesses einer Innovation in einem sozialen System bildet gemäß der Theorie zunächst die Übernahme oder Adoption einer Innovation durch das Individuum. Dieser auf Mikroebene angesiedelte Adoptionsprozess wird von ROGERS (2003, 168ff.) als Innovations-Entscheidungs-Prozess tituliert und in fünf Phasen untergliedert:

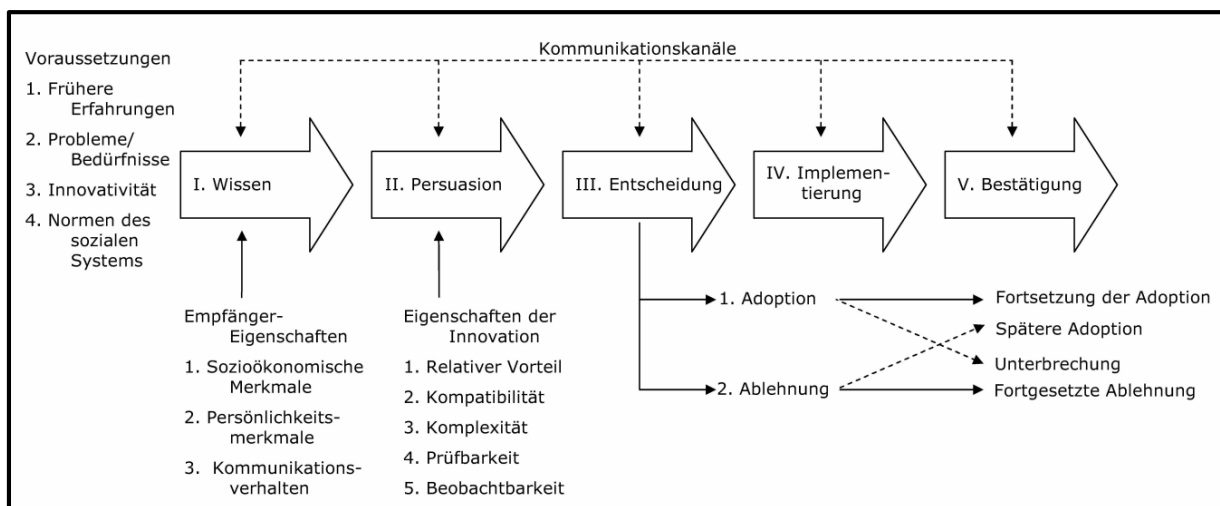


Abbildung 20: Der Innovations-Entscheidungs-Prozess, entnommen aus: Karnowski, Kümpel 2016, 100 nach Rogers 2003, 170

Die erste der fünf Phasen wird von Rogers als Wissen (knowledge) bezeichnet und repräsentiert den ersten Kontakt des Individuums mit der Innovation. Das Wissen des Individuums im Umgang mit der Innovation wird dabei in awareness-knowledge, how-to-knowledge

und principles-knowledge unterschieden. Awareness-knowledge beschreibt zunächst nur das Wissen um die Existenz der Innovation, während how-to-knowledge sich auf die konkrete Anwendungskompetenz bezieht. Ein schlecht ausgeprägtes how-to-knowledge kann zu einer grundsätzlichen Nutzungsverweigerung oder aber zu einem frühen Nutzungsabbruch der Innovation führen. Das principles-knowledge beschreibt das Grundlagenwissen hinsichtlich der Funktionsweise einer Innovation. Dieses ist für eine Adoption zwar grundsätzlich nicht notwendig, steigert aber die Anwendungskompetenz und somit auch die Wahrscheinlichkeit einer kontinuierlichen Nutzung. Die Ausprägung dieses Wissens ist maßgeblich abhängig von den Empfänger-Eigenschaften des Individuums: Hierzu zählen sozioökonomische Merkmale, Persönlichkeitsmerkmale und das Kommunikationsverhalten (vgl. Karnowski, Kümpel 2016, 99 nach Rogers 2003, 172f.).

In der zweiten, als Persuasion (persuasion) bezeichneten Phase formt das Individuum eine bestimmte Meinung gegenüber der Innovation und wägt die Vorteile einer Nutzung mit den möglichen Nachteilen einer Nichtnutzung ab. Rogers legt nahe, dass die Adoption von Innovationen begünstigt wird, wenn diese Vorteile gegenüber etablierten Produkten bieten, eine Alltagsrelevanz aufweisen, kompatibel mit bereits bestehenden Erfahrungen sind und ihre Nutzung insgesamt wenig Hürden aufweist (vgl. Karnowski, Kümpel 2016, 101 nach Rogers 2003, 177ff, Blättel-Mink, Menez 2015, 89f.).

Die tatsächliche Entscheidung (decision) hinsichtlich der Adoption wird in der dritten Phase gefällt und damit das vorher vorhandene Wissen und die erworbene Meinung in praktisches Handeln überführt. Eine Ablehnung kann laut Rogers aktiv auf der Grundlage eines Abwägungsprozesses oder aber passiv ohne tiefergehende Auseinandersetzung erfolgen. Erst in der Phase der Implementierung (implementation) kommt es zur tatsächlichen Anwendung der Innovation. In der letzten Phase der Bestätigung (confirmation) entscheidet das Individuum schließlich über die Weiternutzung der Innovation auf der Grundlage von externen Informationen und eigenen Erfahrungen. Sollte das Individuum über seine Kommunikations- und Informationskanäle überwiegend negative Resonanzen wiedergespiegelt bekommen oder aber eine Ernüchterung hinsichtlich der praktischen Mehrwehrt der Innovation im eigenen Lebensalltag feststellen, kann es zu einem verzögerten Nutzungsabbruch kommen (vgl. Karnowski, Kümpel 2016, 101 nach Rogers 2003, 178ff.).

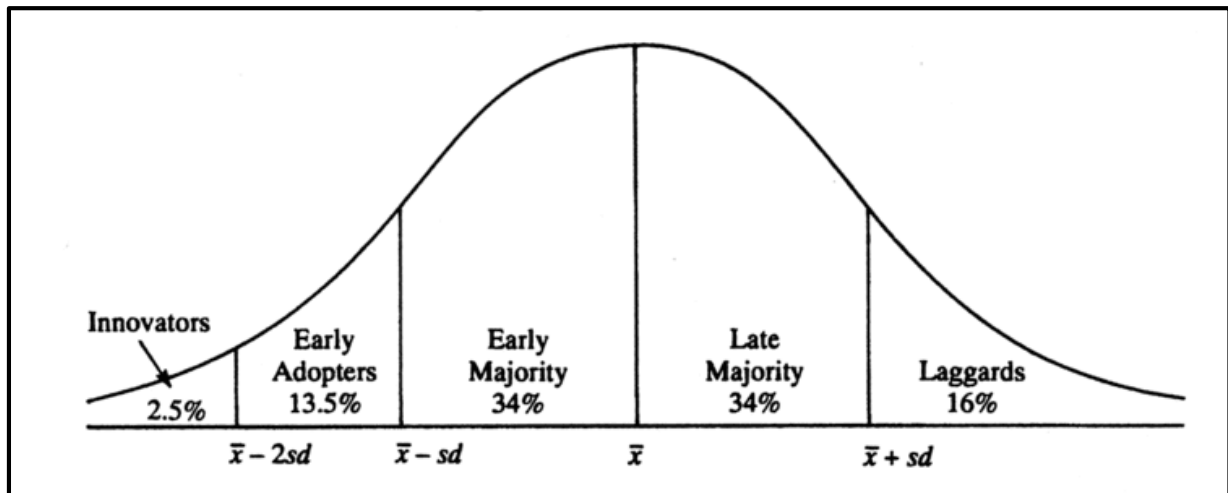


Abbildung 21: Kategorisierung der Adoptionstypen, entnommen aus: Rogers 2003, 281

Dieser individuelle Adaptionprozess lässt sich auf Makroebene auch auf die Übernahme einer Innovation in einem sozialen System hochskalieren. Die Betrachtung des Adoptionsverlaufs auf Makroebene zeigt eine klassische Normalverteilungskurve (siehe Abbildung 21). Rogers konstruiert dabei „(...) eine Typologie verschiedener Übernehmer, die sich nicht nur hinsichtlich ihres Adoptionszeitpunkts, sondern auch hinsichtlich ihres sozioökonomischen Status, ihrer Persönlichkeitsmerkmale sowie ihres Kommunikationsverhaltens unterscheiden“ (Karnowski, Kümpel 2016, 103). Hieraus ergibt sich die Unterscheidung folgender Akteure beziehungsweise Übernehmer (adopters) im Innovationsprozess (vgl. Rogers 2003, 280-287):

1. Innovatoren (innovators)
2. frühe Adoptoren (early adopters)
3. frühe Mehrheit (early majority)
4. späte Mehrheit (late majority)
5. Nachzügler (laggards)

Die Innovatoren (innovators) bilden mit 2,5% der Gesamtanzahl die kleinste Gruppe eines sozialen Systems und zeichnen sich durch eine hohe Risikobereitschaft, ein hohes Bildungsniveau und ein weitläufiges soziales Netzwerk aus, wodurch sie Innovationen schneller implementieren können als andere (vgl. Rogers 2003, 282f.).

Die frühen Übernehmer (early adopters) zeichnen sich durch eine starke Verankerung in die lokale Sozialstruktur aus und genießen häufig ein hohes Ansehen als Vorbilder, weshalb ihnen eine Schlüsselrolle in der lokalen Akzeptanzsteigerung einer Innovation und zum Erreichen der kritischen Masse zugeschrieben wird (vgl. Rogers 2003, 283).

Sollte die Innovation eine kritische Masse an Anwendern generiert haben, so wird sie von der größeren Gruppe (34%) der frühen Mehrheit (early majority) übernommen. Mitglieder dieser Gruppe sind eher keine Meinungsführer innerhalb ihres sozialen Systems. Dennoch verfügen sie über ein ausreichend breites Kontaktnetzwerk, um die weitere Diffusion der Innovation zu begünstigen (vgl. Rogers 2003, 283f.).

Die Gruppe der späten Mehrheit (late majority) entspricht in ihrer Größe der frühen Mehrheit (34%). Mitglieder dieser Gruppe verfügen jedoch über knappere sozioökonomische Ressourcen und zeichnen sich durch eine traditionellere Grundhaltung aus, wodurch sie risikoaverser sind und Neuerungen nur zulassen, wenn der soziale und/oder wirtschaftliche Druck einer Nichtnutzung zu groß wird (vgl. Rogers 2003, 284).

Die letzte Gruppe (16%), die eine Innovation innerhalb eines sozialen Systems übernimmt, bilden die Nachzügler (laggards). Diese verfügen im Vergleich zur späten Mehrheit noch knappere finanzielle Ressourcen, sind sozial schwach eingebunden und orientieren sich zudem stark an der Vergangenheit (vgl. Rogers 2003, 284f.).

Zusammenfassend lassen sich drei Faktorengruppen als verantwortlich für die Diffusion einer Innovation ausmachen. Erstens sind dies die *Merkmale der Innovation*. Hierbei von Bedeutung ist die Unterteilung in öffentliche und private Konsequenzen und die damit verbundenen Kosten und Nutzen. Zweitens sind dies die *Merkmale des Innovatoren*, also des Übernehmers. Betrachtet werden in diesem Zusammenhang Persönlichkeitsmerkmale, die sozioökonomische Ausstattung und die Einbindung in soziale Netzwerke. Zuletzt ist auch der *Kontext* ausschlaggebend für die Bedingungen der Diffusion. Dieser setzt sich zusammen aus den geophysischen, soziokulturellen, politischen und technischen Rahmenbedingungen des Systems, in dem die Innovation stattfindet (vgl. Blättel-Mink, Menez 2015, 92ff. nach Wejnert 2002).

Überträgt man auch diese Erkenntnisse auf die Analogie des Sulinger Landes, wird deutlich, dass sich die auf der Grundlage der in verschiedenen Beteiligungsformate ausgehandelten und im Untersuchungs- und Handlungskonzept festgehaltenen, konkreten Innovationsmaßnahmen noch am Anfang eines komplexen Adoptions- und Diffusionsprozesses befinden. Die frühe Übernahme und Promotion durch Early Adopters dürfte dabei laut Rogers genauso für den Erfolg entscheidend sein wie die Zugänglichkeit der Innovation für die risikoaversen Teile der Gesellschaft. Nicht zuletzt müssen auch die soziokulturellen, politischen und technischen Rahmenbedingungen des Sulinger Landes berücksichtigt werden.

## **4.2 Governance: ein Framework der Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen in der (regionalen) Daseinsvorsorge**

Die zum Sulinger Land hergestellte Analogie liefert zwar ein grundsätzliches Verständnis der Aushandlung, Adoption und Diffusion von digitalen Innovationen im regionalen Kontext. Allerdings bedarf es zur Erklärung der sich dahinter verbergenden, akteuralen Handlungslogiken eines Analyserahmens, der sich analytisch kooperativen, multiperspektivischen Steuerungssystemen widmet. Hier hat sich das Konzept der Governance in den Politik- und Sozialwissenschaften durchgesetzt, welches in diesem Kapitel hinsichtlich seiner Begriffsgenese (siehe Kapitel 4.2.1) und seiner Implikationen für die Sektoren der Bürgergesellschaft (siehe Kapitel 4.2.2), des Staates (siehe Kapitel 4.2.3), der (Privat-)Wirtschaft (siehe Kapitel 4.2.4) und des Dritten Sektors (siehe Kapitel 4.2.5) dargestellt wird.

### **4.2.1 Begriffsgenese**

Der Begriff der Governance hat spätestens seit den 1990er Jahren eine rasche Diffusion in sozial-, und politik- und raumwissenschaftlichen Kontexten durchlaufen. Die semantische Bedeutung des Wortes Governance hat im englischen Sprachraum eine lange Tradition und bezieht sich zumeist auf den Akt, die Art oder die Funktionalität des Regierens („governing“). Insbesondere in der Politikwissenschaft wird Governance heute häufig als Kontrapunkt zu Government (Regierung) verstanden. Government beschreibt in diesem Fall eine Gesellschaftssteuerung durch etablierte, hierarchische Entscheidungskanäle. In jüngerer Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Hierarchie als Steuerung weder zwingend notwendig, noch die überlegene Form der Handlungskoordination zwischen Staaten oder Akteuren sein muss. Die Entwicklung des Governance-Konzeptes lässt sich grob als eine Abkehr von der Philosophie der hierarchischen Planung zugunsten einer Valorisierung der Selbststeuerung darstellen (vgl. Benz et al. 2007, 9ff.; Mayntz 2010, 37; ebd. 1996, 148ff.).

Bis in die frühen 1970er Jahre war die Vorstellung von Planung die einer hierarchisch-etatischen Gestaltung gesellschaftlicher Felder, ausgehend von der Politik als zentralem Entscheidungs- und Gestaltungsinstrument. Eine solche Planung sollte von oben herab („top-down“) in das jeweilige Gestaltungsobjekt hineinwirken. Jedoch stellte schon bald eine Reihe von Studien die Effizienz solcher Top-Down-Planungen in Frage. „Die Art von Planung, die man bis dahin praktiziert hatte, funktionierte offensichtlich nicht, weil das jeweilige Gestal-

tungsobjekt eben nicht bloß ein passiver (...) Gegenstand ist (...)“ (Benz et al. 2007, 12). Stattdessen stellte man zunehmend fest, dass es sich bei den Objekten der staatlichen Gestaltung um komplexe Konstellationen von Akteuren mit individuellen Interessen und Ressourcen handelt. Die Erkenntnis der eingeschränkten politischen Handlungsfähigkeit bewog die Politikwissenschaft dazu, von dem bisher einseitigen Fokus auf hierarchische Gesellschaftssteuerung abzuweichen. Stattdessen wurde vermehrt die Bedeutung der Zivilgesellschaft, von Politiknetzwerken, professionellen Gemeinschaften oder Verbänden in Entscheidungsprozessen analysiert (vgl. Benz et al. 2007, 12f.).

Diese Entwicklungen innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung haben dazu beigetragen, dass Governance häufig als Gegenbegriff zu Government verstanden und verwendet wird. Hierdurch läuft man jedoch Gefahr, Formen hierarchischer staatlicher Steuerung ihre Bedeutung abzusprechen und demgegenüber die Substitutionskraft des Marktes einseitig zu valorisieren. „Analytisch ist es zweckmäßiger, Governance als Oberbegriff für sämtliche vorkommenden Muster der Interdependenzbewältigung zwischen Staaten sowie zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren zu setzen (...)“ (Benz et al. 2007, 13). Im Sinne dieser Interdependenzbewältigung steht der Begriff der Governance dabei insbesondere stellvertretend für Steuerungsmechanismen abseits der hierarchischen Entscheidungskanäle, die die Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure an der politisch-administrativen Implementierung von Gestaltungsansätzen betont. Hierdurch verschwimmt die klassische Abgrenzung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren im Sinne eines Steuerungssubjektes- und Objektes (vgl. Benz et al. 2007, 9; Fürst 2007, 353ff.)

Neben seiner analytischen Funktion wird Governance auch als deskriptiver und normativer Begriff verwendet. „Als deskriptiver Begriff beschreibt Governance Veränderungen von Institutionen, Strukturen und Prozessen innerhalb des politisch-administrativen Systems“ (Möltgen-Sicking, Winter 2019, 4). Normativ wird Governance als ein Konzept guten Regierens („good governance“) verstanden (vgl. Jann, Wegrich 2010, 175). BENZ und DOSE (2010, 25) identifizieren trotz der variierenden Verwendungsweisen des Begriffs folgende Aspekte als Kernkomponenten von Governance:

1. „Governance bedeutet Steuerung und Koordinieren (oder auch Regieren) mit dem Ziel des Managements von Interdependenzen zwischen Akteuren (...)“
2. Steuerung und Koordination beruhen auf institutionalisierten Regelsystemen, welche das Handeln der Akteure lenken sollen (...)

#### 4. Rahmenbedingungen der Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen in der regionalen Daseinsvorsorge

3. Governance umfasst auch Interaktionsmuster und Modi kollektiven Handelns, welche sich im Rahmen von Institutionen ergeben, ohne von ihnen determiniert zu sein (...)
4. Prozesse des Steuerns bzw. Koordinierens sowie Interaktionsmuster (...) überschreiten in aller Regel Organisationsgrenzen, insbesondere auch Grenzen von Staat und Gesellschaft (...). Politik in diesem Sinne findet normalerweise im Zusammenwirken staatlicher und nicht staatlicher Akteure (...) statt.“

Bezogen auf den Kontext der Daseinsvorsorge bedeutet dies, dass die Koproduktion öffentlicher Aufgaben Interaktionsmustern kollektiven Handelns folgt, die wiederum in institutionalisierte Regelsysteme eingebettet sind (vgl. Dose 2008, 78). Hieraus lässt sich wiederum ableiten, dass auch die Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen in der Daseinsvorsorge „(...) in unterschiedlichen Governancearenen [stattfindet, in denen] zahlreiche Akteure mit z. T. unterschiedlichen Handlungs- und Entscheidungslogiken“ (Möltgen-Sicking, Winter 2019, 10) repräsentiert sind. Als gesellschaftliche Sektoren sind in der Koproduktion der Daseinsvorsorge hauptsächlich der Staat, der Markt, der dritte Sektor und die Bürgergesellschaft in Form primärer Netze verankert (siehe Abbildung 22). Jeder Sektor zeichnet sich durch variierende institutionelle Verankerungen, Funktionslogiken und Handlungsmaximen aus (vgl. Roß 2017, 21; Roß 2012, 312ff.).

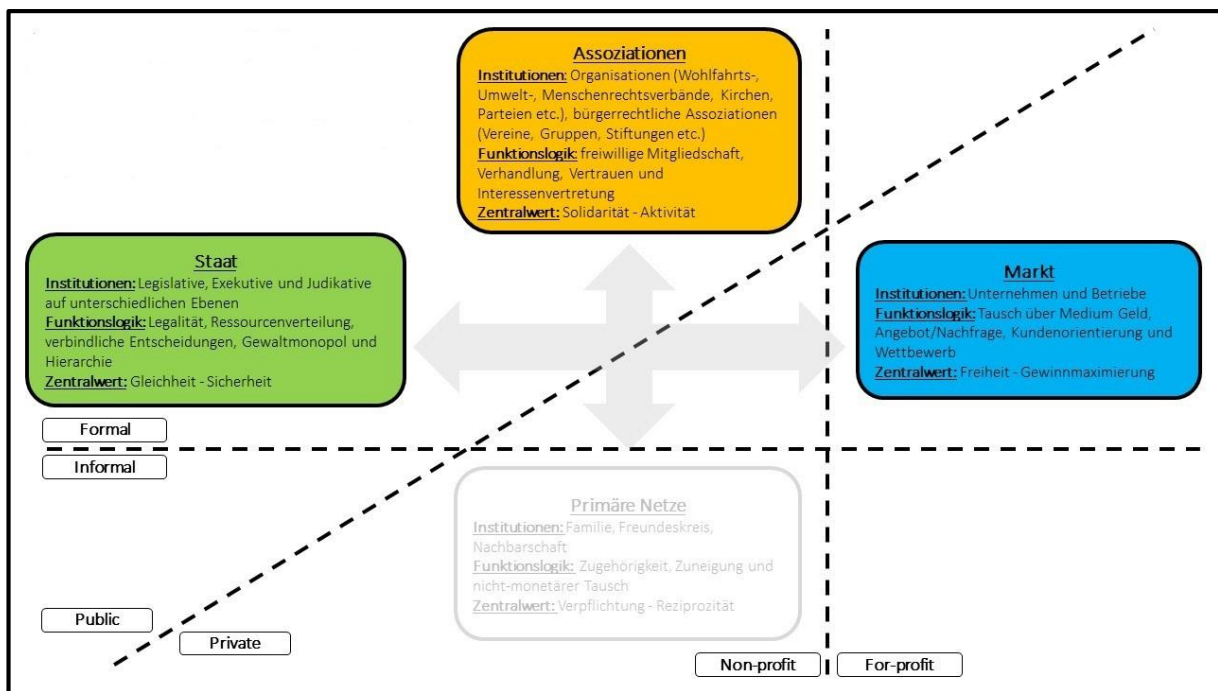


Abbildung 22: Sektoren der Governance, eigene Darstellung nach Roß 2017, 22

4. Rahmenbedingungen der Aushandlung und Implementierung digitaler Innovationen in der regionalen Daseinsvorsorge

Bedingt durch die Funktionslogiken und Institutionalisierungen (vgl. Schimank 2006, 15) ergeben sich für die an der Produktion der Daseinsvorsorge beteiligten Sektoren spezifische Systemstärken und –Schwächen. Die Handlungslogiken beschränken sich dabei nicht auf die einzelnen Sektoren, sondern überschreiten die Sektorgrenzen regelmäßig:

	<b>Spezifische Systemstärken</b>	<b>Spezifische Systemschwächen</b>
<b>Bürgergesellschaft (primäre Netze)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Emotionale Nähe,</li> <li>- Direkte, wechselseitige Unterstützung im Alltag</li> <li>- Keine monetären Erwartungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überforderung, mangelnde Verlässlichkeit</li> <li>- Komplizierte Dynamiken, soziale Verstrickungen</li> <li>- Unsichere Fachlichkeit</li> </ul>
<b>Dritter Sektor (Assoziationen)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiwilligkeit von Ein- und Austritt,</li> <li>- Abbildung und Bündelung pluraler Interessen</li> <li>- Solidarität jenseits monetärer Maxime</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Viele Voraussetzungen für Entstehung und Bestand</li> <li>- Aufwändige Ressourcengewinnung</li> <li>- Eingeschränkte Durchsetzungsmacht</li> </ul>
<b>Staat (Politik)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchsetzung verbindlicher Regelungen</li> <li>- Gewährleistung von Sicherheit und Legalität</li> <li>- Umverteilung von Ressourcen gemäß legitimierter Priorisierungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Langsame Reaktion auf Transformationen oder Innovationsanforderungen</li> <li>- Tendenz der Bürokratisierung</li> <li>- Handlungsfähigkeit gekoppelt an politische Mehrheiten</li> </ul>
<b>Markt (Privatwirtschaft)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Versorgung mit nachgefragten Gütern / Dienstleistungen</li> <li>- Wertschöpfung</li> <li>- Innovations- und Anpassungsfähigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abhängigkeit von Nachfrage</li> <li>- Ungleiche Verteilung von Gütern / Dienstleistungen</li> <li>- Monetäre Handlungsmaxime erschwert Berücksichtigung anderer Werte</li> </ul>

Abbildung 23: Idealtypik spezifischer Systemstärken und –Schwächen der Sektoren in der Governance-Arena der Daseinsvorsorge, eigene Darstellung nach Roß 2017, 24



### 4.2.2 Governance und Bürgergesellschaft

Das Konzept der Governance ist grundsätzlich auf alle staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen übertragbar. Die Kommune kann ebenso wie die Ebene des Bundes oder der Europäischen Union eine Governance-Arena sein. In der Wissenschaft häufig diskutierte Ausprägungen sind dabei die Local, Regional, European oder auch Global Governance (vgl. Möltgen-Sicking, Winter 2019, 8). Mit dem Maßstab des Bezugsrahmens verändern sich zwangsläufig auch die involvierten gesellschaftlichen Strukturen und Handlungslogiken. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit erscheint es deshalb am sinnvollsten die Digitalisierung der Daseinsvorsorge des Sulinger Landes im Sinne einer Regional Governance zu betrachten. Diese fokussiert im Kern die Kommune als Handlungs- und Interaktionsraum, in dem zivilgesellschaftliche, privatwirtschaftliche, gemeinnützige und staatliche Akteure in netzwerkartigen Formen der Selbststeuerung zusammenwirken (vgl. Fürst 2007; 353ff.; Giessen 2010, 5f.).

Die Betrachtung ländlicher Regionen und die sich darin abspielenden Innovationsprozesse durch die Perspektive einer Regional Governance erfordert es zunächst, ein Verständnis hinsichtlich der Sozial- und Machtstrukturen der dortigen Gesellschaft zu gewinnen. Historisch betrachtet war Macht und soziales Ansehen im ländlichen Raum eng an die Kontrolle der Resource Land geknüpft. Die mit dem Strukturwandel einhergehende Transformation der ländlichen Wirtschaft hat jedoch zu tiefgreifenden Umwälzungen in der Konstitution des dortigen Gemeinschaftswesens geführt. Traditionelle Entscheidungskanäle (Vereine, Nachbarschaften etc.) büßten ihre Macht zugunsten privatwirtschaftlicher Akteure und nicht-gewählter oder temporärer Bürger- und Interessenvertretungen ein, sodass heute auch Dörfer ohne Zweifel als Governance-Arenen anzusehen sind – spätestens dann, wenn Governance von nationalen und internationalen Förderinstrumenten als Voraussetzung für Dorf- und Regionalentwicklung eingefordert wird (vgl. Born 2012, 76f.).

Der Charakter der ländlichen Governance ist maßgeblich geprägt vom bürgerschaftlichen Engagement der dort lebenden Zivilbevölkerung. „[Denn] Städte und Gemeinden sind die Räume, in denen bürgerschaftliches/ehrenamtliches Engagement stattfindet und zur je spezifischen Form des Gemeinschaftslebens beiträgt (...)“ (Perabo 2015, 180). Insbesondere im ländlichen Raum hat bürgerschaftliches Engagement eine lange Tradition und besitzt in vielen Bereichen des dörflichen Zusammenlebens große Bedeutung. Unter einem solchen Engagement lassen sich allgemein hin bürgerschaftliche Handlungsimpulse im öffentlichen Raum subsumie-

ren, die eine Qualitätssteigerung des sozialen, politischen und kulturellen Zusammenlebens anstreben. Die Enquete-Kommission (2002, S. 27f.) gliedert die Formen bürgerschaftlichen Engagements in politisches Engagement, soziales Engagement, Engagement in Vereinen, Verbänden und Kirchen, Engagement in öffentlichen Funktionen, Formen der Gegenseitigkeit, Selbsthilfe sowie bürgerschaftliches Engagement in und von Unternehmen.

Demnach beschreibt das Konzept der Bürgergesellschaft „(...) ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger (...) durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können“ (Enquete-Kommission 2002, 24). Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum äußert sich vor allem in der gemeinschaftlichen Organisation in Vereinen, einer aktiven Teilhabe am Gemeindeleben und einer starken familiären Integration. Daneben trägt auch die Pflege von Nachbarschaften als typisch ländliches Element zum reziproken, sozialen Miteinander bei (vgl. Rückert-John 2005, 25ff.).

Hieraus ergibt sich für den ländlichen Raum die besondere Tatsache, dass den primären Netzwerken eine große Bedeutung bei der Erbringung von Daseinsvorsorge zukommt. Das öffentliche Leben wird zu großen Teilen in Form von Vereinsarbeit ehrenamtlich organisiert, Nachbarschaften übernehmen Hilfestellungen im Alltag und die Familie übernimmt wo möglich die Pflege alter und/oder kranker Angehöriger. Hier stehen Funktionslogiken wie Zugehörigkeit, Zuneigung und der nicht-monetäre Tausch im Vordergrund. Die Handlungsmaximen sind Verpflichtung und Reziprozität und die zugrundeliegende Form der Organisation ist privater Natur (vgl. Roß 2017, 21ff.). Dies hat zur Folge, dass die Produktion zentraler Aspekte der ländlichen Daseinsvorsorge auch heute noch häufig als Aufgabe des sozialen Nahbereichs betrachtet wird (vgl. Schröder 2017, 206).

Diese enge Verzahnung der ländlichen Gesellschaft hat vielfältige Implikationen für die Ausgestaltung von Governance. Zum einen spricht man aufgrund der reinen Pluralität der involvierten Akteure auch von Multi-Akteur-und-Stakeholder-Konstellationen. Zum anderen ist die ländliche Governance von Akteuren mit multiplen Funktionen und damit auch Interessen geprägt. So kann ein Akteur mitunter gleichzeitig in mehrere Vereine eingebunden sein, in der Politik aktiv sein und beruflichen Interessen nachkommen. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer doppelten Akteursfragmentierung (vgl. Born 2017, 18ff.). Für die Aushandlung und Implementierung von Innovationen bedeutet dies, dass sich hieraus komplexe Interessenspositionen und Verteilungsansprüche ergeben können.

### 4.2.3 Governance und Staat

Die seit den späten 1960er beziehungsweise frühen 1970er Jahren zu beobachtende Rückläufigkeit der staatlichen Leistungsfähigkeit in der Bewältigung komplexer, gesellschaftlicher Herausforderungen hat zu einem Wandel von einem „starken“ hin zu einem kooperativen Staat geführt. Der gleichzeitige Bedeutungszuwachs der Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wohlfahrtseinrichtungen im Zuge von Privatisierung und De-Regulierung darf im Umkehrschluss jedoch nicht zu der Annahme einer völligen Aufgabe des staatlichen Steuerungsanspruchs verleiten. Staatlicher Rückzug bedeutet demnach nicht, dass kollektive Probleme nur noch in Public-Private-Partnerships zu lösen sind. „Governance im modernen Staat besteht vielmehr aus dem Neben- und Miteinander von Regelungsformen, die von rein staatlichen bis zu rein zivilgesellschaftlichen reichen“ (Mayntz 2004, 68).

Dieses Kontinuum zwischen Staatlichkeit und Zivilgesellschaft ist in bestimmten Bereichen nach wie vor von staatlicher Hoheit geprägt. Diese befindet sich in Deutschland in einem wechselstromartigen Gefüge aus Föderalismus und lokaler Selbstverwaltung. Die Legitimation politischer Kontrolle ist dabei auf Gemeinde- als auch auf Bundesebene eine entscheidende Handlungsmaxime staatlicher Akteure. Denn trotz Rückzug des Staates als intervenierende und gestaltende Instanz hat dieser gegenüber der Zivilgesellschaft eine input- und outputorientierte Legitimation zu wahren, die sein Dasein rechtfertigt. Inputorientierte Legitimation beschreibt dabei die Ableitung politischer Entscheidungen ausgehend von den Präferenzen der Gesellschaft. Outputorientierte Legitimation erwächst hingegen aus der Leistungsfähigkeit des Staates. Demokratische Legitimation beschreibt „(...) damit die Anerkennungs- und Folgebereitschaft zu einem politischen System, die aus dessen Leistungen resultiert (...)“ (Blatter 2007, 274 nach Scharpf 1998, 85ff.).

Dem Staat kommt damit im Kontext der Daseinsvorsorge die Durchsetzung verbindlicher Regelungen zur Verteilung von allokativen und personellen Ressourcen im Zuge seiner gesetzlichen Hoheit zu. Er schafft damit gewissermaßen auch einen rechtlichen Handlungsrahmen und Kontext für alle anderen Sektoren, in dem er durch seine Gesetzgebung den Markt reguliert, beziehungsweise dereguliert oder das Handeln des dritten Sektors beeinflusst. Gleichzeitig ist die Handlungsfähigkeit des modernen Staates angewiesen auf eine funktionierende Wirtschaft und Zivilgesellschaft (vgl. Roß 2017, 23). Aus dieser wechselseitigen Abhängigkeit und dem Anspruch der Legitimation heraus, nimmt der Staat gleichermaßen delegierende, kooperative und regulierende Handlungsmuster an (vgl. Mayntz 2004, 69).

Nichtsdestotrotz werden viele öffentliche Diskussionen nach wie vor von einem Bild des verschlafenen, sperrigen Staates, der dynamisch-innovative Prozesse durch starre und hierarchische Bürokratie- und Verwaltungsstrukturen ausbremst, überlagert. Tatsächlich aber zeigen jüngere Studien immer deutlicher auf, dass der Staat durch gezieltes (unternehmerisches) Handeln maßgeblich die Entstehung und Diffusion von Innovationen begünstigt (vgl. Mazzucato 2018; Aligica 2019).

Die in diesem Kontext zu verortende, junge Forschungsdisziplin des *Public Entrepreneurships* erkennt das Investitions- und Gestaltungspotential des Staates an und versucht dieses durch eine Kopplung mit Maximen des Entrepreneurships im Kontext von Innovationsprozessen zu stimulieren. Das Kernanliegen hierbei liegt darin, neben politischen insbesondere auch Akteure der öffentlichen Verwaltung dazu zu befähigen, unternehmerisch zu denken und zu handeln und so zur Lösung komplexer, gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen (vgl. Diefenbach 2011, 32; OECD 2017, 13ff.). Das Potential eines solchen, neuen Akteurs-Typus, der aus Positionen der öffentlichen Verwaltung heraus die Initiative ergreift, um Innovationen zu forcieren (“innovation through government”), wird im englischsprachigen Raum zunehmend erkannt und erforscht (vgl. Conway 2018, 8ff.).

Auch in der deutschsprachigen Sozial- und Politikwissenschaft kommt der Analyse der Handlungs- und Innovationsfähigkeit der Kommunen im Kontext ihrer Selbstverwaltungsaufgaben, inklusive der Daseinsvorsorge, vermehrt Aufmerksamkeit zu (vgl. Wollmann 2017, 33, 44f.). WALTER u. ZIMMER (2017, 67ff.) analysieren die Rolle von Kommunen als politisch-administrative Akteure im Kontext sozialer Innovationen anhand der Fallbeispiele Münster und Berlin/Friedrichshain-Kreuzberg. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass „(...) die überwiegende Mehrheit der identifizierten Innovationen in den untersuchten Kommunen verwaltungsinitiert [war] und [...] auf den Einsatz politisch-administrativer Akteure zurück[ging]“ (Walter, Zimmer 2017, 67). Die Schlussfolgerung, die hieraus gezogen wird, ist, dass der öffentlichen Hand eine Rolle als Innovationsmotor im kommunalen Milieu zukomme.

Zu beachten ist hierbei allerdings, dass soziale Innovationen, wie etwa ein Familienbüro, Quartierskonzepte oder Integrationsprojekte in den Blick genommen wurden. Derartige Innovationen sind zum einen nicht an den Einsatz digitaler Instrumente gekoppelt, wodurch Adoptionsbarrieren technischer Natur entfallen. Zum anderen handelt es sich strukturell um urbane Milieus. Nichtsdestotrotz zeigt die Studie exemplarisch auf, dass politisch-administrative Akteure aktiv in Innovationsprozesse hineinwirken und diese nicht bloß bürokratisieren.

#### 4.2.4 Governance und Wirtschaft

Die auf Wirtschaftssektoren bezogene Governance-Forschung interessiert sich für die Normen und Institutionen, die die Transaktionen und Produktionstätigkeiten innerhalb von Sektoren und über ihre Grenzen hinweg beeinflussen. In Deutschland richtet sich der Fokus dabei auf sogenannte staatsnahe Sektoren, deren Produktionsleistungen zwar nicht zu den hoheitlichen Staatsfunktionen zählen, aber dennoch von großem, staatlichem Interesse sind. Das bedeutet, dass der Eingriff des Staates in die Organisation dieser Sektoren über eine reine ordnungspolitische, konjunkturpolitische und strukturpolitische Verantwortung hinausgeht, aber dennoch keine unmittelbare Übernahme der Leistungserbringung durch den Staatsapparat erfolgt. Beispiele für solche staatsnahen Sektoren sind die Landwirtschaft, das Bildungswesen und die Infrastruktursektoren. Auf regionaler Ebene werden diese Ökonomien häufig als lokale Produktionssysteme begriffen, deren Konstitution sich aus untereinander vernetzten, klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) zusammensetzt. KMUs können sich so einerseits als komplexer, regionaler Verbund gegenüber Großunternehmen behaupten, sind jedoch andererseits benachteiligt hinsichtlich des Zugriffs auf spezifische Ressourcen wie Know-how, Informationen und Kapital (vgl. Lütz 2007, 391f.; Mayntz, Scharpf 1995A, 13f.).

Auch solche Sektoren mit mehr Marktnähe erfahren durch Formen der Marktregulierung einen mittelbaren, staatlichen Einfluss. Gründe für staatliche Marktregulierung sind die Vermeidung von natürlichen Monopolen, negativer Externalitäten und Informationsasymmetrien (vgl. Czada 2007, 74f.). Unabhängig des Grades der staatlichen Regulierung oder Nähe zur kapitalistischen Marktwirtschaft ist jedes Unternehmen, das eine Gewinnerwirtschaftung (For-Profit) anstrebt, in seinen Handlungen den Mechanismen von Angebot und Nachfrage zu einem bestimmten Grad unterworfen. Dies hat zur Folge, dass es im wirtschaftlichen Interesse solcher Unternehmen ist, nachgefragte Güter oder Dienstleistungen gewinnbringend anzubieten und weniger nachgefragte Produkte aus dem Sortiment zu nehmen (vgl. Roß 2017, 24).

Dennoch würde es der Realität nur bedingt gerecht werden, die Rolle der Wirtschaft und ihrer Akteure im Kontext der Daseinsvorsorge auf eine rein monetär-kapitalistische Handlungsmaxime zu reduzieren. Vielmehr gilt es, die wirtschaftliche Struktur einer Region auch auf der Basis der ihr zugrundeliegenden wirtschaftlichen Akteure – der Entrepreneure – zu greifen. Ihr Handeln ist nicht bloß Produkt von Angebot, Nachfrage und staatlicher Regulation, sondern vielmehr auch Ausdruck individueller Werte, Weltanschauungen, Wissens- und Erfahrungsbe-

stände. Entrepreneuren kommen damit einhergehend vielfältige Rollen als Innovatoren, Entscheidungsträger oder Organisatoren in ökonomischen Kontexten zu. Der Zugriff des Unternehmers auf Ressourcen und soziale Netzwerke ist in hohem Maße raumgebunden, sodass Entrepreneurship gewissermaßen auch ein regionales Phänomen darstellt (vgl. Stam 2009, 492ff.).

Die gegenwärtige wissenschaftliche Diskussion kennt viele Ausdrucksformen von Entrepreneurship, von denen bei weitem nicht alle auf eine reine Profitmaximierung fixiert sind. Die von Friedman im Jahr 1970 propagierte Maxime "The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits" scheint sich in Zeiten gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technologischer Megatrends zu relativieren, da hieraus auch für Unternehmer ethische Herausforderungen erwachsen (vgl. Friedman 2007, 173f.; Krickhahn, Rennert 2018, 19ff.). Im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses unternehmerischen Handels werden die Begrifflichkeiten des Social Entrepreneurships als „gesellschaftliches Unternehmertum“ und Corporate Social Responsibility (CSR) als „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ intensiv diskutiert und dabei häufig wenig trennscharf verwendet. Social Entrepreneurship bezieht sich auf Formen des Unternehmertums, denen die Lösung gesellschaftlicher Probleme anstelle von Profit als Ziel Ebene des Handels zugrunde liegt. Aufgrund dessen werden sie häufig eher dem Dritten Sektor zugerechnet (siehe Kapitel 4.2.5). Corporate Social Responsibility hingegen bezieht sich auf For-Profit-Unternehmen, bei denen Maximen der Nachhaltigkeit als integraler Bestandteil des Wirtschaftens wirken; die Profitorientierung aber nach wie vor den Aktionsfokus bildet (vgl. Beckmann, Zeyen 2015, 167f.). Innerhalb der Governance-Forschung befasst sich vor allem die Corporate Governance mit der Analyse der hieraus hervorgehenden „(...) Strukturen, Regeln und Praktiken der Steuerung und Kontrolle von (...) Unternehmen“ (Eberle 2007, 378).

Auch im Kontext der digitalen Transformation der ländlichen Daseinsvorsorge zeigt sich immer wieder, „(...) dass die privatwirtschaftlichen Interessen nicht immer im Einklang mit den gesellschaftlichen Interessen stehen. Umso wichtiger ist die gesellschaftliche Verantwortung, die Unternehmen über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus übernehmen“ (Liggesmeyer, Spanier-Baro 2020, 29). Die Aktivierung einer unternehmerischen Verantwortungskultur kann deshalb „(...) als ein Innovationsmoment das herkömmliche Zusammenspiel von Staat, Markt, Wohlfahrtsunternehmen und Zivilgesellschaft mit neuen Lösungsansätzen ergänzen (...)“ (Beckmann, Zeyen 2015, 166). Aus Sicht der Regionalentwicklung ist deshalb nachfolgende Frage von zunehmender Relevanz:

„Orientieren sich privatwirtschaftlich beeinflusste Entwicklungsprozesse eher an betriebswirtschaftlichen Motiven oder übernehmen Unternehmen uneigennützig Verantwortung für den lokalen oder regionalen Standort, indem sie eigene Ressourcen für das Gemeinwohl einsetzen? Kann in diesem Zusammenhang – in Anlehnung an „Corporate Social Responsibility“ – von einer „Corporate Spatial Responsibility“ gesprochen werden?“ (Knieling et al. 2012, 451)

Diese wissenschaftliche Fragestellung ist insofern neuartig, als das die Handlungsmaximen von privatwirtschaftlichen Unternehmen in Prozessen der Stadt- und Regionalentwicklung lange Zeit überwiegend als Ausdruck von marktwirtschaftlicher Profitorientierung betrachtet wurden. Erst in den letzten Jahren gewann die Auseinandersetzung mit unternehmerischer Verantwortung im Kontext der Regionalentwicklung an Bedeutung. Hierbei wird zunehmend anerkannt, dass die soziale, ökologische wie auch ökonomische Verantwortungsübernahme von Unternehmen eine regionale Dimension entfaltet. Der Einfluss verantwortungsvollen, unternehmerischen Handelns in und für die Region wird abgeleitet vom Konzept der CSR unter dem Schlagwort der *Corporate Regional Responsibility* subsumiert (vgl. Knieling et al. 2012; Schiek 2016; Kiese, Schiek 2016; Schiek 2017; Danielzyk et al. 2017).

„Als Folge des Wandels der Staatlichkeit zu neuen Akteurskonstellationen und Steuerungsmustern (Governance) übernehmen Unternehmen (...) als Reaktion auf Defizite sowie als Ergänzung der staatlichen Steuerung seit einigen Jahren verstärkt öffentliche bzw. zivilgesellschaftliche Aufgaben“ (Danielzyk et al. 2017, 145). Von besonderer Bedeutung sind hierbei die regional verankerten und operierenden, kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Diese sind häufig familiär in die Region eingeflochten, identifizieren sich mit dieser als Heimat und agieren deshalb jenseits monetär-kapitalistischer Maximen aus einem subjektiv empfundenen Verantwortungsgefühl gegenüber des regionalen Umfelds heraus (vgl. Danielzyk et al. 2017, 143ff.; Schiek 2017, 57ff.).

Die Aktivierung unternehmerischer Verantwortung in Prozessen der Dorf- und Regionalentwicklung ist deshalb von besonderer Bedeutung, da Unternehmen häufig über ausreichendes finanzielles Kapital und technisches Knowhow verfügen, um auch auf komplexe Herausforderungen unmittelbaren Einfluss zu nehmen. Zudem sind regional verankerte Unternehmer meist gut vernetzt und gelten als Vorbilder, wodurch sie auch einen merklichen Beitrag zur Promotion bestimmter Innovationen oder Lösungsansätze leisten können. Insgesamt jedoch bleibt der Einfluss unternehmerischen Engagements auf die Entwicklung ländlicher Räume bisweilen eine Forschungslücke (vgl. Danielzyk et al. 2017, 146ff.).

#### 4.2.5 Governance und Dritter Sektor

Der Begriff „Dritter Sektor“ impliziert eine Aufteilung der öffentlichen Leistungserbringung in drei Sektoren: einem marktwirtschaftlichen Sektor, einem öffentlichen Sektor und einem gemeinnützigen Non-Profit-Sektor. Der Dritte Sektor bewegt sich demnach in einem Zwischenbereich der Wirkungskräfte von Staat und Markt und umfasst solche Organisationen, die eine eigene Rechtsform aufweisen, unabhängig vom Staat agieren und sich durch ihre Gemeinnützigkeit vom Markt abheben. Das Spektrum an Organisationen, welche sich hierunter subsumieren lassen, ist von großer Heterogenität geprägt und reicht „(...) vom kleinen Selbsthilfeverein oder Bürgerinitiative bis zu Verbraucherverbänden und großen Wohlfahrtsverbänden; vom kleinen eingetragenen Verein bis zu komplexeren gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen und Stiftungen unterschiedlicher Größe“ (Merchel 2011, 247).

Beim Dritten Sektor handelt es sich folglich „(...) um eine Bereichsbezeichnung (...) zur Charakterisierung einer gesellschaftlichen Sphäre, die durch die Pole Staat, Markt und Gemeinschaft bzw. Familie begrenzt und gebildet wird“ (Zimmer 2005, 114). In Abgrenzung zur öffentlichen Verwaltung ist der Dritte Sektor durch eine geringere Bürokratisierung gekennzeichnet. Im Gegensatz zu marktwirtschaftlich ausgerichteten For-Profit-Unternehmen unterliegen Organisationen und Unternehmen des Dritten Sektors einem Nonprofit-Constraint. Da die Mitgliedschaft einer freiwilligen Entscheidung bedarf, lässt sich auch eine Abgrenzung zu primären Netzwerken vornehmen. Hieraus ergeben sich wiederum spezifische Handlungslogiken und Organisationsstrukturen sowie ein systeminhärenter Steuerungsmodus, der sich an einem altruistischen Verständnis gesellschaftlicher Solidarität und Sinnstiftung orientiert (vgl. Zimmer 2005, 114f.; Zimmer, Priller 2005, 50f.; Roß 2017, 24).

Der Bedeutungszuwachs des Dritten Sektors in der kooperativen Bereitstellung sozialer Daseinsvorsorge im Zusammenspiel mit staatlichen und marktwirtschaftlichen Akteuren erfährt unter dem Schlagwort Governance of Welfare in der Governance-Forschung vermehrt Aufmerksamkeit. In sogenannten Wohlfahrtssystemen oder Welfare-Mixes ist ein kontinuierlicher Rückzug staatlicher Regulierung zugunsten einer flexibleren Moderation marktwirtschaftlicher und gemeinnütziger Leistungserbringung zu beobachten (vgl. Bode 2007, 401f.). „In einer wohlfahrtspluralistischen Perspektive geht es also um den rechten „Mix“ verschiedener Logiken und Beiträge von Teilsystemen, in der Hoffnung, dabei „synergetische“ Effekte erzielen und die Nachteile der jeweiligen Teillogiken und -systeme ausgleichen zu können“ (Roß 2017, 23 nach Evers 2004, 3).



Auch die Akteure des Dritten Sektors werden vor dem Hintergrund der mannigfaltigen Transformationsprozesse auf kommunaler Ebene in der Wissenschaft zunehmend als Change Agents diskutiert. Da die Organisationsmodelle klassischer Vereine auf lokaler Ebene vermehrt an funktionale Grenzen stoßen (vgl. Pahl, Zimmer 2019, 361f.), wird den Sozialunternehmen beziehungsweise Social Entrepreneuren in diesem Kontext vermehrt Gewichtung eingeräumt. Anders als For-Profit-Unternehmen geht es Sozialunternehmen darum, „(...) ein primär soziales oder anderes gemeinnütziges, zum Beispiel ökologisches Ziel, mit ökonomischen, innovativen Strategien zu verfolgen“ (Obuch, Grabbe 2019, 144).

Aufgrund der Tatsache, dass Social Entrepreneurship zwar soziale und ökologische Mehrwerte im Output forcieren, dazu aber marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen, ist eine Abgrenzung zur klassischen Erwerbswirtschaft nicht immer trennscharf möglich (vgl. Wendt 2015, 7ff.). Hinzu kommt, dass es in Deutschland keine eigene Rechtsform für Sozialunternehmen gibt, sodass stattdessen andere, für den Dritten Sektor übliche Rechtsformen wie eingetragene Vereine, Stiftungen oder gemeinnützige GmbHs angenommen werden (vgl. Obuch, Grabbe 2019, 146).

Nichtsdestotrotz werden Sozialunternehmen in Zeiten stagnierender, öffentlicher Haushaltsmittel und anhaltender Privatisierungen zunehmend als Inkubatoren sozialer Innovationen auf lokaler und/oder regionaler Ebene valorisiert (vgl. Obuch, Grabbe 2019, 145; Heinze et al. 2013, 319f.). Vergleichbar mit dem Konzept der Corporate Regional Responsibility, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls die Perspektiven des Social Entrepreneurship für die Raum- und Regionalentwicklung diskutiert. „Social Entrepreneurs wird das Potenzial zugebilligt, sozialinnovative Errungenschaften zu ermöglichen, gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen und nachhaltige Lösungsansätze zu initiieren“ (Jähnke et al. 2011, 8).

Aus der Tatsache heraus, dass dem Handeln von Social Entrepreneuren die Schaffung und Verbreitung von sozialen (oder ökologischen) Innovationen zugrunde liegt, erfährt es eine Raumwirkung. Entscheidend hierbei sind einerseits die regionalen Problemlagen, die das Handeln der Social Entrepreneure bedingen und andererseits das sozialräumliche Umfeld bestehend aus Mentalitäten, Praktiken und Tradition, in welches die Innovationen wiederum eingebettet werden (vgl. Christmann 2011, 204f; siehe Kapitel 4.1.4). Insgesamt deutet sich an, dass die Verzahnung des Innovationsgedankens und gesellschaftlicher Verantwortung nicht nur hinsichtlich der Organisation von Unternehmen, sondern auch im Kontext der Daseinsvorsorge eine wachsende Rolle spielen wird (vgl. Jähnke et al. 2011, 7; Kopf, Stefan 2019, 215f.).

### 4.3 Innovation durch Governance im regionalen System

Nachdem nun die zentralen Charakteristika des Governance- und Innovationsbegriffs herausgearbeitet wurden, sollen nachfolgend insbesondere ihre Wechselwirkungen im räumlichen Kontext analysiert werden. Einen sinnvollen Ausgangspunkt der Analyse der systemischen Innovationsfähigkeit des ländlichen Raums bildet hierbei der soziotechnische Systembegriff (siehe Kapitel 4.3.1) vor dessen Hintergrund sich auch der Bedeutungszuwachs von Innovationsclustern beziehungsweise -Systemen (siehe Kapitel 4.3.2) erklären lässt. Abschließend soll der Fokus auf die Verzahnung von Regionalentwicklung mit Logiken der Governance (siehe Kapitel 4.3.2) als Reaktion auf „Steuerungsschwierigkeiten“ von regionalen Innovationen gelegt werden.

#### 4.3.1 Der ländliche Raum als soziotechnisches System

Grundlage der inhaltlichen Annäherung an das Verständnis des ländlichen Raums als soziotechnisches System bildet der soziologische Systembegriff, in dem die Korrelationen zwischen Technik und sozialem Handeln eingebettet ist. Technik und soziales Handeln befinden sich dabei in einem Verhältnis der Interdependenz zueinander: „Technik ist eine soziologische Tatsache (...) und entsteht als Produkt sozialer Prozesse. Der Umgang mit Technik, ihre Herstellung wie auch ihre Verwendung ist demnach soziales Handeln“ (Jahnke 2006, 18 nach Rammert 1993). Bezogen auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bedeutet dies, dass diese durch menschliches Handeln geprägt werden und gleichwohl ihrerseits soziales Handeln prägen:

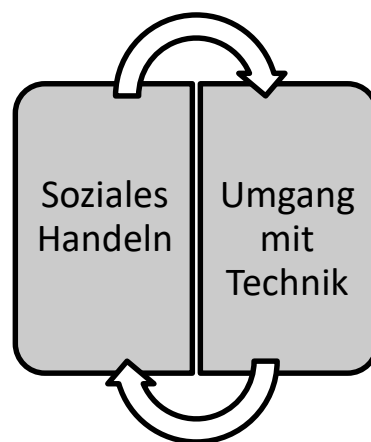


Abbildung 24: Interdependenz zwischen Technik und sozialem Handeln, eigene Darstellung nach: Jahnke 2006, 21

Ausgehend vom sozialen Handeln des Individuums lässt sich dieses Abhängigkeitsverhältnis auf systemische Ebene hochskalieren. Ein System bezeichnet dabei „(...) die Menge von Elementen, zwischen denen bestimmte Beziehungen bestehen und die sich von einer Umwelt nicht-dazugehöriger Elemente abgrenzen lassen“ (Jahnke 2006, 22). Systeme grenzen sich demnach gegenüber reinen sozialen Netzwerken dahingehend ab, als dass sie eine Abgrenzung zur nicht-dazugehörigen Umwelt erlauben. Daran anknüpfend lassen sich Mensch-Technik-Interaktionen als zentrales Charakteristikum eines soziotechnischen Systems identifizieren, die ihrerseits in einer sukzessiven Transformation der gesellschaftlichen Organisation münden (vgl. Dolata 2011, 268; Ropohl 2009, 25). Aufgrund der besonderen Bedeutung der IuK in Hinblick auf die aktuell stattfindenden Gesellschaftstransformationen (siehe Kapitel 2.2), sollten gesellschaftliche Organisationsformen nicht bloß als soziale Systeme mit technischen Hilfskomponenten betrachtet werden. Ein soziotechnisches System ist, ganzheitlich gefasst, „(...) demnach eine Kombination aus sozialen, organisatorischen, technischen und kulturellen Strukturen und Interaktionen (Jahnke 2006, 38 nach Herrmann 2003, 60).

Hinsichtlich seiner praktischen Anwendung ist der Analyserahmen des soziotechnischen Systems sowohl „(...) ein Modell der Beschreibung, ein Methodenarsenal wie auch ein Forschungsprogramm zur Optimierung der Beziehungen von Mensch und Technik“ (Karafyllis 2019, 300). Mögliche Untersuchungsgegenstände bilden die Analyse der mit der Integration einer bestimmten Technologie verbundenen organisatorischen Veränderungen einer gesellschaftlichen Teilgruppe (Berufsgruppen, soziale Milieus, etc.) oder die Modellierung der Interaktion zwischen Mensch und Maschine aus Anwender-, Nutzer- oder Konsumentenperspektive (vgl. Karafyllis 2019, 300). Auch die Auswirkungen von Internet und Social-Media auf die soziotechnische Konstitution kollektiven Handelns in Form von politischem Protest und/oder sozialen Bewegungen werden zunehmend analysiert (vgl. Dolata 2018, 39ff.).

Ein Analyserahmen, der die Interaktion zwischen Gesellschaft und Technik forciert, findet naturgemäß primär dort Anwendung, wo entsprechend moderne, technische Infrastrukturen die Grundlage für neuartige gesellschaftliche Organisationsformen bieten – im urbanen Raum (vgl. Müller et al. 2017, 1ff.). So werden beispielsweise Aspekte der urbanen Resilienz gegenüber sozialem und/oder ökologischem Druck im Zuge der Vernetzung städtischer Akteure durch moderne Informationsinfrastrukturen diskutiert (vgl. Wolfram, Vogel 2012, 323ff.). Aber auch die Auswirkungen der Entstehung neuer Branchen wie der Industrie 4.0 (siehe Kapitel 2.2.3) auf die Organisation von Arbeit und beruflicher Qualifikation werden im Kontext soziotechnischer Systeme analysiert (vgl. Hirsch-Kreinsen, ten Hompel 2017, 357ff.).

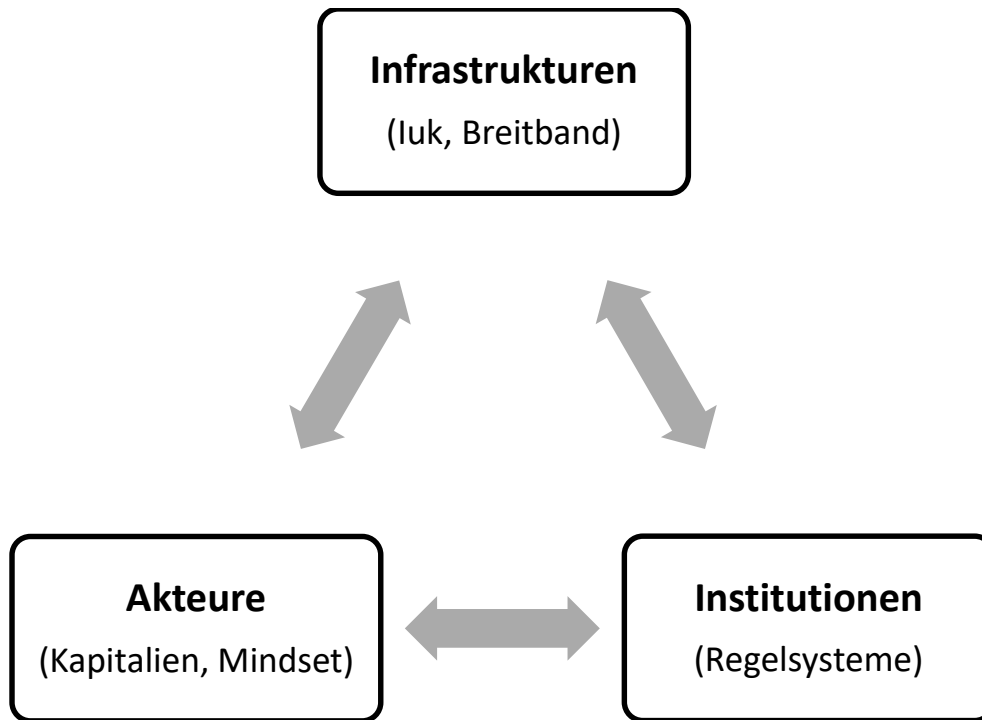


Abbildung 25: Digitalisierung ländlicher Regionen als soziotechnisches System, eigene Darstellung in Anlehnung an: Hirsch-Kreinsen, ten Hompel 2017, 362; Barlösius, Spohr 2017, 248; Jahnke 2006, 38 8

Erweitert man den urbanen Analyserahmen des soziotechnischen Systems auf den ländlichen Raum, muss die Schlussfolgerung hieraus lauten, dass auch in ländlichen Kontexten aus dem Wechselspiel von akteuralen Interessen, Infrastrukturen und Institutionalisierungen spezifische soziotechnische Organisationsformen resultieren (vgl. Barlösius, Spohr 2017, 229ff., 247ff.). Aufbauend hierauf muss erstens die Feststellung erfolgen, dass auch ländliche Räume im Kontext der Digitalisierung als soziotechnische Systeme anzusprechen und dahingehend zu analysieren sind. Zweitens leitet sich hieraus die Erkenntnis ab, dass die Innovationsfähigkeit ländlicher Räume das Resultat komplexer Wechselwirkungen zwischen Akteuren, Infrastrukturen und Institutionen ist (siehe Abbildung 25).

Auch die Aushandlung, Adoption und Diffusion digitaler Innovationen in der ländlichen Daseinsvorsorge ist also zwangsläufig in diese Wechselwirkungen eingebettet und findet folglich in dezentralen, nicht-linearen Kanälen statt. Ein tiefgehendes Verständnis der Rahmenbedingungen der Entwicklung einer ländlichen Region hin zu einer Smart Region mit digitalvernetzten Versorgungsinfrastrukturen lässt sich demnach nur über die Analyse der Organisation und Funktionsweise regionaler Innovationssysteme herleiten.

### 4.3.2 Regionale Innovationssysteme

Die vorangegangenen Ausführungen zum Einfluss der Digitalisierung auf die Dimension des Raums haben bereits aufgezeigt, dass die Organisation von räumlichen Einheiten in Form von Clustern ein zentrales Element des Wettbewerbs um Information und Innovation darstellt (siehe Kapitel 2.2.4). Es besteht seit längerer Zeit Einigkeit darüber, dass regionales Wachstum zunehmend an die Fähigkeit einer Region, Innovationen zu generieren, gekoppelt ist. Von besonderer Bedeutung sind hierbei (infrastrukturelle, organisatorische, informelle, etc.) Netzwerke von regional verankerten Unternehmen, Institutionen und anderen Einrichtungen, die häufig als Innovationscluster oder -System angesprochen werden (vgl. Bröcker et al. 2003, 1). Diese „[...] beschreiben die in einem Teilraum vorhandenen Verdichtungen von Akteuren und Institutionen, die den Innovationsprozess betreffen sowie deren Beziehungen als territorial spezifische Ausdrucksformen“ (Hafner et al. 2012, 36).

Während das amerikanische Silicon Valley nach wie vor als Musterbeispiel eines erfolgreichen Innovationsclusters gilt, sind in den letzten Jahren vor allem auch ländliche Regionen als Produzenten von Innovationen in den Fokus von Planungspolitik und Raumentwicklung gerückt (vgl. Stein, Kujath 2013, 159; Posselt, Bourayou 2020, 80ff.). Gemein ist allen Innovationsclustern oder -Systemen, dass die räumliche Nähe unterschiedlicher Unternehmen und Institutionen maßgeblich die Möglichkeiten ihrer Kooperation und des Wissens- und Erfahrungsaustauschs begünstigen. Informelle, personenbezogene Innovationsnetzwerke sind in diesem Kontext genauso von Bedeutung wie eine formelle, institutionelle Verankerung der Innovationsförderung. Erstere sorgen dafür, dass Innovationen schnell identifiziert und bei Bedarf in die regionalen Netzwerke aus Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und politischen Institutionen implementiert werden. Letztere sorgt dafür, dass etwa innovative Forschungsvorhaben und Unternehmen die notwendige Stimulation durch finanzielle Subventionen und rechtliche Absicherungen erhalten (vgl. Bröcker et al. 2003, 1f.).

Die Begrifflichkeit der „systemischen Innovation“ unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass Adoption und Diffusion von Innovationen im regionalen Kontext letztlich stark auf die interaktive Vernetzung aller Sektoren angewiesen ist, die an ihrer Generierung, Vermarktung, Verbreitung und Nutzung beteiligt sind. In institutioneller Hinsicht ist die systemische Innovation ein Mittel, mit dem eine Reihe von nationalen oder regionalen Kapitalien wie Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Regierungsbehörden, Unternehmensverbände gemeinsam einen Mehrwert schaffen, der aufgrund der Kollaboration größer ist als die Summe der

Teile (vgl. Cooke 2003, 28). „Regionale Netzwerke, lokale Wissens- und Erfahrungsbestände und lokale Interaktionen avancieren [...] zu zentralen Brenn- und Knotenpunkten einer weltweiten Wissensgesellschaft“ (Heidenreich, Mattes 2019, 1; siehe Kapitel 4.1.3).

Die Tatsache, dass lokale Wissens- und Erfahrungsbestände als ein entscheidender Faktor der Innovationsfähigkeit einer Region identifiziert wird, zeigt auf, dass die awareness- und how-to-knowledge gemäß ROGERS (2003, 172f.) in diesem Zusammenhang gewissermaßen von der individuellen Ebene des Adoptoren auf die systeme Ebene des Innovationsclusters hochskaliert werden (siehe Kapitel 4.1.4). Das maßgeblich vor diesem Hintergrund angesiedelte Konzept der *Lernenden Region* bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Fähigkeit, Wissen, dass durch interaktive, kognitive Prozesse in der Region geschaffen wird, dynamisch in innovative Handlungen zu überführen, zunehmend über die Wettbewerbsfähigkeit einer Region entscheidet (vgl. Cooke 2003, 29f.). Die aktuell an Bedeutung gewinnende Begrifflichkeit der *Smart Region* (siehe Kapitel 2.3.1) rückt eine ganz ähnliche Form der „Intelligenz“ auch im Umgang mit digitalen Innovationen in den Vordergrund.

Bei der Betrachtung des räumlichen Adoptions- und Diffusionsverhaltens von digitalen Innovationen zeigen sich jedoch verschiedene Besonderheiten. Denn hier ergeben sich neben der klassischen Differenzierung zwischen „early adopters“ und „late adopters“ auch spezifische, themenbezogene Übernahmedynamiken. So wird im Kontext digitaler Gesundheitsinnovationen (z.B. Ambient Assisted Living) die Relation zwischen Alter und Technikakzeptanz kontrovers diskutiert (vgl. Heinze 2018, 15f.; Lindenberger et al. 2011, 11). Gleichzeitig zeigt sich aber am Beispiel des Car-Sharing und anderer alternativer Mobilitätskonzepte, dass auch junge, vernetzte und sozioökonomisch gut ausgestattete Individuen digitale Innovationen aufgrund persönlicher Präferenzen mitunter ablehnen können (vgl. Sunderer et al. 2018, 99f.). Es erscheint deshalb sinnvoller, im Kontext der Digitalisierung der Daseinsvorsorge von *theme-related adoptions* zu sprechen, die jeweils in einem komplexen Wirkungsgefüge zwischen individuellen und systemischen Handlungslogiken verortet sind.

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, dass die Steuerung von Innovationen auf regionaler Ebene im Sinne eines Innovationsmanagements Instrumenten bedarf, die multiple Handlungslogiken miteinander in Einklang bringen und eine dynamisch-selbstgesteuerte Interaktion zwischen Sektoren als Modus Operandi versteht. Genau hier kommt das Konzept der Governance als zentraler Mechanismus einer modernen Regionalentwicklung zum Tragen.

### 4.3.3 Regionalentwicklung und Governance

Die heute eng ausgebildete Verzahnung der Regionalentwicklung mit Logiken der (Regional) Governance ist als Reaktion auf das oben skizzierte, systemische Innovationsverständnis zurückzuführen. „Wurde Regionalentwicklung früher häufig sektoral interpretiert, hat sich gegenwärtig ein systemischer bzw. integrativer Handlungskontext bei den relevanten Akteuren und Handlungsebenen durchgesetzt.“ (Heintel 2018, 2007). Governance lehnt in diesem Zusammenhang bewusst die Konzentration von Macht in zentralen Einheiten zur Durchsetzung von Entscheidungen ab und betont stattdessen dynamische und konsensorientierte Interaktionsformen als Treiber von Innovationen: „Als begünstigend wirkt sich in erster Linie eine Struktur aus, die Wettbewerb zwischen dezentralen Einheiten fördert und experimentelle Politik ermöglicht“ (Benz 2020, 75).

Eine Regionalentwicklung, die dezentrale Machtstrukturen, dynamische Aushandlung und Konsensorientierung valorisiert, muss jedoch naturgemäß Reibungspunkte zum Wesen der Innovation erzeugen. So handelt es sich bei Innovationen um Neuerungen, also Veränderungen des Gewohnten. Zudem bringen sie wirtschaftliches Risiko und auch ethische Fragestellungen mit sich. Die Konsequenz hieraus ist, dass Innovationen von Akteuren mitunter sehr unterschiedlich bewertet werden, wodurch es bei dezentralen Machtstrukturen zu einer erschwerten Konsensfindung kommen kann. „Konsensorientierung kann Innovationsprozesse und notwendige Reformen behindern, weil Innovationen mit Verteilungsproblemen belastet sind, es also Gewinner und Verlierer gibt.“ (Fürst, Knieling 2004, 280). Wie diese Verschränkungen zwischen den Logiken von Innovation und Konsens aussehen können, soll nachfolgend beispielhaft aufgezeigt werden (vgl. Fürst, Knieling 2004, 283):

- Innovation äußert sich häufig in der Zerstörung gewohnter Elemente zugunsten neuer, was zu Verunsicherung und Ablehnung führen kann. Konsensbildung hingegen basiert auf Kontinuität und Berechenbarkeit (Disruption).
- Damit verbunden erzeugen Innovationen neue Problemlösungsperspektiven, während Konsens häufig die Einigung das bereits Bekannte im Sinne eines „gemeinsamen Nenners“ impliziert, um so Unsicherheiten zu reduzieren. Somit wird der Problemlösungsraum mitunter deutlich verengt (Lock-In-Effekte).
- Innovationen im Kontext der Regionalentwicklung beziehen sich meist auf Sachthemen, wie Mobilität, Nahversorgung, Energie etc., wodurch immer auch die Frage nach der (Neu-)Verteilung von Ressourcen im Raum steht (Verteilungskonflikte).

Als Reaktion auf die oben skizzierten „Steuerungsschwierigkeiten“ von Innovationen gilt es, sich erneut die Verzahnung von Regionalentwicklung und Governance hinsichtlich ihrer operativen Ausgestaltung und normativen Förderparadigmen in Erinnerung zu rufen. So sieht das Förderparadigma der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) vor allem die Forcierung der intersektoralen Kooperation als zentralen Auftrag moderner Regionalentwicklung, um so eine kollektive Verantwortungskultur und Handlungsfähigkeit aller Stakeholder zu erreichen (vgl. Giessen 2010, 4; Dehne et al. 2008, 7; OECD 2006, 64).

Governance als Instrument der kooperativen Gestaltung komplexer Lösungsansätze kann dabei helfen, innerhalb eines regionalen Systems Steuerungs- beziehungsweise Problemlösungskapitalien anzusammeln. Als *intellektuelles Kapital* wird dabei Wissen bezeichnet, dass im Zuge von kooperativem Verhalten gewonnen wird. *Politisches Kapital* entsteht aus der Fähigkeit zum kollektiven Handeln heraus. *Soziales Kapital* ist die Folge wechselseitiger, vertrauensvoller Austauschbeziehungen. Auf der Grundlage dieser kollektiven Kapitalien vermag es ein regionales System, sich Problemlösungsfähigkeiten anzueignen, die eine innovative Auseinandersetzung mit komplexen Herausforderungen ermöglichen:

*„Herausforderung ist zusammengefasst die Begünstigung, d. h. Induktion, Moderation und Entwicklung eines Lernprozesses, um ein kollektives Problembewusstsein zu schaffen [...], aus der eine Arena der Problembearbeitung erwächst“* (Spitzner 2015, 60).

Selbst nach einem erfolgreichen Aushandlungsprozess im Sinne einer solchen Problembearbeitung müssen Maßnahmen getroffen werden, „(...) um [...] Innovationen in das Handeln der Akteure und Institutionen einfließen zu lassen (...)“ (Fürst, Knieling 2004, 284). Im Zusammenhang der nachhaltigen räumlichen Diffusion (digitaler) Innovationen wird mit zunehmender Intensität die Rolle von Schlüsselindividuen diskutiert, die in ihrer Rolle als *Innovatoren, Kommunikatoren* oder *Agents of Change* in hohem Maße „[...] in das lokale soziale System integriert [sind] und [...] nicht zuletzt deshalb eine Schlüsselrolle im Diffusionsprozess“ (Karnowski, Kümpel 2016, 103; vgl. Blasini 2019, 107) einnehmen. Der Bedeutungsgewinn jener Akteure in der Innovationsforschung zeigt an, dass neben einer holistischen Responsibilisierung der ländlichen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ein erfolgreicher Umgang mit komplexen Innovationen in Zukunft demnach immer auch an die Aktivierung einer individuellen Verantwortungsübernahme gekoppelt zu sein scheint.



#### **4.4 Zwischenfazit III: digitale Daseinsvorsorge zwischen kollektiver Verantwortlichkeit, Selbststeuerung und Individualisierung**

Die vorausgehenden Ausführungen haben aufgezeigt, dass zwar durchaus jedes in die Produktion von Daseinsvorsorge involvierte System durch klassische Handlungslogiken und Steuerungsmodi geprägt ist (siehe Kapitel 4.2.1). Allerdings zeigen neuartige Konzepte wie etwa Public Entrepreneurship oder Corporate Regional Responsibility gleichwohl, dass Stakeholder zunehmend auch außerhalb ihrer traditionellen Sphären agieren und in Prozesse der Regionalentwicklung hineinwirken (siehe Kapitel 4.2.2-4.2.5). Diese Verschiebungen unterstreichen, dass die Grenzziehungen zwischen den unterschiedlichen Sektoren keinesfalls starr sind und das Überschreiten dieser Grenzen gar mit Innovationspotentialen verbunden ist.

Die Folge sind kontextabhängige Synergien und Verschränkungen zwischen den einzelnen Sektoren, die sich in verschiedenen Formen des Zusammenspiels, beziehungsweise *Modes of Governance* Tragweite entfalten (vgl. Walter, Zimmer 2019, 65f.). Zusätzliche Dynamik entwickeln jene Synergien und Verschränkungen bei der Steuerung von Adoption und Diffusion von Innovation (siehe Kapitel 4.1.4) im regionalen Kontext. Die „Steuerungsschwierigkeiten“ von Innovationen in regionalen, soziotechnischen Systemen (siehe Kapitel 4.3.1, 4.3.2) sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass moderne Regionalentwicklung auf Logiken der Governance zur Ausgestaltung kooperativer Lösungsansätze aufbaut (siehe 4.3.3).

Demgegenüber ist klar zu beobachten, wie der Bedeutungszuwachs von Schlüsselakteuren auch in der Innovationsforschung den anhaltenden, gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen Ausdruck verleiht. Vereinfacht ausgedrückt verbirgt sich hier hinter die Erkenntnis, dass die reine Invention technischer Innovationen (siehe Kapitel 4.1.1, 4.1.2) heute nicht mehr für eine nachhaltige Diffusion ausreicht. Vielmehr gewinnen Innovationsnetzwerke an Relevanz, die ihrerseits gekoppelt sind an Individuen, die aufgrund ihrer Sozialkapitalien in besonderer Weise dazu befähigt sind, Innovationen in das regionale System zu implementieren. Es ist demnach anzunehmen, dass sich innovationsbezogene „[...] Akteurskonstellationen [...] vor allem deshalb [ergeben], weil der Individualisierungsprozess die Selbstverantwortung einzelner erhöht und damit auch deren Notwendigkeit, sich - idealtypisch - in Entwicklungsprozesse einzumischen“ (Blättel-Mink, Menez 2015, 130). Dies muss nicht zwangsläufig im Widerspruch zur Vorstellung einer kollektiven Verantwortlichkeit in der Koproduktion von Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 3.3) stehen, wirft jedoch Fragen auf, auf die die Raum- und Sozialwissenschaften bis heute keine eindeutigen Antworten gefunden haben.

### 5. Daseinsvorsorge im Sulinger Land

Dieses Kapitel zielt darauf ab, den Untersuchungsraum des Sulinger Landes primär hinsichtlich der Organisation seiner Daseinsvorsorge zu analysieren (siehe Kapitel 5.4). Hierzu sollen zunächst die räumliche Lage, sowie die demographischen und wirtschaftlichen Strukturen (siehe Kapitel 5.1, 5.2, 5.3) der Region beleuchtet werden, um eine Kontextualisierung der nachfolgenden Auswertungen zu ermöglichen. Die Analyse der Daseinsvorsorgesituation (siehe Kapitel 5.4) baut im Kern auf die im Rahmen des Projektes „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“ gesammelten, georeferenzierten Adressdaten auf.

#### 5.1 Lage im Raum

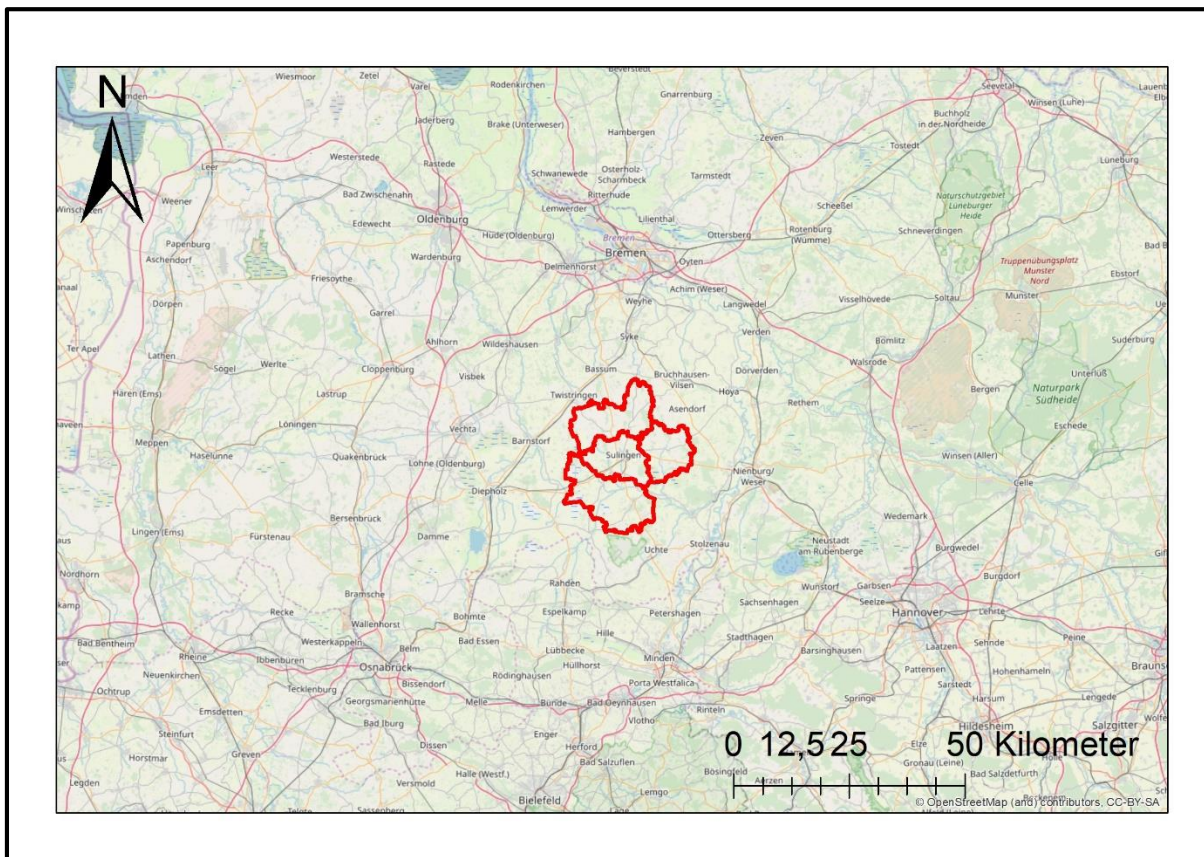


Abbildung 26: Lage des Sulinger Lands im Raum, eigene Darstellung, Kartengrundlage: ArcMap 10.3

Der Betrachtungsraum des Sulinger Lands setzt sich aus der Stadt Sulingen und den umliegenden Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden und Siedenburg zusammen. Administrativ ist das Sulinger Land zugehörig zum Landkreis Diepholz, welcher im Süden an das Bundesland Nordrhein-Westfalen und im Norden an die Freie Hansestadt Bremen grenzt. Westlich grenzt der Landkreis Diepholz an die Landkreise Vechta und Oldenburg, östlich grenzt er an die Landkreise Nienburg (Weser) und Verden (Aller).

An dieser Stelle wird bereits deutlich, dass das Sulinger Land im räumlichen Zentrum des Bundeslandes Niedersachsens situiert ist. Dies bedeutet konkret, dass sich die Region in der Mitte des Siedlungs- und Verkehrsdreiecks zwischen den Städten Bremen, Osnabrück und Hannover befindet (siehe Abbildung 26). Hieraus ergibt sich die besondere Situation, dass sich die Region im mittelbaren Einzugsbereich dreier Oberzentren wiederfindet, jedoch außerhalb ihrer „Speckgürtel“ situiert ist. Dies hat merkliche Folgen für die Organisation und Aufrechterhaltung der regionalen Daseinsvorsorge.

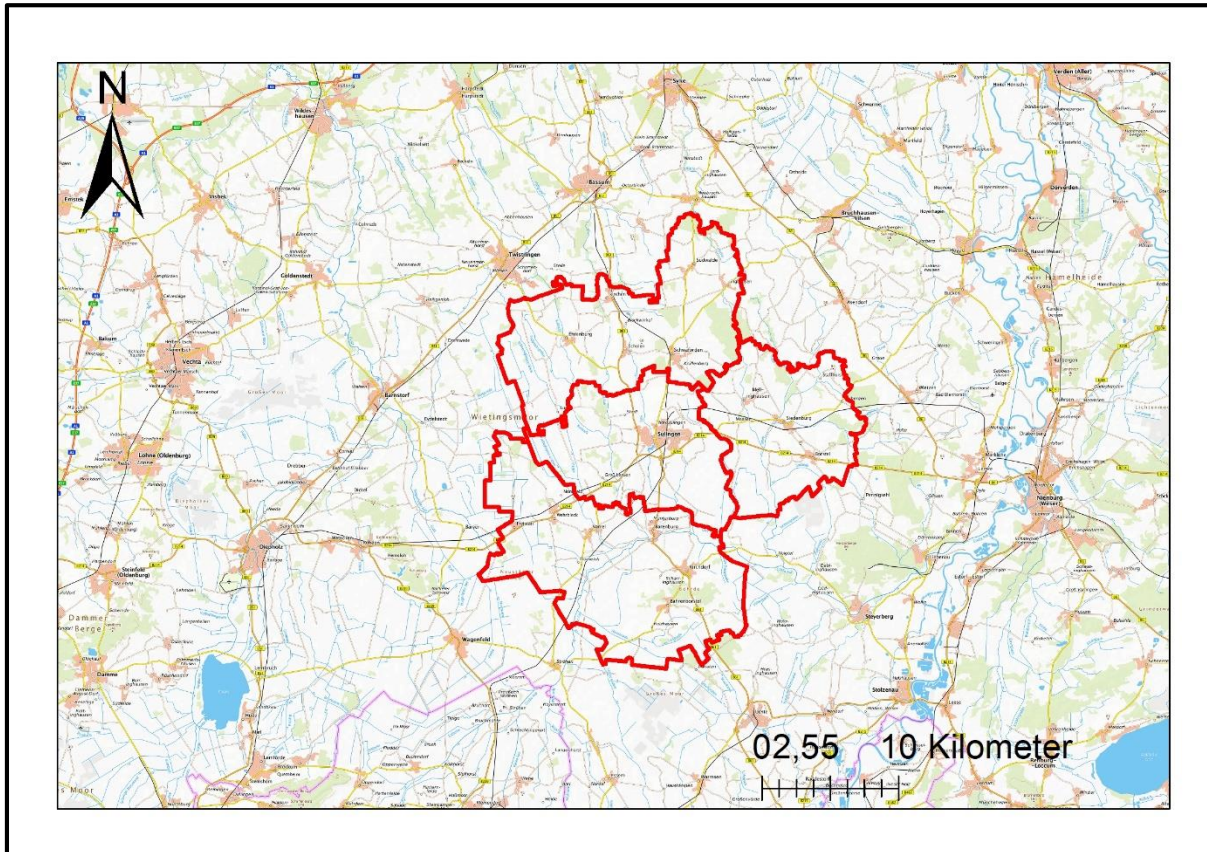


Abbildung 27: Das Sulinger Land und seine nähere Umgebung, eigene Darstellung, Kartengrundlage: ArcMap 10.3

Das Sulinger Land selbst sowie auch sein unmittelbares räumliches Umfeld sind insgesamt ländlich geprägt. Prägend für den Raum ist außerdem die Vielzahl an dünn besiedelten Moorflächen. Die nächsten, außerhalb der Region gelegenen Mittelzentren sind die Städte Diepholz, Vechta, Twistringen, Bassum, Bruchhausen-Vilsen und Nienburg (siehe Abbildung 27). Hieraus lässt sich bereits ableiten, dass gleich mehreren, außerhalb der Region gelegenen Mittelzentren hinsichtlich der Bereitstellung von Versorgungsfunktionen in den Teilräumen des Sulinger Landes eine wichtige Bedeutung zukommen muss.

Die wichtigsten Verkehrsachsen der Region sind die Bundesstraße 214 und 61. Die B214 führt von Diepholz im Westen kommend am Mittelzentrum Sulingen vorbei und verläuft in östlicher Richtung weiter nach Nienburg. Die B61 führt in nordsüdlicher Richtung von Minden an Sulingen vorbei nach Bassum. Die nächstgelegenen Autobahnanschlüsse (A1) befinden sich bei Lohne, Vechta und Wildeshausen. Hierdurch ergibt sich neben der relativen Entfernung zu den nächstgelegenen Oberzentren eine weitere Peripherisierung bedingt durch die mäßige Anbindung an überregionale Verkehrsinfrastrukturen.

## 5.2 Demographie

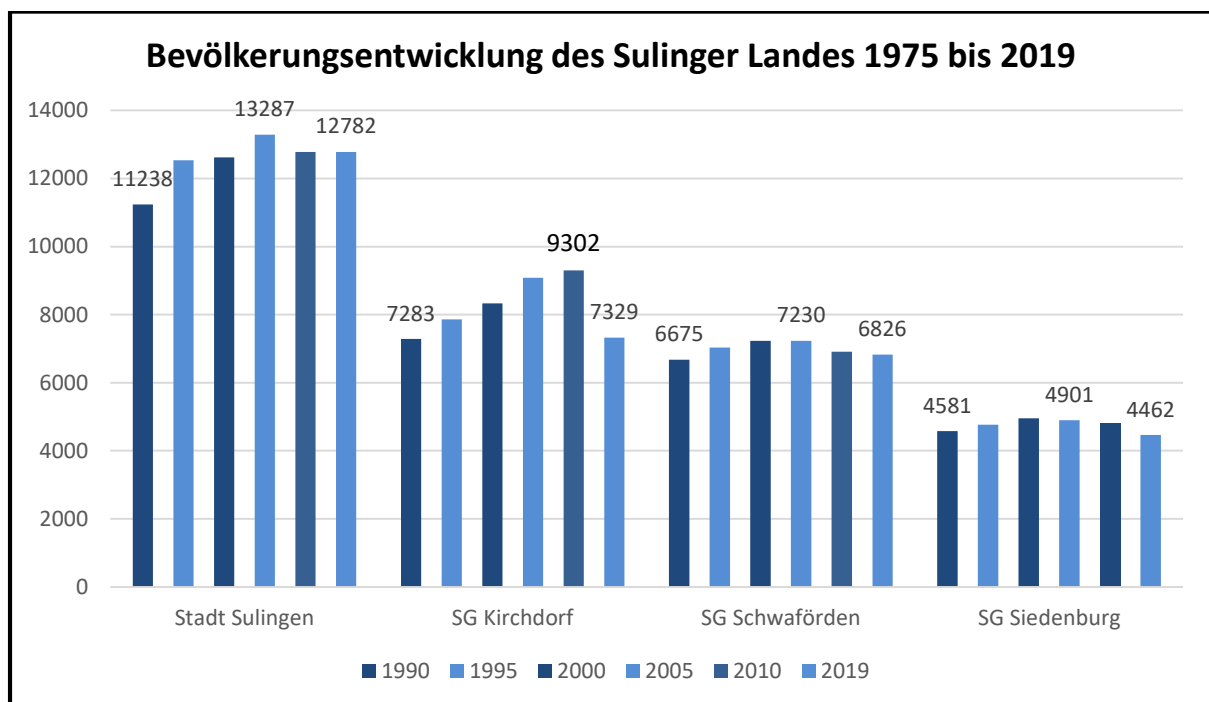


Abbildung 28: Bevölkerungsentwicklung des Sulinger Lands 1990 bis 2019, eigene Darstellung, Datenquelle: LSN Online 2020A - Daten der Bevölkerungsfortschreibung (Stichtag 30.09.2019)

Die obige Abbildung zeigt die Entwicklung der Bevölkerungszahlen des Sulinger Landes separat für die Stadt Sulingen und die Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden und Siedenburg im Zeitraum von 1990 bis 2019. Vergleicht man die Bevölkerungszahlen aus dem Jahr 1990 mit denen aus dem Jahr 2019, so zeigt sich eine insgesamt leicht positive Tendenz. Zutreffend ist dies vor allem auf die Stadt Sulingen, welche im besagten Zeitraum einen Zuwachs von etwa 1.500 Einwohnern verzeichnen konnte. Die Einwohnerzahlen in den Samtgemeinden sind hingegen weniger signifikant gestiegen oder im Fall der Samtgemeinde Siedenburg derzeit gar leicht rückläufig (siehe Abbildung 28).

Die beschriebene Entwicklung der Bevölkerungszahlen verläuft jedoch nicht einheitlich. Tatsächlich zeigen die Stadt Sulingen und die Samtgemeinden ein stabiles Bevölkerungswachstum, welches im Zeitraum zwischen 2005 und 2010 seinen Höhepunkt erreicht und sich anschließend teils merklich ins Negative umkehrt – wie besonders deutlich im Fall der Samtgemeinde Kirchdorf zu sehen ist. Somit ist im gesamten Sulinger Land trotz der seit 1990 insgesamt positiven Entwicklung seit einigen Jahren ein Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Ob dieses Phänomen Ausdruck eines längerfristigen Trends ist oder aber durch anderweitige Faktoren verursacht wird, kann auf dieser Datengrundlage nicht abschließend beantwortet werden.

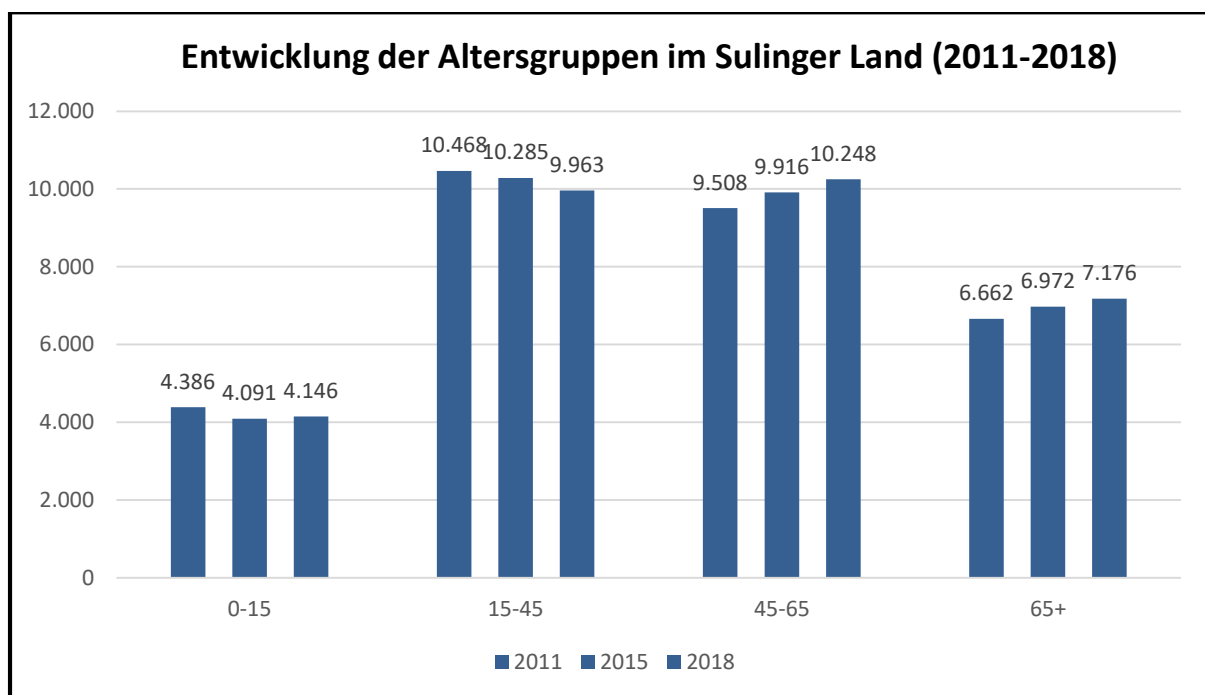


Abbildung 29: Entwicklung der Altersgruppen im Sulinger Land (Stadt Sulingen, SG Kirchdorf, SG Schwaförden, SG Siedenburg zusammengefasst), Datenquelle: LSN Online 2020A – Daten der Bevölkerungsfortschreibung (Stichtag 31.12.2018)

Die obige Abbildung zeigt die zusammengefasste Entwicklung der Altersgruppen (0-15, 15-45, 45-65, 65+) für die Stadt Sulingen und der Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden und Siedenburg im Zeitraum von 2011 bis 2018. Bemerkbar ist hinsichtlich der Ausprägung der unterschiedlichen Altersgruppen im Wesentlichen eine Abnahme der jungen Bevölkerungsteile zugunsten einer Zunahme der älteren Bevölkerungsschichten. Während die Altersgruppen der 0-15-Jährigen sowie der 15-45-Jährigen einen graduellen Rückgang erfahren, kommt es bei den Altersgruppen der 45-65-Jährigen sowie der Personen im Rentenalter (65+) zu einem Anstieg. Obwohl die dargestellten Trends in ihrem Charakter eher graduell wirken, muss berücksichtigt werden, dass der Betrachtungszeitraum lediglich sieben Jahre umfasst.

### 5.3 Wirtschaftsstrukturen

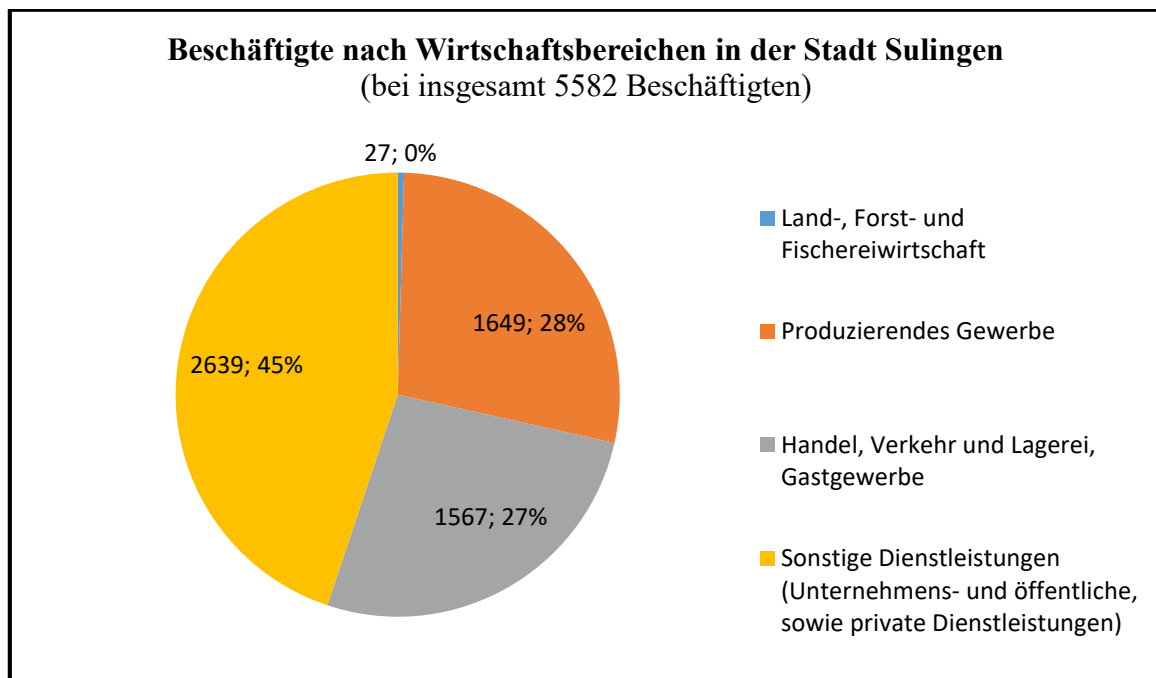


Abbildung 30: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Stadt Sulingen, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019)

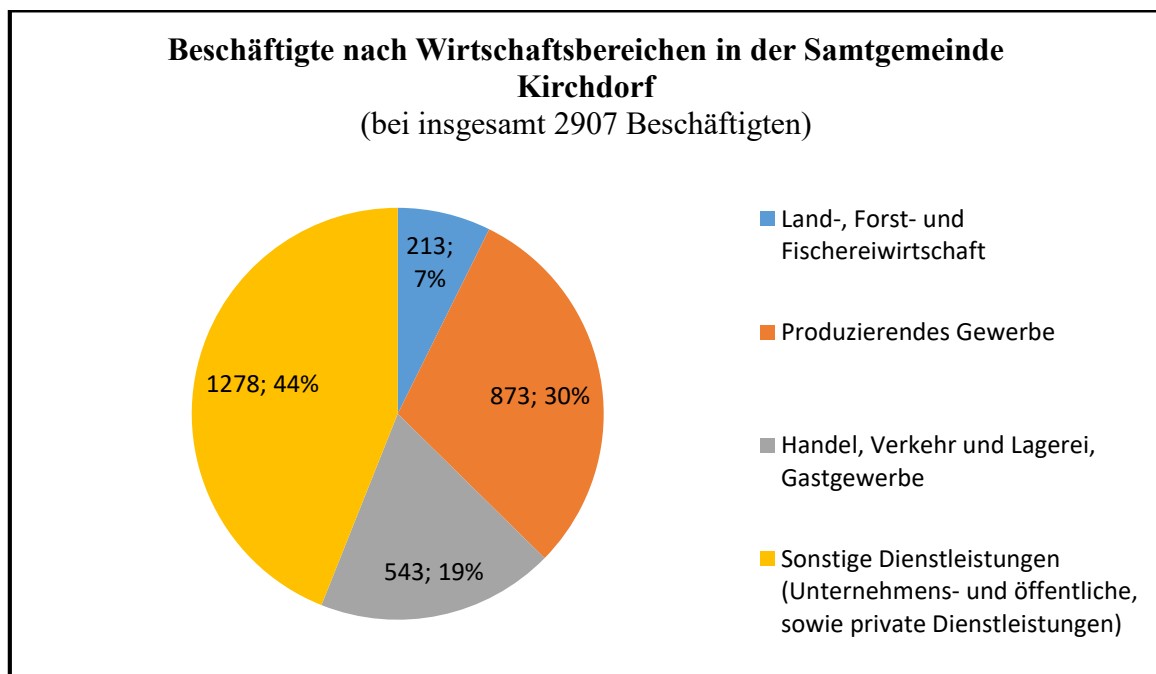


Abbildung 31: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Samtgemeinde Kirchdorf, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019)

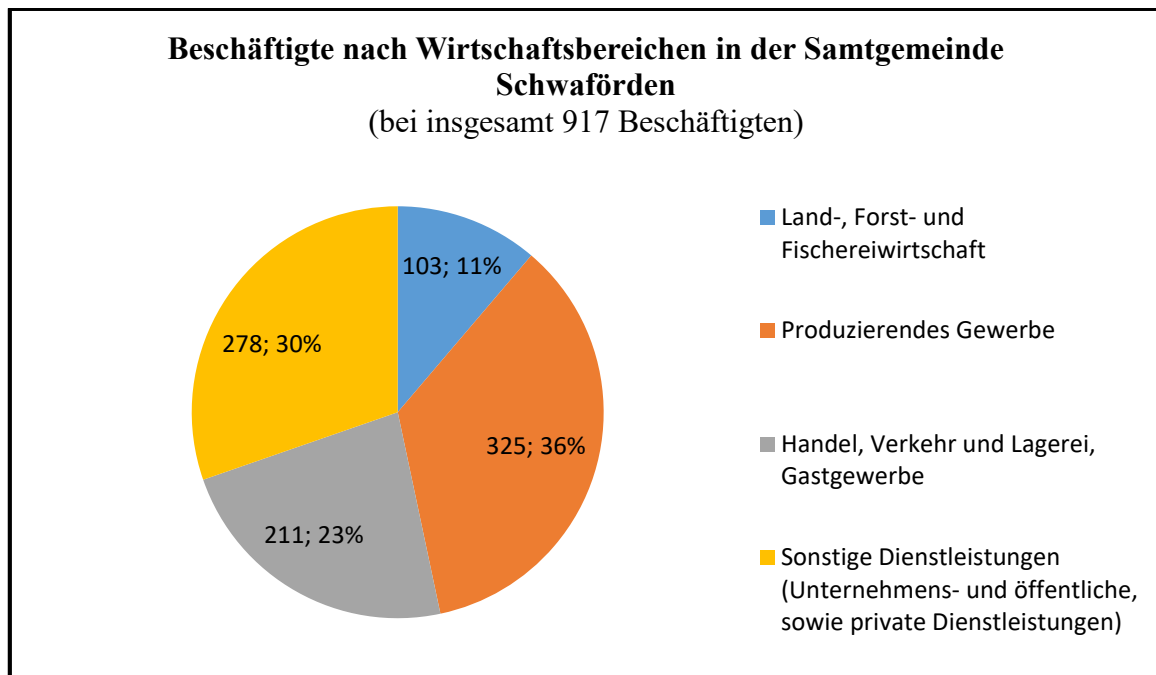


Abbildung 32: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Samtgemeinde Schwaförden, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019)

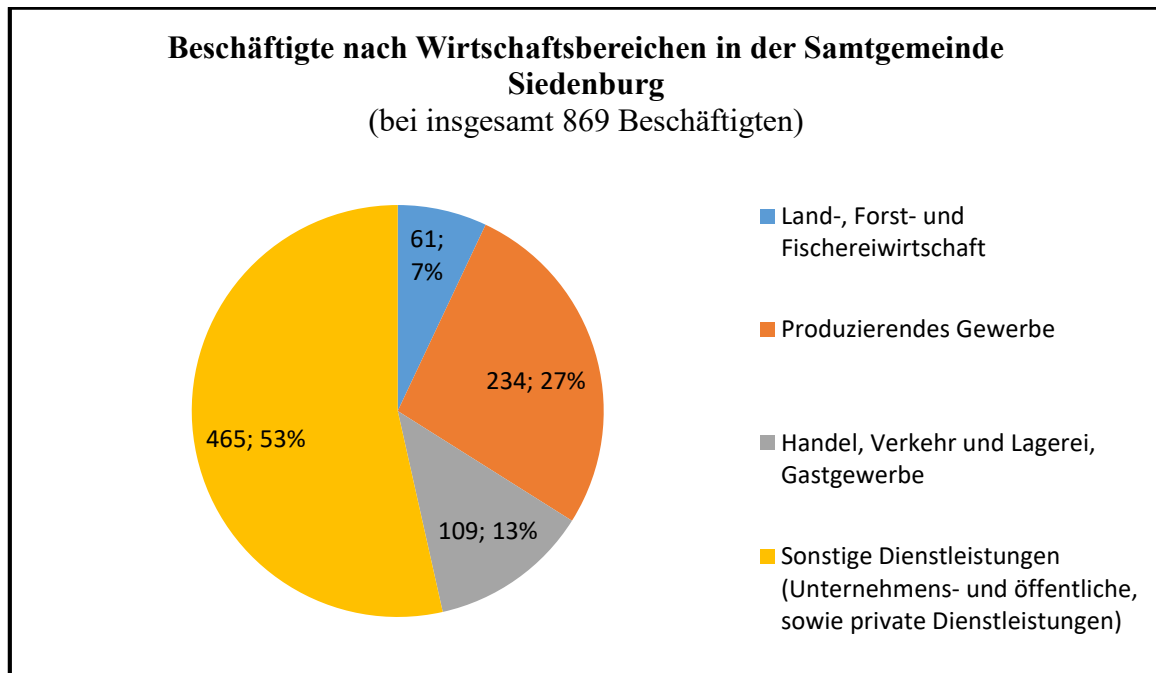


Abbildung 33: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Samtgemeinde Siedenburg, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020B - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019)

Eine nähere Betrachtung der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen in der Stadt Sulingen und in den Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden und Siedenburg (siehe Abbildungen 30-33) hält wichtige Anhaltspunkte für die Interpretation der regionalen Wirtschaftsstrukturen bereit. Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass das Mittelzentrum Sulingen mit etwas mehr als 5.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei aktuell etwa 12.800 Einwohnern klar den wirtschaftlichen Motor der Region bildet. Mit nur 27 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen und einem Anteil von fast 75% an der Gesamtbeschäftigtenzahl aus dem Dienstleistungsbereich (44%) und dem produzierenden Gewerbe (30%) positioniert sich Sulingen innerhalb seines ländlichen Umlands als vergleichsweise urban geprägter und überregional gewichtiger Wirtschaftsstandort. Ein Indiz hierfür ist die Präsenz der Firma Lloyd Shoes GmbH – ein international operierender, deutscher Schuhhersteller mit Sitz in Sulingen.

Neben der Stadt Sulingen kommt vor allem auch der Samtgemeinde Kirchdorf mit fast 3.000 im Gemeindegebiet beschäftigten Personen – zu einem Großteil Einpendler - eine Bedeutung als regionaler Wirtschaftsstandort zu. Die Samtgemeinden Schwaförden und Siedenburg positionieren sich mit 917 beziehungsweise 869 im Gemeindegebiet Beschäftigten zwar als robuste, ländliche Wirtschaften, sind aber insgesamt eher als klassische Auspendler-Standorte zu charakterisieren (siehe Abbildung 34). Die umliegenden Mittelzentren Diepholz, Vechta, Twistringen, Bassum, Bruchhausen-Vilsen und Nienburg positionieren sich neben der Stadt Sulingen ebenfalls als gut erreichbare Arbeitsstandorte für die erwerbstätige Bevölkerung des Sulinger Landes. Aber auch die weiter entfernt gelegenen Oberzentren Bremen, Osnabrück und Hannover sind mit einer durchschnittlichen PKW-Fahrtzeit von etwas mehr als einer Stunde als Arbeitsorte durchaus relevant.

	<b>Wohnt und arbeitet am Ort</b>	<b>Einpendler</b>	<b>Auspendler</b>	<b>Pendlersaldo</b>
<b>Sulingen, Stadt</b>	2.404	3.478	2.596	882
<b>Kirchdorf, SG</b>	575	2.332	2.401	-69
<b>Schwaförden, SG</b>	215	702	2.523	-1.821
<b>Siedenburg, SG</b>	170	699	1.605	-906

*Abbildung 34: Einpendler, Auspendler und Pendlersaldo der Stadt Sulingen und den Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden und Siedenburg, eigene Darstellung, Datengrundlage: LSN Online 2020C - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohn- und Arbeitsort und Pendler über verschiedene Grenzen in Niedersachsen (Stichtag 30.06.2019)*



## 5.4 Situation der Daseinsvorsorge

Im Rahmen einer GIS-gestützten (ArcMap 10.6) Analyse der Standorte der Daseinsvorsorge im Sulinger Land wurden insgesamt 712 Adressdaten erfasst und georeferenziert (siehe Abbildung 35). Eine tabellarische Übersicht aller Adressdaten ist der Arbeit im Anhang (1) beigefügt. Die Analyse diente insbesondere der Erhebung des Zustands der Daseinsvorsorge in Stadt und Umland von Sulingen sowie der Analyse der Versorgungsgrade und Zufriedenheit in räumlicher Differenzierung.

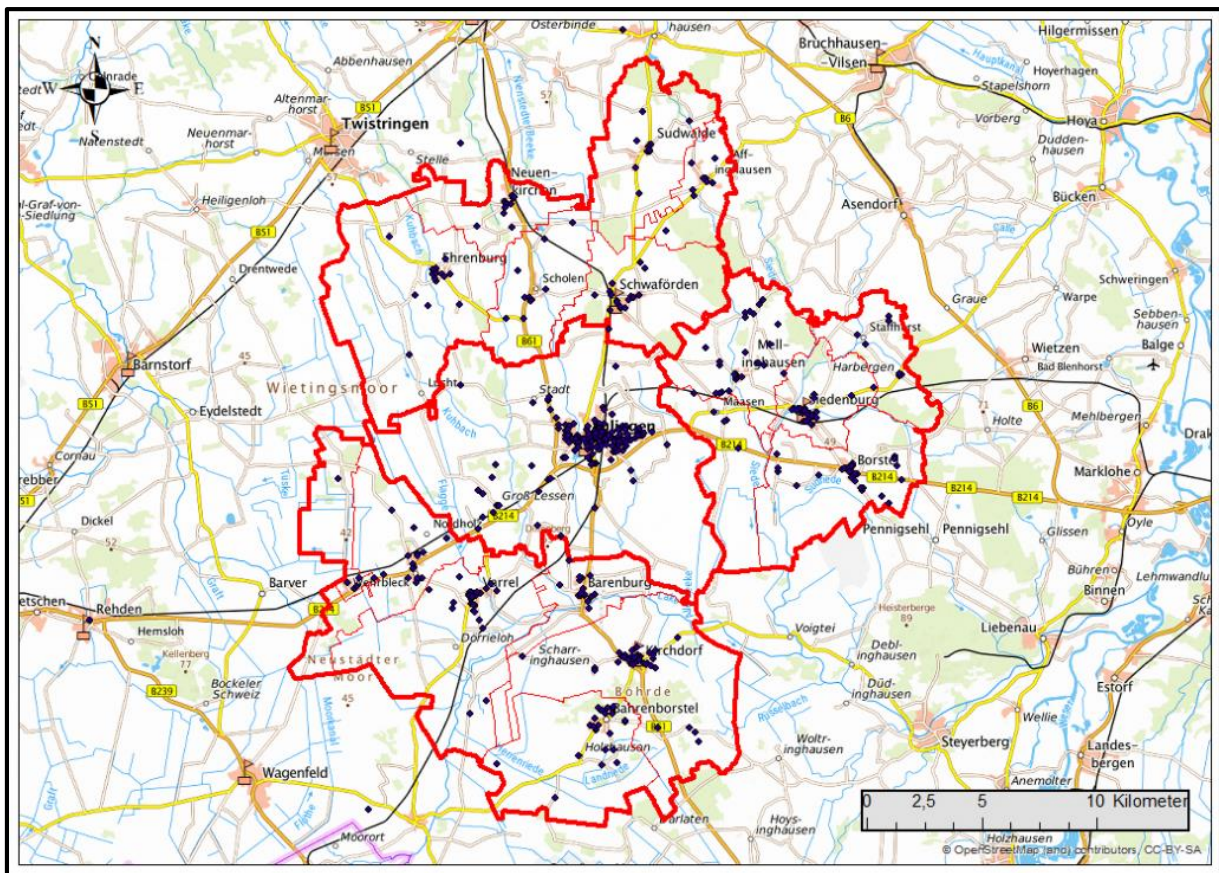


Abbildung 35: Verteilung aller erfasster Standorte der Daseinsvorsorge, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Die Gesamtverteilung der Standorte der Daseinsvorsorge zeigt eine klare Konzentration der Daseinsvorsorgeeinrichtungen auf das Mittelzentrum Sulingen. Dem zentralörtlichen Modell folgend, sind auch die Verwaltungszentren der Samtgemeinden (Kirchdorf, Siedenburg, Schwaförden) klar als Grundzentren auszumachen. Nachfolgend soll die Situation der Daseinsvorsorge des Sulinger Landes hinsichtlich der Grund- und Nahversorgung, der medizinischen Versorgung, der Bildungseinrichtungen, der Einrichtungen im Bereich Freizeit und Kultur sowie der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge-Einrichtungen dargestellt werden.

### 5.4.1 Grund- und Nahversorgung

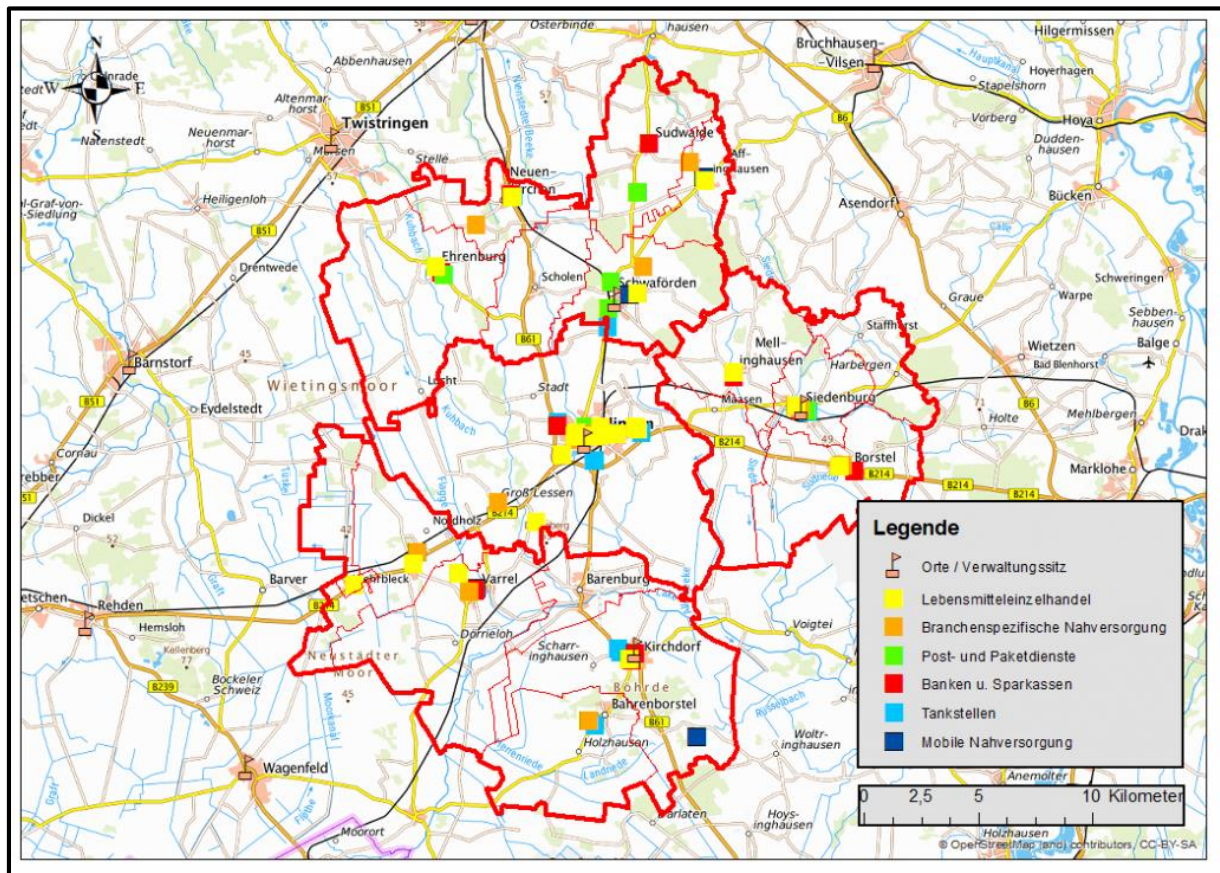


Abbildung 36: Verteilung der Einrichtungen der Grund- und Nahversorgung, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Die Verteilung der Einrichtungen des Lebensmitteleinzelhandels zeigt eine klare Konzentration auf das Mittelzentrum Sulingen (siehe Abbildung 36). Hier sind großflächige Discounter mit breiten Sortimenten zu finden, während in den Samtgemeindezentren eher kleinere SB-Märkte vorherrschen. Dies unterstreicht die Gültigkeit der zuvor angerissenen Standort- und Strukturentwicklung der Lebensmittelversorgung auch für das Sulinger Land (siehe Kapitel 2.4.1). Weniger konzentriert hingegen ist die räumliche Verteilung der branchenspezifischen Nahversorgung in Form von Bäckereien und Schlachtereien, denn diese finden sich gleichmäßig verteilt auf alle Gemeindegebiete. Auch Post- und Paketdienste sowie Tankstellen sind in fast jedem größeren Siedlungskörper zu finden. Mit integriert in die Betrachtung wurden außerdem Anbieter mobiler Nahversorgung. Auffällig ist das Nicht-Vorhandensein von Einrichtungen der Grund- und Nahversorgung in den Gemeinden Staffhorst (Samtgemeinde Siedenburg) und Barenburg (Samtgemeinde Kirchdorf).

## 5.4.2 Medizinische Versorgung

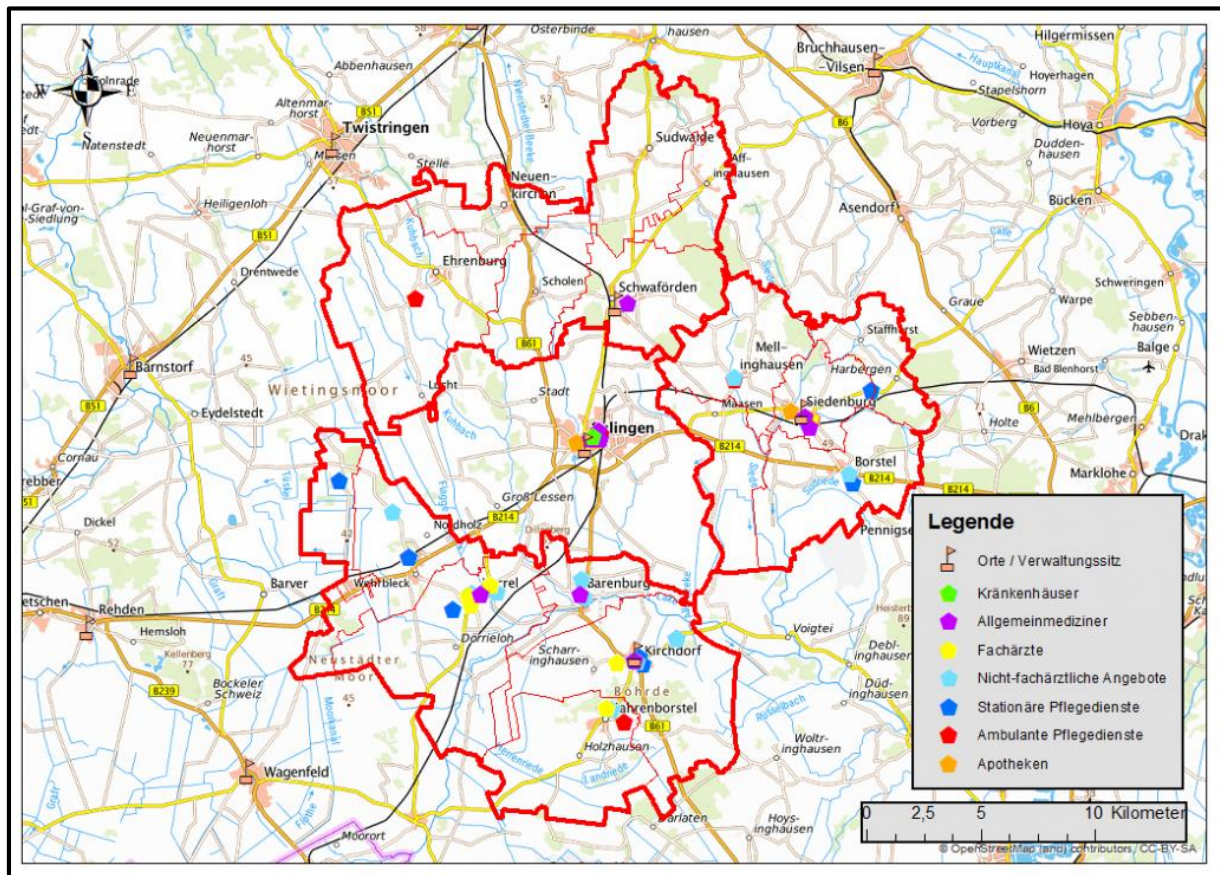


Abbildung 37: Verteilung der Einrichtungen der medizinischen Versorgung, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Bei der Verteilung der Einrichtungen der medizinischen Versorgung wurden neben den traditionellen medizinischen Angeboten (Hausärzte, Fachärzte) auch nicht-ärztliche Angebote (z.B. Physiotherapie) und Pflegedienstleistungen (stationär und ambulant) berücksichtigt. Auch hier zeigt sich eine Konzentration der medizinischen Angebote im Mittelzentrum Sulingen, welches sich mit dem ebenfalls dort ansässigen Krankenhaus als medizinisches Versorgungszentrum für das Umland positioniert (siehe Abbildung 37).

Trotz der vielfach in öffentlichen Diskussionen angemahnten Notwendigkeit einer Attraktivierung der Standortbedingungen ländlicher Räume für Haus- und Fachärzte, ist eine dahingehende Versorgung fast flächendeckend im Sulinger gegeben. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass auch im Sulinger Land insbesondere Hausärzte vor der Herausforderung ungeklärter Nachfolgeverhältnisse stehen und deshalb in absehbarer Zukunft aufgeben könnten. Als problematisch hervorzuheben ist die deutliche Unterrepräsentanz medizinischer Einrichtungen in der Samtgemeinde Schwaförden.

### 5.4.3 Bildung

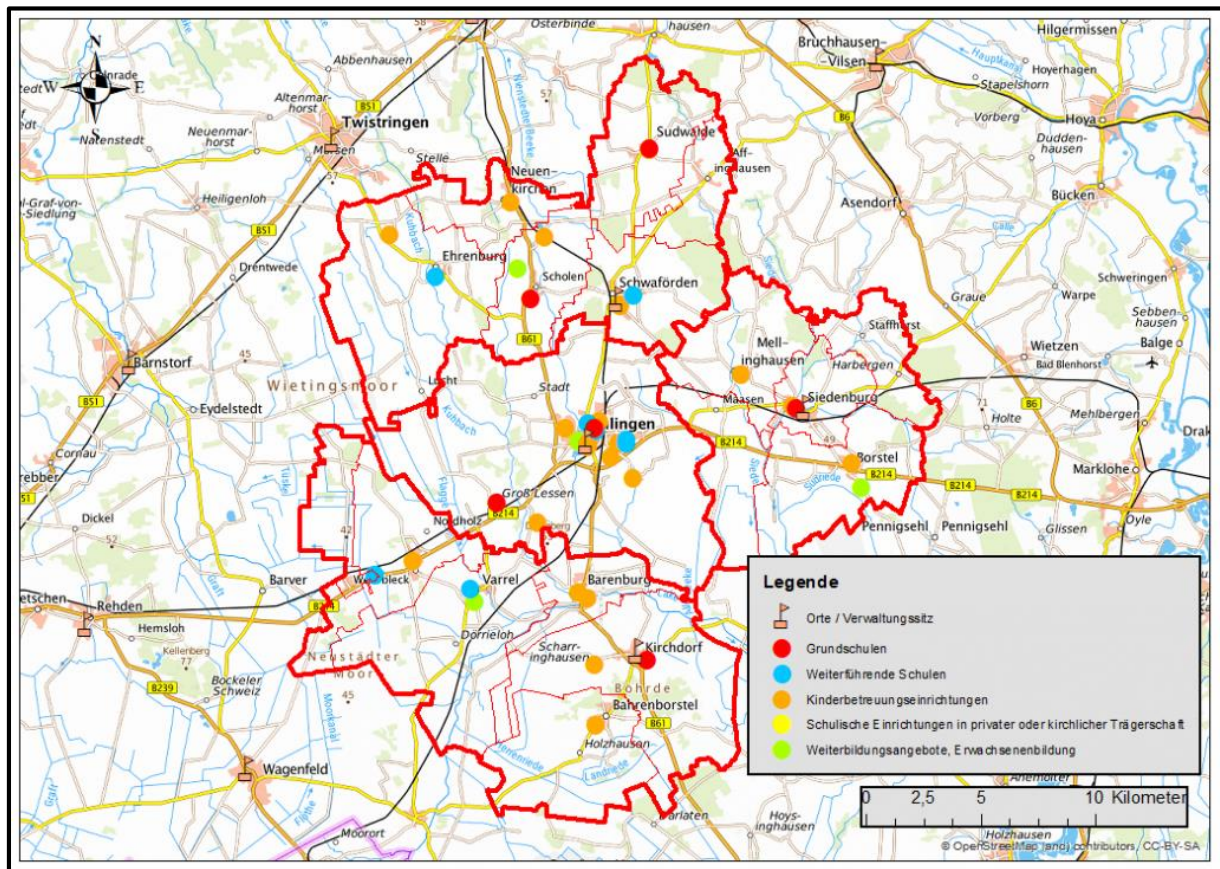


Abbildung 38: Verteilung der Bildungseinrichtungen, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Die Verteilung der Bildungseinrichtungen berücksichtigt neben den schulischen Einrichtungen auch Kinderbetreuungseinrichtungen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung (siehe Abbildung 38). Auch hier zeigt sich eine klare Konzentration der Bildungseinrichtungen auf das Mittelzentrum Sulingen. Trotz dieser logischen Konzentration ist anzumerken, dass jede Samtgemeinde über mehrere Kinderbetreuungseinrichtungen und auch mindestens eine Grundschule verfügt. Folglich kann die Betreuung und Bildung bis zum Eintritt in eine weiterführende Schulform vor Ort sichergestellt werden.

Neben Oberschulen in Schwaförden und Varrel sowie einer Förderschule in Freistatt befinden sich alle weiterführenden Schulformen in der Stadt Sulingen. Alternative Beschulungsmöglichkeiten sind nur in den umliegenden Mittelzentren (z.B. Gymnasium Twistringen) vorhanden. Anzumerken ist außerdem, dass die Region und auch der Landkreis Diepholz über keinen Hochschulstandort verfügen. Die nächstgelegenen Hochschulstandorte befinden sich in Vechta, Osnabrück, Bremen und Hannover, sodass höhere Bildung nahezu zwangsläufig mit einem längerfristigen Wegzug aus der Region verbunden ist.

### 5.4.4 Freizeit, Kultur, eingetragene Vereine

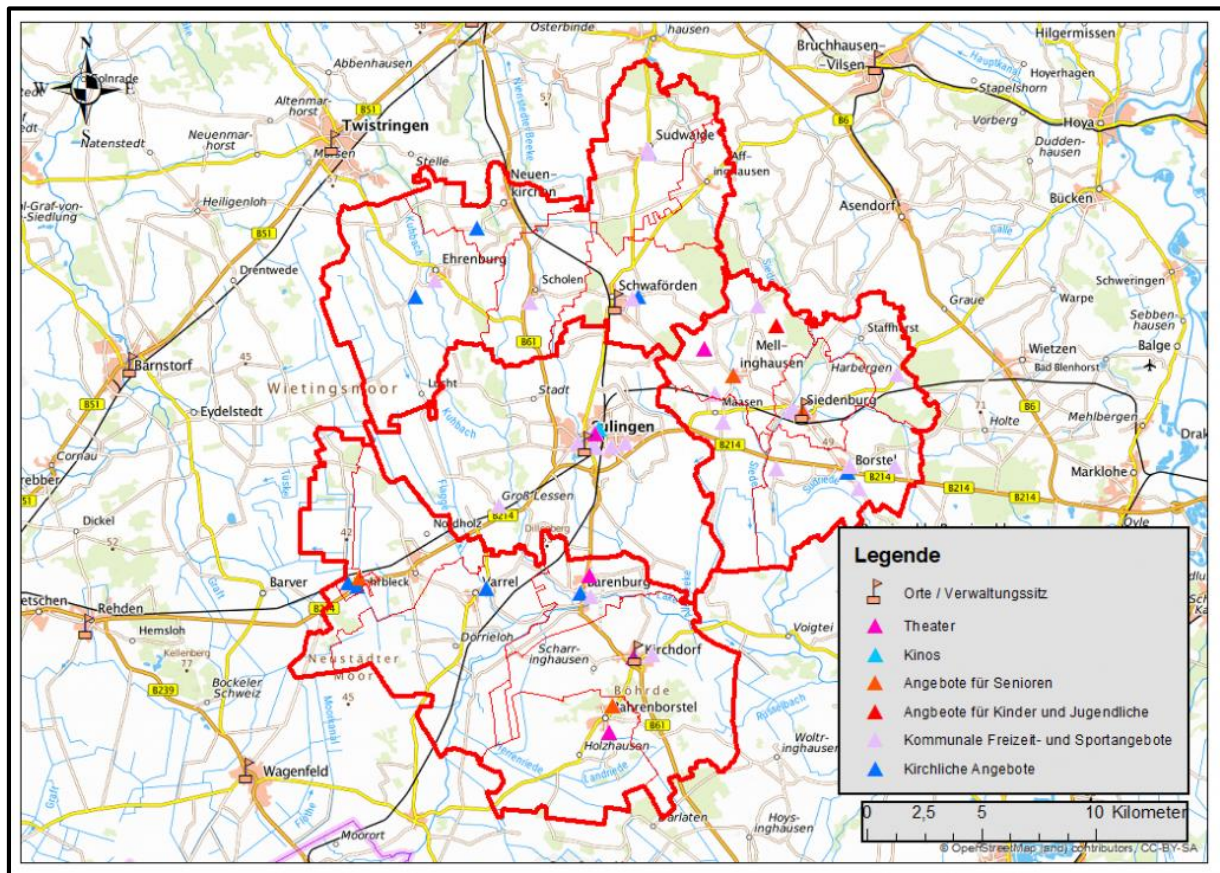


Abbildung 39: Verteilung der Einrichtungen im Bereich Freizeit und Kultur, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Oben zu sehen ist die Verteilung der Einrichtungen im Bereich Freizeit und Kultur, die kulturelle Einrichtungen, Museen, Theater, Kinos, Freizeit- und Sportangebote sowie auch kirchliche Angebote berücksichtigt. Im Gegensatz zu den zuvor dargestellten Aspekten der Daseinsvorsorge zeigt sich hier eine räumlich relativ ausgeglichene Verteilung der Standorte auf das gesamte Sulinger Land. Insbesondere bei der Bereitstellung von jugend- und seniorenspezifischen Angeboten und kommunalen Freizeit- und Sportangeboten zeigen die Samtgemeinden eine Angebotsdichte, die der Stadt Sulingen mindestens ebenbürtig ist. Dies ist Indiz für eine ausgeprägte, regionale Engagementkultur, die ein breites Freizeitangebot auch außerhalb der regionalen und überregionalen Zentren ermöglicht.

Gleichwohl kann das Sulinger Land hinsichtlich seiner Ausstattung an Kinos, Theatern, Museen und Kulturzentren nicht mit den Angebotspektren der Oberzentren Bremen, Osnabrück oder Hannover konkurrieren, sodass zur Befriedigung spezifischer Freizeitbedürfnisse durchaus weitere Fahrten in Kauf genommen werden müssen.

## 5. Daseinsvorsorge im Sulinger Land

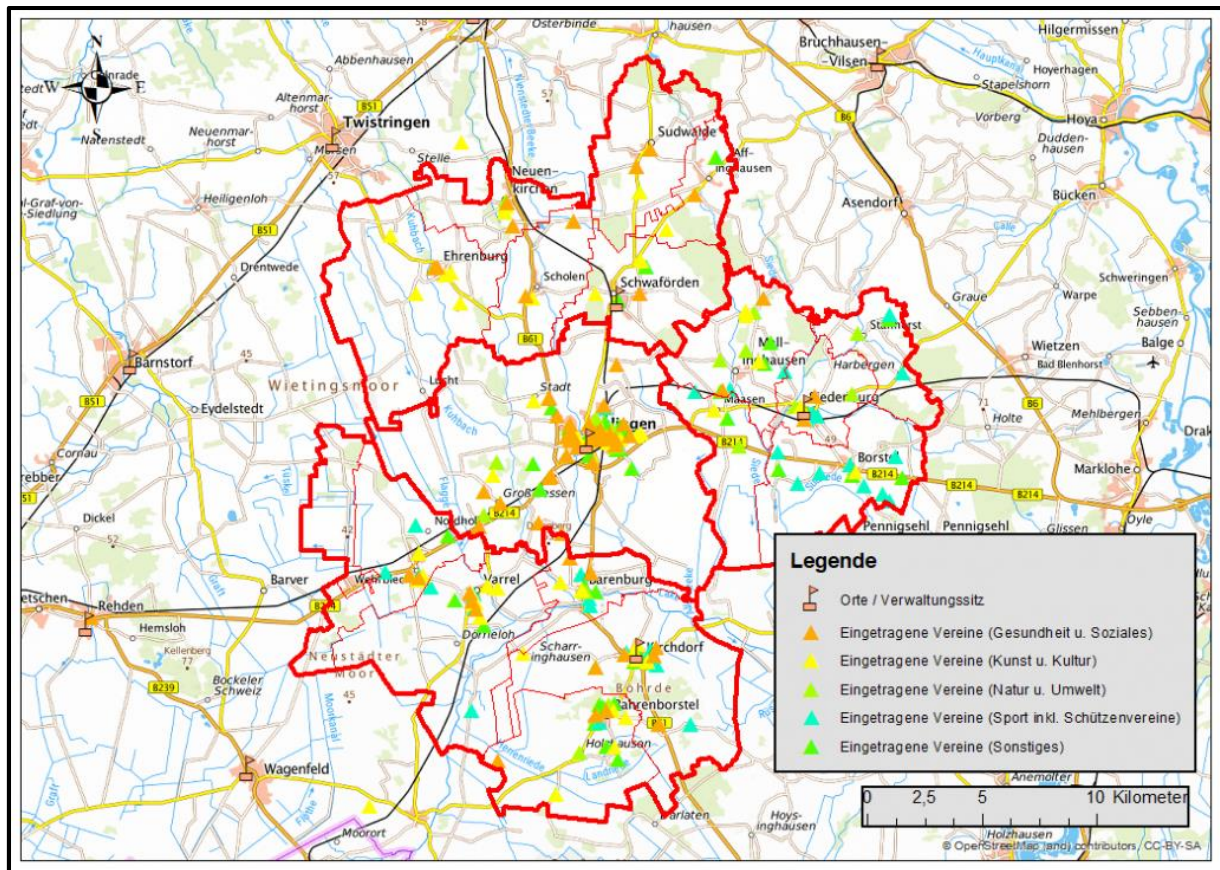


Abbildung 40: Verteilung der eingetragenen Vereine, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Die obige Verteilung der eingetragenen Vereine untergliedert sich in die Bereiche Gesundheit und Soziales, Kunst und Kultur, Natur und Umwelt, Sport inklusive Schützenvereine und Sonstiges. Die eingetragenen Vereine wurden bewusst getrennt von den restlichen Einrichtungen im Bereich Kultur und Freizeit dargestellt, um angesichts der großen Anzahl an Vereinen ein höheres Maß an Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass aus der räumlichen Verteilung der Vereine nur bedingt Rückschlüsse hinsichtlich der Ausprägung der regionalen Daseinsvorsorge gezogen werden können, da die hier georeferenzierten Adresdaten häufig den Privatadressen der Vereinsvorsitzenden entsprechen.

Die Vielzahl an eingetragenen Vereinen nebst dem großen Angebot an Kultur- und Freizeitangeboten, die sich in einer hohen Dichte über die gesamte Region verteilen, ist als klares Indiz für eine funktionierende Kultur des ehrenamtlichen, vereinsgebundenen Engagements zu interpretieren. Gleichzeitig offenbart sich hieran, wie stark eine facettenreiche, regionale Daseinsvorsorge insgesamt auf das Engagement der Zivilgesellschaft angewiesen ist.

### 5.4.5 Mobilität, Erreichbarkeit

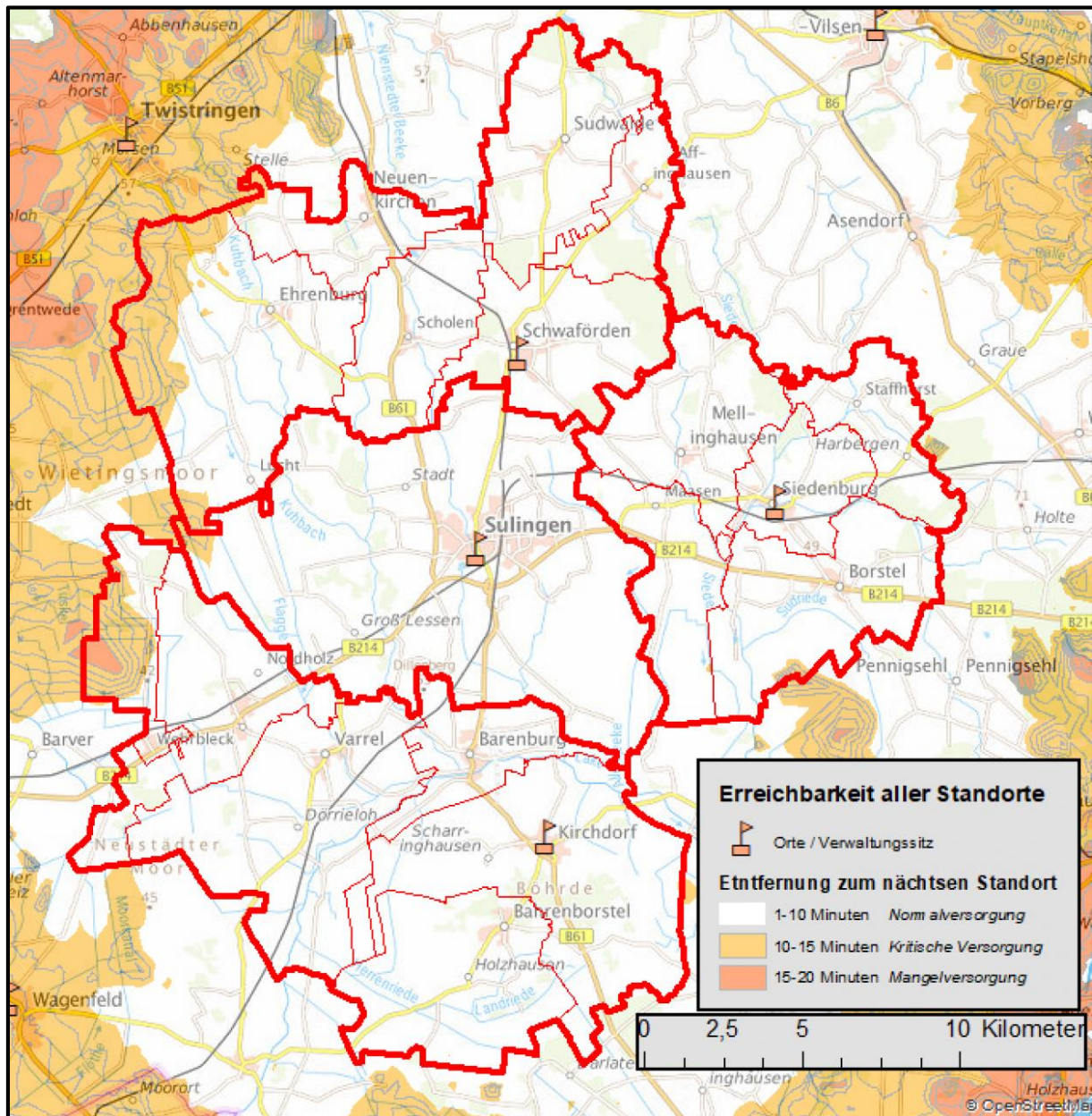


Abbildung 41: Erreichbarkeitsanalyse (PKW) aller Standorte der Daseinsvorsorge, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Die hier abgebildete Erreichbarkeitsanalyse zeigt die Entfernung zum jeweils nächsten Standort der Daseinsvorsorge gemessen in Fahrtzeit in Minuten mit dem PKW. Es wurde dabei nicht differenziert zwischen den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge. Ebenso nicht berücksichtigt wurden außerhalb der Region gelegene Einrichtungen. Grundlage der Berechnungen bilden die Durchschnittsgeschwindigkeiten der Verkehrswege (Bundesstraßen, Landesstraßen, Kreisstraßen, innerörtlich, etc.) in der gesamten Region. Mittels dieser Daten wurden ausgehend von jedem georeferenzierten Standort Isochrome dargestellt. Die Unterteilung erfolgte in

das Intervall der Normalversorgung, welches eine Erreichbarkeit der jeweiligen Einrichtung innerhalb von 10 Minuten abdeckt sowie in die Intervalle der kritischen Versorgung (10-15 Minuten) und der Mangelversorgung (15-20 Minuten).

Das Ergebnis der Erreichbarkeitsanalyse zeigt ein Bild, was auf den ersten Blick unerwartet anmutet, aber tatsächlich der Lebens- und Alltagsrealität vieler ländlicher Regionen entspricht. Nämlich ist in nahezu allen Teilräumen des Sulinger Landes die Erreichbarkeit wichtigen Daseinsvorsorge-Einrichtungen mit dem PKW innerhalb von ca. 10 Minuten gegeben (weiße Fläche = Normalversorgung). Nur vereinzelt liegen dünn oder nicht besiedelte Randbereiche außerhalb dieses Radius. Hieraus abzuleiten, dass die regionale Daseinsvorsorge für die Bevölkerung jedes Teilraumes des Sulinger Landes ein gleiches Maß an Teilhabe und Lebensqualität ermöglicht, würde allerdings zu kurz greifen. Vielmehr wird deutlich, dass die umfangreiche Teilhabe an der Daseinsvorsorge, wie in vielen ländlichen Regionen, sehr stark an den motorisierten Individualverkehr gekoppelt ist.

Statistisch gesehen verfügt der Großteil der ländlichen Haushalte über mindestens einen PKW. Es muss jedoch angenommen werden, dass sich insbesondere für diejenigen Personen, die bedingt durch Alter, Armut oder körperliche und/oder seelische Beeinträchtigungen über keinen eigenen PKW verfügen, Einschränkungen in der Lebensqualität ergeben (siehe Kapitel 7.6). Aus diesem Grund wurde auch die Erreichbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs im Sulinger Land analysiert. Da der ÖPNV des Sulinger Landes eine für ländliche Räume typische Konzentration auf den Schulverkehr zeigt, wurde der Fokus der Analyse dabei bewusst nicht auf dessen Taktung, sondern auf die fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen gelegt.

Die Erreichbarkeitsanalysen (siehe Abbildungen 42-45) zeigen die Einzugsbereiche der Bushaltestellen gemessen anhand einer fußläufigen Erreichbarkeit innerhalb von 10 Minuten. So soll aufgezeigt werden, ob für das Sulinger Land flächeneckend die Möglichkeit besteht, den ÖPNV als Alternative zum Individualverkehr ohne jede Form der motorisierten Fortbewegung in Anspruch zu nehmen. Es lässt sich festhalten, dass die grundsätzliche Erreichbarkeit von Zustiegsmöglichkeiten zum Linienbussystem in allen Städten und größeren Ortschaften sichergestellt ist. In dünn besiedelten Randbereichen sowie in extremen Streulagen ist jedoch nicht immer eine Zustiegsmöglichkeit vor Ort gegeben. Insbesondere für Ortschaften, die aufgrund ihrer peripheren Lage hinsichtlich der Verfügbarkeit von Daseinsvorsorge-Einrichtungen ohnehin schon benachteiligt sind, kann hieraus ein doppelter Standortnachteil erwachsen.



## 5. Daseinsvorsorge im Sulinger Land

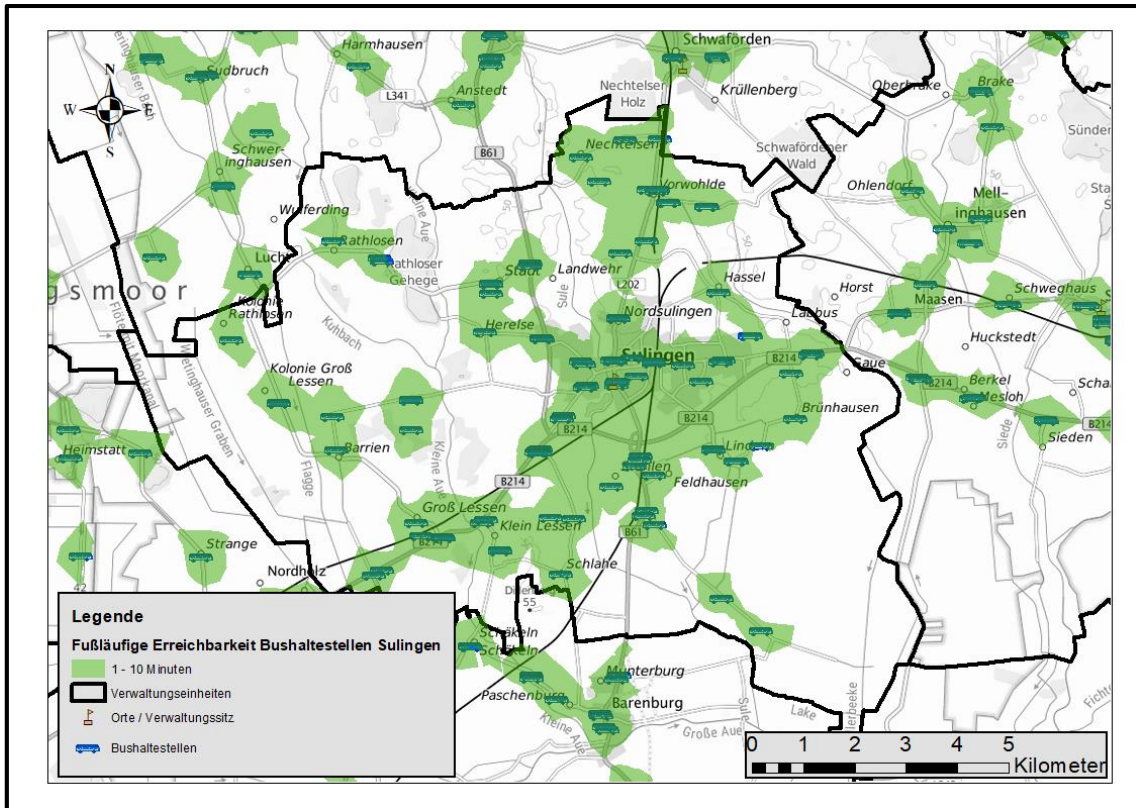


Abbildung 42: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen im Stadtgebiet Sulingen, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

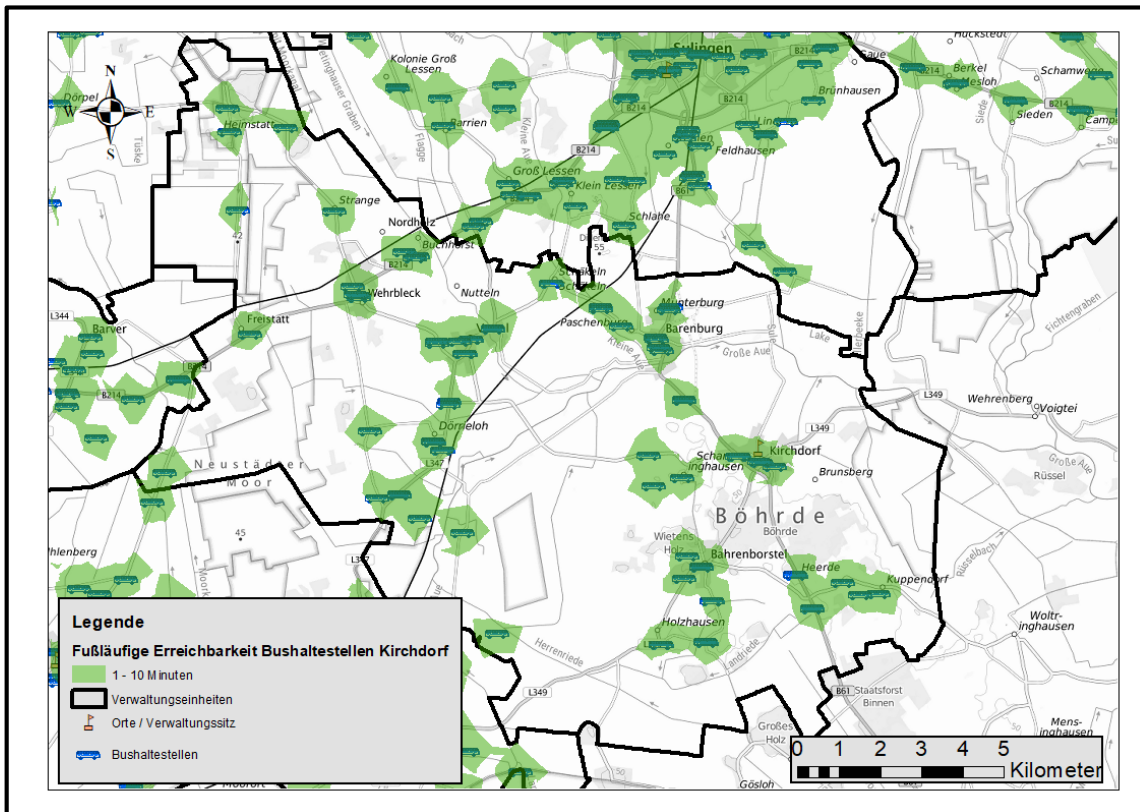


Abbildung 43: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen in der Samtgemeinde Kirchdorf, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

## 5. Daseinsvorsorge im Sulinger Land

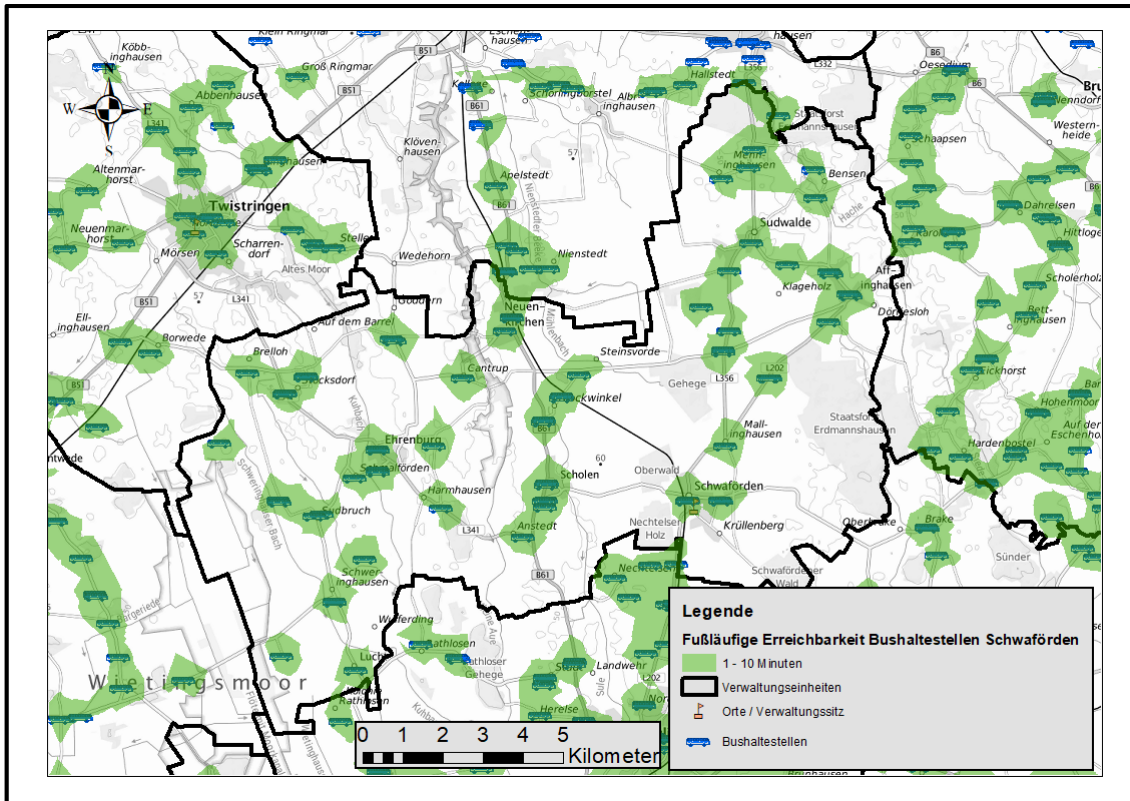


Abbildung 44: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen in der Samtgemeinde Schwaförden, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

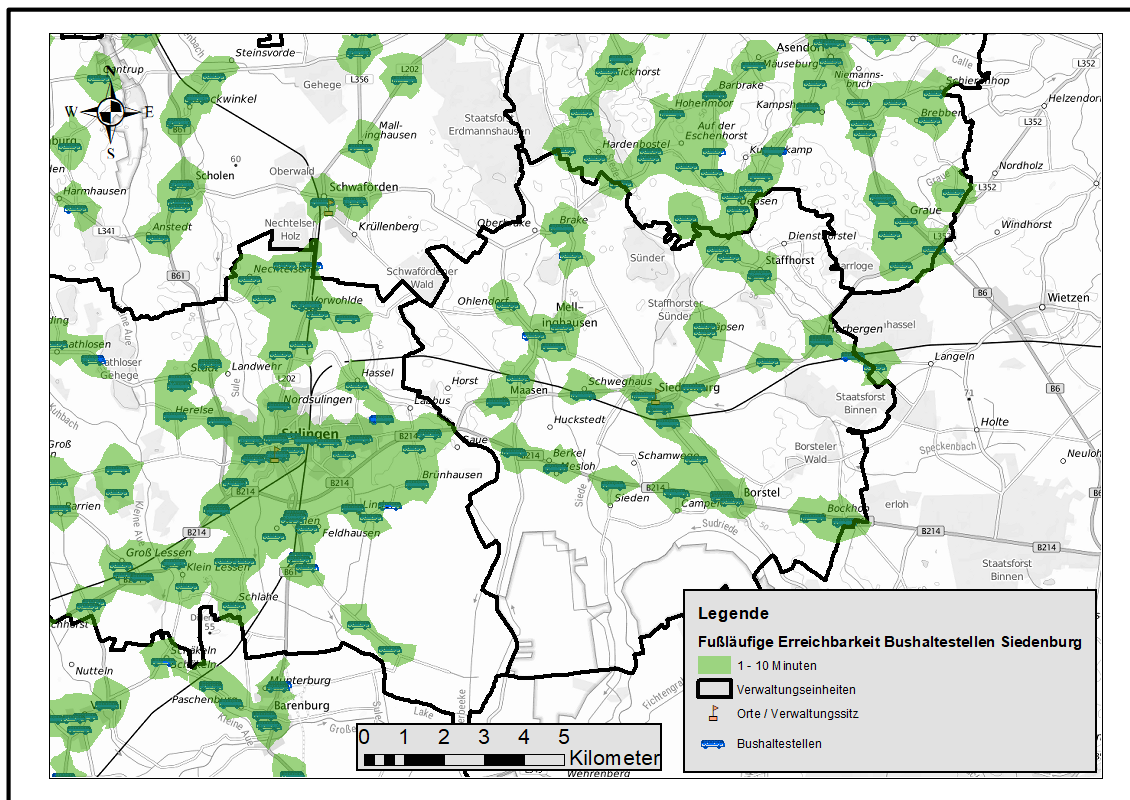


Abbildung 45: Fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen in der Samtgemeinde Siedenburg, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

## 6. Methodisches Framework

Nachfolgend soll das methodische Framework der Arbeit vorgestellt werden. Zuerst soll dabei das Verständnis von Daseinsvorsorge, das der Arbeit zugrunde liegt, aufbauend auf den vorangegangenen, theoretischen Ausführungen dargelegt werden. Hierbei soll insbesondere aufgezeigt werden, inwieweit eine Auseinandersetzung mit dem Forschungsinteresse dieser Arbeit unter Gesichtspunkten der qualitativen Sozialforschung zur Erkenntnisgenerierung beiträgt (siehe Kapitel 6.1). Anschließend soll dargelegt werden, aus welchen Gesichtspunkten heraus die Auswahl der Interviewpartner beziehungsweise Befragungsräume sowie die Methodik der Datenerhebung und –Auswertung (siehe Kapitel 6.2, 6.3) erfolgt ist.

### 6.1 Daseinsvorsorge als akteurszentrierter, multiperspektivischer Prozess

Die vorangegangenen, theoretischen Ausführungen haben verdeutlicht, dass die Produktion und Modifikation von Daseinsvorsorge im Kern ein akteurszentrierter, multiperspektivischer Prozess ist. Dieser entfaltet durch seine Einbettung in institutionalisierte Governance-Arenen zusätzliche Komplexität. Das methodische Framework der vorliegenden Arbeit möchte deshalb die Aushandlung, Adoption und Diffusion digitaler Innovationen in der Daseinsvorsorge aus den Perspektiven aller involvierten Systeme heraus betrachten (siehe Abbildung 46).

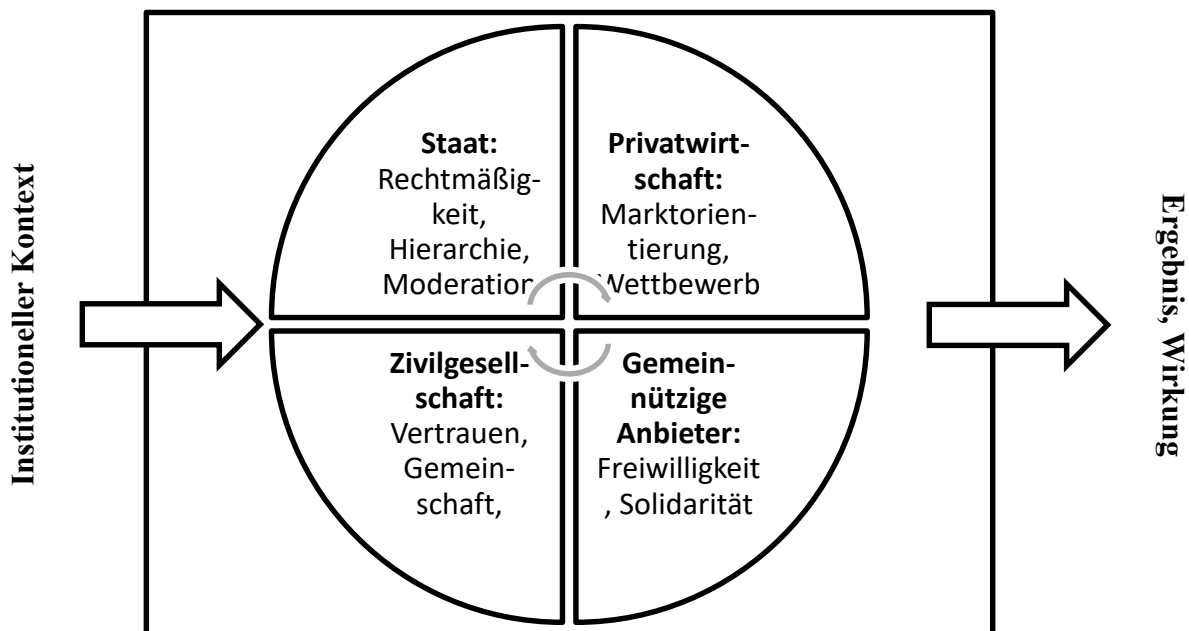


Abbildung 46: Akteure der Daseinsvorsorge und ihre institutionalisierte Interaktion, eigene Darstellung nach: Steinführer 2015, 14; Mötgen-Sicking, Winter 2019, 13; Mayntz, Scharpf 1995, 45

Die obige Skizze strebt demzufolge an, die Akteure der Daseinsvorsorge und ihre institutionalisierte Interaktion abzubilden. Ihr liegt ein theoretisches Verständnis zugrunde, welches die Daseinsvorsorge...

1. als prozessuales Handlungsfeld unterschiedlicher Akteursgruppen (vgl. Steinführer 2015, 14)
2. sowie auch als Governance-Arena mit unterschiedlichen Handlungslogiken (vgl. Mötgen-Sicking, Winter 2019, 13) begreift,
3. die im regionalen Kontext eine Institutionalisierung erfährt, aus der Verschränkungen und Synergien hervorgehen können (vgl. Fürst, Knieling 2004, 280ff; Mayntz, Scharpf 1995B, 45).

Diese akteurszentrierte Perspektive verlangt es, sich ihr mittels Instrumenten der qualitativen Sozialforschung zu nähern, die ihrerseits das Subjekt in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Da sich im Laufe der Zeit eine Vielzahl qualitativer Forschungsansätze herausgebildet hat, führt MAYRING (2016, 20ff.) die Charakteristika qualitativer Sozialforschung in fünf Grundsätzen qualitativen Denkens zusammen, die auch das methodische Framework der vorliegenden Arbeit als Fundament untermauern (siehe Abbildung 47):

<b>Postulat 1</b>	„Gegenstand humanwissenschaftlicher Forschung sind immer Menschen, Subjekte. Die von der Forschungsfrage betroffenen Subjekte müssen Ausgangspunkt und Ziel der Untersuchungen sein“ (Mayring 2016, 20).
<b>Postulat 2</b>	„Am Anfang einer Analyse muss eine genaue und umfassende Beschreibung (Deskription) des Gegenstandsbereiches stehen“ (Mayring 2016, 22).
<b>Postulat 3</b>	Der Untersuchungsgegenstand (...) liegt nie völlig offen, er muss immer auch durch Interpretation erschlossen werden“ (Mayring 2016, 23).
<b>Postulat 4</b>	„Humanwissenschaftliche Gegenstände müssen immer möglichst in ihrem natürlichen, alltäglichen Umfeld untersucht werden“ (Mayring 2016, 23).
<b>Postulat 5</b>	„Die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse humanwissenschaftlicher Forschung stellt sich nicht automatisch über bestimmte Verfahren her; sie muss im Einzelfall schrittweise begründet werden“ (Mayring 2016, 24).

Abbildung 47: Fünf Postulate qualitativen Denkens, eigene Darstellung nach Mayring 2016, 20ff.

## 6.2 Die Perspektive der Bürgergesellschaft

Die Grundlage der empirischen Darstellung der Perspektive der Bürgergesellschaft bildet die im Zeitraum vom 11. bis zum 14. Juni 2019 durchgeführte Haushaltsbefragung im Rahmen des Projektes „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“.

### 6.2.1 Durchführung

Durchgeführt wurde die Befragung in den Gemeinden Freistatt (Samtgemeinde Kirchdorf), Staffhorst (Samtgemeinde Siedenburg), der Ortschaft Stocksdorf in der Gemeinde Ehrenburg (Samtgemeinde Schwaförden) sowie der Ortschaft Groß Lessen (Stadt Sulingen). In Ergänzung hierzu wurden Befragungen in den Einrichtungen des betreuten Wohnens vom Träger Bethel im Norden in Freistatt durchgeführt. Der Zugang zu den dortigen Interviewpartnern wurde mithilfe der Einrichtungsleitungen hergestellt, die im Vorfeld kontaktiert wurden und Personen mit der notwendigen, körperlichen und kognitiven Eignung identifiziert haben. Eng begleitet und unterstützt wurde die methodische Aufbereitung und operative Durchführung der Haushaltsbefragung von Studierenden des Masterstudiengangs „Geographien ländlicher Räume – Wandel durch Globalisierung“ der Universität Vechta. Diese wurden im Zuge des Studienprojektes, in dessen Rahmen sie die Haushaltsbefragung unterstützt haben, intensiv mit den wissenschaftlichen Zielsetzungen und dem Umgang mit den methodischen Instrumenten vertraut gemacht.

Durch die Unterstützung der Studierenden konnten an den vier Befragungstagen zu jedem Zeitpunkt mehrere Interviewteams auf die Befragungsräume verteilt werden und so insgesamt 97 Interviews mit einer durchschnittlichen Länge von etwa 20 Minuten generiert werden (siehe Abbildung 48). Die insgesamt hohe Teilnahmebereitschaft (siehe Abbildung 49) ist zu großen Teilen mit der Berichterstattung im Vorfeld der Befragung zu begründen. Es wurde eine Pressemitteilung durch die lokalen Printmedien herausgegeben und in Absprache mit den Ortsbürgermeistern Aushänge an öffentlichen Plätzen installiert.

Befragungsraum	Durchgeführte Interviews	Zeitraum
Groß Lessen	16	11.06., 13.06., 14.06
Staffhorst	27	11.06., 12.06., 14.06.
Stocksdorf	18	12.06., 13.06., 14.06.
Freistatt	25	11.06., 12.06.
Bethel (betreutes Wohnen)	11	11.06., 12.06.

Abbildung 48: Übersicht über Befragungsräume und durchgeführte Interviews, eigene Darstellung

Gebiet	Haushalte insgesamt	Interviews durchgeführt	Abgelehnt	Nicht angetroffen	Nicht erhoben	Rücklaufquote
Groß Lessen	53	16	6	31	0	30,2%
Staffhorst	171	27	42	55	46	16,4%
Stocksdorf	69	18	22	26	0	22,9%
Freistatt	105	25	23	37	21	22,9%

Abbildung 49: Übersicht der statistischen Eckdaten in den Befragungsräumen, eigene Darstellung

### 6.2.2 Auswahl der Befragungsräume

Ausschlaggebend für die Auswahl der Befragungsräume war die zuvor durchgeführte, GIS-gestützte Analyse der Situation der Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 5.4). Ausgewählt wurden solche Gemeinden oder Ortschaften, in denen aufgrund der räumlichen Abwesenheit zentraler Einrichtungen der Daseinsvorsorge oder aufgrund einer peripheren Lage etwaige Einschränkungen in der alltäglichen Lebensgestaltung der Bevölkerung vermutet wurden.

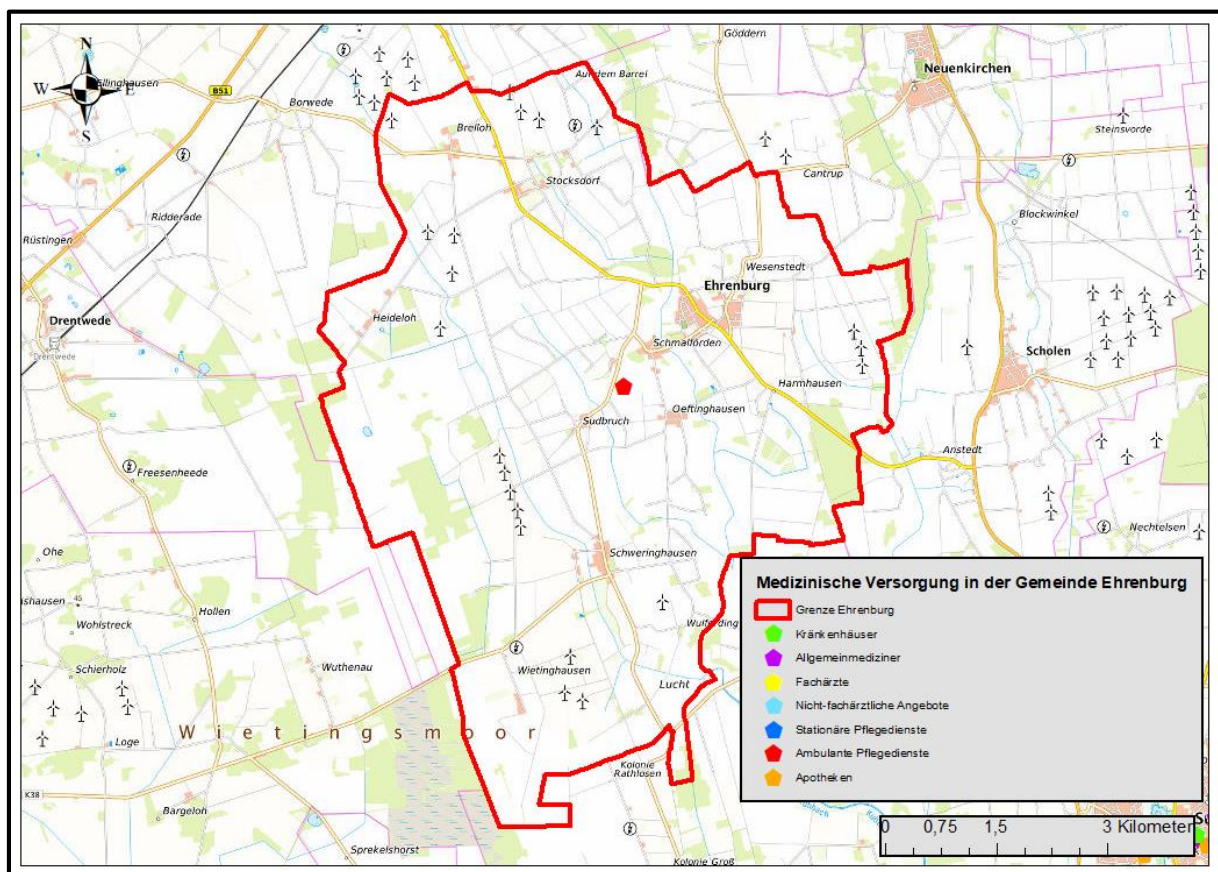


Abbildung 50: Medizinische Versorgung in der Gemeinde Ehrenburg, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Die Gemeinde Ehrenburg liegt im Westen der Samtgemeinde Schwaförden, umfasst eine Fläche von 48,96 km<sup>2</sup> und zählt 1.473 Einwohner (Stand 30.09.2019). Die Analyse der Versorgungsgrade hat gezeigt, dass die Samtgemeinde Schwaförden in der Fläche über nur wenige medizinische Einrichtungen verfügt. In der Gemeinde Ehrenburg fehlt es an einem Hausarzt und mit der Ausnahme eines ortsansässigen Pflegedienstes auch an anderweitigen medizinischen Einrichtungen (siehe Abbildung 50). Innerhalb der Gemeinde Ehrenburg konzentrierte sich die Haushaltsbefragung auf die Ortschaft Stocksdorf und die umliegenden Siedlungen im nördlichen Gemeindegebiet. Ausschlaggebend hierfür war die periphere Lage innerhalb der Samtgemeinde, die Nähe zum externen Mittelzentrum Twistringen und dem vorherrschenden Streusiedlungscharakter einschließlich vieler Kleinstsiedlungen und Hofstellen im Außenbereich (siehe Abbildung 51).



Abbildung 51: Siedlungsstruktur des nördlichen Teils der Gemeinde Ehrenburg, Kartengrundlage: LGLN 2020

Ebenso wie die Gemeinde Ehrenburg ist auch die Gemeinde Staffhorst in einer Randlage des Sulinger Landes situiert. Sie liegt nordöstlich von Siedenburg, umfasst eine Fläche von 14,61 km<sup>2</sup> und zählt 499 Einwohner (Stand 30.09.2019). Insbesondere hinsichtlich der Nahversorgung zeigt sich die Gemeinde schwach aufgestellt. Sie verfügt über kein örtliches Lebensmittelgeschäft und auch Bäckereien und Schlachtereien sind nicht vorhanden. Die nächstgelegenen Versorgungsmöglichkeiten befinden sich in Siedenburg (siehe Abbildung 52) sowie im nördlich gelegenen Asendorf (Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen). Auch hier waren darüber hinaus die periphere Lage und die stark dezentrale Siedlungsstruktur ausschlaggebende Kriterien für die Auswahl als Untersuchungsraum (siehe Abbildung 53).

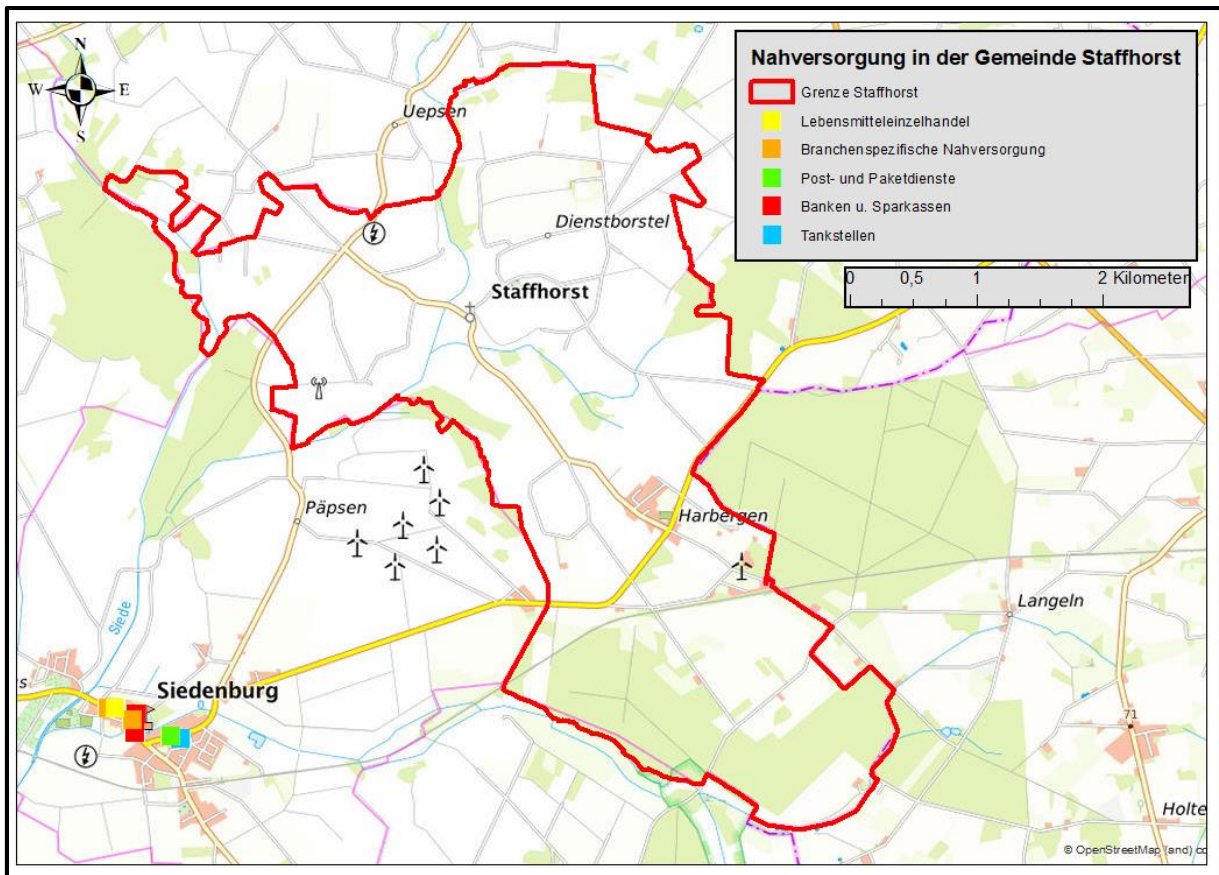


Abbildung 52: Nahversorgung in der Gemeinde Staffhorst, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

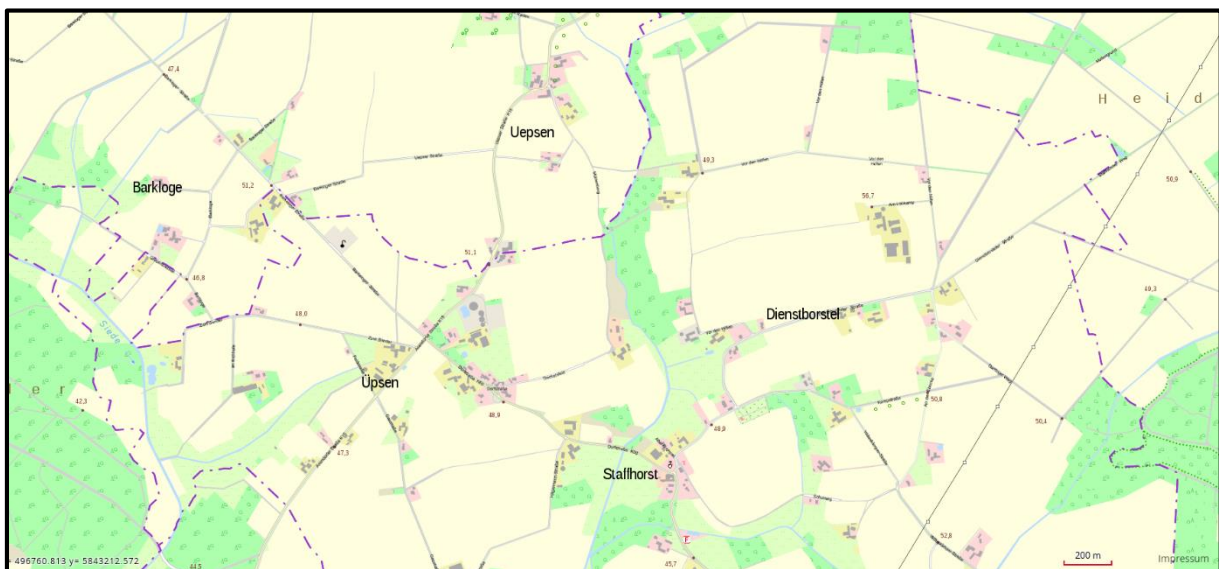


Abbildung 53: Siedlungsstruktur des nördlichen Teils der Gemeinde Staffhorst, Kartengrundlage: LGLN 2020



Die Gemeinde Freistatt ist in vielerlei Hinsicht ein Sonderfall. Sie liegt im Nordwesten der Samtgemeinde Kirchdorf, umfasst eine relativ kleine Fläche von 12,53 km<sup>2</sup> und zählt 471 Einwohner (Stand 30.09.2019). Siedlungsstrukturell unterscheidet sich Freistatt von den zuvor beschriebenen Untersuchungsräumen dahingehend, dass sich die Bevölkerung auf einen Siedlungsschwerpunkt beschränkt (siehe Abbildung 55). Darüber hinaus ist Freistatt eng verwoben mit der Stiftung Bethel. Freistatt wurde 1899 eigens als eine „Arbeiterkolonie“ für arbeits- und heimatlos umherziehende Männer gegründet. Erst 1974 wurde Freistatt in die Samtgemeinde Kirchdorf eingemeindet. Somit kann Freistatt nicht wie andere Gemeinden auf eine historische Siedlungsgenese im klassischen Sinne zurückblicken und ist auch heute noch hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur ein Sonderfall, da sich ein wesentlicher Teil der dort lebenden Bevölkerung aus (ehemaligem) Personal der Diakonie Freistatt zusammensetzt. Eine Wahrnehmung Freistatts als „Fremdkörper“ in einem ansonsten historisch gewachsenen, regionalen Kontext ist mitunter bis heute zu beobachten.

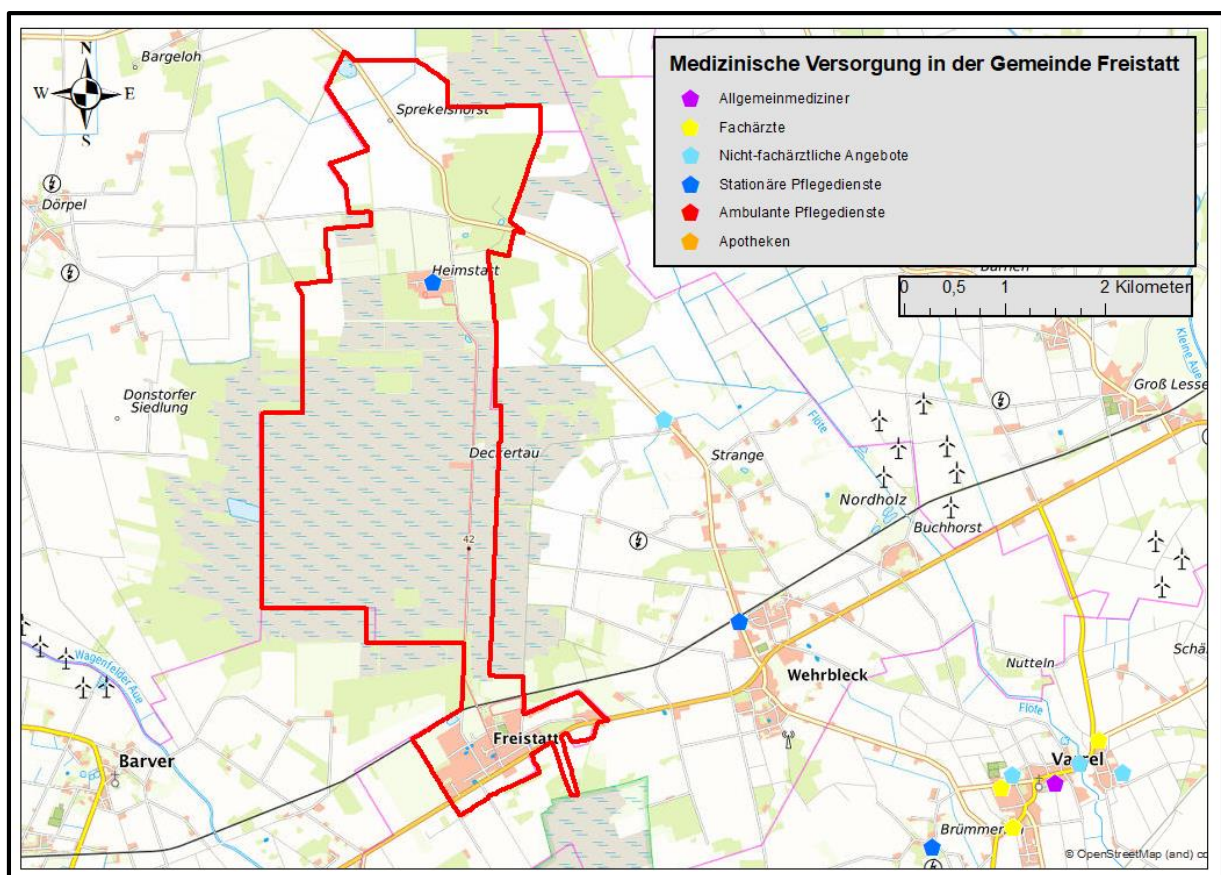


Abbildung 54: Medizinische Versorgung in der Gemeinde Freistatt, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

Auch die Bewohner der Einrichtungen sind in vielerlei Hinsicht eine Randgruppe, da sie meist nicht aus der Region stammen, über kein Eigenheim verfügen, keiner Erwerbsarbeit nachgehen, keine motorisierten Fortbewegungsmittel verfügen und z.T. körperlich und/oder seelisch beeinträchtigt sind. Aufgrund der häufig vorliegenden Suchterkrankungen und damit einhergehenden Krankheitsbildern ist die medizinische Versorgung für die Bewohner Freistatts‘ von besonderer Bedeutung. In Freistatt selbst ist jedoch kein Haus- oder Facharzt niedergelassen (siehe Abbildung 54), allerdings wird eine medizinische Versorgung durch eine Arztpraxis aus Barenburg durch zwei wöchentliche Präsenztage in Freistatt sichergestellt. Diese Besonderheiten waren ausschlaggebend für die Auswahl Freistatts‘ als Untersuchungsraum.

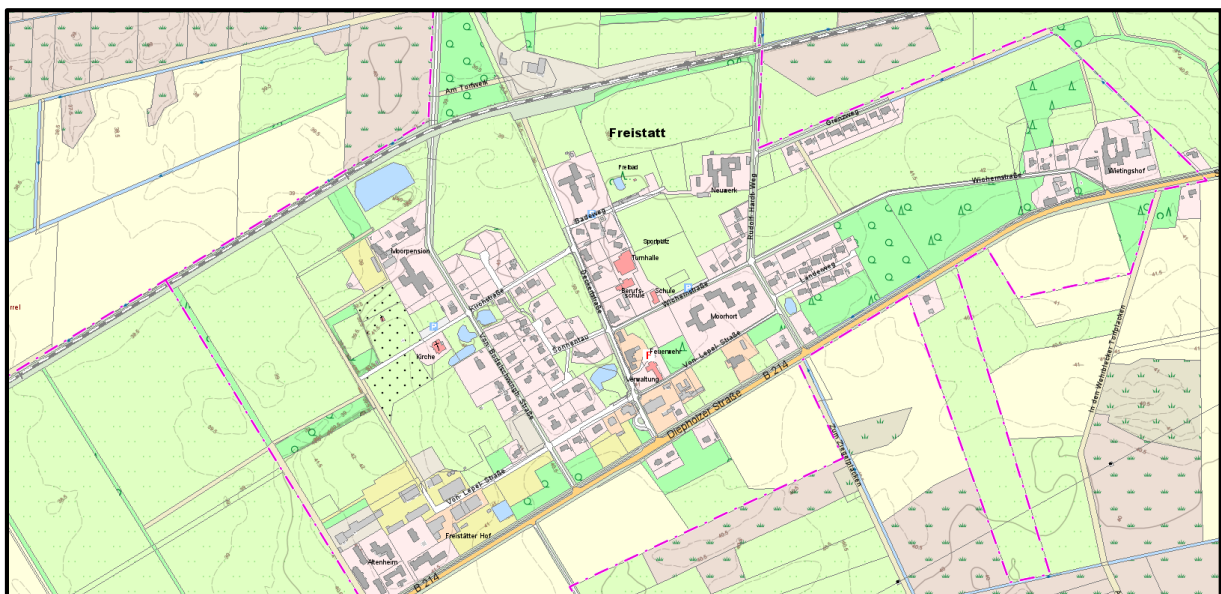


Abbildung 55: Siedlungsstruktur des südlichen Teils der Gemeinde Freistatt, Quelle: LGLN 2020

Der nördliche Siedlungsbereich der Ortschaft Groß Lessen bildet das vierte und letzte Untersuchungsgebiet (siehe Abbildung 56). Administrativ gehört Groß Lessen zur Stadt Sulingen und umfasst eine Fläche von 23,85 km<sup>2</sup>. Zur Ortschaft Groß Lessen gehören auch die Siedlungen Barrien, Melloh und Wardinghausen. Im Gegensatz zu den vorherigen Untersuchungsräumen ist Groß Lessen über die B214 direkt an das Mittelzentrum Sulingen angebunden und erfährt deshalb keine signifikante räumliche Peripherisierung.

Obwohl die Strecke zu den nächsten Versorgungseinrichtungen demnach überschaubar ist, ergibt sich für die Ortschaft Groß Lessen dennoch ein Defizit, da der nördliche Siedlungsbereich (siehe Abbildung 57) über keine eigene Bushaltestelle verfügt und somit nicht bzw. nur bedingt auf den ÖPNV zugreifen kann. Diese Beeinträchtigung bei gleichzeitiger Nähe zum Versorgungszentrum der Region war für die Auswahl als Untersuchungsraum entscheidend.

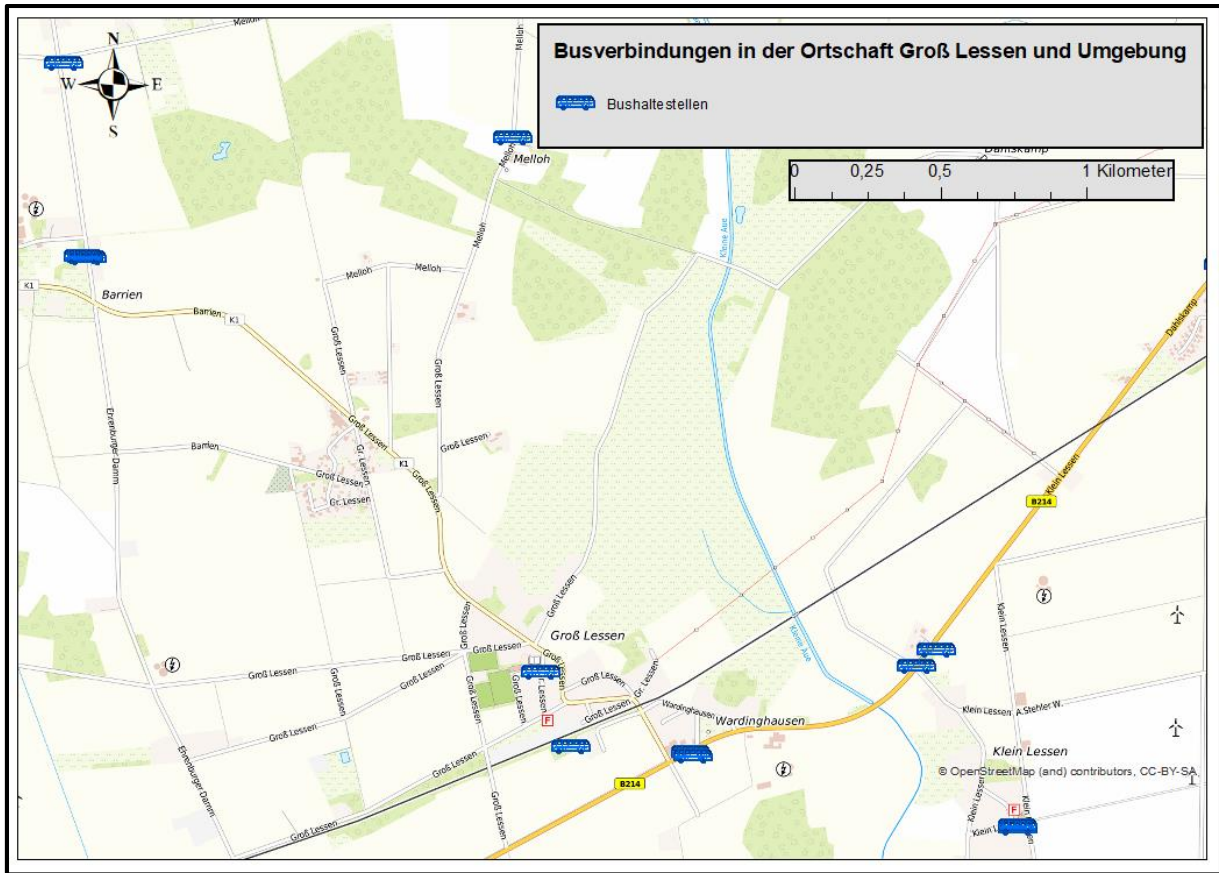


Abbildung 56: Busverbindungen in der Ortschaft Groß Lessen und Umgebung, eigene Darstellung auf der Grundlage eigener Daten, Kartengrundlage: OpenStreetMap, dargestellt in ArcMap 10.6

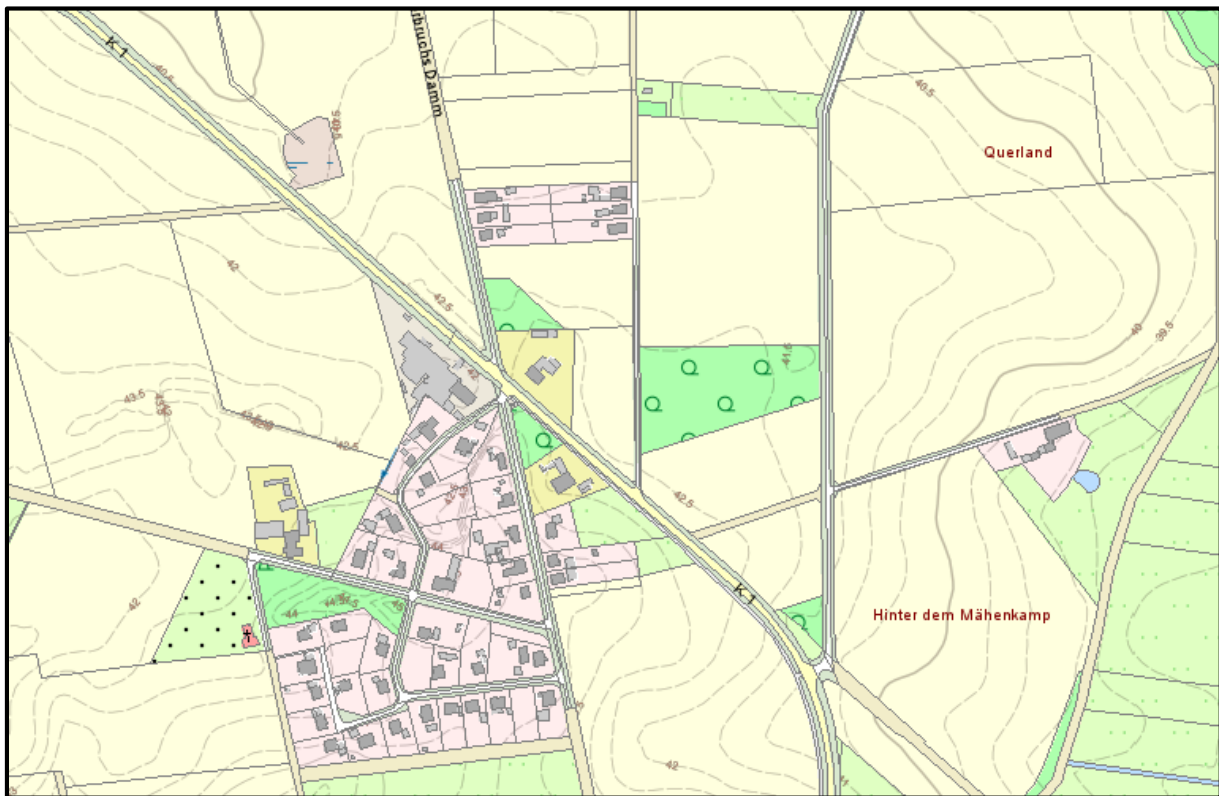


Abbildung 57: Siedlungsstruktur des nördlichen Teils der Ortschaft Groß Lessen, Quelle: LGLN 2020

### 6.2.3 Datenerfassung und -Auswertung

Die Haushaltsbefragung diente der Erfassung einer möglichst großen Menge an Daten in den ausgewählten Befragungsräumen mittels einer standardisierten, mündlichen Befragung. Der Charakter der Befragung war strukturiert und folgte einem einheitlichen Fragebogen, welcher dem Anhang (2) der Arbeit zu entnehmen ist. Dies bedeutet, dass alle Befragten die jeweils gleichen Fragen in möglichst ähnlicher Formulierung und gleicher Reihenfolge gestellt bekommen haben (vgl. Mattisek et al. 2013, 70ff.). Ziel dieser Strukturierung war es, trotz weitestgehender Narrationsfreiheit klare und prägnante Antworten der Interviewpartner zu generieren (vgl. Witzel 2000, 1ff.). Ansonsten wurden vor allem die Prinzipien der Problem-, Gegenstands- und Prozessorientierung insofern berücksichtigt, als dass die Befragten zur gesellschaftlich relevanten Problemstellung der Daseinsvorsorge interviewt wurden und dabei der Fokus bewusst auf die Herausarbeitung individueller Wahrnehmungs- und Verarbeitungsformen gelegt wurde (vgl. Witzel 2000, 4f.; Flick 2010, 210f.). Auch die Ausgestaltung der Interviews folgte weitestgehend den von WITZEL (2000, 6ff.) formulierten Instrumenten und Gestaltungshinweisen:

- *Gesprächseinstieg*: der Einstieg in das Interview wurde neben der Erläuterung datenschutzrechtlicher Aspekte vor allem zur Vorstellung der eigenen Person sowie des Projektes genutzt. Außerdem wurde betont, dass das Interview nicht eine „Wissensabfrage“ darstellt, sondern die Wahrnehmungen und Erfahrungen der befragten Person im Mittelpunkt stehen.
- *Leitfaden*: die Anwendung eines Leitfadens diente dem Interviewer als Orientierungsinstrument, gewährleistete eine strukturierte Beantwortung der Forschungsfragen und die anschließende Vergleichbarkeit der Interviews.
- *Aufzeichnung*: die Interviews wurden in ihrer Gesamtheit aufgezeichnet, wodurch eine präzise Gesprächserfassung ermöglicht wurde.
- *Kurzfragebogen*: die Erfassung der soziodemographischen Daten der Befragten geschah mittels eines Kurzfragebogens bewusst am Ende des Interviews, um so am Anfang des Gespräches ein zu deutliches Frage-Antwort-Schema zu vermeiden und den Gesprächseinstieg nicht unnötig durch die Preisgabe persönlicher Informationen zu belasten.
- *Transkript*: die Transkription diente der wortgetreuen Überführung der gesprochenen Sprache ins Schriftdeutsche. Die vollständigen Transkripte und die unterschriebenen Datenschutzformulare sind der Arbeit digital beigelegt.

Das Interview gliederte sich in verschiedene, thematische Blöcke, die durch den Interviewleitfaden vorgegeben wurden. Dem eigentlichen Leitfaden vorgeschaltet war zunächst die Frage: *Was ist Ihre Meinung zum Thema Daseinsvorsorge? Wie betrifft Sie dieses Thema persönlich?* Hierdurch sollte der Interviewpartner zu Beginn des Gespräches in der eigenen Alltagsrealität abgeholt und das Gespräch bereits früh auf den Untersuchungsgegenstand gelenkt werden (vgl. Lamnek 2010, 334f.).

Der erste thematische Block der Befragung zielte auf die *Beschreibung der Daseinsvorsorge* aus der Perspektive der Befragten heraus ab. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen nach Besorgungen, Erledigungen und/oder Freizeitaktivitäten, die den Alltag der befragten Person regelmäßig prägen. Darüber hinaus richteten sich die Fragen in diesem Kontext nach dem Mobilitätsverhalten, der nachbarschaftlichen/gemeinschaftlichen Organisation und dem Nutzungsverhalten digitaler Hilfsmittel im Alltag aus. Das Erkenntnisinteresse orientiert sich hierbei daran, ein Bild der alltagsrelevanten Ausgestaltung der Daseinsvorsorge zu erhalten, um so auch Aussagen zur bisher wenig erforschten Wahrnehmung von (infrastruktureller) Daseinsvorsorge aus Sicht der Bürgergesellschaft heraus treffen zu können (vgl. Steinführer 2015, 9f.).

Der zweite Block strebte an, die Interviewpartner eine *Bewertung der Daseinsvorsorgesituation* vornehmen zu lassen. Hierbei ging es insbesondere darum, die Interviewpartner das Angebot von und die Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeeinrichtungen bewerten und auf dieser Grundlage beurteilen zu lassen, ob Einschränkungen im Alltag erfahren werden. Das Verständnis von Daseinsvorsorge, dass dieser Normierung zugrunde liegt, orientiert sich klar an der Konzeption einer teilhabeorientierten Lebensqualität, welche entscheidend mit den Dimensionen Mobilität und Erreichbarkeit verbunden ist (vgl. Harteisen, Eigner – Thiel 2017, 161f.; Holz-Rau et al. 2010, 492f.).

Der dritte und finale Block forcierte *Verbesserungs- und Gestaltungsvorschläge* seitens der Interviewpartner. Hierdurch sollten die Interviewpartner von der Rolle des Beobachtenden und Bewertenden in die Rolle des Gestaltenden hineinversetzt werden. So wurden Vorschläge zur Verbesserung der Versorgungssituation und die Rolle digitaler Medien in diesem Zusammenhang erfragt. Abschließend stand die Frage nach der Umsetzungsverantwortung im Raum. Von Interesse war hierbei, herauszufinden, zu welchem Grad die Bürger sich selbst gemäß der oft eingeforderten Responsibilisierung in einer Rolle der aktiven Verantwortung sehen oder aber auf externe Verantwortungen verweisen (vgl. Steinführer 2015, 9f.).

Die Methodik der Datenauswertung orientiert sich insgesamt an einem interpretativ-verstehenden Ansatz. So soll das Handeln der Akteure in seinen subjektiven, sozial-kulturellen und physisch-materiellen Komponenten erfasst und aufgeschlüsselt werden. Der Umgang der Akteure mit und die Wahrnehmung von Daseinsvorsorge soll als Ausdruck „raumzeitlich strukturierte[r] Muster der alltäglichen Lebensführung“ (Werlen, Lippuner 2011, 702) verstanden werden. KRAMER u. PFAFFENBACH (2018, 1493) beschreiben die Charakteristika der interpretativ-verstehenden, sozialwissenschaftlichen Raumanalyse wie folgt:

*„Die Wahrnehmungen, Meinungen und Handlungen von Menschen und die Kontexte, in die sie eingebettet sind, stehen bei diesen Forschungsvorhaben im Vordergrund. Anstelle von Repräsentativität wird hier auf Kontextualität und Subjektivität abgehoben, die als Vorteil und integrativer Bestandteil dieses methodischen Zugangs gesehen werden.“*

Der Zugang zu den Daten als solchen wurde über einen Kodierungsprozess hergestellt, der sich an den Grundlagen der qualitativen Inhaltsanalyse nach MAYRING u. FENZL (2019, 633ff.) orientiert. Vor allem dem Merkmal der Kategoriengeleitetheit als zentralem Charakteristikum der qualitativen Inhaltsanalyse wurde im Kodierprozess besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Hintergrund ist die Tatsache, dass eine Annäherung an die insgesamt große Menge an qualitativen Daten (97 Interviews) nur auf der Grundlage einer klaren Strukturierung sinnvoll erschien (vgl. Muckel, Breuer 2016, 167). Gewählt wurde deshalb „[...] ein Verfahren, das mit solchen Datenmengen umgehen kann [...], aber trotzdem interpretative Züge trägt und nicht nur in einem Auszählen von manifesten Textbestandteilen besteht“ (Mayring, Fenzl 2019, 635). So wurden „[...] induktiv am Material entwickelte [und] vorab theoriegeleitet-deduktiv postulierte [...] Kategorien einzelnen Textpassagen zugeordnet“ (Mayring, Fenzl 2019, 633). Die dem Kodierprozess zugrunde gelegten Kategorien und Unterkategorien wurden gleichermaßen aus der Struktur des Fragebogens, den theoretischen Ausführungen dieser Arbeit sowie auch dem qualitativen Material selbst abgeleitet.

Die Durchführung des Kodierprozesses geschah mithilfe der Software MAXQDA. Eine Übersicht aller verwendeten Codes und Subcodes einschließlich der Codehäufigkeiten ist dem Anhang (3) der Arbeit zu entnehmen. Zu beachten ist hierbei, dass bei der Codierung die Interviews im betreuten Wohnen in Freistatt nicht berücksichtigt wurden, um so eine Verfälschung der statistischen Gesamtzusammenhänge zu vermeiden. Grundlage des Kodierprozesses bildeten Transkripte, die mit der Software InqScribe erstellt wurden. Im Vorfeld wurde ein Merkblatt der Transkriptionsregeln erstellt, das sich an den Ausführungen von DRESING u. PEHL (2013, 21ff.) orientiert und ebenfalls dem Anhang (4) zu entnehmen ist.

### **6.3 Die Perspektive von Politik, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft u. Drittem Sektor**

Die Darstellung der Perspektive von Politik, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Drittem Sektor geschieht auf der Grundlage von 18 leitfadengestützten Experteninterviews. Die Interviews wurden im Zeitraum vom 19.08. bis zum 13.10.2020 durchgeführt und haben im Durchschnitt eine Länge von etwa 45 Minuten.

#### **6.3.1 Durchführung**

Die für die Interviews ausgewählten Akteure repräsentieren mit einer Ausnahme politische Ämter, Institutionen, Vereine oder Unternehmen, die im Sulinger Land ansässig sind. Die Verteilung der Interviews auf die oben genannten Sektoren stellt sich wie folgt dar:

- 4 Interviews mit politischen Akteuren
- 4 Interviews mit Akteuren aus der öffentlichen Verwaltung
- 4 Interviews mit privatwirtschaftlichen Akteuren
- 6 Interviews mit Vertretungen von Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen

Bei den befragten politischen Akteuren handelt es sich um Hauptverwaltungsbeamte auf Samtgemeindeebene und Wahlbeamte mit Vorerfahrungen aus dem Projekt „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“. Entscheidend für ihre Auswahl waren die Fähigkeit der Interviewpartner, Aussagen über das gesamte Sulinger Land zu treffen und ihre Vernetzung mit zahlreichen Akteuren aus anderen Sektoren (vgl. Experteninterviews 1, 2, 4, 7). Der Zugang zu den befragten Akteuren aus der öffentlichen Verwaltung geschah mithilfe der zuvor befragten politischen Akteure. Bei den Interviewpartnern handelt es sich um in zentralen Positionen tätige Verwaltungsmitarbeiter der Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden und Siedenburg (vgl. Experteninterviews 3, 6, 18). Darüber hinaus wurde ein Vertreter des Landkreises Diepholz befragt, welcher ebenfalls maßgeblich in das vorangegangene Projekt involviert war (vgl. Experteninterview 5).

Bei den Akteuren der Privatwirtschaft handelt es sich um...

- die Inhaberin dreier lokal operierender Lebensmittelgeschäfte in den Gemeinden Schwaförden, Ehrenburg u. Mellinghausen (vgl. Experteninterview 11),
- um die Inhaberin eines Taxiunternehmens, welches in den Samtgemeinden Kirchdorf und Schwaförden operiert (vgl. Experteninterview 12),

- um die Inhaberinnen einer ambulanten sowie einer stationären Pflegeeinrichtung in der Samtgemeinde Schwaförden; beide Pflegereinrichtungen befinden sich in Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins, wurden aber aufgrund ihrer Arbeitsweise der Privatwirtschaft zugeordnet (vgl. Experteninterviews 14),
- sowie dem Inhaber eines großflächigen Lebensmitteleinzelhandels in der Stadt Sulingen (vgl. Experteninterview 16).

Bei den ausgewählten Vereinen und gemeinnützigen Institutionen handelt es sich um...

- die Vorsitzenden regional operierender Kulturvereine (vgl. Experteninterview 8, 10, 15)
- den Vorsitzenden eines in der Gemeinde Staffhorst situierten Sportvereins (vgl. Experteninterview 9),
- die Vertreterin einer integrativ arbeitenden Anlaufstelle für gesundheitliche Fragestellungen, die sich zwar in Trägerschaft der Stadt Sulingen befindet, aber aufgrund des sozial ausgerichteten Tätigkeitsfelds dem Dritten Sektor zugeordnet wurde (vgl. Experteninterview 13)
- die Leiterin eines Berufsbildungszentrums mit Standorten in Diepholz und Sulingen, welches sich zwar in Trägerschaft des Landkreises Diepholz befindet, aber eng mit einer regionalen Stiftung affiliert ist (vgl. Experteninterview 17)

Auch die Kontaktaufnahme zu den privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Akteuren wurde maßgeblich von den politischen Entscheidungsträgern der Samtgemeinden und der Stadt Sulingen unterstützt. Dies erwies sich als äußerst positiver Faktor, da die meisten Interviewpartner bereits im Vorfeld der Kontaktaufnahme durch diese sensibilisiert worden waren. Um den Befragten eine möglichst natürliche Gesprächsatmosphäre einzuräumen, wurden die Interviews zumeist direkt am Arbeits- oder Wohnort durchgeführt. Lediglich zwei Interviews wurden aufgrund von Unsicherheiten bezüglich der COVID-19-Situation per Videokonferenz durchgeführt. Insgesamt waren alle Gespräche von einer positiven Grundstimmung und Gesprächsbereitschaft seitens der Interviewpartner geprägt.

Lediglich ein Interview erfuhr hinsichtlich der Gesprächsatmosphäre Beeinträchtigungen, da es am Arbeitsplatz durchgeführt wurde und wiederkehrende Unterbrechungen sowie ein allgemein hoher Geräuschpegel im Hintergrund zu oft kurzen Antworten geführt haben. Um dem entgegenzuwirken wurden mitunter repetitive und suggestive Rückfragen gestellt, die das Antwortverhalten der befragten Person beeinflusst haben (vgl. Experteninterview 11, 369-421).



### 6.3.2 Auswahl der Interviewpartner

Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde großer Wert daraufgelegt, alle Teilräume des Sulingen Landes in möglichst gleicher Intensität zu berücksichtigen. So stammen fünf der befragten Akteure aus der Stadt Sulingen, fünf aus der Samtgemeinde Schwaförden, vier aus der Samtgemeinde Siedenburg und drei aus der Samtgemeinde Kirchdorf. Zudem konnte mit elf männlichen und sieben weiblichen Befragten ein in etwa ausgewogenes Geschlechterverhältnis erzielt werden.

Auffällig hinsichtlich der Auswahl der Interviewpartner ist die weitestgehende Ausklammerung der schulischen Bildung mit Ausnahme eines Berufsbildungszentrums. Grund hierfür ist die Tatsache, dass es sich bei Schulen um Anstalten des öffentlichen Rechts handelt, deren Handeln in Bezug auf die Adoption digitaler Instrumente maßgeblich von den Lehrplänen der Bundesländer eingerahmt wird und deshalb einer weniger freien Aushandlung auf regionaler Ebene unterliegt. Hinzu kommt, dass die Workshops im Rahmen des Projektes „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“ insgesamt nur zwei auf das Thema Bildung bezogene Projektideen hervorgebracht haben (siehe Abbildung 58; vgl. Born, Ortland 2019B, 6).

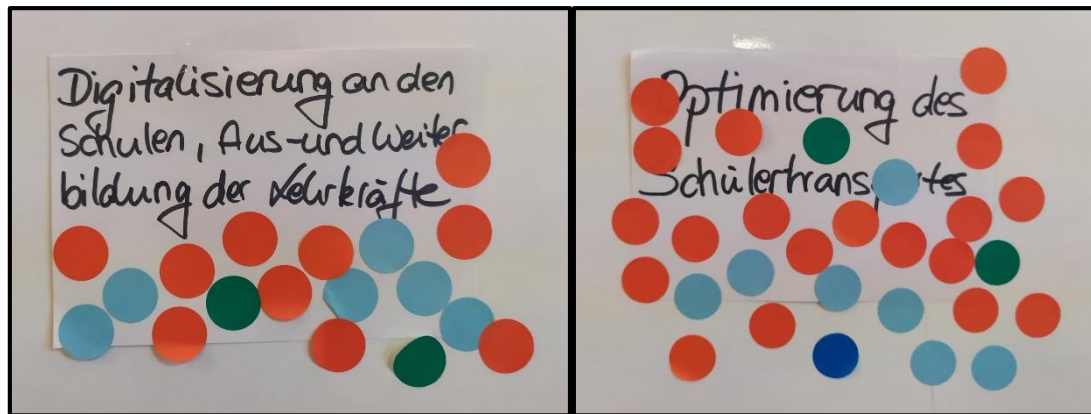


Abbildung 58: Ideensteckbriefe zum Themenfeld Bildung aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial

Diese forcieren zum einen die Digitalisierung an Schulen durch Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und zum anderen die Optimierung des Schülerverkehrs. Beide Steckbriefe sind mehr als Zielebenen, denn als operative Maßnahmen zu verstehen. Erster Steckbrief (links) berührt dabei eine Sphäre (Weiterbildung des Lehrpersonals), welche vornehmlich durch die Bundesländer sowie durch die Schulen selbst geregelt wird. Letzterer Steckbrief (rechts) greift weniger einen bildungsbezogenen Aspekt auf, sondern lässt sich vielmehr dem Feld der Mobi-

lität zuordnen. Demnach sind beide Steckbriefe im Rahmen eines regionalen Aushandlungsprozesses nur bedingt realisierbar, beziehungsweise betreffen sie einen anderen Bereich von Daseinsvorsorge. Aufgrund dieser Sachlage wurde der Fokus der Interviews stattdessen auf die Berufsbildung und die gemeinnützige Erwachsenenbildung gelegt.

Die Auswahl eines großflächigen, zentral situierten Lebensmitteleinzelhandels und kleiner, eher dezentraler Lebensmittelgeschäfte im Bereich der Privatwirtschaft erfolgte, um die jetzige und zukünftige Bedeutung von Bestell- und Lieferservices für die regionale Nahversorgung aus strukturell unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren. Auffällig an den Workshop-Ergebnissen aus dem Jahr 2019 ist, dass trotz der großen Bedeutung, der mobilen Versorgungskonzepten in der wissenschaftlichen Diskussion beigemessen wird, ein stationärer Ansatz ohne digitalen Charakter als priorisierte Maßnahme identifiziert wurde (siehe Abbildung 59).

Demgegenüber wurde die Schaffung eines digitalen Bestell- und Lieferservices nicht einmal als Maßnahmensteckbrief in die Workshop-Dokumentation mit aufgenommen (vgl. Born, Ortland 2019B, 6). Ziel der empirischen Auswertungen sollte es deshalb sein, ein multiperspektivisches Verständnis der rahmengebenden Faktoren in Bezug auf mobile und digitale Ansätze im Bereich der Lebensmittelversorgung zu schaffen.

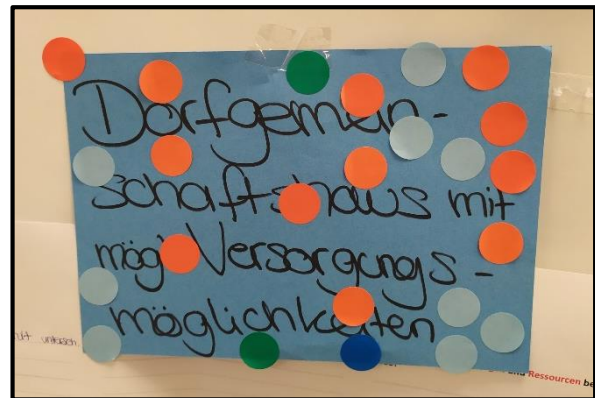


Abbildung 59: Ideensteckbrief zum Themenfeld Grund- und Nahversorgung aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial

Die Auswahl der Inhaberin eines lokal ansässigen Taxiunternehmens liegt darin begründet, dass dem aktuell in den Samtgemeinden Kirchdorf und Schwaförden angebotenen Anruf-Sammeltaxi, welches in Kooperation mit jenem interviewten Taxiunternehmen erfolgt, eine große Bedeutung im Kontext der regionalen Daseinsvorsorge zukommt. Das Anruf-Sammeltaxi der Samtgemeinde Kirchdorf erweitert bereits seit einigen Jahren das Angebot des Linienverkehrs auf bedarfsorientierter Basis. Es ist insbesondere konzipiert für Bewohner solcher Ortsteile, die nur wenig an die regulären Buslinien angeschlossen sind (siehe Kapitel 5.4.5). Das Taxi kann per Anruf zu einer festen Haltestelle geordert werden. Der Fahrtpreis beträgt vier Euro (vgl. Homepage Samtgemeinde Kirchdorf 2020). Ein vergleichbares Angebot existiert auch in der Samtgemeinde Schwaförden (vgl. Homepage Samtgemeinde Schwaförden 2020).

Darüber hinaus wurde die Einführung einer App zur Kontaktaufnahme zu einem für das gesamte Sulinger Land agierendem Anruf-Sammeltaxi im Rahmen der im Jahr 2019 durchgeführten Workshops innerhalb des Themenfelds Mobilität zur priorisierten Maßnahme gewählt (siehe Abbildung 60). Hinzu kommt, dass jene Maßnahme auch im abschließend erarbeiteten Handlungskonzept von den Projektpartnern klar als Leitprojekt identifiziert wurde, dessen zeitnahe Umsetzung in einer Kooperationsvereinbarung bekräftigt wurde (vgl. Born, Ortland 2019B, 22ff.). Mittels der Haushaltsbefragung und der Experteninterviews sollten deshalb insbesondere die Perspektiven der Nachfrager- und Anbieterseite auf die Realisierung eines solchen Angebotes betrachtet werden.

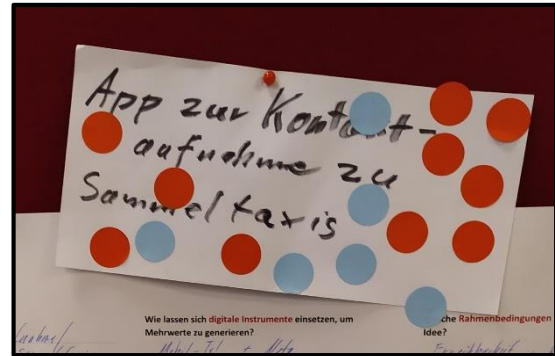


Abbildung 60: Ideensteckbrief zum Themenfeld Mobilität aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial

Hinsichtlich der medizinischen Versorgung ist von Bedeutung, dass vor allem die Realisierung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) für das Sulinger Land als Leitprojekt aus den Workshops hervorgegangen ist (siehe Abbildung 61; vgl. Born, Ortland 2019B, 23). Aus diesem Grund wurde explizit eine Einrichtung in Trägerschaft der Stadt Sulingen ausgewählt, die zwar eher sozial orientiert ist, aber einem solchem integrativen Standortkonzept am nächsten kommt. Besagte Einrichtung bietet seit dem Jahr 2014 in ihren Räumlichkeiten unter anderem eine Schwangerenberatung des Diakonischen Werkes, eine Beratungsstelle für Frauen und Mädchen bei häuslicher Gewalt, Sprechstunden einer Heilpraktikerin und ein Seniorenservicebüro an (vgl. Homepage FamilienGesundheitsZentrum Sulinger Land 2021).



Abbildung 61: Ideensteckbriefe zum Themenfeld Medizinische Versorgung aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial

Demgegenüber wurde der Idee, eine EDV-gestützte Pflegedokumentation zu entwickeln im Rahmen eines abschließenden Votings unter den Teilnehmenden des Vertiefungsworkshops am 23.09.2019 in der Grundschule Siedenburg nur wenig Aufmerksamkeit beigemessen. Nichtsdestotrotz leisten Pflegeeinrichtungen einen fundamentalen Beitrag zur medizinischen Versorgung der Region. Deshalb wurden bewusst die Inhaberin eines ambulanten Pflegedienstes und die Inhaberin eines stationären Pflegedienstes, die in der Gemeinde Ehrenburg eng zusammenarbeiten, in einem Doppelinterview befragt.

Die Auswahl der Interviewpartner, die im weiteren Sinne dem Dritten Sektor zuzuordnen sind, ist vor allem von der Dominanz lokaler Kulturvereine bei gleichzeitiger Ausklammerung traditionell-ländlicher Vereinstypen (Sport-, Schützen- und Heimatvereine etc.) geprägt. Eine tiefergehende, wissenschaftliche Betrachtung der Perspektive letzterer Vereinstypen wurde im Rahmen der Experteninterviews bewusst nicht forciert, da ihre Bedeutung für das öffentliche Leben im ländlichen Kontext zum einen bereits hinlänglich wissenschaftlich erforscht wurde. Zum anderen wurde beim Vertiefungsworkshop in Siedenburg von den dort anwesenden Akteuren vor allem ein Schulungsangebot für Vereinsvorstände bezüglich Datenschutz und Dokumentenmanagement priorisiert (siehe Abbildung 62).

Eine operative Digitalisierungsmaßnahme im eigentlichen Sinne, wie etwa die Etablierung eines übergreifenden Veranstaltungskalenders und Kommunikationssystems für alle Vereine des Sulinger Landes, erfuhr hingegen kaum Aufmerksamkeit. Da darüber hinaus vor allem die Bündelung von Vereinsstrukturen und -Kompetenzen als Maßnahme vermehrt priorisiert wurde (vgl. Born, Ortlund 2019B, 6), fiel der Blick bewusst auf den bislang einzigen Sportverein des Sulinger Landes, der sich durch tiefgreifende Kooperationspraktiken mit anderen Vereinen hervorgetan hat.

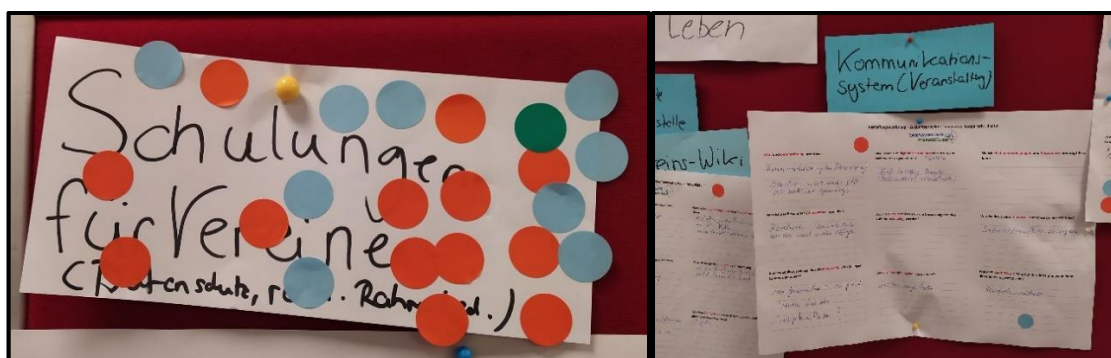


Abbildung 62: Ideensteckbriefe zum Themenfeld Teilhabe am öffentlichen Leben aus dem Vertiefungsworkshop in der Samtgemeinde Siedenburg am 23.09.2019, eigenes Bildmaterial

Die Perspektive lokaler Kulturvereine wurde deshalb forciert, da es sich zumeist um junge Vereine handelt, die abseits der traditionell-etablierten Vereinsarbeit agieren und somit häufig in besonderem Umfang auf Kreativität und Flexibilität angewiesen sind, um Mitglieder zu genieren und Veranstaltungen zu etablieren:

*„[...] Ich bin eigentlich 2015 in den Vorstand gegangen. Oder Ende 2014 kann es auch sein. [...] Und dann war es so, dass der alte Vorstand quasi nach drei Jahren, in denen ich da drin war, [...] sich komplett auflösen wollte. Man muss aber sagen, dass die Vorsitzende 79 oder 80 Jahre alt war. [...] Und dann haben wir den Verein da am Leben erhalten und dann mussten wir uns auch neu strukturieren. Meine Motivation war es eigentlich nicht, dass mit treibender Kraft und Fahne vorweg zu machen. Dann haben wir uns da auch erst mal ein halbes Jahr zurückgehalten, weil wir uns überlegen mussten, was wir von den alten Strukturen übernehmen können.“ (Experteninterview 10, 3)*

Diese Umstände ließen sich als eine Form des Innovationsdrucks charakterisieren, durch den sich eine Abgrenzung zu traditionellen Vereinen mit etablierten Mitglieder- und Veranstaltungsstrukturen herstellen lässt. So war es naheliegend, die Möglichkeiten digitaler Instrumente zur Unterstützung der Teilhabe am öffentlich-kulturellen Leben vor allem anhand jener Vereinstypen zu untersuchen, die zum einen einem größeren Existenzdruck unterliegen und zum anderen im Rahmen der bisherigen, wissenschaftlichen Auseinandersetzung noch wenig Aufmerksamkeit erfahren haben.

### **6.3.3 Datenerfassung und -Auswertung**

Im Gegensatz zur Haushaltsbefragung zielten die Experteninterviews auf die Generierung eines quantitativ deutlich kleineren Datenpools ab. Die Auswahl von Akteuren nach obigen Kriterien diente dazu, den eher standardisierten Charakter der Haushaltsbefragung um neue, stärker problem- und kompetenzzentrierte Perspektiven von Akteuren zu ergänzen, die maßgeblich für die Ausgestaltung des Angebots von Daseinsvorsorge verantwortlich sind (vgl. Witzel 2000, 1ff.). Da es nur schwerlich möglich ist, einer Haushaltsbefragung eine ebenso breite Masse an Perspektiven von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und Drittem Sektor gegenüberzustellen, werden „[...] die Experten als "Kristallisationspunkte" praktischen Insiderwissens betrachtet und stellvertretend für eine Vielzahl zu befragender Akteure interviewt [...]“ (Bogner, Menz 2002, 7). Dies bedeutet, dass hier das Erkenntnisinteresse vor allem auf berufsbeziehungsweise positionsbedingtes Wissen hinsichtlich komplexerer Sachverhalte abzielte, wobei jedoch immer auch bewusst die Sphäre des Privaten einbezogen wurde.

Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, wurden die Gespräche trotz Leitfäden, die dem Anhang (5, 6, 7) zu entnehmen sind, auf der Grundlage einer größeren Narrationsfreiheit gestaltet. Das Resultat sind Interviews, die in der Regel deutlich länger sind als die Haushaltsbefragungen sowie eine insgesamt offenere Gesprächsstruktur aufweisen. Abgesehen von diesen Unterschieden folgte die Ausgestaltung der Interviews auch hier den Ausführungen von WITZEL (2000, 6ff.) bezüglich Gesprächsführung, Leitfadengestaltung, Aufzeichnung und Transkription. Auch die angewandte Methodik der Datenerfassung und -Auswertung unterscheidet sich nicht von der der Haushaltsbefragung (siehe Kapitel 6.2). Die nach gleichem Regelwerk (vgl. Dresing, Pehl 2013, 21ff.) erstellten Transkripte wurden erneut einem Kodierprozess unterworfen, der sich an den Grundlagen der qualitativen Inhaltsanalyse orientiert. Im Gegensatz zur Auswertung der Haushaltsbefragung wurden hierbei jedoch weniger „[...] Kategorienhäufigkeiten eruiert und statistisch analysiert“ (Mayring, Fenzl 2019, 634). Vielmehr wurden die Kategorien in diesem Fall offener gestaltet, um die Artikulation komplexerer Sinnzusammenhänge mit in die Codierung einbeziehen zu können. Eine Übersicht der verwendeten Codes und Subcodes sowie der Codehäufigkeiten ist auch in diesem Fall dem Anhang (8) zu entnehmen.

Ebenso wie die Haushaltsbefragungen wurden die Experteninterviews mittels des Leitfadens in verschiedene, thematische Blöcke heruntergebrochen. Den eigentlichen, inhaltlichen Fragen wurde auch hier eine Einleitung vorgeschoben, die darauf abzielte, mit allgemeinen Fragen rund um die repräsentierte Einrichtung, Institution usw. den Interviewpartner in seiner Alltagsrealität abzuholen und so einen unproblematischen Gesprächseinstieg zu ermöglichen (vgl. Lamnek 2010, 334f.). Auch die Motivation des Interviewpartners, am Interview teilzunehmen wurde zu Beginn des Interviews erfragt. So konnte bereits früh herausgearbeitet werden, welche individuellen Interessen bei der Auseinandersetzung mit den Themen der Daseinsvorsorge und der Digitalisierung für den Interviewpartner eine Rolle spielen.

Der erste thematische Block widmete sich dem Thema der Daseinsvorsorge. Trotz der Expertenrolle der Befragten stand auch hier nicht im Vordergrund, eine möglichst sachliche Beschreibung der regionalen Daseinsvorsorge vorzunehmen. Vielmehr wurde erfragt, was die Interviewpartner spontan mit der Begrifflichkeit assoziieren und inwieweit sie in ihrem eigenen Alltag eine Auseinandersetzung mit dem Thema feststellen können. Auch wurde der Stellenwert der eigenen Einrichtung oder Firma im System der regionalen Daseinsvorsorge erfragt. Daran anknüpfend galt es, seitens der Interviewpartner eine Prognose hinsichtlich der zukünftigen Herausforderungen der Daseinsvorsorge im Sulinger Land abzugeben.

Der zweite thematische Block galt folgerichtig der Digitalisierung. Auch in diesem Zusammenhang strebte der Leitfaden nicht an, das Gespräch auf technische Details zu lenken. Vielmehr sollten die Interviewpartner ihre berufs- oder funktionsbedingten Berührungspunkte mit Digitalisierung darlegen. Von besonderem Interesse waren dabei bereits etablierte oder aber geplante digitale Angebote seitens der repräsentierten Einrichtung oder Institution. Auch die Nachfrage nach solchen Angeboten und die dabei auftretenden, hindernden Faktoren standen beim Gespräch im Mittelpunkt. So soll schließlich ein Bild über die aktuelle Ausgangslage digitaler Angebote in der regionalen Daseinsvorsorge erzeugt werden.

Im dritten Block wurden die Interviewpartner schließlich dazu aufgefordert, auf Grundlage ihrer vorausgegangenen Ausführungen eine Einschätzung darüber abzugeben, ob der Einsatz von digitalen Instrumenten im Bereich der Daseinsvorsorge in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum leisten kann. Von Interesse war hier die Kristallisation sowohl der professionellen als auch der persönlichen Haltung gegenüber Digitalisierungstendenzen in zentralen Sphären der Daseinsvorsorge, wie etwa der Lebensmittelversorgung, der medizinischen Versorgung oder des kulturellen Lebens. Zudem wurden auch hier die Interviewpartner nach Gestaltungsvorschlägen gefragt. Das damit verbundene Erkenntnisinteresse zielte darauf ab, einen Vergleich zur Haushaltsbefragung insbesondere in Hinblick auf die Fähigkeit der Akteure, auf Grundlage ihrer Erfahrungen konkrete, operative Maßnahmen zu artikulieren, herzustellen.

Der abschließende, thematische Block widmete sich schließlich dem Themenkomplex der Verantwortung. In noch stärkerer Intensität als ihm Rahmen der Haushaltsbefragung wurden die Interviewpartner hier danach gefragt, wen sie für die Ausgestaltung einer zeitgemäßen Daseinsvorsorge in der Verantwortung sehen. Darüber hinaus wurde auch die eigene Verantwortung der Interviewpartner gegenüber ihrem regionalen Umfeld und der dortigen Daseinsvorsorge kritisch erfragt. Hierdurch soll in der Auswertung eine stärkere Kontrastierung hinsichtlich der Wahrnehmung intrinsischer Handlungsmotivationen und der Artikulation externalisierter Verantwortung ermöglicht werden.

### 7. Auswertung der Haushaltsbefragung

Die nachfolgende Auswertung der insgesamt 97 Interviews umfassenden Haushaltsbefragung im Zeitraum vom 11. bis zum 14. Juni 2019 bildet den ersten und zugleich zentralen Bestandteil der Empirie. Nachdem zunächst die soziodemographischen Daten der Befragten dargestellt werden (siehe Kapitel 7.1) widmet sich die Analyse der Wahrnehmung und Nutzung infrastruktureller Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 7.2), der teilhabeorientierten Lebensqualität (siehe Kapitel 7.3), der lebensweltlichen Bezüge der Befragten zur Digitalisierung (siehe Kapitel 7.4) sowie abschließend der Rollen- und Verantwortungsverständnisse (siehe Kapitel 7.5). Die Haushaltsbefragung (n=86) und die Befragung im Betreuten Wohnen in Freistatt (n=11) werden dabei grundsätzlich getrennt voneinander betrachtet, um so in angemessener Tiefe auf die Besonderheiten dieser gesellschaftlichen Teilgruppe eingehen zu können.

#### 7.1 Soziodemographische Daten der Befragten

Die statistischen Angaben zum Geschlecht der Interviewpartner (siehe Abbildung 63) zeigen ein insgesamt relativ ausgewogenes Verhältnis. Da die Befragung ganztägig, in der Regel von 9 Uhr morgens bis 18 Uhr abends durchgeführt wurde und nicht angetroffene Haushalte erneut aufgesucht wurden, konnten Beeinflussungen durch berufliche Abwesenheit oder anderweitige Verhinderungen weitestgehend ausgeschlossen werden. Die leichte Dominanz der weiblichen Befragten kann dennoch als ein mögliches Indiz dafür verstanden werden, dass Männer im erwerbsfähigen Alter aufgrund von Berufstätigkeit tagsüber mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit zu Hause anzutreffen sind, während Frauen in zumeist eher traditionell organisierten, ländlichen Familien mehr Zeit im Haushalt verbringen.

Die Altersstruktur der Befragten (siehe Abbildung 64) spiegelt klar den voranschreitenden demographischen Wandel in der Region wider (siehe Kapitel 5.2); die Altersgruppe der 45 bis 65-Jährigen (n=41; 42%) macht zusammen mit der Gruppe der über 65-Jährigen (n=27; 28%) beinahe dreiviertel der Befragten aus. Demgegenüber wurden in der gesamten Haushaltsbefragung insgesamt nur fünf Personen unter 25 Jahren befragt. Einige Interviews konnten leider nur bedingt hinsichtlich der demographischen Daten der Befragten ausgewertet werden („nicht auswertbar“), da die Abfrage des Kurzfragebogens nicht aufgenommen wurde und der schriftliche Vermerk teilweise lückenhaft erfolgt ist. Eine tabellarische Übersicht über alle demographischen Daten, differenziert nach Befragungsgebieten ist der Arbeit im Anhang (9) beigefügt. Diese beinhaltet auch diejenigen demographischen Daten, die nur den schriftlich ausgefüllten Kurzfragebögen zu entnehmen war.



## 7. Auswertung der Haushaltsbefragung

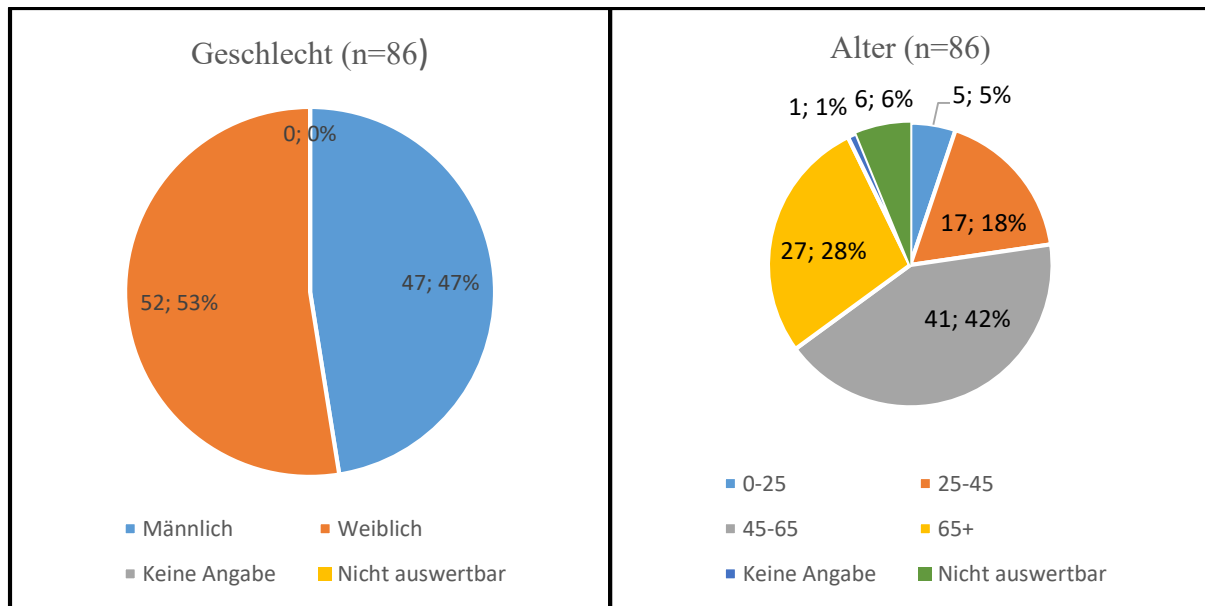


Abbildung 63 (links): Geschlecht (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

Abbildung 64 (rechts): Alter (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

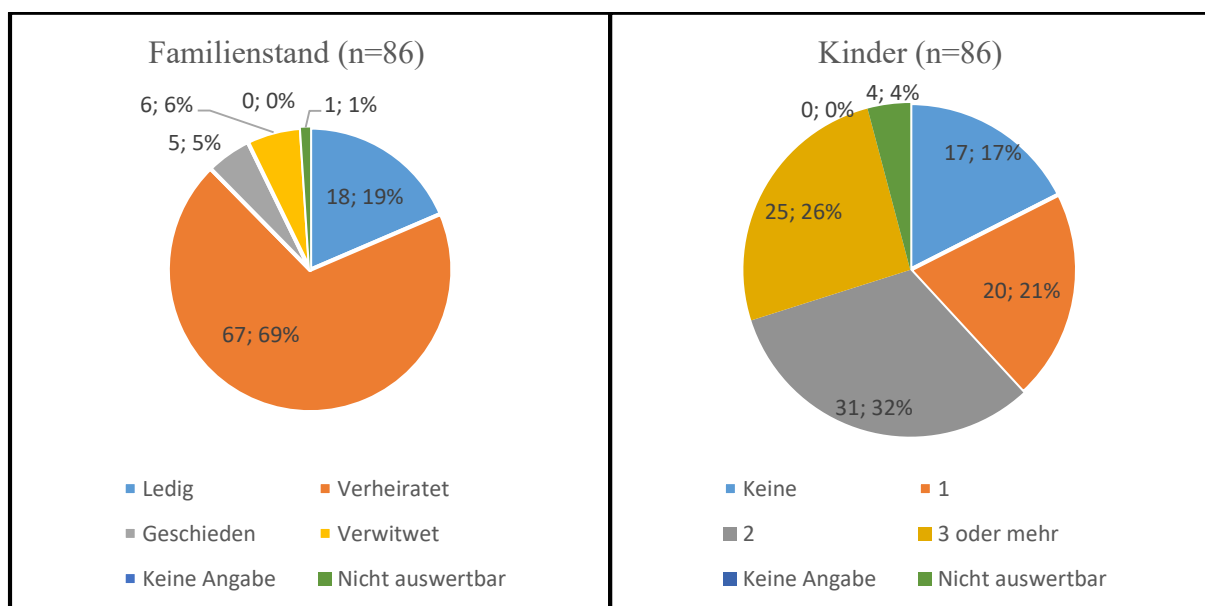


Abbildung 65 (links): Familienstand (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

Abbildung 66 (rechts): Kinder (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

## 7. Auswertung der Haushaltsbefragung

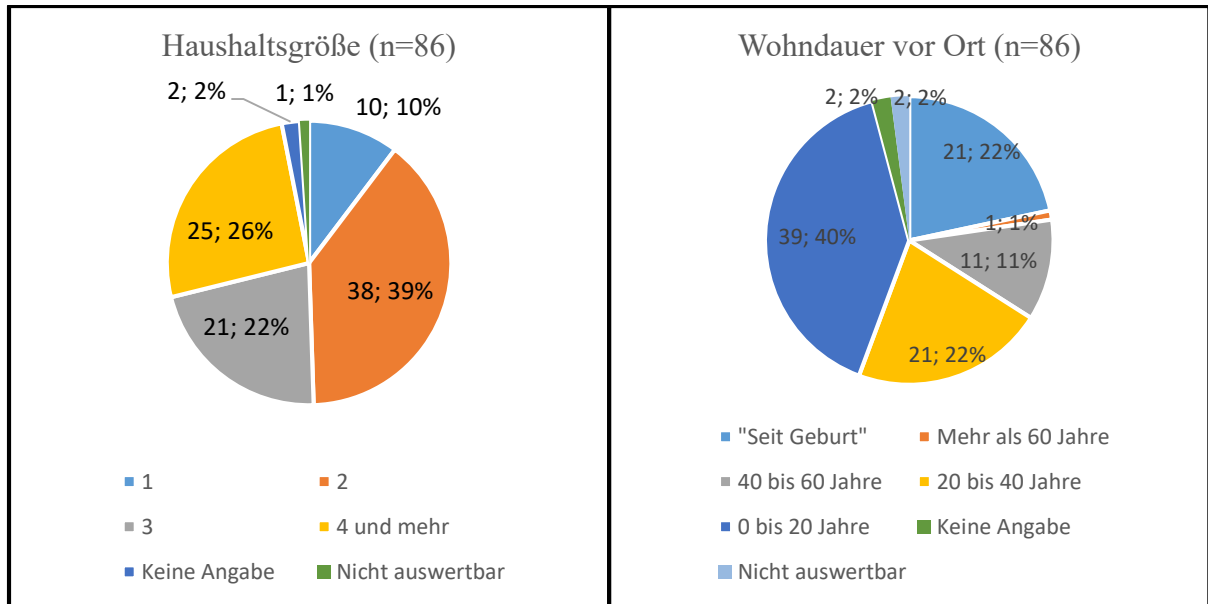


Abbildung 67 (links): Haushaltsgröße (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

Abbildung 68 (rechts): Wohndauer vor Ort (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

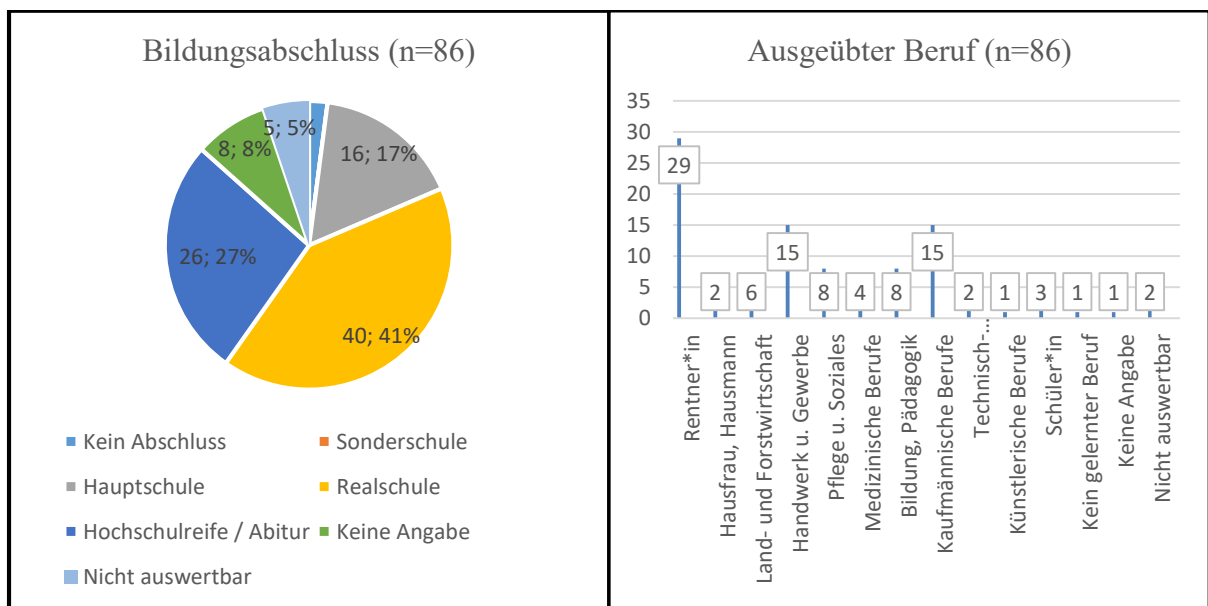


Abbildung 69 (links): Bildungsabschluss (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

Abbildung 70 (rechts): Ausgeübter Beruf (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Doppelbefragungen in den Interviews Freistatt 4, ebd. 6, ebd. 16, ebd. 23; Groß Lessen 11, 6; Staffhorst 5, ebd. 7, ebd. 24, ebd. 25, ebd. 26, ebd. 27; Stocksdorf 17

Das auf die haushaltsbezogenen Fragen (siehe Abbildungen 65-67) bezogene Antwortverhalten zeigt insgesamt auf, dass die große Mehrheit der Interviewpartner in traditionell organisierten Familien- und Haushaltsstrukturen verortet ist. So gab mehr als zwei Drittel der Befragten an, verheiratet zu sein (n=67; 69%) und Kinder zu haben (n=79; 79%). Somit überwiegt bei den befragten Personen eine klassische Form des familiären Zusammenlebens. Die Angaben zur Haushaltsgröße sind als logische Konsequenz hieraus zu verstehen. Die überwiegende Haushaltsgröße von zwei Personen (n=38; 39%) ist auf Ehepaare, deren Kinder bereits ausgezogen sind, zurückzuführen. Die ebenfalls stark vertretenen Haushaltsgrößen von drei (n=21; 22%) beziehungsweise vier oder mehr Personen (n=25; 26%) repräsentieren Ehepaare mittleren Alters, die mit Kindern und/oder den eigenen Eltern im Haushalt leben. Vereinzelt waren auch solche Haushalte mit mehr als fünf Personen anzutreffen, die als ländliche Großfamilien zu klassifizieren sind (vgl. Interview Freistatt 3, 70-77; Interview Groß Lessen 3, 124-127; Interview Staffhorst 20, 92-95; ebd. 22, 132-134).

Ein auf den ersten Blick etwas unerwartetes Bild zeigt sich bei der Betrachtung der Wohndauer der Befragten vor Ort (siehe Abbildung 68). Denn hier gibt der größte Teil der Interviewpartner an, nicht länger als 20 Jahre vor Ort zu wohnen (n=39; 40%). Demgegenüber gab nur etwa jeder Fünfte an, seit der Geburt vor Ort zu leben (n=21; 22%). Angesichts der ländlichen Prägung aller Untersuchungsräume erscheint die Dominanz der „Zugezogenen“ gegenüber den „Einheimischen“ zunächst ungewöhnlich. Allerdings können bei genauerer Analyse der Daten verschiedene Erklärungen hierfür gefunden werden.

So zeigt sich insbesondere für die Gemeinde Freistatt, dass einige der Befragten erst in jüngerer Vergangenheit aus beruflichen und/oder persönlichen Gründen zugezogen sind (vgl. Interview Freistatt 13, 136-139; ebd. 17, 79-82; ebd. 19, 107-110; ebd. 25, 101-104). Zudem wurden in Freistatt insgesamt fünf Personen befragt, die vor einigen Jahren nach Freistatt gezogen sind, um die Angebote der nachgelagerten Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies bedeutet, dass die Personen zwar selbstständig in einem separaten Haushalt wohnen, aber aufgrund von psychischen Erkrankungen oder anderweitigen Einschränkungen Unterstützungsangebote der dortigen Diakonie in Anspruch nehmen (vgl. Interview Freistatt 9, 83-90; ebd. 10, 54-63; ebd. 11, 87-94; ebd. 12, 39; ebd. 20, 155-166). Hinzu kommt, dass es sich beim Untersuchungsraum innerhalb der Ortschaft Groß Lessen um einen mehr oder weniger geschlossenen Siedlungskörper jüngerer Einfamilienhäuser handelt. Die Befragten gaben mehrheitlich an, in den 2000er Jahren dort gebaut zu haben (vgl. Interview Groß Lessen 1, 82-100; ebd. 2, 133-148; ebd. 3, 113-131; ebd. 4, 86-100).

Hinsichtlich der Bildungsabschlüsse der Befragten (siehe Abbildung 69) überwiegt die mittlere Reife (n=40; 41%), gefolgt von der Hochschulreife (n=26; 27%). Drei befragte Personen, die zur Zeit der Befragung angaben, sich in den Abitur-Abschlussprüfungen zu befinden, wurden zweiter Kategorie zugeschlagen (vgl. Interview Staffhorst 22, 140-144; ebd 24, 186-195; ebd. 26, 177-182). Anknüpfend hieran zeigt sich bei den ausgeübten Berufen der Befragten (siehe Abbildung 70) zunächst ein hoher Anteil an Rentnern (n=29), was auf die allgemeine Altersstruktur der Befragten zurückzuführen ist. Darüber hinaus sind vor allem Ausbildungsberufe in den Bereichen Handwerk und Gewerbe (n=15) und im kaufmännischen Bereich (n=15) dominant. Die starke Ausprägung der Berufsfelder Pflege und Soziales (n=8) sowie Bildung und Pädagogik (n=8) ist mitunter mit der Präsenz von Bethel im Norden als großem regionalen Arbeitgeber zu begründen (vgl. Interview Freistatt 3, 82-89; ebd. 13, 144-147; ebd. 18, 101-108; Interview Groß Lessen 3, 132-135). Angesichts der ländlichen Prägung der Untersuchungsräume war auch die Landwirtschaft in den Berufsbildern stärker vertreten (vgl. Interview Freistatt 15, 168-171; ebd. 18, 101-108; Interview Staffhorst 6, 115-126; ebd. 18, 121-124; ebd. 27, 216-219). Hinzu kommen Personen im Rentenalter, die angaben, dennoch weiterhin den Hof landwirtschaftlich zu bewirtschaften (vgl. Interview Staffhorst 11, 99-106; ebd. 19, 117-120; Interview Stocksdorf 2; ebd. 6). Akademische Berufe bildeten insgesamt eher die Ausnahme (vgl. Interview Groß Lessen 3, 132-135; Interview Staffhorst 13, 115-122; ebd. 25, 160-172; ebd. 26, 173-176; Interview Stocksdorf 17).

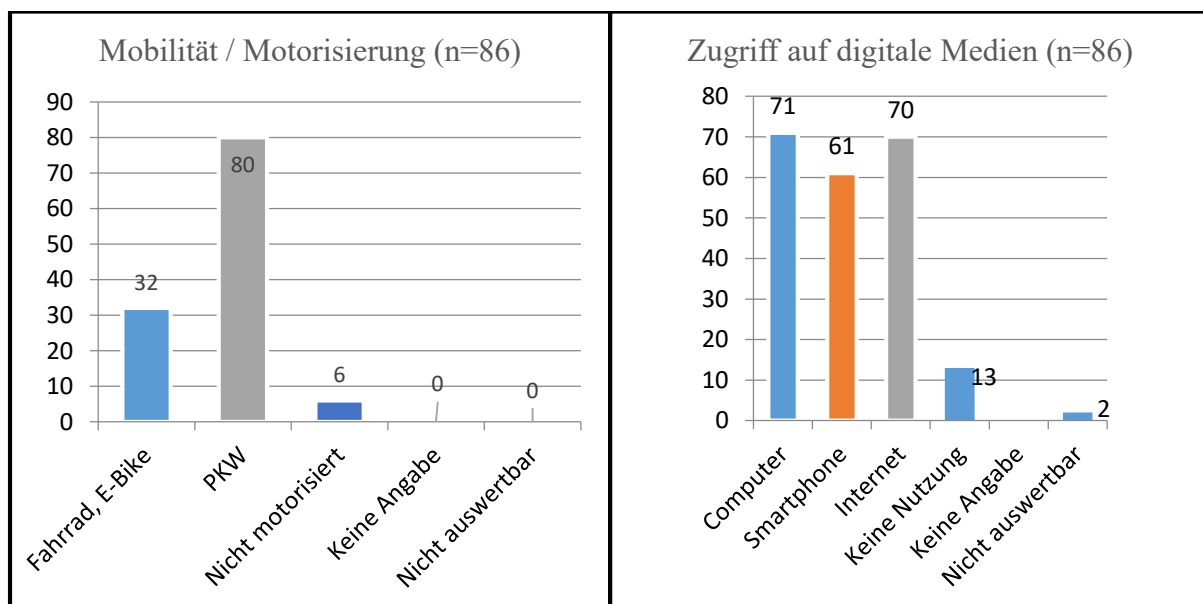


Abbildung 71 (links): Mobilität/Motorisierung (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen, Angaben in Doppelbefragungen wurden als stellvertretend für den ganzen Haushalt gewertet

Abbildung 72 (rechts): Zugriff auf digitale Medien (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen, Angaben in Doppelbefragungen wurden als stellvertretend für den ganzen Haushalt gewertet

Die GIS-Analyse der Daseinsvorsorgesituation im Sulinger Land hat aufgezeigt, dass die Erreichbarkeit der entsprechenden Einrichtungen und damit auch die Teilhabe am öffentlichen Leben stark an den motorisierten Individualverkehr gekoppelt sind (siehe Kapitel 5.4.5). Die Angaben der Interviewpartner hinsichtlich ihrer Motorisierung unterstreichen dies völlig (siehe Abbildung 71). 80 der 86 befragten Haushalte gaben an, über mindestens einen PKW zu verfügen und diese/n zu nutzen. 32 Haushalte gaben im Laufe der Befragung explizit an, zusätzlich ein Fahrrad oder E-Bike als Fortbewegungsmittel zu nutzen. Nur sechs Haushalte waren in keiner Weise motorisiert. Hier ist jedoch anzumerken, dass fünf dieser sechs Haushalte auf die Interviewpartner in Freistatt entfallen, die die Angebote der nachgelagerten Hilfe in Anspruch nehmen (vgl. Interview Freistatt 9, 113-116; ebd. 10, 19-26; ebd. 11, 104.; ebd. 12, 20-23; ebd. 20, 175-178). In der Regel überwiegt jedoch eine Ausstattung mit zwei PKWs pro Haushalt. Größere Mehrgenerationen-Haushalte gaben mitunter an, vier, fünf oder gar sechs PKWs zu nutzen (vgl. Interview Stocksdorf 9, 72-78; Interview Staffhorst 8, 132-135; ebd. 14, 104-110; ebd. 22, 147-154). Tiefergehende Ausführungen zum raumbezogenen Mobilitätsverhalten der Interviewpartner folgen in einem separaten Kapitel (7.2.3).

Ein vermeintlich ebenso eindeutiges Bild zeigt sich hinsichtlich des Zugriffs auf digitale Medien (siehe Abbildung 72). 70 der insgesamt 86 befragten Haushaltsvertreter gaben an, einen Computer (oder Laptop) zu nutzen. 61 von ihnen nutzten ein Smartphone und 70 gaben an, im Haushalt einen stabilen Internet- beziehungsweise WLAN-Zugang zu besitzen und zu nutzen. 13 Personen gaben an, keinerlei digitale Medien zu nutzen, wovon auch hier alleine vier auf Haushalte in der nachgelagerten Hilfe in Freistatt entfallen. Darüber hinaus waren es vor allem Personen im Rentenalter, die angaben, keinen nennenswerten Bezug zu digitalen Medien im Alltag zu haben.

An dieser Stelle könnte argumentiert werden, dass diese Zahlen die vorangeschrittene Diffusion digitaler Medien in der Bevölkerung offenlegen. Diese Interpretation würde jedoch zu kurz greifen. Denn vielmehr zeigt sich bereits hier, dass ein signifikanter Anteil der Interviewpartner nur einen bedingten Bezug zur Digitalisierung im Lebensalltag hat. Nimmt man die Personen ohne Kontakt zu digitalen Medien (13; 15%) als Ausgangspunkt und bedenkt, dass diese Zahlen noch nicht die tatsächliche Nutzungsintensität oder etwaige Nutzungseinschränkungen durch schlechte Netzabdeckung etc. berücksichtigen (siehe Kapitel 7.4.1, 7.4.2), so muss bereits an dieser Stelle der Rückschluss gezogen werden, dass ein signifikanter Anteil der Befragten nicht oder nur bedingt durch digitale Innovationen in der Daseinsvorsorge erreicht werden kann.

## 7.2 Wahrnehmung und Nutzung von (infrastruktureller) Daseinsvorsorge

Der erste inhaltliche Block der Haushaltsbefragung zielte darauf ab, die Interviewpartner auf einer beschreibenden Ebene Stellung zu ihrer alltagsrelevanten Versorgungssituation beziehen zu lassen. Im Fokus standen dabei Fragen nach Besorgungen, Dienstleistungen und Freizeitangeboten, die in regelmäßigen Abständen in Anspruch genommen werden. Die Ausführungen sollten so zunächst ein Bild darüber vermitteln, welche Versorgungsaspekte eine besondere Relevanz in der alltäglichen Lebenswelt der Befragten haben.

### 7.2.1 Assoziationen und Bezüge

*Was ist Ihre Meinung zum Thema Daseinsvorsorge? Wie betrifft Sie dieses Thema persönlich?* Diese eingangs gestellte Frage diente dazu, gleich zu Beginn des Interviews die lebensweltlichen Bezüge des Interviewpartners zu Aspekten der Daseinsvorsorge offenzulegen. Gleichzeitig sollte so die Vertrautheit mit dem Thema beziehungsweise auch eine erste, grundsätzliche Wertung abstrahiert werden. Die nachfolgende Analyse liefert demnach einen ersten, wichtigen Zugang zur Wahrnehmung der Daseinsvorsorge aus der Sicht der Bürgergesellschaft.

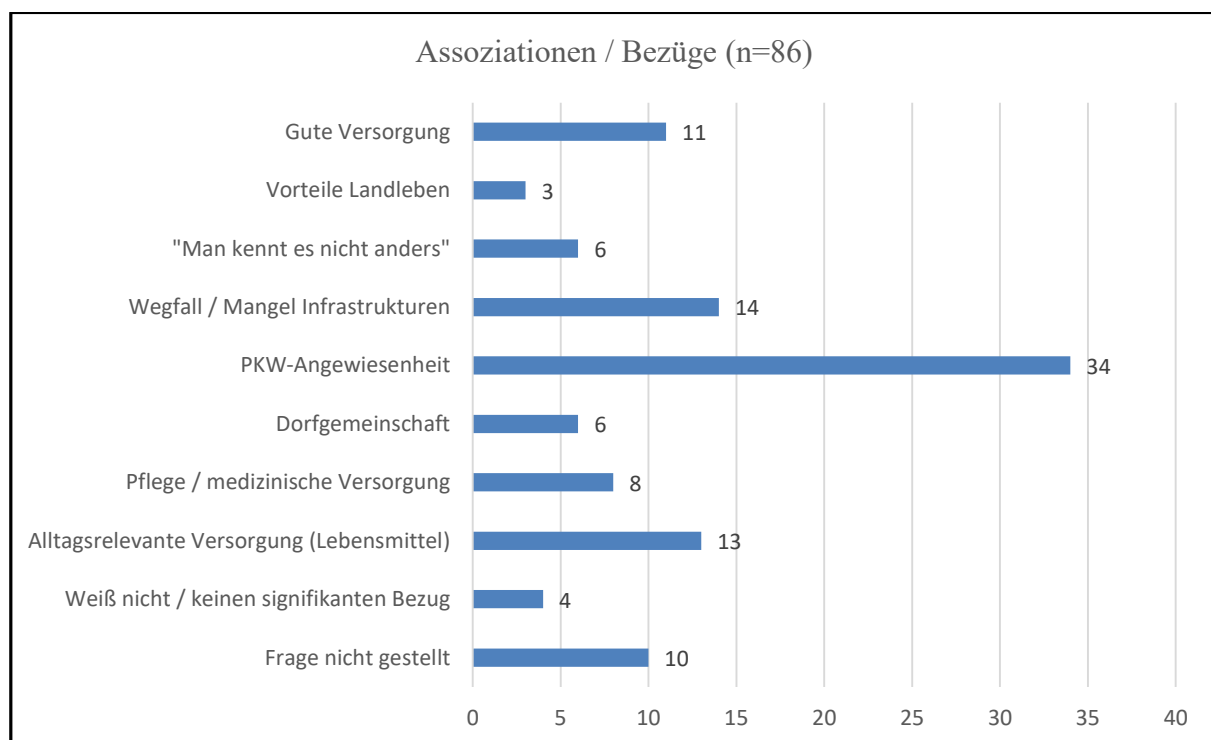


Abbildung 73: Assoziationen / Bezüge zum Thema Daseinsvorsorge (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Die Kategorisierung des Antwortverhaltens zeigt bereits die Komplexität, die bei der Analyse der lebensweltlichen Bezüge und Assoziationen zum Thema Daseinsvorsorge zum Vorschein kam (siehe Abbildung 73). Die Antworten der Interviewpartner sind insgesamt gemäß der Fragestellung durch ein hohes Maß an Subjektivität gekennzeichnet, was häufig auch dazu geführt hat, dass Antworten nicht eindeutig zu kategorisieren waren und auf den Betrachter vermeintlich widersprüchlich wirken:

*„Im Prinzip, da ich ja schon ziemlich alt bin, mache ich mir da überhaupt keine Sorgen drum, weil ich einen kranken Mann habe und der zurzeit in der Kurzzeitpflege ist in Sulingen. (...) Ich fühle mich hier wohl. Das Nötigste, das wir an Lebensmitteln brauchen, kriegen wir hier. Das Problem ist; man ist auf ein Auto angewiesen hier in Freistatt. (...)"* (Interview Freistatt 22, 44)

Obige Aussage bringt beispielsweise gleichermaßen eine Zufriedenheit mit der Versorgungssituation und erhebliche, altersbedingte Einschränkungen zum Ausdruck. Hieran äußert sich bereits ein grundsätzliches Phänomen, was im Laufe der folgenden Analysen wiederkehrend zu beobachten sein wird. Nämlich steht die Wahrnehmung von Einschränkungen im Lebensalltag nicht immer in Korrelation mit einer tatsächlichen Problematisierung dieser (siehe Kapitel 7.3.1, 7.3.2). Das am deutlichsten artikulierte Phänomen im Kontext der lebensweltlichen Bezüge der Befragten zum Thema Daseinsvorsorge ist die Empfindung der Angewiesenheit auf einen PKW (34 Nennungen). Damit verbunden wurden in allen Untersuchungsräumen gleichermaßen in die Zukunft projizierte Einschränkungen zum Ausdruck gebracht, die auf Mobilitätseinbuße mit voranschreitendem Alter zurückzuführen sind:

*„Ja, also, uns betrifft es hier in der Familie speziell ziemlich stark, weil es das große Thema immer ist, wie ich schon sagte; ich bin 67. Was mache ich künftig? Ich muss das planen. Um hier weiter leben zu können, müsste sich hier sehr viel ändern. Ohne Auto, ohne eigenes Auto oder Auto fahren zu können, ist es im Alter eigentlich fast nicht möglich, hier zu leben. Ohne Hilfe nicht. Meine Mutter, die im Oktober 95 wird, habe ich vor vier Jahren zu mir genommen.“* (Interview Staffhorst 4, 4)

Diese Sorgen waren häufig gepaart mit der Beobachtung eines Rückzugs von Versorgungsinfrastrukturen (14 Nennungen). Hinsichtlich der Versorgung spielt für viele Befragte vor allem die Ausstattung mit alltagsrelevanten Gütern und Dienstleistungen, wie Lebensmittelläden (13 Nennungen) oder ärztlichen beziehungsweise pflegerischen Einrichtungen (8 Nennungen) eine große Rolle:

*„Ja sehr. Also, es gibt ja hier einen kleinen Edeka-Laden. Da ist eigentlich so alles drin, was man zum Essen braucht. Grundnahrung und dergleichen. Aber noch sind wir mobil mit dem Auto und mein Mann fährt Einkaufen in Sulingen. (...) Früher war die Versorgung hier anders. Da hatten wir auch eine richtige Bäckerei. Das ist hier alles weggefallen.“* (Interview Freistatt 16, 6)

Diesen an der Oberfläche kritischen Einschätzungen steht jedoch eine ebenso signifikante Anzahl an Reaktionen gegenüber, die die allgemeine Versorgungssituation als ausdrücklich positiv empfinden (11 Nennungen), die Vorteile des Landlebens (3 Nennungen) und die Stärken der Dorfgemeinschaft (6 Nennungen) betonen. Hier hinzu kommt das wiederkehrende Argumentationsmuster, dass man sich an die Situation gewöhnt und den eigenen Lebensstil dahineggend angepasst habe (6 Nennungen):

*“Also, der Standort von der Wohnqualität, finde ich für uns optimal. Also, wir sind auch auf dem Lande groß geworden. Die Stadt reizt uns eigentlich nur [unverständlich]. So, ja. Wir sind beide voll berufstätig. Hier finden wir so unsere; das ist so unser Bereich.“* (Interview Stocksdorf 12, 22)

*“(...) Hier bei uns in Staffhorst hat das bislang sehr, sehr gut geklappt. (...) Die Jugend hilft sich gegenseitig. Oder ich habe einige Bekannte, die alt sind. Die wissen, wenn irgendwas passiert oder sie müssen gefahren werden, dann können sie anrufen. Wenn ich selbst keine Zeit habe, dann gebe ich es weiter.“* (Interview Staffhorst 4, 4)

*„Ja, gut. Ich bin so aufgewachsen. Dann vermisst man das nicht so groß. Das kennen wir nicht anders. (...) Aber man fährt halt immer nach Sulingen und guckt dann, was man für die nächsten Tage besorgt. Und dann nicht jeden Tag, ne.“* (Interview Groß Lessen 1, 20)

Auch letztere Aussage bestätigt das eingangs formulierte und im Verlauf der Arbeit wiederkehrende psychologische Muster. Obwohl Einschränkungen von vielen Befragten klar benannt werden, münden diese dennoch häufig nicht in einer kritischen Gesamtwahrnehmung der Daseinsvorsorge. Vielmehr werden etwaige Einschränkungen im Alltag als ein inhärenter und unausweichlicher Bestandteil des ländlichen Lebens interpretiert. Ein Leben, mit dem viele Befragte groß geworden sind, oder aber sich bewusst dafür entschieden haben:

*„[...] Ich sage mir, wir sind auf dem Land. Fertig. Das ist das, was ich hier habe. Fertig. Mehr gibt es nicht.“* (Interview Groß Lessen 12, 25)

*„(...) Das ist aber ja nun mal typisch für das Land. Und wenn man sich dazu entscheidet, hier zu wohnen, dann nimmt das eben in Kauf. (...)“* (Interview Staffhorst 17, 8)



### 7.2.2 Güter, Dienstleistungen und Freizeitgestaltung mit Alltagsrelevanz

Im Anschluss an die Wiedergabe der subjektiven Assoziationen und Bezüge zum Thema Daseinsvorsorge wurden die dort gegebenen Antworten dahingehend konkretisiert, als das nun gezielt nach den alltagsrelevanten Gütern, Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten sowie ihrer räumlichen Verortung gefragt wurde.

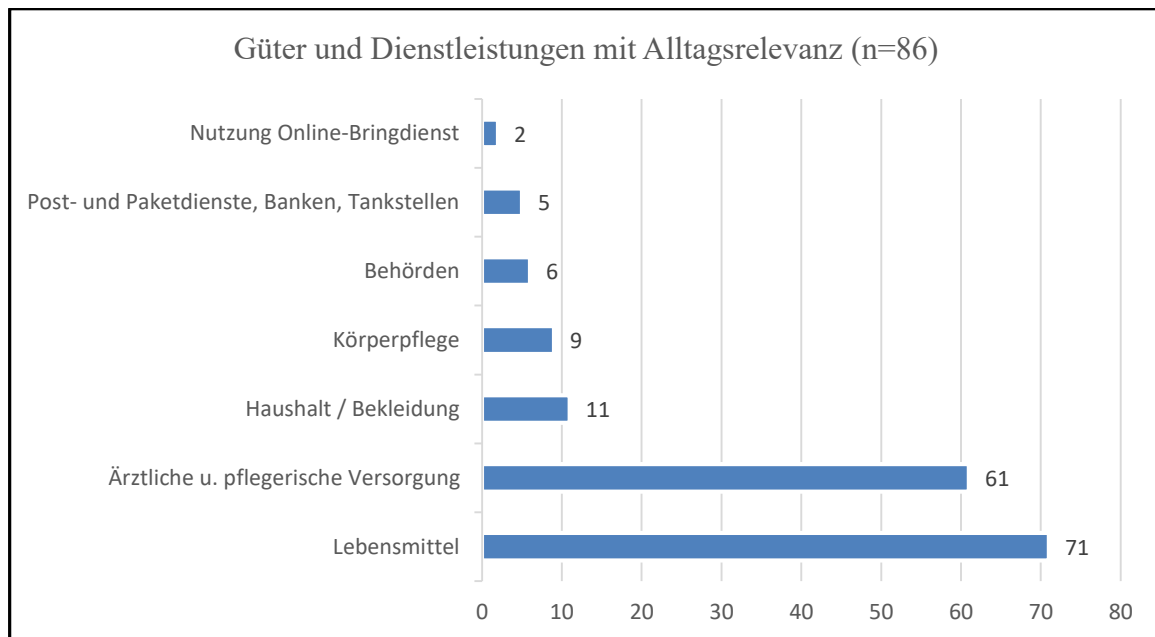


Abbildung 74: Güter und Dienstleistungen mit Alltagsrelevanz (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Die obige Abbildung zeigt, wie zu erwarten, eine klare Dominanz der Lebensmittelversorgung und der Inanspruchnahme ärztlicher sowie auch pflegerischer Dienstleistungen. So gaben 71 der insgesamt 86 Befragten an, dass der Einkauf von Lebensmitteln ihr alltägliches Versorgungsverhalten besonders prägt. Für 61 Interviewpartner war darüber hinaus auch der regelmäßige Besuch von Ärzten oder die Inanspruchnahme von pflegerischen Leistungen im Alltag relevant. Die leicht geringere Anzahl an Nennungen gegenüber der Lebensmittelversorgung ist damit zu erklären, dass einige Interviewpartner angaben, aufgrund stabiler Gesundheit nicht auf den regelmäßigen Besuch von Ärzten angewiesen zu sein (vgl. Interview Freistatt 21, 57; Interview Staffhorst 3, 20; Interview Groß Lessen 1, 28). Von geringerer Bedeutung waren die Besorgung von Haushalts- und/oder Bekleidungsartikeln (11 Nennungen), Körperpflege, beziehungsweise Friseurbesuche (9 Nennungen), Behördengänge (6 Nennungen) oder aber Post- und Paketdienste, Banken oder Tankstellen (5 Nennungen).

Auffällig war darüber hinaus, dass nur zwei Interviewpartner gefragt nach ihrem alltäglichem Versorgungsverhalten, explizit angaben, Bringdienste in Anspruch zu nehmen. Es stellte sich in diesem Zusammenhang heraus, dass ein Lebensmitteleinzelhändler in Sulingen einen Online-Bestellservice und daran gekoppelten Lieferdienst betreibt:

*„(...) Das Einkaufen ist eigentlich das große Problem hier auf dem Land. Inzwischen hat sich das ergeben; in Sulingen können wir jetzt online. Aber das könnte zum Beispiel meine Mutter nicht. Sie könnte aber per Telefon Ihre Waren bestellen. Das ginge jetzt inzwischen. Ich habe mich grade informiert. Es soll fünf Euro kosten pro Lieferung. Das finde ich total in Ordnung. (...)“* (Interview Staffhorst 4, 4)

*„Einkaufen in regelmäßigen Abständen. Online. Über das [...] in Sulingen. Die liefern den Einkauf hier her. Aber das ist jetzt mehr davon geschuldet, dass ich nicht der Typ bin, der gerne losfährt zum Einkaufen. Ich habe ja im Haus genug zu tun und spare mir das dann. Und lasse es mir deshalb bringen.“* (Interview Staffhorst 10, 8)

Demnach deutet sich an dieser Stelle an, dass der häufig bereits früh im Gespräch zum Ausdruck gebrachten Befürchtung einer Mobilitäts- und Versorgungseinschränkung im Alter ein augenscheinlich wenig wahrgenommenes Angebot gegenübersteht. Es stellt sich also die Frage, auf welche Faktoren diese scheinbare Mindernutzung eines modernen Service, für den eine potentiell hohe Nachfrage vorhanden ist, zurückzuführen ist. Mögliche Erklärungsansätze hierfür sollen im weiteren Verlauf der Analyse der Haushaltsbefragung sowie verstärkt auch auf der Grundlage der Experteninterviews mit Anbietern entsprechender Services aufgezeigt werden (siehe Kapitel 8.3.2).

Die Analyse der räumlichen Verortung der Güter und Dienstleistungen (siehe Abbildung 75) zeigt eine vorhersehbare Konzentration auf das Mittelzentrum Sulingen. Befragte aus allen Untersuchungsräumen gaben an, dass Sulingen sowohl hinsichtlich der Besorgung von Lebensmitteln aber auch der ärztlichen Versorgung als regionaler Versorgungsmittelpunkt für sie fungiert. Gleichzeitig aber kommt auch die zuvor vermutete Prägung durch die unmittelbar umliegenden Mittelzentren klar zur Geltung. Auffällig ist hierbei, dass sich die Einwohner der verschiedenen Untersuchungsgebiete aufgrund ihrer Randlage im Sulinger Land in ihrem Versorgungsverhalten signifikant zu den jeweils nächsten Mittelzentren außerhalb der Region orientieren. Am auffälligsten zu beobachten war dieses Phänomen in der Ortschaft Stocksdorf. Hier gaben nahezu alle Interviewpartner an, sich hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln aber auch hinsichtlich ihrer Arztbesuche vorwiegend nach Twistringern zu orientieren (vgl. Interview Stocksdorf 1, 25; ebd. 3, 30; ebd. 4, 5; ebd. 5, 15; ebd. 6, 15-17; ebd. 7, 25; ebd. 9, 37;

ebd. 10, 18; ebd. 11, 19; ebd. 12, 26; ebd. 13, 4; ebd. 14, 30; ebd. 15, 23; ebd. 16, 3 – 8; ebd. 17, 10-16; ebd. 18, 12). Als Grund hierfür wurde vorwiegend die deutlich geringere Entfernung Twistringens (ca. 5km) gegenüber der Stadt Sulingen (ca. 15km) angegeben. Weiterhin auffällig ist, dass Schwaförden als Zentrum der gleichnamigen Samtgemeinde für die Versorgung der befragten Personen keinerlei Relevanz zu spielen scheint (1 Nennung).

Auch in den anderen Untersuchungsräumen zeigte sich ein vergleichbares, wenngleich weniger deutlich ausgeprägtes Bild. Die Interviewpartner aus Staffhorst gaben vermehrt an, sich nach Asendorf (13 Nennungen; ca. 10km), Wietzen (11 Nennungen; ca. 7km), Nienburg (12 Nennungen; ca. 25km) sowie nach Bruchhausen-Vilsen (7 Nennungen; ca. 18km) zu orientieren. Nichtsdestotrotz gaben 22 Interviewpartner aus Staffhorst an, sich darüber hinaus auch im rd. 17km entfernten Sulingen zu versorgen. Im Gegensatz zur Samtgemeinde Schwaförden scheint Siedenburg (10 Nennungen) eine Gewichtung in der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen alltagsrelevanter Daseinsvorsorge zuzukommen. Für die Interviewpartner aus der Ortschaft Groß Lessen stellt sich die 8,5km entfernte Stadt Sulingen als alleiniges Versorgungszentrum dar; andere Anlaufpunkte für Erledigungen oder Arztbesuche wurden in keiner nennenswerten Anzahl artikuliert. Es bestätigt sich hier somit die der Auswahl des Untersuchungsraums zugrundeliegende Annahme, dass sich die räumliche Nähe Groß Lessens‘ zum Mittelzentrum Sulingen auf das räumliche Versorgungsverhalten auswirkt.

In Freistatt (20 Nennungen) zeigt sich eine besondere Situation dahingehend, als das im Gegensatz zu den restlichen Untersuchungsräumen unmittelbar vor Ort die Möglichkeit der Lebensmittelversorgung sowie auch der ärztlichen Versorgung gegeben ist. So gaben viele der Befragten an, ihre Lebensmittel zumindest zu Teilen im örtlichen Supermarkt zu besorgen (vgl. Interview Freistatt 1, 22; ebd. 2, 6; ebd. 3, 28; ebd. 4, 14; ebd. 5, 8; ebd. 6, 8; ebd. 7, 12; ebd. 8, 12; ebd. 9, 14; ebd. 12, 7; ebd. 14, 39; ebd. 15, 9; ebd. 16, 6; ebd. 17, 4; ebd. 18, 22; ebd. 19, 12; ebd. 22, 48). Hinzu kommt, dass einige Interviewpartner die Präsenztage eines Allgemeinmediziners aus Barenburg für ihre grundlegende medizinische Versorgung vor Ort in Anspruch nehmen:

*„Ja, ärztliche Versorgung. Da kommt ein Arzt aus Barenburg. Der ist einmal dienstagnachmittags und mittwochmorgens da. Und wenn Sie eben aus der Reihe was haben, dann müssen Sie eben da hinfahren. Das ist natürlich ein bisschen schlecht. Hoffentlich bleibt er auch noch. Die ärztliche Versorgung auf dem Lande ist ja nun auch nicht so pralle, ne.“ (Interview Freistatt 4, 56)*

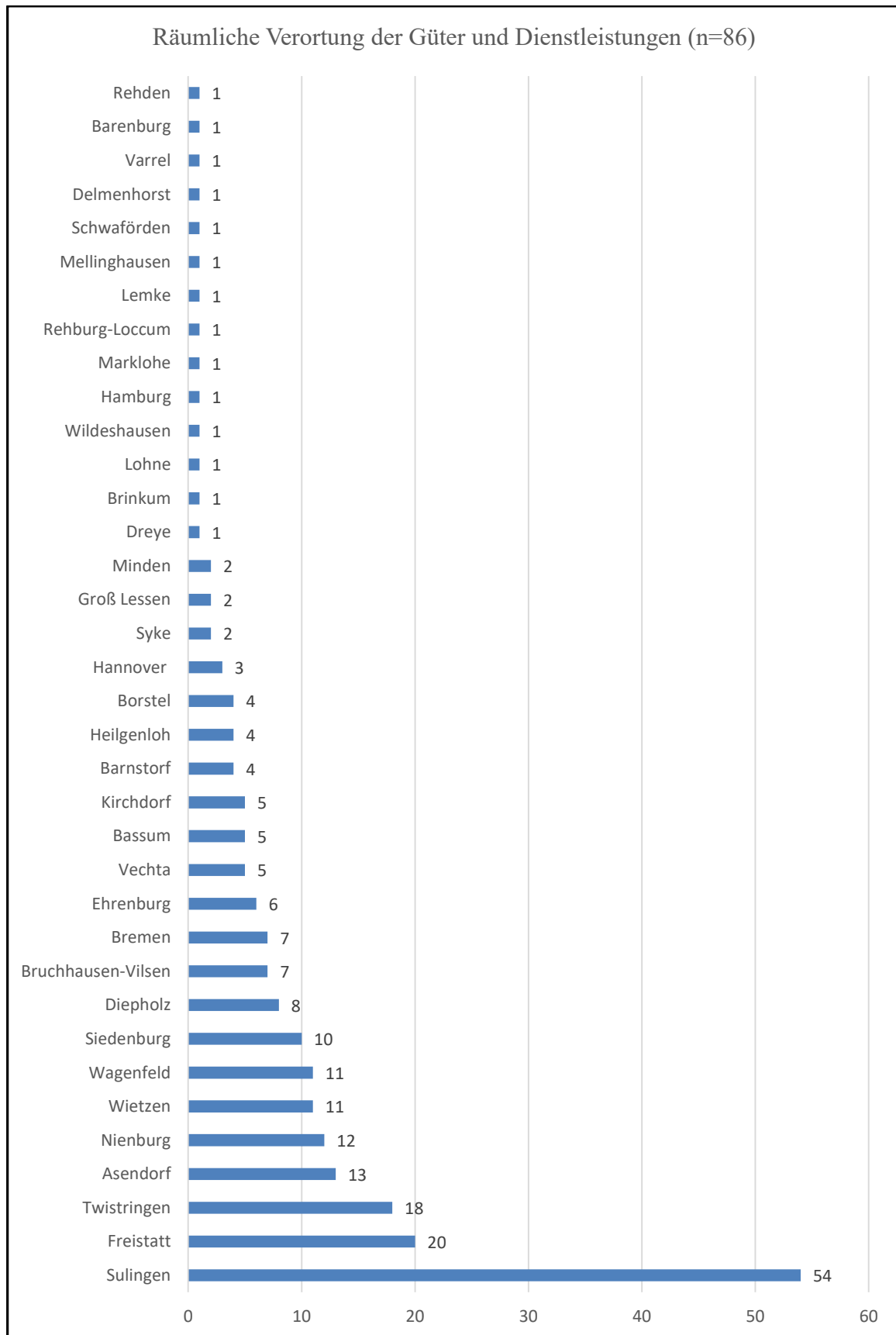


Abbildung 75: Räumliche Verortung der Güter und Dienstleistungen (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Die vergleichsweise hohe Anzahl an Nennungen von weit entfernten Orten wie Bremen (7 Nennungen), Vechta (5 Nennungen) oder Hannover (3 Nennungen) ist primär auf die punktuelle Inanspruchnahme fachärztlicher Leistungen zurückzuführen und somit streng genommen nicht mehr dem alltäglichen Bedarf zuzurechnen:

„(...) Also, wir persönlich fahren nach Dreye. Bei den Spezialisten guckt man halt, wo man hinkommt. Nach Sulingen, Vechta, Bassum, Bremen. Ich fahre auch viel nach Bremen, weil es einfach nicht so lange Wartezeiten sind. Also, diese fachärztliche Versorgung wird echt immer schlechter. (...)“ (Interview Stocksdorf 3, 42)

“(...) Aber ich fahre auch nach Bremen, Hannover, Hamburg. Das ist vielleicht eine Ausnahme. Weil, wenn hier jemand aus unserem Dorf nach Bremen zum Arzt muss, dann fahre ich dort hin. Weil viele in der Stadt auch nicht fahren mögen.“ (Interview Staffhorst 4, 8)

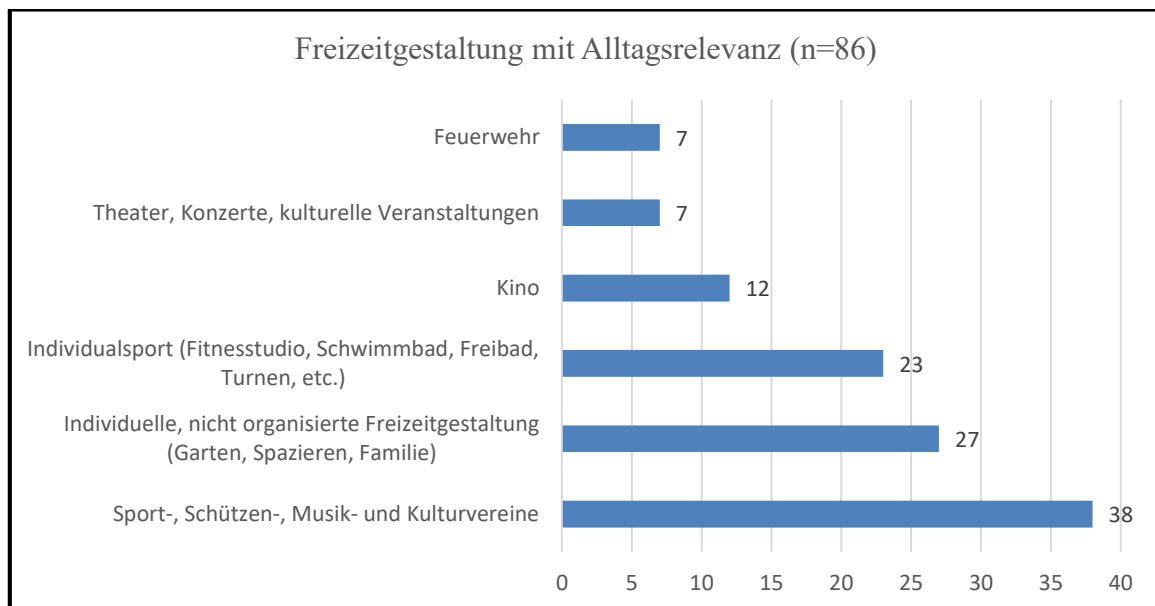


Abbildung 76: Freizeitgestaltung mit Alltagsrelevanz (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Das Antwortverhalten der Befragten in Bezug auf ihre Freizeitgestaltung (siehe Abbildung 76) unterstreicht die hohe Bedeutung des facettenreichen Vereinslebens (38 Nennungen) nicht nur für die Ausgestaltung der Freizeit, sondern für die Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens insgesamt. Viele der Interviewpartner gaben an, die Arbeit der Vereine in der jeweiligen Gemeinde aktiv zu unterstützen. Gleichzeitig wurde in diesem Zusammenhang vermehrt ein Gefühl der Verbundenheit und des Stolzes gegenüber den Vereinen zum Ausdruck gebracht. Die Bedeutung der regionalen Vereinslandschaft geht demnach über das reine Angebot von Freizeitmöglichkeiten hinaus und trägt maßgeblich zu einer Identitätsbildung bei:

*„(...) Das geht über Feuerwehr, das ist zwar kein Verein. Aber der Förderverein. Wir haben eine intakte Kirche mit Jugendarbeit. Wir haben einen Schützenverein. Wir haben einen Sportverein und auch noch viele Freizeitgruppen, Jugendgruppen. Dass wird da grade sehr, sehr gut aufgestellt sind in der Gemeinde. Und wir beide, zwei Drittel bis drei Viertel der Veranstaltungen besuchen wir in jedem Ort.“* (Interview Staffhorst 6, 16)

*“Also, ich bin aktiv im Gemeinderat. Damit man ein bisschen was mit verändern kann. Hier ist ja hauptsächlich für die jungen Menschen die Feuerwehr. Das ist hier der Anlaufpunkt. Das ist das Zentrum. Dort geht alles los. Also, man sollte hier als junger Mensch auf jeden Fall in der Feuerwehr sein. Die Jungs, die helfen sich untereinander und sind füreinander da.“* (Interview Freistatt 2, 14)

Darüber hinaus von großer Bedeutung war auch die Ausgestaltung der Freizeit auf individueller, nicht organisierter Ebene (27 Nennungen). Hierzu zählen Aktivitäten wie Gartenarbeit, Spaziergänge oder aber familiäre Aktivitäten (vgl. Interview Stocksdorf 13, 28; ebd. 18, 30; Interview Staffhorst 2, 23; Interview Groß Lessen 7, 42; ebd. 11, 47; Interview Freistatt 3, 32; ebd. 6, 16; ebd. 13, 19; ebd. 15, 29). Zu dieser Kategorie der Freizeitgestaltung wurden auch solche Aussagen hinzugezogen, die nahelegen, dass die Interviewpartner ihre Freizeit (teils aus Altersgründen) in keiner besonderen Art und Weise durch wiederkehrende Aktivitäten strukturieren (vgl. Interview Staffhorst 11, 17-20; ebd. 14; 17-24; ebd. 16, 13-24; ebd. 17, 13-20; ebd. 19, 35-38; Interview Groß Lessen 8, 39-42; ebd. 12, 34-37; ebd. 15, 29-32; Interview Freistatt 4, 60; ebd. 10, 15-18; ebd. 20, 77; ebd. 22, 60).

Auch nicht-vereinsgebundene, sportliche Aktivitäten (23 Nennungen) waren für die Freizeitgestaltung vieler Befragter relevant. Auffällig hierbei war der hohe Stellenwert, der den regionalen Hallen- und Freibädern beigemessen wird (vgl. Interview Stocksdorf 4, 25; ebd. 6, 57; ebd. 10, 46; ebd. 16, 30; Interview Staffhorst 1, 20; ebd. 7, 26; ebd. 8, 28; ebd. 9, 20; ebd. 18, 24; ebd. 26, 30; Interview Groß Lessen 5, 24; ebd. 11, 47; Interview Freistatt 8, 20; ebd. 24, 32). Auch der Besuch von Fitnessstudios und Sportkursen, zumeist in Sulingen, wurde wiederkehrend artikuliert (vgl. Interview Stocksdorf 3, 48; Interview Staffhorst 4, 20; ebd. 22, 32; ebd. 24, 32; ebd. 26, 30; Interview Groß Lessen 6, 32; ebd. 7, 38; Interview Freistatt 21, 65; ebd. 23, 70). Der regelmäßige Besuch von Kinos (12 Nennungen) oder aber Theater- und Konzertbesuche sowie anderweitige, kulturelle Aktivitäten (7 Nennungen) waren für die Freizeitgestaltung der Interviewpartner von signifikant geringerer Bedeutung. Hinsichtlich des regionalen Angebots an Kulturveranstaltungen kam vor allem den regionalen Kulturvereinen eine größere Bedeutung zu (vgl. Interview Stocksdorf 3, 48; ebd. 10, 40; ebd. 17, 28; Interview Staffhorst 6, 16; ebd. 15, 20; Interview Freistatt 25, 14).

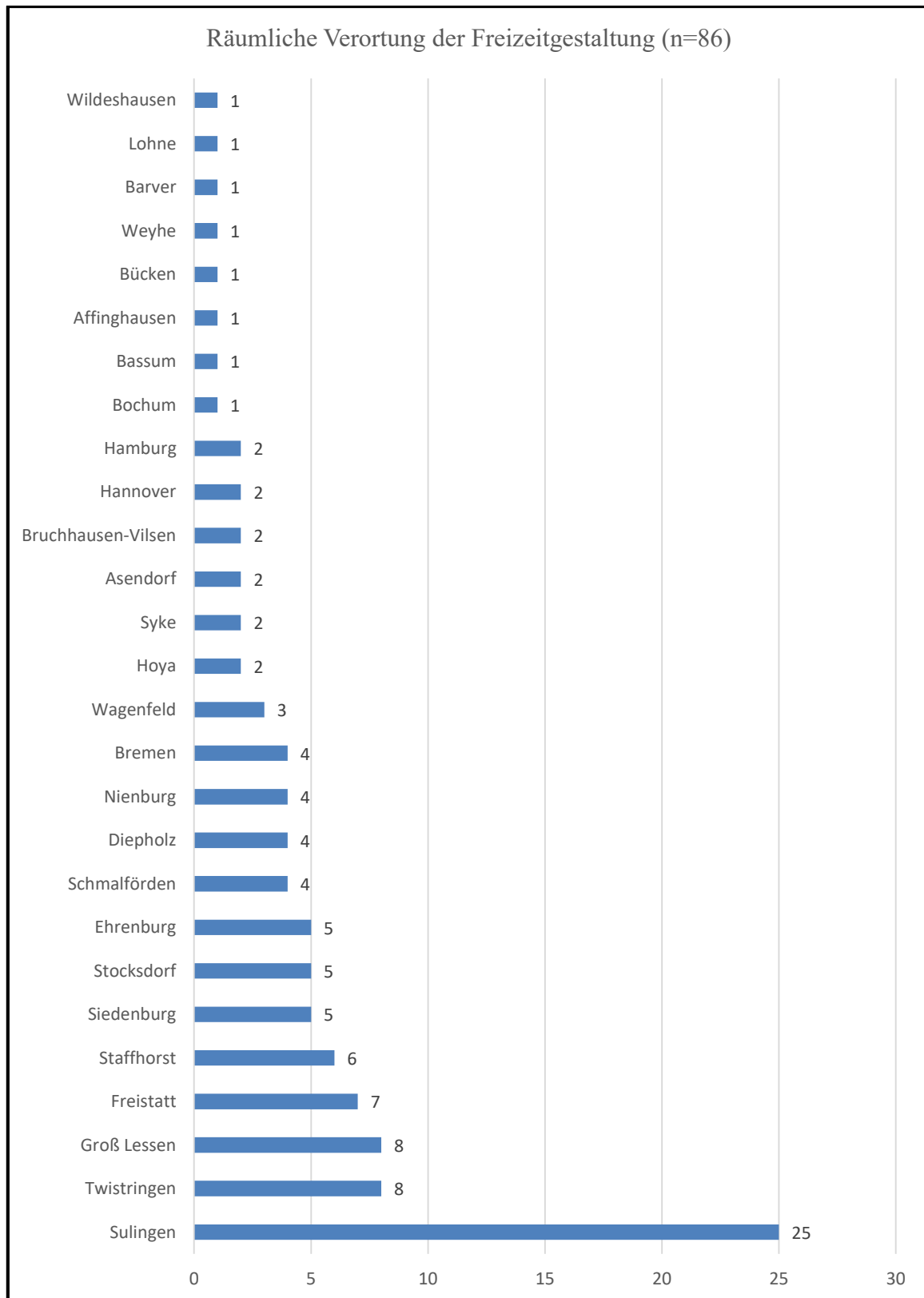


Abbildung 77: Räumliche Verortung der Freizeitgestaltung (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Auch die räumliche Verortung der Freizeitgestaltung (siehe Abbildung 77) zeigt eine ähnliche Konzentration auf das Mittelzentrum Sulingen, wenngleich jedoch deutlich weniger ausgeprägt. So gaben in diesem Fall lediglich 25 der 86 Interviewpartner an, Freizeitangebote in der Stadt Sulingen zu nutzen. Weiterhin hervorzuheben ist die Gewichtigkeit von Orten wie Groß Lessen (8 Nennungen), Staffhorst (6 Nennungen), Stocksdorf (5 Nennungen), Ehrenburg (5 Nennungen) oder Schmalförden (4 Nennungen), denen hinsichtlich der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen kaum eine Bedeutung zukam. Dieses Ergebnis spiegelt die zuvor im Rahmen der GIS-Analyse festgestellte, hohe räumliche Dichte an Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie insbesondere auch eingetragenen Vereinen in allen Teilräumen des Sulinger Landes wieder (siehe Kapitel 5.4.4). Mit anderen Worten kann festgehalten werden, dass sich das Freizeitverhalten der Interviewpartner weniger auf die regionalen Mittelzentren konzentriert und sich stattdessen zu größeren Teilen auf Gemeindeebene abspielt:

*„Hier gibt es viel. Hier gibt es einen Kulturverein. Hier ist eigentlich echt was los für so eine kleine Gemeinde. Hier die Jugendlichen machen viel in den Sportvereinen, Schützenvereinen, das Übliche, Feuerwehr. Wir, zum Beispiel, sind hier in so einem Chor. Mit ganz viel Begeisterung. Also, da wird schon einiges gemacht.“* (Interview Stocksdorf 10, 40)

*„Ne, Groß Lessen hat eigentlich ein großes Sportangebot für alle vom Sportverein. Also, es wird für die Frauen eine Turngruppe, oder wie soll ich das sagen, ein Fitnessprogramm. Alle Männer spielen Fußball. Aber auch da gibt es öfter mal für Frauen und Männer Rückenurse. Kinderturnen, Fußball, man kann hier Reiten. Alles Mögliche, irgendwie.“* (Interview Groß Lessen 1, 32)

Gleichzeitig zeigt auch hier die Präsenz der nächsten Oberzentren (Bremen, Hamburg, Hannover), dass nicht alle Bedürfnisse von den Angeboten der Region gedeckt werden können. Insbesondere für ausgefallenerere Interessen, wie dem Besuch von Theaterstücken, Konzerten oder Musicals gaben einige Interviewpartner an, weitere Strecken auf sich zu nehmen:

*„Freizeit? Grade, wo was ist. Ne, da ist auf dem Lande auch viel. Auch mal nach Bremen oder nach Hannover. Das kann auch schon mal sein. Zu Musicals. Alle abgegrast. Hamburg, Bochum. Und wo die dann überall sind.“* (Interview Stocksdorf 8, 49)

*„Wir besuchen Konzerte, gehen auch ins Theater. Das machen wir sowohl hier regional in Sulingen als auch dann Hannover, Bremen. (...)“* (Interview Staffhorst 6, 16)



### 7.2.3 Mobilität

Ausgehend von den zuvor dargestellten räumlichen Verortungen der wiederkehrend frequentierten Daseinsvorsorge-Standorte, scheinen die nachfolgend aufbereiteten Angaben der Interviewpartner zu ihrem Mobilitätsverhalten insgesamt wenig überraschend (siehe Abbildung 78). So gaben nahezu alle Interviewpartner (81 Nennungen) danach gefragt, wie sie die zuvor genannten Orte erreichen, an, weit überwiegend den PKW zu nutzen. Auffällig ist, dass viele Befragte die Angewiesenheit auf den PKW unmittelbar mit der Wahrnehmung erheblicher Hindernisse in der Nutzung von Mobilitätsalternativen in Verbindung brachten.

Insbesondere im Bereich des ÖPNV wurden häufig derartige Nutzungseinschränkungen (26 Nennungen) artikuliert, dass eine regelmäßige Nutzung nicht in Frage kam. Nur fünf Befragte gaben an, Bus oder Bahn regelmäßig für den Weg zur Arbeit oder für sonstige Erledigungen zu nutzen (vgl. Interview Stocksdorf 3, 174-183; ebd. 12, 44-47; Interview Freistatt 10, 22; ebd. 11, 29-32; ebd. 12, 21-23). Anzumerken ist auch hier, dass drei dieser Angaben auf Bewohner Freistatts in der nachgelagerten Hilfe ohne eigenen PKW zurückgehen. Die präferierte Fortbewegung mittels Individualverkehr als Reaktion auf ein (vermeintlich) mangelhaftes, alternatives Mobilitätsangebot ist somit auch klar für das Sulinger Land festzustellen (vgl. Siedentop et al. 2013, 329f.).

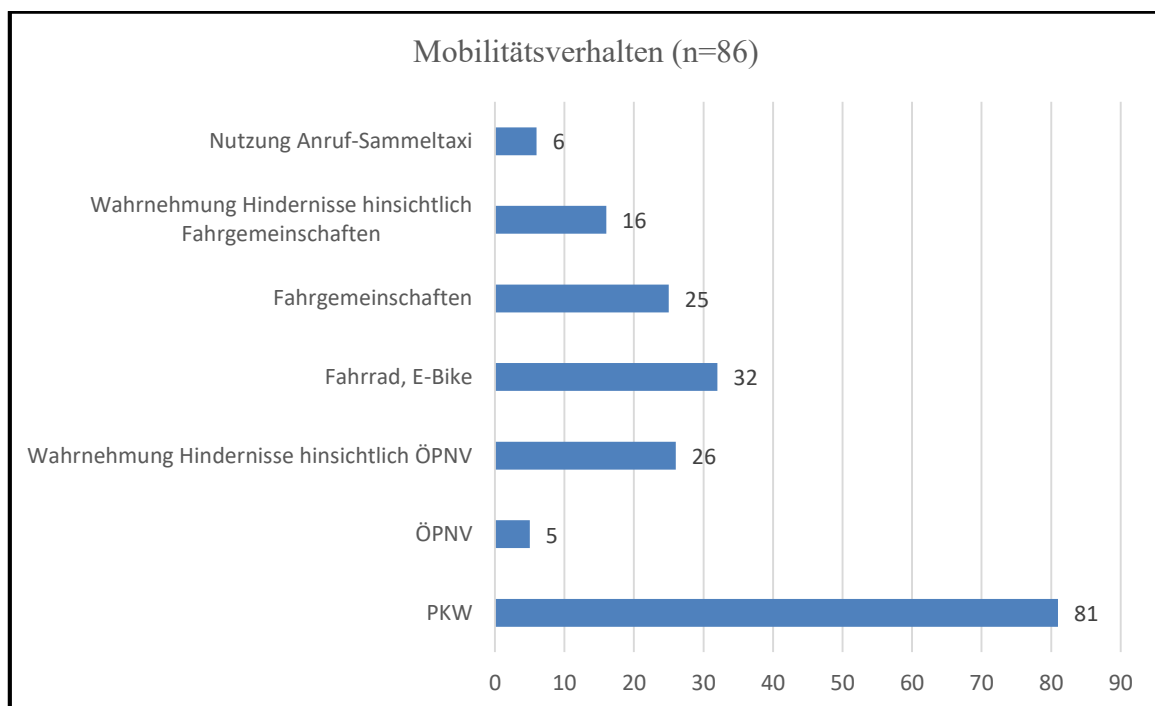


Abbildung 78: Mobilitätsverhalten (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Ein etwas unerwartetes Bild zeigt sich hingegen hinsichtlich der Nutzung von Fahrgemeinschaften (25 Nennungen). Die vergleichsweise hohe Anzahl an Interviewpartnern, die angaben, Fahrgemeinschaften zu organisieren und zu nutzen, überrascht insofern, als das demgegenüber häufig die Flexibilität des Individualverkehrs für schnelle, spontane Erledigungen hervorgehoben wurde. Tatsächlich wurde die eigene Nicht-Nutzung von Fahrgemeinschaften oder aber ihre allgemeine Schwäche wiederkehrend dahingehend begründet. Insbesondere die mit Berufstätigkeit und unterschiedlicher Alltagsstrukturierung einhergehenden Schwierigkeiten einer Absprache und Koordination wurden als Argumente geliefert:

*„Ja. Das klappt aber alles nicht. Dann hat der wieder keine Zeit. Dann hat der wieder keine Zeit. Dann klappt das alles nicht. Wenn zufallsmäßig, dann ja.“* (Interview Stocksdorf 6, 45)

*„Eher nicht. Eher nicht, weil da teilweise auch die Lebensstrukturen so sind, dass aus Berufstätigkeitsgründen da nicht so Synergie entsteht. Es gibt es mal, dass man sagt: "Holst du Brötchen für zwei, drei Nachbarn?" Aber das ist eher selten.“* (Interview Staffhorst 23, 32)

Neben den rein organisatorischen Herausforderungen auf individueller Ebene wurden für die Nicht-Nutzung von Fahrgemeinschaften auch tiefer verwurzelte, soziale und psychologische Ursachen identifiziert. Verortet werden diese Ursachen unter anderem in dem Anspruch der älteren Generationen, sich ohne fremde Hilfe selbst zu versorgen oder aber dem Wunsch, durch Einkaufsfahrten ein Minimum an Teilhabe am öffentlichen Leben zu sichern:

*„Das könnte man tun. Aber soweit sind die hier auf dem Dorf noch nicht. Das ist ein bisschen schwierig. Selbst wenn ich meiner Nachbarin, die an die 90 geht, sage, dass ich ihr was mitbringen könnte. "Nein, das schaffe ich noch alleine." Und solange Sie das schaffen, soll sie das auch tun. Nichts Organisiertes. (...)"* (Interview Stocksdorf 9, 86)

*„Also, man bietet es an. Wir haben hier einen in der Nachbarschaft, die können auch beide nicht mehr so recht, dann sagt man auch schon mal: "Mensch, wenn ihr was habt, dann sagt das. Wir kommen jeden Tag da und da vorbei. Einfach sagen, dann bringen wir das mit. Kein Problem." Wird aber nicht so angenommen. Die sagen sich dann: "Ach, nö. Dann komme ich ja gar nicht mehr raus." Dann machen Sie das dann doch noch selber.“* (Interview Groß Lessen 9, 64)

Hinzu kommt, dass von einigen Interviewpartnern insbesondere in den ländlich geprägten Siedlungsbereichen ein allgemeiner Rückgang der Flexibilität gegenüber kollektiven Organisationsformen im Mobilitäts- und Versorgungsverhalten beobachtet wird:

*„Ne, leider nicht. Leider nicht. Das ist das Problem. Wir sind nicht eingeboren hier und von daher sind wir auch - ich weiß nicht, wie es den Eingeborenen geht - ob die verbessern, aber ich glaube, die sind fast alle; hier sieht man auf den Höfen wenn da zwei Familien wohnen. Also, Eltern und Kinder. Oder Großeltern und Kinder. Und Enkel womöglich. Dann sieht man also jede Menge Autos, dass man sagen kann: jeder, der schon berufstätig ist irgendwie, der hat schon ein eigenes Auto dastehen. Und ich denke, das ist ganz unterbelichtet hier. Car-Sharing und gemeinschaftliche Organisation geht gegen null.“*  
(Interview Staffhorst 15, 28)

*„(...) Fahrgemeinschaften, zum Teil. Aber das ist ja auch in den letzten Jahren nicht mehr so aktuell. Vor 20 Jahren, da gab es das öfter mal. Mitfahrgelegenheiten und sowas. Und das ist eigentlich schade, dass diese Entwicklung nicht weitergeht, sondern zurückgeht.“* (Interview Staffhorst 21, 30)

Nichtsdestotrotz gab ein signifikanter Anteil der Interviewpartner an, im Alltag Fahrgemeinschaften zu nutzen. Die gemeinschaftlichen Organisationen beziehen sich hierbei zumeist auf sehr alltägliche Erledigungen, wie etwa morgendliche Brötchendienste in der Nachbarschaft (vgl. Interview Staffhorst 8, 44). Darüber hinaus waren vor allem jüngere Familien in Bezug auf die Freizeitaktivitäten ihrer Kinder gemeinschaftlich organisiert (vgl. Staffhorst 17, 33-40; ebd. 18, 40; ebd. 26, 62; Interview Groß Lessen 4, 42; ebd. 5, 40; ebd. 6, 40; ebd. 16, 84). Weiterhin auffällig ist auch, dass viele Interviewpartner angaben, neben dem PKW auch das Fahrrad oder das E-Bike als Fortbewegungsmittel zu nutzen (32 Nennungen). Diese Zahl muss jedoch dahingehend relativiert werden, als dass das Fahrrad für die meisten Befragten hinsichtlich ihres strukturellen Versorgungs- und Freizeitverhaltens kaum eine Bedeutung hat. Vielmehr stellt das Fahrrad für viele eine punktuelle Alternative für kürzere Strecken dar, „wenn gutes Wetter ist und man Bier trinken will“ (Interview Staffhorst 12, 47) oder aber einfach „(...) wenn die Zeit da ist“ (Interview Groß Lessen 8, 50). Eine bewusste und auch regelmäßige Kompensation von andernfalls mit dem Auto erledigten Fahrten durch das Fahrrad war hingegen die Ausnahme (Interview Stocksdorf 3, 92 - 95):

*II:*

*Sie sind tatsächlich einer der ersten regelmäßigen Fahrradfahrer, die wir jetzt so im Rahmen der Befragung antreffen.*

*IPI:*

*Ja, es ist schon klar. Wir wissen ja auch wer fährt und wer nicht. Wie schnell man das Auto auch nimmt. Wir haben jetzt beide ein E-Bike und wir fahren eigentlich was immer geht mit dem Fahrrad. Ich arbeite in Sulingen auch zum Teil und fahre da immer mit Fahrrad hin. Sehr wichtig.*

Zuletzt soll an dieser Stelle ein am Rande beobachtetes Phänomen hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens der Befragten aufgezeigt werden. Nämlich gaben sechs Interviewpartner aus der Gemeinde Freistatt an, das von der Samtgemeinde Kirchdorf angebotene Anruf-Sammeltaxi (siehe Kapitel 6.3.2) entweder selbst zu nutzen oder aber verwiesen auf die damit einhergehende Bedeutung:

*„(...) Aber wir haben eine wunderbare Geschichte hier. Wir haben ein Taxi hier, ein Sammeltaxi. Das heißt, wenn wir irgendwo hin wollen in der Samtgemeinde Kirchdorf, das heißt, wir rufen dort an, wir haben drei Stützpunkte, wo wir dann hingehen und die uns abholen. Und wenn wir dann zum Arzt nach Kirchdorf oder sonst wo hin wollen, dann gehen wir gleich einkaufen und dann rufst du das Sammeltaxi an, wo du stehst, in Kirchdorf, bei OBI, oder bei sonst wo, Combi. Und dann kommt das Taxi dorthin, da steigst du ein und die fahren dich bis nach Hause. Und stellen dir die Tüten hin. Das ist eine gute Geschichte.“* (Interview Freistatt 2, 19)

*„Ne. Dafür ist das hier auch einfach zu klein. Die sind alle mobil, bis auf ein Ehepaar, das nicht mehr kann. Die nehmen das Anruf-Sammeltaxi in Anspruch. Und das ist eine richtig geile Sache. Das ist klasse. Das nehmen auch hier viele Leute in Anspruch. Das passt. [...]“* (Interview Freistatt 15, 53).

Es stellt sich wie auch schon in Bezug auf den Bestell- und Lieferservice des Lebensmitteleinzelhändlers in Sulingen die Frage, warum im Rahmen der Haushaltsbefragung abgesehen von den vereinzelt, positiven Erwähnungen keine größere Diffusion dieses Angebotes, insbesondere in der Samtgemeinde Schwaförden, festgestellt werden konnte.

Zusammengefasst betrachtet, bestätigen die Angaben der Befragten zu ihrem Versorgungs- und Mobilitätsverhalten weitestgehend die Annahmen der GIS-gestützten Erreichbarkeitsanalyse. Einkaufsfahrten und Arztbesuche finden zumeist in einem Umkreis von bis zu 10km beziehungsweise einer PKW-Fahrtzeit von rd. 10min statt (Staffhorst – Asendorf, 9,9km, 8min Fahrtzeit; Stocksdorf – Twistringen, 5,8km, 6min Fahrtzeit; Groß Lessen – Sulingen, 8,5km, 11min Fahrtzeit; Freistatt – Wagenfeld, 10,7km, 9min Fahrtzeit). Gleichzeitig verdeutlicht die Tatsache, dass die Befragten aus den Randgebieten des Sulinger Landes angaben, für eine Fahrt nach Sulingen bis zu 20km zurückzulegen, dass der strenge Radius einer „Normalversorgung“ nur bedingt auf die Alltagsrealität der Menschen zutrifft. Vielmehr zeigen sich hier verschiedene Anpassungsstrategien (siehe Kapitel 9.1.3), indem beispielsweise die Fahrt zum Arbeitsort mit der Erledigung von Einkäufen verbunden wird.

### 7.3 Lebensqualität und Teilhabe

Der zweite inhaltliche Block der Haushaltsbefragung forcierte die Bewertung der Daseinsvorsorge aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger heraus. Der den Fragen zugrundeliegende Bewertungsmaßstab fußt auf einem Verständnis von Daseinsvorsorge, dass eng an die Konzeptionen von Lebensqualität und Teilhabe anknüpft. Im Vordergrund standen deshalb Fragen nach der Bewertung des Angebots und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeangebote (siehe Kapitel 7.3.1), nach der Wahrnehmung von Einschränkungen im Alltag (siehe Kapitel 7.3.2) sowie darauf aufbauend nach der Identifikation von persönlich empfundenen Verbesserungsbedarfen (siehe Kapitel 7.3.3). Das Erkenntnisinteresse hierbei liegt in der Offenlegung der Zufriedenheit der Befragten und der psychologischen Problematisierung möglicher Versorgungsdefizite.

#### 7.3.1 Bewertung des Angebots und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge

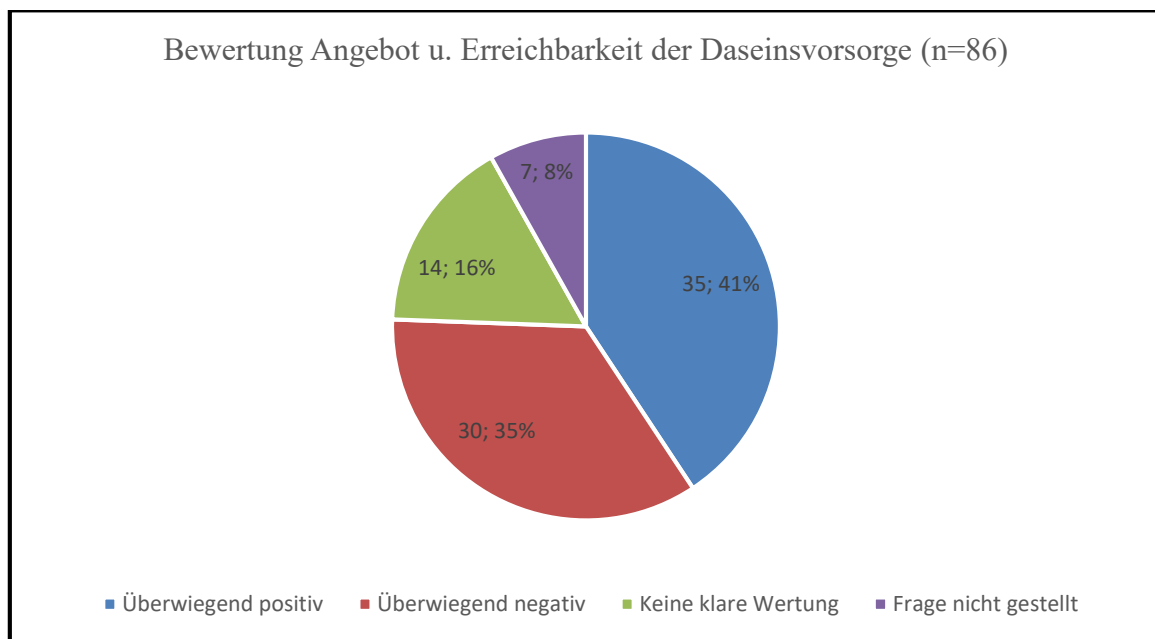


Abbildung 79: Bewertung des Angebots und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge (n=86), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 5, 62; ebd. 10, 39; ebd. 11, 66; Interview Staffhorst 25, 87; Interview Stocksdorf 8, 134; ebd. 14, 72; ebd. 17, 68

Die obige Abbildung zeigt die Auswertung des Antwortverhaltens der Befragten auf die Frage *Wie bewerten Sie das Angebot an Gütern bzw. Leistungen, die Sie im Alltag in Anspruch nehmen in Ihrem räumlichen Umfeld?* Die direkt darauffolgende Frage *Wie bewerten Sie die Erreichbarkeit von Gütern bzw. Leistungen, die Sie im Alltag in Anspruch nehmen von Ihrem Wohnort aus?* wurde nicht separat ausgewertet und dargestellt, da in den Antworten zumeist erneut auf die PKW-Angewiesenheit verwiesen wurde und/oder keine klare Differenzierung zur vorausgegangenen Frage erkennbar war (Interview Groß Lessen 1, 45-52):

I2:

*“Wie bewerten Sie das Angebot an Gütern und Dienstleistungen, also, alles was wir eben schon beschrieben haben; Lebensmitteleinrichtungen, Sportstätten hier in der Region? Fehlt Ihnen da irgendwas oder sind Sie damit zufrieden, was es hier alles gibt?“*

IP:

*“Ne, würde ich sagen, gibt es eigentlich alles.“*

I2:

*“Und wie bewerten Sie die Erreichbarkeit dieser Güter und Einrichtungen? Sie haben ja grade gesagt, Sie müssen mit dem Auto fahren; ist das irgendwie umständlicher? Oder ist das kein Problem?“*

IP:

*“Das ist kein Problem, wenn man es nicht anders kennt. [...]“*

Die Kategorisierung der Antworten in „überwiegend positiv“ und „überwiegend negativ“ verdeutlicht bereits eine grundsätzliche Herausforderung, die mit der Analyse der Wertungen einherging. Nämlich lässt sich aus vielen Antworten nur bedingt eine eindeutig wertende Haltung ableiten. Antworten wie *„Ach, eigentlich ganz gut. Könnte schlimmer sein.“* (Interview Stocksdorf 5, 125) oder *„Ach, für uns reicht es.“* (Interview Staffhorst 7, 93) drücken eine grundsätzliche Zufriedenheit des Interviewpartners aus, implizieren aber gleichzeitig, dass zumindest indirekt Verbesserungsbedarfe wahrgenommen werden.

Grundsätzlich auffällig hinsichtlich der Bewertung ist die Tatsache, dass nur geringfügig mehr Interviewpartner angaben, mit der Situation der Daseinsvorsorge in ihrem räumlichen Umfeld zufrieden zu sein (35 Nennungen, 41%) als unzufrieden (30 Nennungen, 35%) zu sein. Hieraus lässt sich auf den ersten Blick eine kritische Grundhaltung gegenüber den Angeboten der Daseinsvorsorge und ihrer Erreichbarkeit schlussfolgern. Eine Relativierung muss jedoch auch hier dahingehend vorgenommen werden, als das wie bereits angedeutet, die Befragten wiederkehrend direkt oder indirekt zum Ausdruck brachten, dass sie ihre Bedürfnisse und Ansprüche an die vorherrschenden Rahmenbedingungen angepasst haben (vgl. Interview Freistatt 1, 46-49; ebd. 4, 84-87; ebd. 12, 58-61; ebd. 17, 33-36; ebd. 20, 102-105; ebd. 21, 98-109; ebd. 23, 143-150; Interview Groß Lessen 1, 52; ebd. 8, 71-78; 13, 77-84; Interview Staffhorst 3, 67f.; ebd. 6, 48-51; ebd. 7, 90-99; ebd. 10, 49-52; ebd. 14, 50-53; Interview Stocksdorf 7, 133-137; ebd. 9, 103-106).

Die Bewertung der Daseinsvorsorge soll deshalb nachfolgend in Korrelation mit zwei Faktoren betrachtet werden. Zum einen sollen die Angaben für jedes Untersuchungsgebiet separat aufgeschlüsselt werden, um so etwaige Zusammenhänge zwischen dem Wohnort der Befragten und ihrer Wahrnehmung aufzuzeigen. Zum anderen sollen das Alter und die Wohndauer der Befragten vor Ort als Variablen herangezogen werden. Die Fragen, die es in diesem Zusammenhang zu beantworten gilt, lauten demnach wie folgt:

- Besteht eine Korrelation zwischen steigendem Alter und einer kritischen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge bedingt durch die Erfahrung altersbedingter Einschränkungen?
- Oder aber lässt sich eine Relativierung der Ansprüche im Sinne einer „Gewöhnung“ mit steigendem Alter und Wohndauer vor Ort feststellen?

Die Befragten aus der Gemeinde Freistatt bilden mit einem Durchschnittsalter von 61,4 Jahren<sup>1</sup> die älteste Grundgesamtheit. Gleichzeitig verdeutlicht die Tatsache, dass die Befragten im Durchschnitt erst im Jahr 1998 nach Freistatt gezogen sind, die bereits an anderen Stellen geschilderte Sondersituation Freistatts<sup>1</sup> (siehe Kapitel 6.2.2). Das Antwortverhalten der Befragten (siehe Abbildung 80) ist auffällig dahingehend, dass die eher negativen Wertungen (9 Nennungen) die eher positiven Wertungen (5 Nennungen) überwiegen. Diese Verteilung ist insofern verwunderlich, als das viele Interviewpartner aus Freistatt im Rahmen der Beschreibung ihrer Daseinsvorsorgesituation darauf verwiesen haben, ihre alltäglichen Bedürfnisse dank des örtlichen Supermarktes und der Präsenztage des Allgemeinmediziners aus Barenburg zumindest teilweise vor Ort decken zu können.

Ein intuitiver Rückschluss hieraus wäre, auf das vorangeschrittene Durchschnittsalter als Ursache für eine ausgeprägte Wahrnehmung altersbedingter Einschränkungen zu verweisen. Eine genauere Aufschlüsselung der demographischen Daten offenbart jedoch, dass die Befragten, die angaben, mit der Situation der Daseinsvorsorge überwiegend zufrieden zu sein, im Durchschnitt 69,7 Jahre alt waren und somit signifikant älter als der Durchschnitt (61,4 Jahre) des Untersuchungsgebietes. Außerdem zeigt sich, dass sie im Schnitt erst seit 2003 vor Ort wohnhaft waren. Demgegenüber waren die Interviewpartner, die sich in ihrem Antwortverhalten eher unzufrieden zeigten, mit einem Durchschnittsalter von 54 Jahren jünger als der lokale Durchschnitt, aber durchschnittlich bereits seit 1993 vor Ort wohnhaft.

---

<sup>1</sup> Nicht auswertbare Daten wurden nicht berücksichtigt; bei Doppelbefragungen wurden die Angaben beider Interviewpartner (soweit vorhanden) herangezogen

Die Interviewpartner aus der Ortschaft Groß Lessen (siehe Abbildung 81) stellen insgesamt hinsichtlich ihres Alters, ihrer familiären Situation und ihrer Wohndauer vor Ort eine vergleichsweise homogene Gruppe dar. Das Durchschnittsalter von 54 Jahren sowie die durchschnittliche Wohndauer von 26 Jahren verdeutlichen, dass es sich bei vielen Befragten um Vertreter von (jüngeren) Familien handelt, die im dortigen Wohngebiet ein Eigenheim gebaut haben. In Groß Lessen überwiegt eine eher positive Wahrnehmung der Daseinsvorsorgesituation (8 Nennungen). Diese positiven Wahrnehmungen stammen von Interviewpartnern, die im Durchschnitt 48,9 Jahre alt und seit 2001 vor Ort wohnhaft waren. Diejenigen Interviewpartner, aus deren Antworten eine eher negative Haltung abzulesen war (6 Nennungen), waren durchschnittlich 58,1 Jahre alt und seit 1984 in Groß Lessen wohnhaft. Demzufolge zeigten sich in Groß Lessen die älteren Befragten mit längerer Wohndauer vor Ort tendenziell eher unzufrieden mit dem Angebot und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeangebote.

Die angetroffenen Haushaltsvertreter aus der Gemeinde Staffhorst waren im Durchschnitt 51,5 Jahre alt und seit 1986 vor Ort wohnhaft. Auch hier zeigt sich das Verhältnis zwischen eher positiven Bewertungen (10 Nennungen) und eher negativen Bewertungen (12 Nennungen) insgesamt relativ ausgeglichen (siehe Abbildung 82). Auffällig ist, dass das Durchschnittsalter der Personen, die die Daseinsvorsorgesituation als eher positiv einschätzten 60,8 Jahre beträgt und somit signifikant über dem Altersdurchschnitt (51,5 Jahre) der dortigen Grundgesamtheit liegt. Die Personen, die eine eher negative Haltung artikulierten, waren hingegen durchschnittlich 44,8 Jahre alt und erst seit 1995 vor Ort wohnhaft. Im Gegensatz zu Groß Lessen brachten in Staffhorst demnach eher die Interviewpartner im vorangeschrittenen Alter eine Zufriedenheit zum Ausdruck, während die jüngeren Befragten mit kürzerer Wohndauer vor Ort sich kritischer äußerten.

Die Interviewpartner in der Ortschaft Stocksdorf waren im Durchschnitt 57,8 Jahre alt und seit 1987 vor Ort wohnhaft. Im Falle Stocksdorfs gaben etwa zwei Drittel der Befragten (12 Nennungen, 67%) an, mit der Daseinsvorsorgesituation überwiegend zufrieden zu sein (siehe Abbildung 83). Das Durchschnittsalter der Personen, die die Daseinsvorsorgesituation als überwiegend positiv wahrnahmen, weicht mit 59,5 Jahren nicht wesentlich vom Durchschnittsalter der Grundgesamtheit ab. Auch die durchschnittliche Wohndauer vor Ort (seit 1991) weicht nicht merklich ab. Die eher kritischen Haltungen (3 Nennungen) stammen von einer 80-jährigen Person, die bereits seit der Geburt vor Ort lebt, einer 39-jährigen Person, die erst 2009 zugezogen ist sowie einer 55-jährigen und seit dem Jahr 2000 dort wohnhaften Person (vgl. Interview Stocksdorf 2, 145, 165; ebd. 4, 171, 187; ebd. 18, 110).



## 7. Auswertung der Haushaltsbefragung

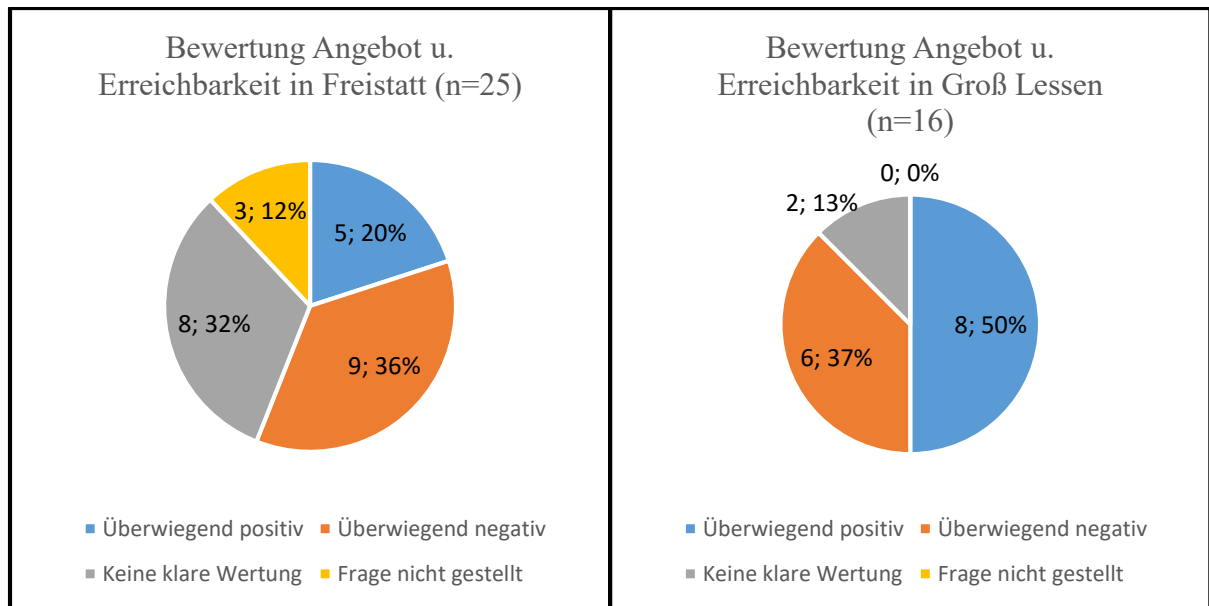


Abbildung 80 (links): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Freistatt (n=25), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 5, 62; ebd. 10, 39; ebd. 11, 66

Abbildung 81 (rechts): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Groß Lessen (n=16)

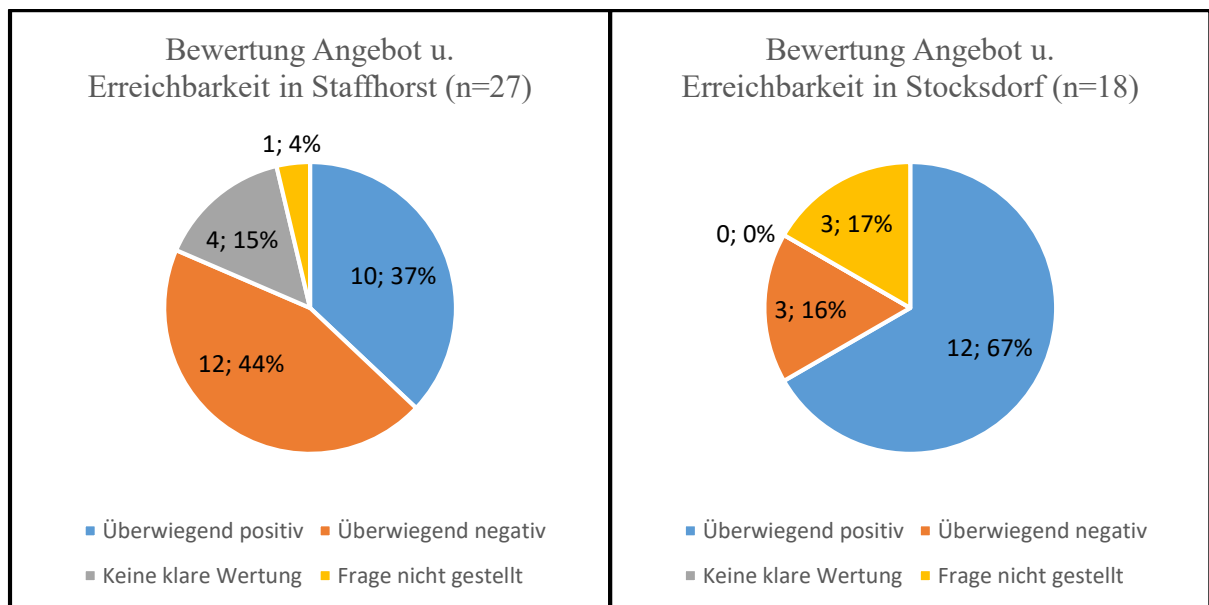


Abbildung 82 (links): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Staffhorst (n=27), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Staffhorst 25, 87

Abbildung 83 (rechts): Bewertung Angebot und Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge in Stocksdorf (n=18), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Stocksdorf 8, 68; ebd. 14, 72; ebd. 17, 68

Obwohl die zuvor beschriebenen Verteilungen angesichts der vergleichsweise kleinen Grundgesamtheiten in den einzelnen Befragungsräumen als nur bedingt repräsentativ bewertet werden können, lassen sich dennoch in Ansätzen einige Muster ableiten, die für die Interpretation des Antwortverhaltens der Interviewpartner von Bedeutung sind.

Zunächst einmal zeigt das allgemeine Antwortverhalten der Befragten differenziert nach Untersuchungsräumen, dass deutliche Unterschiede dahingehend bestehen, wie positiv oder negativ die Daseinsvorsorgesituation in der Gemeinde oder Ortschaft durchschnittlich bewertet wird. Am deutlichsten zutage tritt dieser Unterschied im Vergleich der Gemeinde Freistatt, in der nur 20% der Befragten eine positive Haltung gegenüber der dortigen Daseinsvorsorgesituation artikulierten und der Ortschaft Stocksdorf, in der 67% der angetroffenen Haushaltsvertreter die Daseinsvorsorgesituation als eher positiv bewerteten. Die Gegenüberstellung dieser zwei Untersuchungsräume ist insofern relevant, als das sie aufzeigt, dass das Vorhandensein von grundlegenden Versorgungseinrichtungen (Supermarkt, Allgemeinmediziner) in der Gemeinde, wie in Freistatt der Fall, nicht zwangsläufig mit einer hohen Zufriedenheit korreliert. Vielmehr zeigt das Antwortverhalten der Interviewpartner aus Stocksdorf, dass trotz der stark dezentralen Lage und Siedlungsstruktur sowie dem Nicht-Vorhandensein eines Allgemeinmediziners und örtlichen Lebensmittelgeschäfts eine hohe Zufriedenheit vorherrschen kann.

Außerdem ist deutlich geworden, dass keine einheitliche Korrelation zwischen dem Alter sowie der Wohndauer der Interviewpartner vor Ort und ihrer Zufriedenheit mit dem Angebot und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeangebote festgestellt werden kann. So zeigten sich in Groß Lessen die älteren Befragten mit längerer Wohndauer vor Ort in der Tendenz unzufriedener als ihre jüngeren Mitmenschen, während in Staffhorst die Interviewpartner im vorangeschrittenen Alter der Daseinsvorsorgesituation deutlich zufriedener gegenüberstanden. Demnach muss davon ausgegangen werden, dass multiple psychologische Muster ausschlaggebend für die Bewertung der Daseinsvorsorge aus der Perspektive der Bürgergesellschaft sind.

Zum einen wird deutlich, dass jüngere und ältere Befragte gleichermaßen das Angebot an Daseinsvorsorge kritisieren. Zum anderen zeigt sich, dass eine Problematisierung häufig ausbleibt. Mitnichten aus der einfachen und durchaus validen Tatsache heraus, dass der Lebensalltag der Befragten ihrem Empfinden nach mit keinen nennenswerten Einschränkungen verbunden ist. Dennoch gilt es, anzumerken, dass viele der Befragten, vor allem im vorangeschrittenen Alter, eine Relativierung der eigenen Bedürfnisse artikulierten und (wahrscheinlich) deshalb eine Problematisierung von offensichtlichen Einschränkungen ausblieb.

### 7.3.2 Wahrnehmung von Einschränkungen im Lebensalltag

Der obigen Logik zufolge müssten solche Muster auch in Bezug auf die sich direkt anschließende Frage nach der Wahrnehmung von Einschränkungen im Lebensalltag festzustellen sein. Beim Betrachten des Antwortverhaltens (siehe Abbildung 84) zeigt sich zunächst einmal, dass nur etwas mehr als ein Viertel (24 Nennungen, 28%) der Interviewpartner angaben, zum Zeitpunkt der Befragung Einschränkungen in ihrem alltäglichen Leben wahrzunehmen. Obwohl dies zunächst gering anmutet, korreliert diese Zahl dennoch grob mit der Anzahl an Interviewpartnern (30 Nennungen, 35%), die die Daseinsvorsorgesituation zuvor als überwiegend negativ empfanden (siehe Abbildung 79). Demgegenüber gab annähernd die Hälfte der Befragten (40 Nennungen, 46%) an, derzeit keine Einschränkungen zu erfahren. Auch diese Zahl deckt sich weitestgehend mit der Anzahl derjenigen, die eine überwiegend positive Haltung gegenüber dem Angebot der Daseinsvorsorge artikuliert haben (35 Nennungen, 41%). Hinzu kommt, dass etwa jeder fünfte Interviewpartner (16 Nennungen, 18%) angab, zwar aktuell noch keine Einschränkungen zu spüren, aber perspektivisch altersbedingte Mobilitäts- und Versorgungseinschränkungen auf sich zukommen sieht.

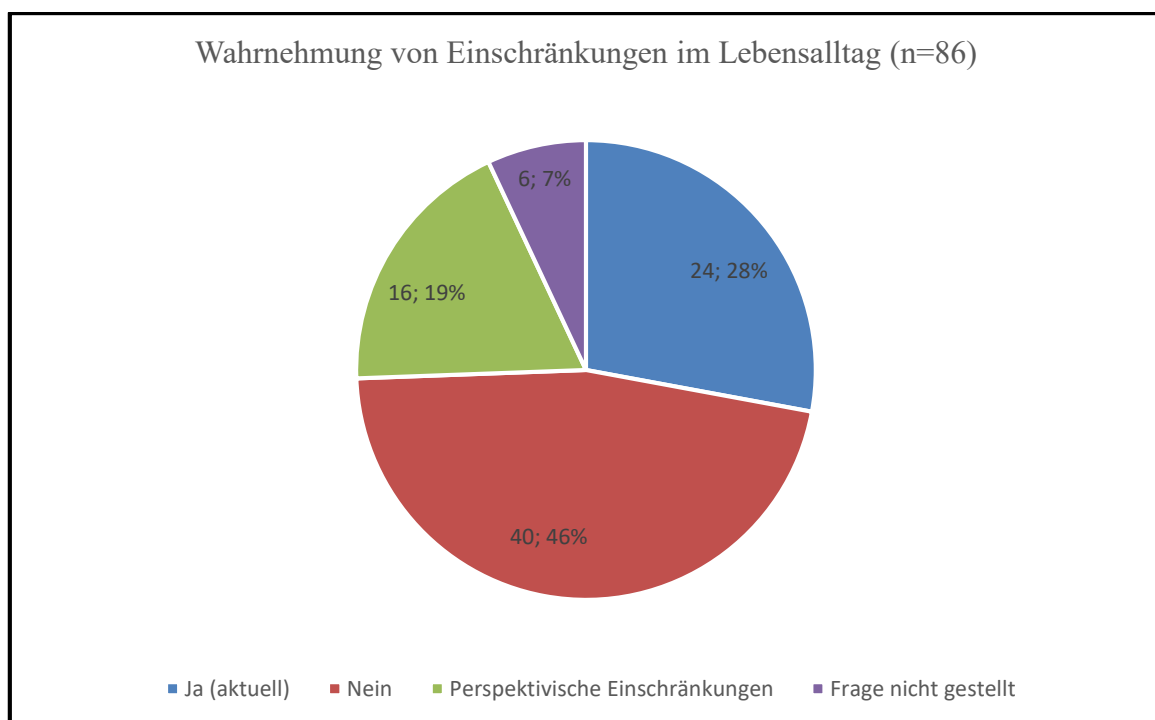


Abbildung 84: Wahrnehmung von Einschränkungen im Lebensalltag (n=86), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 1, 51; ebd. 4, 109; ebd. 7, 45; ebd.11, 68; Interview Stocksdorf 3, 194; ebd. 10, 97; ebd. 14, 74; das Interview Staffhorst 24 wurde aufgrund divergierendem Antwortverhalten der zwei Interviewpartner einmal als „überwiegend positiv“ und einmal als „überwiegend negativ“ bewertet

Lohnenswert ist auch hier die Analyse der statistischen Zusammenhänge zwischen dem Alter sowie der Wohndauer der Befragten und ihrem Antwortverhalten. Betrachtet man das Durchschnittsalter und die durchschnittliche Wohndauer in Bezug auf die Antwortkategorien, zeigt sich ein interessantes Bild. Nämlich sind die Interviewpartner, die angaben, Einschränkungen im Alltag zu erfahren, mit durchschnittlich 48,5 Jahren die jüngste Gruppe. Außerdem sind sie im Schnitt erst seit dem Jahr 1997 am jetzigen Ort wohnhaft. Diejenigen Interviewpartner, die angaben, von keinerlei Einschränkungen betroffen zu sein, waren im Durchschnitt 53,6 Jahre alt und seit 1989 vor Ort wohnhaft. Die Artikulation von perspektivischen Einschränkungen rührt von Personen, die mit einem Durchschnittsalter von 57,4 Jahren und einer durchschnittlichen Wohndauer von 34 Jahren (1985) die älteste und am längsten vor Ort lebende Gruppe bilden.

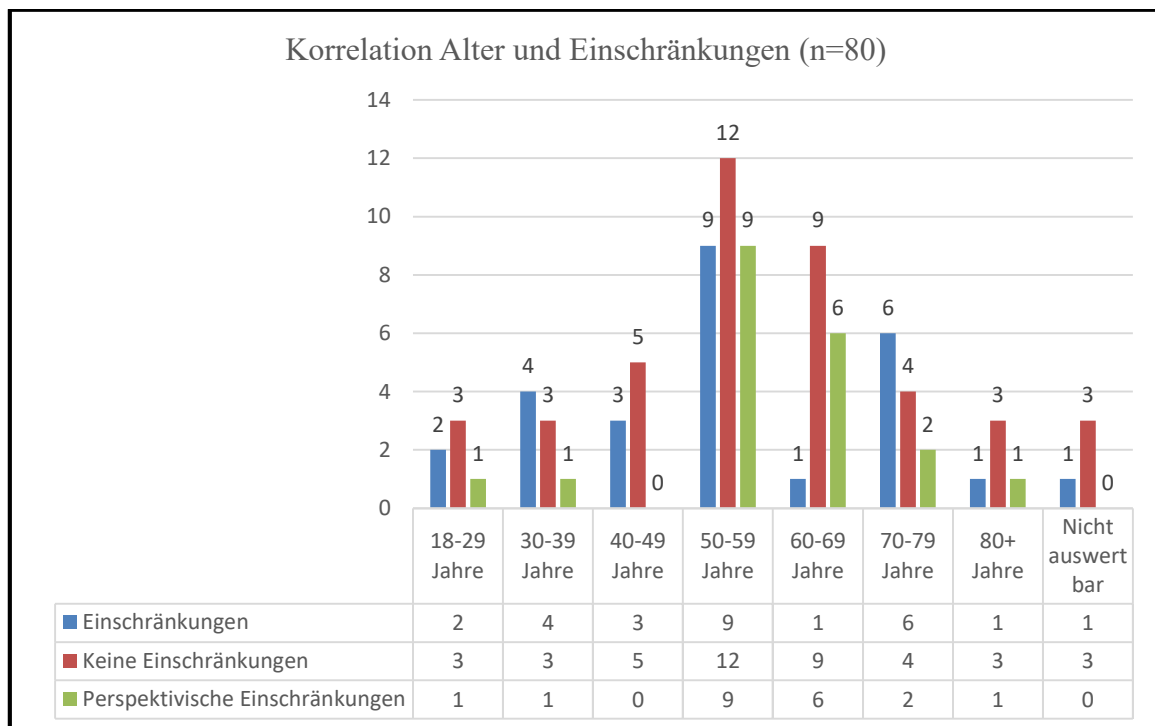


Abbildung 85: Korrelation Alter und Wahrnehmung von Einschränkungen (n=79), Anmerkungen: die Abweichung von der Grundgesamtheit ergibt sich, da nicht auswertbare Daten wurden nicht berücksichtigt wurden und bei Doppelbefragungen die soziodemographischen Daten beider Interviewpartner (soweit vorhanden) herangezogen wurden

Auch die obige Abbildung unterstreicht, dass keinerlei lineare Korrelation zwischen steigendem Alter und einer Zunahme der Problematisierung von Versorgungsdefiziten festzustellen ist. Nimmt man die oftmals artikuliert Befürchtung oder tatsächliche Erfahrung von altersbedingten Einschränkungen als faktischen Ausgangspunkt, so müsste rein objektiv betrachtet der Anteil der Interviewpartner, die Einschränkungen artikulieren, mit steigendem Alter zunehmen. Filtert man jedoch die Angaben der Altersgruppen der 60-69-Jährigen, der 70-

79-Jährigen und der über 80-Jährigen heraus, zeigt sich, dass die Anzahl derer, die angaben, keine Einschränkungen zu erfahren (16 Nennungen), doppelt so hoch ist wie die der artikulierten Einschränkungen (8 Nennungen). Obwohl auch hier wieder auf die bedingte Repräsentativität verwiesen werden muss, so lassen sich diese Zahlen dennoch als ein weiteres Indiz für die zuvor angesprochene Relativierung der eigenen Bedürfnisse und Ansprüche mit zunehmendem Alter verstehen. Symptomatisch hierfür lässt sich eine Passage aus einem Interview wiedergeben, in dem eine 77-jährige Person (IP1) und eine 19-jährige Person (IP2) parallel Stellung zu ihrer Daseinsvorsorgesituation beziehen (Interview Staffhorst 24, 94-101):

*II:*

*Wenn man das jetzt vielleicht so ein bisschen zusammenfassen möchte; wie bewerten Sie das Angebot an Gütern oder Dienstleistungen in Ihrem räumlichen Umfeld insgesamt?*

*IP2:*

*Schon eher schwach.*

*IP1:*

*Habe ich mich noch nicht drum gekümmert. Wenn ich was brauche, dann fahre ich mit dem Auto weg und hole mir das. Die ärztliche Versorgung ist hier ganz gut. Und alles andere ist hier, da bestimme ich, wie ich das will. [...]*

*II:*

*Sind Sie denn der Meinung, dass Sie aufgrund der vorher genannten Dinge in Ihrem Wohnumfeld Einschränkungen erfahren? Also, was das alltägliche Leben angeht?*

*IP1:*

*Nein.*

*II:*

*Du?*

*IP2:*

*Doch, schon. Ich würde schon behaupten, wenn ich in Sulingen wohnen würde, das einiges ein bisschen einfacher und schneller gehen würde und, ja, doch. In meinem Alter. In seinem Alter jetzt vielleicht nicht mehr. Also, deswegen muss ich hier auch beispielsweise ausziehen im Sommer. Oder wenn es dann zum Studieren geht. [...]*

### 7.3.3 Identifikation von Verbesserungsbedarfen

Als logische Ableitung aus den zuvor gestellten Fragen wurden die Interviewpartner im nächsten Schritt dazu aufgefordert, Verbesserungsbedarfe in der Daseinsvorsorge zu identifizieren (siehe Abbildung 86). Bei der Aufschlüsselung des Antwortverhaltens fällt zunächst auf, dass beinahe ein Drittel der Befragten (27 Nennungen) keinerlei Verbesserungsbedarfe identifiziert hat. Als Gründe hierfür wurden unter anderem die hohe Lebensqualität des ländlichen Raums und die bewusste Entscheidung für den jetzigen Wohnort vorgebracht (vgl. Interview Freistatt 7, 49; ebd. 15, 97; Interview Groß Lessen 8, 90). Außerdem zeigte sich in den Antworten der Interviewpartner wiederkehrend die Haltung, dass Verbesserungen nicht möglich und für ihre Bedürfnisse auch gar nicht notwendig seien (vgl. Interview Freistatt 2, 61; ebd. 4, 112; ebd. 5, 71; ebd. 13, 86; ebd. 15, 97; Interview Staffhorst 8, 68; ebd. 14, 65; ebd. 20, 64; ebd. 21, 70; ebd. 22, 80). Dieses Muster, welches im Kern als eine schwache Selbstwirksamkeitsüberzeugung (siehe Kapitel 3.3.2) zu beschreiben ist, ist psychologisch eng verwoben mit der zuvor umrissenen Entproblematisierung und spielt bei der Interpretation der bürgergesellschaftlichen Perspektive eine signifikante Rolle (siehe Kapitel 7.5, 9.1.2).

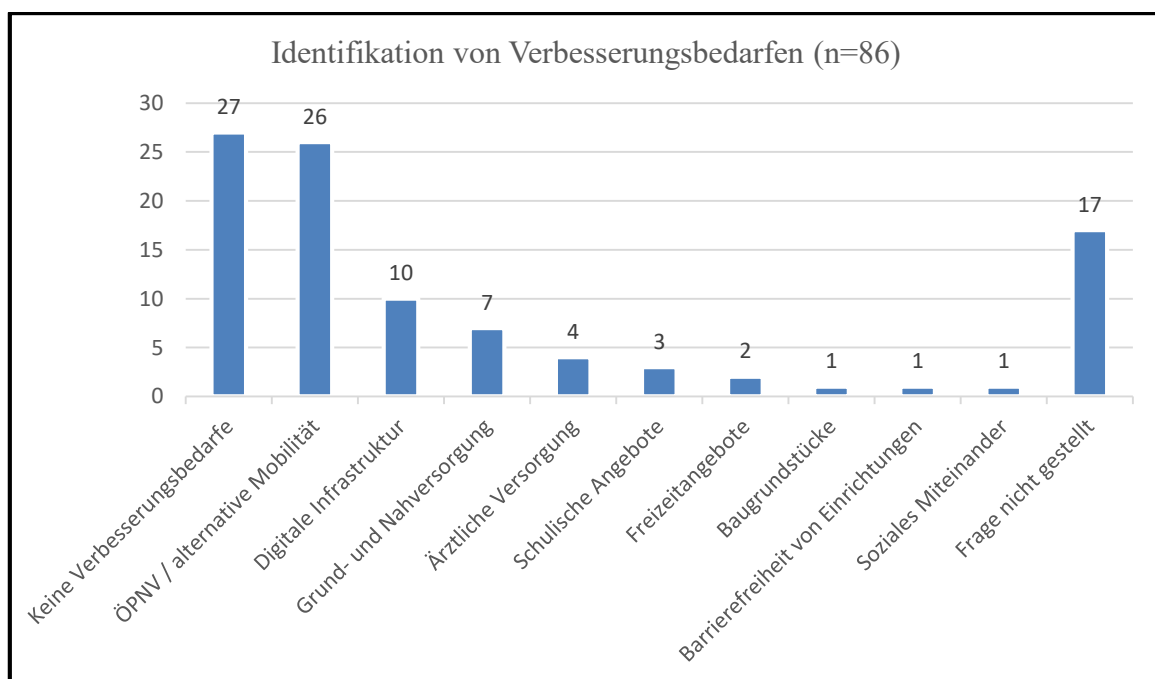


Abbildung 86: Identifikation von Verbesserungsbedarfen (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen; Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 3, 55; ebd. 11, 69; ebd. 20, 110; ebd. 21, 124; Interview Stocksdorf 3, 205; ebd. 6, 134; ebd. 7, 154; ebd. 8, 136; ebd. 9, 107; ebd. 10, 98; ebd. 11, 78; ebd. 14, 75; ebd. 16, 58; Interview Staffhorst 2, 56; ebd. 17, 77; ebd. 18, 69; ebd. 25, 104

Darüber hinaus wurde insbesondere der ÖPNV (26 Nennungen) als verbesserungsbedürftiger Aspekt der regionalen Daseinsvorsorge identifiziert. Auch hier wurde in Einklang mit den vorherigen Ausführungen klar zum Ausdruck gebracht, dass insbesondere für Senioren, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, nur bedingt Möglichkeiten bestehen, sich ihren Bedürfnissen entsprechend fortzubewegen und zu versorgen (vgl. Interview Stocksdorf 12, 77-80; ebd. 17, 73-76; Interview Staffhorst 9, 65-73; Interview Freistatt 22, 109-112). Vereinzelt wurde auch eine schlecht ausgebaute Fahrradwegeinfrastruktur bemängelt (vgl. Interview Staffhorst 1, 69-72; Interview Freistatt 24, 85-88). Der Forderung nach einem quantitativen Ausbau des ÖPNV als Lösung der obigen Probleme standen jedoch auch solche Stimme gegenüber, die darauf verwiesen, dass ein Ausbau des Angebotes nur auf der Grundlage einer entsprechenden Nachfrage nachhaltig sein kann:

*„(...) Da kann man ja nicht verlangen, dass hier jede Stunde ein Bus lang fährt in Groß Lessen, wenn da vielleicht mal einer einsteigt. Das geht nicht. [...]“* (Interview Groß Lessen 10, 120)

*„(...) Was nützt es wenn hier alle 30 Minuten der Bus hier hält und dann steigt keiner ein?“* (Interview Freistatt 2, 61)

Auch die digitale Infrastruktur wurde von einigen Interviewpartnern als Verbesserungsbedarf benannt (10 Nennungen). Der Verweis auf einen schlechten Zustand der digitalen Infrastruktur, insbesondere in Bezug auf den Breitbandausbau, ist als wiederkehrendes Element in vielen Interviews zu beobachten. Die Dringlichkeit, mit der die Notwendigkeit einer Verbesserung in diesem Zusammenhang artikuliert wird, reicht dabei von einer Empfindung als störend bis hin zur Wahrnehmung einer Unzumutbarkeit in der heutigen Zeit (vgl. Interview Freistatt 25, 70; Interview Staffhorst 23, 56).

Weiterhin wurden auch in den Bereichen der Grund- und Nahversorgung (7 Nennungen), der ärztlichen Versorgung (4 Nennungen), der schulischen Angebote (3 Nennungen) und der Freizeitgestaltung (2 Nennungen) Verbesserungsbedarfe identifiziert. Punktuell wurde darüber hinaus die Notwendigkeit neuer Baugebiete (vgl. Interview Staffhorst 6, 75) sowie der Wunsch nach mehr Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen (vgl. Interview Groß Lessen 14, 98) und nach mehr sozialem Miteinander in der Dorfgemeinschaft (vgl. Interview Groß Lessen 11, 109) zum Ausdruck gebracht.

### 7.4 Digitalisierung und digitale Medien

Da sich die Haushaltsbefragung ursprünglich nicht in Form eines separaten, thematischen Blockes dem Themenkomplex der Digitalisierung annähert, sollen die entsprechenden Fragen aufgrund der besonderen Gewichtung im Kontext dieser Arbeit aus den restlichen Blöcken herausgegriffen und hier zusammengeführt werden. Das Erkenntnisinteresse, das dieser Vorgehensweise zugrunde liegt, ist die stärkere Forcierung der Analyse der lebensweltlichen Bezüge der Interviewpartner zur Digitalisierung als solcher und insbesondere des Nutzungsverhaltens digitaler Medien im Alltag. Auf dieser Basis sollen schließlich auch Zusammenhänge zwischen der Intensität der alltäglichen Auseinandersetzung und der Bedeutung, der digitalen Medien im Kontext der Daseinsvorsorge beigemessen wird, aufgezeigt werden.

#### 7.4.1 Lebensweltliche Bezüge zu und Nutzungsverhalten von digitalen Medien

Bevor das tatsächliche Nutzungsverhalten digitaler Medien dargestellt wird, soll der Blick zunächst auf die grundsätzlichen, alltagsrelevanten Bezüge der Interviewpartner zu digitalen Medien gerichtet werden. Die eigentlich dem ersten inhaltlichen Block zugehörige Frage *Greifen Sie im Alltag auf digitale Hilfsmittel zurück? Wenn ja, welche sind das?* diente als Erzählauforderung dazu, die dahingehenden Berührungspunkte im Alltag zu ermitteln. Die Antworten wurden zunächst vor dem Hintergrund der Frage betrachtet, ob überhaupt Anknüpfungspunkte an digitale Hilfsmittel im Alltag vorhanden sind und wenn ja, in welcher Intensität.

Bereits die Darstellung der soziodemographischen Daten (siehe Kapitel 7.1) hat aufgezeigt, dass ein signifikanter Anteil der Befragten auf keine digitalen Endgeräte zugreift. Erwartungsgemäß muss diese Zahl ergänzt werden um solche Personen, die zwar auf Computer, Laptop oder Mobiltelefon zugreifen, diese aber in keinem nennenswerten Umfang nutzen. Wie (überraschend) hoch der Anteil derer ist, auf die dies zutrifft, zeigt die untenstehende Abbildung (87). Denn hier zeigt sich, dass beinahe die Hälfte der Interviewpartner wenig oder keinen Bezug zu digitalen Hilfsmitteln artikuliert hat. Dies bedeutet nicht, dass diese Personen zwangsläufig keinen Laptop oder kein Smartphone zur Verfügung haben. Vielmehr gaben sie an, „relativ wenig“ (Interview Stocksdorf 5, 95), „nicht so oft“ (Interview Staffhorst 22, 54), nur „ein bisschen“ (Interview Groß Lessen 8, 70) oder „eigentlich eher selten“ (Interview Freistatt 19, 39) Gebrauch von ihren Möglichkeiten als digitale Hilfsmittel (Online-Shopping, Online-Banking etc.) zu machen. Aus dem Antwortverhalten der Befragten war also nicht abzulesen, dass die Nutzung digitaler Medien für sie ein fester Alltagsbestandteil ist.



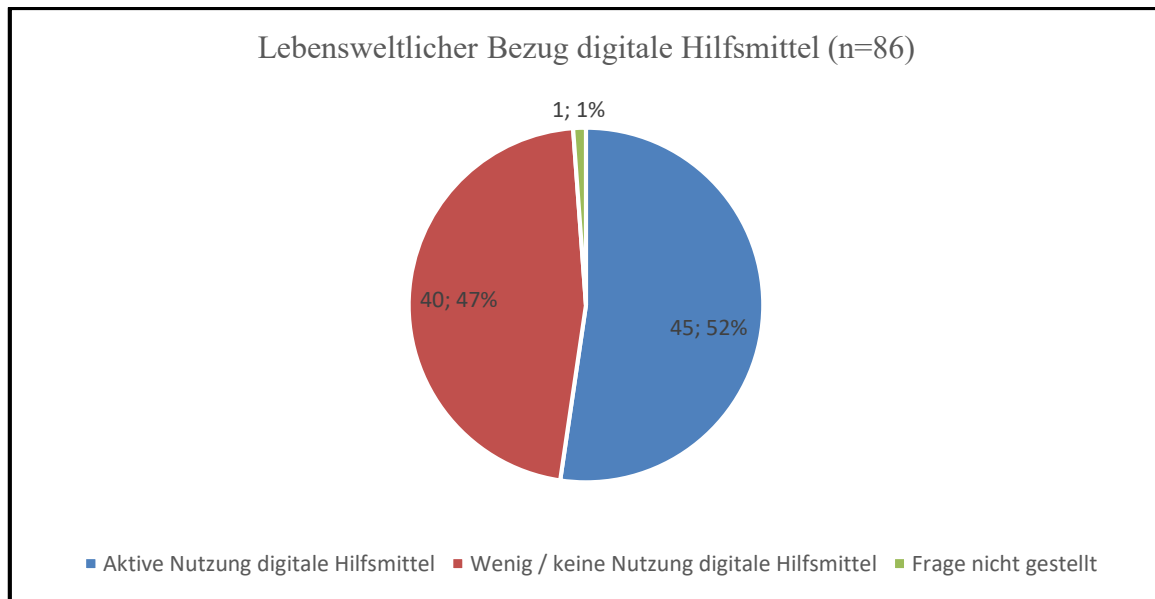


Abbildung 87: Lebensweltlicher Bezug zu digitalen Hilfsmitteln (n=86), Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in dem Interview Freistatt 11, 65

Es muss an dieser Stelle angenommen werden, dass ein Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und der Nutzungsintensität digitaler Hilfsmittel besteht. Tatsächlich liegt das Durchschnittsalter der Personen, die angaben, digitale Hilfsmittel nur wenig oder nicht zu nutzen mit 60,4 Jahren signifikant höher als das derjenigen Personen (50 Jahre), aus deren Antworten ein regelmäßiger Bezug zu digitalen Hilfsmitteln im Alltag abzulesen war. Trotz dieses insgesamt eindeutigen Trends gilt es, anzumerken, dass einerseits jüngere Personen durch eine distanzierte Haltung gegenüber digitalen Hilfsmitteln auffielen (vgl. Interview Staffhorst 20, 29-36; Interview Groß Lessen 3, 66-77) und andererseits auch Personen im Rentenalter eine aktive Nutzung digitaler Hilfsmittel zu Protokoll gaben (vgl. Interview Stocksdorf 15, 57-64; Interview Staffhorst 4, 4; ebd. 15, 29-32).

Neben den erwartbaren, altersbedingten Akzeptanz- und Kompetenzproblemen hinsichtlich der Nutzung digitaler Hilfsmittel, konnten vereinzelt auch bewusst ablehnende Haltungen beobachtet werden:

*„Ne. Kann noch kommen. Will ich nicht ausschließen. Ne, weil ich finde das ganze System etwas pervers. Also, meine Frau, die bestellt. (...) Aber wenn ich die Fahrer an der Tür sehe. Oh Mann, ey. Die kommen sonntags morgens. Naja, egal.“* (Interview Stocksdorf 13, 43-50)

*„Eher weniger. Also, ich halte da nicht so viel von, eigentlich. Tablet oder PC oder alles. Mit Paketannahme oder sowas. Das mag ich nicht. Das ist mir irgendwie zu unpersönlich und ich weiß nicht. Dann klappt es nicht, dann muss man es wieder zurückschicken. Diese Wege. Das ist mir alles zu viel. Deshalb habe ich da auch keinen Bock drauf.“* (Interview Staffhorst 21, 35-38)

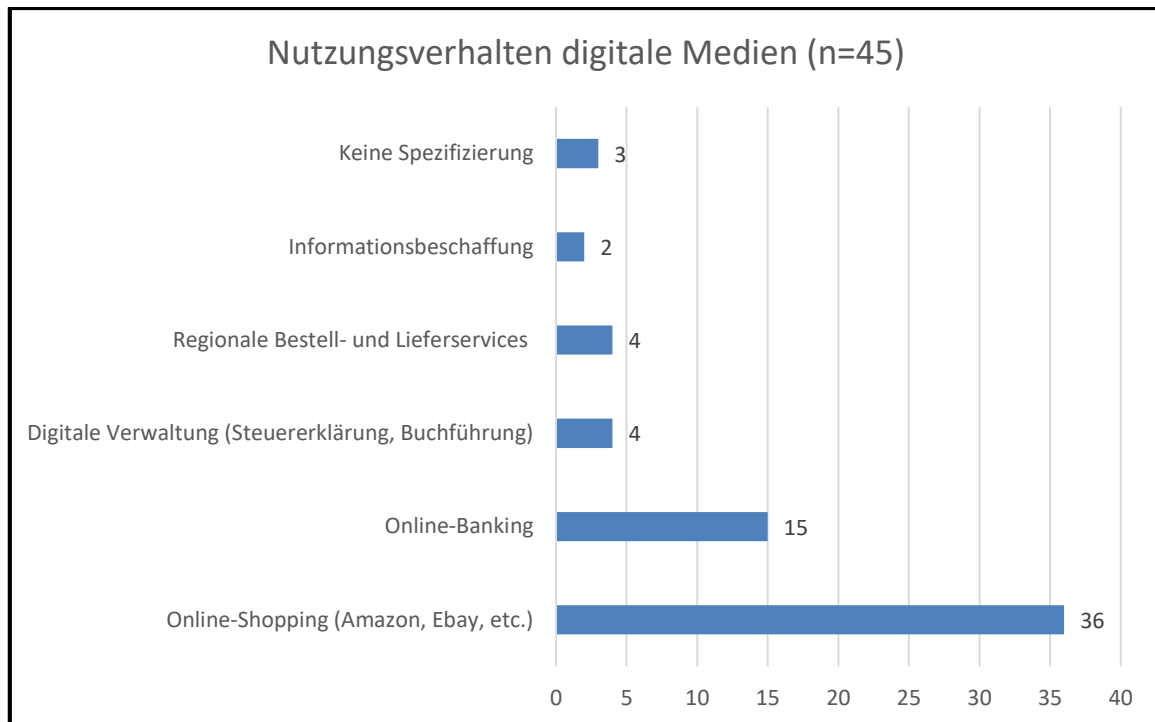


Abbildung 88: Nutzungsverhalten digitaler Medien (n=45), Anmerkung: die abweichende Grundgesamtheit ergibt sich daraus, dass nur die Angaben der Interviewpartner mit aktivem Nutzungsverhalten (siehe Abbildung 89) berücksichtigt wurden; Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Das tatsächliche Nutzungsverhalten (siehe Abbildung 88) derjenigen Personen, aus deren Angaben hervorging, dass sie digitale Medien in ihrem Alltag aktiv als Hilfsmittel nutzen (n=45), ist in einem hohen Maße geprägt von Online-Shopping (36 Nennungen). Für die meisten Interviewpartner wird Online-Shopping dabei zur Besorgung von Gütern genutzt, die zwar nicht mehr dem täglichen Bedarf zuzurechnen sind, aber dennoch eine hohe Alltagsrelevanz besitzen. Die Vorteile des digitalen Einkaufs werden dabei klar in der breiten Angebotspalette und der Ortsunabhängigkeit verortet:

*„Ja, ganz viel Spielsachen, solche Sachen. Kleidung. Ja, es ist einfach mit zwei kleinen Kindern schwierig, wenn Sie einkaufen wollen. Klar, kann ich mit denen in einen Spielzeugladen gehen. Aber es wird anstrengender und dauert viel länger, als wenn ich das kurz nebenbei mache.“* (Interview Stocksdorf 4, 81)

*„Ja, genau. Weil, ganz ehrlich, hier in der Nähe ist nichts. Wenn ich jetzt einen Föhn brauche, dann wüsste ich nicht, wo ich hinfahre sollte, um mir einen Föhn zu kaufen. [...]“* (Interview Stocksdorf 14, 67)

*“Ja, Internet. Ich habe schon zu meinem Mann gesagt; ich kaufe jetzt alles im Internet. Die kleinen Läden, die beschwerten sich immer, weil man nicht einkauft. Aber man kriegt auch nichts. Die Auswahl ist auch sehr begrenzt. [...]“* (Interview Staffhorst 2, 43)

Deutlich weniger Akzeptanz hingegen fand die Nutzung von Online-Shopping in Bezug auf den Einkauf von Lebensmitteln (4 Nennungen). Nur einige, wenige Interviewpartner gaben an, regionale Bestell- und Lieferservices fest in ihr Versorgungsverhalten integriert zu haben (vgl. Staffhorst 3, 68; ebd. 4, 4; ebd. 10, 8; Interview Groß Lessen 4, 46). Als ein Grund hierfür wurde wiederkehrend eine bewusste Ablehnung der Online-Bestellung von Lebensmitteln auch unter den Personen, die angaben, anderweitig aktiv Produkte über das Internet zu beziehen, beobachtet (vgl. Interview Stocksdorf 3, 121; Interview Staffhorst 3, 56; ebd. 13, 48; ebd. 14, 48; ebd. 17, 41-56; Interview Groß Lessen 9, 69-72; ebd. 10, 73-80; ebd. 12, 45). Der Einkauf von Lebensmitteln über das Internet schien für einige Interviewpartner mit deutlichen Vorbehalten versehen zu sein:

*„(...) Wir kaufen jetzt nicht wie manche jetzt auch noch am besten Lebensmittel ein über das Internet. Das gibt es bei uns nicht. [...]“* (Interview Groß Lessen 9, 72)

*„Wer macht das nicht heutzutage? Ab und zu, ja. Aber nicht so oft. Also, jetzt Lebensmittel oder so was, das würde ich nie im Internet bestellen.“* (Interview Groß Lessen 10, 80)

Weiterhin von Bedeutung war auch die Nutzung von Online-Banking. Obwohl zwar nicht in der gleichen Intensität wie das Online-Shopping genutzt, gaben dennoch 15 Interviewpartner an, in wiederkehrenden Abständen Bankgeschäfte über das Internet zu verrichten (vgl. Interview Stocksdorf 5, 55; ebd. 9, 92; Interview Staffhorst 1, 48; ebd. 4, 41-44; ebd. 9, 41-48; ebd. 14, 45-48; ebd. 15, 29-32; ebd. 24, 64-69; ebd. 25, 73-80; Interview Groß Lessen 1, 37-44; ebd. 6, 45-48; ebd. 12, 45; Interview Freistatt 15, 58-65; ebd. 18, 46; ebd. 24, 57-68). Darüber hinaus wurde vereinzelt auch angegeben, Verwaltungsangelegenheiten wie Steuererklärungen oder Buchführung digital zu erledigen (vgl. Interview Staffhorst 23, 33-36; Interview Groß Lessen 2, 86-89; ebd. 5, 41-48; ebd. 6, 45-48).

Unterhaltungsaspekte wie die Nutzung von Social Media (Facebook, Instagram etc.) oder Streaming-Diensten (Netflix etc.) wurden in diesem Kontext nicht explizit berücksichtigt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Diffusion entsprechender Angebote die der zuvor diskutierten Aspekte deutlich übersteigt. Insgesamt offenbart das erfasste Nutzungsverhalten digitaler Medien einen konsumorientierten Charakter. Zudem werden die digitalen Medien primär als Hilfsmittel auf individueller Ebene verstanden und genutzt. Eine Nutzung in Bezug auf kollektive Organisationsformen wie die Organisation von Mitfahrgelegenheiten oder Mitbringdiensten scheint derart informell stattzufinden, dass sie in diesem Zusammenhang nicht bewusst artikuliert wurde (siehe Kapitel 9.1.3).

Als letzten Aspekt im Kontext der lebensweltlichen Bezüge der Bürger zu digitalen Medien gilt es, die bereits zuvor angedeuteten Nutzungslimitierungen, die mit dem Grad der Verfügbarkeit digitaler Infrastrukturen einhergehen, zu diskutieren. Bereits zuvor wurde in einigen Interviews auf eine mangelhafte, digitale Infrastruktur verwiesen. Diese Einschätzung kam im Zuge der Diskussion rund um die Nutzung digitaler Medien stark vermehrt zum Vorschein. Tatsächlich war aus den Antworten von 35 Interviewpartnern abzulesen, dass sie sich durch eine mangelhafte Netzabdeckung hinsichtlich der Nutzung digitaler Medien eingeschränkt fühlen (vgl. Stocksdorf 1, 60-63; ebd. 2, 179-185; ebd. 3, 126-137; ebd. 4, 85; ebd. 5, 100-107; ebd. 6, 61-64; ebd. 7, 116-118; ebd. 8, 18-27; ebd. 17, 64-68; ebd. 18, 63-66; Interview Staffhorst 2, 112-115; ebd. 6, 38-41; ebd.10, 111-114; ebd. 16, 92; ebd. 17, 41-56; ebd. 18, 137-140; ebd. 21, 119-121; ebd. 22, 155-162; ebd. 23, 4; ebd. 24, 208-213; ebd. 25, 189-194; ebd. 26, 63-68; Interview Groß Lessen 1, 106-114; ebd. 4, 106-108; ebd. 5, 110-112; ebd. 6, 110-112; ebd. 9, 96; ebd. 12, 82-85; ebd. 14, 150-156; Interview Freistatt 8, 107-109; ebd. 12, 44-47; ebd. 13, 57-60; ebd.15, 66-69; ebd. 22, 181-184; ebd. 24, 151-162).

Auffällig ist, dass die Artikulation von Einschränkungen zu einem Großteil von denjenigen Interviewpartnern ausging, deren Antwortverhalten auf eine aktive Nutzung digitaler Medien schließen ließ. Die Empfindungen hinsichtlich der Qualität der Netzabdeckung reichten von „nicht immer unbedingt am besten“ (Interview Freistatt 8, 109) über „schwach“ (Interview Stocksdorf 7, 18) bis hin zu „beschissen“ (Interview Stocksdorf 8, 21). Die Einschränkungen wurden mitunter als so stark beschrieben, dass laut Aussage der Interviewpartner eine Nutzung digitaler Medien nur noch in einem rudimentären Umfang möglich ist:

*„Filme gucken oder Bilder oder sowas; das dauert bis die da sind. Was haben wir? 300 oder so. Da kommt nichts an. Wir kriegen das ja von Twistringern hier her. Das ist noch Kupferkabel. Das sind fünf Kilometer. Das ist hier am Ende. Und ein paar Häuser weiter, da ist dann der Schnitt. (...)“* (Interview Stocksdorf 8, 27)

*„Eher schlecht. Also wirklich eher schlecht. Wir sind über Bethel, über die Einrichtung, über die Verwaltung geschaltet. Das heißt, wir laufen eigentlich über Bielefeld. Wir haben eine 4000er Leitung. Also, es reicht, um E-Mails abzufangen und Videos zu gucken. (...)“* (Interview Freistatt 13, 60)

Bedenkt man, dass nur knapp mehr als die Hälfte der Befragten angab, digitale Medien aktiv und regelmäßig als Hilfsmittel zu nutzen und viele dieser Personen darüber hinaus derartige Einschränkungen artikulieren, so muss von einer noch geringeren, potentiellen Reichweite digitaler Innovationen in der Daseinsvorsorge ausgegangen werden.

### 7.4.2 Digitalisierung in der Daseinsvorsorge

Obwohl die Frage *Wie können Ihrer Meinung nach digitale Medien dazu eingesetzt werden, um eine Verbesserung zu erreichen?* eigentlich dem dritten Block, der sich mit Verbesserungs- und Gestaltungsvorschlägen befasst, zugeordnet war, sollen die Antworten der Interviewpartner dennoch an dieser Stelle analysiert werden. Grund hierfür ist, dass sich das Antwortverhalten der Befragten deutlich als Konsequenz der zuvor diskutierten lebensweltlichen Bezüge zu digitalen Medien analysieren lässt. Zum anderen brachten die Antworten der Interviewpartner weniger konkrete Gestaltungsvorschläge, sondern vielmehr ihren generellen Standpunkt zur Rolle digitaler Medien in der Ausgestaltung der Daseinsvorsorge zum Vorschein.

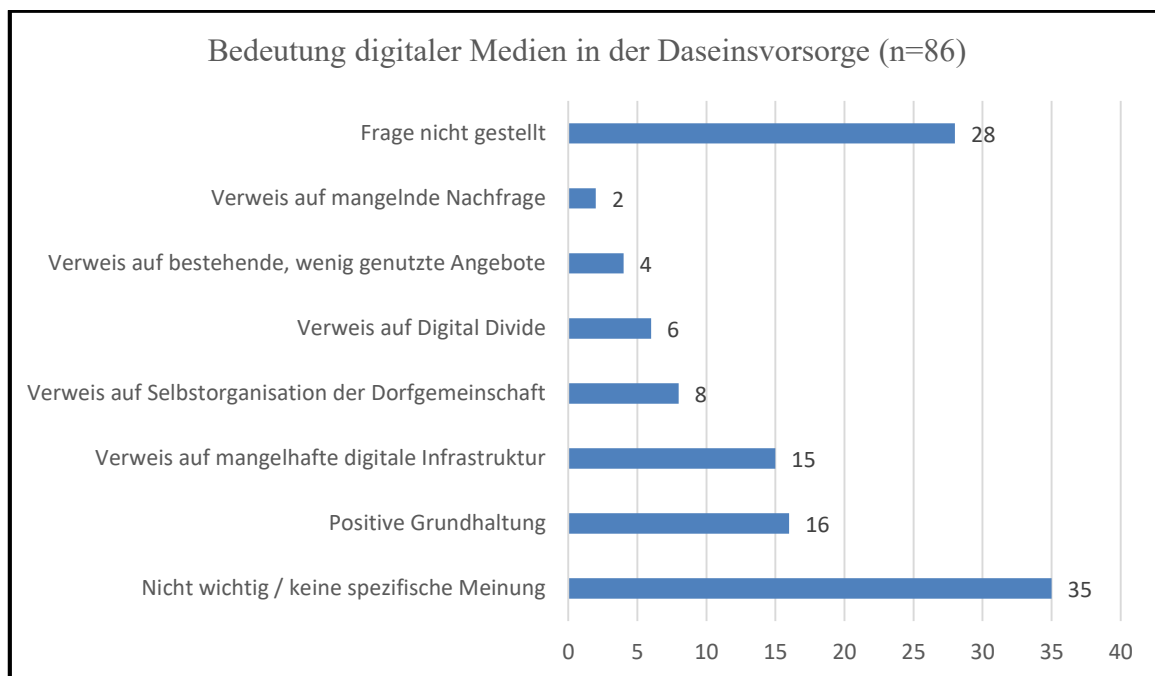


Abbildung 89: Bedeutung digitaler Medien in der Daseinsvorsorge (n=86), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Bei Betrachtung des Antwortverhaltens der Interviewpartner aufgeschlüsselt nach der Bedeutung, der digitalen Medien im Kontext der Daseinsvorsorge beigemessen wird (siehe Abbildung 89), fällt zunächst einmal die vergleichsweise große Anzahl an Interviews ins Auge, in denen die entsprechende Frage nicht gestellt wurde. Dies ist für die Auswertung der Daten zunächst einmal bedauerlich. Gleichzeitig lässt sich auch hieran ein grundsätzliches Muster ablesen. Nämlich entfallen 18 der 28 Interviews, in denen keine entsprechende Abfrage erfolgt ist, auf solche Interviewpartner, die bereits zuvor angegeben haben, im Alltag nur marginale Bezugspunkte zu digitalen Medien zu besitzen (vgl. Interview Stocksdorf 2, 129; ebd. 6 139; ebd. 7, 156; ebd. 8, 137; ebd. 16, 61; ebd. 17, 82; ebd. 18, 88; Interview Staffhorst 19, 90; Interview

Freistatt 4, 120; ebd. 5, 76; ebd. 6, 152; ebd. 7, 50; ebd. 10, 68; ebd. 12, 86). Das Auslassen der Frage von Seiten des Interviewers ist demnach mehrheitlich dahingehend zu deuten, dass aus den vorangegangenen Antworten des Interviewpartners nicht ersichtlich wurde, dass eine adäquate Beantwortung der Frage im ursprünglichen Sinne wahrscheinlich ist. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die ausgewerteten Antworten vorwiegend auf diejenigen Personen zurückzuführen sind, die sich ihren eigenen Angaben nach im Alltag aktiver mit digitalen Medien auseinandersetzen.

Dies ist insofern verwunderlich, als das die stärkste Position, die sich aus den Antworten der Interviewpartner ableiten ließ, digitalen Medien in der Daseinsvorsorge keine nennenswerte Bedeutung beimisst (35 Nennungen). Wäre nicht bereits deutlich geworden, dass viele der Personen, die keinen aktiven Kontakt zu digitalen Hilfsmitteln im Alltag artikuliert haben, die entsprechende Frage ohnehin nicht gestellt bekommen haben, so würde man zweifelsohne einen entsprechenden Erklärungsansatz bemühen. Tatsächlich aber entfallen die Antworten leicht mehrheitlich (19 Nennungen) auf Personen mit einem aktiven Umgang mit digitalen Medien im Alltag (vgl. Interview Stocksdorf 1, 108-111; ebd. 3, 220-223; ebd. 4, 146-149; Interview Staffhorst 2, 65-68; ebd. 8, 77-80; ebd. 9, 74-77; ebd. 12, 92-95; ebd. 17, 82-89; ebd. 24, 134-139; Interview Groß Lessen 1, 65-71; ebd. 2, 114-117; ebd. 5, 65-68; ebd. 6, 69-76; ebd. 9, 101-104; ebd. 10, 125-128; ebd. 12, 74-81; Interview Freistatt 14, 72; ebd. 15, 112-117; ebd. 25, 71-74). Die restlichen 16 Antworten entfielen hingegen auf Interviewpartner mit weniger aktiver Nutzung digitaler Medien (vgl. Interview Staffhorst 11, 65-68; ebd. 19, 90; ebd. 22, 89-96; ebd. 26, 113-120; ebd. 27, 162-165; Interview Groß Lessen 3, 102-105; ebd. 7, 91-94; ebd. 8, 101-104; ebd. 11, 118-121; ebd. 13, 109-112; ebd. 15, 97-100; Interview Freistatt 16, 101-104; ebd. 17, 53-56; ebd. 19, 77-80; ebd. 21, 137-140; ebd. 22, 129-132).

Dieses Antwortverhalten zeigt auf, dass auch solche Personen mit stärkerem Lebensweltlichen Bezug zu digitalen Medien, ihr kein nennenswertes Innovationspotential in der Daseinsvorsorge beimessen. Grundsätzlich anzumerken hierbei ist, dass viele der Antworten keine bewusst ablehnende Haltung transportierten, sondern vielmehr zeigen, dass häufig im Vorfeld keine nennenswerte Auseinandersetzung dahingehend erfolgt war, welche Bedeutung digitale Medien in diesem Zusammenhang entfalten:

*„Da bin ich ehrlich gesagt gar nicht auf dem Laufenden.“* (Freistatt 17, 56)

*„Das weiß ich jetzt auch nicht, wie man das lösen könnte. Also, es ist ja nicht so, dass wir hinter dem Mond leben hier. Wir nutzen das Internet schon.“* (Interview Groß Lessen 9, 104)

Dennoch waren wiederkehrend auch Haltungen zu beobachten, die den Auswirkungen der Digitalisierung bewusst kritisch gegenüberstehen und aus diesem Grund gegen einen Einsatz digitaler Medien in der Daseinsvorsorge argumentieren:

*„Ne. Durch die digitalen Medien haben wir den großen Nachteil, dass das verbreitet wird, was verbreitet werden soll. Mit den Angeboten; wenn wir schon auf dem Land wohnen, dann finde ich eigentlich Mundpropaganda das Wichtigere. (...) Durch die ganze Sache stirbt eigentlich dieser ganze Sozialkontakt, den wir mittlerweile haben. Das ist nicht mehr vorhanden. Wie viele Kinder sind nur noch in der Lage, Nachrichten zu schreiben, aber sich nicht mehr an den Tisch zu setzen und zu unterhalten?“ (Interview Stocksdorf 4, 149)*

*„Also, klar. Das da Dinge digital, also internetmäßig, dass da viel mehr wieder irgendwie...Gewicht drauf gelegt wird. Das ist schon klar. Ich weiß nicht, wie...Die Fragen gehen ja auch immer in eine Richtung. Verbesserung? Man könnte ja auch sagen...man könnte ja den ganzen digitalen Quatsch abschaffen und mehr Menschlichkeit, mehr Zwischenmenschlichkeit, da Wert drauf legen. Tatsache ist ja nur, dass ja alle Welt darauf Wert legt. [...] Noch schneller, noch weniger selber irgendwie was machen. Und alles noch digitaler herzustellen. Und den Menschen noch gläserner und durchsichtiger zu machen. Ich weiß nicht, ob das alles so erstrebenswert ist.“ (Interview Freistatt 19, 80)*

Darüber hinaus artikulierten die Interviewpartner vor allem Vorbehalte gegenüber der Wirksamkeit digitaler Lösungen mit Verweis auf verschiedene, limitierende Faktoren. Auch hier kam deutlich zum Vorschein, dass viele Interviewpartner (15 Nennungen) das Potential digitaler Innovationen durch mangelhafte, digitale Infrastrukturen eingeschränkt sehen (vgl. Interview Stocksdorf 3, 231; ebd. 5, 194-197; Interview Staffhorst 1, 77-80; ebd. 3, 93-96; ebd. 14, 66-69; ebd. 16, 83-88; ebd. 23, 65-72; Interview Groß Lessen 4, 75-78; ebd. 5, 65-68; ebd. 9, 101-104; ebd. 15, 97-100; ebd. 16, 138-141; Interview Freistatt 18, 67-70; ebd. 23, 217-222; ebd. 24, 101-104). Die grundsätzliche Argumentation, die in diesem Kontext häufig zu beobachten war, ist, dass Digitalisierung nur auf dem Fundament einer leistungsfähigen Netzabdeckung möglich sei:

*„Das wüsste ich jetzt ehrlich gesagt nicht, weil es hapert ja an den grundwichtigen Dingen hier so ein bisschen. Und ich muss ja erst mal einen gewissen Standard haben, um das Ganze zu digitalisieren. Und den haben wir halt grade einfach noch gar nicht. Also, bestes Beispiel: ich habe kein Internet. (...) Ich brauche also Internet. Und daran hapert es hier ja schon. Dann brauche ich mich also überhaupt noch gar nicht damit befassen, ob wir hier irgendwas digitalisieren können, wenn die Basics nicht vorhanden sind.“ (Interview Groß Lessen 5, 68)*

In Ergänzung hierzu wurde vor allem die informelle, dörfliche Selbstorganisation (8 Nennungen) als Argument dafür angeführt, dass mit Lösungsansätzen wie digitalen Mitfahr-Apps oder Anwendungen wie DorfFunk (siehe Kapitel 2.4.4) keine Mehrwerte gegenüber der jetzigen Ausgangslage zu realisieren seien (vgl. Interview Stocksdorf 3, 220-223; Interview Staffhorst 1, 81-84; ebd. 5, 109-112; ebd. 22, 89-96; ebd. 26, 113-120; Interview Groß Lessen 1, 65-71; ebd. 6, 69-76; ebd. 13, 109-112). Vereinfacht formuliert, wurde zum Ausdruck gebracht, dass man ohnehin in WhatsApp-Gruppen organisiert sei und sich in der Dorfgemeinschaft austauscht und deshalb keine entsprechenden Anwendungen brauche:

*„Ja, das funktioniert hier im Moment noch so über Gespräche, direkt. Wir haben hier natürlich dann auch Fahrgemeinschaften, die wir dann auch bilden. Grade was die Kindertransporte und sowas angeht. Da nutzen wir halt, ja, WhatsApp-Gruppen, um irgendwelche Fahrgemeinschaften zu bilden. (...) Aber ich glaube nicht, irgendwelche Apps nutzen, um sich da irgendwie, ja, zu verknüpfen.“* (Interview Staffhorst 1, 84)

Weitere Argumentationsmuster verwiesen auf die Tatsache, dass viele ältere Menschen entsprechende, digitale Anwendungen nicht nutzen könnten und man deshalb Gefahr laufe, diese im Sinne eines Digital Divide mittelfristig zu benachteiligen (vgl. Interview Stocksdorf 5, 194-197; Interview Staffhorst 1, 81-84; ebd. 4, 69-72; ebd. 12, 92-95; Interview Groß Lessen 12, 74-81; Interview Freistatt 15, 112-117). Darüber hinaus wurde auch auf bestehende Angebote, wie den Bestell- und Lieferservice, verwiesen, für die offenbar bisher keine große Nachfrage besteht:

*„Ja, ich denke ja. Es gibt ja Einkaufszentren hier in Sulingen, wo man digital bestellen kann. Die das frei Haus liefern. Das ist fördernd. [...] Für ältere Leute, die weniger mobil sind, kann sowas vielleicht interessant werden. Der eine oder andere hat es mal genutzt. Oder nutzt es auch noch. Aber ich gebe zu, da kenne ich persönlich keinen, der sagt, ich bestelle im Internet. [...]“* (Interview Staffhorst 6, 83)

Die Interviewpartner, aus deren Antworten eine hauptsächlich positive und (mehr oder weniger) vorbehaltsfreie Grundhaltung gegenüber digitalen Instrumenten in der Daseinsvorsorge hervorging, waren insgesamt deutlich in der Minderheit (16 Nennungen). Auch hier muss angemerkt werden, dass die meisten Befragten ohne weiteres keine konkreten Gestaltungsvorschläge benennen konnten. Nur vereinzelt wurden etwa digitale Mobilitätslösungen (vgl. Interview Staffhorst 25, 112) oder die stärkere Forcierung von Bestell- und Lieferservices (vgl. Interview Stocksdorf 6, 83; Interview Staffhorst 21, 78; ebd. 15, 81-89; ebd. 13, 73-80; ebd. 10, 68; Interview Freistatt 20, 121-128) als Vorschläge vorgebracht.



## 7.5 Rollen- und Verantwortungsverständnisse

Der dritte und finale thematische Block der Haushaltsbefragung widmete sich Verbesserungs- und Gestaltungsvorschlägen. Für die Interviewpartner implizierte dies einen Rollenwechsel. Nachdem zuvor Beobachtung und Bewertung im Fokus standen, wurden sie nun in die Rolle des Gestaltenden hineinversetzt. Vordergründiges Interesse hierbei war es, Erkenntnisse über das akteurale Selbstverständnis der Bürgergesellschaft sowie die Wahrnehmung und Artikulation von Verantwortung im Kontext der Daseinsvorsorge zu generieren.

### 7.5.1 Benennung von Verbesserungsvorschlägen

Nachdem die Interviewpartner im Schritt unmittelbar zuvor nach Verbesserungsbedarfen gefragt wurden, stand nun als logische Ableitung hieraus zunächst die Benennung von Verbesserungsmaßnahmen im Vordergrund. *Wie kann die Versorgungssituation in Ihrem Ort bzw. Ihrer Gemeinde in Zukunft verbessert werden? Haben Sie hierzu konkrete Vorschläge?* Mittels dieser Frage sollten die Befragten dazu angeregt werden, aufbauend auf den zuvor von ihnen identifizierten Verbesserungsbedarfen möglichst konkrete, operative Maßnahmen zu identifizieren.

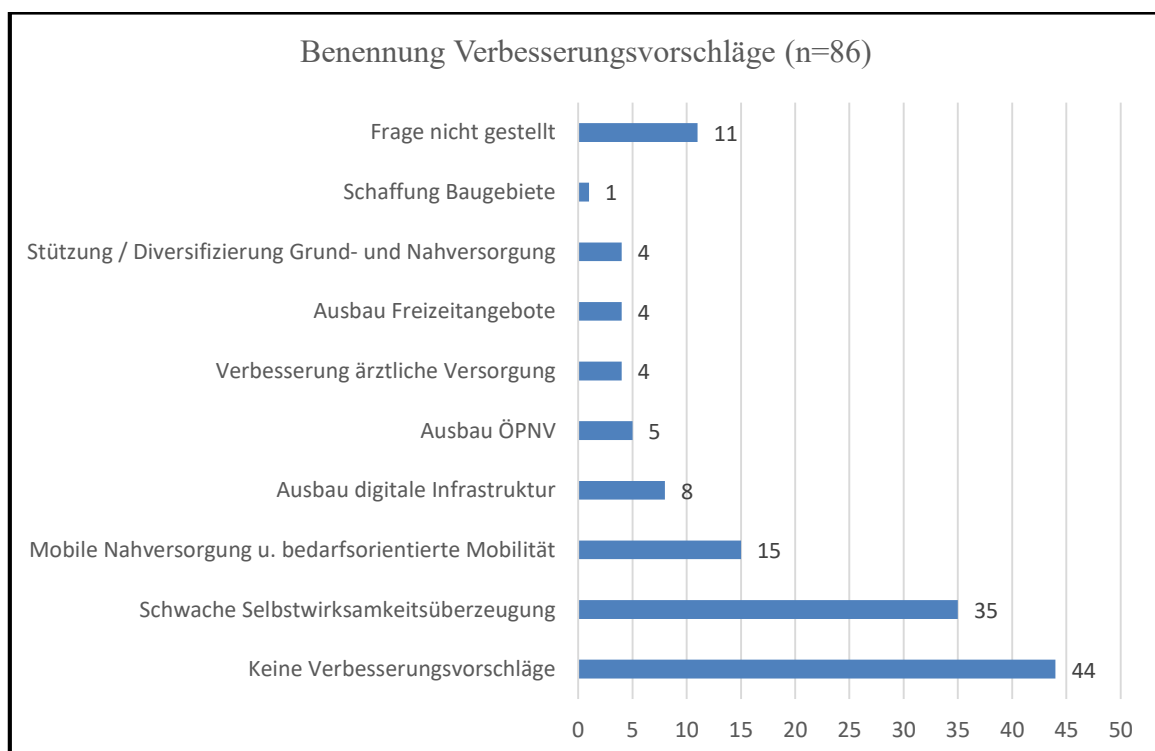


Abbildung 90: Benennung von Verbesserungsvorschlägen (n=86), Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen; Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 1, 60; ebd. 2, 62; ebd. 4, 119; ebd. 11, 70; Interview Stockdorf 7, 155; ebd. 8, 106; ebd. 15, 77; ebd. 16, 60; ebd. 18, 87; Interview Staffhorst 9, 73

Wie die obige Abbildung zeigt, fiel dieser Rollenwechsel vielen Interviewpartnern vergleichsweise schwer. So konnte mehr als die Hälfte der Befragten (44 Nennungen) keinerlei Verbesserungsvorschläge benennen. Ein signifikanter Anteil der Befragten gab damit einhergehend an, dass ihrer Meinung nach Veränderungen oder Verbesserungen ohnehin nicht möglich seien. Wiederkehrende Antworttypen in diesem Kontext waren: *„Hier kommt doch kein Laden mehr hin. Das lohnt sich ja nicht.“* (Interview Staffhorst 7, 137) oder aber *„Verbessern? Wir kämpfen um die Verhinderung des Rückbaus.“* (Interview Freistatt 18, 66). Das Element, das all diesen Antworten gemein ist, ist die Artikulation einer schwachen Selbstwirksamkeitsüberzeugung (35 Nennungen; siehe Kapitel 7.3.3). Anders ausgedrückt, glaubten viele Interviewpartner nicht daran, durch ihr Handeln Einfluss auf die vielfach identifizierten Regressionsprozesse nehmen zu können, geschweige denn ein Wachstum generieren zu können.

Vor diesem Hintergrund sind auch die übrigen Antworten der Befragten zu bewerten. Denn mit der Verbesserung der digitalen Infrastruktur (8 Nennungen), des ÖPNVs (5 Nennungen), der ärztlichen Versorgung (4 Nennungen), der Freizeitangebote (4 Nennungen) sowie der Grund- und Nahversorgung (4 Nennungen) wurden im Grunde viele der bereits zuvor identifizierten Verbesserungsbedarfe wieder aufgegriffen und lediglich als Zielebenen neu formuliert. Die Formulierung von konkreten Maßnahmen, die der Herstellung dieses Zustands dienen könnten, blieb weitestgehend aus:

*„Ne, mein Verbesserungsvorschlag wäre, dass wir wieder mehr Einwohner hätten. Das wäre das Erste. Das wäre das Grundlegende.“* (Interview Stocksdorf 9, 119)

*„Verbesserungsbedürfnisse sind sowohl ärztliche Versorgung als auch kulturelle Sachen. Natürlich wäre das auch nicht schlecht, da auch ein bisschen mehr kulturelle Angebote oder eben ärztliche Versorgung oder die Sachen näher dran zu haben. Was auch irgendwie immer wichtiger wird, leider auch wichtiger, sind diese ganzen Internet-Sachen. (...)“* (Interview Freistatt 19, 68)

Die Interviewpartner, die operative Maßnahmen benannt haben (15 Nennungen), fokussierten sich auch hier auf mobile Nahversorgungskonzepte und bedarfsorientierte Mobilitätslösungen (vgl. Interview Stocksdorf 5, 160-173; ebd. 12, 79-84; Interview Staffhorst 3, 89-92; ebd. 6, 76-79; ebd. 10, 65-68; ebd. 12, 88-91; ebd. 15, 57-64; ebd. 18, 70-77; ebd. 19, 75-84; ebd. 21, 71-74; ebd. 25, 105-108; ebd. 27, 144-153; Interview Freistatt 21, 125-128; ebd. 22, 117-120; ebd. 23, 201-204). Auffällig war, dass sich viele der artikulierten Vorschläge eng an den bereits bestehenden regionalen Angeboten, sprich dem Bestell- und Lieferservice aus Sulingen und dem Anruf-Sammeltaxi der Samtgemeinde Kirchdorf, orientierten.

### 7.5.2 Identifikation von Verantwortung

Die finale Frage der Haushaltsbefragung forcierte schließlich die Dimension der Verantwortung. Logisch anknüpfend an die Frage nach Verbesserungsvorschlägen und der Rolle digitaler Medien im Kontext dieser Verbesserungen stand schließlich die Frage *Wen sehen Sie bei der Umsetzung solcher Maßnahmen in der Verantwortung?* im Raum.

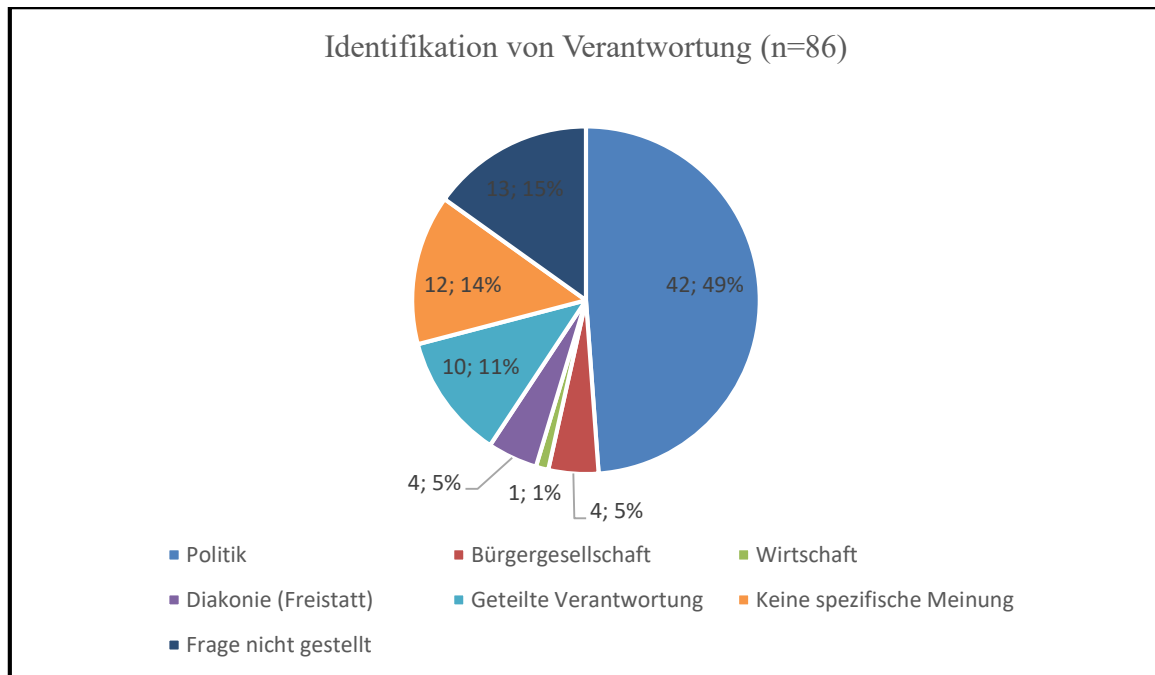


Abbildung 91: Identifikation von Verantwortung (n=86). Anmerkung: Frage wurde nicht gestellt in den Interviews Freistatt 3, 61; ebd. 7, 51; ebd. 9, 64; ebd. 10, 69; ebd. 11, 72; Interview Stocksdorf 7, 157; ebd. 8, 138; ebd. 10, 128; ebd. 14, 89; ebd. 15, 79; Interview Staffhorst 7, 148; ebd. 15, 89; ebd. 20, 77

Die Analyse des Antwortverhaltens in Bezug auf die Benennung von Verantwortung bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Daseinsvorsorgesituation (siehe Abbildung 91) zeigt, dass annähernd die Hälfte der Befragten (42 Nennungen, 49%) auf die Politik verwies. Bei der Deutung dieser Zahl gilt es, sich zunächst in Erinnerung zu rufen, dass zuvor etwa die Hälfte der Befragten keine konkreten Verbesserungsvorschläge identifizieren konnte. Demnach muss die Frage aufgeworfen werden, warum viele Befragte, die zuvor Schwierigkeiten bei der Identifikation von konkreten, operativen Maßnahmen hatten, nun auf die Politik verweisen. Eine naheliegende Erklärung hierfür ist die Wahrnehmung der (Kommunal-)Politik als legitimierte Interessensvertretung und Problemlösungsinstanz, vor allem in den Sphären, in denen die Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme (vermeintlich) begrenzt sind. Tatsächlich ist eine entsprechende Logik aus vielen Antworten abzulesen. Vor allem die Institutionen der Kommune und des Bürgermeisters werden deshalb von vielen Befragten als lokal-verankerte und damit auch unmittelbar greifbare Interessensvertretungen bemüht:

*„Erstmal kommunal, denke ich. Denn die haben den besten Einblick. Hoffe ich. Wir haben auch rundherum im Dorf, da sind ja Kommunalpolitiker auch vor Ort. Die wissen ja eigentlich um die Belange der Bewohner im Ort. Oder in den Orten. (...)“* (Interview Stocksdorf 12, 89)

*„Schwierig. Ich sage mal so, eigentlich muss es ja die Gemeinde machen, ne. Hätte ich jetzt gesagt.“* (Interview Staffhorst 5, 120)

*„Der Bürgermeister, oder nicht?“* (Interview Staffhorst 22, 112)

*“Ja, eben. Ganz ehrlich. Und wenn irgendwas anliegen würde, ich denke mal, da hat man den Bürgermeister für, der dann sowas in Angriff nimmt.“* (Interview Groß Lessen 7, 98)

Aus den obigen Antworten ist gleichzeitig eine Unsicherheit abzulesen, die häufig aus der Komplexität der unmittelbar vorausgehenden Frage nach der Rolle digitaler Medien in der Ausgestaltung der Daseinsvorsorge stemmt. An dieser Stelle lässt sich also psychologisch argumentieren, dass die Externalisierung von Verantwortung (zumindest zu Teilen) als eine Reaktion auf Unsicherheiten zu werten ist.

Außerdem ist bei der Deutung der Aussagen auch die Frage zu stellen, auf welche Formen der infrastrukturellen Daseinsvorsorge sich die artikulierte Verantwortung bezieht. Hier zeigt sich, dass diejenigen Interviewpartner, aus deren Antworten sich eine konkretere Projektion der artikulierten Verantwortung ableiten ließ, sich zumeist auf den Ausbau digitaler Infrastrukturen (Breitband) und öffentlicher Verkehrsmittel beziehen. Als verantwortlich identifiziert wurden vor allem höhere politische Ebenen (Landkreis, Land Niedersachsen, Bundesebene). Als Gründe hierfür werden überwiegend ein größerer finanzieller und juristischer Handlungsspielraum gegenüber der Kommunalpolitik genannt:

*„Unseren Landrat. Der Landkreis Diepholz ist dafür verantwortlich. Wer sonst? Die Gemeinde hier vor Ort kann doch nichts machen. Der Samtgemeindedirektor hier, der kann freundliche Worte sagen. Aber der kommt finanziell nicht aus dem Quark, weil er den ganzen anderen Rest bezahlen muss. Und letztendlich muss das eine geordnete Behörde machen. Entweder der Landkreis oder das Land Niedersachsen. (...)“* (Interview Staffhorst 12, 103)

*„Ich sehe es als eine staatliche Aufgabe, für eine Grundinfrastruktur. Das heißt öffentlicher Personennahverkehr und öffentlichen digitalen Verkehr. Das ist eine Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur so funktioniert, dass die Bürger in dem Land an allen Flecken ihre Daseinsmöglichkeiten haben. Und da ist noch Luft nach oben.“* (Interview Freistatt 18, 74)

Nur vereinzelt verorteten die Interviewpartner Verantwortung im Zuständigkeitsbereich der Bürgergesellschaft oder aber sahen auch sich selbst als Individuum in einer Form der Bring-schuld (vgl. Interview Stocksdorf 16, 62-65; Interview Staffhorst 19, 91-98; ebd. 27, 166-171; Interview Groß Lessen 1, 73-76). Die Wirtschaft, in Form privatwirtschaftlicher Anbieter von Gütern und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, spielte in diesem Zusammenhang keine Rolle. Nur ein einziges Mal wurde auf die Verantwortung der Netzbetreiber im Zuge des Ausbaus digitaler Infrastrukturen verwiesen (vgl. Interview Groß Lessen 15, 109-112). Weiterhin auffällig war auch die wiederholte Nennung der Diakonie Freistatt beziehungsweise Bethel im Norden als verantwortliche Instanz in der Gemeinde Freistatt. Auch hieran zeigt sich die bereits umrissene Sondersituation Freistsatts'. Die Diakonie und ihre Einrichtungen haben in Freistatt eine derartige Bedeutung, dass die Steuerung der dortigen Geschicke mitunter nicht primär in der Politik, sondern in den Händen der Diakonie und damit auch im weiteren Sinne der Stadt Bielefeld, dem Hauptsitz der Stiftung Bethel, verortet wird (vgl. Interview Freistatt 1, 62-65; ebd. 6, 153-156; ebd. 12, 90-95; ebd. 13, 104-111).

Auch geteilte Formen der Verantwortung wurden von den Interviewpartnern identifiziert (10 Nennungen, 11%). Hier zeigte sich eine differenziertere Wahrnehmung von Verantwortung, die nicht einseitig einer Akteursgruppe zugewiesen wird, sondern gemeinsam getragen wird (vgl. Interview Stocksdorf 3, 235-237; ebd. 4, 150-153; Interview Staffhorst 9, 78-81; ebd. 14, 72-76; ebd. 21, 79-86; ebd. 25, 127-130; ebd. 26, 127-130; Interview Groß Lessen 11, 122-125; Interview Freistatt 8, 66-73; ebd. 19, 81-84). Die dieser Kategorie zugeschlagenen Antworten lassen am ehesten ein Verantwortungsverständnis vermuten, das der gegenwärtig häufig eingeforderten Koproduktion von Daseinsvorsorge entspricht:

*„Also, ich würde sagen, im Grunde genommen so wie wir hier mit unserem Masten hier, über Dorf [...]. Politisch gesehen. Aber Politik sehe ich auch, ist, das mag man ja immer sagen: "Die müssen was tun!" Man selber muss dann da auch ran. Also, sich schon überlegen, was kann ich besser machen oder Vorschläge machen oder so. (...)“ (Interview Staffhorst 26, 130)*

*„Naja, jeder müsste eigentlich ein Stück dazu beitragen. Das ist jetzt nicht nur Aufgabe der öffentlichen Verwaltung.“ (Interview Groß Lessen 11, 125)*

*„Erst mal würde ich auch uns selber, jeden Einzelnen, in der Verantwortung sehen. Klar, man kann das immer schön auf die Politik abschieben oder auf irgendwelche Leute. (...) Ich würde sagen, man muss erst mal bei sich selber anfangen und dann gucken, dass es irgendwie gut weitergeht. [...]“ (Interview Freistatt 19, 84)*

### **7.6 Daseinsvorsorge und Digitalisierung aus der Perspektive einer gesellschaftlichen Randgruppe**

Am 11. und 13.06. 2019 wurden in Ergänzung zur Haushaltsbefragung insgesamt 11 Interviews in Einrichtungen des betreuten Wohnens vom Träger Bethel im Norden in der Gemeinde Freistadt durchgeführt. Obwohl der angewandte Leitfaden der gleiche war, sollen die Ergebnisse dennoch an dieser Stelle separat aufbereitet werden. Dies hat zum einen den Grund, dass es sich hierbei nicht um eine Haushaltsbefragung handelt, da die Interviewpartner im Vorfeld von den Einrichtungsleitungen hinsichtlich ihrer körperlichen und kognitiven Eignung selektiv ausgewählt und vermittelt wurden. Zum anderen handelt es sich bei den Befragten um wohnungs- und mittellose Menschen, die zudem meist von Sucht- und damit einhergehenden psychischen Erkrankungen betroffen sind. Eine Vermischung der Ergebnisse mit denen der Haushaltsbefragung hätte deshalb zu einer unscharfen Analyse geführt, die die Sondersituation der Interviewpartner im betreuten Wohnen nicht ausreichend berücksichtigt hätte.

Das Erkenntnisinteresse, das diesem Vorgehen zugrunde liegt, ist das Generieren von Informationen hinsichtlich der Daseinsvorsorgesituation von Menschen, deren sozioökonomische Hintergründe nicht der gesellschaftlichen Mehrheit entsprechen. Insbesondere der Einfluss des eingeschränkten Zugriffs auf zentrale Ressourcen - oder anders ausgedrückt Kapitalien (vgl. Bourdieu 1991, 30) - wie zum Beispiel individuelle Fortbewegungsmittel, ein geregeltes Einkommen, ein Eigenheim, familiäre und nachbarschaftliche Unterstützung oder aber digitale Medien auf die Versorgungssituation soll dabei untersucht werden.

#### **7.6.1 Soziodemographische Charakteristika**

Die soziodemographischen Charakteristika der Interviewpartner aus dem Betreuten Wohnen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht grundsätzlich von denen der restlichen Befragten. Zunächst einmal ist anzumerken, dass die Interviewpartner ausnahmslos männlich und zwischen 45 und 65 Jahre alt sind (vgl. Interview Bethel 3, 109-115; ebd. 4, 126-136; ebd. 5, 117-122; ebd. 6, 121-127; ebd. 7, 114-120; ebd. 8, 74-80; ebd. 9, 112-118; ebd. 10, 152-158; ebd. 11, 141-151). Darüber hinaus ist die überwiegende Mehrheit ledig und kinderlos, was in vielen Fällen darauf zurückzuführen ist, dass die Biographien der Befragten von Suchtproblematiken durchzogen sind (vgl. Interview Bethel 3, 116-123; ebd. 4, 137-144; ebd. 5, 123-130; ebd. 6, 128-135; ebd. 7, 121-128; ebd. 8, 81-88; ebd. 9, 119-126; ebd. 10, 159-166; ebd. 11, 152-159). Die Haushaltssituation der Interviewpartner wurde von vielen Interviewpartnern als eine große

Wohngemeinschaft beschrieben, deren Zusammenleben und Tagesabläufe durch das pädagogische Personal eine starke Strukturierung erfährt. Die meisten Interviewpartner gaben an, noch nicht länger als 10 Jahre in den Einrichtungen zu leben (vgl. Interview Bethel 3, 124-127; ebd. 4, 146-152; ebd. 5, 131-142; ebd. 6, 136-139; ebd. 7, 129-136; ebd. 8, 89-100; ebd. 9, 127-138; ebd. 10, 167-178; ebd. 11, 160-179). Hinsichtlich des Bildungsabschlusses der Interviewpartner überwiegt der Hauptschulabschluss (vgl. Interview Bethel 3, 128-131; ebd. 4, 153-156; ebd. 6, 140-142; ebd. 7, 137-140; ebd. 9, 139-142). Die Ausübung einer geregelten Erwerbstätigkeit bildete die Ausnahme (vgl. Interview Bethel 4, 157-160; ebd. 6, 143-150).

Der wohl relevanteste Unterschied zwischen den Befragten des betreuten Wohnens und der Haushaltsbefragung in Bezug auf ihr alltägliches Versorgungsverhalten bildet der Grad ihrer Motorisierung. Die Motorisierung wurde im Rahmen der Haushaltsbefragung nahezu ausnahmslos als Schlüsselement der Daseinsvorsorge identifiziert (siehe Kapitel 7.2.3). Die Interviewpartner im betreuten Wohnen müssen jedoch ohne Zugriff auf einen eigenen PKW ihre Versorgungen planen und ihre Teilhabe am öffentlichen Leben organisieren. Das einzige, individuelle Fortbewegungsmittel, das von vielen von ihnen verwendet wird, ist das Fahrrad. Darüber hinaus sind sie völlig auf Fahrdienste der Einrichtungen und den örtlichen ÖPNV angewiesen (vgl. Interview Bethel 3, 144-151; ebd. 4, 161-164; ebd. 5, 155-158; ebd. 6, 151-158; ebd. 7, 145-152; ebd. 8, 109-112; ebd. 9, 147-150; ebd. 10, 199-206; ebd. 11, 188-191).

Auch hinsichtlich der Nutzung digitaler Medien zeigten sich einige signifikante Besonderheiten. Zwar gaben die Befragten mehrheitlich an, in der Einrichtung über ein funktionierendes WLAN zu verfügen und darüber hinaus auch grundsätzlich einen Computer oder ein Handy nutzen zu können (vgl. Interview Bethel 4, 165-174; ebd. 5, 159-166; ebd. 6, 159-162; ebd. 7, 153-158; ebd. 8, 113-116; ebd. 9, 151-158; ebd. 10, 207-210; ebd. 11, 192-203). Allerdings zeichnet sich bereits hier ab, dass häufig neben der Bereitstellung des WLANs auch die Nutzung digitaler Endgeräte in Teilen durch die Einrichtungen organisiert wird und deshalb nur bedingt auf einer privaten Ebene erfolgt. Es wird deutlich, dass nicht alle Bewohner der Einrichtungen digitale Medien nutzen, obwohl sie dies grundsätzlich könnten:

*„Ich könnte, wenn ich wollte. Ich war da schon mal dran und habe da was ausgedruckt oder was weiß ich. Ist aber nicht so mein Ding.“* (Interview Bethel 7, 156)

*„Ja. Hat aber auch nicht jeder. Könnte jeder haben. Ist nicht teuer. [...]“* (Interview Bethel 8, 116)

### 7.6.2 Wahrnehmung und Nutzung von Daseinsvorsorge

Die von den Befragten artikulierten Meinungen und Assoziationen zur Begrifflichkeit der Daseinsvorsorge unterscheiden sich von der Haushaltsbefragung insofern, als dass sich die Lebenswelt der Bewohner stark auf die Einrichtungen konzentriert und sich dies auch klar in ihren Wahrnehmungen widerspiegelt:

*„Oh, was soll ich da groß zu sagen? Ich lebe hier wie alle sowieso alleine. Ich habe keinen großen Kontakt mit den Anderen.“* (Interview Bethel 3, 4)

*„Ja, eigentlich nicht so. Ich sage, ich bin hier. Und ich finde es gut, dass es so ist wie es ist. Dass es so abgeschnitten ist. Das ist wie eine Schutzkappe für mich. Wenn ich jetzt in Sulingen oder Diepholz wohnen und arbeiten würde, würde es mir nicht so gut gehen wie hier. [...]“* (Interview Bethel 9, 4)

Demzufolge ist in vielen Interviews eine Gleichsetzung von Daseinsvorsorge mit den Angeboten der Einrichtungen zu beobachten. Insgesamt wird die Daseinsvorsorgesituation als überwiegend positiv beschrieben (vgl. Interview Bethel 2, 9-18; ebd. 5, 4; ebd. 9, 4; ebd. 10, 8; ebd. 11, 4) oder aber mit keiner klaren Haltung bedacht (vgl. Interview Bethel 3, 4; ebd. 4, 8; ebd. 6, 8; ebd. 7, 12; ebd. 8, 12). Kritische Wahrnehmungen traten nur am Rande auf (vgl. Interview Bethel 1, 10).

Auch für die Menschen im betreuten Wohnen dominiert der Einkauf von Lebensmitteln das alltagsrelevante Versorgungsverhalten (vgl. Interview Bethel 1, 21-24; ebd. 2, 28-34; ebd. 3, 5-8; ebd. 4, 10-12; ebd. 5, 6-8; ebd. 6, 13-16; ebd. 7, 13-16; ebd. 8, 12; ebd. 9, 12; ebd. 10, 9-12; ebd. 11, 9-12). Hinsichtlich der ärztlichen Versorgung zeigt sich, dass diese aufgrund der häufig mit Suchterkrankungen einhergehenden Krankheitsbilder eine stärkere Präsenz im Alltag aufweist. Nahezu alle Interviewpartner gaben an, regelmäßig die Präsenztage des Allgemeinmediziners aus Barenburg in Anspruch zu nehmen (vgl. Interview Bethel 1, 49-56; ebd. 2, 19-26; ebd. 3, 16; ebd. 5, 9-20; ebd. 6, 21-24; ebd. 7, 13-16; ebd. 8, 12; ebd. 10, 13-20; ebd. 11, 5-8). Andere Aspekte, wie etwa die Besorgung von Haushaltsartikeln oder die Nutzung von Post- und Paketdiensten entfielen, da es nicht um privat geführte Haushalte handelt. Auch eine Freizeitgestaltung in dem Sinne, wie sie in der Haushaltsbefragung beobachtet wurde, liegt nicht vor. Der Großteil der Befragten gab an, Freizeit überwiegend im Privaten auszuleben und keinen regelmäßigen Aktivitäten nachzugehen (vgl. Interview Bethel 3, 22-24; ebd. 4, 32; ebd. 5, 21-28; ebd. 6, 25-28; ebd. 8, 13-16; ebd. 9, 27; ebd. 10, 25-28; ebd. 11, 21-28).



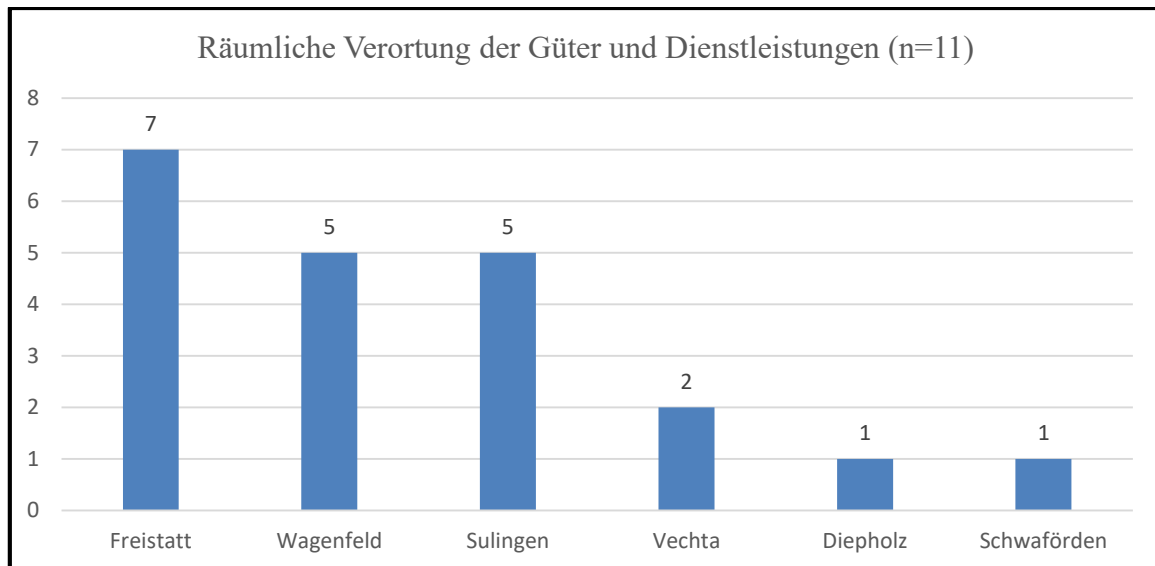


Abbildung 92: Räumliche Verortung der Güter und Dienstleistungen (n=11), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Die räumliche Verortung der in Anspruch genommenen Güter und Dienstleistungen (siehe Abbildung 92) zeigt zunächst einmal eine deutlich geringere räumliche Streuung als in den Untersuchungsgebieten der Haushaltsbefragung (siehe Abbildung 75). Auffällig ist, dass der Großteil der Befragten (7 Nennungen) angab, wiederkehrend den Supermarkt vor Ort für Lebensmitteleinkäufe zu nutzen (vgl. Interview Bethel 2, 28-34; ebd. 3, 5-8; ebd. 5, 6-8; ebd. 6, 13-16; ebd. 8, 12; ebd. 9, 12; ebd. 11, 13-16). Dieser wird zumeist zu Fuß, teilweise aber auch mit dem Fahrrad angesteuert (vgl. Interview Freistatt 2, 48-50; ebd. 6, 14-20). Neben Freistatt spielen auch Wagenfeld und Sulingen eine Bedeutung für die Erledigung von Einkäufen (vgl. Interview Bethel 2, 28-34; ebd. 3, 5-8; ebd. 4, 32; ebd. 5, 45-48; ebd. 6, 17-20; ebd. 7, 17-20; ebd. 8, 12; ebd. 9, 12; ebd. 10, 9-12). Weiter entfernt gelegene Orte wie Vechta oder Diepholz werden nur unregelmäßig, beispielsweise für die fachärztliche Behandlung, aufgesucht (vgl. Interview Bethel 7, 17-20; ebd. 10, 40-43).

Die Überwindung der räumlichen Distanzen erfolgt dabei völlig ohne privaten PKW (siehe Abbildung 93). Das einzige individuelle Verkehrsmittel, das den meisten Befragten zur Verfügung steht, ist das Fahrrad. Viele Befragte gaben an, dass Fahrrad regelmäßig für Fahrten nach Sulingen (ca. 12km) oder Wagenfeld (ca. 10km) zu nutzen (vgl. Interview Bethel 1, 38; ebd. 3, 9-12; ebd. 4, 41-44; ebd. 5, 57-60; ebd. 6, 155-158; ebd. 7, 45-48; ebd. 8, 110-112; ebd. 9, 44-47; ebd. 10, 32-39). Darüber hinaus sind die Bewohner der Einrichtungen auf den ÖPNV oder aber die Inanspruchnahme von regelmäßig organisierten Fahrdiensten der Einrichtungen angewiesen (vgl. Interview Bethel 1, 21-24; ebd. 2, 54; ebd. 4, 41-44; ebd. 5, 45-48; ebd. 6, 17-20; ebd. 7, 33-40; ebd. 8, 24; ebd. 9, 41-43; ebd. 10, 40-43; ebd. 11, 37-40).

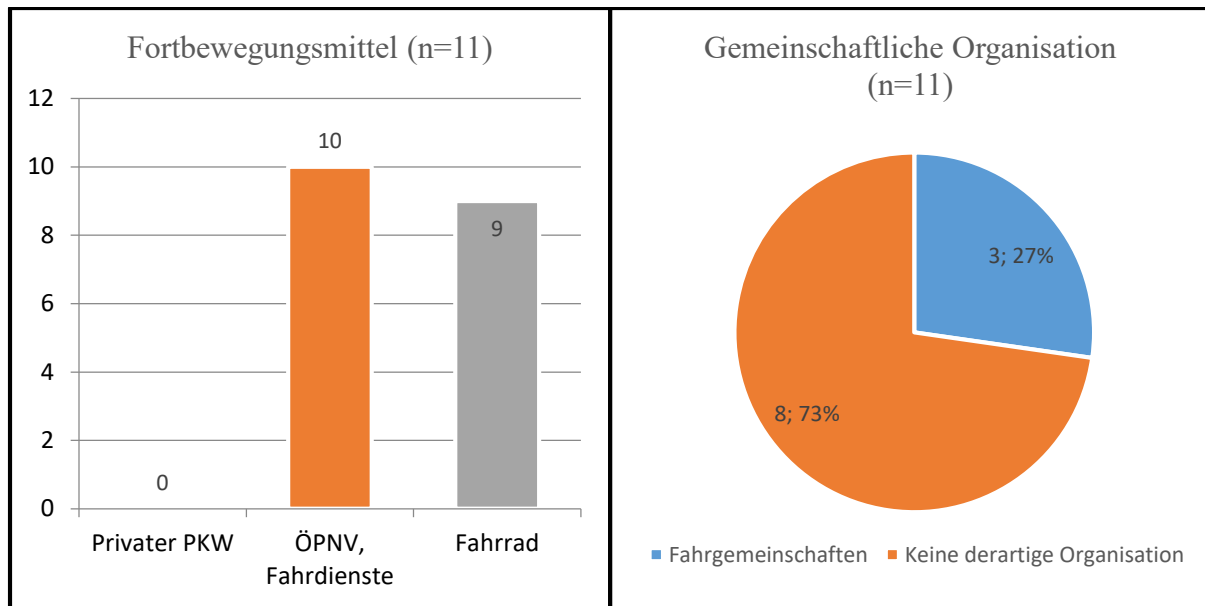


Abbildung 93 (links): Fortbewegungsmittel (n=11), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Abbildung 94 (rechts): Gemeinschaftliche Organisation (n=11)

Für die Zurücklegung weiterer Strecken wurde von den Befragten wiederholt eine Angewiesenheit auf den ÖPNV artikuliert, insofern sie sich nicht völlig auf die Fahrdienste der Einrichtungen verlassen möchten. Die Vertrautheit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zeigte sich allein schon anhand der Kenntnis der Linientaktungen und der relevanten Abfahrtszeiten:

*„Mit der Busverbindung, da bist du hier aufgeschmissen. Weil der letzte Bus ist von Sulingen hier her um 6:45 und wenn du den verpasst, dann musst du laufen.“* (Interview Bethel 6, 48)

*„Der 137er. Der fährt morgens und der fährt abends. Wenn dann Schule ist - oder keine Schule ist, also wenn Schule ist, ist der Bus voller Kinder. Und wenn keine Schule ist, dann muss man selbst gucken.“* (Interview Bethel 4, 48)

In Bezug auf die kollektive Organisation der Befragten (siehe Abbildung 94) zeigte sich, dass sie aufgrund ihrer sozialen Situation weit überwiegend keinerlei Unterstützung durch Familie, Freunde oder Nachbarn in Form von Fahrgemeinschaften oder Bringdiensten erfahren. Nur vereinzelt gaben die Interviewpartner an, sporadisch auf die Hilfe von Freunden oder Bekannten zurückgreifen zu können:

*„Also, wenn ich wirklich mal was Wichtiges habe, dann habe ich zwei, drei Leute, die ich fragen könnte, ob die mich mal fahren. Das kann ich jetzt nicht immer machen, nur wenn ein Notfall ist. (...) Aber die Leute aus unserem Haus für sowas zu organisieren, das würde schwierig werden. [...]“* (Interview Bethel 8, 28)

### 7.6.3 Lebensqualität und Teilhabe

Als logische Konsequenz der eingeschränkten Mobilität und der damit verbundenen, räumlichen Einschränkung hinsichtlich der Nutzung von Daseinsvorsorge müsste aus dem Antwortverhalten der Interviewpartner eine deutlich negativere Bewertung des Daseinsvorsorgeangebots hervorgehen. Allerdings zeigt die Aufschlüsselung der Antworten (siehe Abbildung 95), dass die Interviewpartner leicht mehrheitlich (5 Nennungen) eine eher positive Grundhaltung gegenüber dem Daseinsvorsorgeangebot, das ihnen zur Verfügung steht, artikulieren (vgl. Interview Bethel 2, 88; ebd. 7, 65-72; ebd. 9, 60-63; ebd. 10, 67-78; ebd. 11, 65-68). Dennoch waren auch negative Einschätzungen wiederkehrend festzustellen (vgl. Interview Bethel 1, 116-121; ebd. 4, 77-80; ebd. 5, 77-80; ebd. 8, 33-36).

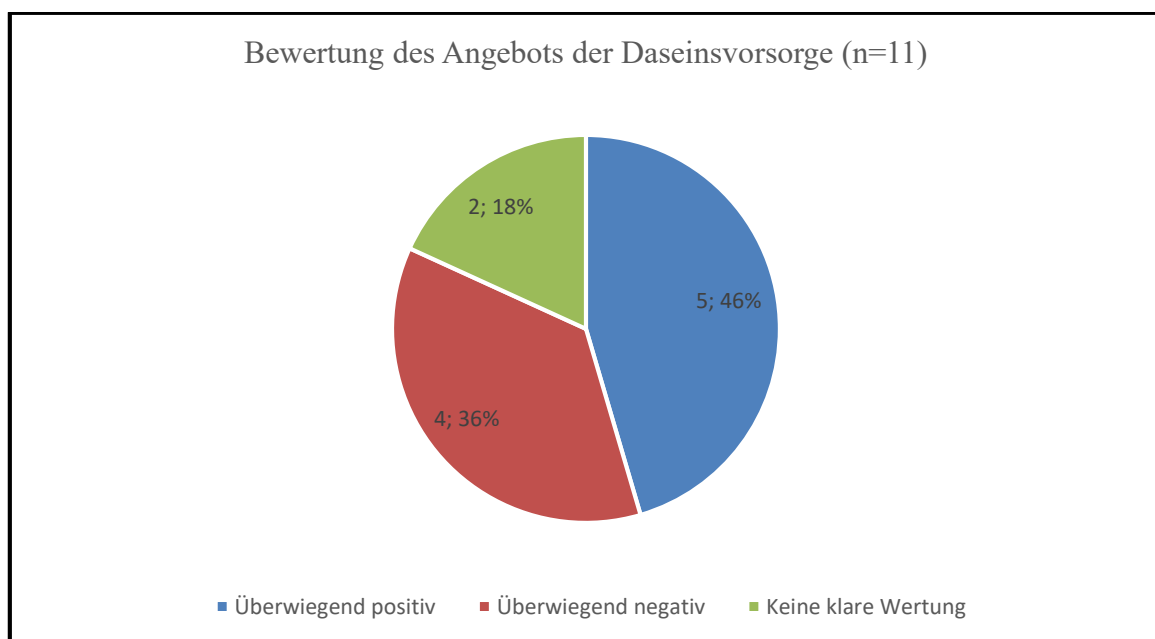


Abbildung 95: Bewertung des Angebots der Daseinsvorsorge (n=11)

Auch hier war zu beobachten, dass einige der Interviewpartner ihre allgemeine Situation zwar durchaus kritisch in Relation zu setzen vermochten, sich aber an die vorherrschenden Verhältnisse gewöhnt und die eigenen Ansprüche dahingehend relativiert haben:

*„Na gut. Gute Frage. Wie würde ich das bewerten? Wenn man bedenkt, dass wir hier nur einen Lebensmittelladen haben und ein Elektrofachgeschäft mit Reparaturservice. Einen Bäcker. Freiwillige Feuerwehr. Gar nichts weiter. Das Angebot ist mies, muss man ehrlich sagen. Aber für die Verhältnisse hier oben? Ich wohne ja seit vier Jahren hier. Was soll ich da sagen? Ich habe mich damit abgefunden. [...]“*  
(Interview Bethel 8, 36)

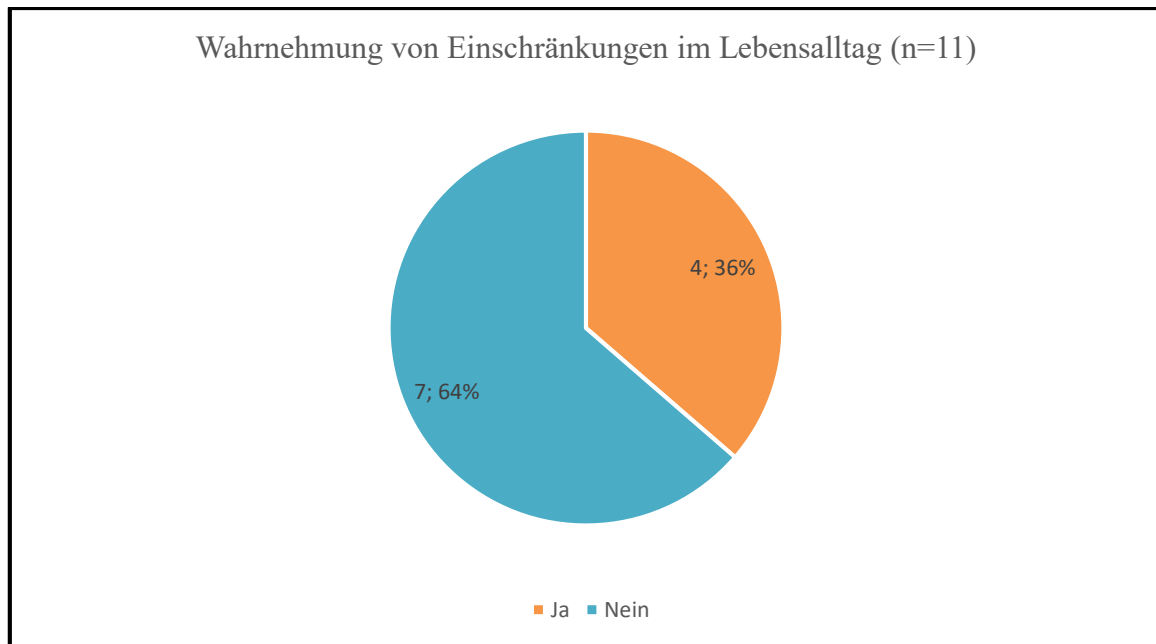


Abbildung 96: Wahrnehmung von Einschränkungen im Lebensalltag (n=11)

Auch die Auswertung der Antworten auf die Frage, ob bedingt durch den Wohnort Einschränkungen im Lebensalltag wahrgenommen werden (siehe Abbildung 96), zeigt ein Bild, welches nicht unbedingt den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Diskussion um Lebensqualität und Teilhabe entspricht (siehe Kapitel 3.3). Nämlich gab deutlich mehr als die Hälfte der Befragten an, keinerlei Einschränkungen im Alltag wahrzunehmen (vgl. Interview Bethel 2, 78; ebd. 3, 63; ebd. 6, 88-91; ebd. 7, 77-80; ebd. 8, 45-48; ebd. 9, 68-71; ebd. 10, 103-106). Auch die Begründung, die hierfür vorgebracht wird, mutet zunächst ungewöhnlich an:

*„[...] Deshalb fehlt mir das überhaupt nicht. Und ich bin froh, hier mal für mich zu sein. (...)“* (Interview Bethel 2, 78)

*„Ne, die lassen mich alle in Ruhe.“* (Interview Bethel 3, 63)

Demzufolge werden gerade die Dezentralität und die damit verbundene Isolation von externen Einflüssen im Sinne einer „Schutzkappe“ (Interview Bethel 9, 4) als positive Standortfaktoren wahrgenommen. Hiermit werden viele eingangs hergeleitete Zusammenhänge zwischen Teilhabe und Lebensqualität gewissermaßen ausgehebelt. Nichtsdestotrotz wurden auch Einschränkungen, vor allem bedingt durch die mangelhafte Taktung der örtlichen Buslinien, identifiziert (vgl. Interview Bethel 1, 130-133; ebd. 4, 81-84; ebd. 5, 92; ebd. 11, 85-92). Dementsprechend wurden auch die Verbesserungsbedarfe und -Vorschläge überwiegend im Kontext einer flexibleren Ausgestaltung des ÖPNVs verortet (vgl. Interview Bethel 1, 125; ebd. 2, 85-92; ebd. 5, 96; ebd. 6, 100-103; ebd. 7, 89-92; ebd. 8, 49-52).

### 7.6.4 Bezüge zu Digitalisierung

Hinsichtlich der lebensweltlichen Bezüge der Befragten zu Aspekten der Digitalisierung zeigt sich zunächst einmal, dass diese mehrheitlich auf digitale Endgeräte (Smartphone, Computer und Ähnliches) zurückgreifen (vgl. Interview Bethel 2, 59-70; ebd. 4, 65-72; ebd. 6, 57-59; ebd. 8, 29-32; ebd. 9, 52-55; ebd. 10, 61-63; ebd. 11, 49-52). Nichtsdestotrotz ist der Anteil derer, die keinerlei Nutzung digitaler Hilfsmittel artikulierten mit etwa 36% vergleichsweise hoch (vgl. Interview Bethel 1, 102-109; ebd. 3, 92-99; ebd. 5, 73-76; ebd. 7, 53-56). Insgesamt zeichnet sich in den Interviews das Bild, das eine intensivere Nutzung digitaler Endgeräte durch die Bewohner der Einrichtungen eher die Ausnahme als die Regel darstellt (vgl. Interview Bethel 2, 59-70). Die generelle Haltung der Befragten gegenüber digitalen Medien war in vielen Fällen von Unsicherheiten geprägt und die Intensität der Nutzung vergleichsweise marginal:

*„Andere Geschichten, die ich online erledige? [...] Digitale Hilfsmittel? Ja gut, Telefon. Das muss ich ständig dabei haben. Digitale Hilfsmittel? Meine PlayStation. Aber die ist selten mal an. (...)“* (Interview Bethel 8, 32)

*„Ich habe ein Handy. Was anderes habe ich nicht. Ich brauche das eigentlich nur zum Telefonieren. Ich bin nicht so der Computer-Freak.“* (Interview Bethel 10, 63)

*„Nachrichten verschicken an meine Geschwister, das ja. Aber Shopping und sowas, da fällt man ja sowieso nur auf die Nase.“* (Interview Bethel 11, 60)

Als Konsequenz hieraus gaben einige Interviewpartner an, Online-Bestellungen oder ähnliche digitale Dienste bei Bedarf vom Personal der Einrichtung erledigen zu lassen:

*„Ne, das mache ich nicht. Wenn ich was bestelle, dann mache ich das über das Haus. Die haben mehr Erfahrung als meine Wenigkeit. (...)“* (Interview Bethel 4, 76)

*„Ne, das mache ich nicht. Sondern das machen die von der Einrichtung. Wenn irgendwas bestellt werden muss oder so. [...]“* (Interview Bethel 7, 64)

Bedingt durch die insgesamt eher marginalen Berührungspunkte der Befragten zu digitalen Hilfsmitteln im Alltag ist es wenig verwunderlich, dass viele von ihnen in Bezug auf die Rolle digitaler Medien in der Daseinsvorsorge angaben, dahingehend keine nennenswerten Erfahrungswerte zu besitzen (vgl. Interview Bethel 5, 107; ebd. 7, 108) oder so etwas schlicht nicht zu benötigen (vgl. Interview Bethel 6, 115; ebd. 8, 64). Für andere waren Anwendungen wie DorfFunk oder Mitfahr-Apps schlicht „böhmische Dörfer“ (Interview Bethel 10, 142).

### 7.6.5 Artikulation von Verantwortung

Die Antworten der Interviewpartner auf die Frage danach, wer Verantwortung dafür trägt, die Daseinsvorsorgesituation zukünftig zu verbessern (siehe Abbildung 97), zeigen, dass mehrheitlich keine konkrete Meinung diesbezüglich vorhanden war (vgl. Interview Bethel 1, 140; ebd. 2, 96; ebd. 3, 103; ebd. 6, 116-119; ebd. 11, 139). Darüber hinaus wurde Verantwortung vor allem in der Sphäre der Politik und Verwaltung identifiziert. Die Gemeinde, Samtgemeinde, die Stadt Sulingen, der Landkreis Diepholz und die Bundesregierung wurden dabei gleichermaßen als Handlungsebene benannt (vgl. Interview Bethel 4, 120; ebd. 5, 111; ebd. 7, 112; ebd. 10, 150). Zu beachten ist auch hier, dass sich die artikulierte Verantwortung überwiegend auf die unmittelbar zuvor identifizierten Defizite im ÖPNV bezieht, was auch die Nennung der Verkehrsbetriebe erklärt:

*„Das müssen die Verkehrsbetriebe machen. Die Verkehrsbetriebe müssen das regeln. Da müssen mehr Leute eingestellt werden. Das ist klar. [...]“* (Interview Bethel 8, 72)

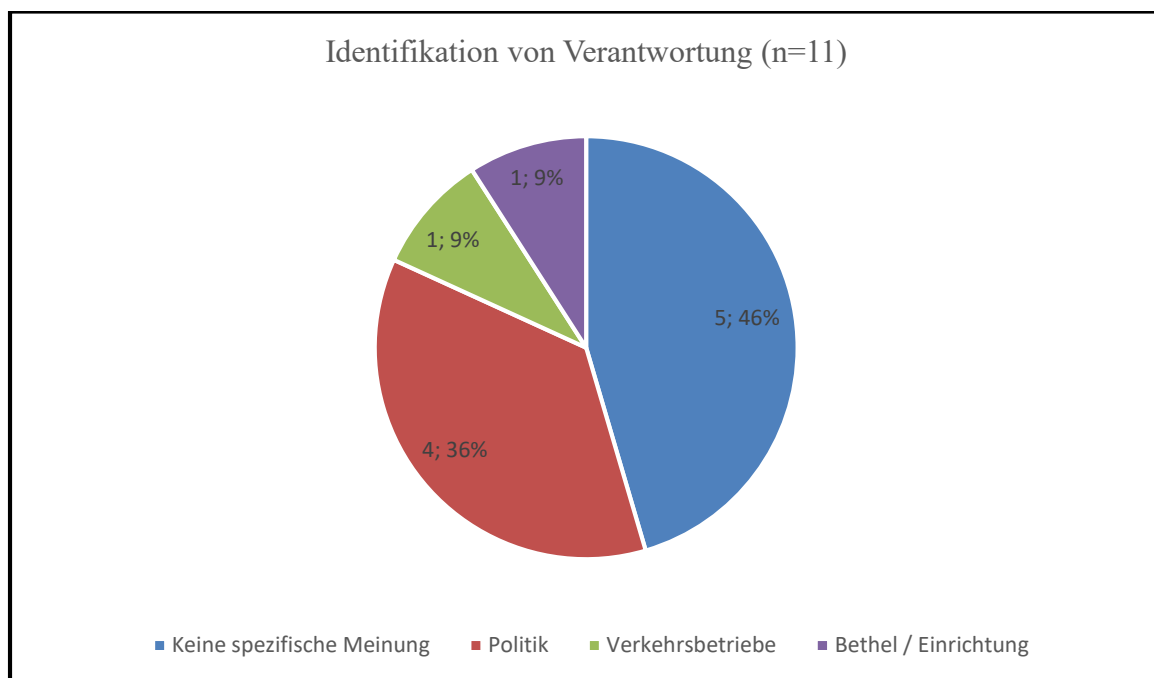


Abbildung 97: Identifikation von Verantwortung (n=11)

Abschließend anzumerken ist, dass die Identifikation von Verantwortung durch die Bewohner des betreuten Wohnens insgesamt stark von Unsicherheiten geprägt war. Psychologisch ist dies sicherlich zu weiten Teilen darauf zurückzuführen, dass sich der lebensweltliche Fokus der Befragten stark an der Einrichtung orientiert und durch die Strukturierung der Tagesabläufe bereits auf individueller Ebene Verantwortung in hohem Maße externalisiert wird.

### 8. Auswertung der Experteninterviews

Die Auswertung der 18 im Zeitraum vom 19.08 bis zum 13.10.2020 durchgeführten Experteninterviews bildet den zweiten, zentralen Block der Empirie und schließt diese damit gleichzeitig ab. Zielsetzung der nachfolgenden Auswertung ist es, den standardisierten Charakterzügen der Haushaltsbefragung durch die Aufbereitung multipler sektoraler Perspektiven (Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft, Dritter Sektor) abzurunden. Hierzu sollen auch hier zunächst wieder die soziodemographischen Daten der Befragten dargestellt werden (siehe Kapitel 8.1), bevor die thematischen Schwerpunkte der Daseinsvorsorge, Digitalisierung und Verantwortung sukzessive skizziert werden (siehe Kapitel 8.2-8.5).

#### 8.1 Soziodemographische Daten der Befragten

Um eine Vergleichbarkeit der sozioökonomischen Kapitalien der Interviewpartner (siehe Kapitel 7.1) gewährleisten zu können, wurden im Rahmen der Experteninterviews die gleichen biographischen Fragen erneut gestellt. Eine Übersicht der demographischen Daten ist dem Anhang (10) zu entnehmen.

Hinsichtlich der geschlechtlichen Aufteilung der Interviewpartner (siehe Abbildung 98) ist zunächst anzumerken, dass im Gegensatz zur Haushaltsbefragung der Anteil der männlichen Befragten leicht überwiegt. Insgesamt konnte jedoch auch hier ein vergleichsweise ausgewogenes Geschlechterverhältnis erzielt werden. Weiterhin auffällig ist, dass die interviewten Akteure aus den Sektoren der Politik und Verwaltung ausschließlich männlich waren, während die interviewten Akteure aus den Sektoren der Wirtschaft und des Dritten Sektors weit überwiegend weiblich waren. Die Herleitung eines Zusammenhangs zwischen Geschlecht und sektoraler Zugehörigkeit ist auf der Grundlage der vorliegenden Daten jedoch nicht möglich.

Ein Blick auf die Altersstruktur der Interviewpartner (siehe Abbildung 99) zeigt, dass die Gruppe der 45-65-Jährigen die deutliche Mehrheit (79%) ausmacht. Die Tatsache, dass die Befragten im Durchschnitt 53 Jahre alt waren, zeigt, dass sich beinahe alle Befragten in einem ähnlichen Lebensabschnitt befinden. So gaben die Interviewpartner vorwiegend an, bereits seit längerer Zeit verheiratet zu sein (siehe Abbildung 100) und (erwachsene) Kinder zu haben (siehe Abbildung 101). Hervorzuheben ist der hohe Anteil an Personen, die angaben, ledig zu sein (vgl. Experteninterview 1, 121-124; ebd. 2, 136; ebd. 3, 189-192; ebd. 7, 133-136; ebd. 12, 429; ebd. 15, 185). Hiermit zumeist korrelierend gaben vier Interviewpartner an, keine Kinder zu haben (vgl. Experteninterview 2, 136; ebd. 3, 193-196; ebd. 15, 185; ebd. 18, 230-233).

## 8. Auswertung der Experteninterviews

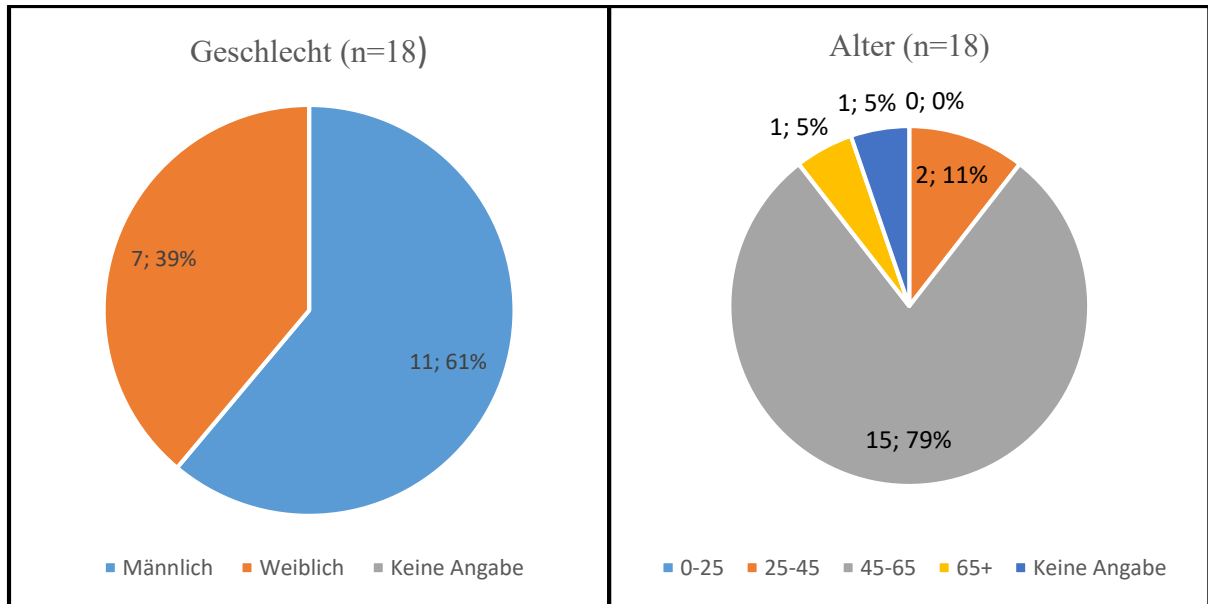


Abbildung 98 (links): Geschlecht (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet

Abbildung 99 (rechts): Alter (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet

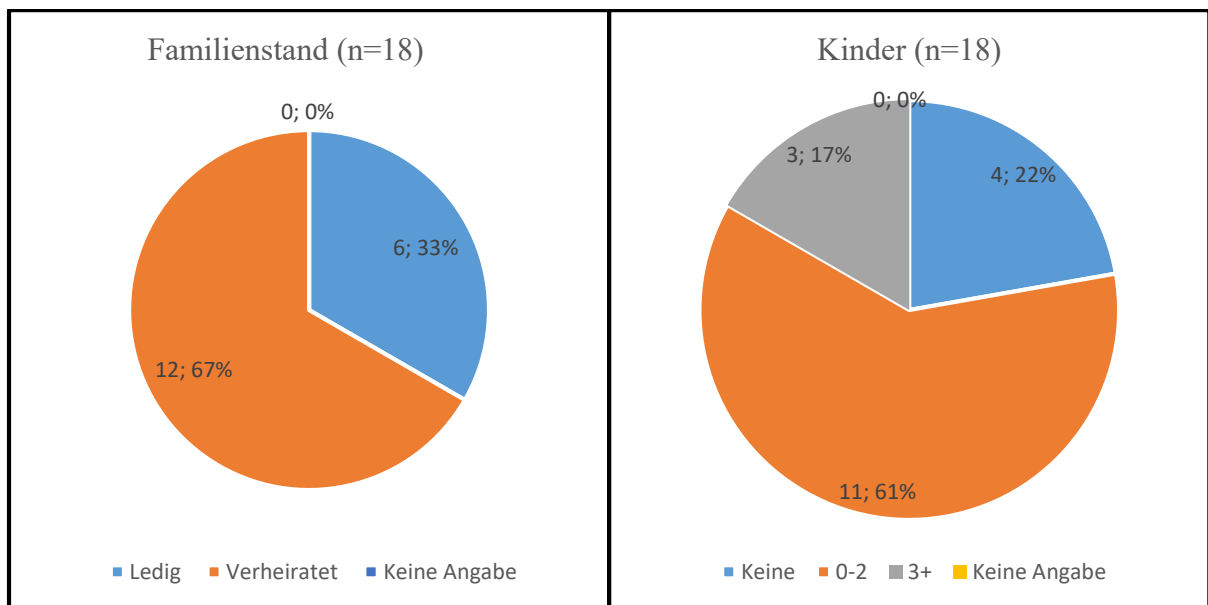


Abbildung 100 (links): Familienstand (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet

Abbildung 101 (rechts): Kinder (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet



Die familiäre Situation der Interviewpartner spiegelt sich deutlich in deren Haushaltsgröße (siehe Abbildung 102) wider. So gab die Hälfte der Befragten an, mit zwei Personen in einem Haushalt zu wohnen, was zumeist auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die (erwachsenen) Kinder bereits ausgezogen sind (vgl. Experteninterviews 1, 125-133; ebd. 4, 121-128; ebd. 6, 161-166; ebd. 13, 253-260; ebd. 14, 339-350). Größere Haushalte, etwa bestehend aus sechs Personen, bildeten die Ausnahme (vgl. Experteninterview 16, 225-232).

In Bezug auf die Wohndauer der Interviewpartner am jetzigen Wohnort (siehe Abbildung 103) zeigt sich, dass ein vergleichsweise hoher Anteil bereits seit Geburt in der gleichen Gemeinde oder Ortschaft wohnhaft ist und sich gewissermaßen selbst als „Ureinwohner“ (Experteninterview 2, 140) bezeichnet. Hinzu kommt, dass viele Befragte zwar angaben, umgezogen zu sein, aber nur innerhalb eines kleinen, räumlichen Radius: „Die ersten 27 Jahre fünf Kilometer entfernt. Und dann vier Jahre zweieinhalb Kilometer von hier weg. Und dann hergezogen. Also, eigentlich von hier her. [...]“ (Experteninterview 9, 271). Größere, räumliche Bewegungen waren nur vereinzelt zu beobachten: „Ja, München. Und dann haben wir noch nördlich von München gewohnt. Und 1991 sind wir hergezogen. Mein Vater ist gebürtiger Sulinger. Und er wollte einen Resthof. [...]“ (Experteninterview 12, 11). Insgesamt kann also der Rückschluss gezogen werden, dass der Großteil der Interviewpartner eine Bindung zum Sulinger Land als Wohnort, aber zumindest als Arbeitsort, aufweist.

Ein erster, signifikanter Unterschied zur Haushaltsbefragung zeigt sich in Bezug auf das Bildungsniveau der Befragten (siehe Abbildung 104). Während bei den befragten bürgergesellschaftlichen Akteuren die mittlere Reife überwiegt (siehe Kapitel 7.1), gaben mehr als die Hälfte der befragten „Experten“ an, einen Studienabschluss ( $n=7$ ; 39%) oder zumindest eine (Fach)Hochschulreife ( $n=4$ ; 22%) zu besitzen. Diese Differenz hinsichtlich des Bildungsniveaus gilt es, im Kontext der späteren Auswertungen als ungleiche Kapitalien im Umgang mit Innovationen zu berücksichtigen. Auch hinsichtlich der ausgeübten Berufe zeigt sich eine Abgrenzung zur Haushaltsbefragung. Zunächst anzumerken ist hier die relative Homogenität der Akteure aus Politik und Verwaltung hinsichtlich ihrer beruflichen und monetären Situation (siehe Abbildung 105). Weiterhin fällt auf, dass der Großteil der restlichen Befragten Führungspositionen bekleidet (vgl. Experteninterview 1, 6-12; ebd. 12, 12-19; ebd. 13, 273-276; ebd. 14, 375-378; ebd. 15, 4-12; ebd. 16, 241-246; ebd. 17, 200-203). Es ist deshalb davon auszugehen, dass die hier befragten Akteure neben einem höheren Bildungsniveau auch größere ökonomische Kapitalien besitzen. Auch dies darf bei der Analyse des Umgangs mit Innovationen nicht außer Acht gelassen werden (siehe Kapitel 9.2.1).

## 8. Auswertung der Experteninterviews

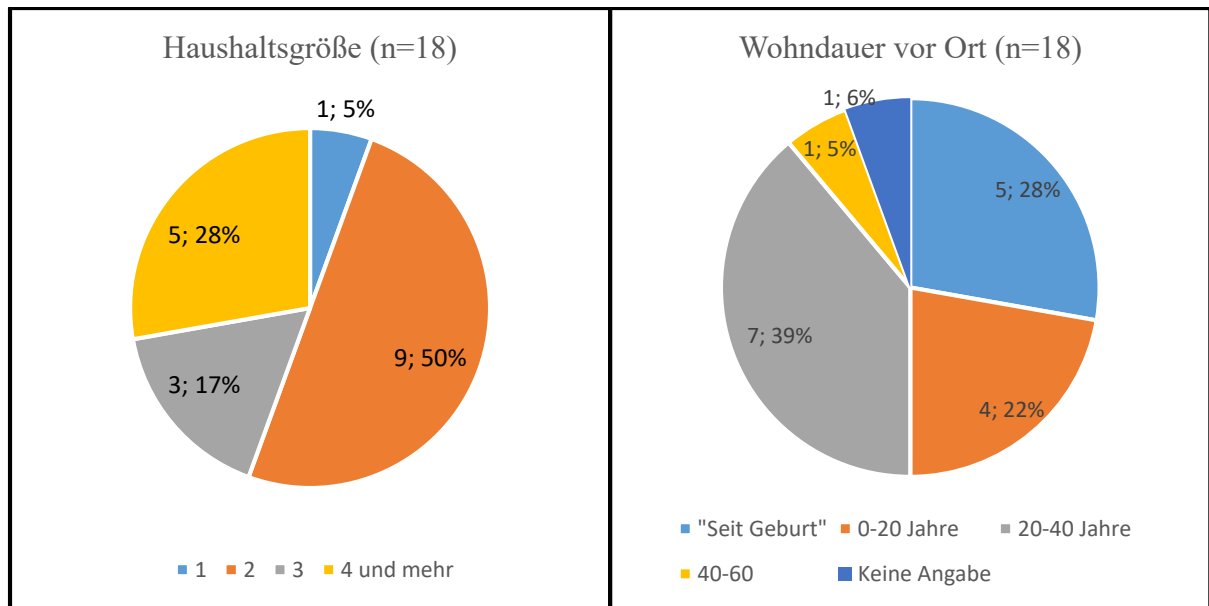


Abbildung 102 (links): Haushaltsgröße (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet

Abbildung 103 (rechts): Wohndauer vor Ort (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet

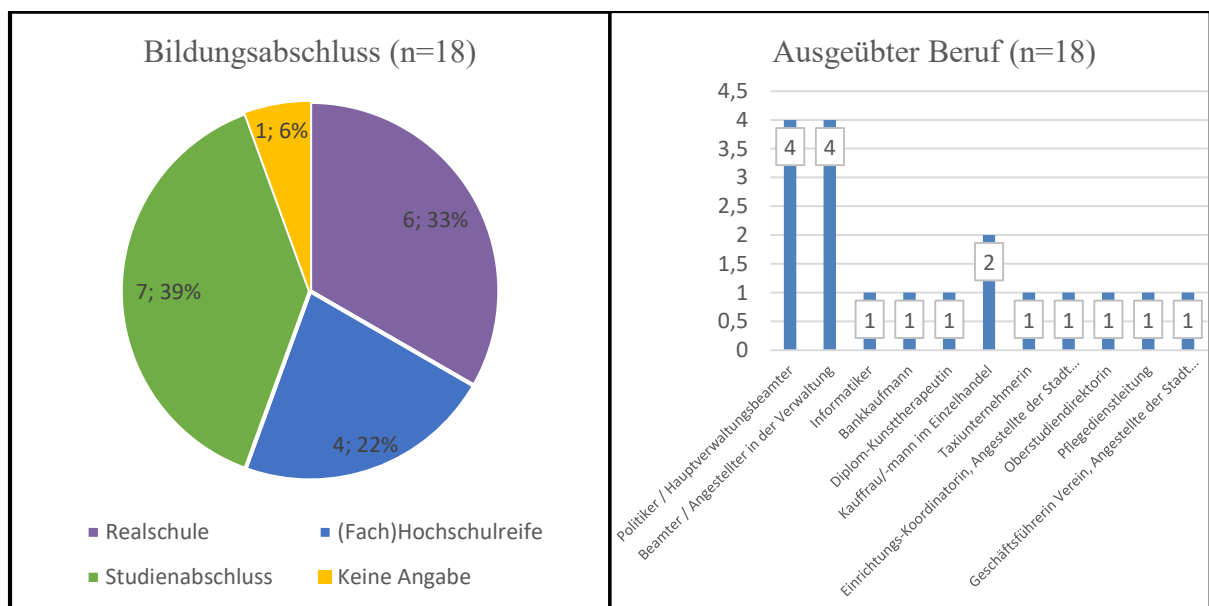


Abbildung 104 (links): Bildungsabschluss (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet

Abbildung 105 (rechts): Ausgeübter Beruf (n=18), Anmerkung: die Doppelbefragung in Experteninterview 14 wurde nur einfach gewertet

Eine in Bezug auf die Teilhabe an der regionalen Daseinsvorsorge weitere, wichtige Variable ist die Mobilität, beziehungsweise Motorisierung (siehe Abbildung 106). Hier zeigt sich, dass alle Interviewpartner im Alltag auf mindestens einen PKW zugreifen können. Zumeist sind im Haushalt für Partner und Kinder noch weitere PKWs vorhanden: „Also, wenn meine Frau dann zu Fuß geht, könnte ich zwei haben. Aber ich habe ein Auto. Meine Frau hat ein Auto. [...]“ (Experteninterview 18, 257). Ähnlich wie in der Haushaltsbefragung ist es auch hier demnach keine Seltenheit, dass es in Haushalten „für jeden einen“ (Experteninterview 10, 132) PKW gibt, um die Mobilität aller Familienmitglieder zu gewährleisten.

Abschließend soll die Nutzung, beziehungsweise der Zugriff der Interviewpartner auf digitale Medien diskutiert werden (siehe Abbildung 107). Hier zeigt sich, dass die „Experten“ im Alltag ausnahmslos auf Computer, Smartphone und vergleichbare, digitale Endgeräte mittels funktionierender Internetverbindung zugreifen: „[...] Zugriff auf Computer und Internet? Ja, definitiv. Und mein iPad darf man mir auch nicht klauen“ (Experteninterview 15, 185). Im Vergleich zur Haushaltsbefragung, in der ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Befragten angab, im Alltag kein Smartphone oder Vergleichbares zu nutzen (siehe Abbildung 72), muss hier also eine deutlich stärkere, digitale Durchdringung vermutet werden.

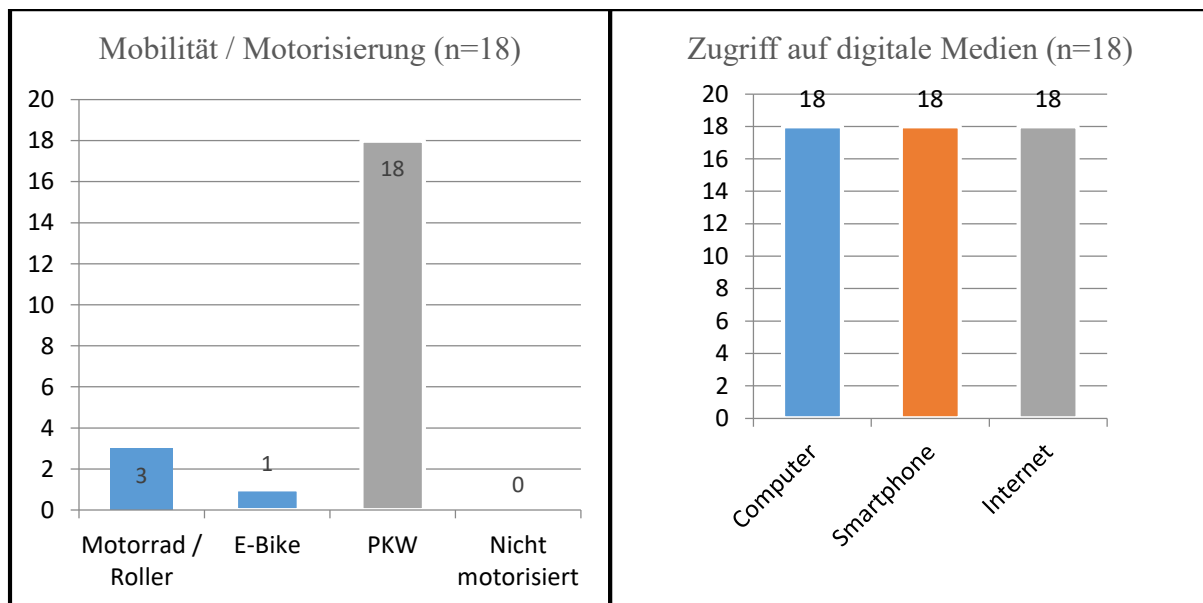


Abbildung 106 (links): Mobilität / Motorisierung (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Abbildung 107 (rechts): Zugriff auf digitale Medien (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

### 8.2 Daseinsvorsorge

Der erste inhaltliche Block der Experteninterviews forcierte zunächst die Herausarbeitung der beruflichen als auch der privaten Perspektiven auf das Thema der Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 8.2.2). Darüber hinaus wurden der Einfluss des jeweiligen Sektors auf und aktuelle sowie zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen in der Daseinsvorsorgelandschaft der Region erfragt (siehe Kapitel 8.2.3). Hierdurch sollte bereits früh im Gespräch eine gedankliche Kontrastierung zwischen (subjektiv wahrgenommenen) Herausforderungen und den Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme erzeugt werden.

#### 8.2.1 Interesse am Thema und Gesprächsmotivation

Dem eigentlichen Leitfaden war neben allgemeinen Fragen zur repräsentierten Einrichtung, Institution oder Firma die folgende Frage vorgelagert: *Was hat Sie dazu veranlasst, das Interview im Rahmen der Doktorarbeit zu geben? Warum ist das Thema für Sie von Interesse?* Das Erkenntnisinteresse dieser Frage zielte darauf, noch vor Beginn der inhaltlichen Diskussion herauszufinden, aus welcher (intrinsischen) Motivation heraus sich der Interviewpartner für das Gespräch zur Verfügung gestellt hat und mit welchen Empfindungen die Hauptthemen der Doktorarbeit, sprich Daseinsvorsorge und Digitalisierung, bedacht werden. Auf der Grundlage der Analyse des Antwortverhaltens (siehe Abbildung 108), kann eine bessere Kontextualisierung der späteren Aussagen vorgenommen werden.

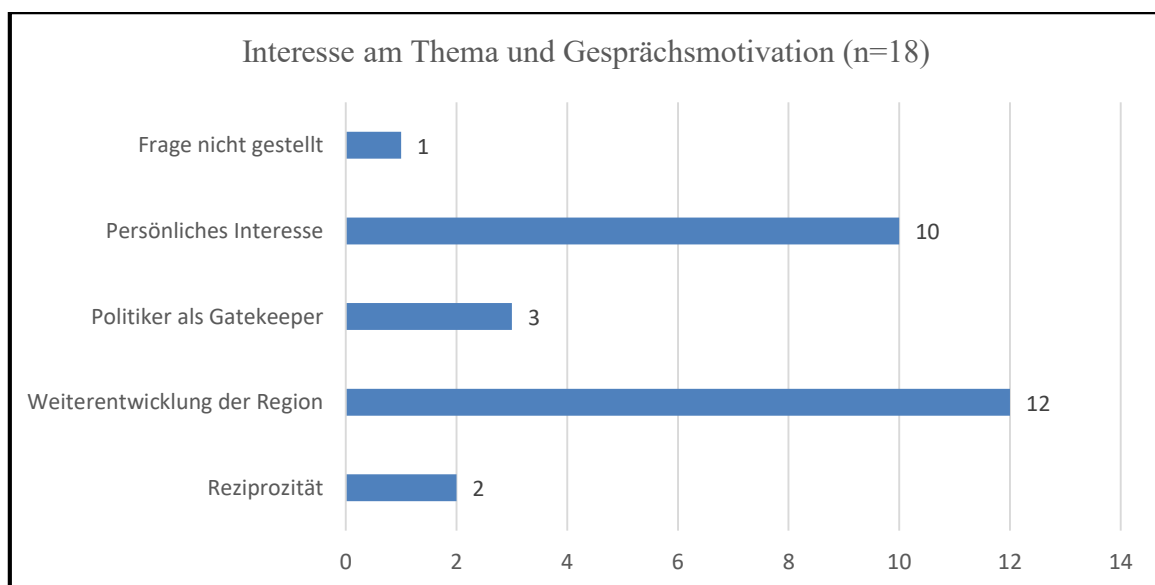


Abbildung 108: Interesse am Thema und Gesprächsmotivation (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Die wohl offensichtlichste Motivation an einem Interview teilzunehmen, ist ein persönliches Interesse am Thema. So gaben auch zehn der Interviewpartner an, „aus Interesse halber“ (Experteninterview 11, 24) das Interview zu führen, da es sich bei der Daseinsvorsorge um „ein außerordentlich spannendes Thema“ (Experteninterview 1, 8) handelt, welches „sehr, sehr wichtig grade für alternde Menschen“ (Experteninterview 17, 20) sei. Nicht zuletzt ging es auch darum, „dass man ganz gerne gut informiert werden möchte“ (Experteninterview 14, 52) und man sich „ja auch nicht verschließen [möchte] vor dem, was da tatsächlich auf einen zukommt“ (Experteninterview 18, 16)

Neben diesen persönlichen Beweggründen trat vor allem eine holistische Motivation zutage, die auf die Entwicklung der ganzen Region des Sulinger Landes abzielt. Auffällig ist, dass vor allem Akteure aus Politik und Verwaltung ein solches Denkmuster zutage brachten (vgl. Experteninterview 1, 5-8; ebd. 2, 16; ebd. 3, 24; ebd. 4, 12; ebd. 5, 12; ebd. 6, 12; ebd. 7, 20; ebd. 8, 24). Hieraus lässt sich bereits eine erste, grundsätzliche Tendenz ablesen; nämlich, dass jene Sektoren die infrastrukturelle Ausgestaltung von Daseinsvorsorge und Digitalisierung allein schon aus einem verwaltungsrechtlichen Standpunkt heraus durchaus als ihre Aufgabe und Verantwortung empfinden (siehe Kapitel 7.5.2, 9.2.2):

*„Also, das Thema Daseinsvorsorge ist ja quasi durch die Kommunalverfassung vorgegeben. Das ist Aufgabe der Gemeinde, sich um das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Was ich jetzt mal weitestgehend als Daseinsvorsorge beschreiben würde. [...]“* (Experteninterview 2, 16)

Darüber hinaus gaben Interviewpartner vereinzelt an, im Vorfeld gezielt von politischen Akteuren angesprochen und motiviert worden zu sein: „Es ist tatsächlich so, dass ich das mache, weil Herr [XY] mich angerufen hat. Denn auf dem Land, da kennt man sich. Und man ist dann auch mal mit dem Samtgemeindebürgermeister per Du. Das gibt es ja häufiger. Man hilft sich. Und wenn einer sagt: "Mensch, das kannst du mal machen. Das ist gut. Das ist für die Samtgemeinde gut.“ [...]“ (Experteninterview 9, 28). Diese Aussage verdeutlicht sinnbildlich die hohe Reputation politischer Akteure, insbesondere im Kontext enger, ländlicher Sozialstrukturen. Gleichzeitig lässt sich hieran bereits erahnen, dass den sozialen Netzwerken von (politischen) Vorbildfiguren eine entscheidende Funktion bei der Diffusion von bestimmten Gedanken oder auch Innovationen zukommen könnte (siehe Kapitel 9.2.1).

Vereinzelt wurden von den Befragten auch reziproke Motivationsformen zum Ausdruck gebracht: „Ganz einfach. Ein Interview, weil ich denke, man muss junge Leute unterstützen. Ich war auch mal Studentin. [...]“ (Experteninterview 15, 24).

### 8.2.2 Lebensweltliche Bezüge und Assoziationen

*Was verbinden Sie mit dem Begriff der Daseinsvorsorge? Wie betrifft Sie das Thema im Alltag?* Mit dieser Frage gleich zu Beginn der thematischen Auseinandersetzung sollte erzielt werden, dass der Interviewpartner in seiner Lebensrealität abgeholt wird und nicht unmittelbar inhaltsleere Formaldefinitionen wiedergegeben werden.

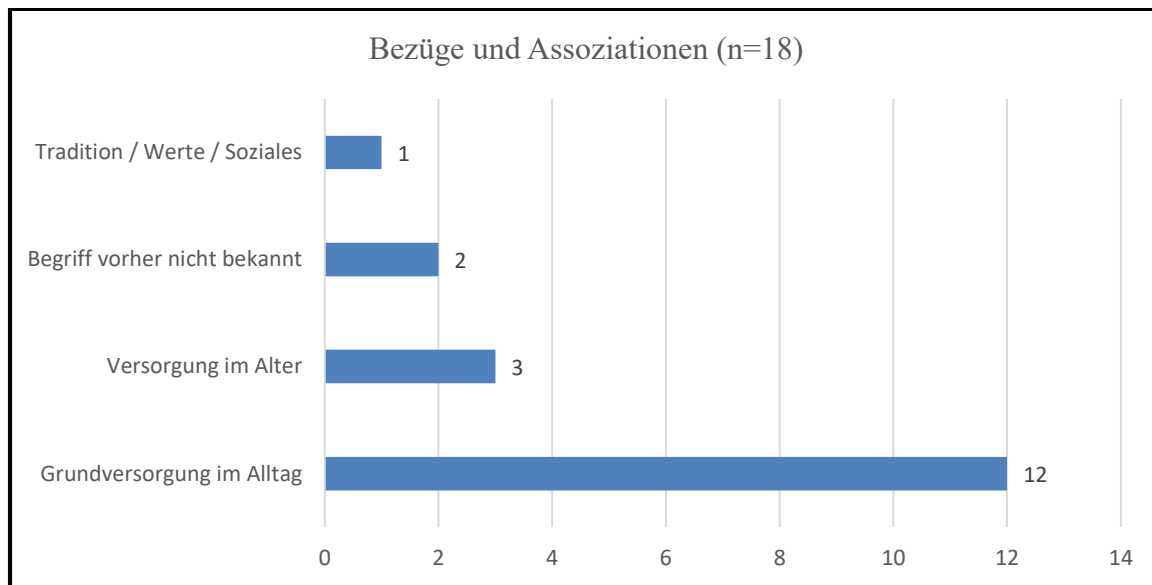


Abbildung 109: Bezüge und Assoziationen (n=18)

Erwartungsgemäß wurde Daseinsvorsorge vor allem mit der Grundversorgung im Alltag gleichgesetzt (siehe Abbildung 109). Hervorzuheben ist an dieser Stelle jedoch, dass diese Grundversorgung aus zweierlei Perspektiven betrachtet wurde. Nämlich zeigte sich auch hier, dass Akteure aus Politik und Verwaltung ein verwaltungsrechtlich geprägtes Verständnis von Daseinsvorsorge artikulierten, welches im Kern die Verwaltung öffentlicher Infrastrukturen forcierte (vgl. Experteninterview 1, 12; ebd. 2, 20; ebd. 3, 32; ebd. 4, 24; ebd. 5, 24; ebd. 6, 20; ebd. 7, 24). Der hieraus resultierende Zusammenhang zwischen der sektoralen Zugehörigkeit und der Perspektive auf Daseinsvorsorge wird von einem Interviewpartner, der neben seiner Tätigkeit als Vereinsvorstand auch in einem Gemeinderat tätig ist, wie folgt beschrieben:

*„Gut, vielleicht muss ich vorwegschicken: ich bin nicht nur im Kulturverein aktiv. Ich bin auch Gemeinderatsmitglied in Ehrenburg. Von daher habe ich da noch mal einen anderen Blick auf Daseinsvorsorge. Einen Breiteren. Klar ist das schön, wenn in einer Kommune das Vereinsleben lebt und alles funktioniert, für alle Vereine Leute da sind, die sich dann auch engagieren. Aber natürlich ist es wichtig, auch andere Angebote vorzuhalten. [...]“* (Experteninterview 8, 28)

Obwohl Vertreter der anderen Sektoren häufig eine nicht minder „breite“ Blickweise auf Daseinsvorsorge zum Ausdruck brachten, zeigte sich dennoch ein klarer Kontrast insofern, als dass hier nicht die Bereitstellung, sondern die private Inanspruchnahme von Infrastrukturen und Gütern in den Vordergrund gestellt wurde:

*„Also, in meinem Alltag...Diese Entscheidung auf das Land zu ziehen, obwohl ich aus dem städtischen Bereich komme, hat mich sehr doll damit konfrontiert. Von Anfang an. Sprich Bildung unserer Kinder, die hier in den Kindergarten und in die Schule gegangen sind. Wie viele Autos braucht man eigentlich, wenn man auf dem Land lebt? Wo kauft man ein? Das sind alles Themen, die uns tagtäglich beschäftigen. [...]“* (Experteninterview 10, 28)

Darüber hinaus wurde Daseinsvorsorge vor allem mit dem Prozess des Alterns assoziiert und umfasst in diesem Fall gewissermaßen „alles, was für das Älterwerden in der Region zur Verfügung stehen muss“ (Experteninterview 16, 40). Vereinzelt wurden auch eher subjektive Wahrnehmungen, wie etwa das Aufrechterhalten von Traditionen und Werten artikuliert (vgl. Experteninterview 9, 31-36) geäußert. Zwei Interviewpartner gaben offen zu, den Begriff der Daseinsvorsorge vorher noch nicht gekannt zu haben, wohl aber mit dessen Inhalten vertraut gewesen zu sein, da dieser im Grunde nur das umschreibe, was man „persönlich und für alle schon immer wichtig fand“ (Experteninterview 13, 56).

### **8.2.3 Einfluss, Entwicklungen, Herausforderungen**

Als logische Anknüpfung an die Herausarbeitung der Berührungspunkte mit Daseinsvorsorge wurde die Frage aufgeworfen, welchen Beitrag die jeweilig repräsentierte Einrichtung zur Erhaltung und Weiterentwicklung dieser leistet (siehe Abbildung 110). Auffällig ist auch hier die Homogenität des Antwortverhaltens der Akteure aus Politik und Verwaltung. Ihre Antworten offenbarten auch hier einen überwiegend verwaltungsrechtlich geprägten Umgang mit Daseinsvorsorge, der die Verwaltung von Ressourcen „in Form von tatsächlichen Steuern oder auch vom verfügbaren Geld“ (Experteninterview 1, 20) zur Aufrechterhaltung öffentlicher Einrichtungen oder Infrastrukturen forciert:

*„Da muss ich mich jetzt vielleicht erst mal auf das Kerngeschäft der öffentlichen Verwaltung oder der Kommune zurückbesinnen. Das haben wir auch schon gesagt. Zur Daseinsvorsorge gehört natürlich eine Vielzahl von öffentlichen Einrichtungen. Und der Bürger sieht vielleicht nicht das Große und Ganze und beschwert sich vielleicht über eine schlechte Anbindung mit dem Zug. Aber es ist natürlich viel mehr. Jetzt direkt kann die Kommune oder muss die Kommune auch auf ihre öffentlichen Einrichtungen einwirken. [...]“* (Experteninterview 7, 20)

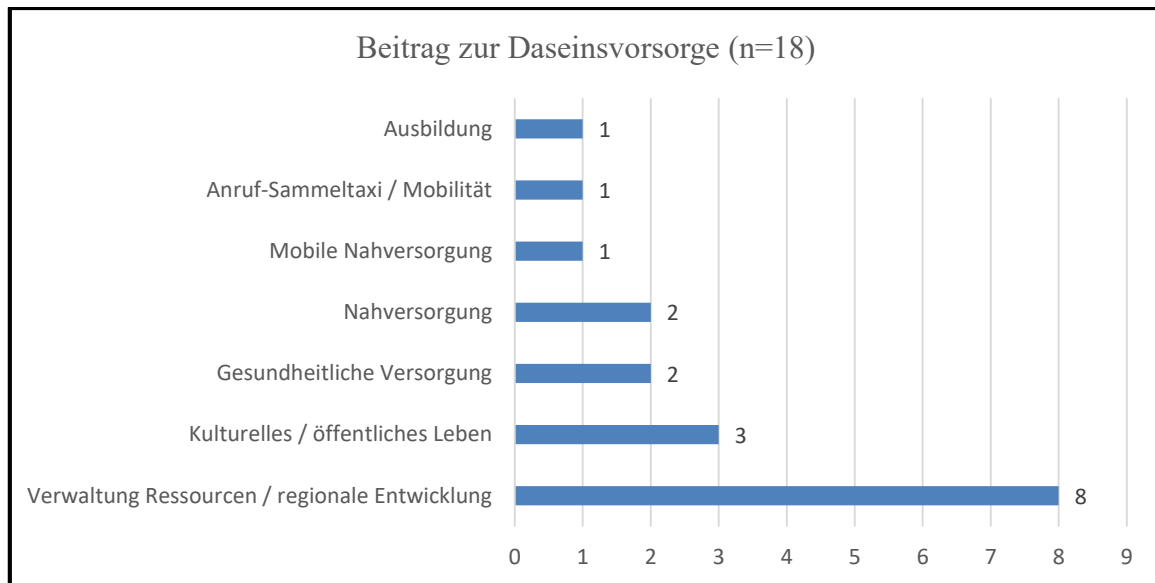


Abbildung 110: Beitrag zur Daseinsvorsorge (n=18)

Neben diesem verwaltungslastigen Zugang zur Daseinsvorsorge gab es jedoch vereinzelt auch solche Stimmen, die die Aufgabe von Politik und Verwaltung primär in der aktiven Stimulation von Entwicklungsimpulsen sahen. Dies ist insofern relevant, als dass sich bereits hier komplexere Handlungs- und Verantwortungslogiken abzeichnen, die zu einem späteren Zeitpunkt stärker zum Tragen kommen werden (siehe Kapitel 8.5, 9.2.2). Die Wechselwirkungen zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Handeln beschrieb ein Interviewpartner in diesem Zusammenhang wie folgt:

*„Ja, anders geht das nicht. Wir haben keine andere Möglichkeit. Wie gesagt; das haben wir schon immer so gemacht. [...] Du kannst alles versuchen, anzukurbeln. Der Unternehmer muss ja darauf eingehen und sagen: "Ja, ist eine gute Idee." [...] Wir schaffen es wirklich nur, Rahmenbedingungen zu erwirken. Und immer, wenn wir auf der Schwelle des wirtschaftlichen Handels sind, entscheidet sich, ob einer drauf einsteigt und damit Erfolg hat oder nicht.“*

Neben dieser weitestgehend homogenen, sektoralen Perspektive zeigte sich, dass das Antwortverhalten der übrigen Akteure in Bezug auf ihren Beitrag zur Daseinsvorsorge erwartungsgemäß deutlich weniger holistisch geprägt war. So gaben die befragten Vereinsvorstände an, dass kulturelle beziehungsweise öffentliche Leben durch Veranstaltungen zu stimulieren und den sozialen Austausch zu fördern (vgl. Experteninterview 9, 40; ebd. 10, 12; ebd. 15, 32). Treffend war in diesem Kontext die Aussage einer Vereinsvorsitzenden, die ihre Arbeit als einen „weichen Wirtschaftsfaktoren“ (Experteninterview 15, 32) beschrieb, der neben Arbeitsplätzen und öffentlichen Infrastrukturen maßgeblich zur Attraktivität einer Region beitrage.



Die privatwirtschaftlichen Akteure hingegen konzentrierten sich in ihren Ausführungen (logischerweise) auf den Stellenwert ihres jeweiligen Unternehmens in den regionalen Versorgungsstrukturen. So gab die Inhaberin dreier lokaler Lebensmittelgeschäfte an, durch den zusätzlichen Betrieb eines Bestell- und Lieferservices, „ältere Leute, die vielleicht alleine leben und nicht mehr selber kommen können“ (Experteninterview 11, 56) zu versorgen. Die Leiterinnen zweier Pflegeeinrichtungen in der Samtgemeinde Schwaförden artikulierten, dass ohne ihre Arbeit ein Großteil der altersbezogenen Versorgungsleistungen anderweitig aufgefangen werden müssten (vgl. Experteninterview 14, 108-115). Die Betreiberin des Anruf-Sammeltaxis für die Samtgemeinden Kirchdorf und Schwaförden sieht die von ihr geleistete Bereitstellung einer grundlegenden Mobilität als Schlüsselmoment der Teilhabe am System der regionalen Daseinsvorsorge und unterstreicht damit letztlich die Kernaussagen der vorangegangenen Erreichbarkeitsanalysen (siehe Kapitel 5.4.5):

*„Also, als Firma ja nun komplett. Da machen wir alles. Wir fahren ja dieses Anruf-Sammeltaxi und das geht ja wirklich zu Allem. Zu der Tagespflege, zum Arzt. Wir fahren auch Kinder tatsächlich zum Sport, wenn die Eltern keine Zeit haben. Auch zum Einkaufen. Wir haben jetzt auch in der Corona-Zeit für Leute eingekauft.“* (Experteninterview 12, 39)

Den Abschluss des inhaltlichen Blocks zum Thema der Daseinsvorsorge bildete ein Ausblick: *Welche Entwicklungen und Herausforderungen sehen Sie auf die Daseinsvorsorge im Sulinger Land zukommen?* Hierdurch sollte insbesondere ein Bild hinsichtlich der (kollektiven) Wahrnehmung von Handlungsbedarfen generiert werden, dass wiederum in Relation mit den Ergebnissen der Haushaltsbefragung gesetzt werden kann (siehe Kapitel 7.3.2, 7.3.3).

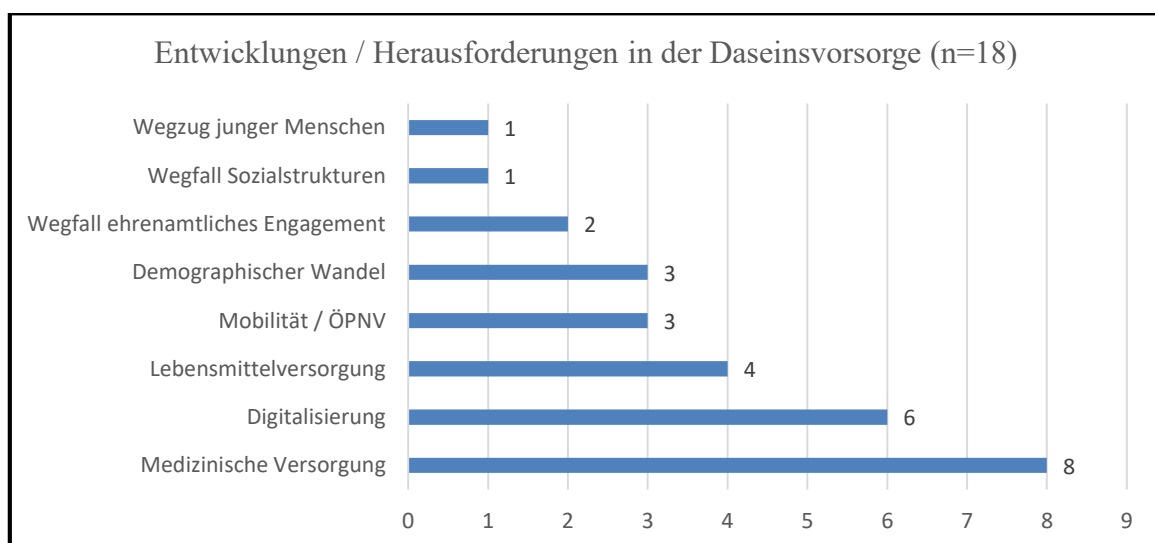


Abbildung 111: *Entwicklungen und Herausforderungen in der Daseinsvorsorge (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen*

Bei der Betrachtung des Antwortverhaltens zeigt sich zunächst, dass die medizinische Versorgung von jedem zweiten Interviewpartner als zukünftige Herausforderung identifiziert wurde (siehe Abbildung 111). In diesem Zusammenhang mit Sorge beobachtet wurde die Entscheidung des Kreistages Diepholz betrachtet, ein Zentralklinikum für den Landkreis in der Nähe der Stadt Twistringen zu errichten:

*„Da hat es ja grade eine Entscheidung bezüglich des Zentralkrankenhauses des Landkreises Diepholz gegeben. Das sehe ich natürlich mit Sorge, weil ich es natürlich lieber gesehen hätte für Sulingen, dass ein entsprechendes Krankenhaus [...] näher an der ländlichen Bevölkerung ist.“* (Experteninterview 16, 64)

Weiterhin bemerkenswert ist die Tatsache, dass jeder dritte Interviewpartner die Digitalisierung als zentrales Handlungserfordernis wahrnahm (vgl. Experteninterview 2, 40; ebd. 4, 40; ebd. 5, 40; ebd. 7, 32; ebd. 15, 36; ebd. 17, 37-44). In diesem Kontext wurde vor allem die Notwendigkeit des aktuell stattfindenden Ausbaus der digitalen Infrastrukturen in Form des Glasfasernetzes hervorgehoben: „Digitalisierung, sage ich mal, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass man digitale Dienste in Anspruch nehmen kann. Das ist ja nun mal das Glasfasernetz. Und da hat der Landkreis Diepholz ja nun mal die eigene Initiative ergriffen und für 180 bis 200 Millionen das Glasfasernetz in Auftrag gegeben“ (Experteninterview 5, 40). Vergleicht man darüber hinaus die grundsätzliche Intensität der Wahrnehmung von Digitalisierung als Handlungsbedarf mit der Haushaltsbefragung (siehe Abbildung 86), so zeigt sich, dass im Rahmen der Experteninterviews deutlich eher von einem kollektiven Problem- und Handlungsbewusstsein gesprochen werden kann (siehe 9.1.2).

Ein weiteres Phänomen, das sich bei der Analyse der identifizierten Herausforderungen in der Daseinsvorsorge zeigt, ist, dass häufig dort ein Handlungsbedarf empfunden wird, wo Einschränkungen im eigenen Alltag erfahren werden. Diese Vermischung von „professioneller“ und „persönlicher“ Perspektive zeigt, dass die sektorale Zugehörigkeit zwangsläufig immer auch von individuellen Empfindungen überlagert wird, da jeder Akteur gleichzeitig auch als Bürger Erfahrungen im Umgang mit Daseinsvorsorge (und Digitalisierung) macht:

*„Also, ich für mich persönlich und meine Kollegen sind immer sehr betrübt, wenn montags der Bäcker nicht aufhat, weil es sonst keinen Bäcker gibt in Siedenburg. [...]“* (Experteninterview 18, 36)

*„Medizinische Versorgung ist auch so ein Thema. Ich hatte jahrelang eine Ärztin in Neubruchhausen, die wegen der Telemedizin quasi ihre Praxis dicht gemacht hat, weil sie gesagt hat, dass sie das nicht mehr mitmacht. Sie hat dann entschieden, dass sie frühzeitig aufhört.“* (Experteninterview 10, 32)

### 8.3 Digitalisierung

Der nächste inhaltliche Block der Experteninterviews widmete sich dem zweiten, zentralen Thema der Doktorarbeit, nämlich der Digitalisierung. Hierbei standen zunächst auch wieder die lebensweltlichen Berührungspunkte der Akteure mit Auswirkungen der Digitalisierung im Vordergrund (siehe Kapitel 8.3.1). Außerdem zielte dieser Teil des Interviews darauf ab, herauszufinden, welche digitalen Maßnahmen von den Akteuren respektive ihrer Einrichtungen, Institutionen oder Unternehmen bereits praktiziert werden und in welche Rahmenbedingungen die Umsetzung dieser digitalen Angebote eingebettet ist (siehe Kapitel 8.3.2).

#### 8.3.1 Lebensweltliche Bezüge und Assoziationen

*Was assoziieren Sie mit dem Begriff der Digitalisierung? Wie sieht Digitalisierung für Sie im Alltag aus?* Wie auch schon im Falle der Daseinsvorsorge wurde auch hier beim Gesprächseinstieg besonderer Wert auf persönliche Assoziationen gelegt, die alltagsrelevanten Erfahrungen und nicht etwa Formaldefinitionen entspringen. Gleichzeitig sollte über diese Frage auch ein Eindruck davon eingefangen werden, inwiefern sich die Interviewpartner abseits ihrer professionellen Rolle auch im Privaten mit Aspekten der Digitalisierung auseinandersetzen.

Die Darstellung der soziodemographischen Daten der Interviewpartner hat bereits verdeutlicht, dass ausnahmslos von einer digitalen Durchdringung des Alltags gesprochen werden kann (siehe Abbildung 107). Die Frage, die es an dieser Stelle zu beantworten gilt, ist demnach nicht, *ob* eine Nutzung digitaler Medien im Alltag artikuliert wird, sondern *wie* sich das Nutzungsverhalten im Detail darstellt. Tatsächlich gaben die Interviewpartner mehrheitlich an, dass sich Digitalisierung in Ihrem Alltag in der Nutzung von Smartphones und vergleichbaren, digitalen Endgeräten zwecks Kommunikation und Informationsbeschaffung äußert (vgl. Experteninterview 1, 52; ebd. 2, 52; ebd. 3, 72; ebd. 4, 52; ebd. 5, 59-64; ebd. 6, 60; ebd. 8, 44; ebd. 9, 96; ebd. 10, 56; ebd. 11, 116; ebd. 12, 167; ebd. 13, 112; ebd. 15, 44; ebd. 16, 80; ebd. 17, 76). In dieser Hinsicht ist folglich kein signifikanter Unterschied zum bürgergesellschaftlichen Umgang mit digitalen Medien erkennbar (siehe Abbildung 88). Auch altersbedingte Nutzungshemmnisse konnten vereinzelt beobachten werden:

*„Ja, kann ich uneingeschränkt mit Ja antworten. Das ist ja auch die Gnade der frühen Geburt. Ich bin jetzt 67 Jahre alt, so dass ich tatsächlich auch noch gerne einkaufen gehe. Und natürlich aber auch die neuen Möglichkeiten nutze. Wenn ich das mal so prozentual sagen darf, bin ich vielleicht bei 60 zu 40. 60 tatsächlich auch noch traditionell. Und 40 digital.“* (Experteninterview 1, 52)

*„Also, damit tue ich mich altersbedingt etwas schwerer. Videokonferenzen, schön und gut. Aber ich mag es eigentlich ganz gerne, wenn mir mein Gesprächspartner noch gegenüber sitzt. Oder ich ihn am Telefon habe. Gut, aber das ist vielleicht mein persönliches Problem. [...]“* (Experteninterview 2, 68)

Unabhängig des privaten Verhältnisses zu digitalen Medien, gaben die Interviewpartner ausnahmslos an, berufsbedingt in einem ständigen Kontakt mit Einflüssen der Digitalisierung zu sein. Vor allem Akteure aus Politik und Verwaltung brachten zum Ausdruck, dass ihr beruflicher Alltag ohne digitale Medien nicht mehr vorstellbar sei:

*„Verwaltung ohne Digitalisierung ist heute nicht mehr machbar. [...]. Insbesondere Akten in Papier oder Kommunikation in Papierform findet ja kaum noch statt. [...] Digitalisierung macht 85 oder 90 Prozent meines Alltagsgeschäftes aus.“* (Experteninterview 6, 68).

Auch die befragten Repräsentanten lokaler Unternehmen gaben ausnahmslos an, in ihrem Berufsleben maßgeblich auf digitale Hilfsmittel angewiesen zu sein (vgl. Experteninterview 11, 117-124; ebd. 12, 172-187; ebd. 14, 184-195, ebd. 16, 93-104). Ein durchmisches Bild zeigte sich lediglich bei den Akteuren des dritten Sektors. Zu beachten hierbei ist, dass nur drei der Interviewpartner hauptberuflich für die Leitung eines Vereins (vgl. Experteninterview 15, 131), einer sozial ausgerichteten Einrichtung (vgl. Experteninterview 13, 140) oder einer berufsbildenden Einrichtung (vgl. Experteninterview 17, 12) verantwortlich sind. Bei den übrigen Befragten handelte es sich um Ehrenamtliche, die somit auch nicht in ihrer (haupt-)beruflichen Rolle befragt worden sind (vgl. Experteninterview 8, 2-8; ebd. 9, 2-8; ebd. 10, 2-4). Insbesondere die ehrenamtliche Arbeit in lokalen Vereinen ist erwartungsgemäß meist nur am Rande von Digitalisierung geprägt. Der Kontakt mit digitalen Medien beschränkt sich hier etwa auf die Pflege von Homepages oder die digitale Bewerbung von Veranstaltungen:

*„Wir haben, wenn das dazu zählt, eine eigene Website. Das ist zwar Oldschool, aber das haben wir. Wir haben einen eigenen Facebook-Auftritt, den wir allerdings nicht mehr so nutzen, wie es vor Jahren war.“* (Experteninterview 9, 100)

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die im Rahmen der Experteninterviews befragten Akteure in der Regel über ein höheres Maß an Nutzungskompetenz digitaler Medien verfügen, als es in der Haushaltsbefragung artikuliert wurde (siehe Kapitel 7.4.1). Es zeigt sich jedoch auch hier, dass die Interviewpartner Digitalisierung sowohl im privaten als auch im beruflichen Kontext regelmäßig mit dem Vorhandensein einer stabilen Internetverbindung in Verbindung bringen (vgl. Experteninterview 2, 52; ebd. 3, 72; ebd. 5, 40; ebd. 6, 60; ebd. 8, 44; ebd. 15, 44; ebd. 17, 80). Demnach ist auch hier ein Denkmuster zu beobachten, das

eine funktionierende Digitalisierung eng an das flächendeckende Vorhandensein digitaler Infrastrukturen knüpft (siehe Kapitel 7.4). Eine intuitive Kopplung von Digitalisierung mit der zuvor diskutierten, alltagsrelevanten Daseinsvorsorge im Sinne von „smarten Versorgungssystemen“ (siehe Kapitel 2.4) geschah hingegen nur an einigen, wenigen Stellen (vgl. Experteninterview 4, 52; ebd. 6, 56; ebd. 7, 48; ebd. 18, 87). So gab ein Interviewpartner an, im Alltag von Smart-Home-Technologien Gebrauch zu machen (vgl. Experteninterview 4, 52). Ein anderer Interviewpartner brachte unaufgefordert den Begriff der „digitalen Daseinsvorsorge“ (Experteninterview 7, 48) ins Spiel. Ein weiterer Befragter äußerte ungefragt die Möglichkeit, das Angebot des Anruf-Sammeltaxis zu digitalisieren:

*„Digitalisierung ist für mich zum Beispiel...Hier in Kirchdorf gibt es zum Beispiel ein Anruf-Sammeltaxi. Das kann ich momentan buchen, in dem ich anrufe. Aber ich könnte das zum Beispiel auch buchen über eine App. Oder ich kann mir auch über eine App anzeigen lassen, wo fahren zu welcher Zeit an welchem Abfahrtspunkt sowieso Anruf-Sammeltaxis. [...]“* (Experteninterview 6, 56)

Diese Aussagen verdeutlichen, dass durchaus einige Interviewpartner entlang der vorgegebenen Gesprächsstruktur intuitiv Brücken schlagen zwischen den Sphären der Daseinsvorsorge und der Digitalisierung. Für die Mehrheit der befragten Akteure scheint jedoch vergleichbar mit der Haushaltsbefragung der primäre gedankliche Zugang zur Digitalisierung auf einer konsumorientierten, infrastrukturellen Ebene zu erfolgen. Ein tiefergehender Einbezug von Variablen, wie etwa Akzeptanz und Nachfrage („nicht wollen“) neben infrastrukturellen Rahmenbedingungen („nicht können“) war deshalb nur sporadisch, wie im nachfolgenden Interviewausschnitt, zu beobachten (Experteninterview 7, 47-56):

*IP:*

*[...] Es muss Hardware vorhanden sein. Es muss aber auch irgendwo in den Köpfen drin sein, dass man überhaupt digital sein will. [...] Das muss auch umgesetzt werden. Wenn das vorhanden ist, dann kann man darauf aufbauen. Was bringt mir eine App-gesteuerte Straßenbeleuchtung, wenn keiner ein Smartphone hat? [...] Das eine bedingt vielleicht auch das andere. Das ist wie mit der Ladestruktur für E-Mobilität. Was brauchen wir zuerst? Ladesäulen oder Autos?*

*I:*

*Das ist ja auch die große Frage, die sich für mich dabei stellt in dem Zusammenhang. [...]*

*IP:*

*Man muss es wollen. Man muss es auch können. Das ist das Andere. Vor "nicht können" kommt "nicht wollen".*

### 8.3.2 Ausgestaltung digitaler Angebote

Eine grundlegende Frage, die sich aus den vorausgegangenen Ausführungen ergibt, ist, ob sich das Adoptionsverhalten im Privaten auch auf die Art und Weise auswirkt, wie digitale Innovationen aus der jeweiligen, sektoralen Position heraus propagiert oder in berufliche Arbeitsabläufe integriert werden. Aus diesem Grund wurden die Interviewpartner unmittelbar im Anschluss Folgendes gefragt: *Sind derzeit Digitalisierungsmaßnahmen in Planung? Oder aber in absehbarer Zukunft?* Um eine bessere Kontextualisierung zu ermöglichen, wurden in diesem Zusammenhang gleichzeitig auch die Hinderungsgründe bei der Umsetzung digitaler Maßnahmen diskutiert: *Was ist für Sie der größte Hinderungsgrund, der der Realisierung weiterer digitaler Angebote im Weg steht?*



Abbildung 112: Umsetzung Digitalisierungsmaßnahmen aktuell und in Zukunft (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Die Fragmentierung des oben dargestellten Antwortverhaltens (siehe Abbildung 112) lässt bereits vermuten, dass die Herleitung genereller Trends in diesem Zusammenhang wenig zielführend ist. Zunächst einmal ist auch hier anzumerken, dass die Akteure aus Politik und Verwaltung relativ einheitlich auf die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich des E-Government als interne Digitalisierungsmaßnahme (vgl. Experteninterview 1, 61-64; ebd. 3, 93-96; ebd. 4, 65-68; ebd. 5, 83-86; ebd. 6, 69-72; ebd. 7, 61-68; ebd. 18, 104-107) und auf den Ausbau des Glasfasernetzes als regionsübergreifende Maßnahme verwiesen (vgl. Experteninterview 1, 61-64; ebd. 2, 69-72; ebd. 5, 83-86).

Bei der Abgrenzung dieser Aussagen gegenüber denen der übrigen Sektoren sind zwei-erlei Dinge zu beachten. Zum einen besitzen Politiker und Verwaltungsmitarbeiter ein vergleichbares Arbeitsumfeld, sodass die Einführung von digitalen Maßnahmen wie der E-Akte auf der Grundlage einer relativ homogenen Ausgangssituation erfolgt. Eine solche Homogenität existiert im Kontext der Privatwirtschaft oder ehrenamtlichen Vereinsarbeit nicht. Zum anderen wird die Umsetzung entsprechender Maßnahmen im Bereich E-Government durch das Online-Zugangsgesetz (OZG) bis zum Jahr 2022 gesetzlich vorgeschrieben (siehe Kapitel 2.2.1), so- dass intrinsische Handlungsmotivationen der befragten Akteure um einen externen Handlungs- druck ergänzt werden:

*„Online-Zugangsgesetz ist ein Bereich, wo ich ein bisschen drüber fluche. Das ist eben der Bereich, den ich eben schon angesprochen habe, dass Politik Vorgaben macht, auch grade unsere Landespolitik, aber selber gar nicht in der Lage ist, diese Dinge abzuwickeln. [...]“* (Experteninterview 4, 68)

Der in obiger Aussage mitschwingende Unmut bringt zugleich die zentralen Hinder- nisse bei der kommunalen Auseinandersetzung mit jenen, gesetzlich vorgeschriebenen Digita- lisierungsmaßnahmen zum Ausdruck. Nämlich fühlen sich insbesondere ländliche Kommunen und ihre EDV-Verantwortlichen personell nicht dazu in der Lage, „den Bürgerservice-Bereich, also das Einwohnermeldeamt oder das Passwesen, KFZ-Zulassungen weiter zu digitalisieren“ (Experteninterview 6, 84), „wenn man keinen hat, der einen dabei unterstützt oder wenn man Einzelkämpfer ist“ (Experteninterview 18, 111).

Die übrigen Aussagen, die auf die Privatwirtschaft und den Dritten Sektor zurückzufüh- ren sind, zeigen eine große Bandbreite hinsichtlich der Umsetzung von digitalen Maßnahmen, die von einer aktiven Implementierung digitaler Instrumente in die Unternehmensprozesse oder Vereinsarbeit (vgl. Experteninterviews 14, 194-213; ebd. 15, 43-56; ebd. 16, 85-108) bis hin zur Ablehnung gegenüber der Umsetzung digitaler Angebote in der Zukunft reichen (vgl. Ex- perteninterview 11, 136-147). Von besonderem Interesse dürfte hier also die Herstellung von Zusammenhängen zwischen der Haltung gegenüber digitalen Innovationen im Privaten und der Implementierung dieser im beruflichen oder ehrenamtlichen Kontext sein.

Ein Beispiel für eine Korrelation zwischen hoher privater und hoher beruflicher Adop- tionsbereitschaft liefert der Leiter eines großflächigen Lebensmitteleinzelhandels in der Stadt Sulingen. Dieser gab an, dass Digitalisierung auch privat aus seinem „Leben gar nicht mehr wegzudenken“ sei und „immer mit neuen Gimmicks“ zu arbeiten (Experteninterview 16, 80).

Hiermit im Einklang gab der Interviewpartner an, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Selbst-Scanning-Kassen in Betrieb zu haben (vgl. Experteninterview 16, 85-90) und derzeit das Warenlager komplett zu automatisieren: „Das Thema ist auch Auto-Bestellung. Mittlerweile läuft ein Großteil der Warenbestückung über Auto-Bestellung. Also ein System, was die Waren selber bestellt. Das ist das, was wir uns die letzten Jahre angeguckt haben“ (Experteninterview 16, 96). Darüber hinaus zeigte sich in vielen Gesprächssituationen eine generelle Euphorie gegenüber der Implementierung neuer, technischer Möglichkeiten.

Gleichwohl brachte der Interviewpartner zum Ausdruck, dass ein über Jahre praktizierter Online-Bestell- und Lieferservice zwischenzeitlich eingestellt worden sei. Der Grund hierfür war nicht, wie es die Haushaltsbefragung hätte vermuten lassen (siehe Kapitel 7.2.2), eine ausbleibende Nachfrage. Vielmehr waren es die Rahmenbedingungen „der ländlichen Situation“, die eine mittelfristige Finanzierbarkeit unmöglich gemacht haben, so der Betreiber:

*„Die Kostenstruktur hat mich dazu bewogen, das einzustellen. Wir waren ja, glaube ich, sechs Jahre mit dem Lieferservice dabei. Es war so, dass wir vom Durchschnittseinkauf zufrieden waren. Aber aufgrund der ländlichen Situation mit den Wegstrecken und des zeitlichen Aufwands der Kommissionierung; das hat uns das ganze Modell als nicht finanzierbar erscheinen lassen. Das war so.“* (Experteninterview 16, 20)

Hieran zeigt sich, dass auch eine hohe Affinität gegenüber Digitalisierung allein noch nicht zwangsläufig darüber entscheidet, ob ein Akteur und die repräsentierte Daseinsvorsorgeeinrichtung erfolgreich digitale Innovationen umsetzen und am Markt halten können. Unterstrichen wird dies durch das Beispiel des Vorsitzenden eines lokalen Kulturvereins, der angab beruflich als Informatiker zu arbeiten: „Da habe ich natürlich von meiner beruflichen Herkunft her, [die Expertise], die nötig ist, [das] möglichst leichtgängig hinzukriegen“ (Experteninterview 8, 56). Dennoch gab der Interviewpartner an, insbesondere aufgrund des engen Kundenkreises und –Kontaktes des Vereins beispielsweise die Einführung eines Online-Ticket-Systems für nicht verhältnismäßig zu empfinden: „Das ist oft ein ähnlicher Kreis. Wir haben allein 40 Dauerkarten, die dann zu vielen Veranstaltungen kommen. Von daher ist es momentan noch etwas "überkandidelt", da solche Dinge zu machen. [...]“ (Experteninterview 8, 68).

Erfolgreich praktiziert wird ein solches Ticketing-System bereits von einem in der Stadt Sulingen ansässigen Verein. Interessant hierbei ist, dass die Vorsitzende des Vereins ähnlich wie der Leiter des Lebensmitteleinzelhandels eine hohe Affinität gegenüber digitalen Medien im Privatalltag zum Ausdruck brachte: „[...] Ich bin dem nicht verschlossen. Privat nutze ich



noch mehr als hier.“ (Experteninterview 15, 96). Den aktuellen Erfolg des Ticketsystems führte die Befragte zu großen Teilen auch auf eine von ihr vorgenommene, technische Optimierung des Systems zurück, die ohne ihre Digital-Affinität in der Form eventuell nicht erfolgt wäre:

*„Das ist auch schon existent. Das gab es schon vor meiner Zeit. Ich habe das Ticketsystem nur einmal zwischendurch gewechselt, weil das Alte nicht so geschmeidig war. Das Neue ist besser. Da kann ich auch für mich die Kundendaten besser rausziehen. Und das wird gut angenommen. Und das wurde auch gut akzeptiert.“* (Experteninterview 15, 52)

Zu beachten hierbei ist jedoch, dass sich zum einen die Nachfragestruktur klar von den übrigen Vereinen unterscheidet. So erzielen die dortigen, teils für mehrere hundert Personen ausgelegten Veranstaltungen eine „Auslastung von 80 und 90 Prozent“ (Experteninterview 15, 12). Zum anderen gab die Befragte an, für ihre Arbeit als Geschäftsführerin des Vereins bei der Stadt Sulingen angestellt zu sein: „Ich mache das nicht ehrenamtlich. Ich mache das hauptberuflich“ (Experteninterview 15, 131). Hierdurch wird eine gänzlich andere Mobilisation von Humankapital ermöglicht, „weil man einfach frei gestalten kann“ (Experteninterview 15, 141), während andere Vereine auf den Einsatz von zeitlich limitierter, ehrenamtlicher Arbeit angewiesen sind (vgl. Experteninterview 9, 163).

Auch eine Korrelation zwischen einer eher distanzierten Haltung gegenüber Digitalisierung im Allgemeinen und der Ablehnung digitaler Maßnahmen im eigenen Unternehmen konnten am Beispiel der Inhaberin dreier, lokaler Lebensmittelgeschäfte beobachtet werden. Sie artikuliert ihre Haltung gegenüber digitalen Medien im Kontext der Daseinsvorsorge wie folgt: „Aber für mich ist es so, dass ich aus dem Haus gehe und gucke, was da ist und was ich bekommen kann. Und dann sehe ich ja auch, was ich kriege“ (Experteninterview 11, 203). Hiermit korrelierend brachte die Befragte auch eine mangelnde Adoptionsbereitschaft ihrer Kunden als Argument vor, entsprechende, digitale Angebote nicht einführen zu wollen: „Das sind ja teilweise auch ältere Menschen über 80. Oder älter.“ (Experteninterview 11, 139). Demgegenüber brachten die Leiterinnen zweier Pflegedienste deutlich zum Ausdruck, dass sie eine mangelnde Nutzungskompetenz älterer Menschen nicht als einen Hinderungsgrund ihrer bereits geplanten Digitalisierungsmaßnahmen sehen: „Wir haben 90-Jährige, die digital unterwegs sind. Die haben WhatsApp. [...]. Die nutzen das Internet. [...].“ (Experteninterview 14, 199).

Weiterhin bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass eine schlechte Netzabdeckung nur von zwei Interviewpartnern intuitiv als Hinderungsgrund wahrgenommen wurde (vgl. Experteninterview 14, 256; ebd. 17, 88).

## 8.4 Digitalisierung in der Daseinsvorsorge

Nachdem das Gespräch an diesem Punkt bereits unlängst die Umsetzung digitaler Angebote im Kontext der Daseinsvorsorge aufgegriffen hatte, wurde im Gespräch nun bewusst eine Koppelung der zuvor diskutierten Dimensionen der Daseinsvorsorge und Digitalisierung vorgenommen. Hierbei im Fokus standen die Herausarbeitung des Standpunktes der Interviewpartner zum Einsatz digitaler Instrumente in der ländlichen Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 8.4.1) und die Benennung von konkreten Gestaltungsvorschlägen (siehe Kapitel 8.4.2).

### 8.4.1 Digitale Daseinsvorsorge und Lebensqualität

*Glauben Sie, dass der Einsatz von digitalen Instrumenten im Bereich der Daseinsvorsorge in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum leisten kann?* Auch hier wird klar ersichtlich, dass dem Bezugsrahmen der Lebensqualität im Zusammenhang mit der Bewertung von Daseinsvorsorge (siehe Kapitel 3.3.2) eine große Bedeutung zukommt, da es sich hierbei um ein für die Interviewpartner greifbares Konzept handelt, zu dem in jedem Fall Bezüge aus der eigenen Lebenswelt hergestellt werden können.

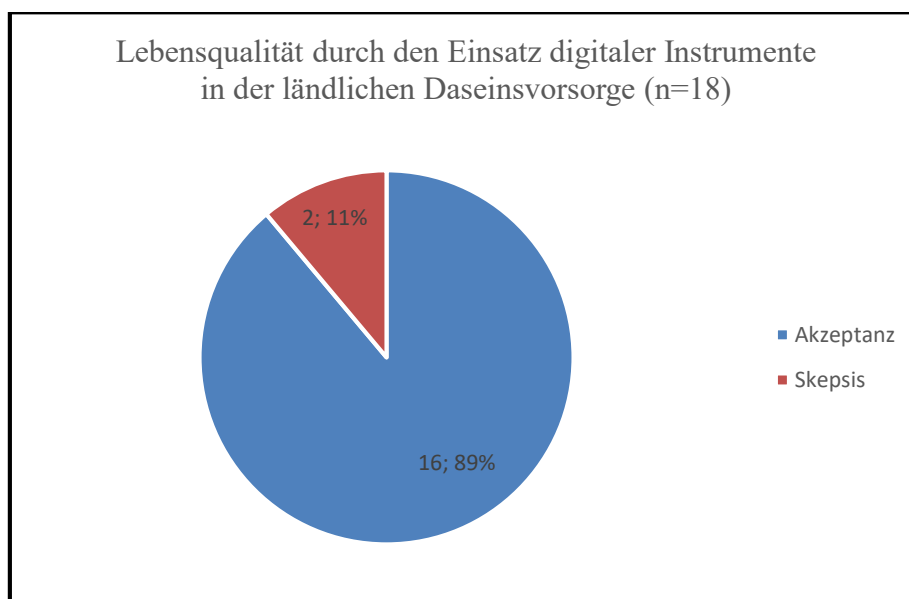


Abbildung 113: Lebensqualität durch den Einsatz digitaler Instrumente in der ländlichen Daseinsvorsorge (n=18)

Die Verteilung des Antwortverhaltens in Bezug auf obige Frage (siehe Abbildung 113) zeigt klar, dass die im Rahmen der Experteninterviews befragten Akteure den Einsatz digitaler Instrumente in der Daseinsvorsorge weit überwiegend als Chance begreifen. Dies steht in einem deutlichen Kontrast zur Haushaltsbefragung, in der annähernd die Hälfte der Befragten Digitalisierung im Kontext der Daseinsvorsorge keine besondere Bedeutung beimaß (siehe Abbildung

89). Dennoch sind die Aussagen in den Experteninterviews keinesfalls Plädoyers für eine „totale Digitalisierung“, wohl aber eine akzeptierende Grundhaltung gegenüber der Digitalisierung als einen in der Grundtendenz unumkehrbaren Prozess, der auch bezogen auf die ländliche Daseinsvorsorge als eher vorteilhaft denn negativ wahrgenommen wird:

*„Also, es ist natürlich ein Vorteil, dass man sich besser informieren kann und schneller an Informationen kommt. Gut, einfacher. Die totale Digitalisierung finde ich persönlich aber gar nicht gut. Habe ich ja schon gesagt, dass das im Ort auch wichtig ist, dass man miteinander spricht und jeder jeden kennt. Das ist das, was ich für sehr wertvoll halte, dass das nicht verloren geht.“* (Experteninterview 9, 171)

*„Also, bisher hat die Digitalisierung, die ich erfahren durfte, nichts Negatives für mich gebracht. Bis auf die Tatsache, dass man vielleicht an einem Tisch sitzt, wo die Mehrzahl der Leute ein Handy in der Hand hat und nicht mehr spricht. Aber da kann man sich ja gegen wehren. Bisher habe ich nur positive Erfahrungen gemacht.“* (Experteninterview 16, 128)

Trotz dieser grundsätzlichen Übereinstimmung bestand unter den befragten Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Drittem Sektor dennoch Uneinigkeit darüber, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge der Einsatz digitaler Instrumente wünschenswert ist. Nachfolgende Aussagen verdeutlichen, dass beispielsweise die Mehrwerte von Digitalisierung im Bereich der Gesundheitsversorgung mitunter sehr ambivalent bewertet wurden:

*„Grundsätzlich, ja. Es gibt Bereiche, die mehr Potential haben, als andere. Die Gesundheitsvorsorge oder die gesundheitliche Versorgung sehe ich eigentlich als das wichtigste Potential. Ich habe ja grade schon gesagt, dass man nicht alles in jedem Dorf haben kann. Und grade Ärzte wird man nicht in jedes Dorf bekommen. Aber wenn man eine gute, digitale Infrastruktur hat, dann kann man eben einen virtuellen Arzt haben. [...]“* (Experteninterview 8, 80)

*„Das halte ich für Wahnsinn. Man muss sich die Menschen auch angucken. Das halte ich für Wahnsinn. Ich glaube, da tun die dem Menschen eher was mit an, als dass sie was Gutes tun. Ich glaube, die sollten vielleicht mehr Ärzte bekommen vor Ort.“* (Experteninterview 12, 296)

Die obigen Aussagen verdeutlichen, dass selbst die Akteure, die im Rahmen der Doktorarbeit als „Experten“ ausgewählt wurden, hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber digitalen Innovationen letztlich von subjektiv-emotionalen Empfindungen und Präferenzen geleitet werden. Hieran wird zudem ersichtlich, dass sich die Frage nach Zusammenhängen zwischen der Digital-Kompetenz eines Akteurs und seiner Haltung gegenüber digitalen Innovationen in der Daseinsvorsorge nur unter Hinzunahme des persönlichen Mindsets beantworten lässt.

### 8.4.2 Gestaltungsvorschläge

Die zuvor beschriebene Subjektivität wirkt sich zweifelsohne auch auf die Benennung von Gestaltungsvorschlägen aus. Das fragmentierte Antwortverhalten der Interviewpartner zeigt (siehe Abbildung 114), dass die Vorstellungen davon, durch welche Maßnahmen zukünftig eine digitale Daseinsvorsorge zu erreichen ist, zumeist individuelle Wahrnehmungen sind. Zwar war auch im Kontext der Experteninterviews der Anteil der Akteure ohne konkrete Gestaltungsvorschläge ( $n=6$ , 33%) vergleichsweise hoch, allerdings bei weitem nicht so dominant wie in der Haushaltsbefragung (siehe Abbildung 90).

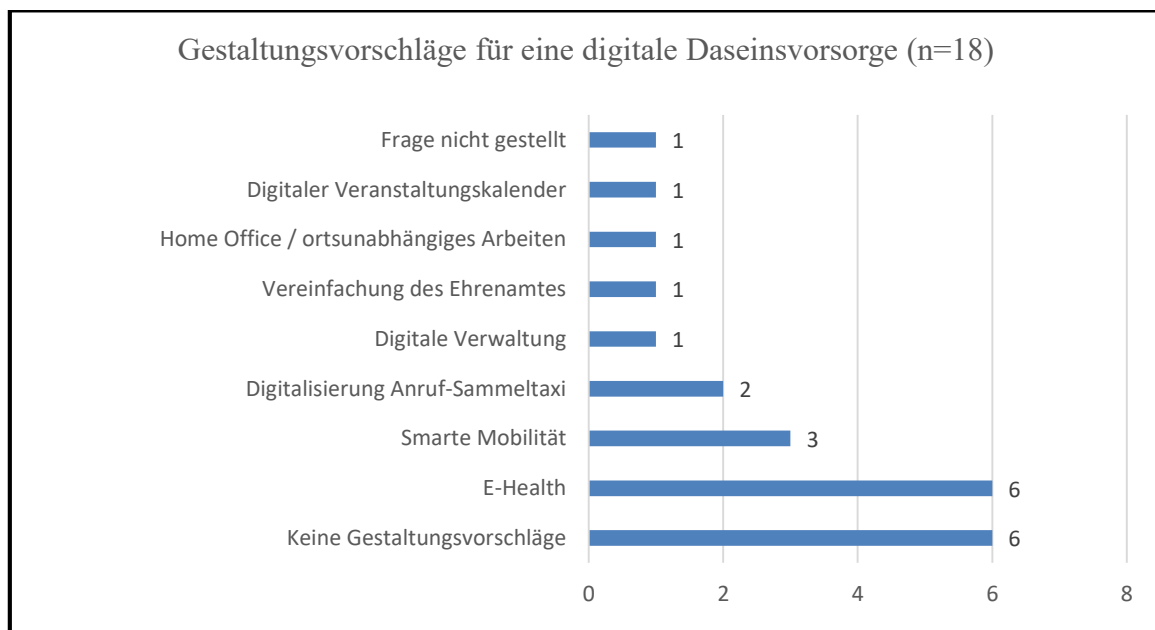


Abbildung 114: Gestaltungsvorschläge für eine digitale Daseinsvorsorge (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Dennoch kann auf der Grundlage der hier gegebenen Antworten keine abgestimmte, regionale Strategie in Bezug auf die Digitalisierung der Daseinsvorsorge ausgemacht werden. Vielmehr zeigt sich, dass sich das Sulinger Land, wie derzeit viele ländliche Regionen, noch am Anfang eines Lernprozesses steht, in dem viele „kleine Punkte“ mit der Zeit noch sinnvoll zusammengefügt werden müssen:

*„Ja, vieles von dem sind ja kleine Punkte. [...] Für unsere Bürger ist es eben dann so, dass wir grade [...] auch an Tele-Medizin denken werden müssen. Das werden wir üben müssen. Da werden wir rein müssen, damit wir die Ressourcen, die wir haben und die ja endlich sind [...] auch so nutzen können, dass es effektiv ist. Das müssen wir den Bürgern erklären. Dann eben auch nach wie vor Mobilität. Das ist ein Punkt, den wir immer wieder ansprechen. [...] Das ist auch eine Chance für uns, für den ländlichen Raum, um da überhaupt angeschlossen zu bleiben.“ (Experteninterview 1, 84)*

## 8.5 Verantwortung

Unmittelbar nach der Benennung von Gestaltungsvorschlägen stand nun die Frage nach der Umsetzungsverantwortung im Raum. Nachdem die Haushaltsbefragung nur bedingt eine Reflexion der eigenen Verantwortung hervorgebracht hat (siehe Kapitel 7.5), wurde im Rahmen der Experteninterviews bewusst eine Gegenüberstellung der Eigen- und Fremdverantwortung (siehe Kapitel 8.5.2) unter Einbezug der individuellen, akteuralen Handlungsmotivationen (siehe Kapitel 8.5.1) forciert.

### 8.5.1 Akteurale Motivationsformen

*Welche Art der Motivation treibt sie dazu an, in ihrer Position tätig zu sein? Empfinden Sie eine Form der Verantwortung gegenüber ihrem regionalen Umfeld? Wenn ja, wie äußert sich diese?* Diese zwei ursprünglich getrennt voneinander gestellten Fragen sollen in der nachfolgenden Auswertung als eine Sinneinheit betrachtet werden. Grund hierfür ist die Feststellung, dass die Handlungsmotivation vieler Akteure unmittelbar mit ihrer regionalen Zugehörigkeit in Verbindung gebracht wurde (siehe Abbildung 115), sodass eine separate Betrachtung der Fragen nicht mehr zielführend erschien.

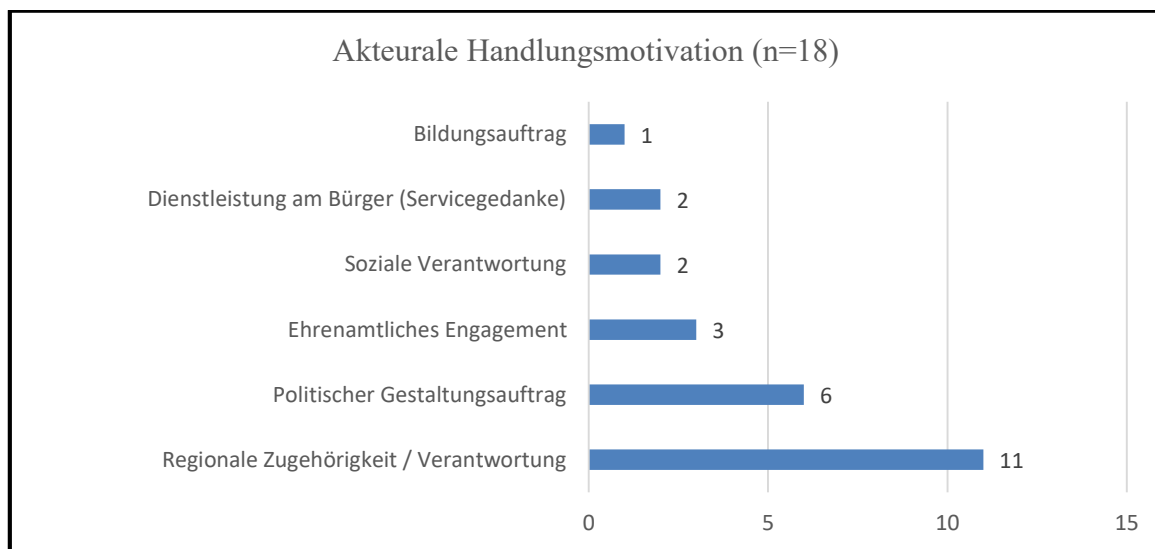


Abbildung 115: Akteurale Handlungsmotivation (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

In der Tat gab der überwiegende Teil der Interviewpartner (n=11, 61%) an, sich aus der Verbundenheit zum regionalen Umfeld heraus in der Politik, öffentlichen Verwaltung, Privatwirtschaft oder dem dritten Sektor zu engagieren (vgl. Experteninterview 1, 96; ebd. 2, 100; ebd. 3, 157-168; ebd. 4, 85-92; ebd. 6, 117-124; ebd. 8, 115-120; ebd. 9, 216-227; ebd. 10, 77-

84; ebd. 11, 252-286; ebd. 12, 254-365; ebd. 16, 168). Selten trat dabei eine Motivationsform allein zutage. So brachten die Akteure aus Politik und Verwaltung zum Ausdruck, neben einer regionalen Zugehörigkeit in ihrem Handeln vor allem auch von einem politischen Gestaltungsauftrag, also der praktischen Umsetzung der Wählerinteressen, angetrieben zu werden:

*„Ja, das ist natürlich eine Frage. Da kann man spannend drauf antworten. Man kann es sich auch relativ einfach machen. Ja, die Verantwortung gegenüber der Region heißt: man hat sich selbst zur Wahl gestellt. Man hat ein Vorschuss bekommen, in dem man ein außerordentlich gutes Ergebnis auch bekommen hat. Das heißt, dass was man dem Bürger [...] als gemeinsames Ziel mit ihnen zusammen mal gesetzt hat; dieses mit den Bürgern zusammen auch zu entwickeln. [...]“* (Experteninterview 1, 96)

Auch für die befragten privatwirtschaftlichen Akteure spielte die Verbundenheit zur Region und insbesondere den darin lebenden Menschen eine entscheidende Rolle dabei, sich trotz Widrigkeiten als Unternehmerin oder Unternehmer einzusetzen. Das Streben nach Profit tritt in diesem Zusammenhang zugunsten zwischenmenschlicher Verantwortung in den Hintergrund:

*„Als Unternehmer fühle ich mich schon verantwortlich. Jetzt nicht unbedingt im Zusammenhang mit der Digitalisierung, dass ich da so Apps bewerben will. Aber fühle mich verantwortlich, dass die Leute von A nach B kommen. Und ich versuche, 24 Stunden erreichbar zu sein. Ich weiß, dass das die meisten Taxiunternehmen nicht so machen. Und ich versuche auch, immer eine Lösung zu finden. [...] Anrufsammeltaxi ist viel Aufwand für einen vergleichsweise kleinen Umsatz. Aber da mache ich gerne mit. Und wir machen die Ortsfahrten. Und was wir alles drum herum machen. Wir sind ja wirklich Seelsorger und Pflegekräfte und Einkäufer und Kindergärtner, Erzieher.“* (Experteninterview 12, 361)

Für die befragten Akteure des dritten Sektors waren neben einem Regionalbewusstsein vor allem das Aufrechterhalten einer Ehrenamtskultur (vgl. Experteninterviews 8, 115-120, ebd. 9, 216-227; ebd. 10, 77-84) und die Übernahme sozialer Verantwortung von zentraler Bedeutung (vgl. Experteninterview 13, 189-192). Insgesamt wurde die Wahrnehmung einer regionalen Verantwortung im Handeln auf explizite Nachfrage nur von einem Interviewpartner verneint, was dieser wie folgt begründete: „Ne. Ehrlich gesagt nicht. Ich bin da ehrlich gesagt ein Mensch, dass es mir eher um den Bürger und nicht um die Region geht. [...]“ (Experteninterview 18, 181). Durch die obigen Ausführungen kristallisiert sich zunehmend heraus, dass eine Reduktion der Akteure auf idealtypische, sektorale Handlungsrationale (siehe Kapitel 4.2) für den Kontext dieser Arbeit nicht zielführend sein kann. Denn offensichtlich orientieren sich alle Interviewpartner unabhängig ihrer sektoralen Zugehörigkeit an einem komplexeren Verantwortungsverständnis, dass sich keinesfalls ausschließlich anhand von parteipolitischen Interessen oder Profitorientierung erklären lässt (siehe Kapitel 9.2).

### 8.5.2 Eigen- und Fremdverantwortung

*Wen Sehen Sie dafür in der Verantwortung, die Ausgestaltung einer zeitgemäßen Daseinsvorsorge voranzutreiben?* Die auf diese Frage gegebenen Antworten (siehe Abbildung 116) zeigen klar auf, dass die Einseitigkeit, mit der die Bürgergesellschaft Verantwortung für eine zeitgemäße Daseinsvorsorge an die Politik verwiesen hat (siehe Abbildung 91), die Verantwortungslogiken der übrigen Sektoren nur sehr bedingt widerspiegelt. Zwar wurden durchaus auch hier wieder Politik und Verwaltung in einer größeren Intensität als die übrigen Sektoren als „verantwortlich“ identifiziert. Allerdings reflektieren auch diese Aussagen, so wie die nachfolgenden Ausführungen zweier privatwirtschaftlicher Akteure, dass politisches Handeln in eine komplizierte akteurale Gemengelage eingebettet ist und deshalb letztlich nur ein Teil der Lösung sozialer oder ökonomischer Problemlagen sein kann:

*„Ja, die können es auch nicht leisten. Das sind ja auch nur Menschen. Aber die haben ja den Job. Politiker sind ja die, die die Drähte ziehen. Und auch die Basis dafür schaffen, dass Unternehmer aktiviert werden. Das ist einfach so. [...]“* (Experteninterview 12, 373)

*„Letztendlich muss die Politik entscheiden. Dafür sind Sie gewählt. Aber nichtsdestotrotz kann es ja Grundlagen geben, die durch Mitarbeit Sulinger Bürger auch vorbereitet werden. Und wenn sich dafür eine Mehrheit dann findet, dann ist das so.“* (Experteninterview 16, 192)

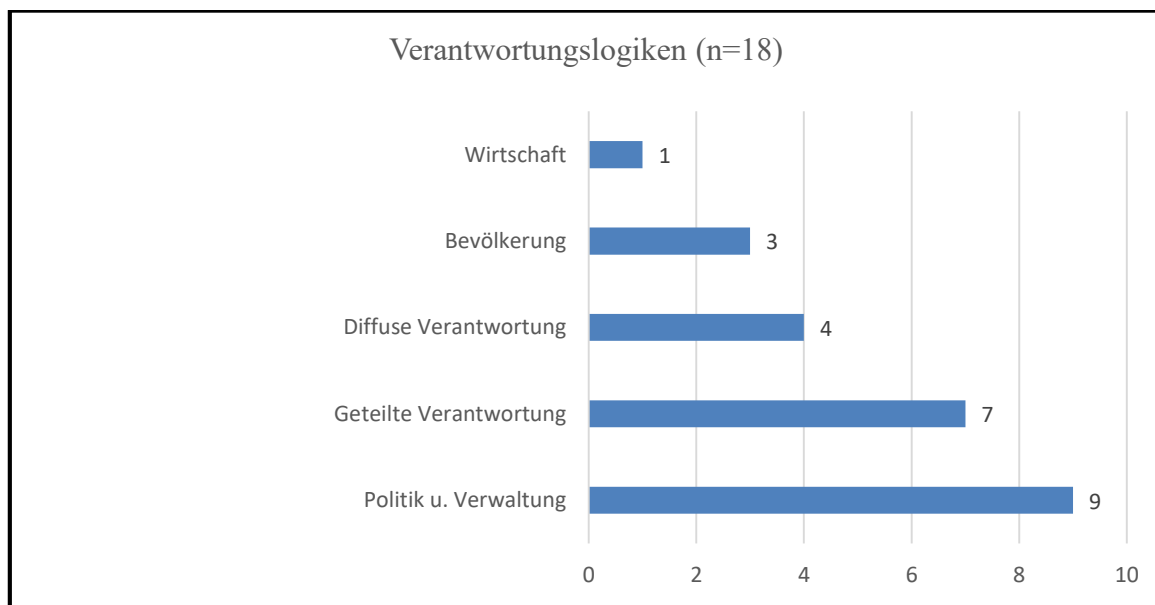


Abbildung 116: Verantwortungslogiken (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Interessant ist, dass etwa die Hälfte der Akteure aus Politik und Verwaltung sich selbst beziehungsweise den repräsentierten Sektor als hauptverantwortlich für eine zeitgemäße Daseinsvorsorge identifizierten (vgl. Experteninterview 2, 116; ebd. 4, 96; ebd. 6, 132; ebd. 7, 102). Die restlichen Interviewpartner aus jenen Sektoren wiesen die Verantwortung zwar nicht von sich selbst, forcierten aber das Bild einer geteilten Verantwortung:

*„Ganz einfach. Jeder, der dort lebt, sollte jeden Morgen in den Spiegel gucken und den, den er dort sieht, den sollte er fragen: was kannst du heute tun, dass dieser Raum weiter nach vorne geht und alle Leute hier gerne bleiben? Ganz einfache Antwort. Nämlich jeder selbst.“* (Experteninterview 1, 104)

Auch Akteure der übrigen Verwaltung artikulierten wiederkehrend eine Verantwortungslogik, in der nicht ein Sektor, sondern „jeder Einzelne“ für die Ausgestaltung einer innovativen Daseinsvorsorge zuständig ist (vgl. Experteninterview 9, 239; ebd. 11, 287-294; ebd. 13, 216; ebd. 15, 173). Die der Bürgergesellschaft zugewiesene Verantwortung wird vor allem im Kontext des Engagements in Beteiligungs- und Entwicklungsprozessen verortet: „Da das irgendwo auch mit Geld zu tun hat, sind die politischen Gremien da entscheidend. Aber ich denke, dass es auch da nur funktioniert, wenn es aus der Gesellschaft von den Bürgern irgendwo auch kommt und da auch einen großen Rückhalt hat“ (Experteninterview 8, 124).

Gemein ist den obigen Aussagen, dass Verantwortung nicht streng entlang sektoraler Grenzen verortet wird. Mitunter war deshalb die Wahrnehmung einer „diffusen“ Verantwortungskultur (n=4) seitens der Interviewpartner zu beobachten, in der es scheinbar keine klaren Zuständigkeiten mehr zu geben scheint: „Also, meine Meinung ist, dass hier gar keiner mehr so richtig Verantwortung übernimmt. Das ist auch ein Problem unserer Gesellschaft nach meiner Meinung“ (Experteninterview 12, 353). Aus diesem Grund wurde zum Abschluss des Gespräches versucht, den Verantwortungsgedanken in dieser komplexen Gemengelage auf die eigene Person herunterzubrechen: *Welche Verantwortung kommt Ihnen selbst bei der Lösung der zukünftigen Herausforderungen in der Daseinsvorsorge zu?*

Das Antwortverhalten der Interviewpartner auf die Frage ist insofern interessant, als dass die ansonsten eher abstrakte Vorstellung von Verantwortung nun auf die eigenen Ressourcen projiziert wurde. Zunächst einmal anzumerken ist, dass keiner der Interviewpartner angab, aus seiner Position heraus keinen Beitrag leisten zu können (siehe Abbildung 117). Anders als bei der Haushaltsbefragung (siehe Kapitel 7.3.3, 7.5.1) schienen hier im Sinne einer Selbstwirksamkeitsüberzeugung die Auffassung vorzuherrschen, im Rahmen der verfügbaren sozioökonomischen Kapitalien Einfluss entfalten zu können.



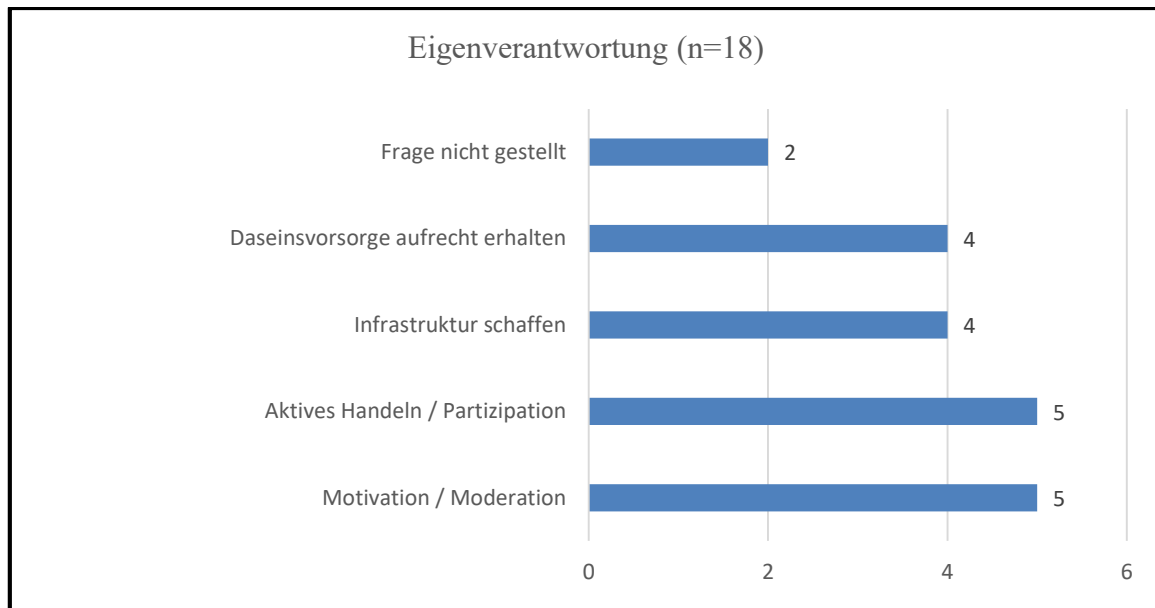


Abbildung 117: Eigenverantwortung (n=18), Anmerkung: Abweichungen von der Grundgesamtheit ergeben sich aus Mehrfachnennungen

Darüber hinaus fällt auf, dass eine infrastrukturelle Betrachtung von Daseinsvorsorge und Digitalisierung in diesem Kontext keine so dominante Rolle eingenommen hat (n=4), wie vorher beobachtete Denkmuster (siehe Kapitel 8.3.1) dies vielleicht hätten vermuten lassen. Vielmehr zeigte sich, dass Digitalisierung in diesem Gesprächszusammenhang stärker als eine Idee beziehungsweise Innovation wahrgenommen wurde. Insbesondere die politischen Akteure identifizierten sich deshalb als „Motivatoren“ und „Moderatoren“ (n=5), deren Aufgabe es ist, „Denkanstöße und Innovationen vorzubereiten“. „Und auch zu sagen: "Das ist jetzt ein Schwerpunkt!" [...]“ (Experteninterview 10, 92)

„Ja, ich hatte grade schon gesagt, dass der Bürgermeister mindestens die Moderation für gewisse Themen übernehmen muss, weil es letztendlich so ist, dass die Politik keine Konzepte ausarbeitet. Sondern die nur beschließt. Und ich denke schon, dass die Denkanstöße, sprich die Innovationen, vom Bürgermeister vorbereitet und vorgegeben werden müssen. Also, dass die Wege aufgezeigt werden, die möglich sind. Und dass die Vorteile herausgestellt werden, die sich bieten. Aber auch die Nachteile. [...]“ (Experteninterview 4, 108)

„Also, ich glaube, wenn ich das wirklich will, kann ich motivieren. Und kann Dinge zumindest ins Gespräch bringen. Es muss ja auch umsetzbar sein. Man kann ja jetzt keine unrealistischen Dinge einfach in die Welt setzen. [...] Ich glaube, da kann man Motivator sein. Und das will ich auch sein. Leider ist dann der Alltag in einer Verwaltung von so vielen anderen Dingen geprägt [...]. Und auch vielleicht vom Bürger Anregungen aufnehmen. Aber vom Bürger, so müssen wir sagen, kommt relativ wenig in der Sache.“ (Experteninterview 7, 120)

Zumindest an dieser Stelle also scheinen sich die Aussagen von Bürgergesellschaft und Politik hinsichtlich ihres Verantwortungsempfindens zu decken. Denn auch die befragten Bürger verwiesen insbesondere auf die Fähigkeit von Politikern, aus ihrer Position heraus „dann sowas in Angriff“ (Interview Groß Lessen 7, 98) zu nehmen und aufgrund ihrer Kontakte den „den besten Einblick“ (Interview Stocksdorf 12, 89) zu haben. Diese Aussagen korrelieren mit der Selbstwahrnehmung der politischen Akteure als vernetzte Lenker, die Innovationen vorbereiten und verbreiten müssen, da ansonsten „vom Bürger, so müssen wir sagen, [...] relativ wenig in der Sache“ (Experteninterview 7, 120) kommt. Hieran deutlich wird zugleich die Rolle von Netzwerken bei der Diffusion von Innovationen, die an späterer Stelle erneut diskutiert wird (siehe Kapitel 9.2.1).

Mitunter wurde dieser Netzwerkgedanke im Rahmen der Experteninterviews auch von nichtpolitischen Akteuren aufgegriffen und Kritik daran geäußert, dass seitens der politischen Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene teils noch zu wenig hinsichtlich dieser Vernetzung unternommen wird: „Da sind auch wirklich viele, viele alte Strukturen, die nicht hingucken wollen und kompliziert sind. Da steht sich die Struktur selber im Weg. [...] Da finde ich auch dieses Netzwerk viel zu wenig hier. Da kann man auch die Rolle des Bürgermeisters reinbringen und sagen, dass da einfach zu wenig passiert in der Vernetzung“ (Experteninterview 10, 88). In dieser Aussage schwingt gleichzeitig ein Missmut gegenüber einem vermeintlichen Festhalten an „alten, komplizierten Strukturen“ mit. Einzuordnen sind solche Empfindungen sicherlich als Reaktion auf die vielfältigen, oft nicht unkomplizierten Wechselwirkungen zwischen politischer Legitimation und Innovation (siehe Kapitel 9.2.2).

Die übrigen Akteure aus der Privatwirtschaft und dem Dritten Sektor verorteten ihre Mittel der Einflussnahme vor allem in der aktiven Partizipation an zukünftigen Beteiligungs- und Entwicklungsprozessen (n=5) und der Aufrechterhaltung bestehender Daseinsvorsorgestrukturen (n=4) durch ihre (ehrenamtliche) Arbeit (vgl. Experteninterview 8, 136; ebd. 9, 227; ebd. 11; 317-326; ebd. 12, 405; ebd. 13, 232; ebd. 15, 177; ebd. 16, 216; ebd. 17, 164):

*„Mitmachen. Offen für die Dinge sein. Das bin ich auch. Also, offen. Wenn da gute Ideen kommen, die ich auch einsehe. Schön wäre es, wenn sie einen auch einbeziehen. Nicht einfach Dinge entscheiden. [...]“* (Experteninterview 12, 405)

*„Ja, ich kann gucken, dass das Angebot, was wir bereitstellen und alles, was dazugehört, möglichst attraktiv weitergeführt wird. Dass das etwas ist, was bleibt und vielleicht auch größere Kreise zieht, wenn man wieder mehr Leute in die Räume bekommt. [...]“* (Experteninterview 8, 136)

### **9. Rückkopplung mit empirischen (Vor-)Befunden**

In diesem abschließenden, inhaltlichen Kapitel sollen die Ergebnisse der Haushaltsbefragung und der Experteninterviews in komprimierter Form anhand verschiedener thematischer Schwerpunkte diskutiert werden. Auch hier soll der Fokus der Betrachtung auf die Perspektive der Bürgergesellschaft (siehe Kapitel 9.1) und die Perspektive von Politik, öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und Dritten Sektor (siehe Kapitel 9.2) gelegt werden. Hierzu sollen die generierten Daten mit empirischen (Vor-)Befunden in Relation gesetzt werden, um so eine kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen.

#### **9.1 Perspektive der Bürgergesellschaft**

Die ländliche Bürgergesellschaft wird bis heute in vielen Diskussionen als „verschlafen“ und in der Übernahmbereitschaft von neuen Trends und Innovationen als „rückständig“ gegenüber dem urbanen Raum wahrgenommen. Gleichwohl verdeutlicht die Selbstverständlichkeit, mit der die ländliche Bevölkerung ehrenamtliche Eigenleistung aufbringt, um staatliche Aufgaben zu kompensieren, ihre Fähigkeit, auch unter schwierigen und sich wandelnden Rahmenbedingungen kollektiv Leistung zu mobilisieren. Diese vermeintliche Diskrepanz soll nachfolgend hinsichtlich verschiedener Facetten auch im Kontext der Digitalisierung der ländlichen Daseinsvorsorge diskutiert werden.

##### **9.1.1 Lebensweltliche Wissens- und Erfahrungsbestände**

Die wohl prägnanteste Determinante in der Diskussion rund um die Bedeutung digitaler Instrumente in der ländlichen Daseinsvorsorge sind die lebensweltlichen Wissens- und Erfahrungsbestände der Bürgergesellschaft im Umgang mit diesen. ROGERS (2003, 172f.) identifiziert Wissen im Umgang mit einer Innovation als einen zentralen Faktor, der maßgeblich über die Übernahme beziehungsweise Ablehnung einer Innovation entscheidet. Als entscheidend sind für ihn dabei sowohl awareness-knowledge, also das Wissen über die grundsätzliche Funktionsweise einer Innovation und how-to-knowledge, sprich Anwendungskompetenz. Als Ausgangspunkt der Analyse der bürgergesellschaftlichen Position innerhalb der Arena, die die Digitalisierung der Daseinsvorsorge umrahmt, gilt es deshalb zu fragen, auf welches Maß an Wissen und Kompetenz die bürgergesellschaftlichen Akteure zurückgreifen können. Aktuell scheinen die Debatten in Planungspolitik und Regionalentwicklung jedoch gleichermaßen von der Frage nach der Breitbandausstattung ländlicher Räume dominiert zu werden, ohne dabei tiefergehend die Akzeptanz und Anwendungskompetenz der Bevölkerung zu thematisieren.

Das fünfte Praxis-Heft des Aktionsprogramms "Modellvorhaben der Raumordnung" (MORO) mit dem Titel „Schnelles Internet in ländlichen Räumen im internationalen Vergleich“ (2016) analysiert die Chancen innovativer Breitbandanwendungen für den ländlichen Raum. Intensiv diskutiert wird dabei insbesondere die Rolle digitaler Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor. Eine zentrale Aussage, die in diesem Kontext hinsichtlich der Diffusion und Bedeutung digitaler Anwendungen getätigt wird, lautet wie folgt:

*„Digitale Anwendungen spielen für einen Großteil der Bevölkerung in Deutschland eine zunehmende Rolle. Fast 80% der Menschen in Deutschland nutzen Internet jeden oder fast jeden Tag. (...) Fehlt den Haushalten ein leistungsfähiger Internetanschluss, hat dies merkbare Konsequenzen für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe.“* (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2016, 15 nach Slupina et al. 2015, 69)

Diese Aussage ist hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Validität sicherlich nicht zu hinterfragen. Allerdings ist sie ein symptomatisches Beispiel dafür, dass die Diskussionen rund um die Chancen der Digitalisierung für den ländlichen Raum teils stark die digitalen Infrastrukturen als alleinige Stellschraube forcieren und dabei das tatsächliche Nutzungsverhalten digitaler Medien durch die Bürgerinnen und Bürger vernachlässigen. Mit anderen Worten: es wird nach der Menge an Megabit je Sekunde (MBit/s), die bei den Haushalten ankommt, gefragt. Nicht aber danach, wie intensiv oder zu welchem Zweck diese genutzt werden.

Setzt man die obige Aussage in Relation zu den Daten der Haushaltsbefragung, so zeigt sich auch hier zunächst ein ähnliches Bild. Nämlich besitzen und nutzen 70 der 86 befragten Haushalte einen stabilen Zugang zum Internet (siehe Abbildung 72). Dies entspricht ziemlich genau einem Anteil von 80%. Nimmt man nun aber die Intensität und den Zweck der Nutzung als zweite Maßstabsebene hinzu, so zeigt sich für das Sulinger Land, dass nur bei knapp mehr als der Hälfte der Befragten eine aktive Nutzung digitaler Hilfsmittel im Alltag festgestellt werden konnte (siehe Abbildung 87). Anzumerken ist hier, dass die Unterscheidung zwischen „aktiver“ und „weniger aktiver“ Nutzung nicht einem standardisierten Muster folgte, sondern vielmehr interpretativ den Antworten extrahiert wurde. Außerdem wurde nicht nach der grundsätzlichen Nutzung digitaler Medien gefragt, sondern nach ihrer Nutzung in der Funktion als Hilfsmittel, wie etwa in Form von Online-Shopping oder –Banking. Dies bedeutet, dass alle Antworten, die regelmäßige Berührungspunkte mit digitalen Hilfsmitteln im Alltag erkennen ließen, einer „aktiven“ Nutzung zugeschlagen wurden. Der Maßstab der hierbei angesetzt wurde, orientierte sich also weniger daran, *ob* eine regelmäßige Nutzung digitaler Medien stattfindet, sondern inwiefern diese im Sinne einer „smarten“ Daseinsvorsorge genutzt werden.

Im Umkehrschluss zeichnet sich ab, dass für beinahe die Hälfte der befragten Haushaltsvertreter die Nutzung digitaler Medien, zumindest im Kontext von Daseinsvorsorgeleistungen, kein fester Alltagsbestandteil ist. Da das Sulinger Land hinsichtlich seiner sozioökonomischen Konstitution und demographischen Zusammensetzung durchaus als idealtypisch für viele ländliche Regionen zu werten ist, muss davon ausgegangen werden, dass die hier gewonnenen Erkenntnisse in ihrer grundsätzlichen Aussagekraft durchaus repräsentativ sind. Aus den oben genannten Zahlen der MORO-Studie eine hohe Reichweite digitaler Anwendungen im Kontext von Regionalentwicklung und Daseinsvorsorge abzuleiten, würde die Realität in vielen ländlichen Räumen demnach nur bedingt widerspiegeln.

Aufbauend hierauf sollte auch die Frage gestellt werden, für welche Zwecke digitale Medien genutzt werden. Ein differenzierteres Bild des Nutzungsverhaltens digitaler Services liefert die Studie „Mobilität in Deutschland – MiD“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur aus dem Jahr 2017. Die Studie stützt sich auf einen Datensatz, welcher die Angaben von gut 316.000 Personen aus 156.000 Haushalten umfasst. Hinsichtlich der Diffusion von Interneteinkäufen kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass 42% aller Personen ab dem Alter von 14 Jahren mindestens einmal im Monat von Online-Shopping Gebrauch machen. Demgegenüber gaben 52% der Befragten an, seltener als monatlich beziehungsweise nie oder fast nie im Internet einzukaufen. Nur etwa ein Prozent der Personen gab an, auf täglicher Basis Dinge online zu beziehen (vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 115). Diese Zahlen korrelieren deutlich mit den Angaben der Interviewpartner im Sulinger Land. An der überwiegend periodischen Nutzung von Online-Shopping zeichnet sich bereits eine weitere, wichtige Erkenntnis ab. Nämlich überwiegt der Einkauf von Produkten für den gelegentlichen und längerfristigen Bedarf über das Internet. Produkte des täglichen Bedarfs, wie etwa Lebensmittel, sind in ihrer Bedeutung hingegen insgesamt zu vernachlässigen (vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 115). Auch dieses Bild wird durch die Ergebnisse der Haushaltsbefragung eindeutig bestätigt (siehe Kapitel 7.4.1).

Die Frage, die sich unmittelbar hieran anschließt, gilt den sozioökonomischen Faktoren, die darüber bestimmen, ob ein Individuum die notwendigen Eigenschaften für die Übernahme digitaler Innovationen mitbringt. In diesem Zusammenhang häufig diskutiert wird die Bedeutung von Alter, sozialer Zugehörigkeit oder Ausstattung mit materiellen und kognitiven Ressourcen (vgl. Hidalgo 2019, 1f.). ROGERS (2003, 282f.) bringt vor allem Eigenschaften wie Risikobereitschaft, Bildung und weitläufige Kontaktnetzwerke mit innovativ veranlagten Personen in Verbindung.

Der Einfluss letzterer Eigenschaften auf die Adoptionsbereitschaft zeigt sich am deutlichsten im Kontext der Befragung im betreuten Wohnen. Die dort befragten Interviewpartner wiesen überwiegend ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau auf und waren darüber hinaus hinsichtlich ihrer sozialen Netzwerke stark eingeschränkt (siehe Kapitel 7.6.1, 7.6.2). Dementsprechend limitiert dürften auch die Informationskanäle der Befragten in Bezug auf gesellschaftliche Trends und technische Innovationen sein. Als Konsequenz hieraus konnten deutlich vermehrt Unsicherheiten gegenüber Digitalisierung als solcher und vor allem gegenüber digitalen Instrumenten wie etwa Online-Shopping beobachtet werden:

*„[unverständlich] Da sind schon viele Leute bei reingefallen. Und es wird auch meist zu viel gekauft, dann wird es wieder zurückgeschickt. Ich habe das heute im Radio so gehört. Das ist ja Wahnsinn, was die so wegschmeißen. [...]“* (Interview Bethel 1, 111)

*„Ne, in das Nest setze ich mich nicht rein.“* (Interview Bethel 11, 64)

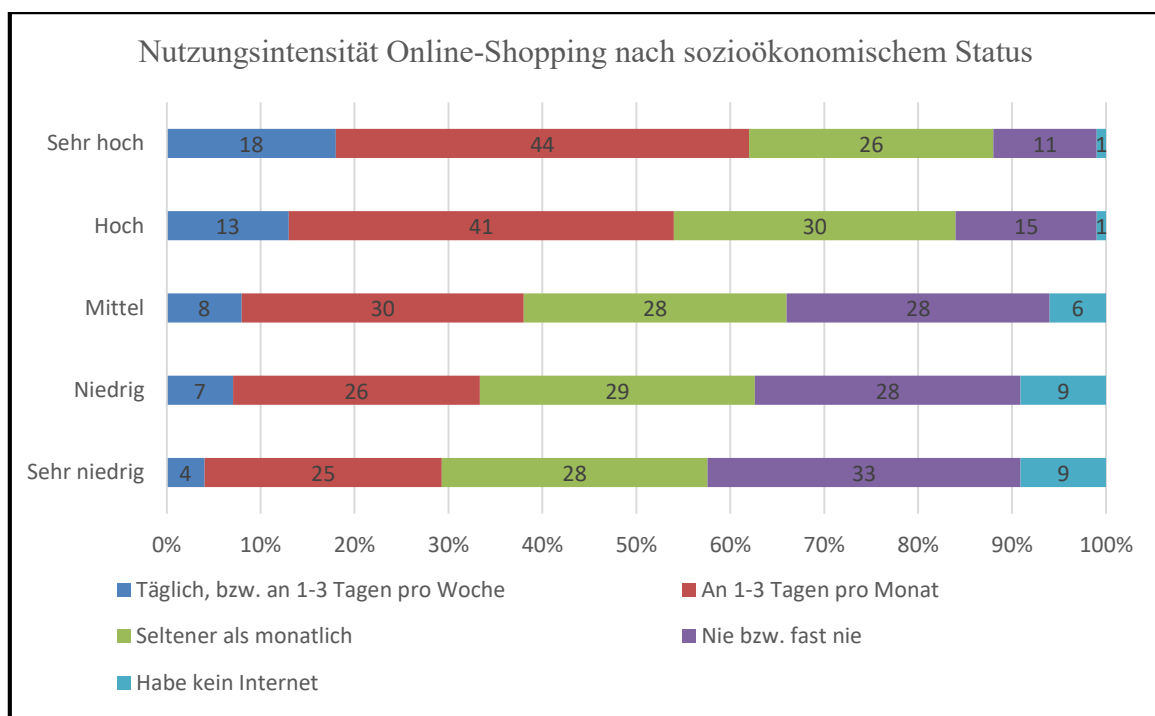


Abbildung 118: Nutzungsintensität Online-Shopping nach sozioökonomischem Status, eigene Darstellung nach Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 118

Auch hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischem Status und Nutzungsintensität digitaler Angebote auf Makroebene liefert die Studie „Mobilität in Deutschland“ wichtige Anhaltspunkte. So konnte grundsätzlich festgestellt werden, dass ein linearer Zusammenhang zwischen der Höhe des Bildungsniveaus und Einkommens und der Intensität von Online-Shopping besteht (siehe Abbildung 118).

Obwohl die befragten Personen im betreuten Wohnen hinsichtlich ihrer Lebenssituation in vielerlei Hinsicht sicherlich als Sonderfall einzustufen sind, so zeigt sich hieran dennoch exemplarisch eine gesamtgesellschaftliche Problematik. Denn grundsätzlich gilt auch für andere Gesellschaftsgruppen, die hinsichtlich ihrer sozialen und/oder ökonomischen Kapitalien nicht der Mehrheit entsprechen, dass diese häufig auf weniger breit gefächerte soziale Netzwerke zurückgreifen und geringere (wirtschaftliche) Risiken eingehen können oder wollen. „Sowohl die Teilhabe an der digitalen Welt des Internets als auch die Nutzung desselben für den Erwerb von Produkten ist damit in hohem Maße von der sozioökonomischen Stellung der Haushalte beeinflusst“ (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 117). Hieraus folgt, dass grade die Personen, deren Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe ohnehin am fragilsten sind, häufig gleichzeitig die größten Adoptionsbarrieren gegenüber digitalen Innovationen mit sich bringen.

Sicherlich lässt sich auch die Distanz älterer Personen gegenüber digitalen Innovationen zu Teilen hierüber herleiten. Im Alter verengen sich soziale Netzwerke und damit auch Informationskanäle. Zudem kommt es mit abnehmender Mobilität häufig zu einer Reduktion des lebensweltlichen Aktivitäts- und Wahrnehmungsradius auf das unmittelbare häusliche und familiäre Umfeld. Demnach verwundert es nicht, dass Senioren häufig erst auf Anraten (jüngerer) Familienangehöriger den Kontakt zu digitalen Medien zulassen (Interview Staffhorst 24, 136-143):

*II:*

*„Wäre das für Sie auch überhaupt eine Option, digitale Medien einzusetzen? Oder?“*

*IP1:*

*Wenn Sie mich so fragen, ich habe schon ein Alter erreicht. Ich bin jetzt über 77. Da muss ich sagen, das brauche ich nicht mehr. Es ist was Anderes zwischen der Jugend und dem Alter, ja.*

*IP2:*

*Obwohl, du könntest das doch auch nutzen. Du hast doch jetzt dein iPhone.*

*IP1:*

*Ja, gut. Das habe ich jetzt ein halbes Jahr. Wenn ich da die Ergebnisse drin sehe, das reicht mir dann. [...]“*

Auch die Artikulation von Gestaltungsvorschlägen von Seiten der Bürgergesellschaft ist durchaus mit ihren lebensweltlichen Wissens- und Erfahrungsbeständen in Relation zu setzen. Denn den Antworten der Interviewpartner, die konkrete Gestaltungsvorschläge zur digitalen Ausgestaltung der Daseinsvorsorge einbringen konnten (siehe Kapitel 7.5.1) ist eindeutig zu entnehmen, dass sie sich stark an bereits bekannten und teils auch genutzten Angeboten, wie dem Anruf-Sammeltaxi oder dem Bestell- und Lieferservice aus Sulingen orientieren:

*„Ja, es könnte zum Beispiel so ein mobiler Einkaufswagen herumfahren. Das gibt es ja bei Bäckerwagen oder so auch. Das könnte man ja auch so mit einem Wagen auch machen. Dass der das teilweise auch auf Vorbestellung macht, wenn man bestimmte Wünsche hat oder sowas. Aber das ist ja im Prinzip so, als wenn ich jetzt beim E-Center anrufe oder online das bestelle, ne.“* (Interview Staffhorst 3, 92)

*„(...) Vielleicht...es gibt doch so einen; wie heißt das denn, Städtebus oder sowas. Ein kleiner Bus, der vielleicht auch nur bei Bedarf fährt.“* (Interview Freistatt 22, 120)

Auch im Rahmen des am 23.09.2019 in Siedenburg durchgeführten Vertiefungsworkshops, der der Konkretisierung und Priorisierung von Projektideen diente, war ein entsprechendes Muster zu beobachten. Auch hier wurden vor allem bereits bekannte und aus dem Lebensalltag heraus greifbare Instrumente priorisiert, während neuartige und technisch komplexe Ansätze, wie etwa eine EDV-gestützte Pflegedokumentation wenig Zuspruch fanden (vgl. Born, Ortland 2019B, 3ff.). Hieran zeigt sich einerseits die Gefahr von Lock-In-Effekten, die sich allzu schnell im Spannungsfeld von Innovations- und Konsensorientierung ergeben (vgl. Fürst, Knieling 2004, 283).

Zum anderen wird deutlich, dass die Handlungslogik der Bürgergesellschaft im Rahmen des Aushandlungsprozesses im Sulinger Land maßgeblich auf lebensweltliche Erfahrungswerte aufbaut. Betrachtet man neben den Eigenschaften der Empfänger auch die Eigenschaften der Innovationen selbst, so zeigt sich, dass seitens der Bürgergesellschaft sowohl in der Haushaltsbefragung als auch im Workshop vor allem solche Maßnahmen priorisiert wurden, deren Mehrwerte aus dem lebensweltlichen Erfahrungshorizont heraus berechenbar waren. Außerdem fanden primär solche Innovationen breite Akzeptanz, deren Konsequenzen öffentlicher Natur sind und sich nicht nur auf ein spezifisches System – wie etwa die Pflegeberufe – beschränken (vgl. Blättel-Mink, Menez 2015, 92ff.). Auch die Tatsache, dass mobilitätsorientierte Maßnahmen, wie die Einführung einer digitalen Plattform für ein regionales Anruf-Sammeltaxi-System, klar als priorisierte Leitprojekte aus dem Projekt hervorgegangen sind, unterstreicht diese Beobachtungen letztlich (vgl. Born, Ortland 2019B, 23).



### 9.1.2 Problembewusstsein, Resilienz und Selbstwirksamkeitsüberzeugung

Dennoch können die lebensweltlichen Wissens- und Erfahrungsbestände gemäß ROGERS' awareness- und how-to-knowledge nicht als Erklärungsmoment für alle beobachteten Handlungslogiken herangezogen werden. Allein die Tatsache, dass Interviewpartner mit geringem und stärkerem Kontakt zu digitalen Medien im Alltag gleichermaßen angaben, digitalen Instrumenten im Zusammenhang der Daseinsvorsorge keine wesentliche Bedeutung beizumessen (siehe Kapitel 7.4.2), zeigt, dass multiple Erklärungsansätze für eine adäquate Interpretation bemüht werden müssen.

In diesem Zusammenhang gilt es, den Blick auf das Problembewusstsein der Bürgergesellschaft und die psychologischen Phänomene, die dieses überlagern, zu richten. Grundsätzlich gesprochen, setzt ein kollektives Handlungsbewusstsein eine ebenso kollektive Problemwahrnehmung, beziehungsweise Problematisierung gewisser Sachverhalte voraus. Vor allem in Partizipationsprozessen, die von der Dorf- und Regionalentwicklung eingerahmt werden, ist zu beobachten, dass die Mobilisierung von bürgerschaftlichem Engagement maßgeblich von der Identifikation und Problematisierung kollektiver Handlungserfordernisse abhängen kann (vgl. Ortland 2018, 54ff.). Betrachtet man die durch die Bürgergesellschaft des Sulinger Landes identifizierten Handlungsbedarfe (siehe Abbildung 86) und darauf aufbauenden Verbesserungsvorschläge (siehe Abbildung 90), so kann auf dieser Grundlage nicht der Eindruck gewonnen werden, dass die Digitalisierung eine kollektive Wahrnehmung als Handlungserfordernis erfährt. Nur acht Interviewpartner benannten den Ausbau digitaler Infrastrukturen explizit als Verbesserungsvorschlag. In Kontrast hierzu gaben allerdings insgesamt 35 Befragte im Laufe des Interviews an, durch schlechte Netzabdeckungen teils signifikante Einschränkungen zu erfahren (siehe Kapitel 7.4.1).

Zur Erklärung dieser Diskrepanz zwischen der kollektiven Artikulation von Einschränkungen im Alltag und der schwach ausgeprägten Problematisierung dieser Einschränkungen als Handlungsbedarf, gilt es, zunächst den Aspekt der Resilienz in seiner Funktion als psychologischen Bewältigungsmechanismus zu beleuchten. Bereits SCHENK u. SCHLIEPHAKE (1989, 175) beleuchteten das Phänomen, dass Menschen in ländlichen Regionen, die stark von einem Rückzug von Versorgungsinfrastrukturen betroffen sind, häufig dennoch durch ein hohes Maß an Zufriedenheit gekennzeichnet sind. Der in diesem Zusammenhang geprägte Begriff „Zufriedenheit der Zurückgebliebenen“ verdeutlicht eine grundsätzliche Schwierigkeit im Umgang mit Defiziten in der Daseinsvorsorge; nämlich die häufig ausbleibende Problematisierung dieser von Seiten der Bevölkerung (vgl. Born 2009B, 134).

BORN (2009B, 133, 140) unterstreicht in seiner Studie „Anpassungsstrategien an schrumpfende Versorgungsstrukturen – Beispiele aus Brandenburg und Niedersachsen“ diese Problematik. Ein Aspekt der Studie fokussiert die Analyse der Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem regionalen Versorgungsstand. Trotz der räumlich peripheren Lage der Untersuchungsgebiete im Wendland und der Prignitz sowie signifikanter Einschränkungen in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs äußerten sich 64% der im Rahmen der Studie befragten Haushalte „zufrieden“ oder gar „sehr zufrieden“ gegenüber ihrer Versorgungssituation. BORN (2009B, 142) sieht dies als ein Indiz für die „(...) Gewöhnung und daraus resultierend auch die Leidensfähigkeit der Menschen in ländlichen Räumen“.

Obwohl es sich beim Sulinger Land zweifelsohne nicht um eine Region handelt, die strukturell mit dem Wendland oder der Prignitz verglichen werden kann, war auch hier wiederkehrend eine Relativierung der eigenen Bedürfnisse im Sinne dieser „Leidensfähigkeit“ zu beobachten (siehe Kapitel 7.3.1, 7.3.2). An vielen Stellen verdichtete sich der Eindruck, dass dieser Prozess der Gewöhnung und Entproblematisierung einen psychologischen Bewältigungsmechanismus im Sinne einer Resilienz darstellt:

*„Ja, man muss da ja zufrieden sein. Es ist ja sehr begrenzt hier bei uns. Wir sind ja überwiegend ein Seniorendorf. (...)“* (Interview Freistatt 4, 87)

*„Das ist ausreichend vorhanden. Also, es ist alles da, was ich brauche. Ich brauche nicht viel zum Leben. Man kann sich alles reduzieren. (...)“* (Interview Staffhorst 14, 53)

Auch in Bezug auf die digitalen Infrastrukturen waren gewöhnungsbedingte Prozesse der Entproblematisierung zu beobachten. Viele Interviewpartner brachten zum Ausdruck, dass die Netzabdeckung zwar schlecht sei, aber für ihre insgesamt geringen Ansprüche genüge. Auch muss berücksichtigt werden, dass die Intensität des alltäglichen Kontakts vieler Interviewpartner mit digitalen Medien vergleichsweise gering und eine breitere Kontextualisierung deshalb nur bedingt möglich ist:

*„Durchwachsen. Ich weiß jetzt nicht, wie viel Leistung bei uns ankommt. Unser Internetanschluss reicht für uns aus. Für den haushaltsüblichen Gebrauch. Ich bestelle was im Internet oder ich recherchiere irgendwas.“* (Interview Staffhorst 16, 92)

*„Ja, das kommt. Unsere Älteste war jetzt da und die hat vor dem PC gesessen und gesagt: "Boah, ist das hier langsam. Ist das hier langsam." Wenn man es nicht anders kennt, dann sitzt man da und denkt, es ist normal. [...]“* (Interview Staffhorst 10, 114)

Hinzu kommt, dass einige Interviewpartner aufbauend auf vergangenen Erfahrungen Gefühle der Resignation in Bezug auf den planungspolitischen Umgang mit den digitalen Infrastrukturen zum Ausdruck brachten:

*„Wir hoffen auf dieses Glasfaser, was ja hier auch über...Wir werden sicherlich wieder vergessen. Also unsere Region hier. Weil hier sind einfach zu wenig Menschen. [...]“* (Interview Stockdorf 3, 137)

*„Die wollen ja diese Breitbandkabel da ausbauen. Oder Glasfaser, was Sie da machen wollen. Ich glaube da nicht so richtig dran.“* (Interview Stocksdorf 18, 66)

*„Telekom, die lässt uns hier so ein bisschen im Regen stehen. Es wird einfach nichts gemacht. Und wenn, dann geht alles nur über den Ortskern. Nichts hier. [...]“* (Interview Groß Lessen 9, 96)

Hierin äußert sich bereits ein weiteres psychologisches Muster, welches in verschiedenen Kontexten der Haushaltsbefragung zu beobachten war. Nämlich eine schwache Selbstwirksamkeitsüberzeugung. „Diese ist definiert als die Erwartung, dass das eigene Handeln und die eigenen Kompetenzen ausreichen, um komplexe Anforderungssituationen bewältigen zu können“ (Harteisen, Eigner-Thiel 2017, 161). Übertragen auf die obigen Aussagen bedeutet dies, dass die Interviewpartner nicht der Überzeugung sind, im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kompetenzen Einfluss auf die Entwicklung der digitalen Infrastrukturen nehmen zu können. Besonders deutlich trat dieses Phänomen bei der Benennung von Verbesserungsvorschlägen und der Rolle digitaler Medien in der Daseinsvorsorge zutage. Die hier beobachtete Artikulation einer schwachen Selbstwirksamkeitsüberzeugung und der damit verbundene Verweis auf limitierende Faktoren (siehe Kapitel 7.4.2) geschah in einer solchen Intensität, dass von einem strukturellen Phänomen gesprochen werden kann. Zunächst lässt sich hier der Verweis auf eine mangelhafte digitale Infrastruktur als zentraler Argumentationsstrang identifizieren:

*„Ja, gut. Das ist ja generell, dass wir hier teilweise Bereiche haben, wo man keine mobilen Daten nutzen kann beziehungsweise keinen Telefonempfang hat. Das wäre natürlich gut, wenn das eventuell eher noch weiter ausbauen könnte. Das man nicht diese Funklöcher hier überall hat. Ja, das wäre so das. [unverständlich]“* (Interview Staffhorst 1, 80).

*„Ach! Sie sagen ja, sie haben ja die unheimliche Leitung hergelegt. [unverständlich] Da hinten, wo der Roggen anfängt, da wird es dann ein bisschen besser. Angeblich sind da hinten an der Genossenschaft ja LTE auf dem Smartphone. [...]“* (Groß Lessen 15, 100).

Die Einwände der Bürger, dass Digitalisierung nur mit entsprechenden Infrastrukturen gelingen kann, sollen an dieser Stelle keinesfalls als falsch dargestellt werden. Allerdings bringt eine eindimensionale Gleichsetzung von Digitalisierung mit digitaler Infrastruktur eine Problematik mit sich, wie sie bereits eingangs anhand der MORO-Studie dargelegt wurde. Nämlich vernachlässigt diese Art der Argumentation, dass neben Infrastruktur auch Akzeptanz, Kompetenz und vor allem Nachfrage gegenüber digitalen Angeboten für ein ganzheitliches Gelingen von Digitalisierung in der Daseinsvorsorge notwendig sind. Deutlich wird diese Diskrepanz zwischen dem Monieren einer mangelhaften Digitalisierung auf der einen Seite und dem gleichzeitigen Nicht-Nutzen bereits bestehender digitaler Angebote auf der anderen Seite vor allem anhand des Bestell- und Lieferservices aus Sulingen:

*„Also, das müsste schon genauso sein, wie eben dieser Liefer...Es gibt ja vom E-Center und verschiedenen Sachen diese Liefersachen, die man sich bestellen kann, ne. Und dann bringen die das. Von Sulingen. Das gibt es auch noch. Aber das nutze ich nicht. [...]“* (Interview Staffhorst 21, 74)

*„Tja, kann man ja schon machen, dass ich in Sulingen beim E-Center bestelle und dass sie mir das herliefern. Aber ich denke mir, wieso? Wieso sollte ich das machen? Ich meine, klar, für später wenn ich mal nicht mehr kann, ist das eine gute Lösung.“* (Interview Staffhorst 9, 77)

Die häufig zu beobachtende, gedankliche Gleichsetzung von Digitalisierung und digitaler Infrastruktur trägt darüber hinaus zur geringen Selbstwirksamkeitsüberzeugung bei, da die Zuständigkeit für den Ausbau digitaler Infrastrukturen klar in der Sphäre der Politik und Verwaltung verortet und der eigene Einfluss hierauf als marginal eingeschätzt wird:

*„Naja, schon der Bürgermeister. Der [Bürgermeister] aus Sulingen. Die haben bei uns ja auch schon öfter über das Internet befragt und gemacht, wie es hier ist. Und Werbung auch gemacht; jeder kriegt Internet. [...]“* (Interview Groß Lessen 6, 80)

*„Also, die wollen...Ich weiß gar nicht, es war irgendwann mal in der Zeitung, der Landkreis Diepholz, die haben doch diese weißen Flecken auf der Handykarte, sozusagen. Da wollten die ja irgendwann mal was dran machen. [...]“* (Interview Freistatt 25, 78)

Auch die Einschätzung der Bürger, dass Politik und Verwaltung eine besondere Verantwortung bei der Bereitstellung digitaler Infrastrukturen zukommt, soll keineswegs in Abrede gestellt werden. Allerdings läuft die Bürgergesellschaft in diesem Denkmuster Gefahr, nachhaltig die Position des passiven und politikabhängigen Konsumenten einzunehmen, ohne dabei die eigene Verantwortung als Nutzer und Mitgestalter digitaler Angebote zu reflektieren.

### 9.1.3 Individuelle und kollektive Anpassungsstrategien

Darüber hinaus soll auch die Bedeutung individueller und kollektiver Anpassungsstrategien im Kontext der Digitalisierung der Daseinsvorsorge analysiert werden. Einen Ausgangspunkt für die inhaltliche Annäherung liefert auch hier die bereits zuvor zitierte Studie von BORN (2009B, 133), die sich mit Anpassungsstrategien an Defizite in der Daseinsvorsorgesituation aus der Perspektive von Konsumenten und Anbietern zugleich auseinandersetzt.

Zweifelsohne die wichtigste Anpassungsstrategie an den Rückzug von Versorgungsinfrastrukturen aus der Fläche ist die Sicherstellung der individuellen Mobilität. Im Rahmen der obigen Untersuchung gaben 85,4% der 233 befragten Haushalte an, über mindestens einen oder gar mehrere PKWs zu verfügen. „Sie stellen das am stärksten genutzte Transportmittel für Wege zur Arbeit, zur Versorgung und in der Freizeit dar.“ (Born 2009B, 144). Auch das Mobilitätsverhalten der Interviewpartner im Sulinger Land zeigt sich in hohem Maße vom motorisierten Individualverkehr geprägt. 81 der 86 befragten Haushaltsvertreter (94,2%) gaben an, weit überwiegend auf einen PKW für Wege zur Arbeit oder zum nächsten Supermarkt zurückzugreifen (siehe Abbildung 78). Einen Einblick in das gesamtgesellschaftliche Mobilitätsverhalten liefert erneut die Studie „Mobilität in Deutschland“. Die dort präsentierten Daten zeigen deutlich, dass die Verkehrsmittelnutzung in direktem Zusammenhang mit der räumlichen Verteilung der Haushalte steht. Während in ländlichen Regionen im Schnitt nur 10% der Haushalte kein Auto besitzen, sind es in Metropolen 42% und Großstädten 31%. Außerdem ist zu beobachten, dass sich in den urban geprägten Zentren bei Nicht-Vorhandensein eines PKWs die Mobilität bei gleichbleibendem Radius größtenteils auf die öffentlichen Verkehrsmittel verlagert, während sich in ländlichen Regionen stattdessen der Mobilitätsradius insgesamt signifikant reduziert (vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 49).

Während die Ausbreitung des Individualverkehrs in den vergangenen Jahrzehnten klar als Anpassungsstrategie auf individueller Ebene zu werten ist, sind in ländlichen Räumen auch Traditionen kollektiver Organisationsformen zu beobachten. Hierzu zählen vor allem nachbarschaftliche und familiäre Hilfestellungen im Alltag. BORN (2009B, 145) identifiziert im Rahmen seiner Studie „(...) die Übernahme von Einkäufen, die Pflege von Gärten und die Erledigung von Botengängen (...)“ als wichtigste Aspekte kollektiver Anpassungsstrategien. Im Rahmen der Haushaltsbefragung im Sulinger taten sich vor allem Fahrgemeinschaften und die Erledigung von Besorgungen für Familienangehörige und Nachbarn als kollektive Anpassungsstrategien hervor (siehe Kapitel 7.2.3).

Demgegenüber stehen jedoch die oftmals artikulierten Limitierungen entsprechender Organisationsformen bedingt durch Berufstätigkeit und unterschiedlicher Alltags- und Freizeitstrukturierung: „(...) da wir hier noch alle berufstätig sind, passt das noch nicht so“ (Interview Stocksdorf 16, 34). Diese und ähnliche Aussagen sind insgesamt als Ausdruck einer Individualisierung der Lebensformen zu verstehen. Auffällig ist, dass in Kontrast hierzu die Praktikabilität von digitalen Anwendungen wie Mitfahr-Apps oder DorfFunk, die kollektive Organisationsformen forcieren, insbesondere mit dem Verweis auf bereits intakte Formen der dörflichen Selbstorganisation angezweifelt wurde:

*„Also, Mitfahr-Apps, denke ich, eher weniger. Weil, wer fährt denn schon, also, es sind ja nicht viele, die zur selben Zeit irgendwo hin wollen oder so. Man kennt sich ja. Und man könnte sich theoretisch auch auf WhatsApp schreiben. [...] Also, bei dem Online-Fahr-Dingsbums hätte ich es jetzt nicht gesagt. Und das Andere?“* (Interview Staffhorst 22, 96)

*„Man fährt hier schon zusammen. [unverständlich] Wenn man sich verabredet. Es will ja auch nicht jeder einzeln zehn Kilometer fahren. Bekannte oder Freunde sammeln die anderen ein und fahren dann zusammen irgendwo hin.“* (Interview Staffhorst 5, 112)

Diese Aussagen stehen in Konflikt zur zuvor artikulierten Dominanz des PKW-gebundenen Individualverkehrs, in dem Fahrgemeinschaften und andere, alternative Organisationsformen eine klar untergeordnete Rolle zu spielen scheinen. Tatsächlich zeigt auch hier der Blick auf die gesellschaftliche Makroebene, dass alternative Mobilitätskonzepte bisher ein überwiegend urbanes Phänomen darstellen. Während in den deutschen Metropolen im Schnitt 14% der Haushalte Carsharing-Mitgliedschaften besitzen, sind diese in ländlichen Regionen häufig kaum messbar. Hinzu kommt, dass Carsharing überwiegend von jungen und sozioökonomisch gut aufgestellten Haushalten praktiziert wird. Ältere und einkommensschwächere Menschen weisen hingegen eine deutlich geringere Affinität gegenüber entsprechenden Angeboten auf (vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 36).

Auch in Bezug auf die Nutzung digitaler Mobilitätsdienstleistungen sind vergleichbare Muster zu erkennen. „Aktuell existiert eine Vielzahl an Mehrwertdiensten, die (...) das verkehrsmittelübergreifende Einholen von Informationen in Echtzeit sowie die Buchung und Reservierung von Fahrkarten und Sitzplätzen im öffentlichen Verkehr oder von Carsharing-Fahrzeugen oder Leihfahrrädern ermöglicht“ (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2017, 123). Auch hier ist jedoch zu beobachten, dass die Nutzung entsprechender Angebote weitestgehend auf den urbanen Raum beschränkt ist.

Neben digitalen Mobilitätsdienstleistungen sind derzeit auch digitale Plattformen für den Kauf und Verkauf von Lebensmitteln, wie etwa die Anwendung BestellBar des Projektes Digitale Dörfer (siehe Kapitel 4.3) im Auftrieb. Obwohl diese Anwendungen oft keine kollektiven Organisationsformen erfordern, ist im Rahmen der Haushaltsbefragung dennoch wiederkehrend eine Ablehnung gegenüber dem Kauf von Lebensmitteln über das Internet zu beobachten gewesen (vgl. Interview Stocksdorf 3, 121; Interview Staffhorst 3, 55f.; ebd. 13, 45-48; ebd. 14, 45-48; ebd. 17, 41-56; Interview Groß Lessen 10, 73-80; ebd. 12, 45).

Obwohl zwar im Rahmen der Haushaltsbefragung im Sulinger Land keine unmittelbare Erklärung hierfür gegeben wurde, so kann dennoch ein wahrscheinlicher Erklärungsansatz hierfür festgemacht werden; nämlich die Tradition der Selbstversorgung. Es ist davon auszugehen, dass ein signifikanter Anteil der Menschen in den Untersuchungsgebieten einen unmittelbaren Bezug zur Landwirtschaft hat oder zumindest im Alltag wiederkehrend mit ihr in Berührung kommt. Hieraus ergibt sich für die Bevölkerung des Sulinger Landes ein Qualitätsbewusstsein gegenüber sowie auch ein räumlicher Bezug zu der Produktion von Lebensmitteln (vgl. Born 2009, 143f.), dem offensichtlich durch das Internet eine Verzerrung droht. Hier hinzu kommt der Anspruch insbesondere älterer Menschen, sich auch trotz steigenden Aufwands selbst zu versorgen (vgl. Interview Stocksdorf 9, 86; Interview Groß Lessen 9, 64).

Sicherlich sind als Hinderungsgründe, die einer stärkeren Diffusion entsprechender, digitaler Dienstleistungen im ländlichen Raum gegenüberstehen, vor allem auch technische und infrastrukturelle Faktoren anzuführen. Entsprechend des teils dünnen Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln scheint die Nutzung von Routenplanern und ähnlichen Anwendungen vielerorts tatsächlich nur bedingte Mehrwerte zu liefern. Darüber hinaus wird die Nutzung entsprechender Anwendungen über mobile Endgeräte durch mangelhafte Netzabdeckungen erschwert.

Dennoch scheinen die Bürger ländlicher Räume bislang auch jenseits der technischen Umsetzbarkeit widerstrebt zu sein, das hohe Potential, das mit den Traditionen kollektiver, dörflicher Organisationsformen einhergeht, in größerem Maße in neue Formen des digitalen Mobilitäts- und Versorgungsverhaltens zu kanalisieren. Als psychologische Hauptursache sind auch hier sicherlich die oftmals eher geringen, lebensweltlichen Erfahrungen im Umgang mit digitalen Instrumenten zu nennen. Einen signifikanten Anteil an der bisherigen Ablehnung haben zweifelsohne jedoch auch die seit Jahrzehnten stattfindende Individualisierung der Lebensformen und der Anspruch einer dörflichen Selbstorganisation und –Versorgung.

#### **9.1.4 Responsibilisierung und Digitalisierung: ein Konzept auf dem Prüfstand?**

Die obigen Ausführungen haben aufgezeigt, von welchen Faktoren die bürgergesellschaftliche Position im Kontext der Digitalisierung der Daseinsvorsorge beeinflusst wird und welche (möglichen) Verschränkungen sich hieraus ableiten. An vielen Stellen lassen sich offensichtliche Reibungspunkte zum gegenwärtig häufig propagierten Konzept der bürgergesellschaftlichen Responsibilisierung ausmachen. An dieser Stelle sollen deshalb zunächst die Erkenntnisse von SCHRÖDER (2017, 204-212) in Bezug auf die Artikulation von Verantwortungsstrukturen im Kontext der Daseinsvorsorge aus der Perspektive der Bürgergesellschaft rückgekoppelt werden. Da die Untersuchung ebenfalls im Sulinger Land stattfand, kann diese als ein wichtiges Vergleichsinstrument herangezogen werden.

Die Ausführungen von SCHRÖDER (2017, 204ff.) zur bürgerschaftlichen Übernahme von infrastrukturellen Leistungen zeigen, dass Zivilengagement primär im Kontext freiwilliger kommunaler Selbstverwaltungsaufgaben (insbesondere des Dorf- und Vereinslebens) und privatwirtschaftlicher Leistungen (Nahversorgung) auftritt. Es handelt sich hierbei demnach um Bereiche, die in besonderem Maße von einem Rückzug aus der Fläche betroffen sind. Gleichwohl handelt es sich vornehmlich nicht um wegbrechende staatliche Leistungen. Hieran zeigt sich bereits eine wesentliche Besonderheit der Übernahme bürgergesellschaftlicher Verantwortung im Kontext der Daseinsvorsorge. Nämlich findet sie primär in informellen Kontexten wie dem Engagement in Vereinen oder der Pflege und Versorgung von Familienangehörigen und Nachbarn statt und betrifft deshalb überwiegend den sozialen Nahraum.

Weiterhin auffällig ist, dass die Bürgergesellschaft die Übernahme von Verantwortung in diesen Kontexten nicht als Kompensation staatlicher Leistungen empfindet, sondern vielmehr als inhärenten Bestandteil dörflicher Selbstorganisation. In sichtbareren und großmaßstäbigeren Infrastrukturbereichen wird die Übernahme von Verantwortung hingegen als weniger selbstverständlich wahrgenommen. In diesem Zusammenhang identifiziert SCHRÖDER (2017, 206) eine Korrelation zwischen dem räumlichen Bezugsrahmen von Infrastruktur und der bürgergesellschaftlichen Engagementbereitschaft, die sie wie folgt beschreibt:

*„Je kleiner der Bezugsrahmen von Engagement ist, desto stärker wird Engagement als selbstverständlich empfunden und weniger als solches wahrgenommen. Es vollzieht sich nahezu unsichtbar innerhalb des sozialen Nahraums auf kleinräumlicher Ebene und in Bereichen, in denen solch eine unsichtbare Kompensation möglich ist. Ist das Engagement dagegen in mehr sichtbaren Bereichen (...) angesiedelt (...) – so führt ein Mehr an Aufgaben eher zu einem negativen Empfinden und wird als Belastung empfunden.“* (Schröder 2017, 206)



Dieser Argumentationsstrang liefert eine weitere, wichtige Erkenntnis in Bezug auf die Deutung der bürgergesellschaftlichen Position im Kontext der Digitalisierung. Nämlich darf die geringe Identifikation von eigener Verantwortung (siehe Abbildung 91) nicht als eine De-Responsibilisierung verstanden werden. Vielmehr muss darauf verwiesen werden, dass Digitalisierung nicht als klassische Projektion bürgergesellschaftlicher Verantwortung im unmittelbar greifbaren, sozialen Nahraum verstanden wird. Nimmt man hier die oftmals eher geringen lebensweltlichen Bezüge der Bürgerinnen und Bürger zur Digitalisierung als Gesamtphänomen und die damit einhergehende Unsicherheit und schwache Selbstwirksamkeitsüberzeugung hinzu, so wird deutlich, warum im Rahmen der Haushaltsbefragung vergleichsweise häufig eine einseitige Externalisierung von Verantwortung beobachtet werden konnte:

*„Die höheren Stellen, ja.“* (Interview Staffhorst 18, 86)

*„Ja, die Politik. Insgesamt. Also, überhaupt.“* (Interview Staffhorst 4, 76)

*„Ja, wer wohl? Politiker natürlich!“* (Interview Groß Lessen 10, 132)

*„Politiker.“* (Interview Freistatt 24, 108)

*„Die Politiker. Vom Bürgermeister angefangen bis unten.“* (Interview Freistatt 21, 148)

Obwohl zwar multiple Erklärungsansätze für die der Position der Bürgergesellschaft innewohnenden Handlungslogiken gefunden werden konnten, bedeutet dies nichtsdestotrotz, dass das Konzept der bürgergesellschaftlichen Responsibilisierung in diesem Zusammenhang kritisch hinterfragt werden muss. Versteht man dieses simplifiziert "(...) als Substitutionslogik für staatliche Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen durch zivilgesellschaftliche Akteure (...)" (Nadler 2017, 499), so stellen die vorausgegangenen Ausführungen dahingehend offensichtliche Verschränkungen dar. Eine ländliche Entwicklung, die dem Potential der Digitalisierung Rechnung tragen möchte und dabei einseitig die Verantwortung der Bürgergesellschaft forciert, läuft demnach Gefahr, von Restriktionen erfasst zu werden.

Vergessen werden darf an dieser Stelle deshalb nicht, dass neben der Bürgergesellschaft auch andere Sektoren maßgeblichen Einfluss auf die digitale Ausgestaltung der Daseinsvorsorge einer Region entfalten. An dieser Stelle möchte die vorliegende Arbeit deshalb verstärkt die Positionen der Privatwirtschaft, des Dritten Sektors, der Politik und der öffentlichen Verwaltung beleuchten.

## **9.2 Die Perspektive von Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und Drittem Sektor**

Der Perspektive der Bürgergesellschaft sollen nun nachfolgend die wesentlichen Charakteristika von Politik und Verwaltung, der Privatwirtschaft und des Dritten Sektors hinsichtlich ihres Umgangs mit digitalen Innovationen in der Daseinsvorsorge gegenübergestellt werden. Besonderes Augenmerk soll dabei darauf gerichtet werden, inwiefern die sektorale Zugehörigkeit der Akteure die Rahmenbedingungen von Adoption und Diffusion digitaler Innovationen determiniert und inwieweit sich Entwicklungspotentiale aus neuartigen Konzeptionen von Verantwortung heraus generieren lassen.

### **9.2.1 Lebensweltliche Wissens- und Erfahrungsbestände**

Nachdem die vorherigen Ausführungen deutlich gemacht haben, dass vor allem die lebensweltlichen Wissens- und Erfahrungsbestände die Haltung der Bürgergesellschaft gegenüber digitalen Innovationen prägen (siehe Kapitel 9.1.1), soll nachfolgend auch für die übrigen Sektoren, die an der Koproduktion von Daseinsvorsorge beteiligt sind, aufgezeigt werden, auf welches Maß an Wissen und Erfahrung diese zurückgreifen können. Der erste offensichtliche Unterschied, den es bei dieser Gegenüberstellung zu beachten gilt, ist, dass es sich bei der Bürgergesellschaft gewissermaßen um einen Sammelbegriff für eine Vielzahl an Individuen mit teils sehr unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Kapitalien handelt. Demgegenüber repräsentieren die übrigen Sektoren Akteure, die sich ihrem eigenen Selbstverständnis nach durchaus als „Politiker“ oder „Unternehmer“ definieren und auch hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Kapitalien, wie etwa ihres Bildungsniveaus, ihres Einkommens und ihrer sozialen Netzwerke als deutlich homogener zu werten sind (siehe Kapitel 8.1).

Hinsichtlich der praktischen Anwendungskompetenz digitaler Medien fiel im Rahmen der Experteninterviews schnell auf, dass die befragten Akteure in der überwiegenden Mehrheit einen deutlich intensiveren Umgang mit digitalen Medien pflegen (siehe Kapitel 8.3.1) als es vom Durchschnitt der Bürgergesellschaft angenommen werden kann. Diese Nutzungskompetenz steht wiederum in einer klaren Korrelation mit der Bedeutung, der Digitalisierung in der Daseinsvorsorge in den Experteninterviews beigemessen wurde. Denn hier zeigte sich, dass sich nahezu alle Akteure unabhängig ihres Sektors darüber einig waren, dass die Digitalisierung als solche ein unumkehrbarer Prozess ist, der, insofern „richtig“ implementiert, trotz naturgemäßer Risiken große Potentiale für die zukünftige Ausgestaltung der ländlichen Daseinsvorsorge bereithält (siehe Kapitel 8.4.1):

*„Aber an sich die Lebensqualität, das denke ich schon, wird sich dadurch verbessern, weil man viel mehr Möglichkeiten hat. Und ein Thema, was auch schon mal ganz aktuell war, ist das autonome Fahren. Ich denke, das ist auch ein Ding, was irgendwann kommen wird. Ich denke, das verbessert auch die Lebensqualität. [...]“ (Experteninterview 4, 80)*

Überträgt man diese Eigenschaften in Bezug auf den Umgang mit (how-to-knowledge) und die Einstellung gegenüber (awareness-knowledge) digitalen Innovationen auf die von ROGERS (2003, 280-287) vorgenommene Typologisierung, so müsste man hier zumindest von Early Adopters sprechen. Zweifelsohne verfügen die meisten der Akteure aus Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und drittem Sektor bedingt durch ihre beruflichen und/oder ehrenamtlichen Tätigkeiten „[...] in der Regel über eine Vielzahl [an Kontakten] und sind so besonders gut in der Lage, neue Ideen in das eigene soziale System ‚einzuschleusen‘ (Karnowski, Kämpel 2016, 103). Zudem genießen sie im lokalen, beziehungsweise regionalen Sozialsystem ein hohes Ansehen, wodurch ihrem Denken und Handeln eine Vorbildfunktion innewohnt.

Hieran zeigt sich die besondere Bedeutung der Early Adopters im Kontext der Digitalisierung ländlicher Daseinsvorsorge. Denn diese verfügen zumeist über überregionale, soziale Netzwerke. Beispielhaft hierfür ist die Mitgliedschaft eines Interviewpartners im Arbeitskreis Digitalisierung des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (vgl. Experteninterview 4, 16). Gesprochen wird in diesem Zusammenhang auch von Innovationsnetzwerken. „D.h. es ist nicht mehr der einsame Akteur (vgl. Schumpeter), der einen Innovationsprozess initiiert. Innovationsprozesse finden [vielmehr] im Rahmen sozialer Interaktionen [...] statt“ (Blättel-Mink, Menez 2015, 142). Solche Netzwerke ermöglichen den involvierten Akteuren ein Generieren von theoretischem und technischem Know-How, wodurch letztlich Unsicherheiten abgebaut und eine frühe Adoption begünstigt wird (vgl. Blättel-Mink, Menez 2015, 142ff.).

Tatsächlich wurde vor allem den politischen Akteuren sowohl in ihrer Selbst- als auch Fremdwahrnehmung wiederkehrend eine motivationale und koordinative Verantwortung hinsichtlich der Diffusion von digitalen Innovationen beigemessen (siehe Kapitel 8.5.2):

*„Ja, wir sind im Moment tatsächlich dabei, dass wir unsere Bürger dazu motivieren, tatsächlich die Chance, die sie haben, [...] auch annehmen. [...]“ (Experteninterview 1, 112)*

*„[...] Und ich denke schon, dass die Denkanstöße, sprich die Innovationen, vom Bürgermeister vorbereitet und vorgegeben werden müssen. [...]“ (Experteninterview 4, 108)*

*„Also, ich glaube, wenn ich das wirklich will, kann ich motivieren. Und kann Dinge zumindest ins Gespräch bringen. Es muss ja auch umsetzbar sein. [...]“* (Experteninterview 7, 120)

*„[...] Du musst als Politiker tatsächlich auch den Gegenwind ertragen können. Und auch mal durchboxen.“* (Experteninterview 12, 389)

All diesen Aussagen ist klar zu entnehmen, dass eine Einigkeit dahingehend besteht, dass insbesondere politische Akteure Knotenpunkte lokaler Netzwerke einnehmen und aus diesen Positionen heraus maßgeblichen Einfluss auf die Diffusion von Innovationen nehmen können. Eine vergleichbare Bedeutung dürfte, wenngleich nicht in der Deutlichkeit im Rahmen der Experteninterviews artikuliert, auch Early Adopters aus den übrigen Sektoren zukommen. Hieran zeigt sich zugleich das grundsätzliche Dilemma, mit dem technische Innovationen in einem gesellschaftlichen Kontext konfrontiert sind. Nämlich ist ihr Entstehungskontext ein anderer als ihr Verwertungskontext. Anders ausgedrückt entstehen Innovationen, wie etwa digitale Instrumente in der Daseinsvorsorge, in einem von der Gesamtgesellschaft weitestgehend losgelösten, technischen Milieu, müssen aber von dieser angenommen und genutzt werden. Deshalb bedarf es Schlüsselindividuen (Innovatoren, Kommunikatoren, Early Adopters, etc.) und ihrer Innovationsnetzwerke, um die Diffusion komplexer Innovationen zu begünstigen (vgl. Blättel-Mink, Menez 2015, 130; siehe Kapitel 4.3.3).

Festgehalten werden kann an dieser Stelle zweifelsohne, dass sich aus den Differenzen hinsichtlich der lebensweltlichen Wissens- und Erfahrungsbestände zwischen Bürgergesellschaft, Politik, öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und drittem Sektor eine besondere Verantwortung letzterer Sektoren in Bezug auf die Diffusion digitaler Innovationen ergibt. Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass bürgergesellschaftlich auftretende Akteure keine Early Adopters sein können. Im Rahmen der Haushaltsbefragung konnten immer wieder Individuen mit großer Technikaffinität und/oder hoher sozialer Reputation identifiziert werden. Nicht zu beobachten war hingegen die Wahrnehmung einer daraus resultierenden, akteuralen Verantwortung. Trotz der Individualisierung des Diffusionsprozesses, die sich hier abzeichnet, soll nachfolgend dennoch der Versuch einer sektoralen Annäherung an den Umgang mit digitalen Innovationen unternommen werden.

### 9.2.2 Legitimation und Innovation

Das Verhältnis politischer Akteure zum Kontext der Innovation ist in besonderer Weise geprägt von der Legitimation der Kommunalpolitik gegenüber der Zivilgesellschaft. Denn „räumlich sind sich die Bürger und ihre Repräsentanten auf kommunaler Ebene am nächsten. Sachlich wird eine größere Problemnähe sowohl der kommunalen Entscheidungsträger als auch der Bürger (aufgrund guter Ortskenntnisse) vermutet“ (Holtkamp 2007, 367). In diesem „Kleinklima“ können Kommunalpolitiker demnach sehr unmittelbar an ihren Worten und Taten gemessen werden. Nicht zuletzt deshalb wird der Kommunalpolitik eine hohe Leistungskraft hinsichtlich der Bearbeitung von Sachthemen zugeschrieben (vgl. Holtmann et al. 2017, 9).

Zugleich entsteht hieraus eine Form der Legitimation, die maßgeblich auf die Sichtbarkeit von Leistungen im sozialen Nahraum beruht (vgl. Blatter 2007, 274). Das Erzielen von konkreten Leistungen, die letztlich zu einer universellen Identifikation mit den politisch Verantwortlichen führen, wird jedoch zusehends schwierig. „Der soziale Wandel, die wiederholten Schübe ökonomischer Innovationen und Anpassungskrisen, die Veränderung kultureller Werte und Normen [...]“ (Holtmann et al. 2017, 17) haben dazu beigetragen, dass die Kommunalpolitik heute auf eine Vielzahl an unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen reagieren muss, die sich mitunter antagonistisch zueinander verhalten.

Dies stellt den Umgang von politischen Akteuren mit Innovationen im Rahmen von Regionalentwicklung vor ein grundsätzliches Problem. Nämlich sind „[...] Innovationen mit Verteilungsproblemen belastet, [wodurch] es also Gewinner und Verlierer gibt“ (Fürst, Knieling 2004, 280), während politisch „[...] Verantwortliche vor Ort sichtbar sind, in der Öffentlichkeit stehen und zum Teil (wieder)gewählt werden wollen“ (Heintel 2018, 2008). Auch die politischen Akteure des Sulinger Landes artikulierten mehrfach, sich in ihrem Handeln vom Willen der Wähler leiten zu lassen, um so einem Vertrauensvorschuss nachzukommen und letztlich auch wiedergewählt zu werden:

*„[...] Ja, die Verantwortung gegenüber der Region heißt: man hat sich selbst zur Wahl gestellt. Man hat ein Vorschuss bekommen, in dem man ein außerordentlich gutes Ergebnis auch bekommen hat. Das heißt, dass was man dem Bürger eben so als gemeinsames Ziel mit ihnen zusammen mal gesetzt hat; dieses mit den Bürgern zusammen auch zu entwickeln. [...]“ (Experteninterview 1, 96)*

*„[...] 2021 läuft die Amtszeit hier aus. Dann schauen wir mal, wie es weitergeht. Also, ich würde schon gerne weitermachen. Ich stehe auch wieder zur Wahl. Aber das kommt ja auch auf den Wähler an. [...] Ich würde mich natürlich freuen, wenn es weitergeht. [...]“ (Experteninterview 7, 4)*

Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Haltung von politischen Akteuren gegenüber (digitalen) Innovationen nicht immer das Resultat einer sachlichen Abwägung ihrer Stärken und Schwächen sein muss. Vielmehr repräsentiert sie zu einem gewissen Grad immer die Wünsche der Wählerschaft, um so Legitimation und Wiederwahl zu sichern. Hiermit wiederum läuft die Politik Gefahr, sich zu sehr am Konsens der breiten Masse zu orientieren und dabei den Anschluss an kritische gesellschaftliche und technische Innovationen zu verlieren:

*„[...] Und da können sich auch Mehrheiten bilden, die sagen: "Wir wollen das nicht!" Dann blockieren die das. Die stellen dann vielleicht auch die Risiken und Gefahren einer Digitalisierung vielleicht in den Vordergrund. [...]“ (Experteninterview 7, 100)*

*„[...] Also, ich glaube, darauf zu warten, dass von den Einwohnern, der Wunsch geäußert wird, dass sie es nutzen wollen [...]; da wartet man ewig drauf. Denn die Leute haben sich hier arrangiert mit den Strukturen. [...] Das ist ja auch menschlich. [...]“ (Experteninterview 10, 52)*

Auch das Verhältnis zwischen öffentlicher Verwaltung und Innovation scheint auf den ersten Blick von einem wesensmäßigen Widerspruch geprägt zu sein. Während erstere in der öffentlichen Wahrnehmung „[...] gekennzeichnet ist durch fachmäßige Schulung, feste Kompetenzen, Arbeitsteilung und hierarchische Unterordnung“ (Holtkamp 2007, 65), zeichnet sich eine Innovation immer auch durch eine „kreative Zerstörung“ gewohnter Strukturen aus (vgl. Fürst, Knieling 2004, 283). Hieraus die Schlussfolgerung abzuleiten, dass Politik und öffentliche Verwaltung in ihrem Denken und Handeln keine Innovationsfähigkeit beherbergen können, würde der komplexen Realität des ländlichen Raums und so auch des Sulinger Landes nicht gerecht werden. Vielmehr noch haben die Experteninterviews an mehreren Stellen eindrucksvoll aufgezeigt, dass Politik und Verwaltung situative und lösungsorientierte Praktiken entwickelt haben, um auf strukturelle Herausforderungen reagieren zu können:

*„[...] Beispiel: der Dorfmarkt. Da ist zum Beispiel die Gemeinde Schwaförden Vermieter. Da hat im Grunde die Gemeinde die Immobilie erworben und als Dorfmarkt eingerichtet. Und dann zu günstigen Konditionen vermietet, damit überhaupt diese Geschichte mit Leben gefüllt wird. Das können wir anstoßen. Aber wir können natürlich nicht auch noch für den Umsatz sorgen. So als simples Beispiel.“ (Experteninterview 3, 40)*

*„Das kam von der Samtgemeinde. Die haben, glaube ich, überlegt, was sie machen können, um die Leute hier zu halten und nicht nach Sulingen ausgewandert wird. [...] Dann haben die an ein Bürgertaxi gedacht. [...] Und ich weiß nicht warum, aber letzten Endes haben Sie sich für das Anruf-Sammeltaxi entschieden.“ (Experteninterview 12, 63)*

Der Erhalt eines Dorfmarktes und die Investition in die Etablierung eines Anruf-Sammeltaxis sind nur zwei ausgewählte Beispiele für eine Bandbreite an verwaltungsseits initiierten Lösungsansätzen. Nicht zu Unrecht wurde deshalb vereinzelt bereits die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass auch in Bezug auf die Digitalisierung der Daseinsvorsorge zukünftige „Impulse zu einem gewissen Großteil auch aus der Verwaltung“ (Experteninterview 6, 140) heraus erfolgen werden.

Die obigen Formen der Kooperation sind zwar hinsichtlich ihrer Organisation weitestgehend als Public-Private-Partnerships (PPP) zu fassen, werden aber von komplexeren Motivationen gesteuert. In Theorie und Praxis werden Public Private Partnerships vordergründig als Finanzierung privatwirtschaftlich erbrachter, öffentlicher Leistungen durch die öffentliche Hand verstanden. „[...] Das größte, systemimmanente Potenzial von PPPs [liegt] in der richtigen Allokation von Projektrisiken zwischen den Partnern [...]“ (Pfnür 2009, 28). Hierin zeigt sich bereits, dass der Erfolg solcher Partnerschaften maßgeblich von der Fähigkeit der kommunalen Akteure, unternehmerisch zu denken und zu handeln, abhängt. Denn vereinfacht ausgedrückt, muss auf kommunaler Ebene situativ darüber entschieden werden, welche Infrastrukturen und Dienstleistungen durch welche Form der finanziellen Stimulation erhalten, beziehungsweise geschaffen werden sollen. Vonnöten ist also eine Denkweise, die sich am ehesten mit dem Konzept des Entrepreneurship in Verbindung bringen lässt und bislang primär der Privatwirtschaft zugerechnet wurde (vgl. Diefenbach 2011, 32).

Eine solche Form des Public Entrepreneurship (siehe Kapitel 4.2.3) löst sich klar von der klassischen Vorstellung einer reinen Verwaltung der öffentlichen Güter und betont stattdessen ein aktives Eingreifen des öffentlichen Sektors in die Entwicklung einer Region durch proaktives, innovatives und mitunter auch risikofreudiges Verhalten (vgl. Diefenbach 2011, 34). Obwohl die oben aufgeführten Fallbeispiele sicherlich zentrale Charakteristika eines Public Entrepreneurship aufweisen, wäre es dennoch verfrüht, diese als Ausdrucksdruck eines solchen zu verstehen. Denn insbesondere eine Innovationsforcierung im Sinne von “innovation through government”, also der aktiven Förderung von gesellschaftlichen und technologischen Innovationen mittels öffentlicher Ressourcen (vgl. Conway 2018, 8ff.) ist hier nur bedingt zu erkennen. Vielmehr handelt es sich um etablierte Infrastrukturmodelle, deren Mehrwerte für die regionale Daseinsvorsorge vorhersehbar sind. Ein Public Entrepreneurship, der digitale Innovationen in der Daseinsvorsorge forciert, sollte sich hingegen „auch trauen, Dinge anzuschieben, auch wenn sie erst mal nicht genutzt werden“ (Experteninterview 10, 52) und „auch den Gegenwind ertragen“ (Experteninterview 12, 385) können.

Ein realistisches Bild davon, wie ein innovationsorientiertes Handeln seitens Politik und öffentlicher Verwaltung, dass auch diesen Anforderungen gerecht wird, aussehen könnte, liefert ein Verwaltungsmitarbeiter der Samtgemeinde Kirchdorf. Dieser gab an, dass man beispielsweise die Einführung einer Mobilitäts-App für das regionale Anruf-Sammeltaxi (siehe Kapitel 8.4.2) als Kooperation zwischen Verwaltung und dem privatwirtschaftlichen Anbieter gestalten könne. Durch eine Ko-Finanzierung würden zwar Kosten für die Samtgemeinde entstehen, gleichzeitig jedoch könnte den Bürgern so ein „funktionierendes Projekt“ angeboten werden (Experteninterview 6, 141-148):

*I:*

*Jetzt möchte ich das am Schluss vielleicht doch noch auf ein konkretes Beispiel herunterbrechen. Sie haben ja grade erwähnt, dass man das Anruf-Sammeltaxi mit einem digitalen Bestellservice ausstatten könnte. Wenn man jetzt dieses Szenario durchspielt: wer müsste da konkret wie tätig werden, damit sowas hier zeitnah anlaufen kann?*

*IP:*

*Das ist ein Zusammenspiel zwischen dem Unternehmer und der Verwaltung. Verwaltung kann diese Idee aufgreifen, kann sich auch an der Finanzierung des Projektes beteiligen. Aber die Umsetzung kann nur im Zusammenspiel mit dem Betreiber des Anruf-Sammeltaxis letztendlich funktionieren. Aber die Idee und der Impuls für diese Maßnahme, ja, kann sowohl vom Unternehmer als auch von der Verwaltung kommen. Aber ohne Beteiligung der Verwaltung wird es hier im ländlichen Raum nicht funktionieren.*

*I:*

*Die Beteiligung der Verwaltung würde dann so aussehen, dass man zum Beispiel beim Stellen von Förderanträgen unterstützt?*

*IP:*

*Zum Beispiel. Oder dass man die Entwicklung einer App eventuell zu 50 Prozent mitfinanziert. Auch das wäre für mich ein Thema. Klar, auf der einen Seite profitiert der Unternehmer dadurch. Aber letztendlich profitiert auch die Samtgemeinde indirekt dadurch, dass sie ein funktionierendes Projekt anbietet.*



### 9.2.3 Wirtschaftlichkeit und Innovation

Die Experteninterviews mit Unternehmerinnen und Unternehmern haben an vielen Stellen aufgezeigt, dass ihre Handlungsmotivationen und Verantwortungsempfindungen bei weitem nicht allein über monetär-kapitalistische Rationale erklärt werden können (siehe Kapitel 4.2.4, 8.5). Ihr Denken und Handeln ist Ausdruck von individuellen Werteverständnissen, einer Einbettung in soziale Netzwerke sowie auch von persönlichen Erfahrungen im Umgang mit Daseinsvorsorge und Digitalisierung. Vor allem aber war es die Empfindung einer „Zugehörigkeit“ zu ihrem regionalen Umfeld, die die Akteure in ihrem unternehmerischen Handeln zu leiten scheint (vgl. Experteninterviews 11, 256-266; ebd. 12, 354-365; ebd. 14, 293-304; ebd. 16, 165-176). Am deutlichsten artikuliert diese regionale Verbundenheit der Leiter eines großflächigen Lebensmitteleinzelhandels in der Stadt Sulingen, der in der zweiten Generation familiengeführt wird. Für ihn sind die Sphären des (ökonomischen) Wirtschaftens und des (sozialen) Lebens eng ineinander verwoben und ein aktives Engagement die logische Konsequenz hieraus:

*„Das ist eine gute Frage. Einfach gesagt: ich lebe hier, ich wirtschaftete hier. Und ich möchte dementsprechend auch, dass sich unser Lebens- und Wirtschaftsraum weiterentwickelt und dass wir insgesamt eine gute Entwicklung als Stadt und auch als Geschäft erfahren. Und das führt dann auch dazu, dass ich mich in Vereinen, in der Werbegemeinschaft engagiere und dementsprechend da auch mitwirke. Mich nur hinzusetzen und zu sagen, dass ich mit dem, was da entschieden wird, nicht einverstanden bin, halte ich für verkehrt. Wenn ich eine Sache ändern möchte, dann muss ich auch versuchen, daran mitzuarbeiten.“* (Experteninterview 16, 168)

Die obige Aussage ist Ausdruck einer ländlichen Engagementkultur, die im Kontext der Dorf- und Regionalentwicklung bisweilen primär auf die Bürgergesellschaft projiziert wird. Doch „schon lange bevor Corporate Social Responsibility (CSR) in die öffentlichen Debatten Einzug gehalten hat, haben sich [Unternehmen] auf vielfältige Weise und in unterschiedlichen Formaten für die [ländliche] Gesellschaft engagiert“ (Danielzyk et al. 2017, 145). Dieses unternehmerische Engagement vollzieht sich häufig informell, ist nicht explizit in Nachhaltigkeitsberichten abgebildet und wird oftmals als selbstredend empfunden. Dementsprechend gab die Inhaberin dreier lokaler Dorfmärkte auch eher beiläufig an, zusätzlich zur hohen beruflichen Belastung gleich in mehreren lokalen Vereinen aktiv zu sein und diese bei der Ausrichtung von Veranstaltungen aktiv durch die Belieferung mit Lebensmitteln zu unterstützen (Experteninterview 11, 43-52):

IP:

*Wie äußert sich das im Alltag? Im Moment ist da ja eh coronamäßig gar nichts. Wir sind auch sehr engagiert im Sportverein und Schützenverein.*

I:

*Also sind Sie da auch Mitglied in den Vereinen und sind da auch aktiv in der Vereinsarbeit?*

IP:

*Ja, ja. Also, nicht hier. Sondern da, wo wir wohnen. Und auch so mit Belieferungen. So, vom Laden her.*

I:

*Achso. Dann gucken Sie auch bei Sportfesten und so, dass Sie da beliefern?*

IP:

*Ja. Zum Beispiel beim Schützenverein in Mellinghausen richten wir mit das Schützenfest aus. Also, von daher ist das ganz gut. Das wird dann auch ganz gut angenommen.*

Trotz des großen Potentials, das hiermit für die Ausgestaltung des ländlichen Gemeinwesens einhergeht, wird solch eine unternehmerische Verantwortung erst seit kurzem unter dem Schlagwort der Corporate Regional Responsibility wissenschaftlich diskutiert (siehe Kapitel 4.2.4). Eine zentrale Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist aus welchen Motivationen heraus sich Unternehmerinnen und Unternehmer für ihr regionales Umfeld engagieren und wie sich dies äußert. DANIELZYK et al. (2017, 143-158) analysieren in ihrem Artikel „CSR und Ortsentwicklung. Zur Rolle von kleinen und mittleren Unternehmen in ländlichen Räumen Niedersachsens“ genau jene Forschungslücken anhand ausgewählter, niedersächsischer Kommunen. Auf der Grundlage von 19 Telefoninterviews mit Vertretern Kleinst-, Klein- und mittelständischer Unternehmen aus den Branchen Handwerk, Handel, Dienstleistung und Landwirtschaft kommen sie unter anderem zu folgendem Ergebnis:

*„In der Regel engagieren sich KMU seit ihrem Bestehen mit Geldspenden, gefolgt von Sachleistungen und Material, Sponsoring sowie Zeit und Ideen. Dies tun die Befragten aus eigener Überzeugung und ethischen Aspekten. Selten ist bei ihren Entscheidungen eine klare Trennung zwischen Inhaber und Privatperson erkennbar: Bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement sind somit untrennbar vereint.“ (Danielzyk et al. 2017, 150)*

Dieses Ergebnis unterstreicht letztlich die Verantwortungsempfindungen, die auch im Rahmen der Experteninterviews artikuliert wurden. So zeigte sich auch für das Sulinger Land, dass sich unternehmerisches Engagement meist im sozialen Nahraum in den Bereichen Sport, Freizeit und Soziales abspielt. Seltener hingegen wurde unternehmerisches Engagement in Prozessen der Dorf- und Regionalentwicklung oder aber in großmaßstäbigen Infrastrukturprojekten festgestellt (vgl. Danielzyk 2017, 150). Dies könnte sich bei der Aktivierung unternehmerischer Potentiale im Kontext der Digitalisierung ländlicher Daseinsvorsorge als Hemmfaktor äußern. Für die Regionalentwicklung von großer Bedeutung ist es deshalb, innovative, strategische Kooperationspraktiken auf regionaler Ebene zu identifizieren, die entweder von der Wirtschaft initiiert wurden oder aber von ihr aktiv unterstützt werden. Wie eine solche, entwicklungsbezogene Zusammenarbeit aussehen kann, zeigt der folgende Interviewausschnitt (Experteninterview 16, 201-212):

*I:*

*Und in diesem Beteiligungsprozess ging es auch darum, wie Sulingen sich für die Zukunft aufstellen kann?*

*IP:*

*Genau, also wie sehen wir Sulingen in 20 Jahren? [...] Da wurden dann Arbeitskreise gebildet und dann konnten sich die Teilnehmer da auch mit einbringen.*

*I:*

*[...]*

*IP:*

*Und damals war es die Frage der Finanzierung, weil es eben professionell begleitet wurde durch einen Moderator von einer Firma [...]. Da sind auch entsprechend Kosten entstanden, wo die Politik dann gesagt hat: "Ah, das könnte dann für das Stadtsäckel etwas eng werden." Da hat sich dann die Wirtschaft in Form der Initiative [Werbegemeinschaft Sulingen] bereit erklärt, die Hälfte dazu zu zahlen.*

*I:*

*Okay, das ist spannend. Da ging es dann um die Umsetzung konkreter Projekte. Und dann hat sich die Wirtschaft gemeinsam dazu bereit erklärt, einen Kostenanteil zu übernehmen?*

*IP:*

*Ja, genau.*

Einer solchen Form der Kooperation, in der Wirtschaftsakteure sich nicht nur aktiv in Beteiligungs- und Entwicklungsprozesse einbringen, sondern zugleich auch die operative Umsetzung von Maßnahmen fördern, wohnt ein signifikantes Potential inne. Mit der Aktivierung solcher Praktiken könnten wichtige Ressourcen für die Umsetzung und Diffusion digitaler Instrumente in der Daseinsvorsorge freigesetzt werden.

Gleichwohl darf bei der Diskussion unternehmerischer Verantwortung in der Regionalentwicklung nicht vergessen werden, dass ihre Handlungsfähigkeit zwangsläufig auch an Fragen der Wirtschaftlichkeit gekoppelt ist. So brachte der Inhaber des großflächigen Einzelhandels in der Stadt Sulingen zum Ausdruck, dass ein seit sechs Jahren praktizierter Bestell- und Lieferservice (siehe Kapitel 8.3.2) aus Kostengründen inzwischen eingestellt wurde (vgl. Experteninterview 16, 9-24). Die Einführung einer Bestell-Applikation für jenen, regionalen Lieferservice wurde hingegen noch im Rahmen des Aushandlungsprozesses im Jahr 2019 mehrfach diskutiert (vgl. Born, Ortland 2019B, 17). Hieran zeigt sich, dass von der Privatwirtschaft getragene, digitale Services unabhängig ihres Innovationsgehaltes immer auch an ihrer wirtschaftlichen Tragbarkeit gemessen werden müssen (Experteninterview 16, 145-152):

*I:*

*Und jetzt möchte ich Sie doch noch einmal auf den besagten Lieferservice festnageln. [...] Da ist ja im Rahmen der Workshops im letzten Jahr auch immer mal wieder diskutiert worden, eine entsprechende Maßnahme durchzuführen. Also, dass man so etwas auch per App, zum Beispiel, einführt. [...] Und nun haben wir ja die Erfahrung gemacht, dass es nicht ganz so geklappt hat. Wie positionieren Sie sich denn zu dieser Idee, [...], eine entsprechende App für regionale Lebensmittel einzurichten?*

*IP:*

*Ja, es müsste einen Anbieter geben, der das auch liefern kann. Und das sehe ich im Moment noch nicht.*

*I:*

*Also, auch mit so einer App sehen Sie da die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht gegeben?*

*IP:*

*Genau. Weil es auch grade im Frischebereich sehr hohe Verpackungsmengen gibt, was jetzt auch durch die Umweltthematik nicht besser geworden ist. Wenn es bei den Auslieferungen so viel Müll gibt, dann denke ich oft, dass Lebensmittel Gott sei Dank noch ein Bereich sind, wo die Leute sich auch noch vor Ort davon überzeugen, wie frisch die sind. [...] Und dann, wie gesagt, sind es die Kosten. [...] Es gibt ja einige Bereiche, die auch schon online anbieten. Aber da ist mir noch keiner bekannt, der da auch Geld mit macht.*

### 9.2.4 Gemeinwohlorientierung und Innovation

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft ist das Handeln derjenigen Akteure, die im Rahmen dieser Arbeit unter dem Oberbegriff des dritten Sektors subsumiert werden, weniger von Wirtschaftlichkeit geprägt. Dennoch zeigte sich, dass auch ihrer Handlungsfähigkeit hemmende Faktoren gegenüberstehen. Zum einen offenbarten sich personelle Ressourcen als Restriktion (siehe Kapitel 8.3.2). Vor allem die lokal operierenden Kulturvereine brachten zum Ausdruck, dass die zeitlich und personell limitierte, ehrenamtliche Arbeit die praktische Integration digitaler Aspekte in die Vereinsarbeit nur bedingt zulässt:

*„Das Personal ist der Hinderungsgrund, weil man echt Probleme hat, Leute zu finden, die Aufgaben übernehmen. Und die Leute, die man dann hat, nutzt man dann für die Sachen, die gemacht werden müssen. Bevor das auf der Strecke bleibt.“* (Experteninterview 9, 163)

*„[...] Wir haben, als wir mit dem neuen Vorstand gestartet sind, gesagt, dass wir unbedingt mal die Internetpräsentation erneuern müssen und zusehen müssen, dass da mal was passiert. So, dann kam die neue Datenschutzgrundverordnung. Und wir haben in unserem Vorstand einen IT-Menschen sitzen, der auch eine eigene Firma hat. Und der hat gesagt: abwarten. Das muss sich erst mal sortieren. [...]“* (Experteninterview 10, 20)

Zum anderen waren diese Einschränkungen häufig auch mit der Empfindung einer sozialen Verantwortung, die es in einigen Kontexten mit möglichen Anonymisierungserscheinungen und ethischen Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung abzuwägen gilt, gepaart. So brachte die Leiterin einer sozial-gesundheitlich ausgerichteten Einrichtung in der Stadt Sulingen zum Ausdruck, dass durch die Einführung digitaler Veranstaltungen ohne physische Präsenz der Charakter einer sozialen Anlaufstelle verloren gehen könne. Auch wurden von ihr ethische und datenschutzrechtliche Bedenken bei der Digitalisierung intimer Interaktionen formuliert, wie etwa bei der dort angebotenen Schwangerenberatung:

*„[...] Und grade die Gruppen, die hier vor Ort sind, wenn ich jetzt an die Krabbelgruppe denke oder an das Stillcafé, da brauchen die Mütter und Väter einfach den persönlichen Kontakt. Und da ist ganz viel, wo es auf digitaler Ebene schwierig durchzuführen ist. [...]“* (Experteninterview 13, 124)

*„Grade bei Sachen, wie Online-Konferenzen und solchen Geschichten. Wenn ich jetzt daran denke, eine Online-Stillberatung bei einer stillenden Frau zu machen, die mir halt ihr Problem an ihrer Brustdrüse zeigt [...] und mir da Bilder schickt. Das sind Sachen, die finde ich schon sehr schwierig. Um da jetzt mal ein ganz konkretes Beispiel zu nennen.“* (Experteninterview 13, 208)

Bei den lokal operierenden Kulturvereinen wurde vor allem der enge, zwischenmenschliche Kontakt als Fundament der Vereinsarbeit wahrgenommen, weswegen zum Beispiel ein digitalisiertes Veranstaltungsmanagement als Interaktionsbarriere empfunden wurde, die nur bedingt in einem Verhältnis („überkandidelt“) zur Nachfragestruktur steht:

*„Also, einen Service-Dienstleister dazu zunehmen, wo dann auch bezahlt wird. [...] Aber dafür sind wir eigentlich auch zu klein und zu überschaubar. Wir haben so 80 bis 100 Personen, die zu den Veranstaltungen kommen. Das ist oft ein ähnlicher Kreis. Wir haben allein 40 Dauerkarten, die dann zu vielen Veranstaltungen kommen. Von daher ist es momentan noch etwas "überkandidelt", da solche Dinge zu machen. [...]“* (Experteninterview 8, 68)

Demgegenüber gab der in der Stadt Sulingen ansässige Kulturverein an, als einziger Verein des Sulinger Landes erfolgreich ein Online-Ticketsystem zu nutzen: „Und das wird gut angenommen. Und das wurde auch gut akzeptiert“ (Experteninterview 15, 52). Beim Vergleich mit den übrigen Kulturvereinen gilt es jedoch zu beachten, dass die über das Online-Ticketsystem dargestellten Veranstaltungen in der Regel eine deutlich höhere Nachfrage generieren (vgl. Experteninterview 15, 12). Hinzu kommt, dass gab die Befragte an, dass sie „angestellt bei der Stadt Sulingen“ (Experteninterview 15, 141) sei und deshalb ihren Aufgaben als Vereinsvorsitzende nicht ehrenamtlich nachkommen muss. Dies verdeutlicht, dass die Integration technischer Innovationen in Arbeitsabläufe neben monetären Ressourcen vor allem die Mobilisation von Humankapital erfordert: „Und dann habe ich halt noch ein paar Stunden für die Stadt. Darum sitze ich hier auch im Rathaus. Das ist spannend, weil man einfach frei gestalten kann. [...]“ (Experteninterview 15, 141).

Um einen angemessenen Vergleich zwischen Privatwirtschaft und drittem Sektor in Bezug auf ihre Adoptionsbereitschaft und- Fähigkeit digitaler Innovationen herstellen zu können, gilt es, sich zunächst erneut die Heterogenität der Akteure in Erinnerung zu rufen, die unter dem Oberbegriff des Dritten Sektor subsumiert werden. Dieser reicht nämlich „(...) vom kleinen eingetragenen Verein bis zu komplexeren gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen und Stiftungen unterschiedlicher Größe“ (Merchel 2011, 247). Während Sozialunternehmen oder Social Entrepreneure mittlerweile als Change Maker diskutiert werden (vgl. Obuch, Grabbe 2019; Jähne et al. 2011), bleibt die Rolle des traditionellen, ländlichen Vereins in diesem Zusammenhang bislang unklar und wird oftmals auf organisationale Schwächen reduziert (vgl. Pahl, Zimmer 2019). Fakt aber ist, dass Sport-, Schützen-, Heimat- und nicht zuletzt auch Kulturvereine das Rückgrat des ländlichen Gemeinwohls bilden, während Social Entrepreneure in vielen Regionen – und so auch im Sulinger Land – bislang eine Randerscheinung darstellen.

Wie also können sich auch kleine, ländliche Vereine trotz begrenzter Ressourcen proaktiv gegenüber der Digitalisierung positionieren? Im Rahmen der 2019 durchgeführten Workshops wurden neben der Fortbildung von Vereinsvorständen in Sachen Digitalkompetenz vor allem die Bündelung von Vereinsstrukturen sowie die Einführung eines vereinsübergreifenden, digitalen Veranstaltungskalenders als mögliche Maßnahmen diskutiert (vgl. Born, Ortland 2019B, 51ff.). Letztere Maßnahmen bauen maßgeblich auf einem Kooperationsgedanken auf. Aus diesem Grund wurde gezielt der Vorstand eines lokalen Sportvereins für ein Interview gewonnen, der als erster Verein im Sulinger Land eine tiefgreifende Kooperation mit anderen Sportvereinen eingegangen ist. „Denn nicht nur das Sporttreiben im Verein hat an Attraktivität verloren, sondern auch das auf Mitgliedschaft und Ehrenamt basierende Organisationsmodell des Sportvereins wird zunehmend infrage gestellt“ (Pahl, Zimmer 2019, 366). Die Reaktion auf diesen Trend beschreibt der Interviewpartner wie folgt (Experteninterview 9, 119-135):

*IP:*

*Das ist tatsächlich spannend. Wir Vereine haben uns 2018 zusammengetan und haben Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Das heißt, SV Staffhorst zusammen mit SF Borstel, TSV Siedenburg, TSV Mellinghausen und SPS Kickers. Was definitiv auch mit dem Thema Daseinsvorsorge zu tun hat, weil wir festgestellt haben, dass wir etliche Sportgruppen haben, wo es schön wäre, wenn man einfach mehr Mitglieder hat. Und wir haben gesagt, wir öffnen diese Gruppen für alle Vereine unserer Kooperationsvereinbarung. Und das Wichtigste ist, dass man nur in einem Verein Mitglied sein muss.*

*[...]*

*I:*

*Wie wird das nachgefragt überhaupt? Also, diese übergreifenden Vereinsangebote? Ist die Nachfrage danach überhaupt da oder gestiegen?*

*IP:*

*Ja, beides. Aber bisher nicht so, wie wir es uns erhofft haben, weil wir da nicht so viel Werbung für gemacht haben. [...]*

*I:*

*Wenn ich da jetzt mal ganz dreist einhacken darf: wäre das nicht eine Möglichkeit, zu sagen, dass man diese Angebote eventuell schlank und [...] digital den jungen Leuten rüberbringt?*

*IP:*

*Ja, klar. Wenn man da eine Idee hat? Eine App, oder so?“*

Der obige Dialog unterstreicht das Potential, dass Kooperationspraktiken als Reaktion auf organisatorische Schwächen der kleinräumigen Vereinsarbeit innewohnen. Zugleich offenbart der Interviewpartner, dass die Mehrwerte der Kooperation nicht voll ausgeschöpft werden können, da die Bewerbung größtenteils auf analogem Weg erfolgt und Informationen nur umständlich auf der Homepage der Samtgemeinde zu finden sind: „Aber "präsentieren" würde ich das jetzt nicht nennen, weil es PDFs gibt, die auf der Homepage der Samtgemeinde eingestellt sind. Das würde ich jetzt übertrieben finden“ (Experteninterview 9, 116).

Eine digitale Aufbereitung der Angebote, die Transparenz und Nutzerfreundlichkeit fördert, etwa auf einer Homepage, Social-Media-Kanälen oder einer App, könnte insbesondere die Resonanz junger Menschen steigern. Gleichzeitig geht hiermit jedoch ein personeller und monetärer Aufwand einher, den viele lokale Vereine nicht tragen können. Denkbar wäre hier zum Beispiel eine Unterstützung seitens der Wirtschaft in Form von „[...] Geldspenden, [...] Sachleistungen und Material, Sponsoring sowie Zeit und Ideen“ (Danielzyk et al. 2017, 150). So gab der interviewte Vereinsvorstand an, beruflich in einer Volksbank tätig zu sein, was die Möglichkeit eines Crowdfunding eröffnen würde (vgl. Experteninterview 9, 88).

Neben den materiellen und personellen Ressourcen der Vereine gilt es, auch ihren Kooperations- und Innovationswillen zu reflektieren. So wurde in Bezug auf den digitalen Veranstaltungskalender für das Sulinger Land, welcher augenscheinlich bereits von der Stadt Sulingen betrieben und allen Vereinen zur Verfügung gestellt wird, im Rahmen eines Interviews eine mangelnde Adoptionsbereitschaft seitens der lokalen Vereinsvorsitzenden moniert (Experteninterview 15, 145-157):

*IP:*

*Das ist einfach so ein Punkt, der hier immer und immer wieder gekaut wird. Da mache ich dann einfach schon die Klappen zu, weil ich mir denke: "Solange ihr den nicht aktiv nutzt, brauchen wir uns nicht über den Veranstaltungskalender unterhalten!"*

*I:*

*[...] Und Sie sagten, es besteht auch jetzt schon die Möglichkeit auf Vereinsebene, hier von der Stadt Sulingen aus Veranstaltungen einzutragen auf der Homepage?*

*IP:*

*Aber es wird nicht genutzt. Und sie haben sogar die Möglichkeit, wenn sie es wegen mangelnder Erfahrung mit Digitalisierung nicht schaffen, die Kollegin, die es macht [...], anzurufen. [...]*



I:

*Aber warum wird es denn dann nicht gemacht? Was glauben Sie, ist der Grund dafür?*

IP:

*Es ist einfacher zu meckern, als zu machen. Ganz einfache Aussage. [...] Ich bin da manchmal zu den Leuten auch provokant, weil es einfach immer wieder die gleichen Leute sind, die meckern.*

I:

*Sind es denn Vereine auf lokaler Ebene?*

IP:

*Es sind Vereine auf lokaler Ebene. Und das sind viele Sache, wo ich dann einfach sage: "Ihr könnt es machen. Und ihr könnt reingucken. Und wenn es jeder machen würde, dann hätten wir die gleichen Diskussionen nicht seit Jahren. [...]"*

Unabhängig davon, dass diesen Ausführungen sicherlich auch eine valide Gegenperspektive der angesprochenen Vereine gegenübersteht, lässt sich nur schwerlich von der Hand weisen, dass für ein Gelingen kooperativ-innovativer Maßnahmen ein kollektiver Adoptionswille vonnöten ist. Vorbehalte, wie sie hier artikuliert werden, stehen ganz unabhängig davon, ob sie einem breiteren Konsens entsprechen oder nicht, dem Erfolg eines regionalen Adoptions- und Diffusionsprozesses mittelfristig im Weg.

Anders ausgedrückt erscheint es unwahrscheinlich, dass sich angesichts der beschriebenen, antagonistischen Positionen in naher Zukunft eine breitere Akzeptanz abzeichnet: „Im Prinzip möchten Sie alle hofiert werden. Und eigentlich wäre es am schönsten, wenn wir anrufen. Und wenn es zu einer Überschneidung kommt, dass man dem anderen noch sagt, dass er seine Veranstaltung verschieben soll. Das ist spitz. Aber das ist jetzt eine ganz nüchterne Analyse der Tatsachen“ (Experteninterview 15, 161). Angesichts der Tatsache, dass es sich bei dem Streitpunkt um eine Maßnahme handelt, die rein objektiv betrachtet lediglich Mehrwerte für alle Involvierten bereithalten dürfte, scheinen hier persönliche Befindlichkeiten und/oder Kommunikationsdefizite die einzig logischen Erklärungen zu sein.

### 9.2.5 Neue Verantwortungsmodelle als Motor der ländlichen Entwicklung?

Die vorangegangenen Ausführungen haben aufgezeigt, dass Innovationspotential vor allem dann entsteht, wenn Akteure außerhalb ihrer traditionellen, sektoralen Rationale denken und handeln. Samtgemeinden, die die Entwicklung von Mobilitäts-Apps unterstützen (siehe Kapitel 9.2.2), Wirtschaftsverbände, die aktiv regionale Beteiligungs- und Entwicklungsprozesse unterstützen (siehe Kapitel 9.2.3) und Vereine, die Kooperationen miteinander schließen und ihre Angebote digital bewerben (siehe Kapitel 9.2.4), wirken nun nicht mehr wie Best-Practice-Beispiele aus einem Lehrbuch. Vielmehr konnten Ansätze für alle jene Praktiken im Rahmen der Experteninterviews identifiziert werden. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Bedeutung neuer Verantwortungsmodelle widerspiegeln:

*„Eine helfende Gemeinschaft, regionale Versorgung, innovative Mobilität und Logistik, moderne Formen von Arbeit und Lernen und die Zukunft der telemedizinischen Versorgung: Dies sind nur wenige von vielen Beispielen, die das Potential der Digitalisierung für ländliche Regionen zeigen. All diesen Beispielen ist gemein, dass die privatwirtschaftlichen Interessen nicht immer im Einklang mit den gesellschaftlichen Interessen stehen.“* (Liggesmeyer, Spanier-Baro 2020, 29)

*„[Umso wichtiger ist es deshalb,] durch den Ausbau der Kooperation von Verwaltung, Lokalpolitik, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen vor Ort [...] lokales Wissen und lokale Fähigkeiten [zu aktivieren]“* (Danielzyk et al. 2017, 152)

„Gescheiterte“ Innovationen, wie etwa der Bestell- und Lieferservice des Lebensmittel Einzelhandels aus Sulingen verdeutlichen, dass eine sektorale Annäherung an eine digitale Innovation zwangsläufig droht, von Restriktionen erfasst zu werden: „Es war so, dass je mehr ich verkauft habe, desto größer das Defizit war, das ich produziert habe“ (Experteninterview 16, 24). Diesen Limitierungen könnte durch eine öffentliche Bezuschussung im Sinne eines Public Entrepreneurship vorgebeugt werden. Die grundsätzliche Machbarkeit eines solchen Vorgehens zeigt sich anhand des Anruf-Sammeltaxis in den Samtgemeinden Kirchdorf und Schwaförden (siehe Kapitel 8.2.2). Zum Gelingen solcher Verantwortungs- und Kooperationspraktiken unbedingt notwendig ist eine klare Kommunikation und transparente Abstimmung zwischen den involvierten Akteuren: „Ja, aber vielleicht auch den Unternehmer mit einbauen. Das Anruf-Sammeltaxi ist eine schöne Idee. Da kann ich nur zustimmen. Aber ich wurde erst gefragt, als das schon beschlossen war“ (Experteninterview 12, 377).

## 10. Zusammenfassende Betrachtung der Forschungsfragen und Ausblick

Im finalen Kapitel sollen die Forschungsergebnisse entlang zentraler Aussagen der Interviews kritisch reflektiert werden. Dabei soll insbesondere auch ein finaler Bezug zu den Forschungsfragen hergestellt werden.

### 10.1 „Mit noch mehr Datenvolumen noch mehr unnütze Sachen bestellen“: Digitalisierung, Breitband, Konsum

Als Ausgangspunkt der Reflexion der Forschungsergebnisse sollte zunächst eine Annäherung an das akteurszentrierte Verständnis von Daseinsvorsorge und Digitalisierung erfolgen. Im Sinne der ersten Forschungsfrage könnte das dahingehende Erkenntnisinteresse wie folgt lauten: *Welches Verständnis von Daseinsvorsorge und Digitalisierung liegt den jeweiligen Akteurguppen zugrunde?*

Hierbei gilt es, sich in Erinnerung zu rufen, dass die weitreichenden Auswirkungen der Digitalisierung auf Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Raum und damit letztlich auch auf die Daseinsvorsorge nur schwer zu fassen sind (siehe Kapitel 2.2). Allein schon aus dieser Komplexität heraus, kann es keine uniforme Perspektive geben. Verallgemeinernd betrachtet, beziehen Politik und öffentliche Verwaltung aus ihrem akteuralen Selbstverständnis heraus eine grundsätzlich volkswirtschaftliche Perspektive, während die Wirtschaft eine betriebswirtschaftliche Perspektive und die Bürgergesellschaft eine konsumorientierte Perspektive einnimmt (vgl. Wolf, Strohschen 2018, 56f.). In der Sprache eines Interviewpartners ausgedrückt, könnte ein solches Rollenverständnis folgendermaßen umschrieben werden:

*„[...] Wir brauchen zum einen die Politik, die die Rahmenbedingungen dafür steckt. Wir brauchen die Industrie, die die Digitalisierung konkret in Angriff nimmt. Und wir brauchen die Bevölkerung, die die Digitalisierung in Anspruch nimmt. [...]“* (Experteninterview 13, 216)

Es zeigte sich im Rahmen der Experteninterviews, dass die Perspektive von Politik und öffentlicher Verwaltung auf Daseinsvorsorge und Digitalisierung tatsächlich als volkswirtschaftliche Position zu charakterisieren ist, die aufbauend auf einem verwaltungsrechtlichen Selbstverständnis im Kern die flächendeckende Bereithaltung von Infrastruktur, beziehungsweise einer Breitbandversorgung, als entwicklungsstimulierendes Instrument valorisiert (siehe Kapitel 8.2.3, 8.5.1):

*„[...] Ohne, dass ich das jetzt hier besserwisserisch anführe: Digitalisierung bedeutet eben, dass man die Infrastruktur digitalisiert, dass man eben auch eine digitale Infrastruktur hat. Nehmen wir mal an erster Stelle das Thema Breitbandversorgung. Das ist natürlich die Grundvoraussetzung, behaupte ich mal, wenn man digital irgendwie was machen will. Dann brauche ich ja erst mal die Voraussetzung, dass entsprechende Leitungen verlegt werden. Da macht jetzt nicht nur die Stadt Sulingen, sondern der gesamte Landkreis Diepholz einen riesigen Schritt, in dem man jetzt mal eben im gesamten Landkreis den Ausbau der weißen Flecken vorantreibt. [...]“ (Experteninterview 7, 52)*

Akteure der Privatwirtschaft hingegen legten bei der handlungsorientierten Auseinandersetzung mit der Digitalisierung als Gesamtphänomen ihr Augenmerk vor allem auf die Integration digitaler Instrumente in Unternehmensprozesse (siehe Kapitel 8.2.3, 8.3.2, 9.2):

*„Bei uns in der Tagespflege haben wir die ganze Dokumentation schon digitalisiert. Sodass wir nur digital alles über den Tagesgast eintragen, was hier passiert. Und auch was ich mir vorstellen kann, ist, dass die Leute im Ort sich anmelden oder Interessierte sich über E-Mails oder irgendwie über Apps hier bei uns einen Termin machen oder auf die Warteliste eintragen. [...]“ (Experteninterview 14, 195)*

Die Abgrenzung der Privatwirtschaft hin zu solchen Akteuren, die im weiteren Sinne dem dritten Sektor zuzuordnen sind, lässt sich vor allem an der Betonung einer sozialen Verantwortung beziehungsweise eines engen Menschen- oder Kundenkontaktes durch Letztere festmachen. Beides wird wiederkehrend mit der Gefahr einer möglichen sozialen Regression durch den Einsatz digitaler Instrumente abgewogen (siehe Kapitel 8.3. 9.24):

*„Also, bei uns eher mäßig. In unserem speziellen Anwendungsfall. Es gibt natürlich andere Bereiche. [...] Aber bei uns...Die Leute freuen sich dann natürlich auch über den Kontakt. Jetzt mit Corona ist es anders. Aber wir hatten auch viele Veranstaltungen, da haben wir kaum Vorverkauf gehabt, weil die Leute wissen, dass es stattfindet. Und wenn es passt, dann kommen die Leute vorbei und finden dann auch einen Platz. Also, eine gewisse Lockerheit ist teilweise auch ein Erfolgsgeheimnis. [...]“ (Experteninterview 8, 72)*

Auch die Haushaltsbefragung bestätigte im Wesentlichen das zuvor umrissene Selbstverständnis der bürgergesellschaftlichen Position in Bezug auf die Digitalisierung. Demnach spiegelt das Bild des Konsumenten digitaler Angebote durchaus grob die Wirklichkeit wieder (siehe Kapitel 7.4.1, 7.5.2, 9.1.2):

*“Ja, Internet. Ich habe schon zu meinem Mann gesagt; ich kaufe jetzt alles im Internet. Die kleinen Läden, die beschwerten sich immer, weil man nicht einkauft. Aber man kriegt auch nichts. Die Auswahl ist auch sehr begrenzt. [...]“ (Interview Staffhorst 2, 43)*

Diese Erkenntnis wiederum legt einen zentralen Reibungspunkt zwischen der politischen und bürgergesellschaftlichen Position in Bezug auf die Bedeutung, der der Digitalisierung beigemessen wird, offen. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei demnach die Forschungsfrage: *Welche Bedeutung wird der Digitalisierung als solcher und speziell im Kontext der ländlichen Daseinsvorsorge von den jeweiligen Akteursgruppen beigemessen?* Heruntergebrochen lässt sich dieser Konflikt in der Sprache zweier Interviewpartner wie folgt beschreiben:

*[...] Breitbandausbau habe ich ja auch genannt. Das kam tatsächlich über den Bürger. Weil da der Bürger ja auch am ehesten mitkriegt, dass da was nicht läuft. Das ist ja die Frage: warum will der Bürger das? Will er das, weil er zuhause als Architekt sitzt und große Datenmengen verschicken muss? Oder ist das eher so, weil der Haushalt aus drei oder vier Personen besteht und zwei Kinder [...] den ganzen Tag Netflix gucken, Musik streamen, einen E-Mail-Account haben, den Computer laufen haben? [...] Also, ich glaube schon, dass die Mehrzahl der Bürger, eine Bandbreite haben will, die dann auch für private Zwecke genutzt wird. [...]. Und nicht lebensnotwendige Sachen. [...]*“ (Experteninterview 7, 124)

*„Insofern darf man die Frage stellen, ob das richtig investiertes Geld ist für die diejenigen, die sowieso immer durch's Raster fallen. Also, die Frage sei erlaubt. Die Antwort ist vorgegeben: man kann es nicht anders machen. Man muss es so machen, weil es der Trend ist. Aber ich sage manchmal auch ein bisschen ketzerisch, dass die meisten Leute mit noch mehr Datenvolumen noch mehr unnütze Sachen [...] bestellen, die sie sich dann vom Lieferdienst bringen lassen und die Hälfte wieder zurückschicken. [...]*“ (Experteninterview 5, 52)

Die obigen Aussagen verdeutlichen, dass Politik und Verwaltung Digitalisierung vor allem als eine Investition in die Konkurrenz- und Zukunftsfähigkeit eines Raums verstehen. Dies bedeutet übertragen auf den Bezugsrahmen der Daseinsvorsorge auch, dass hieran die Erwartung an eine Verbesserung der versorgungsrelevanten Infrastrukturen gekoppelt ist. Demgegenüber steht eine bürgergesellschaftliche Position, die Digitalisierung in Form eines Breitbandausbaus zwar ebenso einfordert, aber die damit entstehenden Mehrwerte eher für private Konsumzwecke (siehe Kapitel 7.4.1) denn für „lebensnotwendige Sachen“ nutzt.

Neben diesem Spannungsfeld zwischen Politik und Bürgergesellschaft ist vor allem eine Korrelation zwischen der Alltagsdurchdringung von Digitalisierung und der Bedeutung, der ihr beigemessen wird, zu beobachten. Am deutlichsten zeigt sich dies an der verbreiteten Skepsis gegenüber des Einsatzes von digitalen Instrumenten in der Daseinsvorsorge innerhalb der Bürgergesellschaft (siehe Kapitel 7.4.2) und der dem gegenüberstehenden breiten, wenngleich nicht uneingeschränkten Zustimmung im Rahmen der Experteninterviews (siehe Kapitel 8.4.1).

## 10.2 „Ein Kind, was keiner so richtig haben will“: diffuse Verantwortungslogiken

Als logische Anknüpfung an die vorangegangenen Ausführungen gilt es, die sektoralen Verantwortungslogiken kritisch zu beleuchten. Anders ausgedrückt, muss eine Antwort auf die folgende Forschungsfrage gefunden werden: *Welche Synergien und Verschränkungen zeigen sich bei der Formulierung von Verantwortlichkeiten im Rahmen der Aushandlung und Implementierung von digitalen Innovationen in der Daseinsvorsorge?*

Hinsichtlich der Artikulation von Verantwortung fällt zuerst ins Auge, dass der klaren Zuweisung von Verantwortung durch die Bürgergesellschaft an die Politik (siehe Kapitel 7.5), keine ebenso eindeutige Artikulation von Verantwortung seitens der übrigen Sektoren (siehe Kapitel 8.5.1) gegenübersteht. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die Experteninterviews insgesamt deutlich komplexere, aber auch diffusere Artikulationen von Verantwortung offenbaren (siehe Kapitel 8.5.2). Die von einem Interviewpartner gewählte Metapher „eines Kindes, was keiner so richtig haben will“, steht dabei sinnbildlich für eine Verantwortungskultur, in der es keine klaren Zuständigkeiten zu geben scheint:

*„Letztendlich sind alle ein bisschen dafür zuständig. Aber es ist wie so ein Kind, was keiner so richtig haben will, vielleicht. Also, natürlich sind wir alle zuständig. Ich habe jetzt das Kind Dorfentwicklung. Dann kann ich einen Bürgermeister haben, der sagt, dass er das Kind annimmt. Und ich nerve die beim Landkreis, dass sie mir helfen, da Geld zu generieren. Und die Politiker spreche ich an, so richtig aktiv, damit mein Kind groß werden kann. Dann gibt es aber auch die, die sagen: "Ja, es ist ein nettes Kind. Ich passe auch mal drauf auf. Aber das wohnt bei dir." [...]“ (Experteninterview 5, 128)*

Zur Annäherung an diese vermeintlich diffuse Ausgangslage scheint es geboten, die Hauptakteure vorausgegangener Innovationen des ländlichen Raums zu identifizieren. Hierzu bieten WALTER u. ZIMMER (2017, 61ff.) einen aufschlussreichen Einblick in die Verantwortungsstrukturen sozialer Innovationen im ländlichen Raum in historischer Perspektive. So konstatieren diese zunächst, dass politisch-administrative, wirtschaftliche, gemeinwohlorientierte und bürgergesellschaftliche Akteure historisch betrachtet schon immer gleichermaßen als Anstoßgeber von Innovationen fungiert haben. Weitergehend nehmen sie eine Differenzierung der Impulsgeber zwischen sozial-orientierten und techniklastigen Innovationen vor. So werden „in nicht technikbezogenen Bereichen“ die hauptverantwortlichen Akteure vergangener Innovationen primär in der Zivilgesellschaft und dem Dritten Sektor verortet. Demgegenüber „[...] wurden Kernbereiche der heutigen kommunalen Daseinsvorsorge mit deutlichem Technikbezug

und hohem Investitionsvolumen, wie etwa Wasserversorgung, Straßenbeleuchtung oder öffentlicher Nahverkehr bzw. damals Straßenbahnen, zunächst durch Unternehmen mit rein wirtschaftlichem Geschäftsinteresse eingeführt“ (Walter, Zimmer 2017, 61f.). Die Kommunen fungierten dabei gleichermaßen als konzeptuelle Rahmengerber oder auch als Investitionspartner, beispielsweise in Form von Public-Private-Partnerships.

Dies verdeutlicht nicht weniger, als dass Innovationen im ländlichen Raum seit jeher nicht bloß von einem Sektor allein bespielt wurden. Bei der Digitalisierung als großer Innovation des frühen 21. Jahrhunderts zeigt sich jedoch zunehmend, dass neuartige Formen der sektorübergreifenden Kooperation gefragt sind, da sie sowohl technischer als auch sozialer Natur ist. Fest steht dabei, dass „der Staat [...] mit dem Anspruch, räumliche Disparitäten auszugleichen, ‚gleichwertige‘ Lebensverhältnisse zu ermöglichen und Lösungen für soziale Problemlagen zu erwirken, als alleiniger Akteur [zunehmend] überfordert [ist]“ (Jähnke et al. 2011, 7). Gleichzeitig muss auch das als Reaktion hierauf entwickelte Paradigma der bürgergesellschaftlichen Responsibilisierung zwangsläufig auf Grenzen stoßen. Denn „die Arbeit im Rahmen von Bürgerschaftlichem Engagement ist freiwillig, sie ist für die engagierten Bürger nur zeitlich begrenzt möglich und muss nahezu ohne finanzielle Ressourcen auskommen“ (Jähnke et al. 2011, 7), was den Umgang mit einer technik- und investitionslastigen Innovation wie der Digitalisierung zwangsläufig erschwert. Zweifelsohne übertragbar ist dies auch auf die Arbeit mit unternehmerischer Verantwortung:

*„Die Bürger...da kommt es drauf an, wen man da fragt. Vielleicht bestimmte Leute. [...] Es gibt ja kaum noch Unternehmer. Und die sind auch alle sehr beschäftigt. So wie ich auch. Ich habe die letzten Jahre zwei Kinder gehabt. Einen Landwirt als Partner. Ich habe nicht noch Zeit, mich im Dorf groß zu engagieren. Ich war froh, dass ich meine Kinder aus dem Bett hatte. [...] Die Nächte dann noch gearbeitet. Und das ist bei allen Unternehmern hier so. Ob die dann noch Zeit haben, sich zu engagieren für das Gemeinwohl? [...]“ (Experteninterview 12, 401)*

Im Umkehrschluss bedeutet dies nicht, dass die Bürgergesellschaft, Privatwirtschaft und der dritte Sektor – überspitzt ausgedrückt – aus der Verantwortung entlassen werden sollten. Vielmehr gilt es, Verantwortung im Rahmen der verfügbaren Ressourcen breiter zu diskutieren und in diesem Zusammenhang die Rolle jedes einzelnen Sektors als Koproduzent von (digitaler) Daseinsvorsorge jenseits seiner „traditionellen“ Kernaufgaben zu reflektieren. Lohnenswert ist hier deshalb ein stärkerer Einbezug von neuartigen Verantwortungsmodellen, wie etwa der Corporate Regional Responsibility oder des Public Entrepreneurship, in die planerischen Debatten (siehe Kapitel 9.2.5).

### 10.3 „Tauben per Alexa mit Wasser versorgen“: die Rolle der Early Adopters

Von wesentlicher Bedeutung dabei, diese neuen Verantwortungs- und Kooperationspraktiken mit Leben zu füllen, sind die Early Adopters. *Auf welche Wissens- und Erfahrungswerte können die Akteure in der Region zurückgreifen?* Die Reflektion des Zusatzes der zweiten Forschungsfrage scheint an dieser Stelle besonders sinnvoll. Denn es zeigt sich eine eindeutige Korrelation zwischen dem Grad des theoretischen und praktischen Wissens eines Akteurs in Bezug auf digitale Innovationen und seine Fähigkeit, als Agent of Change für diese aktiv zu werden (siehe Kapitel 4.3.2, 9.2.1). So zeichnen sich die als Early Adopters identifizierten Interviewpartner durch eine Implementierung digitaler Instrumente im Alltag und/oder Berufsleben aus, die die „durchschnittliche“ Auseinandersetzung signifikant übersteigt:

*„Ja, da sind wir eigentlich bei einem Schlagwort. Man könnte auch sagen: Alexa. Ich denke, es ist ein Schlagwort, was vielleicht viele kennen und auch viele nutzen. Es gibt die Möglichkeit, dass ich per Handy heutzutage meine Heizung zuhause steuern kann. Ich kann damit Licht zuhause steuern. Sogar die Wasserversorgung für Tiere, die man hat, kann man zuhause steuern. [...] Es ist tatsächlich so, dass man die Fische und Tauben per Alexa mit Wasser versorgen kann.“* (Experteninterview 4, 52)

*„[...] Was kommt da auf uns zu? Selbst-Scanning-Kassen. Das wird auch kommen. Ich weiß nicht, ob Sie schon mal was von Easy Shopper gehört haben, wo der Kunde quasi im Einkaufswagen selbst Produkte einscannt und dann nur noch rausgeht und bezahlt. Das Versprechen davon ist, dass der Bezahlvorgang damit nicht länger als 30 Sekunden dauert.“* (Experteninterview 16, 80)

Oftmals ist diese praktische Anwendungskompetenz gepaart mit einer hohen Reputation und Mitteln der Einflussnahme. So gaben die hier ausgewählten Interviewpartner aus Politik (vgl. Experteninterview 4) und Privatwirtschaft (vgl. Experteninterview 16) an, über die Arbeit in Arbeitskreisen, Vereinen oder Wirtschaftsverbänden bereits jetzt Einfluss auf die (digitale) Entwicklung der Region zu nehmen:

*„Das ist das, was ich ehrlich gesagt erwarte in absehbarer Zeit passieren wird. Wir reden da auch nicht mehr über einen Zeitraum von 50 Jahren. Das wird früher stattfinden. Was natürlich auch spannend ist: ich gehöre dem Arbeitskreis Digitalisierung des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes an.“* (Experteninterview 4, 16)

*„Ich bin Vorstand der Initiative Sulingen. Das ist die ehemalige Werbegemeinschaft Sulingen, die hier die Vereinigung der Sulinger Wirtschaftstreibenden ist und für ganz viele Dinge hier in der Stadt sorgt. Und als Kommunikationsplattform zwischen Wirtschaft und Stadt, beziehungsweise Politik, da ist.“* (Experteninterview 16, 176)



Diese Kapitalien machen die Early Adopters zu unverzichtbaren Schlüsselakteuren, wenn es um die praktische Ausgestaltung innovativer Verantwortungs- und Kooperationspraktiken geht. Denn zum einen verfügen sie über das notwendige Sozialkapital, um maßgeblich zur Akzeptanzsteigerung von Innovationen in ihrem regionalen Umfeld beizutragen. Zum anderen können Sie häufig auf die notwendigen monetären Ressourcen zugreifen, um anfallende Kosten in der kritischen Frühphase einer Innovation zu stemmen.

Zugleich zeigt sich hieran erneut, dass die Identifikation von Verantwortlichkeiten im Sinne der zweiten Forschungsfrage von einem starren, sektoralen Denken eher gehemmt, denn gefördert wird. Vielmehr zeichnet sich immer mehr ab, dass einzelne Akteure in die Rolle von Innovatoren treten und in ihrem regionalen Umfeld wichtige Stimulationen erwirken. Die Frage nach der sektoralen Zugehörigkeit dieser Akteure scheint dabei in den Hintergrund zu treten, während persönliche Eigenschaften an Bedeutung gewinnen (siehe Kapitel 4.1.4, 9.2.1). Unterstrichen wird dies durch die Tatsache, dass in jedem Sektor, wie hier die Privatwirtschaft, gleichermaßen solche Persönlichkeiten identifiziert wurden, die die Einführung digitaler Instrumente aktiv propagierten und solche, die dem eher skeptisch gegenüberstanden:

*„[...] Und auch was ich mir vorstellen kann, ist, dass die Leute im Ort sich anmelden oder Interessierte sich über E-Mails oder irgendwie über Apps hier bei uns einen Termin machen oder auf die Warteliste eintragen. [...]“* (Experteninterview 14, 195)

*„Ich denke an meine Rentner, die ich immer fahre. Die wollen keine Digitalisierung. Man will ja den persönlichen Kontakt. Hier hat man hat ja wenig Kontakt. Das ist ja dieses Sich-Eben-Noch-Mal-Treffen oder den Arzt noch was fragen. [...]“* (Experteninterview 12, 304)

Dennoch darf die sektorale Zugehörigkeit der Akteure nicht gänzlich vernachlässigt werden. Denn die Experteninterviews haben an verschiedenen Stellen deutlich aufgezeigt, dass die Innovationsfähigkeit jedes einzelnen Akteurs letztlich immer in ein Zusammenspiel der sektoralen Systemstärken und –Schwächen eingebettet ist. So muss ein politischer Akteur in seinem Handeln immer auch die Legitimation gegenüber der Wählerschaft berücksichtigen (siehe Kapitel 9.2.2). Gleichzeitig ist ein Unternehmen bei der Einführung digitaler Innovationen, wie etwa einem Online-Bestell- und Lieferservice, zwangsläufig darauf angewiesen, schwarze Zahlen zu schreiben (siehe Kapitel 9.2.3). Ein Verein oder eine sozial ausgerichtete Einrichtung hingegen muss zumeist knappe Ressourcen und Formen sozialer Verantwortung im Handeln abwägen (siehe Kapitel 9.2.4).

#### 10.4 „Sich trauen, Dinge anzuschieben“: Handlungsempfehlungen für die Zukunft

Die Frage, die sich aus den obigen Ausführungen ergibt, spiegelt zugleich die letzte Forschungsfrage wieder: *Wie lässt sich eine konsensgetragene Adoption und Diffusion digitaler Innovationen im Sinne einer selbstorganisierten, eigenverantwortlichen Koproduktion gewährleisten? Allein schon aus dem normativen Selbstverständnis einer Regionalentwicklung heraus, die ultimativ das Ziel verfolgt, „[...] eine als positiv angesehene (wirtschaftliche, gesellschaftliche) Veränderung [...]“ (Heintel 2018, 2008) herbeizuführen, gebührt es sich, die Digitalisierung der Daseinsvorsorge nicht bloß passiv zu beobachten, sondern aktiv zu gestalten. Denn auf dem Spiel steht hierbei nicht weniger als die zukünftige Ausgestaltung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse (siehe Kapitel 3.2.3). Anders ausgedrückt, sollte die Regionalentwicklung „sich trauen, Dinge anzuschieben“:*

*„[...] Ich glaube, da muss man sich auch trauen, Dinge anzuschieben, auch wenn sie erst mal nicht genutzt werden. Also, zu sagen, wir geben etwas vor und bieten Möglichkeiten. Da müssen wir uns irgendwie aus dem Fenster lehnen und sagen, wir bieten da was. Das ist so meine Erfahrung, dass sich dann die [...] Bevölkerung langsam dahinbewegt. Also, ich glaube, darauf zu warten, dass von den Einwohnern, der Wunsch geäußert wird, dass sie es nutzen wollen [...]; da wartet man ewig drauf. Denn die Leute haben sich hier arrangiert mit den Strukturen. [...] Das ist ja auch menschlich. [...]“ (Experteninterview 10, 52)*

Nachfolgend möchte es sich die vorliegende Arbeit deshalb zum Anlass nehmen, aus den gewonnenen Erkenntnissen drei Lehren zu ziehen, die der Regionalentwicklung dabei helfen können, aktiv auf den digitalen Wandel der ländlichen Daseinsvorsorge einzuwirken und dabei „[...] der Koordination und reflexiven Auseinandersetzung von differenzierten Perspektiven und Interessen [...]“ (Heintel 2018, 2009) gerecht zu werden.

##### Digitalisierung jenseits von Breitband

Die durchgeführten Interviews haben aufgezeigt, dass vor allem die Bürgergesellschaft, aber in geringerem Umfang auch die übrigen Sektoren Digitalisierung mit digitalen Infrastrukturen, beziehungsweise der Breitbandversorgung, gleichsetzen. Dieses Denkmuster ist aus verschiedenen Gründen kontraproduktiv für regionale Entwicklungsprozesse, die der Bedeutung einer sektorübergreifenden Responsibilisierung und dem Einsatz digitaler Innovationen gleichermaßen Rechnung tragen wollen.

Zum ersten fördert die obige Gleichsetzung ein Verständnis von Digitalisierung, in dem die Überzeugung, selbst Einfluss nehmen zu können, von der Vorstellung einer komplexen, unnahbaren Technik überlagert wird. Diese geringe Selbstwirksamkeitsüberzeugung mit der damit einhergehenden, einseitigen Zuweisung von Verantwortung an die Politik („die da oben“), kann einer querschnittsbetonten Regionalentwicklung mittelfristig nur schaden (siehe Kapitel 9.14). Zudem kann die hiermit korrelierende Forderung eines Breitbandausbaus „[...] im Sinne eines vorzeigbaren Erfolges der Regionalentwicklung [...] auf kleinräumiger Maßstabsebene [...]“ (Heintel 2018, 2008) nur bedingt realisiert werden, da es sich um eine davon losgelöste, längerfristige Strategie handelt.

Zum anderen wird durch eine einseitige Gleichsetzung von Digitalisierung mit digitaler Infrastruktur der Bezugsrahmen auf eine großmaßstäbige und zugleich investitions- und techniklastige Ebene verlagert. Dies führt dazu, dass Digitalisierung häufig abseits des sozialen Nahraums verortet wird, obwohl sie sich primär in diesem abspielt. SCHRÖDER (2017, 206) hat diesbezüglich für das Sulinger Land bereits anschaulich dargestellt, dass die Einforderung von bürgerschaftlichem Engagement in einem stark sichtbaren Infrastrukturbereich, wie beim Breitband definitiv der Fall, durchaus zu negativen Konnotationen führen kann. Gleichzeitig wird Engagement im sozialen Nahraum, wie etwa der Nachbarschaft oder im Verein häufig als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Es erscheint deshalb geboten, die Digitalisierung im Rahmen von Regionalentwicklungsprozessen stärker auf jenen Nahraum zu projizieren.

Die kommunikative Betonung von Digitalisierung „jenseits von Breitband“ kann Verunsicherungen nehmen und fördert die Wahrnehmung von Digitalisierung als festen Alltagsbestandteil. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Bürgerinnen und Bürger des Sulinger Landes dem Einsatz digitaler Instrumente vor allem in jenen Kontexten aufgeschlossener gegenüberstanden, zu denen sie alltagsrelevante Bezüge herstellen konnten. So gaben vor allem Personen, die bereits vom Anruf-Sammeltaxi oder vom (inzwischen eingestellten) Lieferservice aus Sulingen Gebrauch machten an, sich grundsätzlich auch die Nutzung entsprechender Bestell-Applikationen vorstellen zu können (siehe Kapitel 7.4.2, 9.1.1). Eine solche Kopplung von Digitalisierung und Alltag kann damit letztlich auch dazu beitragen, eine Überleitung von der Digitalisierung der privaten zur öffentlichen Sphäre zu finden. Denn am Ende vermag es die Nutzung von Datenvolumen für private Unterhaltungszwecke zwar, den Alltag mit mehr Komfort zu füllen. Allerdings kann dies allein noch nicht als „smarte“ Daseinsvorsorge im Sinne einer bedarfsgerechten, intelligenten Vernetzung von Versorgungssystemen verstanden werden (siehe Kapitel 2.3, 2.4).

Um den involvierten Akteuren ein Verständnis von Digitalisierung zu vermitteln, das auch diesem vernetzten, multi-systemischen Charakter gerecht wird, darf durchaus die Frage aufgeworfen werden, wie ein Leben ohne digitale Medien aussähe:

*„Wenn ich mir jetzt hier ein Leben ohne digitale Möglichkeiten vorstelle, glaube ich...Ich kann das letzten Endes nicht beurteilen, weil ich nicht hier aufgewachsen bin. Aber ich glaube, wir würden wieder in sehr enge Strukturen zurückkehren, wo wenig Austausch allein schon über die Dorfgrenze hinaus stattfindet. Und ich glaube, dadurch würde es ärmer werden an Einflüssen und Möglichkeiten. Also, was jetzt schon durch die digitalen Möglichkeiten an Ideen reinkommen, an geistiger Entwicklung, sage ich mal, spielt auch eine Rolle. [...]“ (Experteninterview 10, 76)*

### Verantwortung neu denken

Die im Rahmen der empirischen Forschung offengelegten, diffusen Verantwortungslogiken gepaart mit den Erkenntnissen um die Innovationsdynamiken im regionalen System (siehe Kapitel 4.3) zeigen, dass es nur bedingt zielführend ist, die primäre Verantwortung für die Digitalisierung der ländlichen Daseinsvorsorge einem spezifischen Sektor zuzuordnen. Vielmehr gilt es, ein Verständnis darüber zu schaffen, dass nur durch ein Zusammenspiel aller involvierten Sektoren eine ganzheitliche Digitalisierung der Daseinsvorsorge erzielt werden kann. Auf kommunikativer Ebene sollte es deshalb vermieden werden, die Responsibilisierung eines einzelnen Sektors zu einseitig zu bedienen (siehe Kapitel 9.1.4).

Vielmehr sollte der Blick durchaus auch abseits traditioneller Sektorengrenzen auf Akteure gerichtet werden, die in ihrer Rolle als Early Adopters bereits jetzt Innovationen implementieren und/oder neue Verantwortungs- und Kooperationspraktiken forcieren. Hierzu muss keinesfalls allein Best-Practice außerhalb der Region bemüht werden. So konnten beispielsweise auch im Sulinger Land Kooperationspraktiken ausgemacht werden, die neuartigen Verantwortungsmodellen entsprechen (siehe Kapitel 9.2.2-9.2.5). Durch die Identifikation solcher Praktiken können realistische Szenarien darüber entwickelt werden, wie andernfalls Abstrakte Zielsetzungen, wie etwa die Einführung einer Mobilitäts-App für das Sulinger Land oder eine digitalisierte Vereinszusammenarbeit, kooperativ und innovativ in die Tat umgesetzt werden können. Denn letztlich kann nur so das Potential einer Vielzahl an Projektansätzen realisiert werden, die andernfalls aufgrund der inhärenten Systemschwächen der verschiedenen Sektoren nicht umgesetzt würden (siehe Kapitel 4.2.1). Aus der Sicht eines Taxiunternehmens besteht naturgemäß Unsicherheit darüber, „wie hoch die Kosten auch wären für die Digitalisierung des Anruf-Sammeltaxis“ (Experteninterview 12, 263). Ein Verein wiederum hat „echt Probleme [...], Leute zu finden, die [solche] Aufgaben übernehmen“ (Experteninterview 9, 163).

### Digitalisierung mit Maß

Trotz aller Betonung der Vorteile von digitalen Instrumenten in der Daseinsvorsorge, hat insbesondere die Haushaltsbefragung deutlich aufgezeigt, dass eine digitale, ländliche Daseinsvorsorge bei weitem nicht alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen erreicht (siehe Kapitel 7.4, 9.1.1). Demnach darf Digitalisierung niemals als „ausschließlicher Weg“ verstanden werden. Vielmehr sollte sie etablierte Versorgungsstrukturen im Sinne eines „gesunden Mittelwegs“ sinnvoll ergänzen, um jedem „die Chance zu geben, dabei zu sein“:

*„Auch wieder ein Ja mit einem ganz kleinen Nein sicherlich auch dahinter. [...] Das heißt, hier werde ich eine Zeit lang auch zweigleisig arbeiten müssen. Deswegen auch das kleine Nein. Damit wir auch jedem die Chance geben, dabei zu sein. Und sonst, wenn ich dann eine Reihe von [...] Bürgern ausschließe, weil es nur noch digital geht, dann ist es nicht grade ein Gewinn von Lebensqualität. [...]“* (Experteninterview 1, 76)

*„[...] Und ich denke mal, es ist auch in vielen Bereichen eine ganz gelungene und wichtige Entwicklung, die hier passiert ist in den letzten Jahren. Es ist für viele Sachen sehr hilfreich. Ich finde es einfach nur ungünstig, dass als ausschließlichen Weg zu sehen. Oder es zu übertreiben. So wie in vielen Bereichen. Ein gesunder Mittelweg ist in jedem Fall ideal.“* (Experteninterview 13, 84)

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass es sich bei der Digitalisierung der Daseinsvorsorge um ein höchst sensibles und auch kontroverses Thema handelt, dass auf kurz oder lang den Lebensalltag aller Menschen maßgeblich prägen wird, egal ob sie Digitalisierungsprozesse begrüßen oder diese ablehnen. Eine Regionalentwicklung, die eine „gerechte“ Auseinandersetzung mit allen Perspektiven und Interessen anstrebt, muss deshalb auch jene Standpunkte anerkennen, die sich (mehr oder weniger explizit) gegen die Digitalisierung aussprechen und diese nicht vorschnell der Kategorie der „Gestrigen“ zuordnen.

Auch wurde deutlich, dass nicht alle Digitalisierungsmaßnahmen von Erfolg gekrönt sein müssen. Der eingestellte Bestell- und Lieferservice aus Sulingen steht dabei sinnbildlich dafür, dass nicht jede Innovation, egal wie groß ihr Mehrwert in der Theorie sein mag, praktisch in die Rahmenstrukturen einer ländlichen Region einzubetten ist:

*„[...] Wir waren ja, glaube ich, sechs Jahre mit dem Lieferservice dabei. Es war so, dass wir vom Durchschnittseinkauf zufrieden waren. Aber aufgrund der ländlichen Situation mit den Wegstrecken und des zeitlichen Aufwands der Kommissionierung; das hat uns das ganze Modell als nicht finanzierbar erscheinen lassen. Das war so.“* (Experteninterview 16, 20)

Demnach würde ein Verständnis von Digitalisierung als „Allheilmittel um jeden Preis“ den komplexen Wirklichkeiten in vielen ländlichen Regionen nicht gerecht werden und vielmehr das Gegenteil dessen bewirken, was Digitalisierung eigentlich zu leisten vermag. Nämlich eine Verschärfung der sozioökonomischen Disparitäten auf kleinräumiger Ebene zwischen jenen, die sich aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Kapitalien die Digitalisierung zunutze machen können und jenen, deren Teilhabe bereits jetzt fragil ist (siehe Kapitel 7.6). Bei der zukünftigen Ausgestaltung einer digitalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum muss deshalb trotz aller Fortschrittseuphorie immer auch angemessene Vorsicht geboten sein.

### **10.5 Ausblick: „Kooperativ, innovativ & digital“**

Die empirische und theoretische Forschung der vorliegenden Arbeit folgte im Kern zweierlei Argumentationssträngen, deren Zusammenführung durch die Forschungsfragen angestrebt wurde; diese da lauten:

1. Analyse ländlicher Räume als komplexe, soziotechnische Systeme
2. Analyse der Digitalisierung als multiperspektivischer Innovationsprozess

Diese zwei Erkenntnisse ließen sich relativ nüchtern lesen, tragen aber in ihrer Symbiose weitreichende Konsequenzen hinsichtlich der aktuellen wie auch zukünftigen Entwicklung ländlicher Räume als Wohn- und Wirtschaftsstandorte. Insbesondere die digitale Ausgestaltung der ländlichen Daseinsvorsorge ist heute mehr denn je eingebettet in ein Spannungsfeld, das sich zwischen kollektiver Verantwortlichkeit, Selbststeuerung und digitaler Innovationsdynamik entfaltet. Die Erforschung der sektoralen Synergien und Verschränkungen in diesem Spannungsfeld steht noch am Anfang. Demnach bestätigen die hier gelieferten Befunde, dass die wissenschaftlichen und methodischen Ansätze des Projektes *„Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“ - Untersuchungs- und Handlungskonzept für den Einsatz digitaler Innovationen im ländlichen Raum am Beispiel des Sulinger Lands*“, die im Rahmen der vorliegenden Doktorarbeit wieder aufgegriffen und vertieft wurden, auf akute Forschungsbedarfe in den Raum- und Sozialwissenschaften fußen.

Gleichwohl muss betont werden, dass die vorliegenden Untersuchungen nur Erklärungsversuche sein können und dabei zweifelsohne Restriktionen unterliegen, da sie sich räumlich auf das Sulinger Land beschränken und auch methodisch nicht alle sektoralen Positionen in gleichem Umfang herausarbeiten können. So fokussiert die Methodik stark die Analyse subjektiv-akteuraler Verantwortungs- und Rollenverständnisse durch qualitative Methoden, was

sich im Kontext der hier ausgearbeiteten Forschungsfragen als durchaus sinnvoll erwiesen hat. Hinzu kommt, dass insbesondere die Interviews mit Akteuren aus Politik, öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und drittem Sektor zwar einen validen Querschnitt der akteuralen Gesamtdynamik des Sulinger Landes abbilden, aber nicht unbedingt die strukturellen Besonderheiten und spezifischen Machtstrukturen anderer regionaler Kontexte widerspiegeln müssen.

Als Forschungsbedarf ließen sich hier vor allem vergleichende Betrachtungen ländlicher Räume identifizieren, die gegenwärtig etwa eine Entwicklung hin zu Smart Regions oder digitalen Dörfern durchlaufen oder aber ähnlich wie das Sulinger Land ihre digitalen Handlungsmöglichkeiten zunächst erproben wollen.

Zugleich erhebt diese Arbeit keinerlei Anspruch, konkrete Lösungsansätze als Antwort auf die beschriebenen Probleme zu liefern. Sie kann im besten Fall auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse Handlungsempfehlungen an diejenigen aussprechen, die die Geschicke der ländlichen Daseinsvorsorge aus unterschiedlichsten Positionen heraus lenken. Bei der Überführung dieser Empfehlungen in praktisches Handeln ist zweifelsohne Interdisziplinarität gefragt. Denn bereits jetzt zeigt sich, dass Konzepte, wie etwa Corporate Regional Responsibility oder Public Entrepreneurship, die ihrem Wesen nach in den Wirtschaftswissenschaften oder genauer gesagt der Entrepreneurship-Forschung zu verorten sind, das Potential besitzen, die digitale Ausgestaltung ländlicher Daseinsvorsorge um neue Formen verantwortungsvollen Handelns zu bereichern.

Aus der Perspektive der Regionalentwicklung von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang vor allem die Befähigung von Akteuren, sich gemäß solch neuer Verantwortungsmodelle in den regionalen Kontext einzubringen und damit die Adoption und Diffusion von Innovationen zu begünstigen. Hier dominieren bis heute Maßnahmen, die die Responsibilisierung der Bürgergesellschaft - etwa in Form von Dorfmoderatoren – forcieren. Initiativen, die hingegen etwa gezielt auf die Kompetenzsteigerung und Verantwortungsübernahme von Unternehmen oder der öffentlichen Verwaltung in regionalen Entwicklungsprozessen abzielen, sind bis heute in keinem nennenswerten Umfang zu beobachten.

Wenn die vorliegende Arbeit aber eines gezeigt hat, dann ist es, dass das Narrativ der responsabilisierten Bürgergesellschaft ebenso wie die Vorstellung des „starken Staates“ bei der digitalen Ausgestaltung der ländlichen Daseinsvorsorge an Grenzen stößt und neuartige Formen von Verantwortung und Kooperation an Relevanz gewinnen (müssen) - *kooperativ, innovativ & digital*.

## **11. Nachtrag: pandemiebedingte Innovationsschübe in der ländlichen Daseinsvorsorge**

Die vergangenen zwei Pandemiejahre haben zu ungeahnten Digitalisierungsschüben in vielen Gesellschaftsbereichen geführt. Damit einher gingen auch weitreichende Auswirkungen auf die ländliche Daseinsvorsorge, die zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Arbeit aufgrund der allgemeinen Prozessdynamik nur bedingt theoretisch und methodisch aufgegriffen werden konnten. Dieser Nachtrag verfolgt deshalb das Ziel, rückwirkend den Pandemie- beziehungsweise Krisenbegriff in das theoretisch-konzeptionelle Framework dieser Arbeit einzubetten (siehe Kapitel 11.1), einen aktuellen Überblick über pandemiebedingte Innovationsschübe und ihre Auswirkungen auf die ländliche Daseinsvorsorge zu geben (siehe Kapitel 11.2) sowie abschließend neue Perspektiven der Regionalentwicklung aufzuzeigen (siehe Kapitel 11.3).

### **11.1 Katastrophe, Krise, Transformation**

Die Innovationsforschung bildete neben der Governance-Forschung einen zentralen Bestandteil des theoretisch-konzeptionellen Frameworks dieser Arbeit. Nachfolgend soll deshalb beleuchtet werden, welche Rückschlüsse sich aus aktuellen Diskursen der Innovationsforschung auf die Corona-Pandemie ziehen lassen. Hierbei fällt schnell auf, dass der Krisenbegriff als soziologischer Terminus nur sehr bedingt aufgegriffen wird, wohl aber der Begriff der Katastrophe.

Die Innovationsforschung blickt auf eine lange Tradition an Auseinandersetzung mit dem Katastrophenbegriff zurück. Bereits Schumpeter selbst betonte gleichermaßen die erschaffenden wie auch zerstörenden Kräfte einer Innovation. Dennoch hat sich bis heute keine dominierende Begriffstradition herausgebildet. Fragen, die mitunter noch immer kontrovers diskutiert werden, betreffen die technische Regelmäßigkeit, die wissenschaftliche Gesetzmäßigkeit sowie die soziale Verursachung von Katastrophen (vgl. Potthast 2021, 366f.).

Hinsichtlich des Verhältnisses einer Katastrophe und ihres Innovationspotentials wird häufig ihre Zeitstruktur sowie die Intensität ihrer öffentlichen Wahrnehmung betrachtet. Eine Katastrophe, als signifikante Abweichung von einer sozio-technischen Regelmäßigkeit, ist einer limitierten Zeitstruktur unterworfen. Demnach lenken Katastrophen zwar vermehrt Aufmerksamkeit auf „(...) wissenschaftliche und technische Experimente inmitten und am Gegenstand der Gesellschaft (...)“ (Potthast 2021, 364). Gleichzeitig jedoch bestehe die reelle Gefahr, dass sich die unverhofften Einblicke in das Innovationsgeschehen rasch wieder der Aufmerksamkeit entziehen. Hieran wird deutlich, dass es für den Kontext dieser Arbeit eine Abgrenzung vom Katastrophenbegriff zum soziologischen Krisenbegriff bedarf:



*„Unter Krise versteht man jenen Zustand der Gesellschaft bzw. zentraler gesellschaftlicher Bereiche (Wirtschaft, Bildungswesen, Sozialstaat), in dem unter Zeitdruck schwierige Probleme der Anpassung, der Koordination und ggf. der Strukturveränderung und Systemerhaltung zu lösen sind (gr. krisis = „Entscheidung“; „entscheidende Wende“).“* (Schäfers 2018, 245)

Während sich die Innovationsforschung dem Katastrophenbegriff oftmals vom Kompositum des Katastrophenschutzes nähert und dabei insbesondere die sozialwissenschaftliche Analyse solcher technischen Innovationen in den Blick nimmt, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Bewältigung entsprechender Gefahrenlagen stehen (vgl. Potthast 2021, 370), braucht es für eine Annäherung an die Corona-Pandemie einen ganzheitlichen, gesellschaftstransformativen Blickwinkel.

Hier erweist sich der soziologische Krisenbegriff als guter Ausgangspunkt. In Kontrast zur temporären Katastrophe beschreibt dieser einen Prozess der gesellschaftlichen Transformation, welcher sich bedingt durch externe Faktoren unter Zeitdruck vollzieht. Eine solche Gesellschaftstransformation zeichnet sich durch Änderungen der Basisinstitutionen eines Sozialsystems aus. Subsumiert werden hierunter grundlegende handlungsstrukturierende Gewohnheiten und Regelsysteme, wie etwa mentale Modelle, Lebensformen, kulturelle und wirtschaftliche Praktiken, etc. (vgl. Kollmorgen et al. 2015, 22ff.).

Und nicht weniger ist in den letzten zwei Pandemie Jahren geschehen. Hygienemaßnahmen haben Praktiken des gesellschaftlichen Miteinanders auf die Probe gestellt, die eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Sozialstaates sowie die Vulnerabilität der globalisierten Weltwirtschaft wurden schonungslos offengelegt. Auf systemischer Ebene gilt es, diesen Prozessen durch Maßnahmen der Anpassung und Koordinierung zu begegnen. Bezogen auf die Frühphase der Corona-Pandemie lassen sich diese Handlungsmuster wie folgt charakterisieren (vgl. Bundesregierung 2020):

1. Verminderung des Infektionsgeschehens durch Einschränkung des öffentlichen Lebens (Lockdowns), Umsetzung von Hygienemaßnahmen (3G-Regeln) und den Einsatz von Tracking-Apps (Luca, Corona-Warnapp)
2. Staatliche Subventionen zur Abmilderung der Folgen für Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte und Unternehmen
3. Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zur Entwicklung, Zulassung und Distribution von Impfstoffen

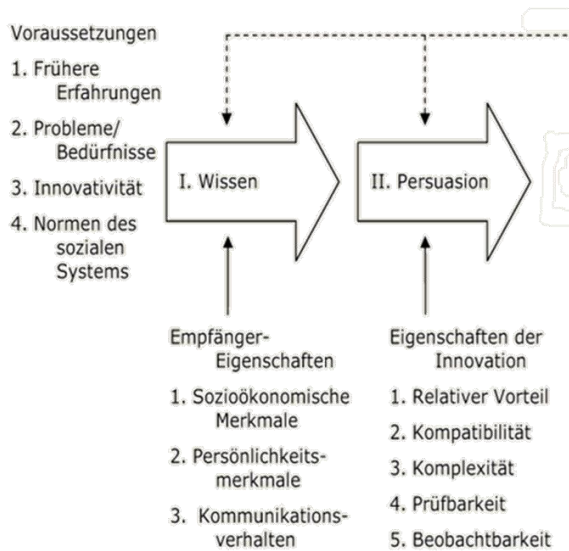


Abbildung 119: Frühphase des Innovations-Entscheidungsprozesses, entnommen aus: Karnowski, Kumpel 2016, 100 nach Rogers 2003, 170

Doch welche Auswirkungen lassen sich aus den pandemieinitiierten Maßnahmenkatalogen für die Adoptionsdynamik digitaler Innovationen, deren Rolle innerhalb der Pandemie so signifikant an Bedeutung gewonnen hat, ableiten? Auf der linken Seite ist ein Ausschnitt des Innovations-Entscheidungsprozesses nach ROGERS (2003, 170) zu sehen (siehe Kapitel 4.1.4). In der Frühphase dieses Entscheidungsprozesses kommen vor allem den Eigenschaften des Innovations-Empfängers und der Innovation selbst eine große Bedeutung zu.

Es ist davon auszugehen, dass die digitalen Innovationsschübe der vergangenen zwei Pandemiejahre nicht das Ergebnis substantieller Fortschritte des technisch Möglichen waren. Ebenso wenig dürften sich Einstellungen, Wissen und Kompetenzen der Innovations-Empfänger in einer Weise verändert haben, die die Tragweite der Innovationsschübe erklären ließe. Wohl aber hat sich bedingt durch die zuvor beschriebenen staatlichen Maßnahmen der Druck, der aus der Nicht-Adoption gewisser Innovationen hervorgeht, um ein Vielfaches erhöht. Vor dem Hintergrund dieses Adoptionsdruckes konnten innerhalb kurzer Zeit enorme Digitalisierungsfortschritte in der Arbeitswelt, dem Bildungswesen, der Kulturbranche, dem Gesundheitswesen und vielen anderen Bereichen erzielt werden. Bei der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen Krise und Innovation innerhalb spezifischer Branchen oder Gesellschaftsbereiche lassen sich zwei zentrale Prozessmuster erkennen:

### 1. Krisen als Katalysator von Innovationen:

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher und technologischer Handlungsbedarfe wird intensiviert und die Entwicklung entsprechender Lösungen dadurch beschleunigt. Die Diffusion von einzelnen Innovationen wiederum wird durch stetig wachsende (ökonomische und soziale) Kosten, die aus der Ablehnung dieser für das Individuum entstehen, begünstigt (vgl. Potthast 2021, 364).

### 2. Krisen als „Brennglas“ bestehender Problematiken

Gleichzeitig entfalten bereits vor der Krise bestehende Problematiken, wie etwa eingeschränkte staatliche Handlungsspielräume oder Mängel der digitalen Infrastruktur, eine neue Tragweite (vgl. Eilfort 2021, 289ff.).

## 11.2 Beispiele pandemiebedingter Innovationsschübe

Nachfolgend soll ein exemplarischer Überblick über pandemiebedingte Innovationsschübe in zentralen Bereichen der ländlichen Daseinsvorsorge gegeben werden. Aufgrund der insgesamt hohen Prozessdynamik können die folgenden Betrachtungen keinen Anspruch auf eine vollumfassende Berücksichtigung aller daseinsvorsorgerelevanten Teilprozesse leisten.

### Ortsunabhängiges Arbeiten

Für viele Menschen die wohl folgenreichste Auswirkung der Pandemie betrifft die Arbeitswelt. Während die digitale, ortsunabhängige Arbeit für den Großteil der deutschen Unternehmen vor Ausbruch der Pandemie noch ein eher theoretisches Konzept darstellte, gaben im Jahr 2020 fast 50 Prozent der deutschen Erwerbstätigen an, im Homeoffice arbeiten zu können (vgl. BMWI 2021, 6). Studien legen nahe, dass die Homeoffice-Nutzung nach Ende der Pandemie deutlich über dem Ausgangsniveau von 12,5% liegen dürfte (vgl. Bonin et al. 2020).

Einhergehend mit der Diffusion der Homeoffice-Nutzung werden von Unternehmen und Beschäftigten Erwartungen an die Möglichkeiten einer digitalen und zunehmend ortsunabhängigen Arbeitswelt geknüpft. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung mit dem Titel „Arbeitsbedingungen und Zusammenhalt in der Coronakrise“ legt offen, dass sich viele Beschäftigte bereits im „New Normal“ ihrer digitalen Arbeitswelt eingerichtet haben. Gleichwohl ist das zukünftige Gelingen von Homeoffice als neuem Arbeitsmodell noch immer von vielen Faktoren abhängig (vgl. Feinstein et al. 2021, o.S.).

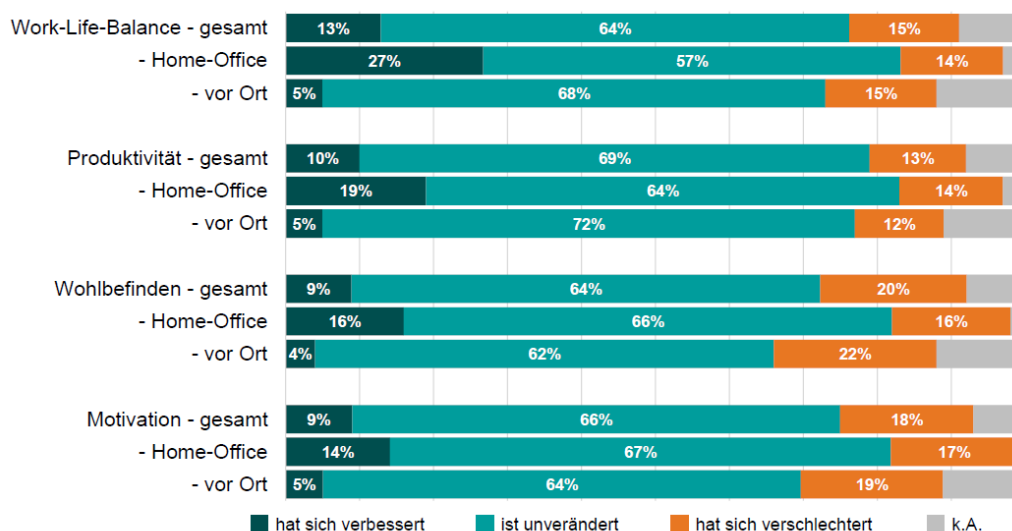


Abbildung 120: Wahrnehmung der Entwicklung von Rahmenbedingungen in Unternehmen, entnommen aus: Feinstein et al. 2021, o.S.

Die Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass das Homeoffice gegenüber der Arbeit vor Ort in Bezug auf die Work-Life-Balance, Produktivität, das Wohlbefinden und die allgemeine Motivation von den Beschäftigten positiver bewertet wird (siehe Abbildung 120). Gleichwohl zeigt die Studie Konfliktlinien auf: „[...] 23 Prozent geben an, dass es ihnen schwerfällt, nach der Arbeit abzuschalten und 20 Prozent der Befragten haben zunehmend Schwierigkeiten damit, Privatleben und Beruf zu trennen – Beschäftigte im Homeoffice noch mehr.“ (Feinstein 2021, o.S.).

Obwohl Antworten auf diese Problematiken zweifelsohne nicht alleine in den Unternehmen selbst gesucht werden müssen, sondern vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Reaktion erfordern, wird es dennoch die Verantwortung der Arbeitgeber sein, die Rahmenbedingungen für das zukünftige Gelingen ortsunabhängiger Arbeitsmodelle zu schaffen. Hier zeigt sich, dass viele Unternehmen nach zwei Pandemie Jahren noch keine holistische Strategie entwickelt haben, wie sie mit der Flexibilität postpandemischer Arbeitsformen umgehen wollen. Die Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass nur etwa die Hälfte der Beschäftigten die Meinung vertritt, dass ihr Unternehmen eine adäquate Strategie zur langfristigen Ausgestaltung moderner Arbeitsprozesse habe. Dahingehende Führungs- und Personalstrategien könnten sich für Unternehmen aber als essentiell erweisen, denn „die intelligente Nutzung und Einbettung flexibler Arbeitszeiten und Bürogestaltungsmodelle in die Unternehmenskultur wird zunehmend zu einem wichtigen Wettbewerbsvorteil im Kampf um Talente werden.“ (Feinstein 2021, o.S.)

Neben dem Homeoffice wird insbesondere auch das Coworking als Revitalisierungschance für ländliche Regionen vor dem Hintergrund verschiedener Prozessdynamiken verstärkt diskutiert: temporäre Abwanderung (Pendeln), dauerhafte Abwanderung (Landflucht), Leerstand (vgl. Werther 2021, 97). Eine im Jahr 2020 im Auftrag von der Bertelsmann Stiftung durchgeführte, bundesweite Untersuchung ländlicher Coworking-Spaces legt erstmalig deren Bandbreite offen: „[...] Coworking klassisch, Pendlerhafen, Bottom Hub, Retreat, Workation, Neue Dorfmitte sowie Wohn- und Arbeitsprojekte“ (Lietzau et al. 2021, 100). Die inhaltliche Heterogenität des ländlichen Coworking ist gleichzeitig ein Indiz dafür, wie vielfältig und regional variabel die strukturellen Problematiken sind, auf die es zu reagieren versucht.

Gleichzeitig verdeutlichen die Profile ländlicher Coworking Spaces ihre Zielgruppenorientierung in der Form eines kreativ-wissensbasierten Milieus. Traditionell ländliche Sektoren, wie etwa die Land- und Forstwirtschaft oder aber die Industrie, werden hingegen vermeintlich nur geringfügig von den Möglichkeiten des Coworking profitieren können. Denn

„eine Eigenschaft der Kreativen Klasse [...] ist die räumliche Unabhängigkeit bei der Erbringung der Arbeitsleistung“ (Hölzel & de Vries 2021, 117 nach Florida 2004, 149). Traditionell bevorzugen Angehörige der Kreativklasse ein urbanes Umfeld aufgrund der höheren Dichte an Bildungsmöglichkeiten, qualifizierter Arbeitsplätze sowie kultureller Angebote. Ausgelöst durch steigende Mieten sowie der Verknappung von Wohnraum und öffentlicher Ressourcen (Grünflächen, Schulen, Kinderbetreuung) verlieren Großstädte mitunter an Attraktivität für jene Gruppe. Coworking Spaces können deshalb eine reelle Chance sein, ländliche Räume als Alternative zu urbanen Zentren zu stärken und diese insgesamt zu beleben (vgl. Hölzel & de Vries 2021, 122). Schlussfolgernd hieraus könnte die Feststellung lauten, dass Coworking-Spaces zwar grundsätzlich Potentiale der Attraktivitätssteigerung für ländliche Regionen be-reithalten, aber „[...] auf Dauer allenfalls für eine kleine Minderheit [der] Knowledge Worker geeignet sein dürften“ (Bauer et al. 2017, 24).

Eine im November 2020 erschienene Studie der Bertelsmann Stiftung mit dem Titel „Coworking im ländlichen Raum: Menschen, Modelle, Trends“ scheint die Vorstellung einer engmaschigen, akademischen Zielgruppe jedoch zumindest in Teilen zu widerlegen:

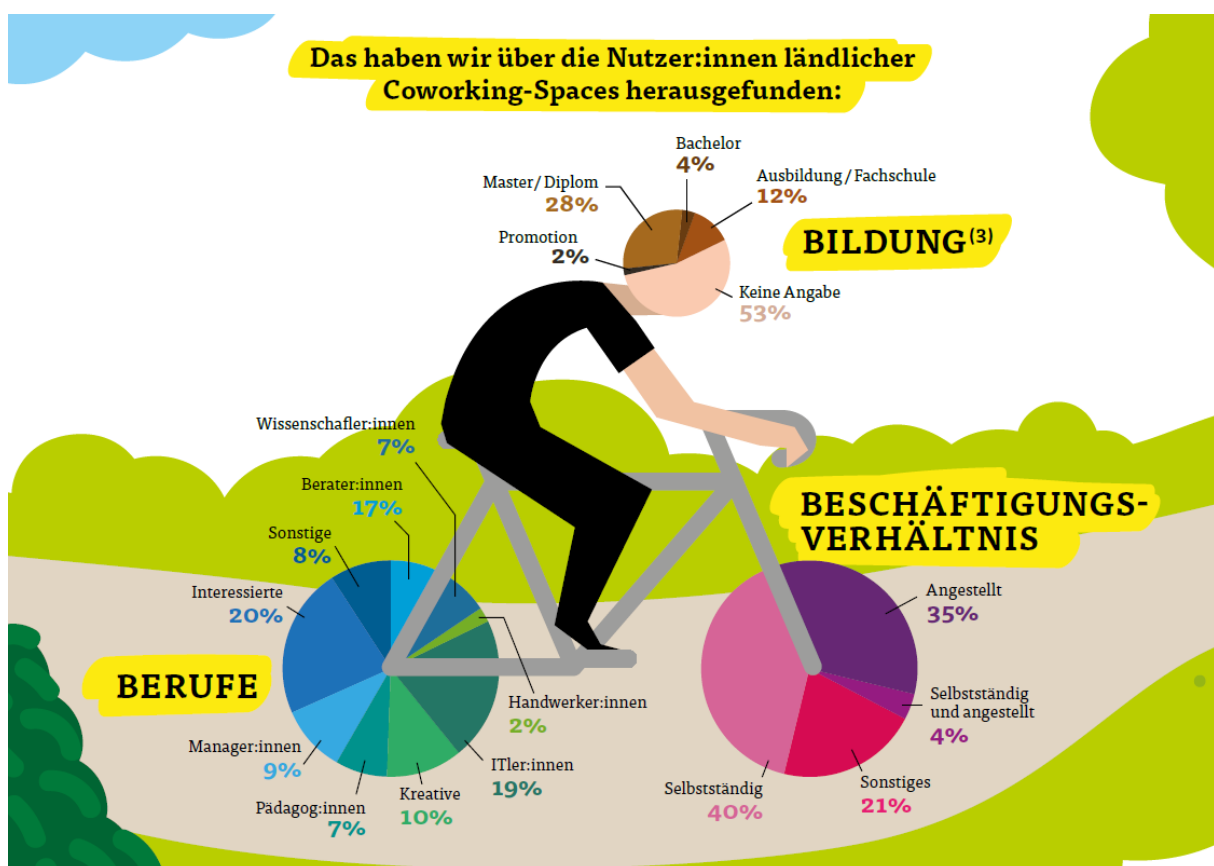


Abbildung 121: Das Profil von Coworking-Nutzenden auf dem Land, entnommen aus: Bähr et al. 2020, 18

Auf der Grundlage von insgesamt 166 Interviews mit Personen, die in ländlichen Coworking-Spaces arbeiten, liefern die Autoren der Studie eine Typologie neuartiger ländlicher Arbeitsformen, die auf die Nutzung von Coworking-Spaces aufbauen: angestellte Nomad:innen, urbane Siedler:innen, hybride Gründer:innen, ortlose Teams, Berater:innen, Wissenschaftler:innen, Handwerker:innen, ITler:innen und Ingenieur:innen, Kreative, Pädagog:innen, Manager:innen (vgl. Bähr et al. 2020, 24-37). Die Vielfältigkeit der Typologie spiegelt die insgesamt breite Streuung an Berufen wider, die in ländlichen Coworking-Spaces angetroffen wurde. Ebenfalls überraschend war der hohe Anteil an Personen, die Coworking-Spaces aus einem Angestellten-Verhältnis heraus nutzen (siehe Abbildung 121):

*„Aus alledem ergab sich das Bild, dass Coworking auf dem Land eine sehr viel breitere Zielgruppe und Integrationskraft als in der Stadt hat. Es wird von all jenen nachgefragt, die ein Bedürfnis nach Gemeinschaft haben und sich ihren Arbeitsort frei auswählen können.“ (Bähr et al. 2020, 18)*

### Öffentliches Leben

Der Kultur- und Kreativsektor kam in den vergangenen zwei Pandemie Jahren wiederholt durch Lockdowns vollständig zum Erliegen. Innerhalb kürzester Zeit mussten Anpassungsstrategien, wie etwa digitale Ausstellungen, entwickelt werden, um kulturelle Angebote, unterstützt durch digitale Technologien, in den virtuellen Raum zu verlagern (vgl. Breyer-Mayländer 2022, 307ff.).

Beispielhaft für eine solche pandemieinitiierte, digitale Entwicklung im Kulturbetrieb ist der Wandel der Hamburger Kunsthalle hin zu einem digitalen Museum. Die neu gewonnene Digitalität umfasst dabei „[...] alle Arbeitsbereiche, betrifft ebenso Kommunikation wie Bildung & Vermittlung, Wissenschaft, Personal-, Sammlungs- und Ausstellungsmanagement oder den Vertrieb“ (Fuhrmann et al. 2022, 345). Beispiele konkreter Maßnahmen sind unter anderem die transparenzorientierte Neugestaltung der Website, die Einführung eines Online-Ticketings, der systematische Ausbau von Social-Media-Aktivitäten und nicht zuletzt digitale Ausstellungseröffnungen, zum Beispiel in der Form von Livestreams, Audio-Touren und Augmented-Reality-Anwendungen, die über die eigens entworfene App der Hamburger Kunsthalle abrufbar sind (vgl. Fuhrmann et al. 2022, 348ff.; Hamburger Kunsthalle 2022). Insgesamt ist im Zuge der Corona-Pandemie eine Diversifizierung der Kommunikationskanäle kultureller Einrichtungen zu beobachten: „Konzerte in Livestreams, Online-Plattformen, YouTube-Lehrvideos, Unterricht via Messenger-Dienste [...]“ (Moser 2022, 379).

Der oben skizzierte Trend hin zu mehr Digitalität im kulturellen und öffentlichen Leben entfaltet für ländliche Regionen besondere Implikationen. Während urbane Räume in der Regel durch einen lebhaften, öffentlichen Kulturbetrieb (Oper, Theater, Museen, etc.) gekennzeichnet sind, baut das öffentlich-kulturelle Leben insbesondere in dörflichen Kontexten vielmehr auf eine historisch gewachsene Engagementlandschaft auf. „Die Zivilgesellschaft bzw. der „Dritte Sektor“ bildet dabei den „institutionellen Kern oder die Infrastruktur“ für bürgerschaftliches Engagement“ (Suarsana 2017, 529 nach Alscher & Priller 2011, 720; siehe Kapitel 4.2.5).

Dem ländlichen Vereinswesen, als wohl stärkste Manifestation des bürgergesellschaftlichen Engagements, fehlen jedoch nicht selten die personellen und monetären Ressourcen, um adäquate Lösungsansätze für pandemieinitiierte Herausforderungen zu entwickeln. Wohl kaum ein anderer Vereinstypus ist dabei so vulnerabel gegenüber Hygienevorschriften und prägend für die ländliche Gemeinschaft zugleich wie der Sportverein (vgl. Sturzenhecker 2021; Kauer-Berk 2020):

*„Also, unser Verein ist auf jeden Fall ein Treffpunkt für Jung und Alt. Und wir sorgen dafür, dass Freundschaften gepflegt werden. Nicht nur unter den Sportlern. [...] Und wir stellen hier einiges auf die Beine für den ganzen Ort. [...] Das ist eine wichtige Institution, die dieses Jahr [2020] aufgrund von Corona auch von vielen vermisst wird. (Experteninterview 9, 40-44)*

Zwar können mittlerweile Bereiche des ländlichen Zusammenlebens App-gestützt in den virtuellen Raum übertragen werden (vgl. Liggesmeyer, Spanier-Baro 2020, 23f.; siehe Kapitel 2.4.4). Dennoch kann diese Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Pandemie auch nach zwei Jahren weiterhin als „Brennglas“ die Vulnerabilität der ländlichen Engagement- und Kulturlandschaft offenlegt (vgl. Sturzenhecker 2021, 54).

### Bildungswesen

Bedingt durch den ersten Lockdown im Jahr 2020 waren viele Bildungseinrichtungen dazu gezwungen, binnen kurzer Zeit ihre Dienstleistungen nahezu vollständig in den virtuellen Raum zu verlagern (vgl. BMWI 2021, 10f.). Dieser kurzfristig hervorgerufene Digitalisierungsschub war jedoch nicht unproblematisch. Denn sowohl die allgemeinbildenden als auch die Hochschulen waren zu diesem Zeitpunkt nicht auf einen digitalen Distanzunterricht, beziehungsweise eine digitale Lehre, vorbereitet. Studien belegen, dass Deutschland vor Beginn der Pandemie im europäischen Vergleich hinsichtlich der Implementierung digitaler Technologien im Bildungswesen deutliche Defizite aufwies (vgl. Beblavý et al. 2019; Fraillon et al. 2020).

Eine pandemieinitiierte, flächendeckende Implementierung ortsunabhängigen Lernens ließe sich, zumindest in der Theorie, als Chance in Bezug auf die Erreichbarkeit von Bildungsstätten im ländlichen Raum begreifen. Studien des Thünen-Instituts zeigen, dass insbesondere in den peripheren, ländlichen Regionen Ostdeutschlands eine signifikante räumliche Unterrepräsentanz von Bildungseinrichtungen vorherrscht (vgl. Neumeier 2019; ebd. 2018). Dieses räumliche Muster scheint auch regionale Disparitäten hinsichtlich der allgemeinen Bildungschancen hervorzurufen. Der Land-Atlas des Thünen-Instituts zieht zur Bewertung dieser Disparitäten den Indikator "Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss" heran. Im angegebenen Referenzjahr (2019) ist der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss in den dunkelgrün eingefärbten Kreisen am höchsten (siehe Abbildung 122). „Benachteiligung zeigt sich jedoch nicht nur im erschwerten Zugang zu schulischer Bildung, sondern betrifft häufig auch die Nutzung sogenannter non-formaler Bildungsstrukturen“ (Heller & Ewert 2021, o.S.). Hierunter werden etwa Volkshochschulen oder Musikschulen subsumiert, die primär in urbanen Räumen aktiv sind und daher für Einwohnerinnen und Einwohner ländlicher Regionen oftmals nur mit großem Mobilitätsaufwand zu besuchen sind.

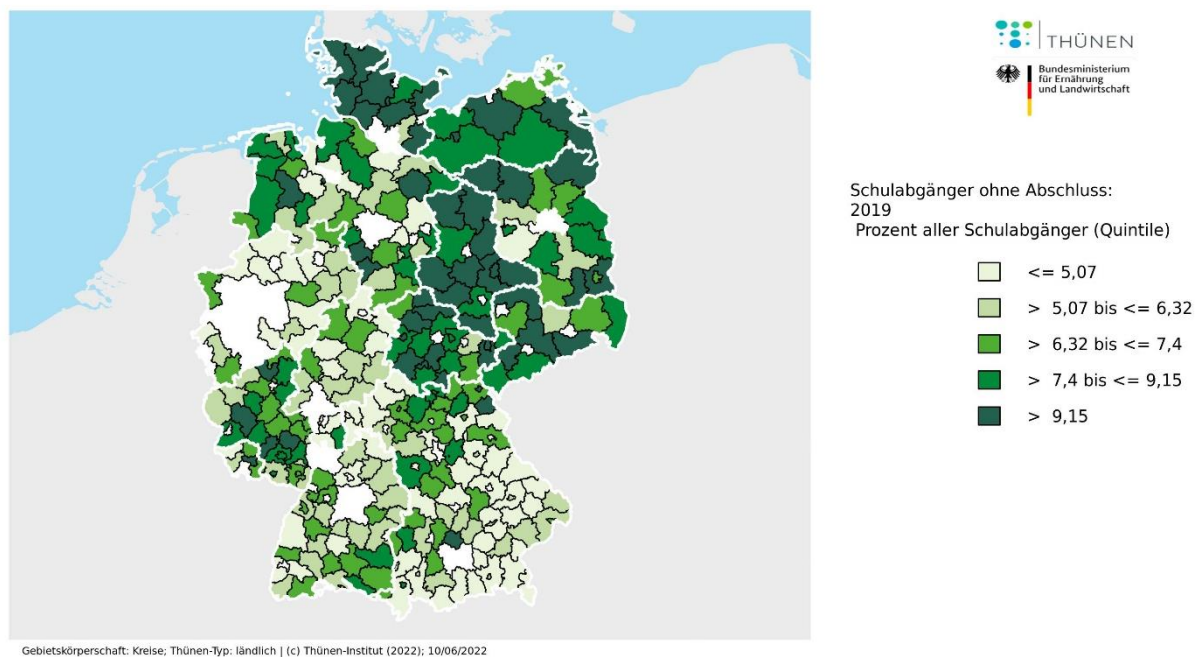


Abbildung 122: Schulabgänger ohne Abschluss 2019, verfügbar unter: Landatlas ([www.landatlas.de](http://www.landatlas.de)). Ausgabe 10/06/2022

Der erfolgreiche Abbau der oben beschriebenen, regionalen Bildungsdisparitäten durch digitale Instrumente wird jedoch von verschiedenen Faktoren limitiert. Das offensichtlichste Hemmnis auf Seiten der Bildungsempfänger sind die vielerorts unzureichend ausgebauten Digitalinfrastrukturen (Breitband). Darüber hinaus legen Studien nahe, dass die ausschließliche



Implementierung digitaler Unterrichtsformate ohne unterstützende, pädagogische Begleitangebote insbesondere im schulischen Bereich zu einer Verschlechterung der Teilhabechancen führen kann. Unregelmäßiger, gemeinsamer Unterricht und oft ausbleibender Kontakt zu den Lehrkräften haben dazu geführt, dass die Zeit, die wöchentlich mit schulischen Aktivitäten verbracht wird, während der Schulschließungen um mehr als die Hälfte gesunken ist (vgl. BMWI 2021, 10 nach Wößmann et al. 2020).

Primärer Grund hierfür ist, dass es vielen Bildungsstätten an datenschutzrechtlich sicheren und pädagogisch geeigneten Software-Lösungen fehlt, die die Organisation bedarfsorientierter, hybrider Lehr- und Lernformate ermöglichen. Hierhinter verbirgt sich wiederum oftmals ein Mangel „[...] an zielführenden Konzepten zur Verzahnung von Präsenz- und Distanzlernen und an einer Unterstützung der pädagogischen Lehrkräfte beim professionellen Einsatz digitaler Medien“ (BMWI 2021, 10).

Hinzu kommt, dass angehende Lehrkräfte nicht nur auf den Einsatz digitaler Medien, sondern auch auf die Herausforderungen des ländlichen Raums (siehe Kapitel 3.1) vorbereitet werden müssen. Ein Beispiel für einen solchen Ansatz stellt das Projekt „Uni vor Ort“ der Universität Greifswald dar, welches als Modell- und Demonstrationsvorhaben der Sozialen Dorfentwicklung durchgeführt wurde. Im Rahmen des Projektes erforschten Studierende die besonderen Problemlagen peripherer, ländlicher Gemeinden im Landkreis Vorpommern-Greifswald und stellten ihre Ergebnisse anschließend im Sinne eines „Service-Learning“ zur Verfügung. Ziel dieses Vorgehens war es, nicht nur die Praxiskompetenz der Studierenden zu steigern, sondern sie auch für ein Arbeitsumfeld im ländlichen Raum zu begeistern. „Schulwege werden zwar durch solche Ansätze nicht kürzer, [...] [aber] wenn Lehrerinnen und Lehrer auf diese Weise jedoch auf eine Tätigkeit im ländlichen Raum vorbereitet werden, können diese Nachteile ein Stück weit ausgeglichen werden“ (Heller & Ewert 2021, o.S.).

### Gesundheitswesen

Die Corona-Pandemie hat binnen kurzer Zeit das Gesundheitswesen, einschließlich seiner Defizite, in den Mittelpunkt vieler Diskurse gerückt. Und auch hier zeigt sich eine besondere Vulnerabilität des ländlichen Raums, welche im Kern aus der Unterversorgung peripherer Regionen mit medizinischen Leistungserbringern, hauptsächlich in der Form von Arztpraxen und Krankenhäusern, hervorgeht (vgl. van den Berg et al. 2021, o.S.; siehe Kapitel 2.4.3). Dies bestätigt auch der bereits zuvor herangezogene Land-Atlas des Thünen-Instituts, welcher eben-

falls die Zahl der Hausärzte je 10.000 Einwohner auf Kreisebene darstellt und damit einen Hinweis auf die gesamtmedizinische Versorgungsqualität gibt. Hierbei zeigt sich, dass solche Gebiete mit einer hohen Ärztedichte (dunkelgrüne Färbung) primär auf die Speckgürtel urbaner Zentren fallen, während periphere Räume in der Regel deutlich schlechter versorgt sind. Ausnahmen hierbei bilden einige Landkreise in Nordwestdeutschland, wobei hier eher davon auszugehen ist, dass eine geringe Einwohnerdichte für das Ergebnis verantwortlich ist, und nicht etwa eine hohe Ärztedichte:

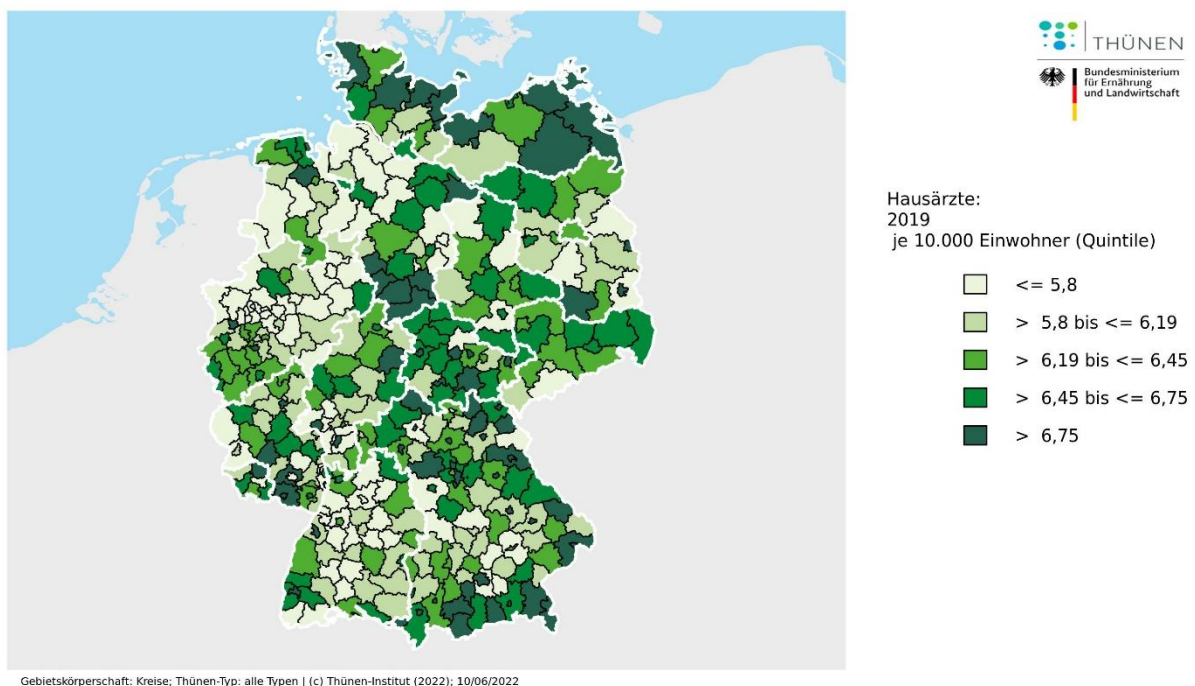


Abbildung 123: Hausärzte je 10.000 Einwohner auf Kreisebene 2019, verfügbar unter: Landatlas ([www.landatlas.de](http://www.landatlas.de)). Ausgabe 10/06/2022

Lange Anfahrtswege, fehlende fachärztliche Versorgungsleistungen und nicht zuletzt die erhöhte Krankheitslast älterer Menschen führen dazu, dass die medizinische Versorgung pro Kopf in vielen ländlichen Regionen deutlich teurer ist, als in den urbanen Zentren, insofern man gleiche Versorgungsverhältnisse anstrebt. Dies wiederum führt zu einem Konflikt zwischen dem Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse einerseits und dem Anspruch wirtschaftlicher Effizienz andererseits (vgl. van den Berg et al. 2021, o.S.). Überwunden werden kann dieser Zielkonflikt bei gleichbleibender Ressourcenknappheit langfristig nur durch digitale Innovationen, insbesondere im Bereich der Telemedizin:

*„Dreh- und Angelpunkt der aktuellen Reformdebatten ist dabei die institutionelle Ausgestaltung der Daten-Kommunikationsprozesse und die damit einhergehende Reform der Telematikinfrastuktur im Gesundheitswesen.“* (BMWI 2021, 8)

Die grundlegende Akzeptanz gegenüber dem Einsatz digitaler Technologien in der Gesundheitsversorgung dürfte in den vergangenen zwei Pandemie Jahren sowohl auf der Seite der Ärztinnen und Ärzte als auch der Patientinnen und Patienten gestiegen sein. Eine voranschreitende Diffusion ist insbesondere im Kontext der Telemedizin zu beobachten. „Kleinere Krankenhäuser sind zunehmend in telemedizinischen Netzwerken eingebunden. Hierdurch kann spezialisierte fachärztliche Kompetenz auch an ländlichen Standorten sichergestellt werden“ (van den Berg 2021, o.S.). Die Telemedizin ermöglicht eine ortsunabhängige Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen durch den Einsatz audiovisueller Kommunikationstechnologien, zum Beispiel in den Bereichen der Diagnostik oder Konsultation. Damit stellt die Telemedizin gleichzeitig einen wichtigen Ansatz zur Aufrechterhaltung grundlegender, medizinischer Versorgungsleistungen auch in Pandemiezeiten dar (vgl. van den Berg 2021, o.S.).

Einen Einblick in die praktische Umsetzung telemedizinischer Ansätze in der ländlichen Gesundheitsversorgung liefert das Projekt "Telemedizin im ländlichen Raum", welches als Gemeinschaftsinitiative der Techniker Krankenkasse, der Gesellschaft für integrierte ophthalmologische Versorgung Schleswig-Holstein (GIO), der Ärztegenossenschaft Nord und dem Hausärzterverband Schleswig-Holstein initiiert wurde. „Ausgewählte Hausarztpraxen können im Akutfall oder bei Routine-Nachsorge-Untersuchungen per Videotelefonie direkt Kontakt zu [Fachärzten] aufnehmen“ (Techniker Krankenkasse 2022, o.S.). Darüber hinaus werden im Rahmen des Projektes ausgewählte Hausarztpraxen mit sogenannten Tele-Arzt-Rucksäcken ausgestattet. Diese ermöglichen es, dass speziell ausgebildete medizinische Fachangestellte Untersuchungen bei Patientinnen und Patienten vor Ort durchführen und Daten in Echtzeit an die Praxis übermitteln können (vgl. Techniker Krankenkasse 2022, o.S.).

### **11.3 Neue Perspektiven der Regionalentwicklung**

Die vielschichtigen Wechselwirkungen zwischen Digitalisierung und Pandemie haben hinsichtlich der ländlichen Daseinsvorsorge zur technologischen und akteuralen Komplexität beigetragen. Gleichzeitig erfährt der ländliche Raum im Zuge der Corona-Pandemie zunehmend Aufmerksamkeit als Gegenexperiment zu urbanen Lebensentwürfen. Um dieses Momentum jedoch gewinnbringend nutzen zu können, braucht es für ländliche Regionen neuartige Strategien der Regionalentwicklung, um Daseinsvorsorge und Lebensqualität auch in Pandemiezeiten zu stärken. Ein dahingehend vielversprechender Ansatz stellt die im Oktober 2020 von der Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufene Initiative „Digitale Landpioniere“ dar (vgl. Wiedemann et al. 2020, o.S.; Wiedemann & Weeke 2021, o.S.; Wiedemann et al. 2022)

Die junge Initiative macht es sich zum Ziel, die Erfahrungen von Akteuren und Institutionen mit maßgeblichen Erfahrungen in der digitalen Entwicklung ländlicher Räume zu bündeln. Projekte, die von Mitgliedern der Initiative umgesetzt wurden, umfassen die Initiative KoDörfer, der Hof Prädikow, die Genossenschaft CoWorkLand, das Projekt Dorf.Zukunft.Digital des Kreises Höxter oder "Digitale Dörfer" des Fraunhofer IESE. Die digitalen Landpioniere begreifen sich selbst als ein Innovationslabor, welches von der Projekterfahrung zahlreicher Schlüsselakteure gespeist wird, um so die digitale Transformation des ländlichen Raums zu auszugestalten (vgl. Wiedemann et al. 2022, 5).

Die Erkenntnisse, die aus der Zusammenarbeit der Initiative hervorgingen, wurden im Januar 2022 als Policy-Paper mit dem Titel „Digitale Landpionier:innen: Politikempfehlungen für eine Progressive Provinz“ veröffentlicht. Viel aussagekräftiger als die einzelnen, darin getroffenen Handlungsempfehlungen ist jedoch die Tatsache, dass diese durch eine ausgewählte Gruppe von Pionieren ausgesprochen werden. Dass die Begrifflichkeit des „Pioniers“ eine Nähe zur bereits vielfach herangezogenen Adoptionstypologie nach ROGERS (2003, 280-287) vermuten lässt, ist kein Zufall. Ganz ähnlich wie bei den dort klassifizierten Innovatoren (siehe Kapitel 4.1.4), handelt es sich auch bei den digitalen Landpionieren um einen gut vernetzten Akteurstypus („jahrelange Erfahrungen“) in Schlüsselpositionen („Bürgermeister:innen, Wirtschaftsförder:innen, Projektmanager:innen und Wissenschaftler:innen“), der dazu in der Lage ist, Innovationen schnell zu erkennen und als Multiplikator für diese zu fungieren, da dieser weiß, „[...] wie es gelingen kann, eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, und wie die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden können, um den ländlichen Raum voranzubringen“ (Wiedemann et al. 2022, 7).

Anders ausgedrückt wurden die Politikempfehlungen also nicht in einem partizipativen Bottom-Up-Prozess von einer „Early“ oder „Late“ Majority ausformuliert, sondern auf der Grundlage der Wissens- und Erfahrungsbestände (siehe Kapitel 9.1.1, 9.2.1) einer sektorenübergreifenden Gruppe von Schlüsselakteuren, die sich gemäß Rogers‘ Adoptionstypologie am ehesten als Innovatoren oder Early Adopters charakterisieren ließen. Auch wenn die hier ausgewählte Initiative sicherlich nicht alle Facetten der gegenwärtigen Regionalentwicklung aufzeigen kann, wird hieran doch deutlich, dass sektorale Zugehörigkeit bei der Ausgestaltung einer digitalen Daseinsvorsorge in den Hintergrund zu treten scheint und stattdessen die Verantwortung von Schlüsselindividuen in den Fokus rückt. Die Handlungsempfehlungen dieser Arbeit (siehe Kapitel 10.4, 10.5) in Bezug auf die Neubewertung von akteuralen Rollenverständnissen und Verantwortungsmodellen haben demnach nicht an Bedeutung verloren.

## Quellenverzeichnis

### Beiträge in Sammelwerken und Monographien

ALSCHER, M.; PRILLER, E. (2011): Organisationsbezogene Daten. In: Olk, Hartnuß (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim/Basel: Juventa Verlag, 719-731.

AOYAMA, Y.; MURPHY, J.; HANSON, S. (2011): Key Concepts in Economic Geography. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage, 288.

BARDMANN, M. (2019): Grundlagen der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre. Geschichte – Konzepte – Digitalisierung. 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 862.

BARLÖSIUS, E.; SPOHR, M. (2017): Infrastrukturen im Dorf: Welche Formen von Sozialität ermöglichen sie? In: Flitner, Lossau, Müller (Hrsg.): Infrastrukturen der Stadt. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 229-253.

BARLÖSIUS, E.; KEIM, K.-D.; MERAN, G.; MOSS, T.; NEU, C. (2011): Infrastrukturen neu denken: gesellschaftliche Funktionen und Weiterentwicklung. In: Hüttl, Emmermann, Germer, Naumann, Bens (Hrsg.): Globaler Wandel und regionale Entwicklung. Anpassungsstrategien in der Region Berlin-Brandenburg. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag, 147-175.

BATHELT, H.; GLÜCKLER, J. (2012): Wirtschaftsgeographie: Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive. Stuttgart: UTB. 3te Auflage, 319.

BAUER, W., STIEFEL, K.-P., & RIEF, S. (2017): Coworking – Innovationstreiber für Unternehmen. Stuttgart: Fraunhofer, 118.

BEBLAVY, M.; BAIOTTO, S.; KILHOFFER, Z.; AKGÜC, M.; JACQUOT, M. (2019). Index of Readiness for Digital Lifelong Learning: Changing How Europeans Upgrade their Skills. CEPS Final Report. Brussels: Centre for European Policy Studies in partnership with Grow with Google, 112.

BECKER, J. (2013): Die Digitalisierung von Medien und Kultur. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 278.

BECKMANN, M.; ZEYEN, A. (2015): Social Entrepreneurship und Corporate Social Responsibility. In: Schneider, Schmidpeter (Hrsg.): Corporate Social Responsibility. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag, 162-176.

BENZ, A. (2020): Adaption und Innovation in Multilevel Governance. In: Nagel, Kenis, Leifeld, Schmedes (Hrsg.): Politische Komplexität, Governance von Innovationen und Policy-Netzwerke. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 73-77.

BENZ, A.; DOSE, N. (2010): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, Dose (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. 2te aktualisierte und veränderte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-36.

BENZ, A.; LÜTZ, S.; SCHIMANK, U.; SIMONIS, G. (2007): Einleitung. In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-27.

BERNHART, J.; DECARLI, P.; PROMBERGER, K. (2018): Auswirkungen von E-Government auf Bürokratie- und Verwaltungskosten. In: Stember, Eixelsberger, Spichiger (Hrsg.): Wirkungen von E-Government: Impulse für eine wirkungsgesteuerte und technikinduzierte Verwaltungsreform. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 86-119.

BERTRAM, M.; SCHAARSCHMIDT, M. (2019): Digitalisierung und soziale Medien im Handwerk: Ergebnisse einer Studie im Bereich Heizungs-, Sanitär- und Klimatechnik. In: Schaarschmidt, Walsh, von Korfesch (Hrsg.): Online-Reputationskompetenz von Mitarbeitern. Mit Social-Media-Reputationsmanagement das Unternehmensimage stärken. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 197-211.

BLASINI, B. S.; DANG, R. J.; MINSHALL, T.; MORTARA, L. (2019): The Role of Communicators in Innovation Clusters. In: Pfeffermann (Hrsg.): New Leadership in Strategy and Communication Shifting Perspective on Innovation, Leadership, and System Design. Springer Nature Switzerland AG: Cham, 107-127.

BLATTER, J. (2007): Demokratie und Legitimation. In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. 1te Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 271-285.

BLÄTTEL-MINK, B.; MENEZ, R. (2015): Kompendium der Innovationsforschung. Zweite Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 21-33.

BODE, I. (2007): Wohlfahrt. In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 401-413.

BOGNER, A.; MENZ, W. (2002): Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In: Bogner, Littig, Menz (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-29.

BORDIEU, P. (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz (Hrsg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, 25-34.

BORN, K. M. (2017): Komplexe Steuerung in ländlichen Räumen: Herausforderungen und Perspektiven von Governance in einer spezifischen Raumkategorie. In: Kürschner (Hrsg.): Der ländliche Raum. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Berlin: LIT Verlag, 9–34.

BORN, K. M. (2009B): Anpassungsstrategien an schrumpfende Versorgungsstrukturen – Beispiele aus Brandenburg und Niedersachsen. In: Neu (Hrsg.): Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 133-154.

BREYER-MAYLÄNDER, T. (2022): Kultur- und Kreativwirtschaft in der Krise? In: Breyer-Mayländer, Zerres, Müller, Rahnenführer (Hrsg.): Die Corona-Transformation. Krisenmanagement und Zukunftsperspektiven in Wirtschaft, Kultur und Bildung. Wiesbaden: Springer Gabler, 307-327.

BRIKEN, K. (2015): Gesellschaftliche Bedeutung von Innovation. In: Blättel-Mink, Menez (Hrsg.): Kompendium der Innovationsforschung. Zweite Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 21-33.

BRÖCKER, J.; DOHSE, D.; SOLTWEDEL, R. (2003): Cluster and Competition as Engines of Innovation – An Introduction. In: Bröcker, Dohse, Soltwede (Hrsg.): Innovation Clusters and International Competition. Springer-Verlag: Berlin, Heidelberg, 1-11.

BRÜHL, V. (2015): *Wirtschaft des 21. Jahrhunderts: Herausforderungen in der Hightech-Ökonomie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 228.

CANZLER, W.; KNIE, A. (2009): *Auf dem Weg zum Gewährleistungsstaat: Netzvermarktung und Infrastrukturpolitik für die schrumpfende Gesellschaft*. In: Neu (Hrsg.): *Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 97-114.

CHRISTALLER, W. (1968): *Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 331.

CHRISTMANN, G. B. (2011): *Soziale Innovationen, Social Entrepreneurs und Raumbezüge*. In: Jähne, Christmann, Balgar (Hrsg.): *Social Entrepreneurship: Perspektiven für die Raumentwicklung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 193-211.

COOKE, P. (2003): *Regional Innovation and Learning Systems, Clusters and Local and Global Value Chains*. In: Bröcker, Dohse, Soltwede (Hrsg.): *Innovation Clusters and International Competition*. Springer-Verlag: Berlin, Heidelberg, 28-52.

CZADA, R. (2007): *Markt*. In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 68-82.

DANGSCHAT, J. S. (2020): *Der automatisierte und vernetzte Verkehr: Versprechen für den ländlichen Raum?* In: Herget, Neumeier, Osigus (Hrsg.): *Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume ... und die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse*. Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume, 19-23.

DANIELZYK, R.; KLEIN, I.; LANGE, L.; STEFFENHAGEN-KOCH, P.; VOß, W.; WEITKAMP, A. (2017): *CSR und Ortsentwicklung*. In: Albers, Harteisen (Hrsg.): *CSR und Stadtentwicklung. Unternehmen als Partner für eine nachhaltige Stadtentwicklung*. Berlin: Springer-Verlag, 143-159.

DANIELZYK, R.; BLOTEVOGEL, H. H. (2009): *Leistungen und Funktionen von Metropolregionen*. In: Knieling (Hrsg.): *Metropolregionen und Raumentwicklung, Teil 3: Metropolregionen. Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit*. Hannover: Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 22-29.



DANNENBERG, P. (2010): Landwirtschaft und ländliche Räume. In: Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag, 76-100.

DIEFENBACH, F. E. (2011): Entrepreneurship in the Public Sector: When Middle Managers Create Public Value. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 205.

DOLATA, U. (2018): Soziale Bewegungen: Die soziotechnische Konstitution kollektiven Handelns. In: Dolata, Schrape (Hrsg.): Kollektivität und Macht im Internet. Soziale Bewegungen – Open Source Communities – Internetkonzerne. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 39-69.

DRESING, T.; PEHL, T. (2013): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitung und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 5te Auflage. Marburg: Dr. Dresing und Pehl GmbH, 72.

EBERLE, D. (2007): Corporate Governance. In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 378-390.

EILFORT, M. (2021): Brennglas Corona-Pandemie: Der Staat als Versager – und Retter zugleich?. In: Tietmeyer, Solaro (Hrsg.): Neue Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft. Wiesbaden: Springer Gabler, 289-294.

ENQUETE-KOMMISSION (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 429.

EVERS, J.; KNIPPERTS, J. (2016): Vernetzung und Kooperation: soziale Innovationen im demografischen Wandel. In: Becke, Bleses, Frerich, Goldmann, Hinding, Schweer (Hrsg.): Zusammen – Arbeit – Gestalten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109-124.

FIDLSCHUSTER, L.; DAX, T.; OEDL-WIESER, T. (2016): Demografischer Wandel, Diversität und Entwicklungsfähigkeit ländlicher Regionen. In: Egger, Posch (Hrsg.): Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-29.

FLICK, U. (2010): Qualitative Sozialforschung. 3te Auflage. Reinbeck (Hamburg): Rowohlt, 624.

FLORIDA, R. L. (2004): The rise of the creative class. New York: Basic Book, 464.

FORSTHOFF, E. (1938): Die Verwaltung als Leistungsträger. Stuttgart: Kohlhammer, 50.

- FORSTHOFF, E. (1971): *Der Staat der Industriegesellschaft*. München: C.H. Beck, 169.
- FRAILLON, J.; AINLEY, J.; SCHULZ, W.; FRIEDMAN, T.; DUCKWORTH, D. (2020): *Preparing for Life in a Digital World: IEA International Computer and Information Literacy Study 2018 International Report*. Amsterdam: International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA), 297.
- FRASER, N. (2003): *Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung*. In: Fraser, Honneth (Hrsg.): *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 15–128.
- FUHRMANN, S.; GSCHWILM, M.; HOINS, K.; METZLER, J.; WEINIGER, A. (2022): *Beschleunigt durch die Krise: Die Hamburger Kunsthalle auf dem Weg zum Digitalen Museum*. In: Breyer-Mayländer, Zerres, Müller, Rahnenführer (Hrsg.): *Die Corona-Transformation. Krisenmanagement und Zukunftsperspektiven in Wirtschaft, Kultur und Bildung*. Wiesbaden: Springer Gabler, 343-365.
- FÜRST, D. (2007): *Regional Governance*. In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 353-366.
- GENSICKE, T. (2005): *Lebensqualität*. In: Beetz, Brauer, Neu (Hrsg.): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 146-153.
- GIDDENS, A. (1988): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt / New York: Campus Verlag, 460.
- HABEL, F.-R. (2018): *Verwaltung digitalisieren oder Digitalisierung verwalten?* In: Stemmer, Eixelsberger, Spichiger (Hrsg.): *Wirkungen von E-Government: Impulse für eine wirkungsgesteuerte und technikinduzierte Verwaltungsreform*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 145-159.
- HABERMAS, J. (2011): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Zwei Bände. Berlin: Suhrkamp Verlag. 8te Auflage, 1216.
- HALFACREE, K. (2006): *Rural space: constructing a three-fold architecture*. In: Cloke, Marsden, Mooney (Hrsg.): *Handbook of Rural Studies*. London: Sage, 44-63.

HEIDENREICH, M.; MATTES, J. (2019): Regionale Innovationssysteme und Innovationscluster. In: Blättel-Mink, Schulz-Schaeffer, Windeler (Hrsg.): Handbuch Innovationsforschung (Live-Werk). Springer VS: Wiesbaden, 1-17.

HEINEBERG, H. (2007): Einführung in die Anthropogeographie / Humangeographie. Paderborn: Schöningh Verlag, 448.

HEINTEL, M. (2018): Regionalentwicklung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover: ARL, 2007-2016.

HEINZE, R. G. (2018): Alter und Technik. In: Künemund, Fachinger (Hrsg.): Alter und Technik: Sozialwissenschaftliche Befunde und Perspektiven. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 15-31.

HEINZE, R. G.; SCHÖNAUER, A.-L.; SCHNEIDERS, K.; GROHS, S.; RUDDAT, C. (2013): Social Entrepreneurship im etablierten Wohlfahrtsstaat. Aktuelle empirische Befunde zu neuen und alten Akteuren auf dem Wohlfahrtsmarkt. In: Jansen, Heinze, Beckmann (Hrsg.): Sozialunternehmen in Deutschland. Analysen, Trends und Handlungsempfehlungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 315-347.

HENKE, A. (2015): Wachstum in gesättigten Märkten. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 186.

HENKEL, G. (2012): Das Dorf. Landleben in Deutschland – gestern und heute. Stuttgart: Konrad Theiss Verlag GmbH, 343.

HENKEL, G. (2004): Der ländliche Raum. Berlin, Stuttgart: Gebrüder Borntraeger Verlagsbuchhandlung. 4te ergänzte und neu bearbeitete Auflage, 419.

HERRMANN, T. (2003): Learning and Teaching in Socio-Technical Environments. In: Van Weert, Munro (Hrsg.): Informatics and the Digital Society. Boston: Kluwer, 59-72.

HERTWIG, M. (2020): Digitalisierung der Wissensgesellschaft. Paradoxien des technologischen Wandels im Zeitalter von Crowdsourcing und Industrie 4.0. In: Kouli, Pawlowsky, Hertwig (Hrsg.): Wissensökonomie und Digitalisierung: Geschichte und Perspektiven. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 129-157.

HOLTKAMP, L. (2007): Local Governance. In: In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 366-377.

HOLTMANN, E.; RADEMACHER, C.; REISER, M. (2017): Kommunalpolitik: Eine Einführung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 252.

HÖLZEL, M.; DE VRIES, T. (2021): Moderne Arbeitsformen durch Coworking als Chance ländlicher Entwicklung. In: Werther (Hrsg.): Coworking als Revolution der Arbeitswelt: Von Corporate Coworking bis zu Workation. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 111-132.

HINSCH, W. (2016): Distributive Gerechtigkeit. In: Goppel, Mieth, Neuhäuser (Hrsg.): Handbuch Gerechtigkeit. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag, 77-86.

HIRSCH-KREINSEN, H.; TEN HOMPEL, M. (2017): Digitalisierung industrieller Arbeit: Entwicklungsperspektiven und Gestaltungsansätze. In: Vogel-Heuser, Bauernhansl, ten Hompel (Hrsg.): Handbuch Industrie 4.0. Band 3 Logistik. 2., erweiterte und bearbeitete Auflage. Berlin: Springer Verlag, 357-376.

JAHNKE, I. (2006): Dynamik sozialer Rollen beim Wissensmanagement. Soziotechnische Anforderungen an Communities und Organisationen. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, 319.

JÄHNKE, P.; CHRISTMANN, G. B.; BALGAR, K. (2011): Zur Einführung: Social Entrepreneurship und Raumentwicklung. In: Jähneke, Christmann, Balgar (Hrsg.): Social Entrepreneurship: Perspektiven für die Raum-entwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-23.

JANN, W.; WEGRICH, K. (2010): Governance und Verwaltungspolitik: Leitbilder und Reformkonzepte. In Benz, Dose (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 175-200.

KARAFYLLIS, N. C. (2019): Soziotechnisches System. In: Liggieri, Müller (Hrsg.): Mensch-Maschine-Interaktion. Handbuch zu Geschichte – Kultur – Ethik. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, 300-304.

KARNOWSKI, V.; KÜMPEL, A. S. (2016): Diffusion of Innovations. In: Potthoff (Hrsg.): Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 97-107.

KCZOROWSKI, W. / SWARAT, G. (2018): Smartes Land – von der Smart City zur digitalen Region: Impulse für die Digitalisierung ländlicher Regionen. Glücksstadt: Verlag Werner Hülsbach. Schriften des Innovators Club, Band 8, 182.

KEGLER, K. R. (2015): Deutsche Raumplanung. Das Modell der "Zentralen Orte" zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Paderborn: Schöningh Verlag, 645.

KERSTEN, J.; NEU, C.; VOGEL, B. (2015A): Regionale Daseinsvorsorge. Begriffe, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 12.

KERSTEN, J.; NEU, C.; VOGEL, B. (2015B): Der Wert gleicher Lebensverhältnisse. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 12.

KOPF, H.; STEFAN, P. (2019): Corporate Social Innovation: Next Level CSR? Erfolgreiche Verbindung von unternehmerischer Innovation und gesellschaftlicher Verantwortung. In: Kramer, Edinger-Schons (Hrsg.): CSR und Social Enterprise. Beeinflussungsprozesse und effektives Schnittstellenmanagement. Berlin: Springer-Verlag, 213-223.

KERSTEN, J. (2009): Wandel der Daseinsvorsorge – Von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion. In: Neu (Hrsg.): Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 22 – 39.

KLIMANT, P. (2020): Industrie 4.0 in der industriellen Praxis. In: Kouli, Pawlowsky, Hertwig (Hrsg.): Wissensökonomie und Digitalisierung: Geschichte und Perspektiven. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 157-167.

KLOHN, W.; VOTH, A. (2009): Die Landwirtschaft in Deutschland. Vechta. In: Klohn, Voth (Hrsg.): Vechtaer Materialien zum Geographieunterricht, Heft 3. 5te Auflage. Vechta: Vechtaer Druckerei und Verlag, 279.

KOLLER, P. (2016): Soziale Gerechtigkeit. In: Goppel, Mieth, Neuhäuser (Hrsg.): Handbuch Gerechtigkeit. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag, 118-124.

KOLLMANN, T.; SCHMIDT, H. (2016): Deutschland 4.0: Wie die Digitale Transformation gelingt. Wiesbaden, Springer Fachmedien, 186.

KOLLMORGEN, R.; MERKEL, W.; WAGENER, H.-J. (2015): Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung. In: Kollmorgen, Merkel, Wegener (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, 11-31.

KRAJEWSKI, M. (2011): Grundstrukturen des Rechts öffentlicher Dienstleistungen. Berlin / Heidelberg: Springer Verlag, 630.

KRAMER, C.; PFAFFENBACH, C. (2018): Methoden der Raumanalyse, sozialwissenschaftliche. In: Akademie für Raumordnung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, 1487-1498.

KRICKHAHN, T.; RENNERT, C. (2018): CSR als Gegenstand interdisziplinärer Lehre. In: Raueiser, Kolb (Hrsg.): CSR und Hochschulmanagement: Sustainable Education als neues Paradigma in Forschung und Lehre. Wiesbaden: Springer Gabler, 19-30.

KUJATH, H.-J.; PFLANZ, K.; STEIN, A.; ZILLMER, S. (2008): Raumentwicklungspolitische Ansätze für Förderung der Wissensgesellschaft. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Werkstatt Praxis, Heft 58, 80.

KULKE, E. (2010): Sektoraler Wandel der Wirtschaft. In: Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag, 5-17.

KÜNEMUND, H.; FACHINGER, U. (2018): Alter und Technik: Sozialwissenschaftliche Befunde und Perspektiven. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 228.

LAMNEK, S. (2010): Qualitative Sozialforschung. 5te überarbeitete Auflage. Basel: Beltz Verlag, 748.

LEPPING, J.; PALZKILL, M. (2017): Die Chance der digitalen Souveränität. In: Wittpahl (Hrsg.): DIGITALISIERUNG Bildung | Technik | Innovation. Berlin: Institut für Innovation und Technik (iit), 15-37

LIETZAU, J.; BIEMANN, J.; BÄHR, U.; HENTSCHEL, P.; SCHMIED, A. (2021): Eine typologische Annäherung an Coworking in ländlichen Räumen. In: Werther (Hrsg.): Coworking als Revolution der Arbeitswelt: Von Corporate Coworking bis zu Workation. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 99-111.

LIGGESMEYER, P.; SPANIER-BARO, N. (2020): Corporate Social Responsibility – Digitalisierung als Chance für ländlich geprägte Räume. In: Schmitz, Schmidpeter (Hrsg.): CSR in Rheinland-Pfalz: Nachhaltige Entwicklung aus Sicht von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer Gabler, 21-33.

LINDENBERGER, U.; NEHMER, J.; STEINHAGEN-THIESSEN, E.; DELIUS, J. A. M.; SCHELLENBACH, M. (2011): Altern und Technologie: Freundschaft statt Feindschaft. In: Lindenberger, Nehmer, Steinhagen-Thiessen, Delius, Schellenbach (Hrsg.): Technik und Alter. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 11–13.

LITTLE, J. (2009): Gender and Rurality. In: Kitchin, Thrift (Hrsg.): International Encyclopedia of Human Geography. 1st Edition, Amsterdam: Elsevier, 315-319.

LITTLE, J. (2002): Gender and Rural Geography: Identity Sexuality and Power in the Countryside. Harlow: Pearson Education, 213

LÖW, M.; SEPT, A. (2020): Innovationen in Stadt und Raum. In: Blättel-Mink, Schulz-Schaeffer, Windeler (Hrsg.): Handbuch Innovationsforschung. Living Reference Work. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 1-17.

LÜTZ, S. (2007): Wirtschaft. In: Benz, Lütz, Schimank, Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 390-401.

LUTZ, K. J. (2017): Digitalisierung der Landwirtschaft: Revolution mit evolutionärem Charakter. In: CSR und Digitalisierung. In: Hildebrandt, Landhäußer (Hrsg.): Der digitale Wandel als Chance und Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft. Berlin: Springer-Verlag GmbH, 429-442.

MARCHNER, G. (2016): Lebensentwürfe in ländlichen Regionen: Ein Plädoyer für das Unerwartete. In: Egger, Posch (Hrsg.): Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 57-73.

MATTISEK, A.; PFAFFENBACH, C.; REUBER, P. (2013): Methoden der empirischen Humangeographie. 2. Auflage – Neubearbeitung. Das Geographische Seminar, Band 30. Braunschweig: Westermann Verlag, 320.

MAYER, H.; KNOX, P. (2009): Small town sustainability: Economic, social, and environmental innovation. Basel, Berlin, Boston: Birkhauser Verlag AG, 192.

MAYNTZ, R. (2010): Governance im modernen Staat. In Benz, Dose (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. 2te aktualisierte und veränderte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 37-48.

MAYNTZ, R. (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 65-77.

MAYNTZ, R. (1996): Politische Steuerung. Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. In: von Beyme, Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 148-168.

MAYNTZ, R.; SCHARPF, F. W. (1995A): Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren. In: Mayntz, Scharpf (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Band 23. Frankfurt / New York: Campus Verlag, 1-38.

MAYNTZ, R.; SCHARPF, F. W. (1995B): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, Scharpf (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Band 23. Frankfurt / New York: Campus Verlag, 39-73.

MAYRING, P.; FENZL, T. (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Blasius (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 633-648.

MAYRING, P. (2016): Einführung in die qualitative Sozialforschung. 6., neu ausgestattete, überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz Verlag, 170.

MAZZUCATO, M. (2018): The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths. München: Penguin Verlag, 288.

MCLUHAN, M. (1962): The Gutenberg Galaxy: The Making of Typographic Man. Toronto: University of Toronto Press, 293.



MEIER, P.; BEINKE, J. H.; TEUTEBERG, F. (2019): Digitale Transformation ländlicher Versorgungsstrukturen durch Partizipation der Bevölkerung. In: Robra-Bissantz, Lattemann (Hrsg.): Digital Customer Experience. Mit digitalen Diensten Kunden gewinnen und halten. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 181-197.

MERCHEL, J. (2011): Wohlfahrtsverbände, Dritter Sektor und Zivilgesellschaft. In: Evers, Heinze, Olk (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 245-265.

MOSER, M. (2022): Kulturkiller Corona. In: Breyer-Mayländer, Zerres, Müller, Rahnenführer (Hrsg.): Die Corona-Transformation. Krisenmanagement und Zukunftsperspektiven in Wirtschaft, Kultur und Bildung. Wiesbaden: Springer Gabler, 371-387.

MÖLTGEN-SICKING, K. (2019): Lokale und regionale Governance als Ansätze der Steuerung, Koordination und Organisation in Kommunen und Regionen. In: Möltgen-Sicking, Winter (Hrsg.): Governance: eine Einführung in Grundlagen und Politikfelder. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 23-45.

MÖLTGEN-SICKING, K.; WINTER, T. (2019): Governance: Begriff, Varianten, Steuerungsformen, Akteure und Rollen. In: Möltgen-Sicking, Winter (Hrsg.): Governance: eine Einführung in Grundlagen und Politikfelder. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 1-23.

MUCKEL, P.; BREUER, F. (2016): Die Praxis der Reflexiven Grounded Theory. Beispielhaft erläutert an der Entwicklung erster Theoriefragmente aus den Codes unterschiedlicher Daten und bereits bestehender Theorien. In: Equit, Hohage (Hrsg.): Handbuch Grounded Theory. Von der Methodologie zur Forschungspraxis. Weinheim, Basel: Beltz, 158-179.

MÜLLER, A.-L.; LOSSAU, J.; FLITNER, M. (2017): Infrastruktur, Stadt und Gesellschaft. Eine Einleitung. In: Flitner, Lossau, Müller (Hrsg.): Infrastrukturen der Stadt. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 1-21.

NEFIODOW, L. A.; NEFIODOW, S. (2014) : Der sechste Kondratieff - Die neue, lange Welle der Weltwirtschaft. Die langen Wellen der wirtschaftlichen Entwicklung. 7te Auflage. Sankt Augustin: Rhein-Sieg-Verlag, 269.

- NEFIODOW, L. A. (2011): Die Gesundheitswirtschaft. In: Granig, Nefiodow (Hrsg.): Gesundheitswirtschaft – Wachstumsmotor im 21. Jahrhundert. Mit „gesunden“ Innovationen neue Wege aus der Krise gehen. Wiesbaden: Springer Fachmedien / Gabler Verlag, 25-41.
- NEIBERGER, C. (2020): Digitalisierung und Vernetzung. In: Neiberger, Hahn (Hrsg.): Geographische Handelsforschung. Heidelberg: Springer Spektrum, 39-48.
- NEU, C. (2009): Daseinsvorsorge – eine Einführung. In: Neu (Hrsg.): Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9 – 22.
- NULLMEIER, F. (2011): Governance sozialer Dienste. In: Evers, Heinze, Olk (Hrsg.): Handbuch sozialer Dienste. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 284-298.
- OBUCH, K.; GRABBE, C. (2019): Sozialunternehmertum und Social Entrepreneurship in Deutschland: Change Maker im Kommen? In: Freise, Zimmer (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel – Akteure, Strategien und Politikfelder. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 143-169.
- ORTWEIN, S. (2013): Breitband als Element zukunftsfähiger ländlicher Versorgungsstrukturen. In: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demographischen Wandel? Bonn: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, 25-30.
- OSWALD, G.; KRCMAR, H. (2018): Digitale Transformation: Fallbeispiele und Branchenanalysen. Wiesbaden: Springer Gabler, 196.
- OTTER, N.; GRANIG, P. (2016): Wellenreiten und das Innovationspotenzial der Gesundheitswirtschaft. Zum Zusammenhang von Kondratieffzyklen, ökonomischen Krisen und „ganzheitlicher Gesundheit“ als neuer Basistechnologie. In: Granig, Hartlieb, Lingenhel (Hrsg.): Geschäftsmodellinnovationen – Vom Trend zum Geschäftsmodell, 35-51.
- PAHL, J. B.; ZIMMER, A. (2019): Sport als Politik: Vereine vor neuen Herausforderungen. In: Freise, Zimmer (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel – Akteure, Strategien und Politikfelder. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 361-395.
- PERABO, C. (2015): Kommunen und bürgerschaftliches Engagement. In: Klein, Kleinfeld, Krimmer, Nullmeier, Rehder, Teune, Walk, Willems, Zimmer (Hrsg.): Zivil – Gesellschaft –

Staat: Freiwilligendienste zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Gestaltung. Bürgergesellschaft und Demokratie, Band 44. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 179-191.

PFNÜR, A. (2009): Möglichkeiten und Grenzen der Risikoallokation zur Effizienzsteigerung von PPP-Projekten. In: Pechlaner, von Holzschuher, Bachinger (Hrsg.): Unternehmertum und Public Private Partnership. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH, 27-52.

POSSELT, T.; BOURAYOU, R. (2020): Wissensintensive Wertschöpfung in Ostdeutschland: Herausforderndes Umfeld für Ansiedlungen, hervorragende Bedingungen für Ausgründungen aus der Wissenschaft. In: Kouli, Pawlowsky, Hertwig (Hrsg.): Wissensökonomie und Digitalisierung: Geschichte und Perspektiven. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 79-91.

POTTHAST, J. (2021): Innovation und Katastrophe. In: Blättel-Mink, Schulz-Schaeffer, Windeler (Hrsg.): Handbuch Innovationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 363-381.

RAMMERT, W. (1993): Technik aus soziologischer Perspektive. Forschungsstand - Theorieansätze - Fallbeispiele. Ein Überblick. Opladen: Westdeutscher Verlag, 336.

RAUBER, B. (2012): Finanzierung zentralörtlicher Funktionen: Belastung und Finanzierung Zentraler Orte aus kommunaler Sicht. Münster: LIT Verlag, 181.

REUSCHL, A.; BOUNCKEN, R. B. (2017): Coworking-Spaces als neue Organisationsform in der Sharing Economy. In: Bruhn, Hadwich (Hrsg.): Dienstleistungen 4.0. Geschäftsmodelle – Wertschöpfung – Transformation. Band 2. Forum Dienstleistungsmanagement. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 185-211.

RIED, W. (2016): Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum: Ziele und Indikatoren. In: Herbst, Dünkel, Stahl (Hrsg.): Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1-25.

RIENHOFF, O. (2015): Gesundheitliche und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum. In: Fachinger, Künemund (Hrsg.): Gerontologie und ländlicher Raum. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 99-113.

ROGERS, E. M. (2003): Diffusion of innovations. New York: Free Press. Fünfte Auflage, 576.

RONELLENFITSCH, M. (2003): Daseinsvorsorge als Rechtsbegriff. In: Blümel (Hrsg.): Ernst Forsthoff, 53-114.

ROPOHL, G. (2009): Allgemeine Technologie: eine Systemtheorie der Technik. 3., überarbeitete Auflage. Karlsruhe: Universitätsverlag Karlsruhe, 360.

ROß, P.-S. (2017): Governance als Steuerungskonzept für Versorgungsgestaltung im Alter. In: Schäfer-Walkmann, Traub (Hrsg.): Perspektiven Sozialer Arbeit in Theorie und Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 19-46.

ROß, P.-S. (2012): Demokratie weiterdenken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden: Nomos, 632.

RÜCKERT-JOHN, J. (2005): Bürgerschaftliches Engagement. In: Beetz, Brauer, Neu (Hrsg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25-32.

SCHARPF, F. (2000): Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 474.

SCHARPF, F. (1998): Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie. In: Greven (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? Opladen: Leske Budrich Verlag, 81-104.

SCHÄFERS, B. (2018): Krise. In: Kopp, Steinbach (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. 12. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 245-247.

SCHEFFLER, H. (2014): Soziale Medien: Einführung in das Thema aus Sicht der Marktforschung. In: König, Stahl, Wiegand (Hrsg.): Soziale Medien: Gegenstand und Instrument der Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 13-29.

SCHERING, J.; SANDAU, A.; JAHNS, M.; SAMLAND, U.; Theesen, C. (2020): Mitfahren als Schlüssel zur Lösung von Mobilitätsproblemen im ländlichen Raum. In: Herget, Neumeier, Osigus (Hrsg.): Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume ... und die Frage

nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume, 107–111.

SCHIEK, M. (2017): Corporate Regional Responsibility (CRR): Motive der kollektiven regionalen Verantwortungsübernahme von Unternehmen am Beispiel von zwei CRR-Kooperationen. In: Albers, Harteisen (Hrsg.): CSR und Stadtentwicklung. Unternehmen als Partner für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Berlin: Springer-Verlag, 55-74.

SCHIMANK, U. (2006): Gesellschaftliche Teilsysteme und Struktur dynamiken. In: Volkmann, Schimank (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen II: Vergleichende Sekundäranalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-49.

SCHLÖMER, C. (2015): Demographische Ausgangslage: Status quo und Entwicklungstendenzen ländlicher Räume in Deutschland. In: Fachinger, Künemund (Hrsg.): Gerontologie und ländlicher Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25-45.

SCHMIDT, T. I. (2018): Daseinsvorsorge aus rechtswissenschaftlicher Perspektive. In: Klie u. Klie (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft: Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 269-339.

SCHUMPETER, J. A. (1964): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerrisiko, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. Siebte Auflage. Berlin: Duncker & Humblot, 369.

SCHUMPETER, J. A. (1961): Grundriss der Sozialwissenschaft. Band I-II. Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 459.

SIEDENTOP, S.; ROOS, S.; FINA, S. (2013): Ist die „Autoabhängigkeit“ von Bewohnern städtischer und ländlicher Siedlungsgebiete messbar? Entwicklung und Anwendung eines Indikatorenkonzepts in der Region Stuttgart. (= Raumforschung und Raumordnung, 71), 329-341.

SPITZNER, G. (2015): Regional Governance und regionale Innovationen – Kooperative Ansätze zur Gestaltung des demografischen Wandels In: Leemp, van der Beek, Korn (Hrsg.): Aktuelle Herausforderungen in der Wirtschaftsförderung. Konzepte für eine positive regionale Entwicklung. Springer Fachmedien: Wiesbaden, 57-63.

STAM, E. (2009): Entrepreneurship. In: Kitchin, Thrift (Hrsg.): International Encyclopedia of Human Geography. 1st Edition. Amsterdam: Elsevier, 492-498.

STEGER, M. B. (2003): Globalization: A very short introduction. Oxford: Oxford University Press, 151.

STEIN, A.; KUJATH, H. (2013): Peripherisierte Städte im Wettbewerb der Wissensgesellschaft. In: Bernt, Liebmann (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 148-178.

STEMBER, J.; EIXELBERGER, W.; SPICHIGER, A. (2018A): Wirkungen von E-Government: Impulse für eine wirkungsgesteuerte und technikinduzierte Verwaltungsreform. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 424.

STEMBER, J.; SPICHIGER, A.; EIXELBERGER, W.; WUNDARA, M. (2018B): Ergebnisse einer Studie in den Ländern Deutschland, Schweiz und Österreich. In: Stember, Eixelsberger, Spichiger (Hrsg.): Wirkungen von E-Government: Impulse für eine wirkungsgesteuerte und technikinduzierte Verwaltungsreform. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 3-61.

STOREY, D. (2009): Rural Economic Development. In: Kitchin, Thrift (Hrsg.): International Encyclopedia of Human Geography. 1st Edition, Amsterdam: Elsevier, 310-314.

STRICKER, S.; RENZ, P.; KNECHT, D.; LÖTSCHER, A.; RIEDWEG, W. (2015). Soziale Organisationen wirkungsvoll führen. Entwicklung dank ganzheitlicher Governance – ein Fitnessradar. Baden-Baden: Nomos, 200.

SUARSANA, L. (2016): Die LandFrauenorganisationen und ihr lokales Engagement im Spiegel der Regionalentwicklung. (=Raumforschung und Raumordnung, 75), 527–542.

SUNDERER, G.; GÖTZ, K.; ZIMMER, W. (2018): Attraktivität und Akzeptanz des stationsunabhängigen Carsharing. In: Franz, Kaletka (Hrsg.): Soziale Innovationen lokal gestalten. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 99-118.

TERFRÜCHTE, T. (2015): Regionale Handlungsräume. Gliederung und Einflussfaktoren am Beispiel Nordrhein-Westfalens. Metropolis und Region, Band 14. Lemgo: Rohn Verlag, 292.

THIMM, C. (2017): Soziale Medien und Partizipation. In: Schmidt, Taddicken (Hrsg.): Handbuch Soziale Medien. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 191-211.

TREIB, O. (2015): Akteurzentrierter Institutionalismus. In: Wenzelburger, Zohlhöfer (Hrsg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 277-303.

VAN KEMPEN, B.; HOGREBE, F. (2014): Intelligentes E-Government. Handbuch und Leitfaden für E-Society und moderne Verwaltungspraxis. Frankfurt: Verlag für Verwaltungswissenschaften, 301.

VOGEL, B. (2009): Wohlfahrtsstaatliche Daseinsvorsorge und soziale Ungleichheit. In: Neu (Hrsg.): Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, 67-80.

VOGEL-HEUSER, B.; BAUERNHANSL, T.; TEN HOMPEL, M. (2017): Handbuch Industrie 4.0. Band 1 Produktion. 2., erweiterte und bearbeitete Auflage. Berlin: Springer Verlag, 271.

VOGEL-HEUSER, B.; BAUERNHANSL, T.; TEN HOMPEL, M. (2017): Handbuch Industrie 4.0. Band 2 Automatisierung. 2., erweiterte und bearbeitete Auflage. Berlin: Springer Verlag, 617.

VOGEL-HEUSER, B.; BAUERNHANSL, T.; TEN HOMPEL, M. (2017): Handbuch Industrie 4.0. Band 3 Logistik. 2., erweiterte und bearbeitete Auflage. Berlin: Springer Verlag, 404.

VON LUCKE, J. (2017): Technische Innovation – Potenziale und Open Government, offenen Daten und intelligenten Städten. In: Kersting (Hrsg.): Urbane Innovationen. Stadtforschung aktuell. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 151-205.

WALACH, T. (2018): Geschichte des virtuellen Denkens. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 214.

WALTER, A.; ZIMMER, A. (2017): Soziale Innovationen. Auf die Verwaltung kommt es an. In: Kersting (Hrsg.): Urbane Innovation. Stadtforschung aktuell. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 57-81.

WEBER, M. (2018): Stand des eGovernment in Deutschland. In: Stember, Eixelsberger, Spichiger (Hrsg.): Wirkungen von E-Government: Impulse für eine wirkungsgesteuerte und technikinduzierte Verwaltungsreform. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 159-181.

WEBER, G. (2006): Sicherung der Grundversorgung mit Gütern und kommerziellen Diensten vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Österreich. In: Gans et al. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen. Hannover: Verlag der ARL, 242 – 263.

WEBER, M. (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Zweiter Halbband. Fünfte, revidierte Auflage. Tübingen: J.C.B. Mohr (Verlag), 387- 944.

WEGNER, M.; KLIE, T. (2018): Verantwortung und Identität vor Ort. In: Klie u. Klie (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft: Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 547-569.

WENDT, W. R. (2015): Unverbindlich im dritten Sektor. In: Wendt (Hrsg.): Sozialwirtschaft Kompakt. Grundzüge der Sozialwirtschaftslehre. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage des Buchs „Sozialwirtschaft. Ein Brevier ihrer Lehre“. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 7-9.

WERLEN, B. (2017): Globalisierung, Region und Regionalisierung. Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen Band 2. Dritte überarbeitete Auflage. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 430.

WERLEN, B., LIPPUNER, R. (2011): Sozialgeographie. In: Gebhardt, Glaser, Radtke, Reuber (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. 2te Auflage. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag, 687-713.

WERTHER, S. (2021): Potenziale von Coworking im ländlichen Raum. In: Werther (Hrsg.): Coworking als Revolution der Arbeitswelt: Von Corporate Coworking bis zu Workation. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 96-99.

WOLLMANN, H. (2017): Zur Handlungs- und Innovationsfähigkeit der Kommunen in Deutschland – Entwicklungslinien und Handlungsfelder. In: Kersting (Hrsg.): Urbane Innovation. Stadtforschung aktuell. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 33-57.

WOODS, M. (2011): Rural. London, New York: Routledge, 335.

WOODS, M. (2009): Rural Geography. In: Kitchin, Thrift (Hrsg.): International Encyclopedia of Human Geography. 1st Edition, Amsterdam: Elsevier, 429-441.

WOODS, M. (2005): Rural Geography: Processes, Responses and Experiences in Rural Restructuring. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: SAGE, 330.



YAMAN, K.; PAWLOWSKY, P.; HERTWIG, M. (2020): Wissen, Wissensbasierte Ökonomie, Wissensgesellschaft: Einleitung. In: Kouli, Pawlowsky, Hertwig (Hrsg.): Wissensökonomie und Digitalisierung: Geschichte und Perspektiven. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 1-11.

ZEPPENFELD, R. (2012): Nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum. In: Rein, Schuler (Hrsg.): Tourismus im ländlichen Raum. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 111-127.

ZIBELL, B.; DIEZ, J. R.; HEINEKING, I.; PREUß, P.; BLOEM, H.; SOHNS, F. (2015): Zukunft der Nahversorgung in ländlichen Räumen: Bedarfsgerecht und maßgeschneidert. In: Fachinger, Künemund (Hrsg.): Gerontologie und ländlicher Raum. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 141-165.

ZIMMER, A. (2005): Dritter Sektor. In: Schubert (Hrsg.): Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 114-121.

ZIMMER, A.; PRILLER, E. (2005): Der Dritte Sektor im aktuellen Diskurs. In: Birkhölzer, Klein, Priller, Zimmer (Hrsg.): Dritter Sektor / Drittes System: Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 49-71.

ZOBEL, M.-S.; WEIß, J. (2018): Wirkung von E-Partizipation: Erkenntnisse aus Evaluationen elektronischer Bürgerhaushalte. In: Stember, Eixelsberger, Spichiger (Hrsg.): Wirkungen von E-Government: Impulse für eine wirkungsgesteuerte und technikinduzierte Verwaltungsreform. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 207-247.

### **Zeitschriftenaufsätze**

ALIGICA, P. D. (2019): Public entrepreneurship, public choice and self-governance. (= The Review of Austrian Economics), 1-9.

BARLÖSIUS, E. (2009): Der Anteil des Räumlichen an sozialer Ungleichheit. (= Sozialer Fortschritt, Vol. 58, No. 2/3), 22-28.

BAUMGARTEN, M.; ZEHNER, K. (2007): Standortverlagerungen des Lebensmitteleinzelhandels und ihre Folgen für die Nahversorgung (= Raumforschung und Raumordnung, 65/3), 225-230.

BORN, K. M. (2012): Governance in rural landscapes. (= Norwegian Journal of Geography 66/2), 76-83.

BORN, K. M. (2011): Ländliche Räume in Deutschland. Differenzierungen, Entwicklungspfade und -brüche (= Geographische Rundschau, 63/2), 4-11.

BORN, K. M. (2009A): Anpassung und Governance im Dorf. (= Ländlicher Raum 60/3), 58-61.

BLOTEVOGEL, H. H. (2002): Deutsche Metropolregionen in der Vernetzung. (= Informationen zur Raumentwicklung, 617), 345-351.

BRANDTH, B. (1995). Rural masculinity in transition: Gender images in tractor advertisements (= Journal of Rural Studies, 11), 123-133.

BRÜCKNER, M.; MÄRKER, O. (2015): E-Partizipation: Elektrifizierung der Bürgerbeteiligung. Mit Beispielen aus Berlin und Brandenburg. (= Standort, 39), 112–119.

BUTZIN, A.; GÄRTNER, S. (2017): Bürgerschaftliches Engagement, Koproduktion und das Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen (= Raumforschung und Raumordnung, 75), 513-526.

DEHNE, P. (2019): Perspektivwechsel in der Regionalpolitik: Daseinsvorsorge als gesellschaftliche Aufgabe. (= Wirtschaftsdienst, 99), 56-64.

DEHNE, P. (2008): Politik für periphere ländliche Räume: für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung (= Positionspapier der ARL Nr. 77), 22.

DICKEN, P. (2004): Geographers and globalization: yet another missed boat? (= Transactions Institute of British Geographers, 29), 5-26.

DOLATA, U. (2011): Soziotechnischer Wandel als graduelle Transformation. (= Berliner Journal für Soziologie, 21), 265–294.

DOSE, N. (2008): Governance als problemorientierte Steuerung. Steuerung angesichts alter Probleme und neuer Herausforderungen. (= Governance in einer sich wandelnden Welt, politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 41), 77–94.

EVERS, A. (2004): Wohlfahrtspluralismus. Es geht um mehr als Staat und Markt. (= Aktive Bürgergesellschaft Aktuell, 4), 3.

FRIEDMAN, M. (2007): The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits. In: Zimmerli et al. (Hrsg.): Corporate Ethics and Corporate Governance. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag, 173-179.

FUCHS, M.; PILZ, M.; WIEMANN, J.; WIEMANN, K. (2017): Qualifizierung für „Industrie 4.0“ Facharbeit in Deutschland und deutschen Auslandsniederlassungen in Emerging Economies. (= Standort, 41), 88–92.

FUZI, A. (2015): Co-working spaces for promoting entrepreneurship in sparse regions: the case of South Wales. (= Regional Studies, Regional Science, 2), 462-469.

FÜRST, D. (2008): Metropolregionen, Wissensregion und Governance. (= Raumforschung und Raumordnung, 66), 219–229.

FÜRST, D.; KNIELING, J. (2004): Innovation und Konsens - ein Widerspruch? Lösungsstrategien für die Regionalentwicklung. (= Raumforschung und Raumordnung, 62), 280–289.

GIESSEN, L. (2010): Regional Governance für ländliche Räume – innovativer Ansatz, politischer Gegenwind und der Weg vorwärts. Berlin Heidelberg: Springer (= Raumforschung und Raumordnung, 68), 3-14.

GREIVING, S.; FLEX, F.; TERFRÜCHTE, T. (2015): Vergleichende Untersuchung der Zentrale-Orte-Konzepte in den Ländern und Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. (= Raumforschung und Raumordnung, 73), 285–297.

HANNEMANN, C. (2003): Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum: Was verursacht schrumpfende Städte in Ostdeutschland (= Politik und Zeitgeschichte, Bd. 29-30), 16-24.

HARTEISEN, U. / EIGNER-THIEL, S. (2017): Lebensqualität und Dorfentwicklung. Eine Fallstudie aus Niedersachsen (=Raumforschung und Raumordnung, 75), 157–170.

HARTEISEN, U. (2016): Dörfer gemeinsam zukunftsfähig gestalten: Das Konzept der Dorfmoderation. (= Sozialwissenschaftliches Journal, 16/3), 31-41.

HIDALGO, O. (2019): Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes. (= Neue Politische Literatur), 1-30.

HOGAN, J. (2004): Constructing the global in two rural communities in Australia and Japan (= Journal of Sociology, 40), 21-40.

HOLZ-RAU, C.; GÜNTHER, S.; KRUMMHEUER, F. (2010): Daseinsvorsorge ist keine Dortseinsvorsorge. Hinweise zur Planung in dünn besiedelten Räumen. (= Informationen zur Raumentwicklung, 7), 489–504.

ILGMANN, C. (2019): Breitbandausbau in Deutschland: eine strategische Analyse. (= Wirtschaftsdienst, 99), 119–125.

INGWERSEN, P.; SERRANO-LOPEZ (2018): Smart city research 1990–2016. (= Scientometrics, 117), 1205–1236.

JÜRGENS, U. (2017): Renaissance des Dorfladens oder Versorgungswüsten? Erfahrungen und Lernpotenziale am Beispiel Schleswig-Holstein (= Standort, 41/2), 99–108.

KAUER-BERK, O.; BURRMANN, U.; DEREK, A.; GIEß-STÜBER, P.; KUHLMANN, D.; NEUBER, N.; RICHARTZ, A.; RULOFS, B.; SÜßENBACH, J.; SYGUSCH, R. (2020): Das Virus, der Sport und die Herausforderungen. Fragen an die Wissenschaft. (= Forum Kinder- und Jugendsport 2020/1), 100–109.

KERSTEN, J. (2006): Daseinsvorsorge und demographischer Wandel: Wie ändert sich das Raum- und Staatsverständnis? (=Raumforschung und Raumordnung, 64), 245–257.

KIESE, M.; SCHIEK, M. (2016): Unternehmerische Verantwortung in der Stadt- und Regionalentwicklung. Einführung in das Themenheft „Corporate Regional Responsibility“ (= Standort, 40), 9-12.

KLEE, A. (2014): Metropolen und Metropolregionen. (= Raumforschung und Raumordnung, 72), 1-2.

KNIELING, J.; OTHENGRAFEN, F.; PREISING, T. (2012): Privatisierung von Stadt- und Regionalentwicklung: Gesellschaftlicher Nutzen oder Verwirklichung von Unternehmenszielen? „Corporate Spatial Responsibility“ oder „Corporate Spatial Strategy“? (= Raumforschung und Raumordnung, 70), 451–464.

KUJATH, H.-J.; STEIN, A. (2009): Rekonfigurierung des Raumes in der Wissensgesellschaft. (= Raumforschung und Raumordnung, 67), 369-282.

KÜPPER, P. (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. (= Thünen Working Paper, 68), 40.

KÜPPER, P.; SCHEIBE, C. (2015): Steuern oder fördern? Die Sicherung der Nahversorgung in den ländlichen Räumen Deutschlands und Südtirols im Vergleich. (= Raumforschung und Raumordnung, 73), 45-58.

KÜPPER, P. (2008): Metropolen-orientierte Politik und territoriale Kohäsion - Notwendigkeit oder Widerspruch? (= Raumforschung und Raumordnung, 4), 346-359.

LIEBIG, S.; MAY, M. (2009): Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. (= Aus Politik und Zeitgeschichte, 47), 3–8.

MEIER, P.; BEINKE, J. H.; TEUTEBERG, F. (2017): Digitale Transformation multifunktionaler Dorfläden durch User-Centered Design. (= HMD Praxis der Wirtschaftsinformatik, 54), 672-686.

MEIER, A. (2018): Blockchain. (= HMD Praxis der Wirtschaftsinformatik, 55), 1133–1134.

NADLER, R. (2017): The Elephant in the Room. Über das Verhältnis von demographischem Wandel, Daseinsvorsorge und zivilgesellschaftlichem Engagement in Deutschland. (= Raumforschung und Raumordnung, 75), 499–512.

NOLTE, P. (2005): Soziale Gerechtigkeit in neuen Spannungslinien. (= Aus Politik und Zeitgeschichte, 37), 16–23.

OECD (2006): Das neue Paradigma für den ländlichen Raum: Politik und Governance. (= OECD-Berichte über die Politik für den ländlichen Raum). Paris, 187.

REICHERT-SCHICK, A. (2010): Auswirkungen des demographischen Wandels in regionaler Differenzierung: Gemeinsamkeiten und Gegensätze ländlich peripherer Entleerungsregionen in Deutschland – die Beispiele Vorpommern und Westeifel. (= Raumforschung und Raumordnung, 68), 153-168

ROTTMANN, O.; GRÜTTNER, A.; GRAMLICH, L. (2019): Zukunftsorientierte Daseinsvorsorge. Zeitgemäße Ausgestaltung statt ideologischer Schranken. (= Wirtschaftsdienst, 99), 789 - 794.

SCHENK, W.; SCHLIEPHAKE, K. (1989): Zustand und Bewertung ländlicher Infrastrukturen: Idylle oder Drama? (= Berichte zur deutschen Landeskunde, 63), 157-179.

SCHIEK, M. (2016): Corporate Regional Responsibility – Warum engagieren sich Unternehmen gemeinsam für ihre Region? (= Standort, 40), 19-24.

STEINFÜHRER, A. (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. (= Raumforschung und Raumordnung, 73/1), 5-16.

STEINFÜHRER, A.; KÜPPER, P.; TAUTZ, A. (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. (= Landbauforschung Sonderheft, 367), 177.

STIENINGER, M.; AUINGER, A.; RIEDL, R. (2019): Digitale Transformation im stationären Einzelhandel. (=Wirtschaftsinformatik & Management, 11), 46–56.

STINN, T.; KNORRE, K. (2009): Das Integrierte Gesundheitszentrum als Konzeption für Klinikstandorte: Analysiert am Beispiel der Metropolregion München. (= Standort, 33), 120–125.

STURZENHECKER, B. (2021): Jugendsportvereine im Brennglas von Corona. Klassische konzeptionelle Orientierungen von Jugendarbeit bekommen neue Bedeutung. (= Forum Kind Jugend Sport 2021/2), 54–58.

SWIACZNY, F. (2015): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die regionale Bevölkerungsdynamik in Deutschland. (= Raumforschung und Raumordnung, 73), 407-421.

TERFRÜCHTE, T. (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Raumordnung und Regionalpolitik. (= Wirtschaftsdienst, 99), 24-30.

TERFRÜCHTE, T.; GREIVING, S.; FLEX, F. (2017): Empirische Fundierung von Zentrale-Orte-Konzepten – Vorschlag für ein idealtypisches Vorgehen. (= Raumforschung und Raumordnung, 75), 471-485.

WEJNERT, B. (2002): Integrating Models of Diffusion of Innovations: A Conceptual Framework. (= Annual Review of Sociology, 28), 297-326.

WILDE, M. (2015): Die Re-Organisation der Verkehrssysteme: Warum sich die städtische Verkehrsplanung zu einer Mobilitätsplanung weiterentwickeln sollte. (= Standort, 39), 22-25.

WITZEL, A. (2000): Das problemzentrierte Interview. (= Forum Qualitative Sozialforschung, 1), 9.

WÜTHRICH, M. D. (2013): Raum und soziale Gerechtigkeit. Eine raumtheoretische Skizze der Voraussetzungen ihrer Relationen. (= ethik und gesellschaft 2013/1: der »spatial turn« der sozialen Gerechtigkeit), 1-36.

WOLF, T.; STROHSCHEN, J.-H. (2018): Digitalisierung: Definition und Reife - Quantitative Bewertung der digitalen Reife. (= Informatik-Spektrum, 41), 56–64.

WOLFRAM, M.; VOGEL, R. (2012): Governance and Design of Urban Infostructures. Analysing Key Socio-Technical Systems for the Vulnerability and Resilience of Cities. (= Raumforschung und Raumordnung, 70), 323–336.

WOODS, M. (2013): Regions Engaging Globalization: A typology of regional responses in rural Europe. (= Journal of Rural and Community Development, 8/3), 113-126.

WOODS, M. (2007): Engaging the Global Countryside: Globalization, Hybridity and the Reconstitution of Rural Place. (= Progress in Human Geography, 31/4), 485-507.

WÖßMANN, L.; FREUNDL, V.; GREWENIG, E.; LERGETPORER, P.; WERNER, K.; ZIEROW, L. (2020): Bildung in der Corona-Krise: Wie haben die Schulkinder die Zeit der Schulschließungen verbracht, und welche Bildungsmaßnahmen befürworten die Deutschen? (= ifo Schnelldienst 73/9), 25–39.

### **Graue Literatur**

SCHRÖDER, M. (2017): Gleichwertigkeit jenseits von Angleichung – Rahmenbedingungen infrastruktureller Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen. Unveröffentlichte Dissertation an der Universität Vechta, 242.

ORTLAND, A. (2018): Eine akteurszentrierte Analyse der Faktoren und Formen bürgerschaftlichen Engagements in der Initialphase einer Dorfentwicklungsplanung am Fallbeispiel der Dorfregion „Ankum-Kettenkamp“. Unveröffentlichte Masterarbeit an der Universität Vechta, 89.

### **Internetquellen**

BÄHR, U.; BIEMANN, J.; HENTSCHEL, P. (2020): Coworking im ländlichen Raum: Menschen, Modelle, Trends. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung erstellt von CoWorkLand in

freundlicher Unterstützung von Netzwerk Zukunftsorte, verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/coworking-im-laendlichen-raum-all> (abgerufen am 30.05.2022)

Bitkom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (2019): Smart-City-Atlas, verfügbar unter: <https://www.bitkom.org/sites/default/files/2019-03/190318-Smart-City-Atlas.pdf> (abgerufen am 24.10.2020)

BMWi (2021): Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Corona-Krise. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), verfügbar unter: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-digitalisierung-in-deutschland.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-digitalisierung-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (abgerufen am 10.06.2022)

BONIN, H.; EICHHORST, W.; KACZYNSKA, J.; KÜMMERLING, A.; RINNE, U.; SCHOLTEN, A.; STEFFES, S. (2020): Verbreitung und Auswirkungen von mobiler Arbeit und Homeoffice, Kurzexpertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/verbreitung-und-auswirkungen-von-mobiler-arbeit-und-homeoffice-1837156> (abgerufen am 30.05.2022)

BORN, K. M.; ORTLAND, A. (2019A): Untersuchungsergebnisse: Erhebung des Zustands der Daseinsvorsorge in Stadt und Umland von Sulingen. Verfügbar unter: [https://www.rem-mitte-niedersachsen.de/rem-mns/info\\_modul.nsf/vwDateien/file\\_405/\\$File/Untersuchungsergebnisse\\_18.12\\_final\\_Optimized.pdf?OpenElement](https://www.rem-mitte-niedersachsen.de/rem-mns/info_modul.nsf/vwDateien/file_405/$File/Untersuchungsergebnisse_18.12_final_Optimized.pdf?OpenElement) (abgerufen am 24.10.2020).

BORN, K. M.; ORTLAND, A. (2019B): Handlungskonzept: Entwicklung von Instrumenten und Handlungsansätzen zur nachhaltigen Sicherung der Daseinsvorsorge. Verfügbar unter: [https://www.rem-mitte-niedersachsen.de/rem-mns/info\\_modul.nsf/vwDateien/file\\_406/\\$File/Handlungskonzept\\_18.12\\_final.pdf?OpenElement](https://www.rem-mitte-niedersachsen.de/rem-mns/info_modul.nsf/vwDateien/file_406/$File/Handlungskonzept_18.12_final.pdf?OpenElement) (abgerufen am 24.10.2020)

BORN, K. M.; ORTLAND, A. (2019C): Executive Summary des Untersuchungs- und Handlungskonzeptes. Verfügbar unter: [https://www.rem-mitte-niedersachsen.de/rem-mns/info\\_modul.nsf/vwDateien/file\\_407/\\$File/Executive\\_Summary\\_18.12\\_final.pdf?OpenElement](https://www.rem-mitte-niedersachsen.de/rem-mns/info_modul.nsf/vwDateien/file_407/$File/Executive_Summary_18.12_final.pdf?OpenElement) (abgerufen am 24.10.2020)



Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020A): Open Data, verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-verwaltung/open-government/open-data/open-data-node.html> (abgerufen am 24.10.2020)

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020B): Onlinezugangsgesetz (OZG), verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-verwaltung/verwaltungsmo-dernisierung/onlinezugangsgesetz/onlinezugangsgesetz-node.html> (abgerufen am 24.10.2020)

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020C): Smart Cities: Stadtentwicklung im digitalen Zeitalter, verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-woh-nen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/smart-cities/smart-cities-artikel.html> (abgerufen am 24.10.2020)

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020D): Ideen für Smart Cities made in Germany gesucht!, verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilun-gen/DE/2020/02/zweite-staffel-smart-cities.html> (abgerufen am 24.10.2020)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019): Land.Digital: 61 innovative Pro-jekte werden gefördert, verfügbar unter: [https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/Digita-les/LandDigital/landdigital\\_node.html](https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/Digita-les/LandDigital/landdigital_node.html) (abgerufen am 24.10.2020)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017): Den digitalen Wandel gestalten, ver-fügbbar unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/digitalisierung.html> (abgerufen am 24.10.2020)

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2017): Mobilität in Deutschland 2017 – Ergebnisbericht, verfügbar unter: [http://mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2017\\_Er-gebnisbericht.pdf](http://mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2017_Er-gebnisbericht.pdf) (abgerufen am 24.10.2020)

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2016): Schnelles Internet in ländli-chen Räumen im internationalen Vergleich. MORO Praxis Heft 5, verfügbar unter: [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/MOROPra-xis/2016/moro-praxis-5-16-dl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/MOROPra-xis/2016/moro-praxis-5-16-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (angerufen am 24.10.2020)

Bundesregierung (2020): Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Corona-Pan-demie, verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/975226/1747726/0bbb9147be95465e9e845e9418634b93/2020-04-27-zwbilanz-corona-data.pdf?download=1> (abgerufen am 30.05.2022)

CONWAY, C.; BURBRIDGE, I.; TIMMONS, L.; MAANI, S. (2018): Move fast and fix things: How to be a public entrepreneur. RSA (Royal Society for the encouragement of Arts, Manufactures and Commerce), verfügbar unter: [https://www.thersa.org/globalassets/pdfs/reports/1331\\_move-fast-and-fix-things\\_final.pdf](https://www.thersa.org/globalassets/pdfs/reports/1331_move-fast-and-fix-things_final.pdf) (abgerufen am 24.10.2020)

Digitale Dörfer (2020): Das Projekt, verfügbar unter: <https://www.digitale-doerfer.de/das-projekt/> (abgerufen am 24.10.2020)

FEINSTEIN, I.; HABICH, J.; SPILKER, M. (2021): Home Office Frustrpotential: Back to Office. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut IPSOS GmbH, verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/home-office-in-deutschland-eine-neiddebatte> (abgerufen am 30.05.2022)

Fraunhofer (2020): Fraunhofer-Allianz Ambient Assisted Living AAL, verfügbar unter: <https://www.aal.fraunhofer.de/> (abgerufen am 24.10.2020)

Gabler Wirtschaftslexikon (2020): Innovation, verfügbar unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/innovation-39624> (abgerufen am 24.10.2020)

GOTZMANN, H.; PANNICKE, J. (2017): Leitfaden für geschlechtergerechtes Formulieren von Texten, verfügbar unter: <https://www.umwelt.uni-hannover.de/fileadmin/umwelt/Studium/Arbeitshilfen/GeschlechtergerechteSpracheLUH.pdf> (abgerufen am 02.06.2021)

GOVDATA (2020): Das Datenportal für Deutschland. Open Government: Verwaltungsdaten transparent, offen und frei nutzbar, verfügbar unter: <https://www.govdata.de/> (abgerufen am 24.10.2020)

HABIGHORST, A.-K.; MERFORT, T.; WUTTKE, H. (2019): Projektergebnisse und Handlungsleitfaden. Herausgeber: Kreis Lippe, verfügbar unter: <https://innovation-landlab.de/wp-content/uploads/2019/10/Abschlussbrosch%C3%BCre-SCS.pdf> (abgerufen am 24.10.2020)

HAFNER, S.; ENGELMANN, T.; MERTEN, T.; MISOGA, M.; KIEHLBREI, N.; REI-MER, M. (2012): Ansätze für eine integrierte Regional Governance Demografie, Innovationsfähigkeit und Ressourceneffizienz in regionalen Innovationssystemen. Arbeitspapier im Arbeitspaket 1.5 des Verbundprojekts Strategische Allianz „Demografiemanagement, Innovationsfähigkeit und Ressourceneffizienz am Beispiel der Region Augsburg (ADMIRe A3)“, verfügbar unter:

[http://www.admire-a3.de/fileadmin/user\\_upload/admire/HOME/Veroeffentlichungen/Arbeitspapiere/ADMIRE\\_Synthesepapier\\_UBT\\_f10.pdf](http://www.admire-a3.de/fileadmin/user_upload/admire/HOME/Veroeffentlichungen/Arbeitspapiere/ADMIRE_Synthesepapier_UBT_f10.pdf) (abgerufen am 01.12.2020)

HELLER, A.; EWERT, S. (2021): Bildung in ländlichen Räumen und die Rolle der Lehrerbildung. Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/335923/bildung-in-laendlichen-raeumen-und-die-rolle-der-lehrerbildung/#footnote-target-3> (abgerufen am 10.06.2022)

Homepage Hamburger Kunsthalle (2022): App, verfügbar unter: <https://www.hamburger-kunsthalle.de/app-0> (abgerufen am 03.06.2022)

Homepage Samtgemeinde Kirchdorf (2020): Anruf-Sammeltaxi, verfügbar unter: <https://www.kirchdorf.de/Rund-ums-Leben/%C3%96PNV/Anruf-Sammeltaxi> (abgerufen am 24.10.2020)

Homepage Samtgemeinde Schwaförden (2020): AST-Anrufsammeltaxi, verfügbar unter: <https://www.schwafoerden.de/portal/seiten/ast-anrufsammeltaxi-900000001-21920.html> (abgerufen am 24.10.2020)

Homepage FamilienGesundheitsZentrum Sulinger Land (2021): Startseite, verfügbar unter: <http://www.fgz-sulingerland.de/> (abgerufen am 09.07.2021)

Homepage Universität Vechta (2020): Smart Region Oldenburger Münsterland, verfügbar unter: <https://www.uni-vechta.de/forschung/wissenstransfer/smart-region-oldenburger-muensterland/neuigkeiten/> (abgerufen am 24.10.2020)

HORNBOSTEL, L.; NERGER, M.; TILLACK, D.; WITTPAHL, V.; HANDSCHUH, A.; SALDEN, J. (2019): Zukunftsradar Digitale Kommune. Ergebnisbericht zur Umfrage 2019. Herausgeber: Institut für Innovation und Technik (iit), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), verfügbar unter: <https://www.iit-berlin.de/de/zukunftsradar-digitale-kommune-2019-erschienen> (abgerufen am 24.10.2020)

HUNECKE, M. (2013): Psychische Ressourcen zur Förderung nachhaltiger Lebensstile. Bonn: Denkwerk Zukunft, verfügbar unter: <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/MemoPsycho.pdf> (abgerufen am 24.10.2020)

KRISZAN, A.; MAAS, K. (2019): Evaluation des Projektes „Smart Country Side“. Herausgeber: Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe, verfügbar unter: [https://innovation-landlab.de/wp-content/uploads/2019/10/Evaluationsbericht\\_Kurzfassung\\_TH-OWL.pdf](https://innovation-landlab.de/wp-content/uploads/2019/10/Evaluationsbericht_Kurzfassung_TH-OWL.pdf) (abgerufen am 24.10.2020)

Landatlas (2022). Ausgabe 10/06/2022. Hrsg.: Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume - Braunschweig 2022, verfügbar unter: <https://karten.landatlas.de/app/landatlas/> (abgerufen am 10.06.2022)

LOBECK, M. (2017): „Digitale Zukunft auf dem Land“. Wie ländliche Regionen durch die Digitalisierung profitieren können. Herausgeber: Bertelsmann Stiftung, verfügbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/170620\\_Endfassung\\_Digitale\\_Zukunft\\_korrigiert\\_2.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/170620_Endfassung_Digitale_Zukunft_korrigiert_2.pdf) (abgerufen am 24.10.2020)

Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) (2020A): Bevölkerungsfortschreibung, verfügbar unter: [https://www.statistik.niedersachsen.de/startseite/datenangebote/lsn\\_online\\_datenbank/](https://www.statistik.niedersachsen.de/startseite/datenangebote/lsn_online_datenbank/) (abgerufen am 24.10.2020)

Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) (2020B): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Niedersachsen, verfügbar unter: [https://www.statistik.niedersachsen.de/startseite/datenangebote/lsn\\_online\\_datenbank/](https://www.statistik.niedersachsen.de/startseite/datenangebote/lsn_online_datenbank/) (abgerufen am 24.10.2020)

Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) (2020C): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohn- und Arbeitsort und Pendler über verschiedene Grenzen in Niedersachsen, verfügbar unter: [https://www.statistik.niedersachsen.de/startseite/datenangebote/lsn\\_online\\_datenbank/](https://www.statistik.niedersachsen.de/startseite/datenangebote/lsn_online_datenbank/) (abgerufen am 24.10.2020)

LGLN (2020): Katasterkarten Online, verfügbar unter: <https://www.geobasisdaten.niedersachsen.de/katasterkarten-online/application/geoportal> (abgerufen am 24.10.2020)

NEUMEIER, S. (2019): Erreichbarkeit von Kindergärten in Deutschland: Kennzahlen und Karten, Thünen Working Paper, No. 117, verfügbar unter: [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn060693.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn060693.pdf) (abgerufen am 10.06.2022)

NEUMEIER, S. (2018): Erreichbarkeit von Regelschulen in Deutschland: Eine Betrachtung des ersten Bildungswegs nach Primarstufe, Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2, Thünen Working Paper, No. 113, verfügbar unter: [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn060572.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn060572.pdf) (abgerufen am 10.06.2022)

OECD (2017): Fostering Innovation in the Public Sector, verfügbar unter: [https://read.oecd-ilibrary.org/governance/fostering-innovation-in-the-public-sector\\_9789264270879-en#page8](https://read.oecd-ilibrary.org/governance/fostering-innovation-in-the-public-sector_9789264270879-en#page8) (abgerufen am 24.10.2020)

SLUPINA, M.; SÜTTERLIN, S.; KLINGHOLZ, R. (2015): Von Hürden und Helden: Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt, verfügbar unter: [https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Von\\_Huerden\\_und\\_Helden/BI\\_HuerdenUndHelden\\_Online-1.pdf](https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von_Huerden_und_Helden/BI_HuerdenUndHelden_Online-1.pdf) (abgerufen am 24.10.2020)

Techniker Krankenkasse (2022): Telemedizin im ländlichen Raum, verfügbar unter: <https://www.tk.de/techniker/gesundheit-und-medizin/igv-vertraege/telemedizin-im-laendlichen-raum-2068280?tkcm=aaus> (abgerufen am 10.06.2022)

VAN DEN BERG, N.; FLEßA, S.; HOFFMANN, W. (2021): Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/334219/gesundheitsversorgung-im-laendlichen-raum/#footnote-target-2> (abgerufen am 10.06.2022)

VKU Verband kommunaler Unternehmen e.V. (2018): Umfrage zum Thema ländlicher Raum, verfügbar unter: <https://www.vku.de/umfrage-laendlicher-raum-chancen-der-digitalisierung-nutzen/> (abgerufen am 24.10.2020)

VOIGT, M.; THORUN, C.; SINEMUS, K. (2017): Digital. Kommunal. Deutschland. Smart Nation durch Smart Regions. Herausgeber: Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), Quadriga Hochschule Berlin, verfügbar unter: <https://www.vku.de/publikationen/2017/quadriga-studie-digital-kommunal-deutschland-smart-nation-durch-smart-regions/> (abgerufen am 24.10.2020)

WIECHMANN, T.; TERFRÜCHTE, T. (2017): Smart Country regional gedacht – Teilräumliche Analysen für digitale Strategien in Deutschland. Herausgeber: Bertelsmann Stiftung, verfügbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart\\_Country/SCRegional\\_Juni2017\\_final.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart_Country/SCRegional_Juni2017_final.pdf) (abgerufen am 24.10.2020)

WIEDEMANN, M.; WUTTKE, H.; FISCHER, F. (2020): Auftakt der Initiative “Digitale Landpioniere”. Hrsg.: Bertelsmann Stiftung, verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/projektnachrichten/digitale-landpioniere> (abgerufen am 11.06.2022)

WIEDEMANN, M.; WEEKE, V. (2021): Digitale Landpioniere aus ganz Deutschland treffen sich in nordhessischer Provinz. Hrsg.: Bertelsmann Stiftung, verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/projektnachrichten/digitale-landpioniere-1> (abgerufen am 11.06.2022)

WIEDEMANN, M.; WEEKE, V.; WUTTKE, H.; FISCHER, F. (2022): Digitale Landpionier:innen: Politikempfehlungen für eine Progressive Provinz. Hrsg.: Bertelsmann Stiftung, verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/projektnachrichten/digitale-landpioniere-politikempfehlungen-fuer-eine-progressive-provinz> (abgerufen am 11.06.2022)

WILLIGER, B.; WOJETCH, A. (2018): Digitalisierung im ländlichen Raum. Status Quo & Chancen für Gemeinden. White Paper der Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services SCS, verfügbar unter: <https://www.scs.fraunhofer.de/de/publikationen/studien/white-paper-digitalisierungimlaendlichenraum.html> (abgerufen am 24.10.2020)

### **Gesetzestexte**

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung, verfügbar unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/egovg/> (abgerufen am 24.10.2020)

Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG), verfügbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/ozg/OZG.pdf> (abgerufen am 24.10.2020)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Verfügbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/index.html#BJNR000010949BJNE004603307> (abgerufen am 24.10.2020)

Raumordnungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Verfügbar unter: [https://www.gesetze-im-internet.de/rog\\_2008/](https://www.gesetze-im-internet.de/rog_2008/) (abgerufen am 24.10.2020)

Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2007:306:TOC> (abgerufen am 24.10.2020)

Vertrag über eine Verfassung für Europa. Verfügbar unter: [https://europa.eu/european-union/sites/europa.eu/files/docs/body/treaty\\_establishing\\_a\\_constitution\\_for\\_europe\\_de.pdf](https://europa.eu/european-union/sites/europa.eu/files/docs/body/treaty_establishing_a_constitution_for_europe_de.pdf) (abgerufen am 24.10.2020)

## Qualitative Daten

### *Befragung Wohnungslosenhilfe (Bethel im Norden)*

Name:	Durchgeführt von:	Datum:	Länge:
Interview Bethel 1	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:12:58:23
Interview Bethel 2	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:16:55:26
Interview Bethel 3	Arne Ortland	13.06.2019	00:11:17:22
Interview Bethel 4	Arne Ortland	13.06.2019	00:19:25:19
Interview Bethel 5	Arne Ortland	13.06.2019	00:10:49:05
Interview Bethel 6	Arne Ortland	13.06.2019	00:11:28:22
Interview Bethel 7	Arne Ortland	13.06.2019	00:16:30:29
Interview Bethel 8	Arne Ortland	13.06.2019	00:28:28:29
Interview Bethel 9	Arne Ortland	13.06.2019	00:18:29:12
Interview Bethel 10	Arne Ortland	13.06.2019	00:15:26:29
Interview Bethel 11	Arne Ortland	13.06.2019	00:13:33:12

### *Haushaltsbefragung Gemeinde Freistatt*

Name:	Durchgeführt von:	Datum:	Länge:
Interview Freistatt 1	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:19:54:06
Interview Freistatt 2	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:16:05:02
Interview Freistatt 3	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:08:06:24
Interview Freistatt 4	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:12:23:05
Interview Freistatt 5	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:06:18:00
Interview Freistatt 6	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	11.06.2019	00:27:58:26

## Quellenverzeichnis

---

Interview Freistatt 7	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:26:31:00
Interview Freistatt 8	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:09:37:14
Interview Freistatt 9	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:05:48.20
Interview Freistatt 10	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:06:46.11
Interview Freistatt 11	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:06:00.06
Interview Freistatt 12	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:25:06.24
Interview Freistatt 13	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:26:41.17
Interview Freistatt 14	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:06:24:05 + 00:08:37.17
Interview Freistatt 15	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	11.06.2019	00:36:27.02
Interview Freistatt 16	Arne Ortland, Marvin Leck	12.06.2019	00:22:45:28
Interview Freistatt 17	Arne Ortland, Marvin Leck	12.06.2019	00:11:02:23
Interview Freistatt 18	Arne Ortland, Marvin Leck	12.06.2019	00:22:34:18
Interview Freistatt 19	Arne Ortland, Marvin Leck	12.06.2019	00:20:07:13
Interview Freistatt 20	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	12.06.2019	00:27:31.26
Interview Freistatt 21	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	12.06.2019	00:17:24:04
Interview Freistatt 22	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	12.06.2019	00:18:15.16
Interview Freistatt 23	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	12.06.2019	00:43:17.16
Interview Freistatt 24	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	12.06.2019	00:12:37.12
Interview Freistatt 25	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	12.06.2019	00:15:05.09



*Haushaltsbefragung Ortschaft Groß Lessen*

Name:	Durchgeführt von:	Datum:	Länge:
Interview Groß Lessen 1	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	11.06.2019	00:20:09.02
Interview Groß Lessen 2	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	11.06.2019	00:18:59.21
Interview Groß Lessen 3	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	11.06.2019	00:27:21.18
Interview Groß Lessen 4	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	11.06.2019	00:13:29.24
Interview Groß Lessen 5	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	11.06.2019	00:21:35.23
Interview Groß Lessen 6	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	11.06.2019	00:15:17.04
Interview Groß Lessen 7	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	11.06.2019	00:19:45.17
Interview Groß Lessen 8	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	11.06.2019	00:18:41.03
Interview Groß Lessen 9	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	11.06.2019	00:25:20.27
Interview Groß Lessen 10	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	13.06.2019	00:15:47.04
Interview Groß Lessen 11	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	13.06.2019	00:23:43.20
Interview Groß Lessen 12	Alissa Horstmann, Jessica Nixon	13.06.2019	00:13:43.16
Interview Groß Lessen 13	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	13.06.2019	00:16:24.07
Interview Groß Lessen 14	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	13.06.2019	00:13:41.05
Interview Groß Lessen 15	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	14.06.2019	00:19:10.25
Interview Groß Lessen 16	Alissa Horstmann, Jessica Nixon, Marvin Leck	14.06.2019	00:28:19.14

*Haushaltsbefragung Gemeinde Staffhorst*

Name:	Durchgeführt von:	Datum:	Länge:
Interview Staffhorst 1	Arne Ortland, Harm Albert Schröder	11.06.2019	00:35:23.12
Interview Staffhorst 2	Arne Ortland, Harm Albert Schröder	11.06.2019	00:29:45.00
Interview Staffhorst 3	Arne Ortland, Harm Albert Schröder	11.06.2019	00:17:30.04 +
Interview Staffhorst 4	Arne Ortland, Harm Albert Schröder	11.06.2019	00:22:12.28
Interview Staffhorst 5	Arne Ortland, Harm Albert Schröder	11.06.2019	00:27:03.01
Interview Staffhorst 6	Arne Ortland, Harm Albert Schröder	11.06.2019	00:39:00.08
Interview Staffhorst 7	Arne Ortland, Harm Albert Schröder	11.06.2019	00:14:09.10
Interview Staffhorst 8	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	12.06.2019	00:15:52.27
Interview Staffhorst 9	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	12.06.2019	00:14:13.10
Interview Staffhorst 10	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	12.06.2019	00:12:25.02
Interview Staffhorst 11	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	12.06.2019	00:11:13.01
Interview Staffhorst 12	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	12.06.2019	00:15:52.05
Interview Staffhorst 13	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	12.06.2019	00:16:26.02
Interview Staffhorst 14	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	13.06.2019	00:12:34.09
Interview Staffhorst 15	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	13.06.2019	00:23:55.05
Interview Staffhorst 16	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	13.06.2019	00:23:49.00

## Quellenverzeichnis

---

Interview Staffhorst 17	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	13.06.2019	00:13:29.16
Interview Staffhorst 18	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	13.06.2019	00:14:11.03
Interview Staffhorst 19	Harm Albert Schröder, Kimberley Kropp	13.06.2019	00:12:33.05
Interview Staffhorst 20	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	13.06.2019	00:12:42.02
Interview Staffhorst 21	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	14.06.2019	00:22:32.25
Interview Staffhorst 22	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	14.06.2019	00:15:38.21
Interview Staffhorst 23	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	14.06.2019	00:19:50.12
Interview Staffhorst 24	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	14.06.2019	00:39:35.19
Interview Staffhorst 25	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	14.06.2019	00:37:59.22
Interview Staffhorst 26	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	14.06.2019	00:28:23.13
Interview Staffhorst 27	Arne Ortland, Harm Al- bert Schröder	14.06.2019	00:26:12.26

### *Haushaltsbefragung Gemeinde Stocksdorf*

Name:	Durchgeführt von:	Datum:	Länge:
Interview Stocksdorf 1	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	12.06.2019	00:07:55.27
Interview Stocksdorf 2	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	12.06.2019	00:19:01.06
Interview Stocksdorf 3	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	12.06.2019	00:38:49.10
Interview Stocksdorf 4	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	12.06.2019	00:34:48.06

## Quellenverzeichnis

---

Interview Stocksdorf 5	Nicolai Kraft, Karl Martin Born	12.06.2019	00:25:00.00
Interview Stocksdorf 6	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	13.06.2019	00:10:23.02
Interview Stocksdorf 7	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	13.06.2019	00:23:55.20
Interview Stocksdorf 8	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	13.06.2019	00:14:11.28
Interview Stocksdorf 9	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	13.06.2019	00:20:50.07
Interview Stocksdorf 10	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	13.06.2019	00:12:15.29
Interview Stocksdorf 11	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	13.06.2019	00:12:55.16
Interview Stocksdorf 12	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	13.06.2019	00:17:01.21
Interview Stocksdorf 13	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	14.06.2019	00:16:36.26
Interview Stocksdorf 14	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	14.06.2019	00:14:29.21
Interview Stocksdorf 15	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	14.06.2019	00:11:47.16
Interview Stocksdorf 16	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	14.06.2019	00:08:31.16
Interview Stocksdorf 17	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	14.06.2019	00:13:31.02
Interview Stocksdorf 18	Ann-Kathrin Gabriel, Björn Johannson	14.06.2019	00:08:02.02

*Experteninterviews*

Name:	Durchgeföhrt von:	Datum:	Länge:
Experteninterview 1	Arne Ortland	19.08.2020	00:46:03.10
Experteninterview 2	Arne Ortland	19.08.2020	00:37:55:00
Experteninterview 3	Arne Ortland	01.09.2020	00:36:52.01
Experteninterview 4	Arne Ortland	01.09.2020	00:39:59.06
Experteninterview 5	Arne Ortland	08.09.2020	01:33:48.29
Experteninterview 6	Arne Ortland	10.09.2020	00:33:42.06
Experteninterview 7	Arne Ortland	10.09.2020	00:59:40.00
Experteninterview 8	Arne Ortland	10.09.2020	00:38:51.05
Experteninterview 9	Arne Ortland	10.09.2020	00:41:18.03
Experteninterview 10	Arne Ortland	14.09.2020	01:11:35.03
Experteninterview 11	Arne Ortland	21.09.2020	00:33:35.00
Experteninterview 12	Arne Ortland	22.09.2020	01:09:12.00
Experteninterview 13	Arne Ortland	29.09.2020	00:48:10.03
Experteninterview 14	Arne Ortland	29.09.2020	00:59:24.05
Experteninterview 15	Arne Ortland	01.10.2020	00:59:02.03
Experteninterview 16	Arne Ortland	01.10.2020	00:38:36.01
Experteninterview 17	Arne Ortland	12.10.2020	00:37:50.02
Experteninterview 18	Arne Ortland	13.10.2020	00:43:30.05

## **Wissenschaftlicher Werdegang**

- 2020-2021     **Promotion als assoziiertes Mitglied des Promotionsprogramm „Digitale Lebenswelten in Dörfern - Verantwortung und Steuerung der digitalen Transformation. Chancen und Risiken des digitalen Wandels für Dörfer“**
- Thema der Dissertation: „Digitalisierung der Daseinsvorsorge einer ländlichen Region: Synergien und Verschränkungen bei der Aushandlung, Adoption und Diffusion digitaler Innovationen zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft am Beispiel des Sulinger Landes“
  - Qualitatives Forschungsdesign mit leitfadengestützten Interviews in einer niedersächsischen Untersuchungsregion
  - Betreuer der Arbeit: apl. Prof. Dr. Karl Martin Born, Prof. Dr. Jantje Halberstadt
- 2016-2018     **Master-Studium „Geographien ländlicher Räume – Wandel durch Globalisierung“ (M.A.) an der Universität Vechta**
- Abschlussnote: 1,3; Note der Abschlussarbeit: 1,3
  - Thema der Abschlussarbeit: „Eine akteurszentrierte Analyse der Faktoren und Formen bürgerschaftlichen Engagements in der Initialphase einer Dorfentwicklungsplanung am Fallbeispiel der Dorfgemeinschaft An-kum-Kettenkamp“
- 2013-2016     **Bachelorstudium “Bachelor of Combined Studies” (B.Sc.) an der Universität Vechta**
- Hauptfach: Geographie, Nebenfach: Anglistik
  - Abschlussnote: 1,6; Note der Abschlussarbeit: 1,3
  - Thema der Abschlussarbeit: „Siedlungsentwicklung in der Stadt Vechta: Flächennutzungskonkurrenzen im Spannungsfeld von Wohnbauflächenentwicklung und landwirtschaftlicher Nutzung“
- 2004-2012     **Greselius Gymnasium Bramsche mit Abschluss der allgemeinen Hochschulreife**

## **Beruflicher Werdegang**

01/2022 – **Projektmanager (25%) im Projekt „Digital Transformation Hub of Rural Europe“ an der Universität Vechta**  
12/2024

- Tätigkeitsbereiche: operatives Projektmanagement; Organisation und Koordination von Projekttreffen und internationalen Konferenzen; Organisation und Durchführung von Experteninterviews, Online-Umfragen, Workshops und Fokusgruppen
- Drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt (ERASMUS+)

11/2021 – **Projektmanager (25%) im Projekt „Public:Start - Public Entrepreneurship as a Response to Complex Challenges“ bei Domhan Vision UG**  
12/2023

- Tätigkeitsbereiche: operatives Projektmanagement; Implementierung verschiedener Management-Tools (z.B. Monday.com); Organisation und Koordination von Projekttreffen und internationalen Konferenzen; Organisation und Durchführung von Experteninterviews, Online-Umfragen, Workshops und Fokusgruppen
- Drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt (ERASMUS+)

10/2021 – **Wissenschaftlicher Mitarbeiter (50%) im Projekt „ZLA: Zukunftslabor Agrar“ an der Universität Vechta**  
10/2024

- Tätigkeitsbereiche: Organisation und Durchführung von Experteninterviews, Online-Umfragen, Workshops und Fokusgruppen; Vernetzung regionaler Akteure innerhalb u. außerhalb der Universität
- Drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt

05/2020 – **Wissenschaftlicher Mitarbeiter (50%) im Projekt „EXIST-Potentiale“ an der Universität Vechta**  
10/2021

- Tätigkeitsbereiche: Scouting von Gründungsideen, Organisation u. Durchführung verschiedener Workshop- und Lehrformate, Vernetzung regionaler Akteure, Qualitätsmanagement
- Drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt

03/2020 – **Projektmitarbeiter in den Bereichen Entrepreneurship u. Regionalentwicklung bei Domhan Vision UG**  
11/2021

- Tätigkeitsbereiche: Akquise quantitativer (Desk Research) u. qualitativer Daten (Experteninterviews), Organisation u. Unterstützung verschiedener Workshop-Formate, Einwerben von Drittmittel-Projekten (ERASMUS+)
- Anstellung im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung

03/2019 – **Wissenschaftlicher Mitarbeiter (50%) im Projekt „Initiative Smart Region Oldenburger Münsterland“ an der Universität Vechta**  
12/2019

- Tätigkeitsbereiche: Organisation u. Durchführung verschiedener Workshop- und Partizipationsformate, Vernetzung regionaler Projektpartner, Ausarbeitung regionaler Handlungsstrategien
- Drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt

01/2019 – **Wissenschaftlicher Mitarbeiter (50%) im Projekt „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital“ an der Universität Vechta**  
12/2019

- Tätigkeitsbereiche: Organisation u. Durchführung verschiedener Workshop- und Partizipationsformate, Durchführung u. Auswertung qualitativer Interviews, Ausarbeitung regionaler Handlungsstrategien
- Drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt



## **Selbstständigkeitserklärung**

Ich erkläre ausdrücklich, dass es sich bei der von mir eingereichten schriftlichen Arbeit mit dem Titel:

„Digitalisierung der Daseinsvorsorge einer ländlichen Region:

Synergien und Verschränkungen bei der Aushandlung, Adoption und Diffusion digitaler Innovationen zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft am Beispiel des Sulinger Landes“

um eine von mir erstmalig, selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasste Arbeit handelt.

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich sämtliche in der oben genannten Arbeit verwendeten fremden Quellen, auch aus dem Internet (einschließlich Tabellen, Grafiken u. Ä.) als solche kenntlich gemacht habe. Insbesondere bestätige ich, dass ich ausnahmslos sowohl bei wörtlich übernommenen Aussagen bzw. unverändert übernommenen Tabellen, Grafiken u. Ä. (Zitaten) als auch bei in eigenen Worten wiedergegebenen Aussagen bzw. von mir abgewandelten Tabellen, Grafiken u. Ä. anderer Autorinnen und Autoren (Paraphrasen) die Quelle angegeben habe.

Mir ist bewusst, dass Verstöße gegen die Grundsätze der Selbstständigkeit als Täuschung betrachtet und entsprechend der Promotionsordnung der Fakultät II – Natur- und Sozialwissenschaften der Universität Vechta geahndet werden.

Datum

Unterschrift

# Anhang

Zur Dissertation

„Digitalisierung der Daseinsvorsorge einer ländlichen Region:  
Synergien und Verschränkungen bei der Aushandlung, Adoption und  
Diffusion digitaler Innovationen zwischen Politik, Wirtschaft, Drittem  
Sektor und Bürgergesellschaft am Beispiel des Sulinger Landes“

Vorgelegt von

Arne Ortland

**Anhang 1: Adressdatenbank Sulinger Land (Stand: 01.04.2019)**

<b>Str.</b>	<b>Hausnr.</b>	<b>PLZ</b>	<b>Ort</b>	<b>Name der Einrichtung</b>	<b>Kategorie</b>
<b>Kirchdorf</b>					
Von-Lepel-Straße	24	27259	Freistatt	Edeka-Markt Freistatt	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Bahrenborsteler Straße	8	27245	Kirchdorf	Combi-Markt Kirchdorf	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Buchhorster Straße	1	27259	Varrel	Edeka-Markt Langhorst	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Dorfstraße	2	27259	Wehrbleck	Nah & Gut Rudolf Laging	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Alte Dorfstraße	11	27245	Bahrenborstel	Landbäckerei Niemeyer	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Danziger Straße	1	27259	Varrel	Fleischerei Kollhorst	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Im Neuen Lande	1	27259	Wehrbleck	Bäckerei Speckmann	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Kuppendorf	54	27245	Kirchdorf	Harold Meyer, Gemischtwaren (Lieferservice)	Grund- und Nahversorgung: mobile Nahversorgung
Bahrenborsteler Straße	8	27245	Kirchdorf	Poststelle im Combi-Markt Kirchdorf	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Buchhorster Straße	1	27259	Varrel	Poststelle im Edeka-Markt Langhorst	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Hohe Straße	15	27259	Varrel	Volksbank Varrel	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Rathausstraße	8	27245	Kirchdorf	Kreissparkasse Kirchdorf	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Hohe Straße	13	27259	Varrel	Kreissparkasse Varrel	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Bahrenborsteler Straße	14	27245	Kirchdorf	Volksbank Kirchdorf	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Holzhauser Straße	21	27245	Bahrenborstel	Classic Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Barenburger Straße	7	27245	Kirchdorf	Esso-Tankstelle Kirchdorf	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Barenburger Straße	10	27245	Kirchdorf	Raiffeisen-Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Poststraße	1	27259	Varrel	Raiffeisen-Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen

Im Flecken	42	27245	Barenburg	Olaf Rapsch	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Lange Straße	22	27245	Kirchdorf	Dr. med. Herbert Huth, Dr. med. Gisela Salje-Wolff, Gergana Belyova	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Am Friedhof	5	27259	Varrel	Dr. med. Sven Nevermann	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Königsberger Straße	2	27259	Varrel	Zahnärztin Elena Konvisser	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Am See	9	27245	Bahrenborstel	Tierarzt Jörn-M. Steffens	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Am Wallberg	11	27245	Kirchdorf	Fachtierarzt für Chirurgie Dr. Johannes Meyer	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Auf der Loge	1	27259	Varrel	Tierarzt Dr. Matthias Link	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Schäkeler Straße	1	27259	Varrel	Tierärzte Dr. Cord Müller, Dr. Ralph Müller	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	15	27245	Kirchdorf	Heide Apotheke	Medizinische Versorgung: Apotheken
Lange Straße	20	27245	Kirchdorf	DRK Ambulante Pflege Kirchdorf	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Hohe Straße	17	27259	Varrel	Besuchsdienst der ev.-luth. Marien-Kirche Varrel	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Papenheide	1	27232	Sulingen	Melanies Haus-Kranken-Pflege	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Heerder Straße	12	27245	Bahrenborstel	Vergissmeinnicht - Alltagsbetreuung für Senioren und Menschen mit Demenz	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Eschenweg	5	27245	Kirchdorf	DRK Betreutes Wohnen	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Stranger Straße	2	27259	Wehrbleck	WESUS - Wehrblecker Senioren-und Service GmbH	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Steyerberger Straße	22	27245	Kirchdorf	DRK Tagespflege Kirchdorf „Altes Badehaus“	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Stranger Straße	2	27259	Wehrbleck	DRK Tagespflege Wehrbleck „Zur Alten Schule“	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Brümmerloh	3	27259	Varrel	„Simonshof“ Tagespflege Varrel	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Heimstatt	1	27259	Freistatt	Altenhilfezentrum Heimstatt	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Denckerskamp	1	27245	Barenburg	Osteopathiepraxis Carolin Fröhlich	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Alter Damm	6	27245	Barenburg	Krankengymnastik u. Naturheilpraxis Sylvia Winges	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote

Lange Straße	22	27245	Kirchdorf	Dipl.-Psych. Bärbel Nordmann	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Rosenstraße	1	27259	Varrel	Hebamme Ina Kellermann	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Tannenweg	2	27245	Bahrenborstel	Alternative Therapie, Benjamin und Margot Kerne	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	16	27245	Kirchdorf	Physiotherapie-Praxis Andreas Kröger	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	16	27245	Kirchdorf	Praxis für Ergotherapie Astrid Meyer	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Steyerberger Straße	18	27245	Kirchdorf	Psychotherapeutische Heilpraktikerin Dörthe Sprick	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	22	27245	Kirchdorf	Osteopath und Heilpraktiker Ulrich Jäger	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	20	27245	Kirchdorf	Schuhhaus Orthopädieschuhtechnik, Oliver Luersen	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Oberdamm	9	27259	Varrel	Heilpraktikerin Martina Helmers	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Hohe Straße	4	27259	Varrel	Praxis für Physiotherapie (Bobath Konzept, manuelle Lymphdrainage)	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Strange	28	27259	Wehrbleck	Kosmetik- und Massagepraxis Gabriele Kahl	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Teichgärten	26	27245	Barenburg	DRK KiTa Barenburg „Sonnenstrahl“, Träger: Deutsches Rotes Kreuz	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Schulstraße	1	27245	Barenburg	DRK Krippe Barenburg „Spatzenburg“, Träger: Deutsches Rotes Kreuz	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Scharringhausen	14	27245	Kirchdorf	Ev.-luth. integrative Kindertagesstätte Scharringhausen, Träger: Ev.-luth. Kindertagesstättenverband Grafschaft Diepholz	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Stranger Straße	4	27259	Wehrbleck	DRK KiTa Wehrbleck „Wirbelwind“, Träger: Deutsches Rotes Kreuz	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Holzhauser Straße	8	27245	Bahrenborstel	Hort Bahrenborstel (Schulgebäude Bahrenborstel), Träger: Ev.-luth. Kindertagesstättenverband	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Glockenberg	16	27245	Kirchdorf	Grundschule Kirchdorf	Bildung: Grundschulen
Wehrblecker Straße	2	27259	Varrel	Oberschule Varrel	Bildung: weiterführende Schulen

Wietingshof	4	27259	Freistatt	Schulverbund Freistatt, Förderschule und Berufsbildende Schule – Bethel im Norden	Bildung: weiterführende Schulen
Wietingshof	4	27259	Freistatt	Schulverbund Freistatt, Internat Freistatt – Bethel im Norden	Bildung: weiterführende Schulen
Im Lohfelde	3	27259	Varrel	Volkshochschule des Landkreises Diepholz Außenstelle Kirchdorf/Varrel	Bildung: Weiterbildungsangebote, Erwachsenenbildung
Rathausstraße	12	27245	Kirchdorf	Samtgemeinde Kirchdorf	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Von-Lepel-Straße	22	27259	Freistatt	Verwaltungsstelle Freistatt	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Nordfeld	1	27245	Kirchdorf	Mini-Wertstoffhof in Kirchdorf, Bauhof Kirchdorf	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Nordfeld	1	27245	Kirchdorf	Grünabfall-Sammelstelle Kirchdorf beim Bauhof Kirchdorf	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Schaftrift	Ohne Hausnr.	27259	Wehrbleck	Grünabfall-Sammelstelle Wehrbleck	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Von-Lepel-Straße	5	27259	Freistatt	Grünabfall-Sammelstelle Freistatt	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Renzel	18	27259	Varrel	Grünabfall-Sammelstelle Varrel	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Rathausstraße	14	27245	Kirchdorf	Polizeidienststelle Kirchdorf	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Lange Straße	26	27245	Kirchdorf	Gemeindebrandmeister Gerd Kemmann	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Waldgärten	15	27245	Bahrenborstel	Ortsfeuerwehr Bahrenborstel	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Hambruch	17	27245	Barenburg	Ortsfeuerwehr Barenburg	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Dörrielo	21	27259	Varrel	Ortsfeuerwehr Dörrielo	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Grenzweg	2	27259	Freistatt	Ortsfeuerwehr Freistatt	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Vorm Stellohberg	8	27245	Bahrenborstel	Ortsfeuerwehr Holzhausen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Gartenstraße	4	27245	Kirchdorf	Ortsfeuerwehr Kirchdorf	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit

Kuppendorf	79	27245	Kirchdorf	Ortsfeuerwehr Kuppendorf	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Scharringhausen	54	27245	Kirchdorf	Ortsfeuerwehr Scharringhausen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Hohe Straße	7	27259	Varrel	Ortsfeuerwehr Varrel	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Alter Schulweg	4	27259	Wehrbleck	Ortsfeuerwehr Wehrbleck	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Sulinger Straße	7	27259	Wehrbleck	Feuerwehrtechnische Zentrale Wehrbleck der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle des Landkreises Diepholz	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Holzhauser Straße	9	27245	Bahrenborstel	Archiv der Samtgemeinde Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Im Flecken	25	27245	Barenburg	Speicher Barenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Im Flecken	52	27245	Barenburg	Webstube Barenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Von-Lepel-Straße	27	27259	Freistatt	Gedächtnisstätte „Moorhort“, Stiftung Bethel – Diakonie Freistatt	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Ihloge	11	27245	Kirchdorf	Heimatmuseum und Dorfgemeinschaftshaus Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Marktstraße	3	27245	Kirchdorf	Ev.-luth. Gemeindebücherei in Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Hohe Straße	12	27259	Varrel	Küsterhaus Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Deckerstraße	20	27259	Freistatt	Offener Bücherschrank Sinnesgarten Freistatt	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Brümmerloher Weg	2	27259	Varrel	Offener Bücherschrank Gartenbau und Floristik Höfener	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Nordholz	2	27259	Wehrbleck	Malermuseum Wehrbleck	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Göthener Straße	10a	27245	Bahrenborstel	Theatergruppe „Lustige Lippe e. V.“	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Theater
Auf dem Schwege	1	27245	Barenburg	Theatergruppe Barenburg e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Theater
Marktstraße	2	27245	Kirchdorf	Theatergruppe des Turn- und Sportvereins von 1919 Kirchdorf e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Theater

Falkenweg	3	27245	Kirchdorf	Angelsportverein Kirchdorf e. V. (Mathias Falldorf)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
In den Feldgärten	1	27259	Wehrbleck	Boßelclub "Warscho" Wehrbleck (Kai Kleffmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Auf dem Schwege	5	27245	Barenburg	Boßelverein 'Bliev Drup' e. V. (Günter Sittnick)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Im Westfelde	4	27259	Varrel	Der Angelverein Varrel e. V. (Frank Gödeker)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Unter den Eichen	5	27245	Bahrenborstel	DLRG-Ortsgruppe Samtgemeinde Kirchdorf e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Vorm See	2	27245	Bahrenborstel	DRK Ortsverein Bahrenborstel e. V. (Helga Frede)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Schlaher Damm	6	27245	Barenburg	DRK Ortsverein Barenburg e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Heerde	34	27245	Kirchdorf	Flötengruppe Kirchdorf (Antje Zorn)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Scharringhausen	17	27245	Kirchdorf	DRK Ortsverein Scharringhausen e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Auf der Loge	12	27259	Varrel	DRK Ortsverein Varrel e. V. (Elke Ahrens)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Ihloge	4	27245	Kirchdorf	Reitsportgemeinschaft Kirchdorf e. V. (Ulrich Spradau)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Zum Hakenmoor	7	27245	Bahrenborstel	SoVD - Ortsverband Bahrenborstel (Heinrich Wege)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Varreler Straße	10	27245	Kirchdorf	SoVD - Ortsverband Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Fasanenweg	2	27259	Varrel	SoVD - Ortsverband Varrel (Ortwin Stieglitz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
An den Eichen	6	27259	Wehrbleck	SoVD - Ortsverband Wehrbleck e. V. (Herbert Plagge)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Auf dem Schwege	1	27245	Barenburg	VDK Ortsverband Barenburg - Sulingen (Hans-Jürgen Habelmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Bahnhofstraße	5	27259	Varrel	Arbeitskreis Geschichtswerkstatt Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Königsbergerstraße	6	27259	Varrel	Bläserchor Varrel von 1966 (Ulrike Stegmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Hohe Straße	28	27259	Varrel	Chore & more e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)



Im Neuen Lande	4	27259	Wehrbleck	Feuerwehr-Jugend-Spielmanszug Wehrbleck (André Wiegmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Ihloge	2	27245	Kirchdorf	Flötengruppe Kirchdorf (Antje Zorn)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Scharringhausen	1	27245	Kirchdorf	Gemischter Chor Scharringhausen (Martina Meyer)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Kirchdorfer Straße	2	27245	Bahrenborstel	Geschichtswerkstatt Bahrenborstel-Holzhausen (Irmgard Krebs)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Dorfstraße	68	27259	Varrel	Heimat- und Verschönerungsverein Dörrielo	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Wehrmannsdamm	1	27245	Kirchdorf	Heimat- und Verschönerungsverein Kirchdorf e. V. (Joachim Hölzchen)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Heerder Straße	10	27245	Bahrenborstel	Heimatverein "op den Borne" Bahrenborstel e. V. (Ulrich Vogt)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Zum Hespeloh	21	27245	Bahrenborstel	Heimatverein Holzhausen e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Kleine Straße	5	27259	Wehrbleck	Heimatverein Wehrbleck e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Kirschallee	6	27245	Bahrenborstel	Kirchdorfer Musikanten (Erhard Plate)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Ihloge	2	27245	Kirchdorf	Kirchenchor Kirchdorf ( Antje Zorn)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Am Pusteler Weg	18	49419	Ströhen	Kirchenchor Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Im Lohfelde	3	27259	Varrel	Kultur im Küsterhaus e. V. (Gerhard Kropf)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Zwischen den Höfen	4	27245	Kirchdorf	KUNSTKULTURFORUM Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Im Flecken	43	27245	Barenburg	Männergesangsverein "Liedertafel" Barenburg von 1898 (Helmut Lehning)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Scharringhausen	3	27245	Kirchdorf	Patenschaftskomitee (Ingelore Eickhoff)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Im Lohfelde	5	27259	Varrel	Posaunenchor der Kirchengemeinde St. Marien Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Marktstraße	5	27245	Kirchdorf	Posaunenchor Kirchdorf (Erhard Plate)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Heckenweg	2	27245	Kirchdorf	Spielmanszug Kirchdorf (Katrin Nordbrink)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)

Oberdamm	20	27259	Varrel	Spielmannszug Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Pastorskamp	9	27245	Barenburg	Verschönerungs- und Heimatverein Barenburg e. V (Heinrich Sünkenberg)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Glockenberg	4	27245	Kirchdorf	Vereinigte Chöre Kirchdorf (Heinrich Mackenstedt)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Im Lohfelde	4	27259	Varrel	Verschönerungsverein Varrel (Wolfgang Böer)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Am See	20	27245	Bahrenborstel	Gewässerfreunde Bahrenborstel von 1993	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Alter Damm	1	27245	Barenburg	Hegering Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Mühlenweg	14	27245	Bahrenborstel	Rassegeflügelzuchtverein Holzhausen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Buchenweg	2	27245	Kirchdorf	Kirchdorfer SchützenKids	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Alte Dorfstraße	7	27245	Bahrenborstel	Schützenverein Bahrenborstel von 1908 e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Am Auebogen	6	27245	Barenburg	Schützenverein Barenburg von 1907 e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Dörrielo	68	27259	Varrel	Schützenverein Dörrielo e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Kuppendorf	83	27245	Kirchdorf	Schützenverein Heerde-Kuppendorf 1908 e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Zum Hespeloh	2	27245	Bahrenborstel	Schützenverein Holzhausen von 1908 e. V. (Manfred Koch)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Brinkstraße	4	27245	Kirchdorf	Schützenverein Kirchdorf von 1907 e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Scharringhausen	92	27245	Kirchdorf	Schützenverein Scharringhausen von 1912 e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)

Strange	38	27259	Wehrbleck	Schützenverein Strange-Buchhorst e. V. (Klaus Ahlers)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Breslauer Straße	8	27259	Varrel	Schützenverein von 1851 Varrel e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
In den Wiesen	4	27259	Wehrbleck	Schützenverein Wehrbleck e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Rotdornweg	14	27245	Barenburg	Sportfischerverein Barenburg e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Renzel	4	27259	Varrel	Sportverein Dörrielohe Bogengilde (Sparte)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Zum Strotkamp 1	1	27259	Wehrbleck	SV Falke Wehrbleck	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Kuppendorf	88	27245	Kirchdorf	SV Heerde-Kuppendorf von 1958 e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Scharringhausen	3	27245	Kirchdorf	Tanzkreis Kirchdorf e. V. (Ingelore Eickhoff)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Meisenweg	10a	27245	Kirchdorf	TCK Tennis-Club Kirchdorf v. 1992 (Rainer Schumacher)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Kirschallee	2	27245	Bahrenborstel	TSV Holzhausen-Bahrenborstel (Tobias Sandmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Am Fischteich	2	27245	Barenburg	Turn- und Sportverein Barenburg e. V. (Karin Hoyer)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Drosselweg	13	27259	Varrel	Turn- und Sportverein Varrel (Hubert Bedenbecker)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Wiesengrund	1	27245	Kirchdorf	TUS Kirchdorf von 1919 e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)

Buchhorst	2	27259	Wehrbleck	Aktienclub Wehrbleck	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Kirschallee	2	27245	Bahrenborstel	Börsenclub 2000 (Tobias Sandmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Waldweg	3	27245	Bahrenborstel	Börsenclub Bahrenborstel (Heinz Albers)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Strange	25	27259	Wehrbleck	CDU-Samtgemeindeverband Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Kirchweg	3	27245	Kirchdorf	Effektenclub Kirchdorfer Börsenreiter (Wilhelm Sandmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Scharringhausen	130	27245	Kirchdorf	Förderverein der Grundschule Kirchdorf e. V. (Silvia Henke)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Munterburg	4	27245	Barenburg	Förderverein der Oberschule Varrel e. V. (Heinrich Kammacher)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Weidenweg	8	27245	Barenburg	Förderverein Freibad Barenburg e. V. (Klaus Parakenings)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Linteler Berg	2	27245	Bahrenborstel	Gemeindefeuerwehrjugendwart	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Waldgärten	16	27245	Bahrenborstel	Jugendfeuerwehr Bahrenborstel / Holzhausen (Alexander Stumpe)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Hammermühlenweg	9	27232	Sulingen	Jugendfeuerwehr Barenburg (Kevin Kelkenberg)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Dörrielloh	71	27259	Varrel	Jugendfeuerwehr Dörrielloh (Lena Küthe)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Varreler Straße	17	27245	Kirchdorf	Jugendfeuerwehr Kirchdorf (Julian Plenge)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Brümmerloh	6	27259	Varrel	Jugendfeuerwehr Bahrenborstel / Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Im Neuen Lande	4	27259	Wehrbleck	Jugendfeuerwehr Wehrbleck	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Scharringhausen	18	27245	Kirchdorf	Kinderfeuerwehr Samtgemeinde Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Bahrenborsteler Straße	14	27245	Kirchdorf	Kirchdorfer Börsenclub GbR (Tim Nachtigall)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Hohe Straße	37	27259	Varrel	Landjugend Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Kiefernweg	7	27245	Kirchdorf	Oldtimer Stammtisch Kirchdorf (Fritz Griewe)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)

Eichenstraße	4	27245	Bahrenborstel	Oldtimerfreunde Holzhausen (Günther Hesperheide)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Fasanenweg	2	27259	Varrel	SPD-Samtgemeindeverband (Ortwin Stieglitz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Am Bahnhof	4	27259	Varrel	Taubenverein Gut Flug Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Waldgärten	13	27245	Bahrenborstel	WGS-FDP-Gruppe-Samtgemeindeverband	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Waldweg	3	27245	Bahrenborstel	Senioren- und Behindertenbeirat (Heinz Albers)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Angebote für Senioren
Grenzweg	8	27259	Freistatt	Seniorenkreis Freistatt (Wilhelm Kolwei)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Angebote für Senioren
Furthweg	2	27245	Barenburg	Freibad Barenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Steyerberger Straße	30	27245	Kirchdorf	Naturfreibad Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Im Flecken	29	27245	Barenburg	Evangelisches Pfarramt Barenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Im Flecken	29	27245	Barenburg	Heilig-Kreuz Kirche Barenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
von-Lepel-Straße	22	27259	Freistatt	Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Freistatt	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Kirchstraße	13	27259	Freistatt	Moorkirche Freistatt	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Marktstraße	3	27245	Kirchdorf	Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Marktstraße	5	27245	Kirchdorf	St. Nikolai Kirche Kirchdorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Hohe Straße	17	27259	Varrel	Evangelisches Pfarramt Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Hohe Straße	17	27259	Varrel	St. Marien Kirche Varrel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
<b>Stadt Sulingen</b>					
Diepholzer Straße	80	27232	Sulingen	MERKLE & BISKUP OHG	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Bassumer Straße	3	27232	Sulingen	Dilan Market	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel

Schützenstraße	13	27232	Sulingen	Edeka-Center Steen	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Berliner Str.	91	27232	Sulingen	REWE	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Bismarckstraße	2	27232	Sulingen	ALDI	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Nienburger Str.	62a	27232	Sulingen	Lidl	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Hindenburgstraße	15	27232	Sulingen	K+K	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Bassumer Str.	14	27232	Sulingen	Netto Marken-Discount	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Nienburger Str.	135	27232	Sulingen	Jawoll	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Klein Lessen	6	27232	Sulingen	Hof Tegge	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Lange Str.	101	27232	Sulingen	Voss-Döring Bäckerei	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Nienburger Str.	28	27232	Sulingen	Schumacher-Teerling Bäckerei Konditorei	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Lange Str.	22	27232	Sulingen	Bäckerei Bertermann	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Schützenstraße	13	27232	Sulingen	Schäfers Brot- und Kuchen Spezialitäten GmbH	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Lange Str.	2	27232	Sulingen	Walter Delekat	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Groß Lessen	77	27232	Sulingen	Bernd Gratzke	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Berliner Str.	91	27232	Sulingen	Landbäckerei Niemeyer	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Lange Str.	2	27232	Sulingen	Fleischerei Mühlengut	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Lange Str.	61	27232	Sulingen	Fleischerei Heinz Voss	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Lange Straße	37	27232	Sulingen	Dirk Rossmann GmbH	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Lange Straße	2	27232	Sulingen	Stadt-Parfümerie Pieper	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung

Lange Str.	17	27232	Sulingen	Drogerie Stelling Inhaber Knut Krüger	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Lange Str.	101	27232	Sulingen	Voss-Döring Bäckerei (Lieferservice)	Grund- und Nahversorgung: mobile Nahversorgung
Lange Straße	1	27232	Sulingen	Deutsche Post Filiale	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Bismarckstraße	2	27232	Sulingen	DHL Packstation	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Lange Str.	70	27232	Sulingen	DHL Paketshop	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Lindenstraße	7	27232	Sulingen	UPS Access Point	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Lange Straße	6	27232	Sulingen	Kreissparkasse Sulingen (Bankfiliale)	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Lange Straße	39	27232	Sulingen	OLB Oldenbrugische Landesbank	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Karl-Giesecking-Platz	1	27232	Sulingen	Volksbank eG (Bankfiliale)	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Schützenstraße	13	27232	Sulingen	Volksbank eG (Geldautomat)	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Friedrich-Tietjen-Straße	15	27232	Sulingen	Volksbank eG (Geldautomat)	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Friedrich-Tietjen-Straße	15	27232	Sulingen	Aral-Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Bassumer Str.	83	27232	Sulingen	star Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Nienburger Str.	8	27232	Sulingen	Joiss Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Lange Str.	71	27232	Sulingen	CLASSIC Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Rudolf-Diesel-Straße	1	27232	Sulingen	Nuttelmann Tankservice GmbH	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Nienburger Str.	174	27232	Sulingen	Raiffeisen Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Rudolf-Diesel-Straße	3	27232	Sulingen	tankpool24	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Lange Straße	11	27232	Sulingen	Dr. med. Ulrich Seifert - Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Lange Straße	11	27232	Sulingen	Dr. med. Friedrich-Franz Garving - Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Lange Straße	13	27232	Sulingen	Dr. med. Claudia Polzien - Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Am Wolfsbaum	24	27232	Sulingen	Dr. med. Ursula Nagel - Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner

Lange Straße	15	27232	Sulingen	Gemeinschaftspraxis Kurzke, Both, Marx, Weiß - Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Lange Straße	96a	27232	Sulingen	Ivonne Arndt - Fachärztin für Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Lange Straße	11	27232	Sulingen	Olga Eswein - Fachärztin für Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Lange Straße	25	27232	Sulingen	Dipl. med. Erika Wels - Augenärztin	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Hohe Straße	1	27232	Sulingen	Dipl.- Psych. Gabriele Kattenhorn - Psychotherapeutin	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Hasenkamp	35	27232	Sulingen	Dipl.-Psych. Angelika Schmidt	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	13	27232	Sulingen	Dr. med. Andreas Strüber - Kinderarzt	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	4	27232	Sulingen	Henning Dröge - Zahnarzt	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	15	27232	Sulingen	Dr. med. Claudia Blume - Frauenärztin	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	10	27232	Sulingen	Dr. med. dent. Edgar Steinfeld - Zahnarzt	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	11	27232	Sulingen	Dr. med. Seref Tan - Facharzt f. Chirurgie	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	13	27232	Sulingen	Dr. Paul Polzien - Innere Medizin	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Bassumer Straße	51	27232	Sulingen	Dr. Mario Eck u. Sabine Könecke-Eck - Tiermedizin	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Südstr.	35	27232	Sulingen	Dr. med. dent. Werner Lükens - Zahnmedizin	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Nienburger Str.	73	27232	Sulingen	Inka Hüser und Heidi Schwarz - Zahnmedizin	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Bismarckstraße	12	27232	Sulingen	Enno Fricke - Zahnarzt	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Kiefernstraße	15	27232	Sulingen	Friedegard Pellmann - Kinder- u. Jugendpsychotherapie	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Stettiner Straße	17	27232	Sulingen	Michael Schmid, Dr. Birgit Meesenburg, Christiane Hülsen - Zahnärzte	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	15	27232	Sulingen	Dr. med. Klaus-Dieter Kurzke, Ulrike Weiß	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Lange Straße	42	27232	Sulingen	Orthopädie Sulingen - Dr. med. Frank Siegler	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Schmelingstr.	47	27232	Sulingen	Klinik Sulingen	Medizinische Versorgung: Krankenhäuser, medizinische Versorgungszentren (MVZ)
Lange Straße	13	27232	Sulingen	Bären Apotheke	Medizinische Versorgung: Apotheken



Lange Straße	9	27232	Sulingen	Brunnen-Apotheke	Medizinische Versorgung: Apotheken
Lange Straße	96	27232	Sulingen	Sule-Apotheke	Medizinische Versorgung: Apotheken
Lange Straße	25	27232	Sulingen	Vivas Apotheke	Medizinische Versorgung: Apotheken
Bismarckstraße	16	27232	Sulingen	Krank und Klein bleib daheim - Ambulante Kinderkrankenpflege	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Papenheide	1	27232	Sulingen	Melanie's Hauskrankenpflege	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Lange Straße	96a	27232	Sulingen	Häuslicher Krankenpflegedienst, Inh. Silke Stecker	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Memelstraße	24	27232	Sulingen	Haus am Suletal -Diakonisches Wohnen und Betreuen Sulingen gGmbH	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Barrien	8	27232	Sulingen	Landhaus Barrien/Sulingen GmbH	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Lange Straße	79	27232	Sulingen	Seniorenhaus am Park - Beneke Seniorenpension & Pflegeheim GmbH	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Akazienstraße	1	27232	Sulingen	Sulinger Tagespflege GbR	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Nienburger Str.	19	27232	Sulingen	Sozialstation Sulinger Land	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Vogelsang	16	27232	Sulingen	Senioren- und Pflegestützpunkt (SPN) Sulinger Land	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Lange Straße	96a	27232	Sulingen	Palliativstützpunkt im Landkreis Diepholz	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Bahnhofstraße	2	27232	Sulingen	Andreas Ritzka - Praxis für Ergotherapie	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	11	27232	Sulingen	Arndt von Freytag - Krankengymnastik	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Kiefernstr.	15	27232	Sulingen	Friedegard Pellmann - Kinder- u. Jugendpsychotherapie	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	42	27232	Sulingen	Gertraud Cherouny-Linde - Ergotherapie	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	29	27232	Sulingen	Brillen Schmitz GbR	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Edenstraße	51	27232	Sulingen	Gisela Wille - Inner Wise - Naturheilkunde	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Hindenburgstr.	10	27232	Sulingen	Günter Vorbrich - Massage / Krankengymnastik	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote

Lange Straße	13	27232	Sulingen	Hebammenpraxis F.L.I.P.	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	15	27232	Sulingen	Hebammenpraxis LandKind	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Brünhausen	9	27232	Sulingen	Hebammenpraxis Sternschnuppe - Swantje Kornau	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	26	27232	Sulingen	Hörakustik Schmitz	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	25	27232	Sulingen	Hören & Sehen, Optik & Akustik Jürgen Matthies GmbH	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Linderner Straße	25	27232	Sulingen	Ilse und Johannes von Studzinski - Physiotherapie, Osteopathie, Naturheilkunde	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lindenstr.	1a	27232	Sulingen	Logopädische Praxis - Lebenshilfe Grafschaft Diepholz GmbH	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	42	27232	Sulingen	Marion Lübber / Maike Barg Krankengymnastik	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Coldewey	13	27232	Sulingen	Markus Kornherr - Osteopath und Heilpraktiker	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	42	27232	Sulingen	Martina Helmers - Heilpraktikerin	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Straße	4	27232	Sulingen	Optik Evers (Brillen und Hörgeräte)	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Schmelingstraße	1	27232	Sulingen	Marcus Thannhäuser - Physiotherapie	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Hohe Str.	12	27232	Sulingen	Praxis für Logopädie - Franziska Rohlf	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Bahnhofstr.	2	27232	Sulingen	Praxisgemeinschaft für Physiotherapie, Osteopathie und Massage	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Oderstr.	2	27232	Sulingen	prophysio Franziska Renner	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Vogelsang	10	27232	Sulingen	Renate Kurzke - Sprachheilpraxis	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lange Str.	42	27232	Sulingen	Schröder, Friedrich - Sanitätshaus	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Bassumer Str.	8	27232	Sulingen	Schwangeren- u. Schwangerschaftskonfliktberatung im FGZ	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote

Lange Str.	96	27232	Sulingen	Thera Logo - Tanja Kruse-Röhler	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Weidenweg	17	27232	Sulingen	Wilfried Sprickerhoff - Physiotherapie, Osteopathie	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Lindenstr.	1a	27232	Sulingen	Kindertagesstätte "Am Nordsee"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Gosewehr	13	27232	Sulingen	Kinderkrippe "Goseküken"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Lindern	17	27232	Sulingen	Kindertagesstätte "Lindenblüte"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Galtener Str.	12a	27232	Sulingen	Kinderhort Plumpaquatsch	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Promenadenweg	2	27232	Sulingen	Kindertagesstätte "Ratz und Rübe"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Edenstr.	57	27232	Sulingen	Evangelisch-lutherische integrative Kindertagesstätte "Regenbogen"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Von-Moltke-Straße	17b	27232	Sulingen	Kinderkrippe "Suleracker"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Astrid-Lindgren-Weg	3	27232	Sulingen	Kindergarten "Villa Kunterbunt"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Klein Lessen	38	27232	Sulingen	Kindergarten "Weltentdecker"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Holunderweg	3	27232	Sulingen	Kindergarten "Zauberland"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Holunderweg	5	27232	Sulingen	Kinderkrippe "Zauberland"	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Schmelingstraße	32	27232	Sulingen	Grundschule Sulingen	Bildung: Grundschulen
Groß Lessen	38	27232	Sulingen	Grundschule Groß Lessen	Bildung: Grundschulen
Schmelingstraße	37	27232	Sulingen	Gymnasium Sulingen	Bildung: weiterführende Schulen
Edenstraße	37	27232	Sulingen	Carl-Prüter-Oberschule	Bildung: weiterführende Schulen
Edenstraße	39	27232	Sulingen	Lindenschule Sulingen	Bildung: weiterführende Schulen
Lindenstraße	1A	27232	Sulingen	Paul-Moor-Schule Sulingen	Bildung: weiterführende Schulen
Bogenstraße	3	27232	Sulingen	Berufsbildungszentrum Dr. Jürgen Ulderup	Bildung: Weiterbildungsangebote, Erwachsenenbildung
Galtener Str.	12	27232	Sulingen	Bürgerservice Rathaus Sulingen	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Klövenhausen	20	27232	Sulingen	AWG AbfallWirtschaftsGesellschaft mbH	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Hasseler Weg	20	27232	Sulingen	Delme-Werkstätten für Behinderte gGmbH	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Nienburger Str.	23a	27232	Sulingen	Energieagentur Sulinger Land	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Lindenstr.	7	27232	Sulingen	EWE-TEL Partner schirmer tk	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft

Lange Straße	30	27232	Sulingen	RWE Energiepunkt	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Dorfstraße	11	27232	Sulingen	Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband Große Aue	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Nechtelsen	11	27232	Sulingen	Wasserversorgung SULINGER LAND	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Rudolf-Diesel-Straße	11	27232	Sulingen	Wertstoffhof Sulinger Land	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Magdeburger Str.	9	27232	Sulingen	Westnetz GmbH	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Groß Lessen	13a	27232	Sulingen	Ortsfeuerwehr Groß Lessen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Klein Lessen	19	27232	Sulingen	Ortsfeuerwehr Klein Lessen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Lindern	19	27232	Sulingen	Ortsfeuerwehr Lindern	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Nechtelsen	22	27232	Sulingen	Ortsfeuerwehr Nordsulingen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Rudolf-Diesel-Straße	7	27232	Sulingen	Ortsfeuerwehr Sulingen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Nienburger Str.	2	27232	Sulingen	Polizeistelle Sulingen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Galtener Str.	12	27232	Sulingen	Kulturverein Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Lange Str.	67	27232	Sulingen	Alte Bürgermeisterei	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Kurze Heide	19	27232	Sulingen	Museum am Stadtsee-Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kulturelle Einrichtungen, Museen
Schmelingstr.	37	27232	Sulingen	Stadttheater im Gymnasium	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Theater
Am Wolfsbaum	24	27232	Sulingen	Filmpalast Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Kinos
Potsdamer Str.	1	27232	Sulingen	Arbeiterwohlfahrt Ortsgruppe Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Klein Lessen	50	27232	Sulingen	Arbeitskreis gegen den sexuellen Missbrauch Schattenwende	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Nienburger Str.	9c	27232	Sulingen	Blau Wahl e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)

Eibenweg	7	27232	Sulingen	Blindenverein Hannover	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Weidenweg	9	27232	Sulingen	Briefmarkensammler-Vereinigung	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Carl-Prüter-Str.	41	27232	Sulingen	Chor Sonett	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Tilsiter Str.	18	27232	Sulingen	Computerclub Sulingen e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Bachholzer Riede	4	27232	Sulingen	Deutsch - türkischer Freundeskreis	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Papenheide	16	27232	Sulingen	Deutscher Hausfrauenbund - Ortsverband Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Schlahe	6	27232	Sulingen	Die Klein Lessener Feierabendspieler	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Nechtelsen	21	27232	Sulingen	Dorfgemeinschaft Nechtelsen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Südstraße	51	27232	Sulingen	DRK Bereitschaft Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Groß Lessen	132	27232	Sulingen	DRK Ortsverein Groß Lessen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Vorwerk	25	27232	Sulingen	DRK Ortsverein Klein Lessen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Landwehr	6	27232	Sulingen	DRK Ortsverein Stadt	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Südstr.	51	27232	Sulingen	DRK Ortsverein Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Bassumer Str.	35a	27232	Sulingen	Frauenchor von 1919	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Groß Lessen	6a	27232	Sulingen	Freundeskreis Löwenherz	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Papenheide	16	27232	Sulingen	Gemischter Chor Sulingen e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Schmelingstr.	47	27232	Sulingen	Hospiz Sulingen und umzu im Kirchenkreis Grafschaft Diepholz	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Rudolf- Diesel-Straße	5	27232	Sulingen	Initiative Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Klein Lessen	32	27232	Sulingen	Kameradschaft ehemaliger Soldaten Klein Lessen u. Umgebung e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)

Hohe Straße	12	27232	Sulingen	Kinderchor "Die Lustigen Noten"	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Blockwinkel	68	27251	Scholen	Kutscher Klub Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Groß Lessen	52	27232	Sulingen	Landfrauenverein von 1947	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Vor der Landwehr	2	27232	Sulingen	Landjugendgruppe Stadt-Herelse	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Schulstr.	72a	27232	Sulingen	Lions Club Sulinger Land	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Stadt	10	27232	Sulingen	Lohnsteuer-Hilfe-Ring Deutschland e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Obere Str.	23	27232	Sulingen	Männergesangverein "Liedertafel" von 1863	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Stettiner Str.	14	27232	Sulingen	MIR e.V. - Miteinander, Integrativ, Regional	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Lindenstr.	1a	27232	Sulingen	Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen - Kreisgruppe Diepholz	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Carl-Prüter-Str.	19	27232	Sulingen	Soldaten Kameradschaft Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Nechtelsen	18	27232	Sulingen	Soldaten Kameradschaft Vorwohld e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Vorwerk	38	27232	Sulingen	Sozialverband Deutschland e.V. - Ortsverein Lessen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Stettiner Str.	15	27232	Sulingen	Sozialverband Deutschland e.V. - Ortsverein Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Diepholzer Str.	53	27232	Sulingen	Technisches Hilfswerk - Ortsverband Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Diepholzer Str.	53	27232	Sulingen	Technisches Hilfswerk - THW Jugend Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Pfaffenbergstr.	12	27232	Sulingen	Verein für Alleinstehende Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Tulpenweg	7	27232	Sulingen	Verein für Kinder- und Altenheime Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Memelstr.	38	27232	Sulingen	Weißer Ring e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Groß Lessen	5	27232	Sulingen	Heimatspflegeverein Groß Lessen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)

Südstr.	41	27232	Sulingen	Heimatverein Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Galtener Str.	12	27232	Sulingen	Kulturverein Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Parkstr.	34	27232	Sulingen	Kunst in der Provinz e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Groß Lessen	61	27232	Sulingen	Lessener Theaterfreunde	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Parkstr.	6	27232	Sulingen	Sound of Sulingen - Marchingband	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Dresdener Str.	4	27232	Sulingen	Mühlenverein Labbus	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Schulacker	15	27232	Sulingen	Spielmannszug Stadt-Herelse	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Pommernstr.	4	27232	Sulingen	Theatergruppe Gae	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Kiefernstr.	19	27232	Sulingen	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Bassumer Str.	3	27232	Sulingen	Yezidischer Kulturverein	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Ulmenstr.	24	27232	Sulingen	ADFC Ortsgruppe Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Mühlenkamp	1	27232	Sulingen	Angelsportverein Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Lichtenberger Str.	6	27232	Sulingen	Fußballclub Sulingen e.V. von 1947	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Stehlen	28	27232	Sulingen	Gauer Tanzbären	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Heideweg	10	27232	Sulingen	Jagdschützenclub der Grafschaft Diepholz e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Grimmer Str.	11	27232	Sulingen	Kreis-Leichtathletik-Verband Diepholz e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)

Eibenweg	3	27232	Sulingen	Modellsport-Club Sperber Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Vorwohlde	11	27232	Sulingen	Motor-Sport-Gemeinschaft Sulinger Land	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Lilienweg	1	27232	Sulingen	Reit- u. Fahrverein Maasen-Sulingen u. Umgebung e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Schützenstr.	36	27232	Sulingen	Reitclub Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Hasenkamp	9	27232	Sulingen	Rheuma-Liga	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Brünhäuser Weg	3	27232	Sulingen	Schachfreunde Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Poggenweg	28	27232	Sulingen	Schützengesellschaft von 1896 Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Dresdener Str.	4	27232	Sulingen	Schützenverein Gaue und Umgebung von 1907 e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Groß Lessen	15	27232	Sulingen	Schützenverein Groß Lessen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Klein Lessen	63	27232	Sulingen	Schützenverein Klein Lessen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Nechtelsen	27	27232	Sulingen	Schützenverein Nechtelsen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Schlesienstr.	15	27232	Sulingen	Schützenverein Nordsulingen von 1907 e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Schöneberger Str.	1	27232	Sulingen	Schützenverein von 1848 e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)



Dorfstr.	4	27252	Schwaförden	Schützenverein von 1897 in Rathlosen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Stadt	19	27232	Sulingen	Schützenverein von 1906 zu Stadt und Herelse	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Lindern	8	27232	Sulingen	Schützenverein von Stehlen, Feldhausen, Lindern, Sulinger Bruch e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Lupinenweg	8	27232	Sulingen	Senioren Tanzgruppe	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Rathlosen	3	27232	Sulingen	SFR Rathlosen von 1967 e.V. / Rathlosen 55	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
In den Feldgärten	77	27232	Sulingen	Sportverein Lessen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Linderner Str.	46	27232	Sulingen	SV Mardin Sulingen (kurdisch-deutscher Fußballverein)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Kleine Str.	13	27232	Sulingen	Tennisclub Gelb-Weiss Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Kiefernstr.	19	27232	Sulingen	TUS Sulingen - Turn- und Sportverein Sulingen von 1880 e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Klein Lessen	38	27232	Sulingen	Verein aktiver Motorsportler	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Melloh	10	27232	Sulingen	BUND	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Nienburger Str.	232	27232	Sulingen	Geflügelzuchtverein von 1896	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Dorfstr.	8	27232	Sulingen	Hegering Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Groß Lessen	99	27232	Sulingen	Imkerverein Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)

Brünhausen	18	27232	Sulingen	Kaninchenzuchtverein KZV F327	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Weidenweg	7	27232	Sulingen	Kneipp Verein SULINGER LAND e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Kirchweg	2	27251	Neuenkirchen	Naturschutzbund Deutschland (NABU) Ortsgruppe Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Lange Str.	50	27232	Sulingen	Sulinger Parkgesellschaft e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Heidereiterweg	2	27232	Sulingen	Tierschutzverein Sulingen und Umgebung e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Lange Str.	51	27232	Sulingen	Bündnis 90 Die Grünen - Ortsverband Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Bassumer Str.	48	27232	Sulingen	Bürgerparkgesellschaft von 1875 Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Poggenweng	11	27232	Sulingen	CDU Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Tannenweg	3	27232	Sulingen	FDP Ortsverband Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Schmelingstraße	32-52	27232	Sulingen	Förderverein der Grundschule Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Kampstr.	8	27232	Sulingen	Förderverein "Freunde des Handballsports" im TuS Sulingen e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Klein Lessen	48	27232	Sulingen	Förderverein Grundschule Groß Lessen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Eschenweg	2	27232	Sulingen	Förderverein Kindergarten Regenbogen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Dahlskamp	1	27232	Sulingen	Förderverein Klinik Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Bismarckstr.	14	27232	Sulingen	Förderverein Schattenwende	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Weidenweg	7	27232	Sulingen	Förderverein SULINGER BÄDER e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Hassel	1	27232	Sulingen	FWS - Freie Wähler Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Lange Str.	6	27232	Sulingen	Haus und Grund e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)

Charlottenburger Str.	3	27232	Sulingen	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie - Ortsgruppe Sulingen/Barenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Melloh	10	27232	Sulingen	Interessengemeinschaft Bauernhaus	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Groß Lessen	13a	27232	Sulingen	Jugendfeuerwehr Groß Lessen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Klein Lessen	52	27232	Sulingen	Jugendfeuerwehr Klein Lessen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Lindern	4	27232	Sulingen	Jugendfeuerwehr Lindern	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Wilhelm-Busch-Str.	15	27232	Sulingen	Jugendfeuerwehr Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Kantstr.	16	27232	Sulingen	Junge Union Ortsverband Sulinger Land	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Mühlenkamp	21	27232	Sulingen	SPD Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Bismarckstr.	19	27232	Sulingen	Verbraucherberatungsstelle Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Eschenweg	17	27232	Sulingen	Verein für Kreditnehmer e.V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Bassumer Str.	163	27232	Sulingen	Wirtverein für den Altkreis Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Galtener Str.	12a	27232	Sulingen	Jugendzentrum JOZZ	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Angebote für Kinder und Jugendliche
Promenadenweg	4	27232	Sulingen	Freizeitbad Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Breslauer Str.	19	27232	Sulingen	Hallenbad Sulingen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Am Deepenpool	29	27232	Sulingen	Sporthalle Am Deepenpool	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Am Mühlenhof	1	27232	Sulingen	Sporthalle Am Mühlenhof	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Schmelingstraße	32	27232	Sulingen	Sporthalle Amselweg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Edenstraße	37	27232	Sulingen	Sporthalle Edenstraße	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote

Schmelingstraße	37	27232	Sulingen	Sporthalle Schmelingstraße	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Groß Lessen	154	27232	Sulingen	Sportplatz und Sporthalle Groß Lessen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
<b>Schwaförden</b>					
Sulinger Str	80	27257	Affinghausen	EDEKA „Nah und Gut“	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Hauptstr.	39a	27248	Ehrenburg	Molly's Frischemarkt	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Bassumer Str.	9	27251	Neuenkirchen	EDEKA „Nah und Gut“	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Dorfstr.	35	27252	Schwaförden	Dorfmarkt Schwaförden (Edeka)	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Sudwalder Str.	149	27257	Affinghausen	Landbäckerei Delekat GbR	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Cantruper Str.	17	27251	Neuenkirchen	Bäckerei Ingo Meyerholz	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Bassumer Str.	12	27251	Neuenkirchen	Bäckerei Ingo Meyerholz	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Mallinghausen	36	27252	Schwaförden	Landschlachtereie Focke	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Sudwalder Str.	149	27257	Affinghausen	Landbäckerei Delekat GbR (Lieferservice)	Grund- und Nahversorgung: mobile Nahversorgung
Dorfstr.	35	27252	Schwaförden	Dorfmarkt Schwaförden (Edeka) (Lieferservice)	Grund- und Nahversorgung: mobile Nahversorgung
Bassumer Str.	9	27251	Neuenkirchen	Postfiliale	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Hauptstr.	114	27252	Schwaförden	Postfiliale	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Sulinger Str.	80	27257	Affinghausen	DHL Paketshop	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Hauptstr.	8	27248	Ehrenburg	DHL Paketshop	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Hauptstr.	39a	27248	Ehrenburg	Hermes (Molly's Frischemarkt)	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Hauptstr.	125	27252	Schwaförden	Hermes (Alenas Shop)	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste

Heidhofstr.	35	27257	Sudwalde	Hermes (Classic Tankstelle)	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Sulinger Str.	5a	27257	Affinghausen	Oldenburgische Landesbank	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Hauptstr.	39	27248	Ehrenburg	Volksbank	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Bassumer Str.	5	27251	Neuenkirchen	Sparkasse	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Dorfstr.	145	27252	Schwaförden	Volksbank	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Mallinghäuser Str.	83	27257	Sudwalde	Sparkasse	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Neubruchhäuser Str.	58	27257	Sudwalde	Volksbank	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Hauptstr.	8	27248	Ehrenburg	Autohaus Schmidt GmbH	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Bassumer Str.	4	27251	Neuenkirchen	Tanken und Waschen	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Hauptstr.	125	27252	Schwaförden	Budgetoil Service / Alenas Shop	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Dorfstr.	140	27252	Schwaförden	Autohaus / Tankstelle Bernd Lübbering	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Heidhofstr.	35	27257	Sudwalde	Classic Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Schützenstr	16	27252	Schwaförden	Johanna Theresa Moraitis - Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Sudwalder Str.	235	27257	Affinghausen	Zahnarztpraxis Dr. med. Michael Häckert	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Am Sportplatz	149	27257	Sudwalde	Zahnärztl. Gemeinschaftspraxis Raschdorf – Hülsen	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Schmalförden	12	27248	Ehrenburg	DRK Ambulante Pflege Schwaförden	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Oberdorfstr.	23	27257	Affinghausen	Pflegeheim „Gutshof Altrewa“	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Ringstr.	180	27257	Sudwalde	CURATA Pflege- und Seniorenheim	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Schulweg	84	27251	Scholen	Hort "Mullewapp" Scholen	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Blockwinkel	30	27251	Scholen	Kindergarten "Casa Kastania" Blockwinkel	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Ringstr.	35	27252	Schwaförden	Kindergarten "Löwenzahn" Schwaförden	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen

Stocksdorf	23	27248	Ehrenburg	Kindergarten "Stocksdorfer Wunderkinder" Stocksdorf	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Affinghäuser Straße	132	27257	Sudwalde	Kindergarten "Sudwalder Kinderland" Sudwalde	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Mittelstraße	4	27251	Neuenkirchen	Kindergruppe "Pastorenhaus-Knirpse" Neuenkirchen	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Ringstr.	33	27252	Schwaförden	Kinderkrippe "Gänseblümchen" Schwaförden	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Schulweg	84	27251	Scholen	Drei-Freunde-Grundschule Scholen	Bildung: Grundschulen
Affinghäuser Str.	132	27257	Sudwalde	Drei-Freunde-Grundschule Scholen (Außenstelle)	Bildung: Grundschulen
Dorfstr.	64	27252	Schwaförden	Oberschule Schwaförden	Bildung: weiterführende Schulen
Knüppeldamm	12	27248	Ehrenburg	Oberschule Schwaförden (Außenstelle)	Bildung: weiterführende Schulen
Hauptstr.	21	27251	Scholen	Reisende Werkschule Scholen	Bildung: schulische Einrichtungen in privater oder kirchlicher Trägerschaft
Scholen	53	27251	Scholen	Volkshochschule des Landkreises Diepholz	Bildung: Weiterbildungsangebote, Erwachsenenbildung
Poststr.	157	27252	Schwaförden	Rathaus der Samtgemeinde Schwaförden	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Blockwinkeler Str.	86	27251	Scholen	Dorfgemeinschaftshaus Blockwinkel (Schützenhaus)	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Cantruper Straße	16	27251	Neuenkirchen	Dorfgemeinschaftshaus Neuenkirchen	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Am Marktplatz	4	27252	Schwaförden	Dorfgemeinschaftshaus Schwaförden	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Schützenstraße	1	27257	Sudwalde	Dorfgemeinschaftshaus Sudwalde	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Mallinghäuser Straße	10	27257	Sudwalde	Heuerlingshaus Sudwalde	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Sudwalder Straße	ohne Hausnr.	27257	Affinghausen	Jugend- und Sporthaus Affinghausen	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Poststr.	157	27252	Schwaförden	Polizeistation Schwaförden	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Bokeler Str.	105	27257	Affinghausen	Ortsfeuerwehr Affinghausen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Anstedt	40	27251	Scholen	Ortsfeuerwehr Anstedt	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit

Cantrup-Egenhausen	3	27251	Neuenkirchen	Ortsfeuerwehr Cantrup	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Cantruper Str.	15	27251	Neuenkirchen	Ortsfeuerwehr Neuenkirchen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Mittelstraße	7	27248	Ehrenburg	Ortsfeuerwehr Schmalförden	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Blockwinkel	95	27251	Scholen	Ortsfeuerwehr Scholen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Bahnhofstr.	77	27252	Schwaförden	Ortsfeuerwehr Schwaförden	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Schweringhausen	11	27248	Ehrenburg	Ortsfeuerwehr Schweringhausen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Schmalförden	28	27248	Ehrenburg	Ortsfeuerwehr Stocksdorf	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Affinghäuser Str.	56	27257	Sudwalde	Ortsfeuerwehr Sudwalde	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Wesenstedt	8a	27248	Ehrenburg	Ortsfeuerwehr Wesenstedt	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Schwachhausen	130	27257	Affinghausen	DRK Ortsverein Affinghausen e.V. (Ute Köberlein)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Hoope	5	27251	Neuenkirchen	DRK Ortsverein Blockwinkel e.V. (Marlies Herzig)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Cantrup-Göddern	11	27251	Neuenkirchen	DRK Ortsverein Cantrup / Göddern e.V. (Annemarie Borgstedt)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Hoope	4	27251	Neuenkirchen	DRK Ortsverein Neuenkirchen e.V. (Karin Landwehr)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Hauptstraße	36	27248	Ehrenburg	DRK Ortsverein Schmalförden e.V. (Dörte Wübbold)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Mühlenweg	42	27251	Scholen	DRK Ortsverein Scholen / Anstedt e.V. (Waltraut Stelter)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Vorwohlde	24	27232	Sulingen	DRK Ortsverein Schwaförden / Mallinghausen e.V. (Heike Sandmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Ringstraße	142	27257	Sudwalde	DRK Ortsverein Sudwalde e.V. (Elfriede Klusmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Gartenstraße	6	27251	Neuenkirchen	Kinderguppe Neuenkirchen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Schmiedestraße	11	27248	Ehrenburg	Sozialverband Schmalförden (Gisela Krawczynski)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)

Blockwinkel	59	27251	Scholen	Sozialverband Scholen / Neuenkirchen (Karl-Heinz Schwenn)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Dorfstraße	103	27252	Schwaförden	Sozialverband Schwaförden (Marie Kassens)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Affinghäuser Straße	16	27257	Sudwalde	Sozialverband Sudwalde / Affinghausen (Hanna Lübke)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Hülse	136	27252	Schwaförden	Heimat- und Verschönerungsverein Schwaförden (Klaus Köppen)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Wesenstedt	22	27248	Ehrenburg	Heimatverein Kirchspiel Schmalförden (Margarete Bliefernicht)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Heerweg	94	27251	Scholen	Heimatverein Kirchspiel Scholen (Rainer Degen)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Auf dem Heidberg	10D	27251	Neuenkirchen	Heimatverein Neuenkirchen (Manfred Hinz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Mallinghäuser Straße	11	27257	Sudwalde	Heimatverein Sudwalde (Bernd Stubbemann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Schwachhausen	130	27257	Affinghausen	Kameradschaft ehem. Soldaten Affinghausen (Jürgen Köberlein)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Schmalförden	25	27248	Ehrenburg	Soldatenkameradschaft Schmalförden (Heiner Heidmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Blockwinkel	68	27251	Scholen	Soldatenkameradschaft Scholen (Ansgar Feldmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Mallinghausen	7	27252	Schwaförden	Soldatenkameradschaft Schwaförden (Norbert Belke)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Auf dem Heidberg	10	27251	Neuenkirchen	Gemischter Chor Neuenkirchen (Helgard Patemann-Hinz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Hauptstraße	37	27248	Ehrenburg	Gesangverein Schmalförden (Hans-Jürgen Schumacher)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Harmhausen	7	27248	Ehrenburg	KulturGut Ehrenburg und umzu (Bernd Kramer)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Dorfstraße	49	27251	Neuenkirchen	Neenkarkner Dörpspeller (Ursel Hameister)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Stocksdorf	28	27248	Ehrenburg	Posaunenchor Schmalförden (Heinz Maschmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Wiesenweg	90	27257	Affinghausen	Spielmannszug Affinghausen (Thilo Thiele)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Wedehorn	10D	27211	Bassum	Spielmannszug Schwaförden (Maren Schmidt)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)



Herrlichkeit	200	27257	Affinghausen	Kreissportbund Diepholz e.V. (Uwe Drecktrah)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Anstedt	8	27251	Scholen	Reit- und Fahrverein Anstedt (Hans Bilger)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Menninghausen	20	27257	Sudwalde	Reitsportgemeinschaft Sudwalder Land (Hergen Cordes)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Heckenweg	24	27211	Bassum	Reitverein Sudwalde (Dorothee Harries)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Denkmalstraße	12	27257	Affinghausen	SC AS Hachetal e.V. (Harald Wehrenberg)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Schmalförderer Mühlenweg	11	27248	Ehrenburg	Sportclub Ehrenburg (Michael Langfermann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Am Sportplatz	2	27248	Ehrenburg	Tennisclub Ehrenburg (Hartmut Löhmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Scholer Straße	127	27252	Schwaförden	Turn- und Sportverein Schwaförden (Dr. Thomas Lund)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Gartenstraße	12	27251	Neuenkirchen	Turnverein Neuenkirchen (Mark Heitmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Hauptstraße	27	27248	Ehrenburg	Turnverein Schmalförden (Heino Rademacher)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Dörriesloher Straße	100	27257	Affinghausen	Schützenverein Affinghausen (Volker Stüttgen)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Anstedt	34	27251	Scholen	Schützenverein Anstedt (Ulrich Sundmacher)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Bensen	13F	27257	Sudwalde	Schützenverein Bensen-Eitzen (Helmut Müller)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)

Blockwinkel	93	27251	Scholen	Schützenverein Blockwinkel (Christoph Neumann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Mittelstraße	1	27248	Ehrenburg	Schützenverein Ehrenburg (Klaus-Dieter Denker)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Mallinghausen	45	27252	Schwaförden	Schützenverein Mallinghausen (Bernd Bolte)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Schrägweg	19	27251	Neuenkirchen	Schützenverein Neuenkirchen (Heinz Sündermann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Hauptstraße	70	27251	Scholen	Schützenverein Scholen (Bernd Rohlf)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Gartenstraße	4	27252	Schwaförden	Schützenverein Schwaförden (Gerhard Schulz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Öftinghausen	3	27248	Ehrenburg	Schützenverein Schweringhausen (Henning Jürgens)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Stocksdorf	38	27248	Ehrenburg	Schützenverein Stocksdorf (Thorsten Schulz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Menninghausen	1	27257	Sudwalde	Schützenverein Sudwalde-Menninghausen (Wolfgang Stubbe)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Wesenstedt	39	27248	Ehrenburg	Schützenverein Wesenstedt-Harmhausen (Ralf Lüllmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Heidhofstraße	55	27257	Sudwalde	Doppelkopfclub "Bomben Blatt" Sudwalde (Harald Freye)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Feldstraße	7	27211	Bassum	Skatclub "Reiz mich mal" Sudwalde (Dietrich Kothrade)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Mallinghausen	35	27252	Schwaförden	Förderverein der Haupt- und Realschule Schwaförden / Ehrenburg (Helmut Denker)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Oberdorfstraße	32	27257	Affinghausen	GROSS FÜR KLEIN Förderverein der Grundschule Sudwalde (Sonja Winte)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)

Poststraße	89	27252	Schwaförden	Sonnenkinderprojekt Namibia e.V. (Arthur Rohlfing)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Dorfstraße	9C	27251	Neuenkirchen	Neuenkirchener Marketing (Kai Wilker)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Schmalförden	12	27248	Ehrenburg	DRK Tagespflege Ehrenburg „Kirchenstübchen“	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Angebote für Senioren
Schachstraße	166	27252	Schwaförden	Bolzplatz Waldpädagogikzentrum Hahnhorst Schwaförden	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Tepestraße	20A	27257	Sudwalde	GALERIE ab-heute.net	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Knüppeldamm	12	27248	Ehrenburg	Sporthalle Ehrenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Schulweg	84	27251	Scholen	Sporthalle Scholen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Dorfstraße	64	27252	Schwaförden	Sporthalle Schwaförden	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Affinghäuser Straße	132	27257	Sudwalde	Sporthalle Sudwalde	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Schmalförden	17	27248	Ehrenburg	Ev.-luth Kirchengemeinde Schmalförden	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Cantruper Str.	19	27251	Neuenkirchen	Ev.-luth Kirchengemeinde Neuenkirchen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Dorfstr.	62	27252	Schwaförden	Ev.-luth Kirchengemeinde Schwaförden-Scholen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Affinghäuser Str.	53	27252	Schwaförden	Ev.-luth Kirchengemeinde Sudwalde	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
<b>Siedenburg</b>					
Sulinger Str.	18	27246	Borstel	Jibi-Markt Borstel	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Vorderstr.	17	27254	Siedenburg	Lebensmittelgeschäft Arif Aslan	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Dorfstraße	32	27249	Mellinghausen	nah und gut Ulrike Albers	Grund- und Nahversorgung: Lebensmitteleinzelhandel
Mühlenstraße	23	27254	Siedenburg	Natur und Schaubäcker Siedenburg	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Dorfstraße	32	27249	Mellinghausen	Landbäckerei Niemeyer (im Dorfmarkt Mellinghausen)	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung

Sulinger Str.	14	27246	Borstel	Schlachtereie Eckerhard Linderkamp	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Sulinger Str.	18	27246	Borstel	Schlachtereie Rode (im Jibi-Markt)	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Vorderstraße	25	27254	Siedenburg	Roland Bochnig Schlachtereie	Grund- und Nahversorgung: branchenspezifische Nahversorgung
Speckenstraße	18	27254	Siedenburg	Raiffeisen Tankstelle	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Sulinger Str.	16	27246	Borstel	Classic-Tankstelle Borstel	Grund- und Nahversorgung: Tankstellen
Speckenstraße	13	27254	Siedenburg	Deutsche Post Filiale	Grund- und Nahversorgung: Post- und Paketdienste
Mühlenstraße	18	27254	Siedenburg	Volksbank Siedenburg	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Mühlenstraße	15	27254	Siedenburg	Kreissparkassen Siedenburg	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Dorfstraße	79	27249	Mellinghausen	Volksbank Mellinghausen	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Poststr.	2	27246	Borstel	Volksbank Borstel	Grund- und Nahversorgung: Banken und Sparkassen
Speckenstraße	4	27254	Siedenburg	Dr. Gernot Fadenholz - Allgemeinmediziner	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Am Friedhof	4	27254	Siedenburg	Astrid Buhr - Allgemeinmedizin	Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner
Amtsweg	5	27254	Siedenburg	Kiriakos Parashu - Zahnarzt	Medizinische Versorgung: Fachärzte
Speckenstraße	22	27254	Siedenburg	DRK-Gemeinde-Schwestern-Station Siedenburg Ambulante Pflege	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Dorfstr.	59	27249	Mellinghausen	DRK Ambulante Pflege	Medizinische Versorgung: ambulante Pflegedienste
Vor den Eichen	2	27246	Borstel	Tagespflege Herbstgold	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Päpser Heide	2	27254	Siedenburg	Martfeld Seniorenpenion & Pflegeheim GmbH	Medizinische Versorgung: stationäre Pflegedienste
Mühlenstraße	16	27254	Siedenburg	Burg Apotheke	Medizinische Versorgung: Apotheken
Dorfstr.	32	27249	Mellinghausen	Physiotherapie Sabine Meyer	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Sulinger Str.	1	27246	Borstel	Physio Fit	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote
Bahnhofstr.	20	27254	Siedenburg	Ergotherapie Simone Olschowsky	Medizinische Versorgung: nicht-fachärztliche Versorgungsangebote

Sportstraße	2A	27254	Siedenburg	Krippe SG Siedenburg	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Schulstraße	6	27246	Borstel	Krippe und Kindergarten Borstel	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Sportstraße	2	27254	Siedenburg	Kindergarten Karibuni	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Am Friedhof	171	27249	Mellinghausen	Kindergarten Mützelzipf	Bildung: Kinderbetreuungseinrichtungen
Schulstraße	6	27254	Siedenburg	Grundschule am Speckenbach	Bildung: Grundschulen
Hesterberger Straße	18	27246	Borstel	Stephanstift Hannover, Außenstelle Borstel	Bildung: Weiterbildungsangebote, Erwachsenenbildung
Allee	4	27254	Siedenburg	Rathaus Samtgemeinde Siedenburg	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Harberger Straße	18	27254	Staffhorst	Dorfgemeinschaftshaus Staffhorst	Verwaltung: Verwaltungseinrichtungen, Bürgerämter
Moordamm	1	27254	Siedenburg	Mini-Wertstoffhof Siedenburg	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Maaser Str.	44	27249	Maasen	Grünabfallsammelstelle Maasen	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
Allee	ohne Hausnr.	27254	Siedenburg	Grünabfallsammelstelle Siedenburg	Verwaltung: Einrichtungen im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft
An der Osterheide	73	27246	Borstel-Bockhop	Ortsfeuerwehr Bockhop	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Schulstraße	10	27246	Borstel	Ortsfeuerwehr Borstel	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Braker Dorfstraße	12	27249	Mellinghausen	Ortsfeuerwehr Brake	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Friedrich-Steuer-Weg	34	27249	Maasen	Ortsfeuerwehr Maasen	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Auf dem Bruch	31	27249	Mellinghausen	Ortsfeuerwehr Ohlendorf	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Borsteler Str.	2	27254	Siedenburg	Ortsfeuerwehr Siedenburg	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Dorfstraße	ohne Hausnr.	27254	Staffhorst	Ortsfeuerwehr Staffhorst	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Allee	2	27254	Siedenburg	Polizei Siedenburg	Verwaltung: Einrichtungen der kommunalen Sicherheit
Fünfhäuser	36	27249	Mellinghausen	Freilichtbühne Ohlendorf	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Theater
Allee	8	27254	Siedenburg	DRK Bereitschaft (Marko Bergmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)

Schamweger Straße	7	27254	Siedenburg	DRK Ortsgruppe Siedenburg (Brigitte Schwarz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Hoyaer Straße	46	27249	Mellinghausen	DRK Ortsverein Mellinghausen (Gabi Hillmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Nienburger Straße	17	27211	Bassum-Neubruchhause	Kreisbehindertenbeirat im Landkreis Diepholz (Mechthild Strake)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Kampstraße	131	27249	Mellinghausen	SoVD Ortsverband SG Siedenburg (Heiner von der Behrens)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Gesundheit u. Soziales)
Maaser Straße	44	27249	Mellinghausen	Chorgemeinschaft Mellinghausen (Marlis Günnemann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Braker Dorfstraße	45	27249	Mellinghausen	KULTURbunt Samtgemeinde Siedenburg e. V. (Ulrike Reinsch)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Kampstraße	131	27249	Mellinghausen	Posaunenchor (Heiner von der Behrens)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Marienstraße	105	27249	Mellinghausen	Theatergruppe Eschbachtal e. V. (Silvia Heidhoff)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Nienburger Straße	6	27246	Borstel	Heimatverein Borstel e. V. (Dieter Engelbart)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Alter Kirchweg	24	27249	Mellinghausen	Heimatverein Mellinghausen-Ohlendorf-Brake-Maasen e. V. (Werner Siemers)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Vorderstraße	18	27254	Siedenburg	Verschönerungsverein Siedenburg (Karl-Heinz Schröder)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Kunst u. Kultur)
Campen	21	27246	Borstel	BSF Borstel - Borsteler Sportfreunde e.V. (Henning Schmidtke)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
In der Heimat	11	27246	Borstel	Hof Golze (Gaby Golze)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Schamwege	14	27246	Borstel	Ponyhof Wagner (Sabine Wagner)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Lilienweg	1	27232	Sulingen	Reit- und Fahrverein Maasen-Sulingen e. V.	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
An der Sudriede	11	27246	Borstel	SBS Kickers (Carsten Schweers)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)

In der Heimat	6	27246	Borstel	Schützenverband Linkes Weserufer (Ewald Märtens)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Bockhoper Straße	18	27246	Borstel	Schützenverein Bockhop e. V. (Erwin Oltmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Im Dorfe	3	27246	Borstel	Schützenverein Borstel e. V. (Dieter Peth)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Hoyaer Straße	46	27249	Mellinghausen	Schützenverein Brake (Klaus Hillmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Küfe-Horst	58	27249	Maasen	Schützenverein Maasen (Henry Meier)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Bremer Weg	57	27249	Mellinghausen	Schützenverein Mellinghausen/Ohlendorf (Gerd Dannemann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Campen	1	27246	Borstel	Schützenverein Sieden (Carsten Linderkamp)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Kastanienweg	15	27254	Siedenburg	Schützenverein Siedenburg e. V. (Dirk Franke)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Vor den Höfen	25	27254	Staffhorst	Schützenverein Staffhorst-Harbergen-Dienstborstel (Wolfgang Logemann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Siedenburgerstr.	78	27254	Staffhorst	SV Staffhorst (Gunnar Falldorf)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Auf dem Klingberge	3	27254	Siedenburg	TC Siedenburg Tennisclub Siedenburg (Ulrich Brümmer)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Birkenstraße	201	27249	Mellinghausen	TSV Mellinghausen (Angela Peter)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)
Neustadts Gärten	19	27254	Siedenburg	TSV Siedenburg (Heinz Norrenbrock)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sport inkl. Schützenvereine)

Heideweg	10	27232	Sulingen	Hegering Brake (Hans Hermann Landau)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Vorderstraße	35a	27254	Siedenburg	"Früh auf" Angelsportverein Siedenburg (Gerhard Rohlfing)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Harberger Straße	26	27254	Siedenburg	Hundeschule Hundehelden (Frank Laupitz)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Schwafördener Straße	3	27249	Mellinghausen	Jagdgenossenschaft Brake (Wilfried Wichmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Berkeler Weidenweg	6	27249	Maasen	Jagdgenossenschaft Maasen (Stefan Palm)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Im Kleinen Felde	19	27249	Mellinghausen	Jagdgenossenschaft Mellinghausen (Günther Riedemann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Hintere Dorfstraße	11	27249	Mellinghausen	Jagdgenossenschaft Ohlendorf (Heiner Ahrenshop)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Vorderstraße	11	27254	Siedenburg	Jagdgenossenschaft Siedenburg (Heinrich Bahn)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Dorfstraße	9	27254	Staffhorst	Jagdgenossenschaft Staffhorst (Johann Bartels)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Natur u. Umwelt)
Allee	47	27249	Maasen	Traktorenfreunde Maasen e. V. (Erich Hampel)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Bremer Weg	29	27249	Mellinghausen	Förderverein Freiwillige Ortsfeuerwehr Mellinghausen (Udo Heidhoff)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Hesterberger Str.	6	27246	Borstel	Förderverein der Grundschule der Samtgemeinde Siedenburg e. V. (Angela Lüchau)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Tannenweg	165	27249	Mellinghausen	Förderverein Etival in der Samtgemeinde Siedenburg (Anja Ahrens)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Nienburger Straße	24	27246	Borstel	Förderverein Freiwillige Feuerwehr der Ortsfeuerwehr Borstel (Gerd Pröstler)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Dienstborsteler Straße	6	27254	Staffhorst	Förderverein Freiwillige Feuerwehr der Ortswehr Staffhorst e.V. (Heinrich Raven)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Im Dorfe	3	27246	Borstel	Förderverein Grundschule Borstel (Corinna Peth)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Sieden	28	27246	Borstel	Landfrauenverein Borstel (Elke Böttcher)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)



Bruchstraße	3	27249	Mellinghausen	Soldatenkameradschaft Mellinghausen (Joachim Horstmann)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Speckenstraße	7	27254	Siedenburg	Aktives Siedenburg e. V. (Ulrich Brümmer)	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: eingetragene Vereine (Sonstiges)
Sportstraße	1	27254	Siedenburg	Freibad Siedenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Schulstraße	9	27246	Borstel	Hallenbad Aquaris Borstel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
An der Osterheide	34	27246	Borstel	Reithalle Bockhop	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Friedrich-Steuer-Weg	34	27249	Maasen	Reithalle Maasen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Hesterberger Straße	ohne Hausnr.	27246	Borstel	Schießstand Borstel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Sieden	ohne Hausnr.	27246	Borstel	Schießstand Sieden	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Schützenplatz / Allee	ohne Hausnr.	27254	Siedenburg	Schießstand Siedenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Hoyaer Straße	ohne Hausnr.	27249	Mellinghausen	Schützenhalle Brake	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Friedrich-Steuer-Weg	34	27249	Maasen	Schützenhaus Maasen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Sportstraße	1C	27254	Siedenburg	Tennisanlage Siedenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Schulstraße	9	27246	Borstel	Sporthalle Borstel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Schulstraße	6	27254	Siedenburg	Sporthalle Siedenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Bahnhofstraße	ohne Hausnr.	27254	Staffhorst	Sportplatz Harbergen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Kampstraße	ohne Hausnr.	27249	Mellinghausen	Sportplatz Mellinghausen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Kampstraße	ohne Hausnr.	27249	Mellinghausen	Schützenhalle Mellinghausen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kommunale Freizeit- und Sportangebote
Allee	4	27254	Siedenburg	Ehrenamtl. Seniorenberater Werner Siemers	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Angebote für Senioren
Dorfstraße	34	27249	Mellinghausen	Seniorenkreis Pfarramt Mellinghausen/Siedenburg	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Angebote für Senioren

Bulter Str.	26	27249	Mellinghausen	Landjugend MOMB	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: Angebote für Kinder und Jugendliche
Kirchweg	2	27246	Borstel	Kirche / Pfarramt Borstel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Dorfstraße	34	27249	Mellinghausen	Kirche / Pfarramt Mellinghausen	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Kirchweg	2	27246	Borstel	Kirche / Pfarramt Staffhorst	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote
Hesterberger Straße	2	27246	Borstel	Küsterhaus Borstel	Kultur / Freizeitgestaltung, Sport, Ehrenamt: kirchliche Angebote



## **Anhang 2: Haushaltsbefragung Leitfaden u. Datenschutz**

### **Informationsblatt Datenschutz (zum Verbleib bei den Interviewpartnern)**

Die Durchführung der Studie geschieht auf der Grundlage der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Der Interviewer unterliegt der Schweigepflicht und ist auf das Datengeheimnis verpflichtet. Die Arbeit dient allein wissenschaftlichen Zwecken. Ich sichere Ihnen folgendes Verfahren zu, damit Ihre Angaben nicht mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden können:

- Das Gespräch wird aufgezeichnet, abgetippt und nach Abschluss des Projektes gelöscht. Bei Interesse können Sie die Aufzeichnung oder Abschrift erhalten.
- Das Gespräch wird anonymisiert: alle Personennamen und personenbezogenen Angaben werden geändert
- Ihre persönlichen Daten werden am Ende des Projektes in meinen Unterlagen gelöscht, so dass lediglich das anonymisierte Transkript existiert. Die von Ihnen unterschriebene Erklärung zur Einwilligung in die Auswertung wird in einem gesonderten Ordner an einer gesicherten und nur der Projektleitung zugänglichen Stelle aufbewahrt. Sie dient lediglich dazu, bei einer Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten nachweisen zu können, dass Sie mit der Auswertung einverstanden sind. Sie kann mit dem Interview nicht mehr in Verbindung gebracht werden.
- Die anonymisierte Abschrift wird nicht veröffentlicht und ist nur den Betreuern der Arbeit zugänglich, die ebenfalls der Schweigepflicht unterliegen. In Veröffentlichungen gehen aber einzelne Zitate ein, selbstverständlich ohne dass erkennbar ist, von welcher Person sie stammen.

Die Datenschutzbestimmungen verlangen auch, dass ich Sie noch einmal ausdrücklich darauf hinweise, dass aus einer Nichtteilnahme keine Nachteile entstehen. Sie können Antworten auch bei einzelnen Fragen verweigern. Auch die Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit von Ihnen widerrufen und die Löschung des Interviews verlangt werden.

Ich bedanke mich für Ihre Bereitschaft, als Interviewpartner zur Verfügung zu stehen.

---

(Ort, Datum)

---

(Verantwortliche Leitung)

## **Anhang 13: Einwilligungserklärung (zum Verbleib beim Befragter)**

**Forschungsprojekt: „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ & digital: Untersuchungs- und Handlungskonzept für den Einsatz digitaler Innovationen im ländlichen Raum am Beispiel des Sulinger Landes“**

### **- Einwilligungserklärung -**

Ich bin über das Vorgehen bei der Auswertung der persönlichen freien Interviews mit einem Handzettel und mündlich informiert worden. Ich bin damit einverstanden, dass einzelne Sätze, die aus dem Zusammenhang genommen werden und damit nicht mit meiner Person in Verbindung gebracht werden können, als Material für wissenschaftliche Zwecke und die Weiterentwicklung der Forschung genutzt werden können.

Unter diesen Bedingungen erkläre ich mich bereit, das Interview zu geben und bin damit einverstanden, dass es auf Band aufgenommen, abgetippt, anonymisiert und ausgewertet wird.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift)

## **Interviewleitfaden Haushaltsbefragung**

### Gesprächseinstieg

1. Vorstellung der eigenen Person (offen)
2. Vorstellung des Projektes (an Stichpunkten orientiert)
  - Titel: „Daseinsvorsorge – kooperativ, innovativ, digital“
  - Untersuchungsraum: Sulinger Land, entspricht Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden, Siedenburg und Stadt Sulingen
  - Projektpartner: Samtgemeinden Kirchdorf, Schwaförden, Siedenburg, Stadt Sulingen, Landkreis Diepholz (Projekträger), Regionalmanagement Mitte Niedersachsen, Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten / ISPA (wissenschaftlicher Begleiter)
  - Vorgehen: Befragung von Haushalten in ausgewählten Gebieten
  - Ziel: ein Bild darüber gewinnen, wie sich die Ausstattung der Region mit Einrichtungen / Gütern der Daseinsvorsorge darstellt
  - Welchen Beitrag kann die befragte Person leisten? *Ihr Wissen soll uns dabei helfen, Lösungsansätze für bestehende Probleme zu finden. Dadurch kann langfristig der gesamten Region geholfen und Ihre Lebensqualität verbessert werden.*

### **Eingangsfrage**

*Was ist Ihre Meinung zum Thema Daseinsvorsorge? Wie betrifft Sie dieses Thema persönlich? (Begriffserklärung bei Bedarf geben, siehe Definition)*

### Definition Daseinsvorsorge

*Als Daseinsvorsorge verstehen wir im Rahmen der Befragung die Verfügbarkeit von Gütern und Leistungen, die für ein Mindestmaß an Lebensqualität im Alltag notwendig sind. Hierzu zählen beispielsweise die nachfolgenden Bereiche:*

- Lebensmittelversorgung (Dorfläden, Supermärkte, Bäckereien, Fleischereien)
- Bildungseinrichtungen (Grund- und weiterführende Schulen, Erwachsenenbildung)
- Pflegeeinrichtungen (stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen)
- Medizinische Versorgung (Allgemeinmediziner, Krankenhäuser, Fachärzte)
- Teilhabe am öffentlichen Leben (Freizeit- und Sportangebote, kulturelle Angebote, Vereinsleben)

<b>Thema / Block</b>	<b>Erzählaufforderungen</b>	<b>Bezüge / Stichworte</b>
I: Beschreibung der Daseinsvorsorgesituation	<p>Welche Besorgungen erledigen Sie in regelmäßigen Abständen? Wo erledigen Sie diese Besorgungen?</p> <p>Welche (Dienst)Leistungen nehmen sie in regelmäßigen Abständen in Anspruch?</p> <p>Suchen Sie zur Gestaltung Ihrer Freizeit bestimmte Einrichtungen auf? Wenn ja, welche sind das?</p> <p>Welche Güter, Dienstleistungen und/oder Einrichtungen sind für Sie dabei besonders wichtig? Begründen Sie bitte.</p> <p>Wie erreichen Sie die Anbieter der entsprechenden Güter und/oder Dienstleistungen?</p> <p>Sind Sie in irgendeiner Form gemeinschaftlich organisiert, um solche Erledigungen zu tätigen oder Einrichtungen zu erreichen?</p> <p>Greifen Sie im Alltag auf digitale Hilfsmittel zurück? Wenn ja, welche sind das?</p>	<p>Lebensmittel, Haushaltsartikel Medikamente</p> <p>Ärztliche Versorgung, Pflege, Behörden</p> <p>Sportverein, Kino, Theater</p> <p>PKW, BUS, Fahrrad, zu Fuß</p> <p>Fahrgemeinschaften, Familiäre Hilfestellungen, Nachbarschaft, Freunde / Bekannte</p> <p>Online-Shopping, Online-Banking, Verwaltungsangelegenheiten über das Internet</p>
Block II: Bewertung der Daseinsvorsorgesituation	Wie bewerten Sie das Angebot an Gütern bzw. Leistungen, die Sie im Alltag in Anspruch nehmen in Ihrem räumlichen Umfeld?	Räumlicher Radius: Gemeinde < Samtgemeinde < Sulingen

	<p>Wie bewerten Sie die Erreichbarkeit von Gütern bzw. Leistungen, die Sie im Alltag in Anspruch nehmen von Ihrem Wohnort aus?</p> <p>Sind Sie der Meinung, dass Sie aufgrund Ihres Wohnortes Einschränkungen in Ihrem alltäglichen Leben erfahren? Wenn ja, beschreiben Sie dies bitte.</p> <p>Können Sie Bereiche festmachen, in denen Sie besonders deutliche Verbesserungsbedarfe sehen?</p>	<p>Kein Zugang zum ÖPNV, schlechte Taktung des ÖPNV, weite Strecken, wenig Freizeitmöglichkeiten?</p>
<p>Block III: Verbesserungs- / Gestaltungsvorschläge</p>	<p>Wie kann die Versorgungssituation in Ihrem Ort bzw. Ihrer Gemeinde in Zukunft verbessert werden? Haben Sie hierzu konkrete Vorschläge?</p> <p>Wie können Ihrer Meinung nach digitale Medien dazu eingesetzt werden, um eine Verbesserung zu erreichen?</p> <p>Wen sehen Sie bei der Umsetzung solcher Maßnahmen in der Verantwortung?</p>	<p>Internet-gestütztes Einkaufen für den täglichen Bedarf, „Mitfahr“-Apps, Social-Media für die Dorfgemeinschaft, etc.</p> <p>Politik, örtliche Vereine u. Verbände, Dorfgemeinschaft, eigene Verantwortung,...</p>

**Nach Abschluss des Interviewleitfadens konkrete Fragen zu den folgenden Stichpunkten**

Geschlecht	
Alter	



Familienstand	
Kinder	
Haushaltsgröße	
Seit wann im Ort?	
Bildungsabschluss	
Beruf	
Motorisierung?	
Zugriff auf Computer bzw. Internet?	

**Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen!**

### Anhang 3: Codierübersicht Haushaltsbefragung

Code	Subcodes	Codehäufigkeit
Soziodemographische Daten	Gesamt:	685
	Geschlecht	68
	Alter	68
	Familienstand	68
	Kinder	68
	Haushaltsgröße	69
	Wohndauer vor Ort	63
	Bildung	59
	Beruf	69
	Mobilität / Motorisierung	67
	Zugriff digitale Medien	68
	Nicht erhoben	18
<b>Block I: Wahrnehmung und Nutzung von (infrastruktureller) Daseinsvorsorge</b>		<b>915</b>
Assoziationen Daseinsvorsorge	Gesamt:	109
	Weiß nicht / keinen signifikanten Bezug	4
	Alltagsrelevante Versorgung / Lebensmittel	13
	Pflege / medizinische Versorgung	8
	Dorfgemeinschaft	6
	PKW-Angewiesenheit / Perspektivische Einschränkung im Alter	34
	Wegfall / Mangel Infrastrukturen	14
	„Man kennt es nicht anders“ / „Man hat sich gewöhnt“	6
	Vorteile Landleben	3
	Gute Versorgung	11
	Frage nicht gestellt	10
Güter und Dienstleistungen	Gesamt:	165
	Lebensmittel	71
	Haushaltsartikel / Bekleidung	11
	Ärztliche u. pflegerische Versorgung	61
	Behörden	6
	Post- und Paketdienste, Bank, Tankstellen	5
	Körperpflege (Friseur, Fußpflege)	9
	Nutzung Online-Bringdienst E-Center	2
Verortung der Güter und Dienstleistungen	Gesamt:	227
	Sulingen	54
	Twistringen	18
	Heiligenloh	4
	Ehrenburg	6
	Dreye	1
	Vechta	5
	Bremen	7

	Brinkum	1
	Bassum	5
	Diepholz	8
	Lohne	1
	Barnstorf	4
	Wildeshausen	1
	Asendorf	13
	Bruchhausen-Vilsen	7
	Wietzen	11
	Nienburg	12
	Hannover	3
	Hamburg	1
	Borstel	4
	Siedenburg	10
	Marklohe	1
	Rehburg-Loccum	1
	Lemke	1
	Mellinghausen	1
	Syke	2
	Schwaförden	1
	Delmenhorst	1
	Groß Lessen	2
	Kirchdorf	5
	Minden	2
	Freistatt	20
	Wagenfeld	11
	Varrel	1
	Barenburg	1
	Rehden	1
Freizeitgestaltung	Gesamt:	115
	Sport-, Schützen-, Musik- und Kulturvereine	38
	Feuerwehr	7
	Kino	12
	Theater, Konzerte, kulturelle Veranstaltungen	7
	Individualsport (Fitnessstudio, Schwimmbad, etc.)	23
	Individuelle Freizeitgestaltung (Garten, Spazieren, etc.)	27
Verortung der Freizeitgestaltung	Gesamt:	108
	Schmalförden	4
	Bremen	4
	Bochum	1
	Hamburg	2
	Hannover	2
	Stocksdorf	5
	Twistringen	8
	Nienburg	4

	Sulingen	25
	Diepholz	4
	Ehrenburg	5
	Bassum	1
	Bruchhausen-Vilsen	2
	Asendorf	2
	Siedenburg	5
	Syke	2
	Affinghausen	1
	Staffhorst	6
	Bücken	1
	Weyhe	1
	Hoya	2
	Groß Lessen	8
	Freistatt	7
	Wagenfeld	3
	Barver	1
	Lohne	1
	Wildeshausen	1
Mobilität	Gesamt:	191
	PKW	81
	ÖPNV	5
	Hindernisse ÖPNV	26
	Fahrrad, E-Bike	32
	Gemeinschaftliche Organisation, Fahrgemeinschaften	25
	Hindernisse gemeinschaftliche Organisation	16
	Nutzung Anruf-Sammeltaxi	6
<b>Block II: Lebensqualität und Teilhabe</b>		<b>271</b>
Bewertung Angebot u. Erreichbarkeit Daseinsvorsorge	Gesamt:	86
	Überwiegend positiv	35
	Keine klare Wertung	14
	Überwiegend negativ	30
	Frage nicht gestellt	7
Wahrnehmung Einschränkungen im Lebensalltag	Gesamt:	86
	Ja (aktuell)	24
	Perspektivische Einschränkungen	16
	Nein	40
	Frage nicht gestellt	6
Identifikation Verbesserungsbedarfe	Gesamt:	99
	Keine Verbesserungsbedarfe	27
	Barrierefreiheit von Einrichtungen	1
	ÖPNV / alternative Mobilität	26
	Grund- und Nahversorgung	7

	Ärztliche Versorgung	4
	Digitale Infrastruktur	10
	Baugrundstücke	1
	Pädagogische / schulische Angebote	3
	Soziales Miteinander / Dorfgemeinschaft	1
	Freizeitangebote	2
	Frage nicht gestellt	17
<b>Block III: Digitalisierung und digitale Medien</b>		<b>313</b>
Lebensweltlicher Bezug digitale Medien	Gesamt:	125
	Aktive Nutzung von Online-Services	45
	Wenig / keine Nutzung von Online-Services	40
	Einschränkung Internet	35
	Ablehnende / kritische Haltungen	4
	Frage nicht gestellt	1
Nutzungsverhalten digitale Medien	Gesamt:	71
	Keine Spezifizierung	3
	Online-Shopping (Amazon, Ebay, etc.)	36
	Regionale Bestell- und Lieferservices (E-Center)	4
	Bewusst keine Lebensmittel	7
	Online-Banking	15
	Digitale Verwaltung (Steuererklärung, Buchführung)	4
	Informationsbeschaffung	2
Digitalisierung in der Daseinsvorsorge	Gesamt:	117
	Nicht wichtig / keine spezifische Meinung	35
	Positive Grundhaltung	16
	Verweis auf mangelhafte digitale Infrastruktur	15
	Verweis auf Digital Divide	6
	Verweis auf mangelnde Nachfrage	2
	Verweis auf Selbstorganisation der Dorfgemeinschaft	8
	Verweis auf bestehende, wenig genutzte Angebote	4
	Ablehnung	3
	Frage nicht gestellt	28
<b>Block IV: Rollen- und Verantwortungsverständnisse</b>		<b>217</b>
Benennung Verbesserungsvorschläge	Gesamt:	131
	Keine Verbesserungsvorschläge	44
	Mobile Nahversorgung, bedarfsorientierte Mobilität (operativ)	15
	Ausbau digitale Infrastruktur (Zielebene)	8
	Stützung / Diversifizierung Nahversorgung (Zielebene)	4

	Ausbau Freizeitangebote (Zielebene)	4
	Schaffung Baugebiete (Zielebene)	1
	Ausbau ÖPNV (Zielebene)	5
	Verbesserung ärztliche Versorgung (Zielebene)	4
	Frage nicht gestellt	11
	Selbstwirksamkeitsüberzeugung	35
Artikulation von Verantwortung	Gesamt:	86
	Keine spezifische Meinung	12
	Verantwortung Bürgergesellschaft	4
	Verantwortung Politik / Verwaltung	42
	Verantwortung der Wirtschaft	1
	Geteilte Verantwortung	10
	Diakonie (Freistatt)	4
	Frage nicht gestellt	13
<b>Codes insg.: 15</b>	<b>Subcodes insg.: 161</b>	<b>Codierungen insg.: 2.401</b>

## **Anhang 4: Transkriptionsregeln**

### **A) Allgemeines**

- Es wird grundsätzlich wörtlich transkribiert, nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Da wo nötig, wurden sprachliche Glättungen im Sinne einer besseren Lesbarkeit vorgenommen.
- Die interviewende Person wird durch ein „I“ und der Interviewpartner durch ein „IP“ gekennzeichnet. Bei mehreren interviewenden Personen oder mehreren Interviewpartnern erfolgt eine Zuordnung über Kennnummern „I1“ oder „IP1“.
- Jeder Sprechbeitrag wird in Form eines eigenen, getrennten Absatzes dargestellt.
- Sprechpassagen ohne inhaltliche Relevanz wurden nicht transkribiert und mit drei Auslassungspunkten in eckigen Klammern „[...]“ markiert.
- Dialektbedingte Abweichungen vom Hochdeutschen mussten (da nicht vorhanden) nicht berücksichtigt werden.
- Wortverschleifungen werden nicht transkribiert, sondern in Schriftdeutsch überführt. (Beispiel: so'n -> so ein)
- Abgebrochene Sätze werden mit drei Auslassungspunkten „...“ markiert.
- Pausen innerhalb eines Satzes werden mit drei Auslassungspunkten „...“ markiert.
- Wortdoppelungen werden nicht transkribiert.
- Verständnissignale der gerade nicht sprechenden Person werden in der Regel nicht transkribiert (Beispiel: „Ja.“, „Genau.“, „Mhm.“)
- Unverständliche Wörter oder Passagen werden mit einem „[unverständlich]“ markiert. Ggf. wird dazu auch die Ursache „[unverständlich, Hund bellt]“ angegeben.
- Durch externe Faktoren verursachte Unterbrechungen des Gespräches werden mit einem „[Unterbrechung]“ markiert. Auch hier wird die Ursache ggf. angegeben.
- Nennungen von personenbezogenen Informationen, werden so anonymisiert, dass eine spätere Zuordnung des Interviewpartners nicht mehr möglich ist.

### **B) Anmerkungen zur Schreibweise**

- Zeichen und Abkürzungen werden ausgeschrieben
- Anredepronomen werden grundsätzlich groß geschrieben (Sie, Ihnen, Du, Dir).
- Zahlen von null bis zwölf werden im Fließtext ausgeschrieben, größere Zahlen werden in Ziffern dargestellt.
- Redewendungen werden wörtlich wiedergegeben

## **Anhang 5: Experteninterviews Politik / Verwaltung Leitfaden u. Datenschutz**

### **Informationsblatt Datenschutz**

#### **- Informationsblatt Datenschutz - (zum Verbleib bei den Interviewpartnern)**

Die Durchführung des Interviews geschieht auf der Grundlage der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Der Interviewer unterliegt der Schweigepflicht und ist auf das Datengeheimnis verpflichtet. Die Arbeit dient allein wissenschaftlichen Zwecken. Ich sichere Ihnen folgendes Verfahren zu, damit Ihre Angaben nicht mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden können:

- Das Gespräch wird aufgezeichnet, abgetippt und anschließend gelöscht. Bei Interesse können Sie die Aufzeichnung oder Abschrift erhalten.
- Das Gespräch wird anonymisiert: alle Personennamen und personenbezogenen Angaben werden geändert
- Ihr Name, Anschrift und Telefonnummer werden am Ende des Projektes in meinen Unterlagen gelöscht, so dass lediglich das anonymisierte Transkript existiert. Die von Ihnen unterschriebene Erklärung zur Einwilligung in die Auswertung wird in einem gesonderten Ordner an einer gesicherten und nur der Projektleitung zugänglichen Stelle aufbewahrt. Sie dient lediglich dazu, bei einer Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten nachweisen zu können, dass Sie mit der Auswertung einverstanden sind. Sie kann mit dem Interview nicht mehr in Verbindung gebracht werden.
- Die anonymisierte Abschrift wird nicht veröffentlicht und ist nur den Betreuern der Arbeit zugänglich, die ebenfalls der Schweigepflicht unterliegen. In Veröffentlichungen gehen aber einzelne Zitate ein, selbstverständlich ohne dass erkennbar ist, von welcher Person sie stammen.

Die Datenschutzbestimmungen verlangen auch, dass ich Sie noch einmal ausdrücklich darauf hinweise, dass aus einer Nichtteilnahme keine Nachteile entstehen. Sie können Antworten auch bei einzelnen Fragen verweigern. Auch die Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit von Ihnen widerrufen und die Löschung des Interviews verlangt werden.

Ich bedanke mich für Ihre Bereitschaft, als Interviewpartner zur Verfügung zu stehen.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift Interviewer)



## **Einverständniserklärung**

### **- Einverständniserklärung - (zum Verbleib bei der verantwortlichen Leitung)**

Ich bin über das Vorgehen bei der Auswertung der persönlichen freien Interviews mit einem Handzettel und mündlich informiert worden. Ich bin damit einverstanden, dass einzelne Sätze, die aus dem Zusammenhang genommen werden und damit nicht mit meiner Person in Verbindung gebracht werden können, als Material für wissenschaftliche Zwecke und die Weiterentwicklung der Forschung genutzt werden können.

Unter diesen Bedingungen erkläre ich mich bereit, das Interview zu geben und bin damit einverstanden, dass es auf Band aufgenommen, abgetippt, anonymisiert und ausgewertet wird.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift)

## **Leitfaden Interview Politik / Verwaltung**

Das Interview findet im Rahmen einer Doktorarbeit statt, die die Bedeutung digitaler Innovationen für die ländliche Daseinsvorsorge untersucht. Von besonderer Bedeutung dabei ist die Frage, welche Rolle die Bürgergesellschaft, die Privatwirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen sowie auch Politik und Verwaltung bei der Digitalisierung der Daseinsvorsorge spielen.

Als Daseinsvorsorge versteht man allgemein die Verfügbarkeit von Gütern und Leistungen, die für ein Mindestmaß an Lebensqualität im Alltag notwendig sind. Hierzu zählen beispielsweise die nachfolgenden Bereiche:

- Lebensmittelversorgung (Dorfläden, Supermärkte, Bäckereien, Fleischereien)
- Bildungseinrichtungen (Grund- und weiterführende Schulen, Erwachsenenbildung)
- Pflegeeinrichtungen (stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen)
- Medizinische Versorgung (Allgemeinmediziner, Krankenhäuser, Fachärzte)
- Teilhabe am öffentlichen Leben (Freizeit- und Sportangebote, kulturelle Angebote, Vereinsleben)

Die Befragung zielt darauf ab, ein Bild darüber zu gewinnen, welchen Beitrag Sie in Ihrer Rolle als Politiker und/oder Verwaltungsmitarbeiter für die Ausgestaltung des Versorgungsangebotes in der Region leisten. Da Sie aufgrund ihrer Expertenrolle für ein Interview ausgewählt wurden, geht es im Folgenden weniger um ein Richtig oder Falsch, sondern vielmehr um Ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Einschätzungen.

### **I: Einleitung**

Seit wie vielen Jahren sind Sie in ihrer jetzigen Position tätig?

Was hat Sie dazu veranlasst, das Interview im Rahmen der Doktorarbeit zu geben? Warum ist das Thema für Sie von Interesse?

### **II: Daseinsvorsorge**

Was verbinden Sie mit dem Begriff der Daseinsvorsorge? Wie betrifft Sie das Thema im Alltag?

Welchen Beitrag leisten die Politik und/oder die öffentliche Verwaltung zur Daseinsvorsorge in der Region? Welche Mehrwerte entstehen dadurch für die Menschen in der Region?

Welche Entwicklungen und Herausforderungen sehen Sie auf die Daseinsvorsorge im Sulinger Land zukommen?

### **III: Digitalisierung**

Was assoziieren Sie mit dem Begriff der Digitalisierung? Wie sieht Digitalisierung für Sie im Alltag aus?

Welche Berührungspunkte haben Sie als Politiker und/oder Verwaltungsmitarbeiter mit Digitalisierung?

Sind derzeit Digitalisierungsmaßnahmen in Planung? Oder aber in absehbarer Zukunft?

Was ist für Sie der größte Hinderungsgrund, der der Realisierung weiterer Digitalisierungsmaßnahmen im Weg steht?

#### **IV: Digitalisierung der Daseinsvorsorge**

Glauben Sie, dass der Einsatz von digitalen Instrumenten im Bereich der Daseinsvorsorge in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum leisten kann?

Welche konkreten Gestaltungsvorschläge für eine digitale Daseinsvorsorge haben Sie?

#### **V: Verantwortung**

Geschlecht	
Alter	
Familienstand	
Kinder	
Haushaltsgröße	
Seit wann im Ort?	
Bildungsabschluss	
Beruf	
Motorisierung?	
Zugriff auf Computer bzw. Internet?	

Welche Art der Motivation treibt sie dazu an, sich als Politiker zu engagieren und/oder als Verwaltungsmitarbeiter zu arbeiten?

Empfinden Sie eine Form der Verantwortung gegenüber ihrem regionalen Umfeld? Wenn ja, wie äußert sich diese?

Wen Sehen Sie dafür in der Verantwortung, die Ausgestaltung einer zeitgemäßen Daseinsvorsorge voranzutreiben?

Welchen Einfluss können Sie aus ihrer Position in Politik und/oder Verwaltung auf digitale Innovationen in der Daseinsvorsorge nehmen?

**Nach Abschluss des Interviewleitfadens konkrete Fragen zu den folgenden Stichpunkten**

## **Anhang (6): Experteninterviews Dritter Sektor Leitfaden u. Datenschutz**

### **Informationsblatt Datenschutz**

#### **- Informationsblatt Datenschutz - (zum Verbleib bei den Interviewpartnern)**

Die Durchführung des Interviews geschieht auf der Grundlage der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Der Interviewer unterliegt der Schweigepflicht und ist auf das Datengeheimnis verpflichtet. Die Arbeit dient allein wissenschaftlichen Zwecken. Ich sichere Ihnen folgendes Verfahren zu, damit Ihre Angaben nicht mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden können:

- Das Gespräch wird aufgezeichnet, abgetippt und anschließend gelöscht. Bei Interesse können Sie die Aufzeichnung oder Abschrift erhalten.
- Das Gespräch wird anonymisiert: alle Personennamen und personenbezogenen Angaben werden geändert
- Ihr Name, Anschrift und Telefonnummer werden am Ende des Projektes in meinen Unterlagen gelöscht, so dass lediglich das anonymisierte Transkript existiert. Die von Ihnen unterschriebene Erklärung zur Einwilligung in die Auswertung wird in einem gesonderten Ordner an einer gesicherten und nur der Projektleitung zugänglichen Stelle aufbewahrt. Sie dient lediglich dazu, bei einer Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten nachweisen zu können, dass Sie mit der Auswertung einverstanden sind. Sie kann mit dem Interview nicht mehr in Verbindung gebracht werden.
- Die anonymisierte Abschrift wird nicht veröffentlicht und ist nur den Betreuern der Arbeit zugänglich, die ebenfalls der Schweigepflicht unterliegen. In Veröffentlichungen gehen aber einzelne Zitate ein, selbstverständlich ohne dass erkennbar ist, von welcher Person sie stammen.

Die Datenschutzbestimmungen verlangen auch, dass ich Sie noch einmal ausdrücklich darauf hinweise, dass aus einer Nichtteilnahme keine Nachteile entstehen. Sie können Antworten auch bei einzelnen Fragen verweigern. Auch die Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit von Ihnen widerrufen und die Löschung des Interviews verlangt werden.

Ich bedanke mich für Ihre Bereitschaft, als Interviewpartner zur Verfügung zu stehen.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift Interviewer)

## **Einverständniserklärung**

### **- Einverständniserklärung - (zum Verbleib bei der verantwortlichen Leitung)**

Ich bin über das Vorgehen bei der Auswertung der persönlichen freien Interviews mit einem Handzettel und mündlich informiert worden. Ich bin damit einverstanden, dass einzelne Sätze, die aus dem Zusammenhang genommen werden und damit nicht mit meiner Person in Verbindung gebracht werden können, als Material für wissenschaftliche Zwecke und die Weiterentwicklung der Forschung genutzt werden können.

Unter diesen Bedingungen erkläre ich mich bereit, das Interview zu geben und bin damit einverstanden, dass es auf Band aufgenommen, abgetippt, anonymisiert und ausgewertet wird.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift)

## **Leitfaden Interview Dritter Sektor**

Das Interview findet im Rahmen einer Doktorarbeit statt, die die Bedeutung digitaler Innovationen für die ländliche Daseinsvorsorge untersucht. Von besonderer Bedeutung dabei ist die Frage, welche Rolle die Bürgergesellschaft, die Privatwirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen sowie auch Politik und Verwaltung bei der Digitalisierung der Daseinsvorsorge spielen.

Als Daseinsvorsorge versteht man allgemein die Verfügbarkeit von Gütern und Leistungen, die für ein Mindestmaß an Lebensqualität im Alltag notwendig sind. Hierzu zählen beispielsweise die nachfolgenden Bereiche:

- Lebensmittelversorgung (Dorfläden, Supermärkte, Bäckereien, Fleischereien)
- Bildungseinrichtungen (Grund- und weiterführende Schulen, Erwachsenenbildung)
- Pflegeeinrichtungen (stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen)
- Medizinische Versorgung (Allgemeinmediziner, Krankenhäuser, Fachärzte)
- Teilhabe am öffentlichen Leben (Freizeit- und Sportangebote, kulturelle Angebote, Vereinsleben)

Die Befragung zielt darauf ab, ein Bild darüber zu gewinnen, welchen Beitrag Sie in Ihrer Rolle als Vorstand eines Vereins oder einer gemeinnützigen Einrichtung für die Ausgestaltung des Versorgungsangebotes in der Region leisten. Da Sie aufgrund ihrer Expertenrolle für ein Interview ausgewählt wurden, geht es im Folgenden weniger um ein Richtig oder Falsch, sondern vielmehr um Ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Einschätzungen.

### **I: Einleitung**

Seit wie vielen Jahren gibt es Ihre Einrichtung / Ihren Verein bereits?

Seit wie vielen Jahren sind sie für die Leitung verantwortlich?

Was hat Sie dazu veranlasst, das Interview im Rahmen der Doktorarbeit zu geben? Warum ist das Thema für Sie von Interesse?

### **II: Daseinsvorsorge**

Was verbinden Sie mit dem Begriff der Daseinsvorsorge? Wie betrifft Sie das Thema im Alltag?

Welchen Beitrag leistet Ihre Einrichtung / Ihr Verein zur Daseinsvorsorge in der Region?  
Welche Mehrwerte liefert Ihre Einrichtung / Ihr Verein für die Menschen?

Welche Entwicklungen und Herausforderungen sehen Sie auf die Daseinsvorsorge im Sulinger Land zukommen?

### **III: Digitalisierung**

Was assoziieren Sie mit dem Begriff der Digitalisierung? Wie sieht Digitalisierung für Sie im Alltag aus?

Hat Ihre Einrichtung / Ihr Verein derzeit Berührungspunkte mit Aspekten der Digitalisierung?  
Werden digitale Dienstleistungen angeboten?

(Wenn ja,) Wie gestaltet sich derzeit die Nachfrage nach diesen Angeboten?

Planen Sie in absehbarer Zukunft die Umsetzung weiterer Digitalisierungsmaßnahmen?

Was ist für Sie der größte Hinderungsgrund, der der Realisierung weiterer digitaler Angebote im Weg steht?

#### **IV: Digitalisierung der Daseinsvorsorge**

Glauben Sie, dass der Einsatz von digitalen Instrumenten im Bereich der Daseinsvorsorge in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum leisten kann?

Welche konkreten Gestaltungsvorschläge für eine digitale Daseinsvorsorge haben Sie?

#### **V: Verantwortung**

Welche Art der Motivation treibt sie dazu an, als Leiter\*in einer sozial orientierten Einrichtung / eines Vereins in der Region tätig zu sein?

Empfinden Sie eine Form der Verantwortung gegenüber ihrem regionalen Umfeld? Wenn ja, wie äußert sich diese?

Wen Sehen Sie dafür in der Verantwortung, die Ausgestaltung einer zeitgemäßen Daseinsvorsorge voranzutreiben?

Welche Verantwortung kommt Ihnen als Leiter\*in einer sozial orientierten Einrichtung / eines Vereins bei der Lösung der zukünftigen Herausforderungen in der Daseinsvorsorge zu?

#### **Nach Abschluss des Interviewleitfadens konkrete Fragen zu den folgenden Stichpunkten**

Geschlecht	
Alter	
Familienstand	
Kinder	
Haushaltsgröße	
Seit wann im Ort?	



Bildungsabschluss	
Beruf	
Motorisierung?	
Zugriff auf Computer bzw. Internet?	

## **Anhang 7: Experteninterviews Privatwirtschaft Leitfadens u. Datenschutz**

### **Informationsblatt Datenschutz**

#### **- Informationsblatt Datenschutz - (zum Verbleib bei den Interviewpartnern)**

Die Durchführung des Interviews geschieht auf der Grundlage der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Der Interviewer unterliegt der Schweigepflicht und ist auf das Datengeheimnis verpflichtet. Die Arbeit dient allein wissenschaftlichen Zwecken. Ich sichere Ihnen folgendes Verfahren zu, damit Ihre Angaben nicht mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden können:

- Das Gespräch wird aufgezeichnet, abgetippt und anschließend gelöscht. Bei Interesse können Sie die Aufzeichnung oder Abschrift erhalten.
- Das Gespräch wird anonymisiert: alle Personennamen und personenbezogenen Angaben werden geändert
- Ihr Name, Anschrift und Telefonnummer werden am Ende des Projektes in meinen Unterlagen gelöscht, so dass lediglich das anonymisierte Transkript existiert. Die von Ihnen unterschriebene Erklärung zur Einwilligung in die Auswertung wird in einem gesonderten Ordner an einer gesicherten und nur der Projektleitung zugänglichen Stelle aufbewahrt. Sie dient lediglich dazu, bei einer Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten nachweisen zu können, dass Sie mit der Auswertung einverstanden sind. Sie kann mit dem Interview nicht mehr in Verbindung gebracht werden.
- Die anonymisierte Abschrift wird nicht veröffentlicht und ist nur den Betreuern der Arbeit zugänglich, die ebenfalls der Schweigepflicht unterliegen. In Veröffentlichungen gehen aber einzelne Zitate ein, selbstverständlich ohne dass erkennbar ist, von welcher Person sie stammen.

Die Datenschutzbestimmungen verlangen auch, dass ich Sie noch einmal ausdrücklich darauf hinweise, dass aus einer Nichtteilnahme keine Nachteile entstehen. Sie können Antworten auch bei einzelnen Fragen verweigern. Auch die Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit von Ihnen widerrufen und die Löschung des Interviews verlangt werden.

Ich bedanke mich für Ihre Bereitschaft, als Interviewpartner zur Verfügung zu stehen.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift Interviewer)

## **Einverständniserklärung**

### **- Einverständniserklärung - (zum Verbleib bei der verantwortlichen Leitung)**

Ich bin über das Vorgehen bei der Auswertung der persönlichen freien Interviews mit einem Handzettel und mündlich informiert worden. Ich bin damit einverstanden, dass einzelne Sätze, die aus dem Zusammenhang genommen werden und damit nicht mit meiner Person in Verbindung gebracht werden können, als Material für wissenschaftliche Zwecke und die Weiterentwicklung der Forschung genutzt werden können.

Unter diesen Bedingungen erkläre ich mich bereit, das Interview zu geben und bin damit einverstanden, dass es auf Band aufgenommen, abgetippt, anonymisiert und ausgewertet wird.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift Interviewpartner)

## **Leitfaden Interview Privatwirtschaft**

Das Interview findet im Rahmen einer Doktorarbeit statt, die die Bedeutung digitaler Innovationen für die ländliche Daseinsvorsorge untersucht. Von besonderer Bedeutung dabei ist die Frage, welche Rolle die Bürgergesellschaft, die Privatwirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen sowie auch Politik und Verwaltung bei der Digitalisierung der Daseinsvorsorge spielen.

Als Daseinsvorsorge versteht man allgemein die Verfügbarkeit von Gütern und Leistungen, die für ein Mindestmaß an Lebensqualität im Alltag notwendig sind. Hierzu zählen beispielsweise die nachfolgenden Bereiche:

- Lebensmittelversorgung (Dorfläden, Supermärkte, Bäckereien, Fleischereien)
- Bildungseinrichtungen (Grund- und weiterführende Schulen, Erwachsenenbildung)
- Pflegeeinrichtungen (stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen)
- Medizinische Versorgung (Allgemeinmediziner, Krankenhäuser, Fachärzte)
- Teilhabe am öffentlichen Leben (Freizeit- und Sportangebote, kulturelle Angebote, Vereinsleben)

Die Befragung zielt darauf ab, ein Bild darüber zu gewinnen, welchen Beitrag Sie in Ihrer Rolle als Inhaber\*in eines privatwirtschaftlichen Unternehmens für die Ausgestaltung des Versorgungsangebotes in der Region leisten. Da Sie aufgrund ihrer Expertenrolle für ein Interview ausgewählt wurden, geht es im Folgenden weniger um ein Richtig oder Falsch, sondern vielmehr um Ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Einschätzungen.

### **I: Einleitung**

Seit wie vielen Jahren gibt es Ihr Unternehmen / Ihre Einrichtung bereits?

Seit wie vielen Jahren sind Sie für die Leitung verantwortlich?

Was hat Sie dazu veranlasst, das Interview im Rahmen der Doktorarbeit zu geben? Warum ist das Thema für Sie von Interesse?

### **II: Daseinsvorsorge**

Was verbinden Sie mit dem Begriff der Daseinsvorsorge? Wie betrifft Sie das Thema im Alltag?

Welchen Beitrag leistet Ihr Unternehmen / Ihre Einrichtung zur Daseinsvorsorge in der Region? Welche Mehrwerte liefert Ihr Unternehmen / Ihre Einrichtung für die Menschen?

Welche Entwicklungen und Herausforderungen sehen Sie auf die Daseinsvorsorge im Sulinger Land zukommen?

### **III: Digitalisierung**

Was assoziieren Sie mit dem Begriff der Digitalisierung? Wie sieht Digitalisierung für Sie im Alltag aus?

Hat Ihr Unternehmen / Ihre Einrichtung derzeit Berührungspunkte mit Aspekten der Digitalisierung? Werden digitale Dienstleistungen angeboten?

(Wenn ja,) Wie gestaltet sich derzeit die Nachfrage nach diesen Angeboten?

Planen Sie in absehbarer Zukunft die Umsetzung weiterer Digitalisierungsmaßnahmen?

Was ist für Sie der größte Hinderungsgrund, der der Realisierung weiterer digitaler Angebote im Weg steht?

#### **IV: Digitalisierung der Daseinsvorsorge**

Glauben Sie, dass der Einsatz von digitalen Instrumenten im Bereich der Daseinsvorsorge in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum leisten kann?

Welche konkreten Gestaltungsvorschläge für eine digitale Daseinsvorsorge haben Sie?

#### **V: Verantwortung**

Welche Art der Motivation treibt sie dazu an, als Unternehmer in der Region tätig zu sein?

Empfinden Sie eine Form der Verantwortung gegenüber ihrem regionalen Umfeld? Wenn ja, wie äußert sich diese?

Wen Sehen Sie dafür in der Verantwortung, die Ausgestaltung einer zeitgemäßen Daseinsvorsorge voranzutreiben?

Welche Verantwortung kommt Ihnen als Unternehmer\*in bei der Lösung der zukünftigen Herausforderungen in der Daseinsvorsorge zu?

#### **Nach Abschluss des Interviewleitfadens konkrete Fragen zu den folgenden Stichpunkten**

Geschlecht	
Alter	
Familienstand	
Kinder	
Haushaltsgröße	
Seit wann im Ort?	
Bildungsabschluss	

Beruf	
Motorisierung?	
Zugriff auf Computer bzw. Internet?	

## Anhang 8: Codierübersicht Experteninterviews

Code	Subcodes	Codehäufigkeit
Soziodemographische Daten	Gesamt:	179
	Geschlecht	18
	Alter	18
	Familienstand	18
	Kinder	18
	Haushaltsgröße	18
	Wohndauer vor Ort	18
	Bildung	17
	Beruf	18
	Mobilität / Motorisierung	18
	Zugriff digitale Medien	18
<b>Block I: Daseinsvorsorge</b>		<b>92</b>
Motivation für Gespräch	Gesamt:	28
	Persönliches Interesse	10
	Politiker als Gatekeeper	3
	Weiterentwicklung der Region	12
	Reziprozität	2
	Frage nicht gestellt	1
Bezüge und Assoziation zu Daseinsvorsorge	Gesamt:	18
	Grundversorgung im Alltag	12
	Versorgung im Alter	3
	Tradition / Werte / Soziales	1
	Begriff vorher nicht bekannt	2
Beitrag zur Daseinsvorsorge	Gesamt:	18
	Nahversorgung	2
	Mobile Nahversorgung	1
	Anruf-Sammeltaxi / Mobilität	1
	Gesundheitliche Versorgung	1
	Kulturelles / öffentliches Leben	3
	Ausbildung	1
	Verwaltung Ressourcen / regionale Entwicklung	8
Entwicklungen und Herausforderungen	Gesamt:	28
	Medizinische Versorgung	8
	Wegfall ehrenamtliches Engagement	2
	Wegfall Sozialstrukturen	1
	Lebensmittelversorgung	4
	Mobilität / ÖPNV	3
	Wegzug junger Menschen	1
	Demographischer Wandel	3
	Digitalisierung	6
<b>Block II: Digitalisierung</b>		<b>82</b>
Private Bezüge zu	Gesamt:	24

Digitalisierung		
	Nutzung Smartphone / Internet	15
	Altersbedingte Nutzungshemmnisse	4
	Digitale Daseinsvorsorge	1
	Faktoren Nachfrage u. Akzeptanz	1
	Digitalisierung Anruf-Sammeltaxi	1
	Smart Home	1
	Digitale Verwaltung	1
Berufliche Bezüge zu Digitalisierung	Gesamt:	18
	Digitalisierung Verwaltung	8
	Digitalisierung Vereinsarbeit	4
	Digitalisierung Unternehmensprozesse	4
	Digitalisierung soziale Einrichtung	1
	Digitalisierung Schulwesen	1
Umsetzung digitaler Maßnahmen	Gesamt:	21
	Nichts in Planung, Skepsis gegenüber Umsetzung von Maßnahmen	3
	Maßnahmen werden aktuell umgesetzt, weitere in Planung	3
	Nichts in Planung, offen gegenüber Umsetzung von Maßnahmen	2
	Umsetzung von Maßnahmen in Planung	1
	Umsetzung E-Government	7
	Ausbau Glasfasernetz	3
	Ausbau Homeoffice	1
	Digitalisierung Schulwesen	1
Hinderungsgründe digitale Maßnahmen	Gesamt:	19
	Mangelnde Adoptionsbereitschaft älterer Menschen	2
	Hohe Adoptionsbereitschaft älterer Menschen	2
	Schlechte Netzabdeckung	2
	Kostengründe	2
	Technische u. rechtliche Umsetzbarkeit (E-Government)	5
	Unverhältnismäßigkeit Angebot / Nachfrage	3
	Fehlendes ehrenamtliches Engagement	1
	Anonymisierung / soziale Verantwortung	1
<b>Block III: Digitalisierung der Daseinsvorsorge</b>		<b>48</b>
Digitalisierung der Daseinsvorsorge und Lebensqualität	Gesamt:	26
	Skepsis	2
	Akzeptanz	16
	Ablehnung E-Health	2
	Akzeptanz E-Health	2



	Ablehnung Dorf-Apps	2
	Akzeptanz digitales Anruf-Sammeltaxi	2
Gestaltungsvorschläge digitaler Daseinsvorsorge	Gesamt:	22
	Keine Gestaltungsvorschläge	6
	E-Health	6
	Digitalisierung Anruf-Sammeltaxi	2
	Vereinfachung des Ehrenamtes	1
	Smarte Mobilität	3
	Digitale Verwaltung	1
	Home Office / ortsunabhängiges Arbeiten	1
	Digitaler Veranstaltungskalender	1
	Frage nicht gestellt	1
<b>Block IV: Verantwortung</b>		<b>78</b>
Akteurale Motivationsformen	Gesamt:	25
	Regionale Zugehörigkeit / Verantwortung	11
	Politischer Gestaltungsauftrag	6
	Dienstleistung am Bürger (Servicegedanke)	2
	Soziale Verantwortung	2
	Bildungsauftrag	1
	Ehrenamtliches Engagement	3
(Fremd-)Verantwortung	Gesamt:	24
	Geteilte Verantwortung	7
	Diffuse Verantwortung	4
	Politik und Verwaltung	9
	Unternehmer	1
	Bevölkerung	3
Eigenverantwortung	Gesamt:	20
	Frage nicht gestellt	2
	Aktives Handeln / Partizipation	5
	Motivation / Moderation	5
	Infrastruktur schaffen	4
	Daseinsvorsorge aufrecht erhalten	4
Innovative Kooperationspraktiken	Gesamt:	9
	Corporate Regional Responsibility	4
	Public-Private-Partnership	4
	Public-Entrepreneurship	1
<b>Codes insg.: 15</b>	<b>Subcodes insg.: 97</b>	<b>Codierungen insg.: 479</b>

## Anhang 9: Demographische Daten Haushaltsbefragung

Nummer Interview	Geschlecht	Alter	Familienstand	Kinder	Haushaltsgröße	Wohndauer
1	IP1: männlich, IP2: männlich	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	Betreutes Wohnen	Nicht auswertbar
2	Männlich	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	Siehe oben	Nicht auswertbar
3	Männlich	60	Ledig	/	Siehe oben	2015
4	Männlich	56	Geschieden	1	Siehe oben	2009
5	Männlich	54	Ledig	/	Siehe oben	2011
6	Männlich	25	Ledig	/	Siehe oben	2015
7	Männlich	52	Ledig	/	Siehe oben	2005
8	Männlich	40	Ledig	/	Siehe oben	2015
9	Männlich	53	Ledig	/	Siehe oben	2017
10	Männlich	58	Verwitwet	3	Siehe oben	2010
11	Männlich	56	Ledig	/	Siehe oben	2016

### Demographische Daten Bethel (A)

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: die Interviews 1 u. 2 konnten nur bedingt hinsichtlich der demographischen Daten der Befragten ausgewertet werden, da keine Abfrage erfolgt ist und die Handzettel ebenfalls nicht ausgefüllt wurden. Die entsprechenden Felder wurden mit „nicht auswertbar“ markiert. Demographische Daten, die eindeutig aus den Transkripten hergeleitet werden konnten, wurden dennoch mit aufgenommen.

### Demographische Daten Bethel (B)

Nummer Interview	Bildungsabschluss	Beruf	Motorisierung	Zugriff auf digitale Endgeräte
1	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	IP1: E-Bike IP2: Nicht auswertbar	IP1: / IP2: /
2	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	/	Computer, Smartphone, WLAN
3	Volksschule (Hauptschule)	Zimmermann (gelernt), derzeit kein Beruf	Fahrrad, Roller	Computer, kein WLAN(?)
4	Hauptschule	Staplerfahrer (derzeit ausgeübt)	Fahrrad	Computer, Smartphone, WLAN
5	Höhere Handelsschule (Fachoberschule)	Bürokaufmann (gelernt), derzeit kein Beruf	/	Computer, WLAN
6	Hauptschule	Maler (in Ausbildung)	Fahrrad	Computer, Smartphone, WLAN

7	Hauptschule	Kein gelernter Beruf, derzeit kein Beruf	Fahrrad	/
8	Sonderschule	Kein gelernter Beruf, derzeit kein Beruf	Fahrrad	Computer, Smartphone, WLAN
9	Realschule	Landschaftsgärtner (gelernt), derzeit kein Beruf	/	Computer, Smartphone, WLAN
10	Hauptschule	Agrotechniker / Landwirt (gelernt), derzeit kein Beruf	/	/
11	Realschule	Metallbaukonstruktionstechnik (gelernt), derzeit kein Beruf		Smartphone, WLAN

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: die Interviews 1 u. 2 konnten nur bedingt hinsichtlich der demographischen Daten der Befragten ausgewertet werden, da keine Abfrage erfolgt ist und die Handzettel ebenfalls nicht ausgefüllt wurden. Die entsprechenden Felder wurden mit „nicht auswertbar“ markiert. Demographische Daten, die eindeutig aus den Transkripten hergeleitet werden konnten, wurden dennoch mit aufgenommen.

Demographische Daten Freistatt (A)

Nummer Interview	Geschlecht	Alter	Familienstand	Kinder	Haushaltsgröße	Wohndauer
1	Weiblich	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar
2	Männlich	Nicht auswertbar	Verheiratet	1	2	2000
3	Weiblich	Nicht auswertbar	Verheiratet	Nicht auswertbar	5	2001
4	IP1: Weiblich, IP2: Männlich	Nicht auswertbar	IP1,2: verheiratet	Nicht auswertbar	IP1,2: 2	IP1, 2: Über 50 Jahre
5	Weiblich	Nicht auswertbar	Verheiratet	1	3	Nicht auswertbar
6	IP1: Männlich, IP2: Weiblich	Nicht auswertbar	Verheiratet	Nicht auswertbar	IP1, 2: 2	IP1, 2: 1973
7	Männlich	68	Verheiratet	6	2	2003
8	Weiblich	70	Verheiratet	2	2	2014
9	Weiblich	66	Ledig	/	1 (nachgehende Hilfe)	2002
10	Männlich	54	Ledig	/	1 (nachgehende Hilfe)	2014
11	Männlich	78	Ledig	/	1 (nachgehende Hilfe)	2009
12	Männlich	53	Geschieden	/	1 (nachgehende Hilfe)	2015
13	Männlich	33	Ledig	1	3	2016
14	Weiblich	43	Verheiratet	3	5	2002
15	Männlich	51	Geschieden	2	3	Seit Geburt
16	IP1: Weiblich IP2: Männlich	IP1: 77, IP2: 75	Verheiratet	IP1, 2: 2	IP1, 2: 2	IP1,2: 1981
17	Weiblich	62	Verwitwet	/	1	2015
18	Männlich	58	Verheiratet	3	3	1987
19	Männlich	58	Verheiratet	3	4	2012
20	Männlich	58	Ledig	/	1 (nachgehende Hilfe)	2007
21	Männlich	74	Verheiratet (getrennt lebend)	2	1	1972

22	Weiblich	75	Verheiratet	2	2	1985
23	IP1: Männlich, IP2: Weiblich	IP1: 77, IP2: 75	Verheiratet	IP1, 2: 3	IP1, 2: 2	IP1,2: 1999
24	Weiblich	32	Geschieden	1	4	Seit Geburt
25	Männlich	53	Ledig	/	1	2016

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: die Interviews 1-6 konnten nur bedingt hinsichtlich der demographischen Daten der Befragten ausgewertet werden, da keine Abfrage erfolgt ist und die Handzettel ebenfalls nicht ausgefüllt wurden. Die entsprechenden Felder wurden mit „nicht auswertbar“ markiert. Demographische Daten, die eindeutig aus den Transkripten hergeleitet werden konnten, wurden dennoch mit aufgenommen.

### Demographische Daten Freistatt (B)

Nummer Interview	Bildungsabschluss	Beruf	Motorisierung	Zugriff auf digitale Endgeräte
1	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	PKW	Nicht auswertbar
2	Abitur	Rentner	2 PKWs	Computer
3	Nicht auswertbar	Heilerziehungspflegerin	2 PKWs	Computer, Smartphone, Internet
4	Nicht auswertbar	IP1,2: Rentner	IP1,2: PKW	Handy (kein Smartphone)
5	Nicht auswertbar	Nicht auswertbar	1 PKW	Nicht auswertbar
6	Nicht auswertbar	IP1,2: Rentner	1 PKW	Computer, Smartphone, Internet
7	Abitur	Rentner	2 PKWs	Computer
8	Realschule	Rentner	1 PKW	Computer, Internet nur über Funkverbindung
9	Kein Abschluss	Rentner	/	/
10	Realschule	Garten- und Landschaftsbau	/	/
11	Hauptschule	Maurer	/	/
12	Hauptschule	Eisenbahntransportfahrer	/	Computer, Internet
13	Abitur	Altenpflegehelfer (ungelernt), Student	1 PKW	Computer, Smartphone, Internet
14	Realschule	Bürokauffrau	3 PKWs	Computer, Smartphone, Internet
15	Realschule	Landwirt	2 PKWs	Computer, Smartphone,

				Internet
16	IP1: Realschule, IP2: keine Angabe	IP1,2: Rentner	1 PKW	Computer, Smartphone, Internet
17	Keine Angabe	Keine Angabe	1 PKW	Computer, Smartphone, Internet
18	Abitur	Bereichsleiter Wohnungslosenhilfe, Landwirt	2 PKWs, 1 Motorrad	Computer, Smartphone, Internet
19	Realschule	Heizungsbauer	1 PKW	Computer, Smartphone, Internet
20	Kein Abschluss	Kein gelernter Beruf, aktuell Pforten- und Nachtdienst (Bethel)	Fahrrad	Computer, Smartphone, Internet
21	Realschule	Rentner (gelernter Erzieher)	1 PKW, E-Bike, Fahrrad	/
22	Keine Angabe	Rentner (gelernte Altenpflegerin)	1 PKW	Smartphone, kein Computer, kein WLAN
23	IP1: Abitur, IP2: Abitur	IP1: Rentner (gelernter Diplomingenieur für Gießereiwesen), IP2: Rentner (gelernte examinierte Altenpflegerin)	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
24	Realschule	Fleischereifachverkäuferin	3 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
25	Hauptschule	Elektroinstallateur	1 PKW, Motorrad	Smartphone, Kein Computer, Kein WLAN

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: die Interviews 1-6 konnten nur bedingt hinsichtlich der demographischen Daten der Befragten ausgewertet werden, da keine Abfrage erfolgt ist und die Handzettel ebenfalls nicht ausgefüllt wurden. Die entsprechenden Felder wurden mit „nicht auswertbar“ markiert. Demographische Daten, die eindeutig aus den Transkripten hergeleitet werden konnten, wurden dennoch mit aufgenommen.

Nummer Interview	Geschlecht	Alter	Familienstand	Kinder	Haushaltsgröße	Wohndauer
1	Weiblich	43	Verheiratet	1	3	2002
2	Männlich	53	Verheiratet	3	5	2002
3	Weiblich	44	Verheiratet	5	7	2007
4	Weiblich	37	Verheiratet	2	4	2009
5	Weiblich	41	Ledig (in Partnerschaft lebend)	1	3	2017
6	Weiblich	39	Verheiratet	2	4	2007
7	Weiblich	54	Verheiratet	2	2	2001
8	Weiblich	55	Verheiratet	2	3	2001
9	Männlich	61	Verheiratet	2	2	1958 vor Ort geboren, 1965 in jetziges Haus gezogen
10	Weiblich	52	Verheiratet	4	3	2017
11	IP1: Weiblich, IP2: Männlich	IP1: 61, IP2: 66	Verheiratet	/	IP1, 2: 2	2002
12	Männlich	43	Verheiratet	2	4	2011
13	Weiblich	84	Verwitwet	1	1	1966
14	Männlich	65	Verheiratet	3	2	1954 (vor Ort geboren)
15	Männlich	65	Geschieden	3	2	1999
16	IP1: Weiblich, IP2: Männlich	IP1: 37, IP2: 72	IP1: Verheiratet, IP2: Verwitwet (in Partnerschaft lebend)	IP1: 2, IP2: 4	IP1, 2: 5	IP1: Seit Geburt, IP2: 1961

Demographische Daten Groß Lessen (A)

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial

Demographische Daten Groß Lessen (B)

Nummer Interview	Bildungsabschluss	Beruf	Motorisierung	Zugriff auf digitale Endgeräte
1	Realschule	Arzthelferin	1 PKW, Fahrrad	Smartphone, Computer, Internet
2	Realschule	Maschinenbautechniker	2 PKWs, Fahrrad	Smartphone, Computer, Internet
3	Abitur	Diplom-Sozialpädagogin	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet

4	Realschule	Steuerfachangestellte	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
5	Abitur	Hebamme	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
6	Realschule	Krankenschwester, Weiterbildung OP-Schwester	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
7	Realschule	Empfangskraft	2 PKWs	Smartphone, Computer, Interne
8	Realschule	Medizinische Fachangestellte	2 PKWs	Smartphone, Computer, Interne
9	Hauptschule	Maschinenschlosser	2 PKWs	Smartphone, Computer, Interne
10	Realschule	Einzelhandelskauffrau	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
11	IP1: keine Angabe, IP2: Realschule	IP1: Rentnerin (gelernte Finanzbuchhalterin), IP2: Rentner (gelernter Schulassistent)	1 PKW	Laptop, Internet
12	Realschule	Hausmann (gelernter Elektroniker)	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
13	Realschule	Rentnerin (gelernte Laborantin)	1 PKW	/
14	Keine Angabe	KFZ-Mechaniker	4 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
15	Hauptschule	Tischler	1 PKW	Computer, Internet
16	IP1: keine Angabe, IP2: Volksschule	IP1: Erzieher, Schulbegleitung, IP2: Maurer	3 PKWs	Smartphone, Computer, Internet

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial



Demographische Daten Staffhorst (A)

Nummer Interview	Geschlecht	Alter	Familienstand	Kinder	HaushaltsgröÙe	Wohndauer
1	Weiblich	41	Verheiratet	3	5	2006
2	Weiblich	59	Verheiratet	3	4	2018
3	Weiblich	53	Verheiratet	2	3	1989
4	Weiblich	67	Verwitwet	3	2	1970
5	IP1,2: Männlich	IP1: 19, IP2: 21	IP1,2: Ledig	IP1,2: /	IP1,2: 4	IP1,2: Seit Geburt
6	Männlich	60	Verheiratet	6	3	Seit Geburt
7	IP1: Weiblich, IP2: Männlich	IP1: 69, IP2: Keine Angabe	IP1,2: Verheiratet	IP1,2: 4	IP1,2: 2	IP1,2: 1984
8	Weiblich	52	Ledig, in Partnerschaft lebend	1	2	2001
9	Weiblich	44	Ledig, in Partnerschaft lebend	2	4	Seit Geburt
10	Weiblich	53	Verheiratet	2	3	Keine Angabe
11	Männlich	82	Verheiratet	2	5	Seit Geburt
12	Männlich	63	Verheiratet	2	2	1982
13	Weiblich	55	Verheiratet	1	2	2008
14	Männlich	50	Geschieden	/	4	2012
15	Männlich	81	Verheiratet	2	2	1984
16	Weiblich	51	Ledig, in Partnerschaft lebend	1	3	2006
17	Weiblich	46	Verheiratet	2	4	2002
18	Männlich	50	Ledig, in Partnerschaft lebend	1	1	1988
19	Männlich	79	Verheiratet	4	2	Seit Geburt
20	Männlich	39	Verheiratet	2	5	Seit Geburt
21	Weiblich	58	Verheiratet	3	2	1973
22	Männlich	18	Ledig	/	7	Seit Geburt
23	Männlich	50	Verheiratet	1	3	Seit Geburt
24	IP1: Männlich, IP2: Männlich	IP1: 77, IP2: 19	IP1: Verheiratet, IP2: Ledig	IP1: 7, IP2: /	IP1,2: 3	IP1: 1988, IP2: Seit Geburt
25	IP1: Weiblich, IP2: Männlich	IP1: 56, IP2: 55	IP1,2: Verheiratet	IP1,2: 3	IP1,2: 2	IP1,2: 2006

26	IP1: Weiblich, IP2: Männlich	IP1: 52, IP2: 18	IP1: Verheiratet, IP2: Ledig	IP1: 1, IP2: /	IP1: 3, IP2: gehört zu andrem Haushalt	IP1,2: Seit Geburt
27	IP1: Weiblich, IP2: Männlich	IP1: 55, IP2: 56	IP1,2: Verheiratet	IP1,2: 1	IP1,2: 2	IP1: Seit Geburt, IP2: Eingeheiratet

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: in den Interviews 6, 19 wurden zwei oder mehr Personen befragt, aber nur von einer Person die demographischen Daten aufgenommen

### Demographische Daten Staffhorst (B)

Nummer Interview	Bildungsabschluss	Beruf	Motorisierung	Zugriff auf digitale Endgeräte
1	Realschule	Bauzeichnerin	1 PKW (weitere in der Familie)	Smartphone, Computer, Internet
2	Hauptschule	Altenpflegerin	3 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
3	Abitur	Büroangestellte (im Betrieb des Mannes)	3 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
4	Realschule	Rentnerin (vorher Angestellte im Finanzamt und Büro des Mannes)	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
5	IP1: Abitur, IP2: Fachhochschulreife	IP1: Angestellter im Finanzamt, IP2: Elektroniker für Betriebstechnik	IP1: 1 PKW, IP2: 1 PKW	IP1, 2: Smartphone, Computer, Internet
6	Abitur	Landwirt	1 PKW (weitere in der Familie)	Smartphone, Computer, Internet
7	IP1: Hauptschule, IP2: Keine Angabe	IP1,2: Rentner	IP1,2: gemeinsam ein PKW	IP1,2: Computer, Internet
8	Fachhochschulreife	Disponentin	5 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
9	Hauptschule	Köchin	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
10	Realschule	Leiterin eines Pensionspferdestalls	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
11	Hauptschule	Rentner (Landwirt)	2 PKWs	Keine Nutzung
12	Keine Angabe	Textilreinigungsmeister	2 PKWs	Smartphone, Computer,

				Internet
13	Hochschulabschluss	Seminarhaus-Leiterin, Yoga-Lehrerin	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
14	Realschule	Dreher	6 PKWs (nicht alle genutzt)	Smartphone, Computer, Internet
15	Hochschulabschluss	Rentner (vorher Sozialarbeiter)	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
16	Keine Angabe	Sachbearbeiterin im öffentlichen Dienst	1 PKW, 1 Transporter	Computer, Internet
17	Abitur	Betreuungsperson in einer Grundschule	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
18	Hauptschule	Forstwirt	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
19	Hauptschule	Rentner (gelernter Landwirt)	1 PKW	Keine Nutzung
20	Realschule	Bäcker	3 PKWs, Quad, Trecker	Smartphone, Computer, Internet
21	Realschule	Gymnastik-Lehrerin, Altenpflegerin	2 PKWs, Motorräder	Computer, Internet
22	Abiturient	Schüler	4 PKWs, einige Motorräder	Smartphone, Computer, Internet
23	Realschule	Speditionskaufmann	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
24	IP1: Realschule, IP2: Abiturient	IP1: Rentner, IP2: Schüler	IP1,2: gemeinsam 2 PKWs, 1 Motorrad	IP1, 2: Smartphone, Computer, Internet
25	IP1: Hochschulabschluss, IP2: Abitur	IP1: Diplom-Sozialarbeiterin, IP2: Bildhauer	IP1,2: gemeinsam 2 PKWs	IP1, 2: Smartphone, Computer, Internet
26	IP1: Hochschulabschluss, IP2: Abiturient	IP1: Fachlehrerin Fachpraxis Hauswirtschaft, IP2: Schüler	IP1: 3 PKWs, Trecker, IP2: keine Angabe	IP1, 2: Smartphone, Computer, Internet
27	IP1: Realschule, IP2: Hauptschule	IP1: Landwirtin, IP2: Landmaschinentechniker	IP1,2: gemeinsam 2 PKWs	IP1, 2: Smartphone, Computer, Internet

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: in den Interviews 6, 19 wurden zwei oder mehr Personen befragt, aber nur von einer Person die demographischen Daten aufgenommen

Nummer Interview	Geschlecht	Alter	Familienstand	Kinder	Haushaltsgröße	Wohndauer
1	Weiblich	32	Verheiratet	2	4	2012
2	Männlich	80	Verheiratet	1	Keine Angabe	Seit Geburt
3	Weiblich	57	Verheiratet	/	2	2011
4	Weiblich	29	Verheiratet	2	4	2009
5	Weiblich	50	Verheiratet	1	3	1988 (Mann seit Geburt)
6	Weiblich	83	Verwitwet	7	5	1981
7	Männlich	76	Verheiratet	2	4	1957
8	Männlich	51	Verheiratet	/	4	Seit Geburt
9	Weiblich	42	Verheiratet	2	4	1999
10	Weiblich	56	Verheiratet	2	2	1993
11	Weiblich	69	Verheiratet	2	2	1975
12	Weiblich	61	Verheiratet	/	3	1976
13	Männlich	69	Verheiratet	2	2	1983
14	Weiblich	41	Ledig	2	3	Seit Geburt
15	Weiblich	68	Verwitwet	2	3	2005
16	Weiblich	51	Ledig (in Partnerschaft lebend)	1	3	2015
17	IP1: Männlich, IP2: Weiblich	IP1: 61, IP2: 58	Verheiratet	IP1, 2 :2	IP1,2: 2	IP1, 2: 1983
18	Männlich	55	Verheiratet	2	2	2000

#### Demographische Daten Stocksdorf (A)

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: in den Interviews 3, 7, 8, 10, 11 wurden zwei oder mehr Personen befragt, aber nur von einer Person die demographischen Daten aufgenommen. Die Abfrage der demographischen Daten der Interviews 6-18 wurden nicht aufgenommen, weshalb diese in den Transkripten nicht zu finden sind.

#### Demographische Daten Stocksdorf (B)

Nummer Interview	Bildungsabschluss	Beruf	Motorisierung	Zugriff auf digitale Endgeräte
1	Realschule	Hausfrau	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
2	Hauptschule	Rentner (gelernter Landwirt)	1 PKW (weitere PKWs in der Familie)	Selber keine Nutzung, aber Familienangehörige
3	Abitur	Psychotherapeutin (gelernte Sonderschullehrerin)	2 PKWs, Wohnwagen, Mofa, E-Bikes	Smartphone, Computer, Internet
4	Studium (FH-	Gewerbeaufsichtsbeamte	2 PKWs	Smartphone,

	Abschluss)	(gelernte Agraringenieurin)		Computer, Internet
5	Abitur	Milchkontrolleurin (gelernte Zahnarzthelferin)	3 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
6	Hauptschule (Volksschule)	Rentnerin	1 PKW (weitere PKWs in der Familie)	Selber keine Nutzung, aber Familienangehörige
7	Hauptschule	Rentner (gelernter Landwirt)	1 PKW (weitere PKWs in der Familie)	Selber keine Nutzung, aber Familienangehörige
8	Realschule	Landwirt	1 PKW (weitere PKWs in der Familie)	Smartphone, Computer, Internet
9	Realschule	Buchhaltung (angestellt auf dem landwirtschaftlichen Betrieb des Mannes)	5 PKWs (teils landwirtschaftlich genutzt)	Smartphone, Computer, Internet
10	Realschule	Erzieherin	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
11	Realschule	Rentnerin	1 PKW, E-Bike, Fahrrad	Computer, Internet
12	Realschule	Erzieherin	1 PKW, Fahrrad	Computer, Internet
13	Realschule	Rentner (gelernter Finanzbeamter)	1 PKW	Computer, Internet
14	Abitur	Kaufmännische Angestellte	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
15	Realschule	Rentnerin	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
16	Realschule	Erzieherin	2 PKWs	Computer, Internet
17	IP1, IP2: Realschule	IP1: Lehrer, IP2: Arzthelferin	2 PKWs, E-Bikes	Computer, Internet
18	Realschule	Anlagenmechaniker	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial, Anmerkung: in den Interviews 3, 7, 8, 10, 11, 17 wurden zwei oder mehr Personen befragt, aber nur von einer Person die demographischen Daten aufgenommen. Die Abfrage der demographischen Daten der Interviews 6-18 wurden nicht aufgenommen, weshalb diese in den Transkripten nicht zu finden sind.

Nummer Interview	Geschlecht	Alter	Familienstand	Kinder	Haushaltsgröße	Wohndauer
1	Männlich	67	Ledig	1	2	Seit Geburt
2	Männlich	56	Ledig	/	2	Seit Geburt
3	Männlich	53	Ledig	/	2	Seit Geburt
4	Männlich	56	Verheiratet	2	2	Seit Geburt
5	Männlich	56	Verheiratet	2	3	1993
6	Männlich	55	Verheiratet	2	2	1995
7	Männlich	53	Ledig	3	4	2014
8	Männlich	58	Verheiratet	/	2	2003
9	Männlich	41	Verheiratet	2	4	2011
10	Weiblich	48	Verheiratet	2	4	2002
11	Weiblich	56	Verheiratet	2	3	1989
12	Weiblich	42	Ledig	2	3	1991
13	Weiblich	62	Verheiratet	3	2	1979
14	Weiblich, weiblich	50, 54	Verheiratet, verheiratet	2, 2	2, 2	1997, 1994
15	Weiblich	52	Ledig	/	1	Keine Angabe
16	Männlich	46	Verheiratet	4	6	Seit Geburt
17	Weiblich	55	Verheiratet	2	4	1989
18	Männlich	53	Verheiratet	/	2	1990

#### Anhang 10: Demographische Daten Experteninterviews

##### Demographische Daten Experteninterviews (A)

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial

##### Demographische Daten Experteninterviews (B)

Nummer Interview	Bildungsabschluss	Beruf	Motorisierung	Zugriff auf digitale Endgeräte
1	Realschule	Hauptverwaltungsbeamter / Bürgermeister	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
2	Fachhochschulreife	Hauptverwaltungsbeamter / Bürgermeister	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
3	Studienabschluss	Verwaltungsfachwirt (Diplom-Ingenieur)	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
4	Fachhochschulreife	Hauptverwaltungsbeamter / Bürgermeister	2 PKWs, 2 Motorräder	Smartphone, Computer, Internet
5	Studienabschluss	Fachdienstleiter Kreisentwicklung (Diplom)	1 PKW, 1 Motorrad	Smartphone, Computer, Internet
6	Realschule	Verwaltungsfachangestellter	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet

7	Studienabschluss	Bürgermeister / Wahlbeamter	1 PKW, 1 E- Bike	Smartphone, Computer, Internet
8	Studienabschluss	Informatiker	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
9	Keine Angabe	Bankkaufmann	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
10	Studienabschluss	Diplom-Kunsttherapeutin	4 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
11	Realschule	Kauffrau im Einzelhandel (gelernte Industriekauffrau)	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet
12	Abitur	Taxiunternehmerin	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
13	Realschule	Einrichtungs-Koordinatorin (gelernte Krankenschwester)	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
14	Realschule, Realschule	Pflegedienstleitung, Pflegedienstleitung	1 PKW+ Dienstwagen, 1 PKW+ Dienstwagen	Smartphone, Computer, Internet
15	Studienabschluss	Geschäftsführerin von Verein, Angestellte der Stadt Sulingen	1 PKW	Computer, Internet
16	Abitur	Kaufmann im Einzelhandel, geschäftsführender Gesellschafter	3 PKWs, 1 Roller	Smartphone, Computer, Internet
17	Studienabschluss	Oberstudiendirektorin	1 PKW	Smartphone, Computer, Internet
18	Realschule	Beamter der Kommunalverwaltung	2 PKWs	Smartphone, Computer, Internet

Eigene Darstellung nach eigenem Datenmaterial

## Selbstständigkeitserklärung zur Dissertation

Ich erkläre ausdrücklich, dass es sich bei der von mir eingereichten schriftlichen Arbeit mit dem Titel:

„Digitalisierung der Daseinsvorsorge einer ländlichen Region:

Synergien und Verschränkungen bei der Aushandlung, Adoption und Diffusion digitaler Innovationen zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft am Beispiel des Sulinger Landes“

um eine von mir erstmalig, selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasste Arbeit handelt.

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich sämtliche in der oben genannten Arbeit verwendeten fremden Quellen, auch aus dem Internet (einschließlich Tabellen, Grafiken u. Ä.) als solche kenntlich gemacht habe. Insbesondere bestätige ich, dass ich ausnahmslos sowohl bei wörtlich übernommenen Aussagen bzw. unverändert übernommenen Tabellen, Grafiken u. Ä. (Zitaten) als auch bei in eigenen Worten wiedergegebenen Aussagen bzw. von mir abgewandelten Tabellen, Grafiken u. Ä. anderer Autorinnen und Autoren (Paraphrasen) die Quelle angegeben habe.

Mir ist bewusst, dass Verstöße gegen die Grundsätze der Selbstständigkeit als Täuschung betrachtet und entsprechend der Promotionsordnung der Fakultät II – Natur- und Sozialwissenschaften der Universität Vechta geahndet werden.

Datum

20.06.2022

Unterschrift

